

Antwort **der Bundesregierung**

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Stiegler, Bachmaier, Dr. Emmerlich, Fischer (Osthofen), Klein (Dieburg), Dr. Kübler, Lambinus, Schmidt (München), Schröder (Hannover), Dr. Schwenk (Stade), Dr. de With und der Fraktion der SPD — Drucksache 10/1739 —

Geschäftsbelastung der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Der Staatssekretär des Bundesministeriums der Justiz hat mit Schreiben vom 14. April 1986 die Große Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

I.

Der Antwort liegt das Zahlenmaterial zugrunde, das der Bundesregierung aufgrund der vorhandenen Statistiken und zusätzlicher, von den obersten Landesbehörden sowie den Gerichten des Bundes erbetenen Angaben zur Verfügung steht und zu einem großen Teil mit Hilfe des EDV-gestützten Justizstatistik-Informationssystems (JUSTIS) aufbereitet worden ist. Ergänzend sind vom Bundesministerium der Justiz durchgeführte oder in Auftrag gegebene und andere rechtstatsächliche Untersuchungen verarbeitet worden.

Die Fragen können nicht vollständig beantwortet werden. Teilweise liegt kein Zahlenmaterial vor, in einigen Bereichen sind die Daten nicht für alle Jahre, in einigen Bereichen in bestimmten Bundesländern nicht erfaßt. Aber auch dort, wo das Material vollständig für alle erfragten Jahre vorliegt, ist ein Teil der Zahlen nicht oder nur bedingt vergleichbar, weil die Angaben für frühere Jahre auf alten Geschäftsübersichten, im übrigen auf später eingeführten Zählkartenerhebungen mit unterschiedlichen Erhebungsmethoden und Erfassungsmerkmalen beruhen. Teilweise sind die Zahlen auch infolge von Gesetzesänderungen — wie die Einführung der

Familiengerichtsbarkeit im Jahre 1977 — nicht oder nur bedingt vergleichbar.

Nach Auffassung der Bundesregierung reicht das vorhandene empirische Tatsachenmaterial aus, um die Notwendigkeit der von ihr eingeleiteten Entlastungsmaßnahmen im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu begründen. Aus dem vorgelegten Zahlenmaterial ergibt sich nämlich eindeutig, daß die Belastung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit insgesamt angestiegen und durch Personalvermehrungen nicht ausgeglichen worden ist. Ob dem gestiegenen Geschäftsanfall darüber hinaus durch weitere Maßnahmen, etwa durch Rationalisierung, begegnet werden kann, kann nur in gut vorbereiteten, langfristigen Untersuchungen geklärt werden. Deren Ergebnis kann schon deshalb nicht abgewartet werden, weil eine Entlastung im gegenwärtigen Zeitpunkt dringend ist, im übrigen auch kein Anhaltspunkt dafür besteht, daß durch solche Maßnahmen allein die Mehrbelastung der Gerichte aufgefangen werden kann.

Umfassende Erkenntnisse über eine Neuverteilung der Justizkapazitäten — die auch in der Großen Anfrage angesprochen wird — kann das statistische Zahlenmaterial nicht liefern. Das ist schon wegen der Komplexität der Rechtspflege als einem mit dem Gesellschaftssystem insgesamt eng verbundenen System nicht möglich. Eine Neuverteilung der Justizkapazitäten, die mehr bezweckt als eine bloße Verbesserung der quantitativen Leistungsfähigkeit, die vielmehr auf eine Verbesserung der Rechtspflege auch in qualitativer Hinsicht ausgerichtet ist, bedarf wesentlich differenzierterer Analysen. Insbesondere ist bei den in den letzten 30 bis 35 Jahren eingetretenen wirtschaftlichen, tech-

nischen und sozialen Veränderungen die Frage untersuchenswert, ob mit den historisch gewachsenen Organisationsformen alle Spielarten der heute und künftig auftretenden gesellschaftlichen Konflikte optimal gelöst werden können. Von der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege, die zu den Grundpfeilern eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates gehört, hängt in starkem Maße die Stabilität des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems ab.

Die Bundesregierung stellt schon seit geraumer Zeit und nicht erst im Zuge der Großen Anfrage gemeinsam mit den Landesjustizverwaltungen und den Verbänden der Anwalt-, Richter- und Staatsanwaltschaft, der Rechtspfleger- und sonstigen Beamtenschaft Überlegungen zu einer umfassenden Strukturanalyse der Rechtspflege an, die in ihren Gesamtzusammenhängen und in ihrem gesamtgesellschaftlichen Stellenwert bisher weitgehend unerforscht ist. Diskussionen in der Öffentlichkeit über die Rechtsordnung beziehen sich vornehmlich auf Fragen des materiellen Rechts. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung von Recht leisten aber auch die Gerichtsverfassung, das Gerichtsverfahren und der Zugang zu den Gerichten für jedermann. Will man Ausgangs- und Anknüpfungspunkte zur Verbesserung der Rechtsgewährung in forensischer wie in außerforensischer Hinsicht gewinnen, müssen auch außerjuristische Erkenntnisse berücksichtigt werden. An eine solche Strukturanalyse dürfen allerdings keine übertriebenen Erwartungen geknüpft werden. Sie kann die rechtspolitischen Entscheidungsträger in die Lage versetzen, Zusammenhänge innerhalb und zwischen den Teilsystemen der Rechtspflege besser zu erkennen. Konsequenzen aus ihren Ergebnissen sind in der rechtspolitischen Auseinandersetzung zu erarbeiten.

Die Frage der Durchführung einer Strukturanalyse wird zunächst mit den Landesjustizverwaltungen und den Justizverbänden zu erörtern sein. Sodann müßten in Zusammenarbeit mit interdisziplinären

Forschungsinstitutionen in Hochschulen und in der Praxis forschungsrelevante Fragestellungen im Rahmen eines umfassenden Forschungskonzepts entwickelt werden. Erst danach wird entschieden werden, ob die hierfür notwendigen, sicher nicht unbeachtlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

II.

Die Antwort folgt der Reihenfolge, die sich aus der Großen Anfrage ergibt. Wegen des Umfangs der Antwort sind Text- und Tabellenteil getrennt worden.

A. Zahl der im Gerichtswesen der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich West-Berlin) tätigen Bediensteten

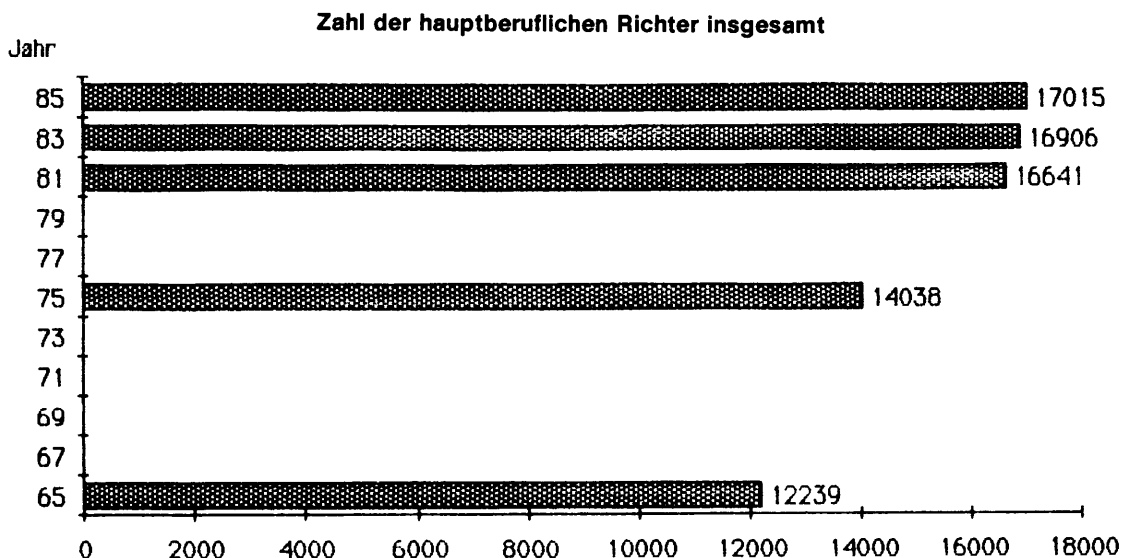
I. Zahl der hauptberuflichen Richter

1. Wie viele Richter waren jeweils am 1. Januar 1965, 1975, 1980, 1981, 1982, 1983 und 1984 im Gerichtswesen tätig?

Die Gesamtzahl der hauptberuflichen Richter wird nur alle zwei Jahre zum 1. Januar ermittelt, und zwar in den Jahren mit ungerader Jahreszahl. Zahlen für 1980, 1982 und 1984 können deshalb nicht angegeben werden. Um auch die Entwicklung in den letzten Jahren darzustellen, ist zusätzlich die für den 1. Januar 1985 ermittelte Zahl angeführt (ohne Richter des Bundesverfassungsgerichts).

Die Zahl der Richter ist zwischen 1965 und 1985 von 12 239 auf 17 015 um ca. 39,1 % angestiegen.

Die Entwicklung zwischen 1965 und 1985 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung, die Einzelheiten aus der Tabelle S. 1.



Die Zahl der in der ordentlichen Gerichtsbarkeit tätigen Richter wird jährlich zum 31. Dezember im Rahmen der allgemeinen Personalstatistik nach anderen Kriterien festgestellt. Bei der Personalstatistik sind beispielsweise teilzeitbeschäftigte Richter nur mit dem entsprechenden Anteil berücksichtigt. Zahlen aus der Personalstatistik sind hier nicht aufgeführt, weil sie mit den oben genannten Zahlen nur bedingt vergleichbar sind. Sie sind jedoch bei Frage 4 zum Personalbedarf und unter Abschnitt B zu den zum gleichen Stichtag erfaßten Geschäftszahlen in Relation gesetzt.

2. Wie verteilten sich die zu den in der Frage 1 genannten Zeitpunkten tätigen Richter auf die ordentlichen Gerichte, Arbeitsgerichte, Verwaltungsgerichte, Sozialgerichte, Finanzgerichte und Dienst- und Disziplinargerichte (aufgegliedert für den Bund und die einzelnen Bundesländer)?

Zahlen für die Jahre 1980, 1982 und 1984 können nicht angegeben werden (s. Antwort auf Frage 1).

In den Ländern werden die Disziplinarsachen von den Verwaltungsgerichten bearbeitet; selbständige Dienst- und Disziplinargerichte bestehen nicht. Auch das Dienstgericht des Bundes ist nicht als ein organisatorisch selbständiges Gericht gebildet. Die dem Dienstgericht des Bundes angehörenden Richter sind in anderen Spruchkörpern oder als Staatsanwälte ganz überwiegend mit anderen Sachen befaßt. Dagegen sind die Truppendienstgerichte organisatorisch verselbständigt. Die Richter der Wehrdienstsenate des Bundesverwaltungsgerichts und die Truppendienstrichter sind mit Verfahren nach der Wehrdisziplinar- und Wehrbeschwerdeordnung, die Richter der Disziplinarsenate des Bundesverwaltungsgerichts und die Richter des Bundesdisziplinargerichts ausschließlich mit Disziplinarsachen befaßt. Nur sie sind deshalb in der Tabelle S. 7 aufgeführt.

Wegen der Verteilung der Richter auf die einzelnen Gerichtszweige wird auf die Tabellen S. 2 bis 7 verwiesen.

3. Welche Steigerungsrate wies die Zahl der zu den in Frage 1 genannten Zeitpunkten tätigen Richter ab 1. Januar 1965 (= 100) jeweils auf (aufgegliedert nach den verschiedenen Gerichtsbarkeiten, dem Bund und den einzelnen Bundesländern), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland für dieselbe Gerichtsbarkeit variierende Steigerungsraten?

Die Steigerungsraten ergeben sich aus den Tabellen S. 2 bis 7. Zu den Tabellen ist zu bemerken:

Richter, die ihre Planstelle in einem anderen Gerichtszweig haben und die deshalb auch in der für diesen Gerichtszweig erstellten Tabelle erfaßt sind, sind in Klammern vermerkt. Diese Richter sind bei der Berechnung der Steigerungsraten in dem Gerichtszweig berücksichtigt, in dem sie überwiegend tätig sind.

Ordentliche Gerichtsbarkeit

a) Bund

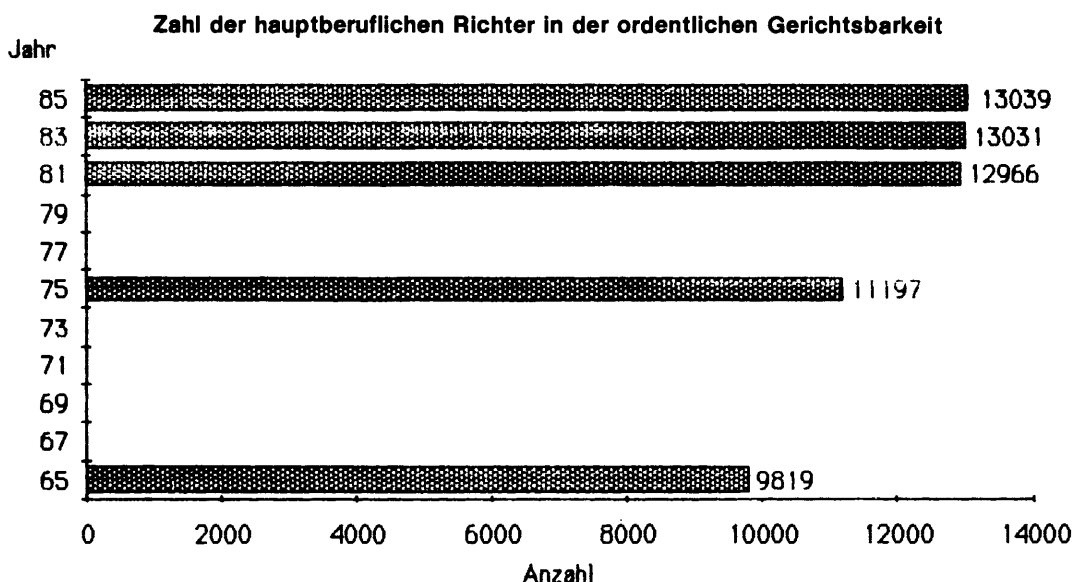
Die Zahl der Richter ist von 238 (1965) auf 274 (1975) gestiegen, sodann auf 271 (1985) gesunken. Zwischen 1965 und 1985 ist sie um ca. 14 % gestiegen.

b) Länder

Die Zahl der Richter ist von 9 581 (1965) über 10 923 (1975) auf 12 768 (1985), also seit 1965 um ca. 33 % gestiegen.

c) Insgesamt

Die Zahl der Richter ist von 9 819 (1965) über 11 197 (1975) auf 13 039 (1985), also seit 1965 um ca. 33 % gestiegen.



Die Steigerungsraten in den Ländern weichen nicht wesentlich voneinander ab. Bei einer durchschnittlichen Steigerungsrate von ca. 33 % hat die geringste Steigerungsrate Schleswig-Holstein mit ca. 25 %, die höchste das Saarland mit ca. 42 %.

Die Entwicklung zwischen 1965 und 1985 ergibt sich aus der graphischen Darstellung S. 3 unten, die weiteren Einzelheiten aus Tabelle S. 2.

Verwaltungsgerichtsbarkeit

a) Bund

Die Zahl der Richter ist von 49 (1965) auf 47 (1975) zurückgegangen und sodann auf 52 (1985) gestie-

gen. Die Steigerungsrate zwischen 1965 und 1985 beträgt ca. 6 %.

b) Länder

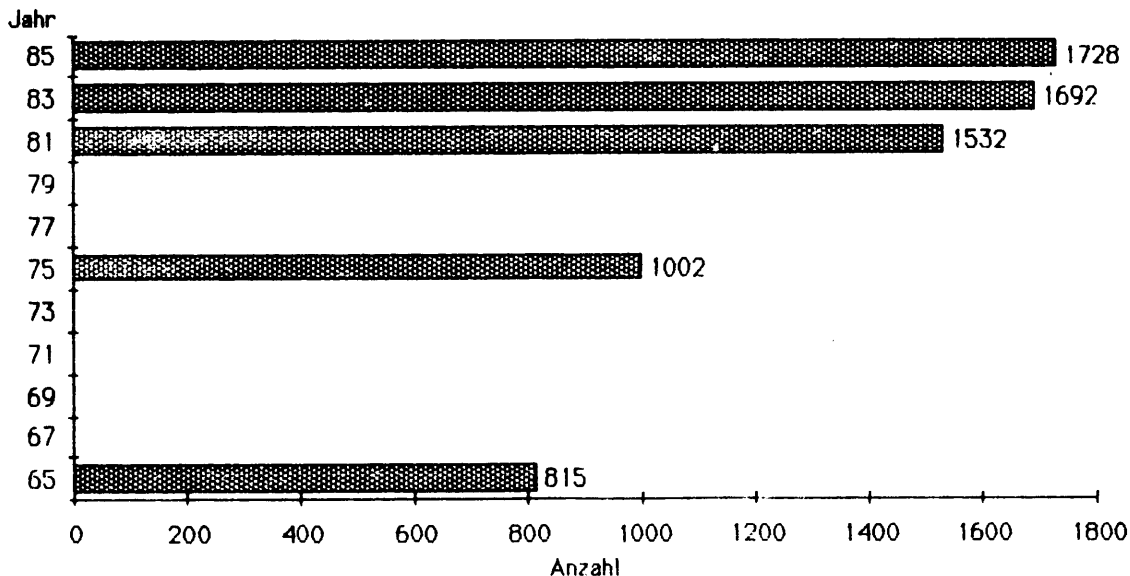
Die Zahl der Richter ist von 766 (1965) über 955 (1975) auf 1 676 (1985), seit 1965 also um ca. 119 % gestiegen.

c) Insgesamt

Die Zahl der Richter ist von 815 (1965) über 1 002 (1975) auf 1 728 (1985), seit 1965 also um ca. 112 % gestiegen.

Die Entwicklung zwischen 1965 und 1985 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung, die Einzelheiten aus Tabelle S. 3.

Zahl der hauptberuflichen Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit



Die Steigerungsraten in den Ländern weichen erheblich voneinander ab. Bei einer durchschnittlichen Steigerungsrate von ca. 119 % hat die geringste Steigerungsrate Berlin mit ca. 39 %, was auf die Ausgliederung der Finanzgerichtsbarkeit aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Jahre 1966 zurückzuführen ist, die höchste Hamburg mit ca. 203 %, was darauf zurückzuführen ist, daß die Planstellen beim OVG in den Jahren 1965 und 1975 bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit ausgewiesen worden sind.

Finanzgerichtsbarkeit

a) Bund

Die Zahl der Richter ist von 36 (1965) über 47 (1975) auf 52 (1985), also seit 1965 um ca. 44 % gestiegen.

b) Länder

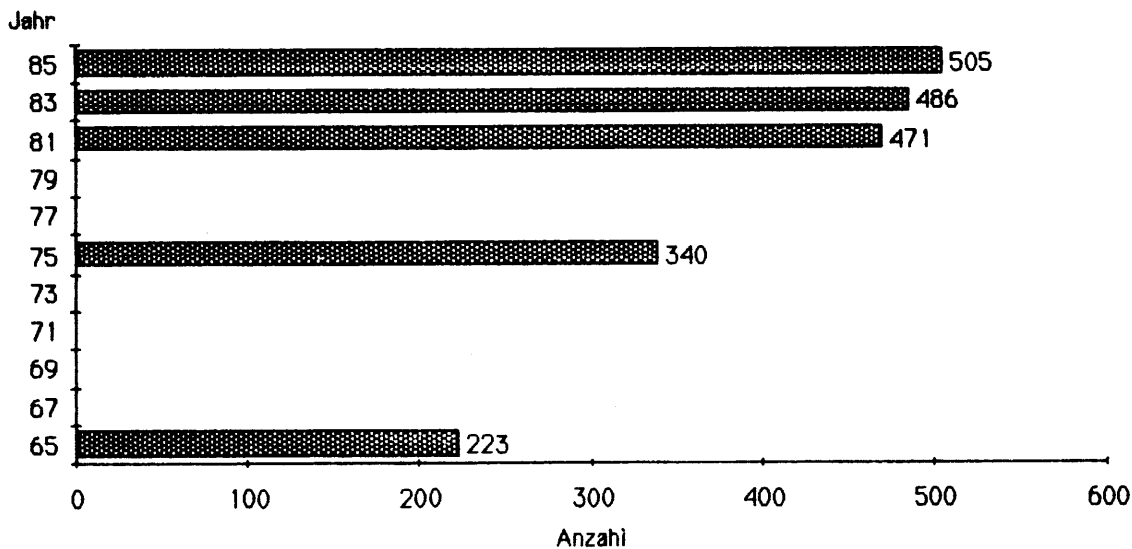
Die Zahl der Richter ist von 187 (1965) über 293 (1975) auf 453 (1985), also seit 1965 um ca. 142 % gestiegen.

c) Insgesamt

Die Zahl der Richter ist von 223 (1965) über 340 (1975) auf 505 (1985), also seit 1965 um ca. 125 % gestiegen.

Die Entwicklung zwischen 1965 und 1985 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 4 Bezug genommen.

Zahl der hauptberuflichen Richter in der Finanzgerichtsbarkeit



Die Steigerungsraten in den Ländern weichen erheblich voneinander ab. Bei einer durchschnittlichen Steigerungsrate von ca. 142 % hat Bremen mit 20 % die geringste Steigerungsrate, Nordrhein-Westfalen mit ca. 192 % die höchste.

Die Gründe für die unterschiedlichen Steigerungsraten sind nicht bekannt. Ein Vergleich mit den Zahlen über die durchschnittlich auf einen Richter entfallenden anhängigen Klagen läßt erkennen, daß die Länder mit hoher Belastung der Richter auch hohe Steigerungsraten aufweisen (vgl. Tabelle 43a der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur Geschäftsbelastung in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit BT-Drucks. 10/1822).

Arbeitsgerichtsbarkeit

a) Bund

Die Zahl der Richter ist von 15 (1965) über 16 (1975) auf 25 (1985), also seit 1965 um ca. 67 % gestiegen.

b) Länder

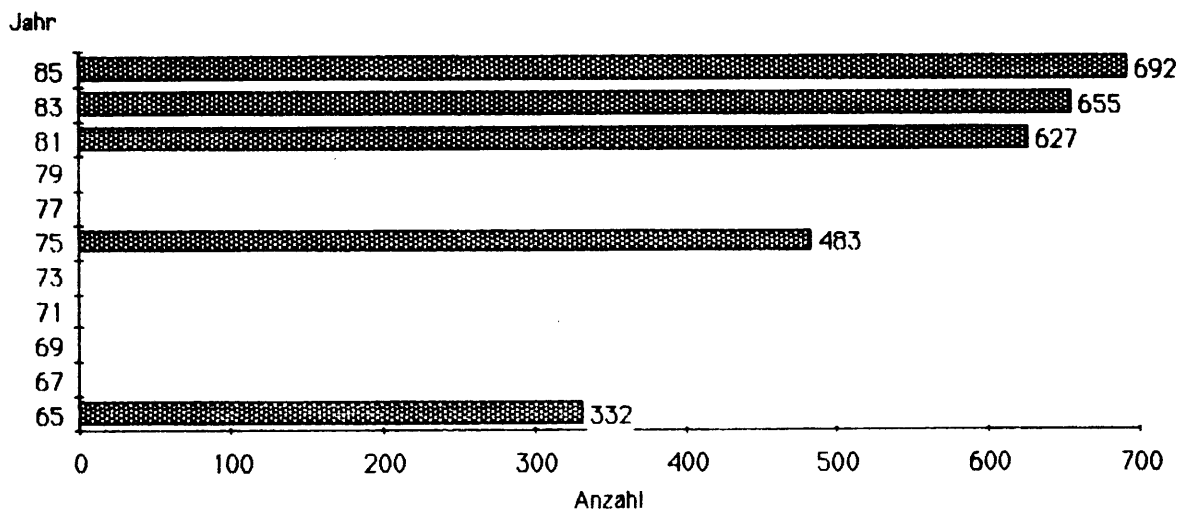
Die Zahl der Richter ist von 317 (1965) über 467 (1975) auf 667 (1985), also seit 1965 um ca. 110 % gestiegen.

c) Insgesamt

Die Zahl der Richter ist von 332 (1965) über 483 (1975) auf 692 (1985), also seit 1965 um ca. 108 % gestiegen.

Die Entwicklung zwischen 1965 und 1985 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 5 Bezug genommen.

Zahl der hauptberuflichen Richter in der Arbeitsgerichtsbarkeit



Die Steigerungsraten in den Ländern weichen nicht unwesentlich voneinander ab. Bei einer durchschnittlichen Steigerungsrate von ca. 110 % hat die geringste Steigerungsrate Schleswig-Holstein mit 50 %, die höchste Hamburg mit ca. 158 %.

Gründe für die unterschiedliche Entwicklung sind nicht bekannt.

Sozialgerichtsbarkeit

a) Bund

Die Zahl der Richter ist von 39 (1965) zunächst auf 43 (1975) gestiegen, anschließend auf 40 (1985) zurückgegangen. Sie war 1985 um ca. 2,5 % höher als 1965.

b) Länder

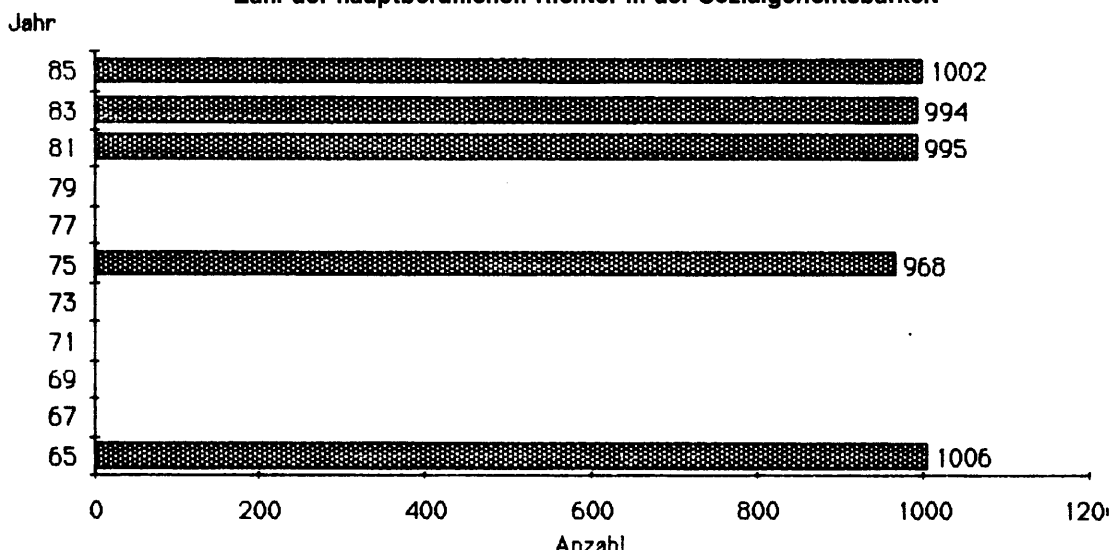
Die Zahl der Richter ist von 967 (1965) auf 925 (1975) zurückgegangen, anschließend auf 962 (1985) gestiegen. Zwischen 1965 und 1985 hat sie sich kaum verändert.

c) Insgesamt

Die Zahl der Richter ist von 1 006 (1965) auf 968 (1975) zurückgegangen und 1985 wieder auf 1 002 gestiegen.

Die Entwicklung zwischen 1965 und 1985 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 6 Bezug genommen.

Zahl der hauptberuflichen Richter in der Sozialgerichtsbarkeit



Die Veränderungsrate in den Ländern weichen nicht unwesentlich voneinander ab. Steigerungsraten haben nur Baden-Württemberg, Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Die höchste Steigerungsrate hat Baden-Württemberg mit ca. 24 %. In den übrigen Ländern — mit Ausnahme von Bremen — ist die Zahl der Richter zurückgegangen, am stärksten im Saarland mit einem Rückgang von ca. 30 %.

Gründe für die unterschiedliche Entwicklung der Richterzahlen sind nicht bekannt.

Dienst- und Disziplinargerichtsbarkeit

Selbständige Disziplinargerichte bestehen nur beim Bund (siehe Antwort zur Frage A. I.2.).

Die Zahl der Richter ist von 44 (1965) über 48 (1975) auf 49 (1985), also seit 1965 um ca. 11 % gestiegen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf Tabelle S. 7 Bezug genommen.

4. a) Wie groß war — bei gleichbleibenden Bewertungszahlen (Pensenschlüsseln) — der Personalbedarf im richterlichen Dienst in den Bundesländern jeweils zu den in der Frage 1 genannten Zeitpunkten bei den ordentlichen Gerichten, Arbeitsgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten und Finanzgerichten, und in welchem Verhältnis stand dieser Personalbedarf zur Zahl der für die Erledigung richterlicher Aufgaben tatsächlich eingesetzten Richter (aufgegliedert für den Bund und die einzelnen Bundesländer)?

Diese Frage läßt sich nicht in der gewünschten Form beantworten: In einigen Gerichtsbarkeiten gibt es noch keine bundeseinheitlichen, von den Ländern vereinbarte Bewertungszahlen. Aber auch in den Gerichtsbarkeiten, für die bundeseinheitliche Bewertungszahlen vereinbart worden sind, kann nicht von gleichbleibenden Bewertungszahlen ausgegangen werden. So hat der Hessische Minister der Justiz darauf hingewiesen, daß eine Be-

rechnung für alle in der Anfrage genannten Zeitpunkte nach gleichbleibenden Bewertungszahlen „schlicht unmöglich“ sei. Die Bewertungszahlen würden jeweils den geänderten rechtlichen und tatsächlichen Verhältnissen angepaßt und seien nur in der jeweiligen Fassung einigermaßen aussagefähig. Eine Nachberechnung des Geschäftsanfalls nach früher oder später beschlossenen Bewertungszahlen würde zu Ergebnissen ohne Aussagewert führen. Diese Auffassung haben Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen unterstützt; die anderen Landesjustizverwaltungen haben nicht widersprochen und dürften diese Auffassung teilen.

Ausgehend von den jeweils geltenden Bewertungszahlen, hat sich in der ordentlichen Gerichtsbarkeit das Verhältnis Personalbedarf/tatsächlicher Einsatz von 1,18 im Jahre 1980 auf 1,23 im Jahre 1983 verschlechtert (für die übrigen Jahre liegen nur unvollständige Angaben vor), d. h. der Fehlbestand an Richtern in Rechtssachen (also ohne die in Verwaltungs-, Ausbildungs- und Personalvertretungsangelegenheiten tätig gewesenen Kräfte) ist von 18% auf 23% angewachsen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf Tabelle S. 8 Bezug genommen.

Für die übrigen Gerichtsbarkeiten sind Angaben nicht möglich, da insoweit keine bundeseinheitlichen Bewertungszahlen vereinbart sind. Wegen der Arbeitsgerichtsbarkeit wird ergänzend auf die Antwort der Bundesregierung zu C.I.3 der Großen Anfrage der SPD-Fraktion betreffend die Geschäftsbelastung der Arbeitsgerichtsbarkeit (Drucksache 10/2067) Bezug genommen.

4. b) Wie groß war die Zahl der Richter (Richterpensen), die jeweils zu den in Frage 1 genannten Zeitpunkten ganz oder teilweise von richterlicher Tätigkeit freigestellt waren (z. B. Abordnung innerhalb oder außerhalb der Justizverwaltung, Übertragung von Aufgaben inner-

halb der Gerichts-/Justizverwaltung), und in welchem Verhältnis stand diese Zahl jeweils zur Gesamtzahl der tatsächlich eingesetzten Richter (aufgegliedert nach Bund und Bundesländern für die einzelnen Gerichtsbarkeiten)?

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit ist das Verhältnis der freigestellten Richter zur Zahl der mit Rechtsprechung befaßten Richter zwischen 1975 und 1984 mit 0,06 konstant geblieben. Von den 6% freigestellten Richtern waren — jedenfalls in den letzten Jahren — deutlich mehr als die Hälfte mit Ausbildungs- und Prüfungsangelegenheiten befaßt. Für die übrigen Gerichtszweige liegen nur unvollständige Angaben vor. Im übrigen wird auf die Tabellen S. 9 bis 13 verwiesen.

II. Zahl der Staatsanwälte, Amtsanwälte und der anderen Vertreter des öffentlichen Interesses

Wie lauten die den Fragen I.1 bis 4 entsprechenden Zahlen für die im Gerichtswesen jeweils tätigen

- a) Staatsanwälte,
- b) Amtsanwälte und
- c) die sonstigen Vertreter des öffentlichen Interesses,

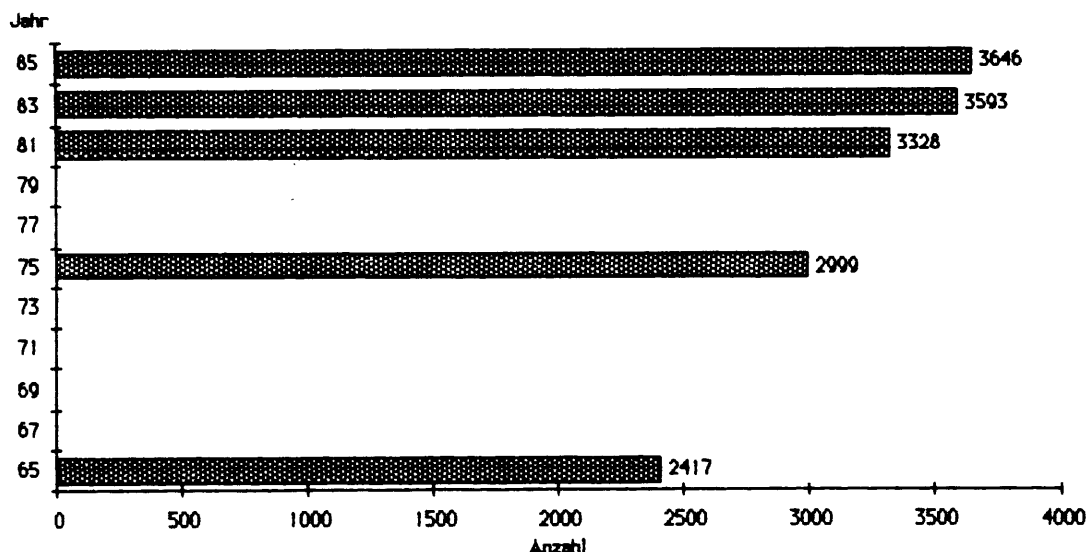
und wie erklärt sich die Bundesregierung in diesen Bereichen ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Steigerungsraten?

Frage 1. lautet, bezogen auf die Staatsanwaltschaften und die Vertreter des öffentlichen Interesses, wie folgt:

Wie viele Staatsanwälte, Amtsanwälte und Vertreter des öffentlichen Interesses waren jeweils am 1. Januar 1965, 1975, 1980, 1981, 1982, 1983 und 1984 im Gerichtswesen tätig?

Die Gesamtzahl der Staatsanwälte und der Vertreter des öffentlichen Interesses wird nur alle zwei Jahre zum 1. Januar ermittelt, und zwar in den Jahren mit ungerader Jahreszahl. Um auch die Ent-

Zahl der Staatsanwälte

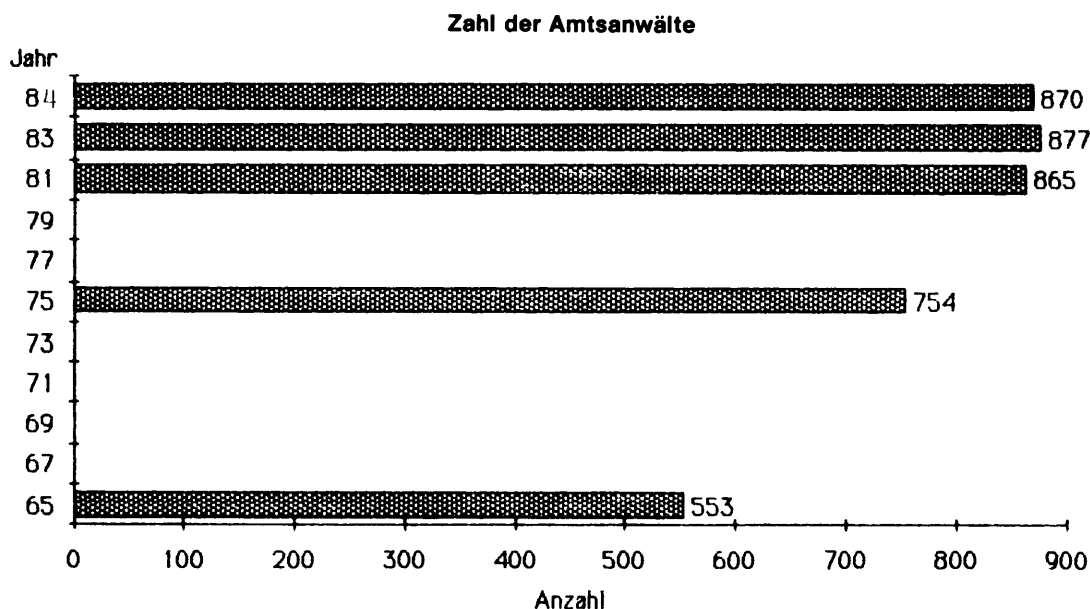


wicklung in den letzten Jahren darzustellen, ist für Staatsanwälte und Vertreter des öffentlichen Interesses zusätzlich die für den 1. Januar 1985 ermittelte Zahl angeführt. Für die Amtsanwälte liegen Angaben nur zum 31. Dezember der erfragten Jahre vor.

Die Zahl der Staatsanwälte ist zwischen 1965 und 1985 von 2 417 auf 3 646 um ca. 51%, die Zahl der Vertreter des öffentlichen Interesses von 79 auf 83

um ca. 5% und die Zahl der Amtsanwälte zwischen 1965 und 1984 von 553 auf 870 um ca. 57% gestiegen.

Die Entwicklung zwischen 1965 und 1985 bei den Staatsanwälten und zwischen 1965 und 1984 bei den Amtsanwälten ergibt sich aus den graphischen Darstellungen S. 7 unten und S. 8 (nachfolgend); wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 14 Bezug genommen.



Für die Gegenüberstellung von Personal und Personalbedarf unter Frage 4 ist wie bei den Richtern auf die allgemeine Personalstatistik zurückgegriffen worden, die jährlich zum 31. Dezember die Zahl der Staatsanwälte — nach anderen Kriterien als die Richterstatistik — erfaßt.

Fragen

2. und 3. lauten, bezogen auf die Staatsanwaltschaften und die Vertreter des öffentlichen Interesses, wie folgt:
2. Wie verteilen sich die zu den in der Frage 1 genannten Zeitpunkten tätigen Staatsanwälte, Amtsanwälte und Vertreter des öffentlichen Interesses auf den Bund und die einzelnen Bundesländer?
3. Welche Steigerungsrate wies die Zahl der zu den in Frage 1 genannten Zeitpunkten tätigen Staatsanwälte, Amtsanwälte und Vertreter des öffentlichen Interesses ab 1. Januar 1965 (= 100) jeweils auf (aufgegliedert nach dem Bund und den einzelnen Bundesländern), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Steigerungsrate?

Die Zahl der im Bundesdienst eingesetzten Staatsanwälte hat sich von 25 im Jahre 1965 auf 47 im Jahre 1985 um 88% erhöht.

Bei den im Landesdienst insgesamt eingesetzten Staatsanwälten beträgt der Zuwachs bei 2 392 Staatsanwälten im Jahre 1965 und 3 599 im Jahre 1985 50,46%. In den Ländern zeigen sich zum Teil erheblich voneinander abweichende Steigerungsra-

ten. Am stärksten ist die Steigerung zwischen 1965 und 1985 in Bremen mit 86,21%, am geringsten im Saarland mit 18,18%.

Die Zahl der im Landesdienst insgesamt eingesetzten Amtsanwälte ist von 553 im Jahre 1965 auf 870 im Jahre 1984 gestiegen (57,3%). In den einzelnen Ländern weichen die Steigerungsraten erheblich voneinander ab. Dies ist auf die Bestimmung in § 142 Abs. 1 Nr. 3 GVG zurückzuführen. Danach wird das Amt der Staatsanwälte bei den Amtsgerichten durch einen oder mehrere Staatsanwälte oder Amtsanwälte ausgeübt. Von der Möglichkeit, Amtsanwälte einzusetzen, haben die Länder seit jeher unterschiedlich Gebrauch gemacht. Im übrigen ist auch die Zuweisung von Aufgaben an die Amtsanwälte (z. B. hinsichtlich der Wert- oder Schadenshöhe bei der Verfolgung von Delikten) in den Ländern unterschiedlich geregelt.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Tabellen S. 15 und 16 Bezug genommen.

Vertreter des öffentlichen Interesses gibt es nicht in allen Bundesländern. Von der Möglichkeit, nach § 36 Abs. 1 VwGO bei dem Oberverwaltungsgericht und bei dem Verwaltungsgericht einen Vertreter des öffentlichen Interesses zu bestimmen, haben nur einige Länder Gebrauch gemacht. Soweit in Ländern Vertreter des öffentlichen Interesses nicht bestellt sind, werden deren Aufgaben von anderen Stellen nebenamtlich wahrgenommen. Baden-Württemberg hat seine nach § 36 VwGO ergangene Verordnung über die Landesanwältschaften bei den

Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 22. März 1960 durch Verordnung vom 11. April 1983 wieder aufgehoben. Am Sitz des Verwaltungsgerichtshofs ist nur noch ein Vertreter des öffentlichen Interesses bestellt.

Die Zahl der im Landesdienst insgesamt eingesetzten Vertreter des öffentlichen Interesses ist mit 67 im Jahre 1965 und 68 im Jahre 1985 ziemlich konstant geblieben, im Jahre 1981 war die Zahl mit 90 am höchsten. Der Rückgang zwischen 1981 und 1985 ist fast ausschließlich durch die Aufhebung der Landesanwaltschaft in Baden-Württemberg bedingt.

Im Jahre 1965 waren im Bundesdienst 12 Vertreter des öffentlichen Interesses tätig, im Jahre 1985 waren es 15 (Steigerung um 25%).

Erfaßt sind im Bundesdienst nur die Vertreter des öffentlichen Interesses beim Bundesdisziplinaranwalt und beim Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht. Nicht berücksichtigt sind der Bundeswehrdisziplinaranwalt beim Bundesverwaltungsgericht — Wehrdienstsenate —; er ist kein Vertreter des öffentlichen Interesses. Dies gilt auch für die Wehrdisziplinaranwälte bei den Truppendienstgerichten. Sie sind außerdem deshalb nicht erfaßt, weil sie diese Tätigkeit nebenamtlich ausführen; im Hauptamt sind sie Rechtsberater der Kommandobehörden der Bundeswehr.

Die Zahl der im Bundes- und Landesdienst eingesetzten Vertreter des öffentlichen Interesses ist von 79 im Jahre 1965 auf 83 im Jahre 1985 gestiegen (5,1%).

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 17 Bezug genommen.

Fragen

4. a) und b) lauten, bezogen auf die Staatsanwaltschaften und die Vertreter des öffentlichen Interesses, wie folgt:

4. a) Wie groß war — bei gleichbleibenden Bewertungszahlen (Pensenschlüsseln) — der Personalbedarf im staats-/amtsanwaltschaftlichen Dienst und bei den Vertretern des öffentlichen Interesses in den Bundesländern jeweils zu den in der Frage 1 genannten Zeitpunkten, und in welchem Verhältnis stand dieser Personalbedarf zur Zahl der für die Erledigung der staats-/amtsanwaltschaftlichen Aufgaben sowie von Aufgaben der Vertreter des öffentlichen Interesses eingesetzten Staatsanwälte, Amtsanwälte und Vertreter des öffentlichen Interesses (aufgegliedert für den Bund und die einzelnen Bundesländer?)

4. b) Wie groß war die Zahl der Staats- und Amtsanwälte sowie Vertreter des öffentlichen Interesses (Pensen), die jeweils zu den in Frage 1 genannten Zeitpunkten ganz oder teilweise von ihrer Tätigkeit freigestellt waren (z. B. Abordnung innerhalb oder außerhalb der Justizverwaltung, Übertragung von Verwaltungsaufgaben innerhalb derselben Behörde), und in welchem Verhältnis stand diese Zahl

jeweils zur Gesamtzahl der tatsächlich eingesetzten Staats-/Amtsanwälte und Vertreter des öffentlichen Interesses (aufgegliedert nach Bund und Bundesländern)?

Für den staatsanwaltschaftlichen und für den amtsanwaltschaftlichen Dienst gelten zwar unterschiedliche Bewertungszahlen für die Personalbedarfsberechnung. Da jedoch nicht von allen Landesjustizverwaltungen gesonderte Personalbedarfsberechnungen für den amtsanwaltschaftlichen Dienst vorgenommen werden, sind staats- und amtsanwaltschaftlicher Dienst in Tabelle S. 18 zusammengefaßt worden.

Im staats- und amtsanwaltschaftlichen Dienst hat sich das Verhältnis Personalbedarf/tatsächlicher Einsatz zwischen 1980 und 1983 (im übrigen liegen Daten nicht vollständig vor) ziemlich konstant zwischen 1,13 (1981) und 1,15 (1983) gehalten, der Fehlbestand an Staats- und Amtsanwälten lag somit zwischen 13% und 15%.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 18 verwiesen.

Das Verhältnis der freigestellten Staats- und Amtsanwälte zur Zahl der im staats-/amtsanwaltschaftlichen Dienst tätigen Staats- und Amtsanwälte ist bis auf das Jahr 1975 (0,06) mit 0,07 in den übrigen Jahren konstant geblieben.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 19 verwiesen.

Die Fragen können für Vertreter des öffentlichen Interesses nicht beantwortet werden. Einheitliche Bewertungszahlen bestehen schon wegen der landesrechtlichen Unterschiede nicht. Im übrigen liegen keine Angaben vor.

III. Zahl der im Gerichtswesen nicht als Richter, Staatsanwälte, Amtsanwälte oder sonstige Vertreter des öffentlichen Interesses tätigen Mitarbeiter

1. Wie lauten die den Fragen I. 1 bis 4 a) entsprechenden Zahlen für die im Gerichtswesen tätigen Rechtspfleger, und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Steigerungsraten für dieselbe Gerichtsbarkeit?

Frage

1. lautet, bezogen auf die Rechtspfleger, wie folgt:
Wie viele Rechtspfleger waren jeweils am 1. Januar 1965, 1975, 1980, 1981, 1982, 1983 und 1984 im Gerichtswesen tätig?

Erfaßt sind die Beamten des gehobenen Dienstes. In der ordentlichen Gerichtsbarkeit handelt es sich fast ausschließlich um Rechtspfleger, die ganz überwiegend Rechtspflegergeschäfte wahrnehmen. Auch in der Arbeitsgerichtsbarkeit sind im gehobenen Dienst überwiegend Rechtspfleger tätig. In den übrigen Gerichtsbarkeiten gibt es keine Rechtspfleger; ihre Einführung auch in der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit ist jedoch in dem

dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorliegenden Entwurf einer Verwaltungsprozeßordnung (VwPO) vorgesehen.

Nicht enthalten sind in der Tabelle S. 20 Angaben über die Zahl der Beamten des gehobenen Dienstes in der Sozialgerichtsbarkeit. Insoweit liegen nur Angaben aus drei Ländern vor. Von den übrigen Ländern sind die Kräfte des gehobenen Dienstes den „sonstigen“ Bediensteten (vgl. Tabelle S. 32) zugerechnet worden.

Die erfragten Zahlen ergeben sich mit diesen Maßgaben aus der Tabelle S. 20.

Fragen

2. und 3. lauten, bezogen auf die Rechtspfleger, wie folgt:
2. Wie verteilten sich die zu den in der Frage 1 genannten Zeitpunkten tätigen Rechtspfleger auf die ordentlichen Gerichte, Arbeitsgerichte, Verwaltungsgerichte, Sozialgerichte, Finanzgerichte und Dienst- und Disziplinargerichte

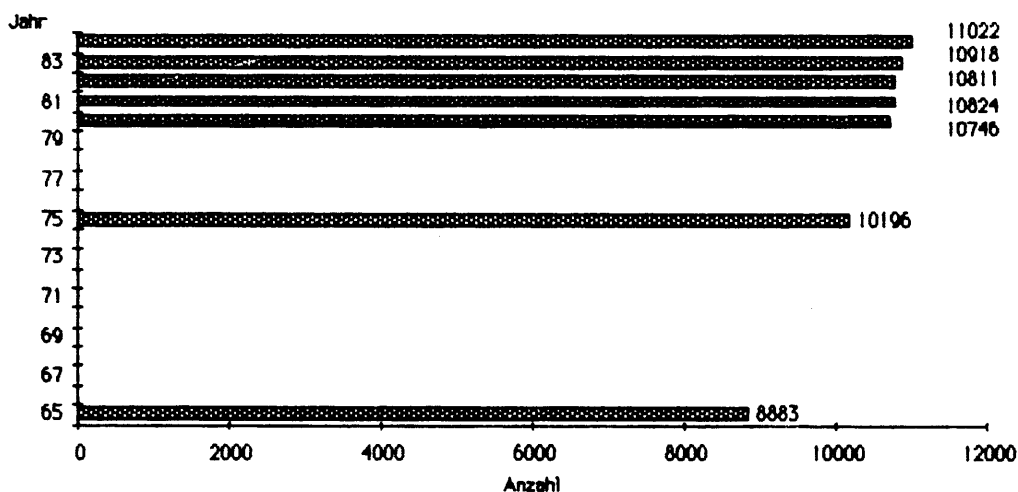
(aufgegliedert für den Bund und die einzelnen Bundesländer)?

3. Welche Steigerungsrate wies die Zahl der zu den in Frage 1 genannten Zeitpunkten tätigen Rechtspfleger am 1. Januar 1965 (= 100) jeweils auf (aufgegliedert nach den verschiedenen Gerichtsbarkeiten, dem Bund und den einzelnen Bundesländern), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland für dieselbe Gerichtsbarkeit variierende Steigerungsraten?

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Die Zahl der in der ordentlichen Gerichtsbarkeit einschließlich der Staats-/Amtsanwaltschaften eingesetzten Rechtspfleger und sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes ist von 8 883 im Jahre 1965 auf 11 022 im Jahre 1984 um 24,1 % gestiegen; die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1965 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.

Zahl der Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) — ordentliche Gerichtsbarkeit —



Im Bundesdienst waren 1965 63 und 1974 76 Rechtspfleger bzw. sonstige Beamten des gehobenen Dienstes tätig, was einer Steigerung von ca. 21 % entspricht. Inwieweit die Rechtspfleger bei Gerichten oder Staatsanwaltschaften tätig gewesen sind, ergibt sich aus Tabelle S. 22.

Die Zahl der im Landesdienst insgesamt in der ordentlichen Gerichtsbarkeit einschließlich Staatsanwaltschaft eingesetzten Rechtspfleger und sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes ist von 8 820 im Jahre 1965 um ca. 24 % auf 10 946 im Jahre 1984 gestiegen (Tabelle S. 22).

In den einzelnen Ländern ist die Zahl der in der ordentlichen Gerichtsbarkeit einschließlich Staatsanwaltschaft eingesetzten Rechtspfleger und sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes bis auf Hamburg (minus 25 %) gestiegen. Den stärksten Anstieg zwischen 1965 und 1984 verzeichnet dabei Nordrhein-Westfalen mit 39,8 %.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 21 Bezug genommen.

Verwaltungsgerichtsbarkeit

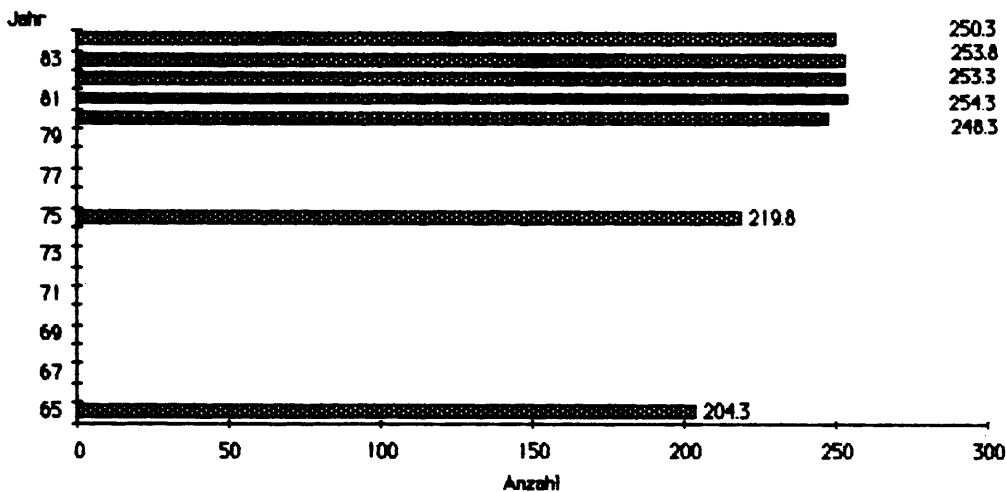
In der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist die Zahl der eingesetzten Beamten des gehobenen Dienstes von 204,3 im Jahre 1965 auf 250,3 im Jahre 1984 um 22,52 % gestiegen; die Entwicklung zwischen 1965 und 1984 ergibt sich aus der graphischen Darstellung S. 11 oben.

Im Bundesdienst ist die Zahl der eingesetzten Beamten des gehobenen Dienstes von 21 im Jahre 1965 auf 34 im Jahre 1984 um 61,9 % gestiegen.

Im Landesdienst insgesamt hat die Zahl der Beamten des gehobenen Dienstes von 183,3 im Jahre 1965 auf 216,3 im Jahre 1984 um 18 % zugenommen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 23 Bezug genommen.

Zahl der Beamten des gehobenen Dienstes — Verwaltungsgerichtsbarkeit —

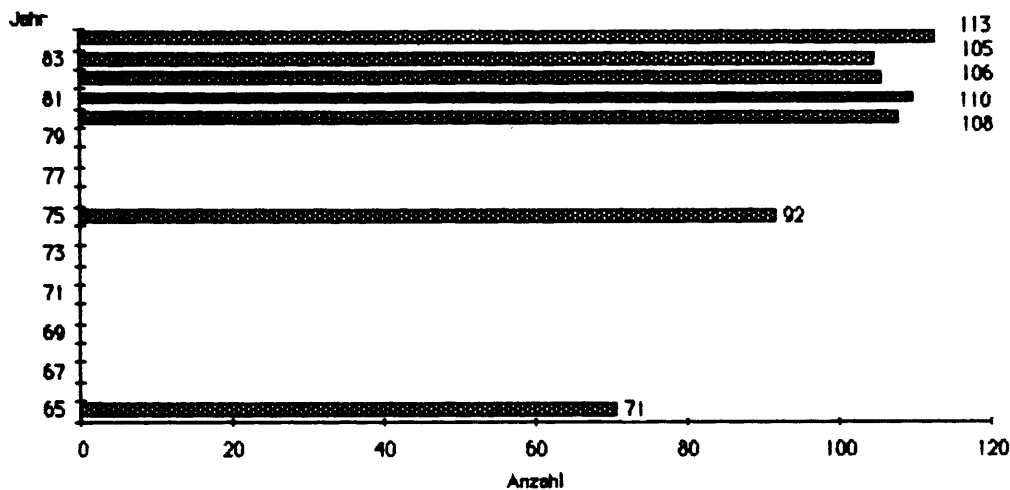


Finanzgerichtsbarkeit

In der Finanzgerichtsbarkeit ist die Zahl der eingesetzten Beamten des gehobenen Dienstes von 71 im

Jahre 1965 auf 113 im Jahre 1984 um 59,2% gestiegen; die Entwicklung zwischen 1965 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.

Zahl der Beamten des gehobenen Dienstes — Finanzgerichtsbarkeit —



Im Bundesdienst waren 1965 14 und 1984 25 Beamte des gehobenen Dienstes tätig, was einer Steigerung von 78,6% entspricht.

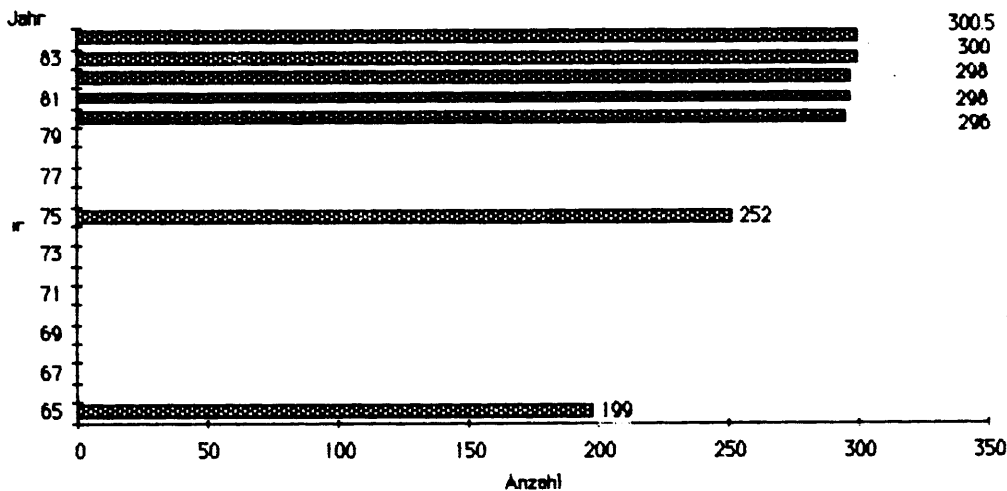
Die Zahl der im Landesdienst insgesamt tätig gewesenen Beamten des gehobenen Dienstes ist von 57 im Jahre 1965 auf 88 im Jahre 1984 um 54,4% gestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 24 verwiesen.

Arbeitsgerichtsbarkeit

In der Arbeitsgerichtsbarkeit ist die Zahl der bundesweit eingesetzten Rechtspfleger und sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes von 199 im Jahre 1965 um 51% auf 300,5 im Jahre 1984 gestiegen, die Entwicklung zwischen 1965 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.

Zahl der Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) — Arbeitsgerichtsbarkeit —



Die Zahl der im Bundesdienst im Jahre 1965 eingesetzten Rechtspfleger bzw. sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes ist von 5 im Jahre 1965 auf 8 im Jahre 1984 gestiegen.

Die Zahl der im Landesdienst insgesamt eingesetzten Rechtspfleger und sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes ist von 194 im Jahre 1965 um 50,8 % auf 292,5 im Jahre 1984 gestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 25 Bezug genommen.

Dienst- und Disziplinargerichtsbarkeit

Hinsichtlich der Dienst- und Disziplinargerichtsbarkeit sind nur die beim Bundesdisziplinargericht und bei den Truppendienstgerichten tätig gewesenen Kräfte erfaßt worden. Danach ergibt sich eine Steigerung von 27 Beamten des gehobenen Dienstes im Jahre 1965 auf 28 im Jahre 1984.

Frage**4. a) lautet, bezogen auf Rechtspfleger, wie folgt:**

Wie groß war — bei gleichbleibenden Bewertungszahlen (Pensenschlüsseln) — der Personalbedarf im Rechtspflegerdienst in den Bundesländern jeweils zu den in der Frage 1 genannten Zeitpunkten bei den ordentlichen Gerichten, Arbeitsgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten und Finanzgerichten, und in welchem Verhältnis stand dieser Personalbedarf zur Zahl der für die Erledigung der Aufgaben tatsächlich eingesetzten Rechtspfleger (aufgegliedert für den Bund und die einzelnen Bundesländer)?

Insoweit ist eine Beantwortung nicht möglich, da bundeseinheitliche Bewertungszahlen für den gehobenen und sonstigen Dienst nicht vorliegen.

Wie lauten die den Fragen I.1. bis 4. a) entsprechenden Zahlen für die im Gerichtswesen nicht als Richter, Rechtspfleger, Staatsanwälte, Amtsanwälte

oder sonstige Vertreter des öffentlichen Interesses tätigen Mitarbeiter, und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. unterschiedliche Steigerungsraten?

Frage**1. lautet, bezogen auf den sonstigen Dienst, wie folgt:**

Wie viele nicht als Richter, Rechtspfleger, Staatsanwälte, Amtsanwälte oder sonstige Vertreter des öffentlichen Interesses tätige Mitarbeiter waren jeweils am 1. Januar 1965, 1975, 1980, 1981, 1982, 1983 und 1984 im Gerichtswesen tätig?

Aufgeführt sind die Kräfte des mittleren Dienstes, des Schreibdienstes, des einfachen Dienstes, die Raumpflegerkräfte und die sonstigen Lohnempfänger. Bei den in der ordentlichen Gerichtsbarkeit tätigen sonstigen Bediensteten sind auch die Gerichtsvollzieher und die Justizvollziehungsbeamten bei den Amtsgerichten erfaßt.

Bei der Sozialgerichtsbarkeit sind teilweise auch die Kräfte des gehobenen Dienstes mit erfaßt worden; insoweit wird auf die Erläuterungen zu Frage III.1. Bezug genommen.

Die Zahl der genannten Mitarbeiter ist von 43 088 im Jahre 1965 auf 53 924 um ca. 25 % gestiegen.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Tabelle S. 26 letzte Spalte.

Fragen**2. und 3. lauten, bezogen auf den sonstigen Dienst, wie folgt:**

2. Wie verteilen sich die zu den in der Frage 1 genannten Zeitpunkten tätigen sonstigen Bediensteten auf die ordentlichen Gerichte, Arbeitsgerichte, Verwaltungsgerichte, Sozialgerichte, Finanzgerichte und Dienst- und Disziplinargerichte (aufgegliedert für den Bund und die einzelnen Bundesländer)?

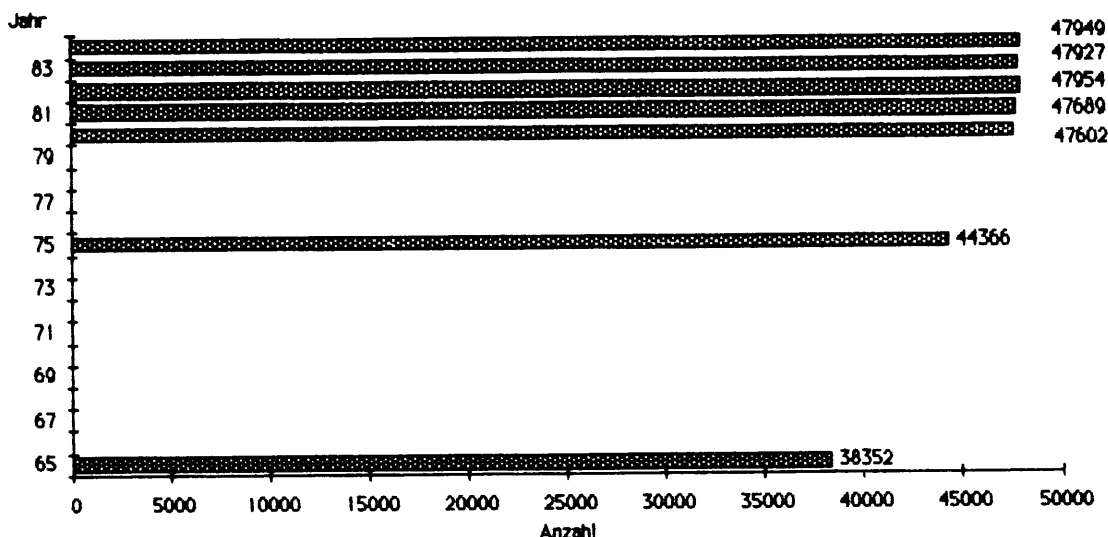
3. Welche Steigerungsrate wies die Zahl der zu den in Frage 1 genannten Zeitpunkten tätigen

Richter ab 1. Januar 1965 (= 100) jeweils auf (aufgegliedert nach den verschiedenen Gerichtsbarkeiten, dem Bund und den einzelnen Bundesländern), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland für dieselbe Gerichtsbarkeit variierende Steigerungsraten?

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Die Zahl der in der ordentlichen Gerichtsbarkeit (einschließlich Staatsanwaltschaften) insgesamt tätig gewesenen sonstigen Bediensteten ist von 38 352 im Jahre 1965 um ca. 25% auf 47 949 im Jahre 1984 gestiegen (Tabelle S. 26); die Entwicklung zwischen 1965 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.

Zahl der sonstigen Bediensteten — ordentliche Gerichtsbarkeit —



Die Zahl der beim Bundesgerichtshof (einschließlich Generalbundesanwalt) und beim Bundespatentgericht tätigen sonstigen Bediensteten ist von 321 im Jahre 1965 um ca. 22% auf 391 im Jahre 1984 gestiegen (Tabelle S. 28).

Die Zahl der bei den ordentlichen Gerichten einschließlich Staatsanwaltschaften im Landesdienst insgesamt tätigen sonstigen Bediensteten ist von 38 031 im Jahre 1965 um ca. 25% auf 47 558 im Jahre 1984 gestiegen (Tabelle S. 28).

Auch in den einzelnen Ländern ist die Zahl der sonstigen Bediensteten zwischen 1965 und 1984 mit Ausnahme von Hamburg (minus ca. 2%) und Rheinland-Pfalz (minus 1,4%) gestiegen. Hierbei weist Bayern mit 41,3% die höchste Steigerungsrate auf.

Wegen der näheren Einzelheiten, insbesondere inwieweit sich die sonstigen Bediensteten auf die Gerichte und die Staatsanwaltschaften verteilen, wird auf Tabelle S. 27/28 Bezug genommen.

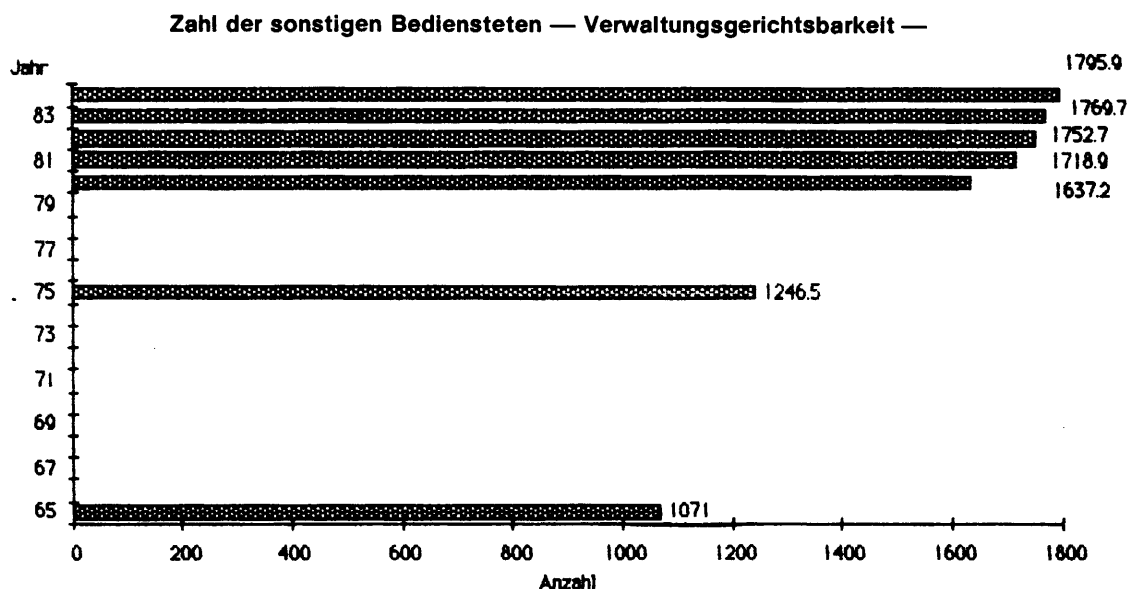
Verwaltungsgerichtsbarkeit

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist die Zahl der sonstigen Bediensteten von 1 071 im Jahre 1965 auf 1 795,9 im Jahre 1984 um ca. 68% gestiegen; die Entwicklung zwischen 1965 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung Seite 14 oben.

Die Zahl der im Bundesdienst tätigen sonstigen Bediensteten ist von 124 im Jahre 1965 um ca. 14% auf 141 im Jahre 1984 gestiegen.

Bei den im Landesdienst insgesamt tätigen sonstigen Bediensteten ergibt sich mit 947 im Jahre 1965 und 1 654,9 im Jahre 1984 eine Steigerung um 74,8%. Auch die Zahlen in den einzelnen Ländern zeigen zwischen 1965 und 1984 Steigerungsraten. Hierbei hat Hamburg mit 194,6% die stärkste Steigerungsrate. Dies dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß bis einschließlich 1982 der Personalbestand des Obergerichts Hamburg im Personalbestand des Hanseatischen Obergerichts enthalten war. Die zweitgrößte Steigerungsrate weist Rheinland-Pfalz mit 119,4% auf, die geringste Berlin mit 27,2%.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 29 verwiesen.



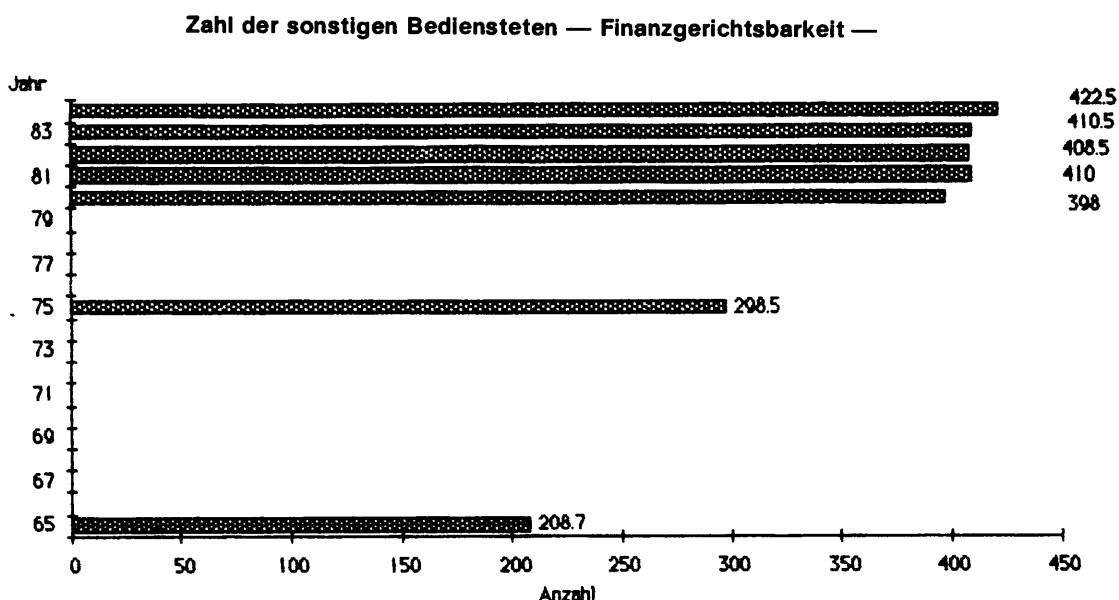
Finanzgerichtsbarkeit

In der Finanzgerichtsbarkeit ist die Zahl der im Bundesdienst tätigen sonstigen Bediensteten von 47 im Jahre 1965 um ca. 53 % auf 72 im Jahre 1984 gestiegen.

In den Ländern insgesamt belief sich die Zahl der sonstigen Bediensteten im Jahre 1965 auf 161,7 und im Jahre 1984 auf 350,5, was eine Steigerung um ca. 117 % bedeutet. Die Steigerungsraten in den einzelnen Ländern sind wegen der geringen Zahl der Be-

diensteten recht unterschiedlich: Die höchste Steigerungsrate weist Nordrhein-Westfalen mit 186 % auf, am niedrigsten liegt sie in Bremen mit 0 %. Anzumerken ist, daß in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1980 ein drittes Finanzgericht errichtet worden ist.

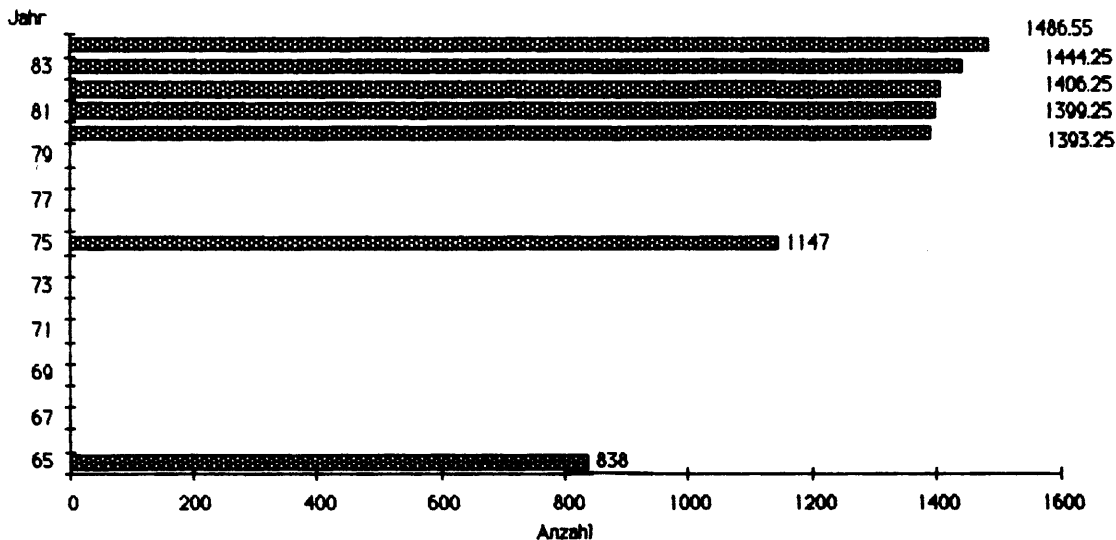
Die Entwicklung zwischen 1965 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 30 Bezug genommen.



Arbeitsgerichtsbarkeit

In der Arbeitsgerichtsbarkeit ist die Zahl der sonstigen Bediensteten von 838 im Jahre 1965 auf 1 486,55

im Jahre 1984 um ca. 77% gestiegen; die Entwicklung zwischen 1965 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.

Zahl der sonstigen Bediensteten — Arbeitsgerichtsbarkeit —

Im Bundesdienst hat die Zahl der sonstigen Bediensteten mit 70 im Jahre 1965 und 86 im Jahre 1984 um ca. 23 % zugenommen.

Die Zahl der im Landesdienst beschäftigten sonstigen Bediensteten ist von 768 im Jahre 1965 um ca. 82 % auf 1 400,55 im Jahre 1984 gestiegen.

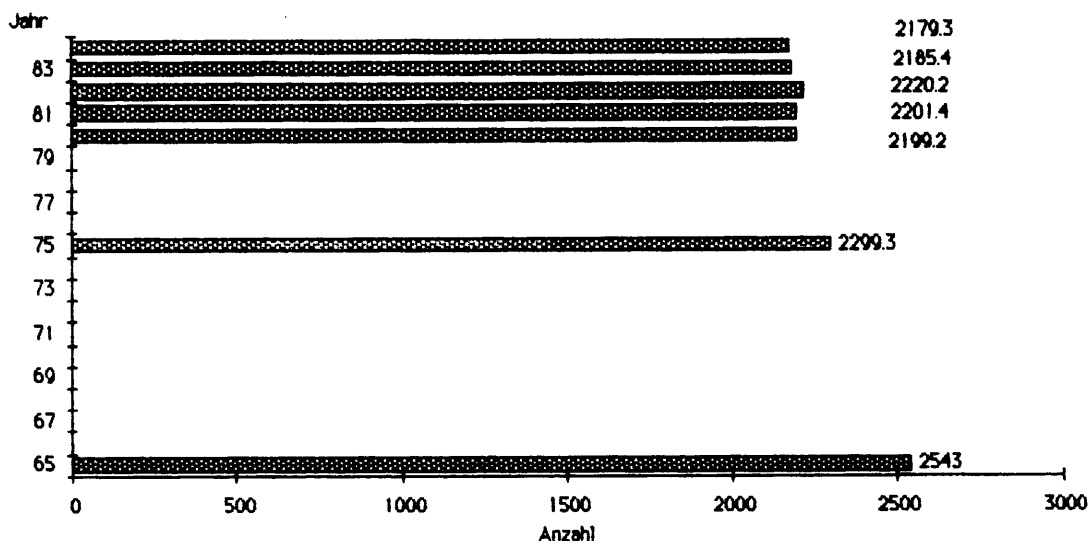
Auch in den einzelnen Ländern haben die Zahlen durchweg zugenommen, am stärksten in Nordrhein-Westfalen mit 152,2 %, am wenigsten im Saarland mit 31,3 %.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 31 verwiesen.

Sozialgerichtsbarkeit

Die Daten über die sonstigen Bediensteten in der Sozialgerichtsbarkeit sind nur beschränkt aussagekräftig, da von den Ländern hier teilweise auch die Kräfte des gehobenen Dienstes mit erfaßt wurden.

Insgesamt ist die Zahl der sonstigen Bediensteten in der Sozialgerichtsbarkeit von 2 543 im Jahre 1965 auf 2 179,3 im Jahre 1984 um ca. 14 % zurückgegangen; die Entwicklung zwischen 1965 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.

Zahl der sonstigen Bediensteten — Sozialgerichtsbarkeit

Die Zahl der im Bundesdienst beschäftigten sonstigen Bediensteten ist von 101 im Jahre 1965 um ca. 54 % auf 155 im Jahre 1984 angestiegen.

Demgegenüber ist die Zahl der im Landesdienst beschäftigten sonstigen Mitarbeiter mit 2 442 im Jahre 1965 und 2 024,3 im Jahre 1984 um ca. 17 % rückläufig. Dem entspricht die Situation in den Ländern: Dort ist überall die Zahl der sonstigen Bediensteten zwischen 1965 und 1984 rückläufig, am stärksten in Bremen mit ca. 38 %, am wenigsten in Nordrhein-Westfalen mit ca. 5 %.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 32 verwiesen.

Vom Abdruck der Frage 4.a) wird abgesehen, da bundeseinheitliche Bewertungszahlen für den sonstigen Dienst nicht vorliegen.

Dienst- und Disziplinargerichtsbarkeit

Die Zahl der Kräfte des sonstigen Dienstes ist von 75 im Jahre 1965 auf 91 im Jahre 1984 gestiegen. Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 26 verwiesen.

IV. Wie lauten die den Fragen I.1 und 4 a) entsprechenden Zahlen für die Bewährungshelfer, und wie hat sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Bewährungshelfer und der Probanden jeweils entwickelt?

Frage

1. lautet, bezogen auf die Bewährungshelfer, wie folgt:

Wie viele Bewährungshelfer waren jeweils am 1. Januar 1965, 1975, 1980, 1981, 1982, 1983 und 1984 tätig?

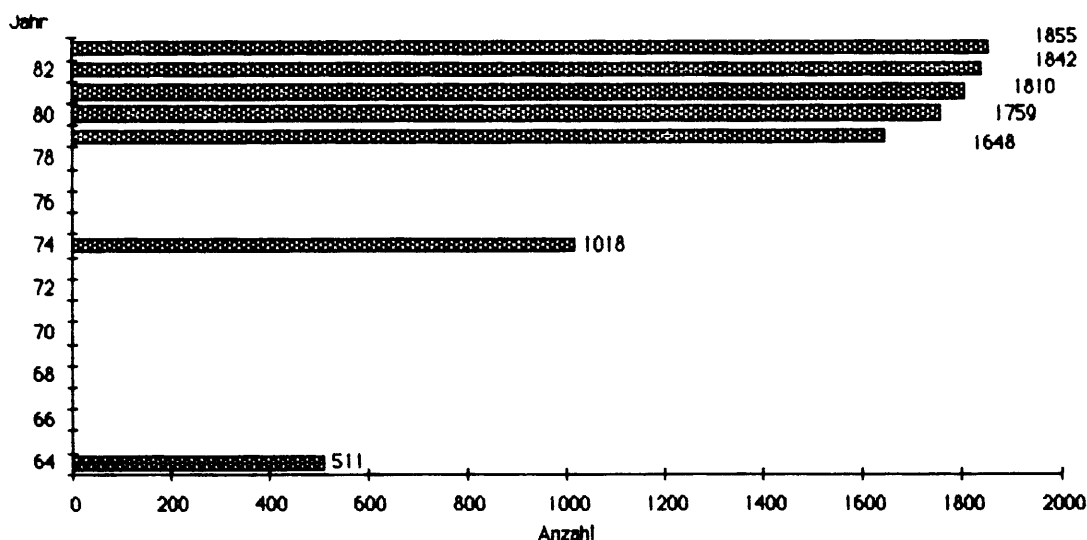
Die bundeseinheitliche Bewährungshilfestatistik erfaßt die Zahl der Bewährungshelfer nicht zum 1. Januar, sondern jeweils zum 31. Dezember eines Jahres. Statt der für den 1. Januar des erfragten Jahres werden daher jeweils die Zahlen für den 31. Dezember des Vorjahres angegeben.

Hiernach ist bundesweit die Zahl der Bewährungshelfer von 511 im Jahre 1964 um ca. 263 % auf 1 855 im Jahre 1983 gestiegen.

In allen Ländern ist die Zahl der Bewährungshelfer ebenfalls gestiegen.

Die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1965 und 1983 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 33 verwiesen.

Zahl der Bewährungshelfer



Frage

4. a) lautet, bezogen auf die Bewährungshelfer, wie folgt:

Wie viele Probanden waren in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 einem Bewährungshelfer unterstellt (aufgegliedert für den Bund und die einzelnen Bundesländer)?

Bundeseinheitliche Bewertungszahlen für die Tätigkeit der Bewährungshelfer gibt es derzeit nicht.

Zum Verhältnis Bewährungshelfer-Proband ist zu bemerken:

Bei der Zahl der Probanden ist ab 1979 die Zahl der Fälle, in denen ein Proband dem Bewährungshelfer mehrfach unterstellt ist, abgezogen worden.

Die Zahl der Probanden hat sich von 26 739 im Jahre 1964 auf 109 728 im Jahre 1983 erhöht; dies ist eine Steigerung um ca. 310 %.

Da die Zahl der Probanden stärker als die Zahl der Bewährungshelfer gestiegen ist, ist die Zahl der Probanden pro Bewährungshelfer zwischen den Jahren 1964 und 1983 von 52 auf 59 um ca. 13 % gestiegen.

In den einzelnen Ländern ist das Bild nicht ganz einheitlich: Während Berlin, Niedersachsen und das Saarland die Zahl der Probanden pro Bewährungshelfer verringern konnten, ist die Zahl in den anderen Ländern gestiegen. Die wenigsten Probanden kamen im Jahre 1983 auf einen Bewährungshelfer in Berlin (40), die meisten im Saarland (70).

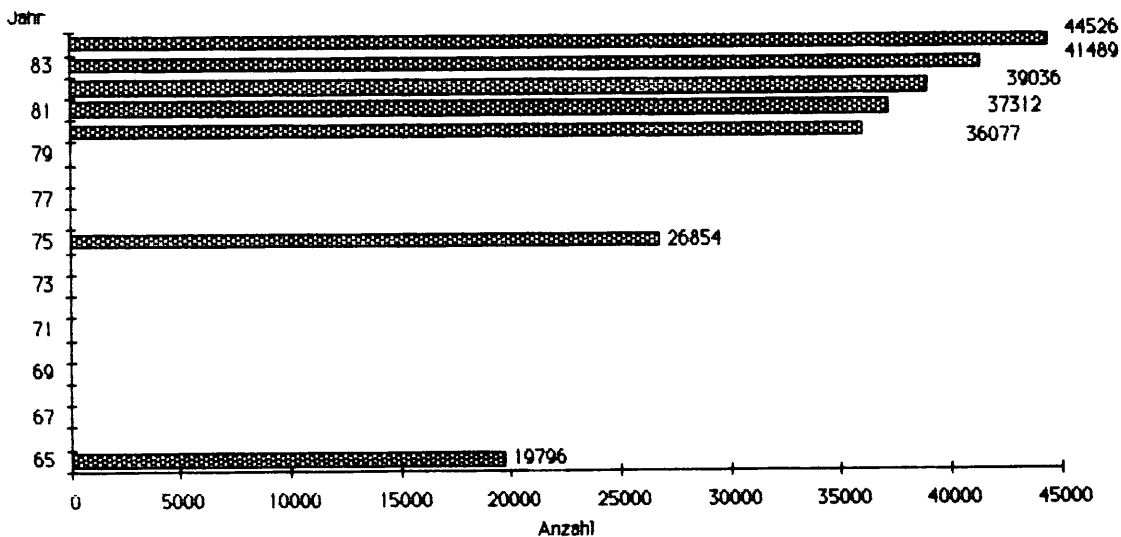
Im übrigen wird auf Tabelle S. 33 verwiesen.

V. Zahl der Anwälte, Notare und Rechtsbeistände

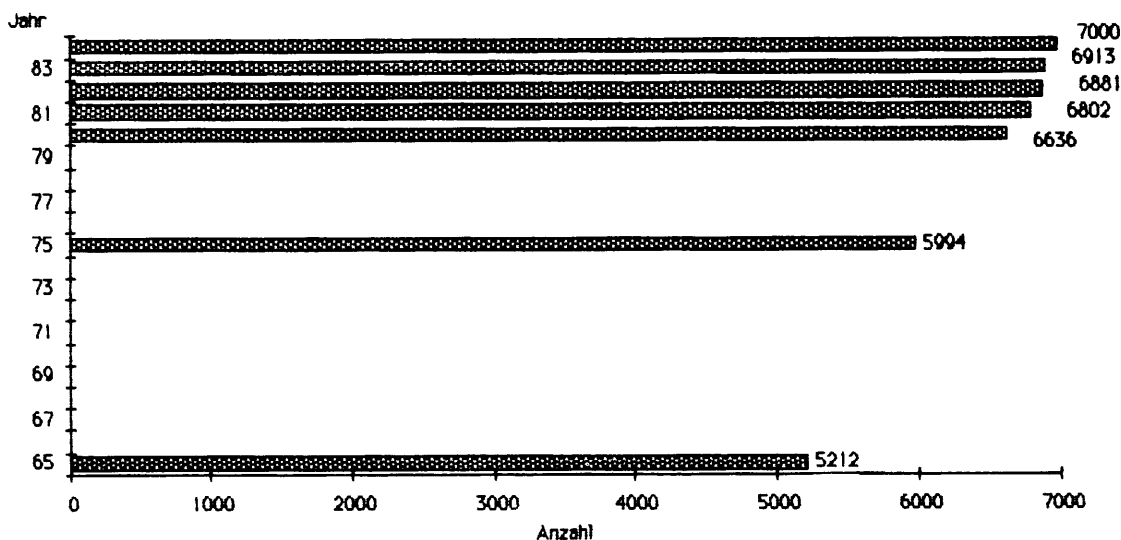
1. Wie viele Rechtsanwälte, wie viele Anwaltsnotare und wie viele Notare waren jeweils am 1. Januar 1965, 1975, 1980, 1981, 1982, 1983 und 1984 tätig?

Die Zahl der Rechtsanwälte ist von 19 796 im Jahre 1965 auf 44 526 im Jahre 1984 um ca. 125 %, die Zahl der Anwaltsnotare von 5 212 auf 7 000 um ca. 34 % gestiegen; die Entwicklung zwischen 1965 und 1984 ergibt sich aus den nachfolgenden graphischen Darstellungen.

Zahl der Rechtsanwälte



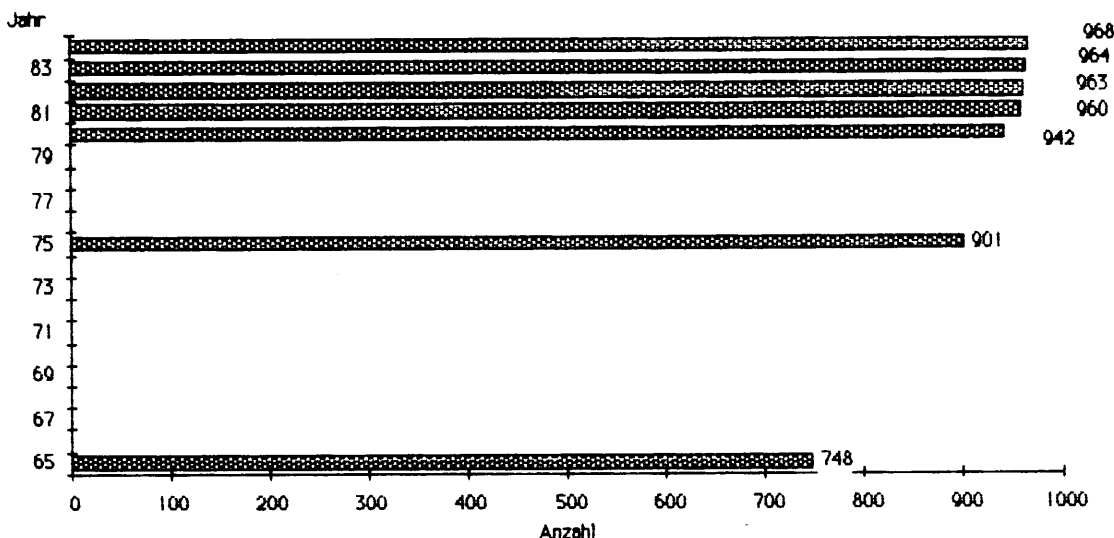
Zahl der Anwaltsnotare



Bei den Nur-Notaren ergibt sich eine Steigerung von 748 im Jahre 1965 auf 968 im Jahre 1984 um ca. 29 %; die Entwicklung zwischen 1965 und 1984 er-

gibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.

Zahl der (Nur-)Notare



Im übrigen wird auf Tabelle S. 34 verwiesen.

2. Wie lautet die Zahl für die zu den in der Frage 1 angegebenen Zeitpunkten tätigen Rechtsbeistände?

Für die Länder Baden-Württemberg, Hessen Niedersachsen (bis auf 1965), Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein fehlen die Daten, so daß ein bundesweites Ergebnis nicht ermittelt werden kann.

In den Ländern, für die Zahlen vorliegen, ergibt sich folgendes Bild: Am stärksten ist die Zahl der Rechtsbeistände in Bayern von 285 im Jahre 1965 auf 1 605 im Jahre 1984 um ca. 463 % angestiegen. Auch im Saarland (1965: 12; 1984: 53), Hamburg (1965: 111; 1984: 448) und in Nordrhein-Westfalen (1965: 559; 1984: 1 077) war der Zuwachs beträchtlich.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 35 Bezug genommen.

VI. Verhältnis der verschiedenen Tätigkeitsgruppen zueinander

1. a) Wie viele nicht als Richter, Staatsanwälte, Amtsanwälte oder als Vertreter des öffentlichen Interesses im Gerichtswesen tätige Mitarbeiter kamen jeweils am 1. Januar 1965, 1975, 1980, 1981, 1982, 1983 und 1984 auf einen als Richter, Staatsanwalt, Amtsanwalt oder Vertreter des öffentlichen Interesses Beschäftigten (aufgegliedert nach Bund und Bundesländern für die einzelnen Gerichtsbarkeiten)?

Für die ordentliche Gerichtsbarkeit ist diese Frage für die Richter einerseits und die Staats- und Amtsanwälte andererseits gesondert beantwortet worden, da Gerichte und Staatsanwaltschaften selbständige Behörden mit jeweils eigenem Personal- und Aufbau sind. Eine zusammenfassende Darstellung des Verhältnisses der verschiedenen Tätigkeitsgruppen zueinander hätte keinen Aussagewert.

Bei den *ordentlichen Gerichten* kamen im Bundesgebiet insgesamt (Bundesdienst und Landesdienst) im Jahre 1965 4,3 Bedienstete (gehobener Dienst, mittlerer Dienst, einfacher Dienst oder sonstige Lohnempfänger) auf einen Richter. Diese Zahl blieb verhältnismäßig konstant und betrug im Jahre 1984 4,0.

Im Bundesdienst betrugen die entsprechenden Zahlen im Jahre 1965 1,4 und im Jahre 1984 1,5. Im Landesdienst sind die Zahlen ziemlich gleich. Im Jahre 1965 kamen 4,4, im Jahre 1984 4,1 Bedienstete auf einen Richter. In den einzelnen Ländern gibt es Abweichungen gegenüber dem Durchschnitt der Länder: So betrug im Jahre 1984 die entsprechende Zahl in Baden-Württemberg 3,1. Am weitesten über dem Durchschnitt lagen Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit 4,4.

Bei den *Staatsanwaltschaften* kamen sowohl bundesweit (Bundesdienst und Landesdienst) als auch im Landesdienst insgesamt im Jahre 1965 2,0, im Jahre 1984 2,1 Bedienstete (gehobener Dienst, mittlerer Dienst, einfacher Dienst, sonstige Lohnempfänger) auf einen als Staats- oder Amtsanwalt Beschäftigten. Im Bundesdienst lagen die Zahlen mit 1,8 im Jahre 1965 und 1,9 im Jahre 1984 nur geringfügig niedriger. Die Ergebnisse in den Ländern weichen nicht unerheblich voneinander ab. So hatte

1984 Rheinland-Pfalz mit 1,7 die niedrigste und Nordrhein-Westfalen mit 2,3 die höchste Quote.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Tabellen S. 36 und 37 verwiesen.

In der *Verwaltungsgerichtsbarkeit* kamen im Jahre 1965 im Bundesgebiet insgesamt auf einen Richter 1,56 Bedienstete, im Jahre 1983 1,20.

Die entsprechenden Zahlen für den Bundesdienst lagen im Jahre 1965 bei 2,96 und im Jahre 1983 bei 3,37.

Im Landesdienst insgesamt entfielen auf einen Richter im Jahre 1965 1,48 Bedienstete, im Jahre 1983 waren es nur noch 1,13 Bedienstete. Am weitesten unter der sich aus dem Landesdienst insgesamt ergebenden Zahl lag im Jahre 1983 Rheinland-Pfalz mit 0,83, am weitesten über dem Landesdurchschnitt lagen Berlin und Hessen mit 1,29.

Unberücksichtigt gelassen sind hier die Vertreter des öffentlichen Interesses, da diesen im allgemeinen keine eigenen Mitarbeiter (Beamte des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sowie des Schreibdienstes) zur Verfügung stehen.

Im übrigen wird wegen der weiteren Einzelheiten auf Tabelle S. 38 Bezug genommen.

In der *Arbeitsgerichtsbarkeit* kamen im Jahre 1965 auf einen Richter im Bundesgebiet insgesamt 2,46 Bedienstete, im Jahre 1984 2,22 Bedienstete.

Im Bundesdienst lagen die entsprechenden Zahlen bei 1,69 und 2,06.

Vom Landesdienst insgesamt kamen im Jahre 1965 0,88 Bedienstete auf einen Richter, im Jahre 1983 0,95 Bedienstete. Am weitesten unter dem Landesdurchschnitt lag im Jahre 1983 Bremen mit 0,50, am stärksten über dem Landesdurchschnitt Berlin mit 1,83.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 39 Bezug genommen.

In der *Arbeitsgerichtsbarkeit* kamen im Jahre 1965 auf einen Richter im Bundesgebiet insgesamt 2,46 Bedienstete, im Jahre 1984 2,22 Bedienstete.

Im Bundesgebiet lagen die entsprechenden Zahlen bei 4,41 und 3,76.

Im Landesdienst insgesamt entfielen im Jahre 1965 auf einen Richter 2,38 Bedienstete, im Jahre 1984 2,17 Bedienstete. Im Jahre 1984 lag Schleswig-Holstein mit 2,00 am weitesten unter dem Landesdurchschnitt, Hamburg mit 3,30 am stärksten über dem Landesdurchschnitt.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 40 verwiesen.

In der *Sozialgerichtsbarkeit* entfielen im Jahre 1965 im Bundesgebiet insgesamt auf einen Richter 2,50 Bedienstete, im Jahre 1984 2,20 Bedienstete.

Die den Bundesdienst betreffenden Zahlen für 1965 und 1984 lagen bei 2,59 und 3,87.

Im Landesdienst insgesamt kamen im Jahre 1965 2,5 Bedienstete auf einen Richter, bis zum Jahre 1984 fiel diese Zahl auf 2,10. Im Jahre 1984 lag das Saarland mit 1,65 am weitesten unter dem Landesdurchschnitt, Bayern mit 2,84 am stärksten über dem Landesdurchschnitt.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 41 verwiesen.

In der *Dienst- und Disziplinargerichtsbarkeit* kann die Zahl der Bediensteten, die auf einen Richter entfielen, nicht angegeben werden, da die entsprechenden Zahlen nicht deckungsgleich sind: Während bei den Richtern der Dienst- und Disziplinargerichtsbarkeit auch die bei den Disziplinar- und Wehrdienstsenaten tätigen Richter erfaßt sind, ist dies bei den sonstigen Tätigkeitsgruppen, die sich auf die bei dem Bundesdisziplinargericht und bei den Truppendienstgerichten beschäftigten Kräfte beschränken, nicht der Fall.

1. b) Wie viele als Beamte des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) zu den in der Frage a) genannten Zeitpunkten im Gerichtswesen tätige Mitarbeiter kamen jeweils auf einen als Richter, Staatsanwalt oder Vertreter des öffentlichen Interesses Beschäftigten (aufgegliedert nach Bund und Bundesländern für die einzelnen Gerichtsbarkeiten)?

Wegen der Trennung der Tabellen hinsichtlich Gerichten und Staatsanwaltschaften wird auf die Erläuterungen zur Frage 1. a) Bezug genommen.

Bei den *ordentlichen Gerichten* kamen im Bundesgebiet insgesamt in den Jahren 1965 und 1984 0,8 Rechtspfleger bzw. sonstige Beamte des gehobenen Dienstes auf einen Richter.

Im Bundesdienst hat sich die entsprechende Zahl von 1965 bis 1984 bei 0,2 gehalten.

Im Landesdienst insgesamt blieb die entsprechende Zahl konstant bei 0,8 für die Zeit von 1975 bis 1984. Im Jahre 1984 lag Hamburg mit 0,5 am weitesten unter dem Landesdurchschnitt, Bayern mit 1,0 am stärksten über dem Landesdurchschnitt.

Bei den *Staatsanwaltschaften* ergibt sich folgendes Bild: Bundesweit ist die Zahl der auf einen Staatsanwalt entfallenden Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) von 0,3 im Jahre 1965 auf 0,4 im Jahre 1984 leicht angestiegen, das gilt auch für den Landesdienst insgesamt. Im Bundesdienst lag die Zahl weitgehend konstant bei 0,3. Im Jahre 1984 am weitesten unter dem Landesdurchschnitt lag Hamburg mit 0,2 und am weitesten darüber Nordrhein-Westfalen mit 0,6.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 43, wegen der weiteren, die ordentliche Gerichtsbarkeit betreffenden Einzelheiten und wegen der die übrigen Gerichtsbarkeiten betreffenden Einzelheiten auf die Tabellen S. 42, 44 bis 46 Bezug genommen.

1. c) Wie erklärt sich die Bundesregierung eventuell vorhandene unterschiedliche Quotienten bei derselben Gerichtsbarkeit zwischen den einzelnen Bundesländern?

Für die — größtenteils ohnehin nicht erheblich — abweichenden Quotienten in den einzelnen Bundesländern sind vielerlei Gründe denkbar. Gesicherte Erkenntnisse liegen insoweit nicht vor.

2. Wie viele Rechtsanwälte, Anwaltsnotare, Notare und Rechtsbeistände waren jeweils am 1. Januar 1965, 1975, 1980, 1981, 1982, 1983 und 1984

- a) pro Richter, Staatsanwalt, Amtsanwalt und Vertreter des öffentlichen Interesses und
b) pro nicht als Richter, Staatsanwalt, Amtsanwalt oder sonstiger Vertreter des öffentlichen Interesses tätiger Mitarbeiter

tätig?

Nicht berücksichtigt ist die Zahl der Rechtsbeistände, da die Angaben insoweit unvollständig sind.

Die Zahl der Rechtsanwälte, Anwaltsnotare und Notare, die pro Richter, Staatsanwalt, Amtsanwalt und Vertreter des öffentlichen Interesses tätig waren, ist von 1,70 im Jahre 1965 auf 2,37 im Jahre 1983 gestiegen.

Demgegenüber ist die Zahl der Rechtsanwälte, Anwaltsnotare und Notare, die auf einen Mitarbeiter des gehobenen, des mittleren, des einfachen und des Schreibdienstes sowie sonstige Mitarbeiter kamen, von 0,49 im Jahre 1965 auf 0,80 im Jahre 1984 gestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabellen S. 47 und 48 Bezug genommen.

B. Geschäftsanfall bei den Zivilgerichten (ohne freiwillige Gerichtsbarkeit und ab 1980 ohne Familiengerichte)

Vorbemerkung

Die Zahlen über den Geschäftsanfall in der Zivilgerichtsbarkeit beruhen vom Jahre 1975 ab auf den in

den Ländern geführten Zählkartenstatistiken. Soweit Angaben für das Jahr 1965 vorliegen, sind sie den damals geführten Geschäftsübersichten entnommen.

I. Amtsgerichte

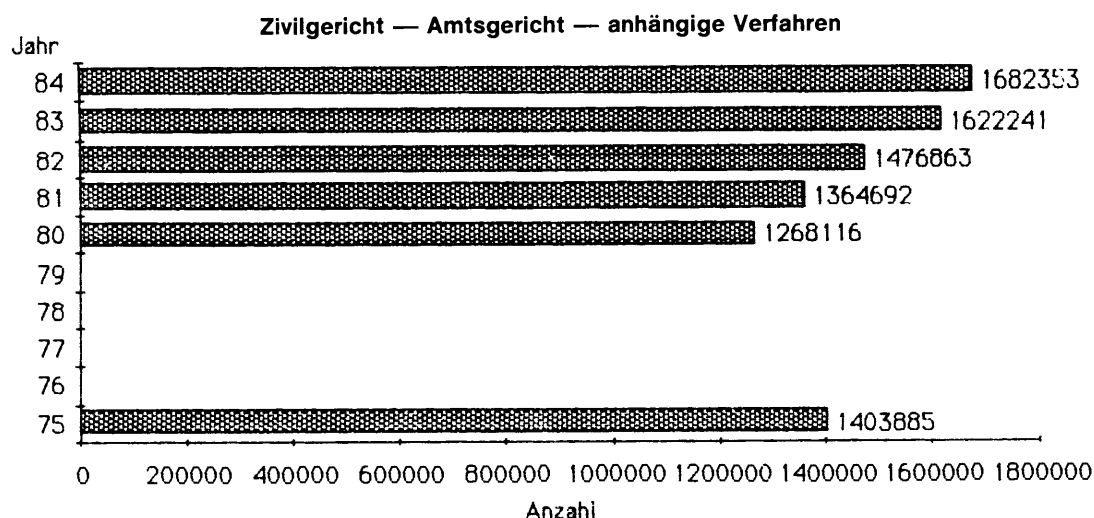
1. Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Amtsgerichten anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Amtsgerichte jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Die in Tabelle S. 49 ausgewiesenen Verfahren umfassen die Zivilprozesse.

Die Mahnverfahren, Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens, Verteilungsverfahren, Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen, Zwangsverwaltungen, sonstige Vollstreckungssachen, Konkursverfahren und Vergleichsverfahren sind als sonstiger Geschäftsanfall in den nachfolgenden Tabellen S. 50 bis 58 aufgeführt.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Verfahren (Zivilprozesse) von 1 403 885 im Jahre 1975 nach einem Rückgang in den Jahren 1980 und 1981 bis zum Jahre 1984 um ca. 20 % auf 1 682 353 gestiegen. Bei den Neuzugängen, für die auch Angaben für das Jahr 1965 vorliegen, ergibt sich ein entsprechendes Bild. Sie sind von 863 621 im Jahre 1965 über 977 858 im Jahre 1975 auf 1 217 076 im Jahre 1984 gestiegen, um ca. 40 % bezogen auf 1965, um ca. 25 % bezogen auf 1975. Auch in den einzelnen Bundesländern ist die Zahl der anhängigen Verfahren gestiegen.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 49 verwiesen.



Auch der sonstige Geschäftsanfall weist zwischen 1965 und 1984 bis auf wenige Ausnahmen Steigerungen aus. So nahm die Zahl der Mahnverfahren im Bundesgebiet insgesamt von 3 866 179 im Jahre 1965 um ca. 53 % auf 5 933 826 Verfahren im Jahre 1984 zu (Tabelle S. 50).

In den einzelnen Bundesländern waren teilweise höhere Steigerungsraten zu verzeichnen, teils ist der sonstige Geschäftsanfall zurückgegangen.

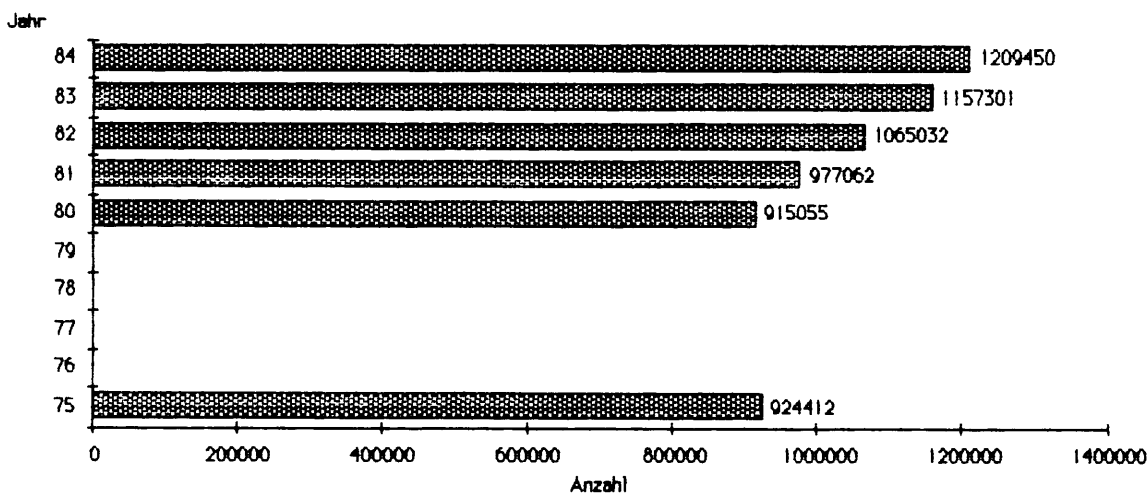
Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabellen S. 50—58 Bezug genommen.

2. a) Wie viele Verfahren haben die Amtsgerichte in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des Verfahrens und dem Gebührenstreitwert auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Die Zahl der Erledigungen ist von 924 412 im Jahre 1975, nach einem leichten Rückgang 1980, um ca. 30 % auf 1 209 450 im Jahre 1984 gestiegen.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 59 verwiesen.

Zivilgericht — Amtsgericht — erledigte Verfahren



Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der streitigen Urteile von 150 081 im Jahre 1965 über 234 881 im Jahre 1975 auf 353 487 im Jahre 1984 weit stärker als der Geschäftsanfall, nämlich um ca. 135 % bezogen auf das Jahr 1965 und um ca. 50 % bezogen auf das Jahr 1975, gestiegen. Demgegenüber ist die Zahl der Vergleiche von 112 829 im Jahre 1965 über 95 687 im Jahre 1975 auf 104 880 im Jahre 1984 um ca. 7 % gesunken, bezogen auf das Jahr 1975 allerdings um fast 10 % gestiegen. Im Jahre 1981 hatte die Zahl der Vergleiche mit 90 632 ihren Tiefstand.

Um lediglich 26 % angestiegen und damit um 14 Prozentpunkte hinter der allgemeinen Entwicklung des Geschäftsanfalls (40 %) zurückgeblieben ist die Zahl der Versäumnis-, Anerkenntnis- und Verzichtsurteile von 1965 (252 839) bis 1984 (319 556). Ihre Zahl war in den Jahren von 1965 bis 1975 unter die der streitigen Urteile abgesunken, so daß seitdem das Verhältnis von unstreitigen und streitigen Urteilen umgekehrt ist (zur Entwicklung dieses Verhältnisses nach der älteren Prozeßstatistik Wollschläger in: Gilles/Röhl/Schuster/Strempel, Rechtsmittel im Zivilprozeß, herausgegeben 1985 in der Reihe „Rechtstatsachenforschung“ vom Bundesministerium der Justiz, S. 261f.; Schuster, a. a. O.,

S. 109, 368ff.). Überproportional zugenommen (um ca. 54 %) haben von 1975 bis 1984 die Klage- und Antragsrücknahmen. Die sonstigen Erledigungen (Nichtzahlung des Kostenvorschusses, Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb, Abgabe an ein anderes Gericht, Verbindung mit anderer Sache und auf andere Weise) sind nach einem starken Rückgang zwischen 1975 und 1980 in den folgenden Jahren wieder gestiegen, haben aber 1984 noch um ca. 13 % unter denen von 1975 gelegen.

Die Zahl der Vergleiche ist, anders als im Bundesdurchschnitt, in einigen Ländern zwischen 1965 und 1984 gestiegen, am stärksten in Bremen um ca. 52 % und in Baden-Württemberg um ca. 43 %.

In dem Verhältnis der Häufigkeit von streitigen und unstreitigen Urteilen bestehen zwischen den drei Stadtstaaten sowie dem Land Schleswig-Holstein einerseits und den übrigen Ländern andererseits Unterschiede. Während in den übrigen Ländern die Zahl der Versäumnis-, Anerkenntnis- und Verzichtsurteile schon in den Jahren von 1965 bis 1975 endgültig hinter der Zahl der streitigen Urteile zurückgeblieben war, ist dieser Entwicklungsstand in den Stadtstaaten und Schleswig-Holstein bisher nicht erreicht.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 60f. Bezug genommen.

Die Darstellung nach dem Gegenstand der Prozesse (Tabelle S. 62ff.) folgt der erst seit 1982 möglichen weitgehenden Aufgliederung. Vergleichbare Zahlen für die Vorjahre — soweit vorhanden — sind angeführt. Die Zahlen für 1965 beziehen sich auf die im Geschäftsjahr neu zugegangenen Prozesse, die Zahlen für 1975 und ab 1980 auf die im jeweiligen Geschäftsjahr erledigten Prozesse. Unter der Bezeichnung „Prozeßkostenhilfverfahren“ sind nur solche Armenrechts- oder Prozeßkostenhilfverfahren erfaßt, die sich erledigt haben, ohne daß später die Hauptsache anhängig gemacht worden ist. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9 Bezug genommen.

Für das Bundesgebiet insgesamt zeigen die Zahlen über den Gebührenstreitwert, daß die Verfahren mit Streitwerten von über 500 DM bis 1 000 DM bis auf 1975 jeweils den höchsten Anteil hatten; 1975 war der Anteil der Verfahren mit einem Gebührenstreitwert von über 200 bis 500 DM geringfügig höher.

Der hohe Anstieg der Verfahren mit einem Gebührenstreitwert von über 3 000 bis 5 000 DM von 1982 auf 1984 um ca. 116 % ist auf das am 1. Januar 1983 in Kraft getretene Gesetz zur Erhöhung von Wertgrenzen in der Gerichtsbarkeit zurückzuführen.

Bis auf wenige Ausnahmen entspricht die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern der Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 66ff. verwiesen.

2. b) Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils zum Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Die Dauer der Verfahren vor den Amtsgerichten hat sich günstig entwickelt. So ist die Zahl der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren im Bundesgebiet insgesamt von 76,6 % im Jahre 1975 auf 81,5 % im Jahre 1984 gestiegen. Zu dem Anstieg der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren dürfte die zum 1. Juli 1977 in Kraft getretene Vereinfachungsnovelle wesentlich beigetragen haben.

In den einzelnen Bundesländern hat sich der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren von 1975 bis 1984 etwa wie im Bundesdurchschnitt entwickelt.

Von 1983 auf 1984 hat dieser Anteil — bis auf Niedersachsen — geringfügig abgenommen. Ursäch-

lich hierfür könnten die zum 1. Januar 1983 in Kraft getretene Änderung der Streitwertgrenze zwischen Amts- und Landgericht von 3 000 auf 5 000 DM und der damit verbundene vermehrte Geschäftsanfall bei den Amtsgerichten, die sich bei den Erledigungen erst im Jahre 1984 voll ausgewirkt haben, gewesen sein. Den größten Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren weist für das Jahr 1984 Bayern mit 88,5 % auf, den niedrigsten das Saarland mit 65,8 %.

Wegen der Zahlen im einzelnen wird auf Tabelle S. 69f. verwiesen. In der Tabelle wird für 1975 und 1980 bis 1984 die Dauer für die Gesamtheit der im jeweiligen Geschäftsjahr erledigten Prozesse unabhängig von der Art ihrer Erledigung nachgewiesen (zur Dauer bei Erledigung durch streitiges Urteil vgl. die Zahlen zu c) der Frage).

2. c) Welche Erkenntnisse über die Dauer der Zivilverfahren vor den Amtsgerichten liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Von den gewöhnlichen Prozessen, die mit streitigem Urteil endeten, erledigten die Amtsgerichte 1965: 67,3 %, 1975: 55,0 %, 1980: 64,9 %, 1981: 64,3 %, 1982: 66,5 % und 1983: 68,0 % innerhalb von sechs Monaten.

3. Wie viele

- a) Richter,
b) Rechtspfleger,
c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Amtsgerichten tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 an den Amtsgerichten in Zivilsachen tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Tabelle S. 71 weist sowohl die Zahl der Richter aus, die in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit einschließlich der Vollstreckungssachen tätig waren, als auch ab 1980 in Klammern die Zahl der mit Zivilprozessen befaßten Richter. Familienrichter (vgl. insoweit unten Teil C der Anfrage) sind in der Tabelle nicht erfaßt.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit beschäftigten Richter von 1 551 im Jahre 1975 — nach einem leichten Rückgang im Jahre 1980 — auf 1 746 im Jahre 1984 um ca. 13 % gestiegen. Die Zahl der mit Zivilprozessen befaßten Richter hat sich von 1 363 im Jahre 1980 auf 1 621 im Jahre 1984 um ca. 19 % erhöht.

Im Vergleichszeitraum (1975/1984) hatte die Zahl der in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit insgesamt eingesetzten Richter in Niedersachsen mit 28 % und in Bremen mit 25 % einen weit stärkeren Zuwachs als durchschnittlich im Bundesgebiet. In drei Ländern sank diese Zahl sogar, und zwar in Bayern (um 1,5 %), in Hamburg (um 3 %) und im Saarland

(um 6 %). Die Zahl der mit Zivilprozessen befaßten Richter stieg allerdings auch in diesen Ländern an (1980/1984: um 21 % in Bayern, 11 % in Hamburg und 22 % im Saarland).

Im Bundesgebiet insgesamt hat die Zahl der in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit tätigen Rechtspfleger zugenommen (1975: 1 897; 1984: 2 205; Steigerung um 16 %). In den meisten Ländern ist die Zahl der Rechtspfleger entsprechend gestiegen; in zwei Ländern, in Bayern um 4,5 % und in Hamburg um 17 %, ist sie zurückgegangen. Auf Tabelle S. 72 wird verwiesen.

Für die sonstigen Bediensteten (Tabelle S. 73) liegen Angaben erst ab 1980 vor. Ihre Zahl ist im Bundesgebiet insgesamt von 5 800 im Jahre 1980 auf 6 494 im Jahre 1984 um 12 % gestiegen. Die Zuwachquoten in den einzelnen Bundesländern weichen nur geringfügig voneinander ab.

4. a) In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
b) Rechtspfleger,
c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

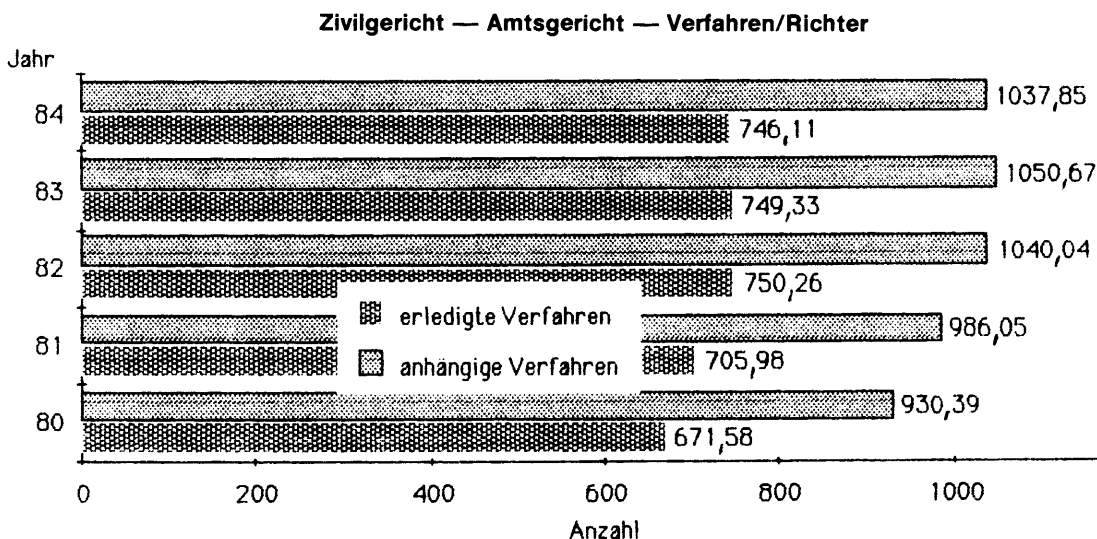
Die Zahl der in Zivilprozessen tätigen Richter wird erst ab 1976 gesondert erfaßt, so daß die Frage für 1965 und 1975 nicht beantwortet werden kann.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Verfahren, die auf einen Richter entfielen, von 1980 (930) bis 1984 (1 037) um ca. 11 % gestiegen, die der erledigten Verfahren von 672 im Jahre 1980 auf 746 im Jahre 1984 in gleichem Maße; von 1983 auf 1984 ist ein geringfügiger Rückgang zu beobachten gewesen.

Auch in den meisten Ländern ist die Zahl der anhängigen und der erledigten Verfahren, die auf einen Richter entfielen, zwischen 1980 und 1983 angestiegen und 1984 geringfügig gefallen. Lediglich in Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen ist diese Zahl von 1983 auf 1984 weiter angestiegen.

Das am 1. Januar 1983 in Kraft getretene Gesetz zur Erhöhung der Wertgrenzen in der Gerichtsbarkeit hat danach zu einer Mehrbelastung der Amtsgerichte geführt, aber auch zu einer Mehrleistung.

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 74 verwiesen.



Die Zahl der anhängigen und der erledigten Zivilprozesse, die auf einen Rechtspfleger entfielen, ist von 1980 bis 1984 im Bundesgebiet insgesamt kontinuierlich um ca. 21 % angestiegen. Von den übertragenen Aufgaben weist die Statistik die Mahnverfahren, die Unterhaltsfestsetzungsverfahren und die Verfahren auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung aus (vgl. Tabellen S. 50 ff.). Da es sich um sehr unterschiedliche Verfahren handelt, deren Bearbeitungsaufwand nicht miteinander vergleichbar ist, muß aber davon abgesehen werden, auch insoweit Verhältniszahlen anzugeben.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 75 verwiesen.

Im Bundesgebiet insgesamt ist auch die Zahl der anhängigen und der erledigten Verfahren, die auf eine Kraft des mittleren Dienstes oder des Schreibdienstes entfielen, von 1980 bis 1984 um ca. 21 % gestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 76 Bezug genommen.

4. b) Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihren Erkenntnissen über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In dem Zeitraum von 1980 bis 1984, für den Angaben vorliegen, ist es nicht zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

5. a) Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren ist es zu einer Beweisaufnahme gekommen (aufgegliedert nach der Art des Beweises: z. B. Zeugenvernehmung, Sachverständigenbeweis, Augenscheinseinnahme), und welchen Einfluß haben die einzelnen Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens gehabt?

Für 1965 liegen keine Angaben vor.

Die bis einschließlich 1981 geführten Zählkarten weisen die Verfahren aus, in denen es zu einer Beweisanordnung/-erhebung gekommen ist; es wurden also auch Verfahren gezählt, in denen ein Beweisbeschluß nicht ausgeführt worden ist; die Zählung war allerdings auf den gewöhnlichen Prozeß (ca. 91 % der Prozesse insgesamt) beschränkt. Von 1982 ab werden nur die Verfahren gezählt, in denen eine Beweisaufnahme tatsächlich stattgefunden hat, aber nun nicht mehr beschränkt auf gewöhnliche, sondern für alle Prozesse.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der erledigten Verfahren, in denen es zu einer Beweisanordnung/-erhebung gekommen ist, von ca. 169 000 im Jahre 1975 auf ca. 215 000 im Jahre 1984 um 27 % angestiegen. In demselben Zeitraum hat sich die Zahl der erledigten Verfahren insgesamt (1975: 926 703; 1984: 1 209 450) um 30 %, also etwas stärker, erhöht.

Signifikante Sonderbewegungen in einzelnen Bundesländern sind nicht zu verzeichnen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 77 Bezug genommen.

Eine Aufgliederung nach der Art des Beweises ist nicht möglich, da die Zählkarten hierüber keine Auskunft geben.

Es liegen auch keine Erkenntnisse darüber vor, welchen Einfluß die einzelnen Beweismittel auf die Dauer der Verfahren gehabt haben.

Zwei vom Bundesministerium der Justiz geförderte rechtstatsächliche Untersuchungen (Baumgärtel/Mes, Rechtstatsachen zur Dauer des Zivilprozesses — erste Instanz —; Pieper/Breunung/Stahlmann, Sachverständige im Zivilprozeß) hatten zum Ergebnis, daß Beweisaufnahmen regelmäßig zu einer längeren Prozeßdauer führen und daß sich die Einholung eines — vor allem schriftlichen — Sachver-

ständigengutachtens verfahrensverzögernd auswirken können.

5. b) Inwieweit sind Verzögerungen beim Abschluß von Verfahren darauf zurückzuführen, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständigen gefehlt hat, welche Ursachen hat dieser Mangel ggf. nach Auffassung der Bundesregierung und welche Maßnahmen sind erforderlich, um ihn zu beheben?

Der Bundesregierung liegen außer den unter Buchstabe a) genannten Untersuchungen keine gesicherten Erkenntnisse darüber vor, daß es zu Verzögerungen beim Abschluß von Verfahren deshalb gekommen ist, weil es an geeigneten Sachverständigen gefehlt hätte. Einige Länder haben im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Erhöhung der seit 1977 unveränderten Entschädigungssätze für Sachverständige die Befürchtung geäußert, daß Schwierigkeiten abzusehen seien, falls es nicht gelingen sollte, eine Vergütung sicherzustellen, die an die in der freien Wirtschaft übliche zumindest ange-
nähert ist.

6. a) Gegen wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den Amtsgerichten getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg (jeweils aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?

Die Zählkartenstatistik erfaßt die Zahl der rechtsmittelfähigen Entscheidungen nicht; sie läßt sich auch nicht aufgrund der Streitwerte der erstinstanzlichen Verfahren ermitteln. Einen Anhaltspunkt für die Entwicklung der Rechtsmittelquote kann eine Gegenüberstellung der streitigen Entscheidungen der Amtsgerichte und der Eingänge bei den Landgerichten — Berufungsinstanz — geben.

Dies vorausgeschickt, kann gesagt werden, daß die Rechtsmittelquote im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1965 und 1984 ziemlich konstant geblieben ist. Im Jahre 1965 kamen auf 100 streitige Urteile (die nicht rechtsmittelfähigen eingeschlossen) 24 Berufungen, im Jahre 1984 23. Im Jahre 1984 lag Bremen mit 20 Berufungen am weitesten unter (– 3), Berlin mit 28 Berufungen am stärksten über (+ 5) dem Bundesdurchschnitt.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 78 verwiesen.

Die Rechtsmittelerfolgsquote ergibt sich aus Tabelle S. 325f. Im Bundesgebiet insgesamt ist die Quote zwischen 1975 und 1983 im wesentlichen konstant geblieben. Etwa zwei Fünftel der Berufungen, die das Berufungsgericht durch streitiges Urteil

(1975, 1980 und 1981 einschließlich der Erledigungen durch Versäumnisurteil und durch Beschluß nach § 519b ZPO) erledigte, führten zu einer Aufhebung oder Änderung des erstinstanzlichen Urteils. Als erfolgreich sind hierbei allerdings auch solche Berufungen gezählt worden, die lediglich zu einer Änderung im Nebenanspruch geführt hatten.

Der Rückgang der als unzulässig verworfenen Berufungen nach 1981 (7,1 %) auf 1,5 % im Jahre 1982 und 1,4 % im Jahre 1983 ist darauf zurückzuführen, daß seit 1982 die Beschlußverwerfung sowie die Verwerfung durch Versäumnisurteil gegen den Berufungskläger nicht mehr ausgewiesen sind.

Auffallend ist der Rückgang der Erfolgsquote im Saarland von 62,4 % im Jahre 1975 auf 28,8 % im Jahre 1980. Worauf diese Entwicklung — in den übrigen Ländern sind allenfalls geringfügige Abweichungen vom Bundesergebnis zu verzeichnen — zurückzuführen ist, ist nicht bekannt.

6. b) In wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren hat die 2. Instanz
- aa) die von der 1. Instanz ermittelten Tatsachen ohne neue Beweiserhebung anders gewürdigt,
 - bb) neue Beweise erhoben,
 - cc) eine andere rechtliche Auffassung als die 1. Instanz vertreten
- (aufgegliedert nach erfolgreichen und erfolglosen Rechtsmitteln)?

Rechtstatsächliches Material hierzu ist nicht vorhanden.

Aus Tabelle S. 324 ergibt sich lediglich die Anzahl der Verfahren, in denen die Rechtsmittelinstanz eine Beweiserhebung angeordnet oder durchgeführt hat (zum statistischen Erfassungsmodus vgl. die Hinweise oben zu Frage 5.a). Der Anteil dieser Verfahren ist von 1975 bis 1980 von 18,31 % auf 17,58 % gesunken und in den Jahren 1981 (16,53 %), 1982 (15,06 %) und 1983 (13,81 %) weiter rückläufig gewesen; im Jahre 1984 ist er wieder leicht auf 14,58 % gestiegen.

6. c) Liegen der Bundesregierung Zahlen (z. B. repräsentative Stichproben) dafür vor, in wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren der Schwerpunkt des Streites überwiegend im tatsächlichen und in wieviel Prozent im rechtlichen Bereich lag?

Hierzu enthält die Zählkartenstatistik keine Angaben; auch andere Erkenntnisse liegen nicht vor.

7. In wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den Amtsgerichten erledigten Verfahren war für
- a) keine,

b) eine,

c) beide

der beteiligten Parteien ein Anwalt oder Rechtsbeistand vor Gericht tätig, und inwieweit hat die Beteiligung von Anwälten oder Rechtsbeiständen Einfluß auf die Dauer der gerichtlichen Verfahren gehabt?

Im Bundesgebiet insgesamt hat der Anteil der Verfahren, in denen beide Parteien durch einen Rechtsanwalt vertreten waren, an der Gesamtzahl der erledigten Verfahren von 1975 (32,6 %) — für das Jahr 1965 liegen keine Angaben vor — bis 1984 (39,8 %) um 7,2 % zugenommen.

Der Anteil der Verfahren, in denen keine Partei anwaltlich vertreten war, ist von 20,6 % (1975) auf 13,4 % (1984) gesunken.

Von ca. 396 000 (42,8 %) im Jahre 1975 auf ca. 525 000 (43,4 %) im Jahre 1984 ist die Zahl der Prozesse gestiegen, in denen allein der Kläger anwaltlich vertreten war. Die Fälle fehlender anwaltlicher Vertretungen des Beklagten haben also nicht ab-, sondern zugenommen.

In den einzelnen Bundesländern ist der Anteil der Verfahren, in denen beide Parteien durch einen Rechtsanwalt vertreten waren, zwischen 1975 und 1984 etwa entsprechend angestiegen. Dabei liegt Bayern im Jahre 1983 mit 43,6 % der Verfahren am stärksten (+4,8 %) über dem Bundesdurchschnitt, Berlin mit 30,7 % der Verfahren am weitesten (–8,1 %) unter ihm; Bremen und Hamburg liegen ebenfalls erheblich unter dem Bundesdurchschnitt.

Die (absolute) Zahl der Prozesse, in denen nur der Beklagte nicht anwaltlich vertreten war, hat von 1975 bis 1984 in allen Ländern, und zwar auch in den Ländern zugenommen, in denen der prozentuale Anteil dieser Fälle — wie etwa in Baden-Württemberg (–2,2) — zurückgegangen ist. Mit 40,3 % (1975) und 45,2 % (1984) ist in Berlin der Anteil dieser Fälle vergleichsweise stärker als im übrigen Bundesgebiet gestiegen.

Inwieweit die Parteien durch Rechtsbeistände vertreten waren, ist nicht bekannt, da Angaben nur für eine Vertretung durch Rechtsanwälte vorliegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 79f verwiesen.

In der Prozeßdauer bestehen typische Unterschiede, je nachdem ob in den Verfahren nur der Kläger oder der Beklagte, beide Parteien oder keine Partei anwaltlich vertreten waren. Nachgewiesen ist dies für die 1971 im Bundesgebiet insgesamt erledigten Zivilprozesse aufgrund einer Datenanalyse (Prognos AG, Basel, Tatsachen zur Reform der Zivilgerichtsbarkeit, herausgegeben von der Bundesrechtsanwaltskammer, 1974, Tübingen, Band I Daten und Berechnungen, S. 53). Danach erledigten die Amtsgerichte von den 243 122 gewöhnlichen Prozessen, die 1971 mit einem streitigen Urteil oder einem Vergleich endeten, 158 145 Prozesse, also 65 %, innerhalb von sechs Monaten. In der Fallgruppe

pe, in der nur der Kläger anwaltlich vertreten war (56 366 der 243 122 Prozesse), lag der Anteil der Erledigungen binnen sechs Monaten mit 78,3 % deutlich über dem Durchschnitt von 65 %, in der Gruppe, in der keine Partei anwaltlich vertreten war (26 473 Prozesse), mit 81,1 % sogar noch höher. Dagegen lag der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren in den Fällen anwaltlicher Vertretungen nur des Beklagten (13 104 Prozesse) mit 61 % sowie in den Fällen beiderseitiger anwaltlicher Vertretung (147 176 Prozesse) mit 57,4 % unter dem Durchschnitt.

Prozesse nehmen danach mehr Zeit in Anspruch, wenn — auch oder nur — der Beklagte anwaltlich vertreten ist. In diesen Fällen wurden rund sechsmal häufiger als in den Fällen anwaltlicher Vertretungen nur des Klägers und siebenmal häufiger als in den Fällen beiderseitig fehlender anwaltlicher Vertretung Beweisaufnahmen angeordnet; vier- bis fünfmal häufiger endeten die Verfahren mit streitigem Urteil, zwei- bis dreimal häufiger mit Prozeßvergleich. In den Fällen einseitiger anwaltlicher Vertretungen des Klägers war der Anteil der Versäumnisurteile zehnmal höher als in den Fällen beiderseitiger anwaltlicher Vertretung.

In Tabellen S. 81 bis 83 ist der Zusammenhang von Prozeßvertretung und Verfahrensdauer für das Jahr 1981 (nur Bundesgebiet) und 1984 (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer) dargestellt.

Ein etwa aufgrund der genannten Prozentsätze über die Verfahrensdauer entstehender Eindruck, die Beteiligung von Anwälten wirke sich insgesamt verfahrensverzögernd aus, wäre nicht zutreffend. Insbesondere die weit überdurchschnittliche Zahl von Beweisaufnahmen bei Beteiligung von Anwälten auf Seiten des Beklagten läßt den Schluß zu, daß es sich hier um schwierigere Verfahren handelt, in denen der Beklagte schlüssige Einwendungen vorbringen kann und der Sachverhalt in überdurchschnittlichem Umfang der Aufklärung bedarf.

8. a) Wir lauten die den Fragen 1 bis 7 entsprechenden Zahlen jeweils für die beiden kleinsten und die beiden größten Amtsgerichte jedes Bundeslandes?

Vorbemerkung

Bei der Ermittlung der Gerichtsgröße ist auf die Zahl der Gerichtseingesessenen im Jahre 1984 abgestellt worden. Die Gerichte werden in den Tabellen in der Reihenfolge kleinstes, zweitkleinstes, zweitgrößtes, größtes Gericht aufgeführt. In Bremen gibt es nur drei Amtsgerichte.

Für das Jahr 1965 können keine Angaben gemacht werden, da die Statistiken eine Aufschlüsselung erst ab 1972 ermöglichen.

Frage

1. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den beiden kleinsten und größten Amtsgerichten jedes Bundeslandes anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Amtsgerichte jeweils in diesen Jahren?

Die Zu- und Abnahme der Zivilprozesse (Tabelle S. 84 ff.) hat sich bei den 43 betroffenen Amtsgerichten zwischen 1975 und 1980 unterschiedlich entwickelt. Bei 24 von ihnen haben die Neuzugänge von 1975 bis 1980 abgenommen, bei 19 (6 kleinste, 6 zweitkleinste, 5 zweitgrößte, 2 größte) zugenommen. Von 1980 auf 1984 (für Hamburg auf 1983) ist ausnahmslos eine Zunahme festzustellen. Die Zuwachsquoten, jeweils geordnet in alphabetischer Reihenfolge der Bundesländer, betragen bei den zehn kleinsten Amtsgerichten (ohne Bremen*) 10 %, 66 %, 19 %, 20 %, 52 %, 9 %, 10 %, 28 %, 35 %, 27 %, bei den zweitkleinsten 8 %, 12 %, 37 %, 34 %, 40 %, 65 %, 69 %, 36 %, 52 %, 22 %, 33 %, bei den zweitgrößten 35 %, 33 %, 30 %, 27 %, 22 %, 28 %, 31 %, 37 %, 30 %, 42 %, 22 %, bei den größten 24 %, 32 %, 23 %, 34 %, 26 %, 22 %, 30 %, 27 %, 27 %, 43 %, 18 %.

Ein Zusammenhang zwischen der Gerichtsgröße und der Entwicklung des Geschäftsanfalls lassen die Zuwachsquoten nicht erkennen. Die Zahl der anhängigen Verfahren (Rückstand am Jahresbeginn und Neuzugänge) ist von 1975 auf 1980 bei 35 der 43 Amtsgerichte gesunken und bei den übrigen 8 gestiegen. Von den 19 Amtsgerichten, bei denen vor 1980 eine Zunahme der Neuzugänge zu verzeichnen war, haben bis 1980 zwölf (2 kleinste, 3 zweitkleinste, 5 zweitgrößte, 2 größte) die Zahl der anhängigen Verfahren durch erhöhte Erledigungen verringert. Bis 1984 ist demgegenüber die Zahl der anhängigen Verfahren bei sämtlichen 43 Amtsgerichten über den Stand von 1980 hinaus angestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 84 ff. verwiesen.

Bei den Mahnverfahren (Tabelle S. 90 f.) ist zwischen 1975 und 1980 eine deutliche Verlagerung von den kleineren auf die großstädtischen Amtsgerichte festzustellen. Dies ist auf die am 1. Juli 1977 in Kraft getretene Vereinfachungsnovelle zurückzuführen, nach der für das Mahnverfahren die ausschließliche Zuständigkeit beim allgemeinen Gerichtsstand des Antragstellers begründet worden ist.

Zu einer weiteren Geschäftsverlagerung haben Verordnungen der Länder aufgrund der Konzentrationsermächtigung des § 689 Abs. 3 ZPO geführt. In Hamburg sind durch Verordnung vom 28. August 1979 (GVBl. I S. 269) die Mahnverfahren seit dem

*) Da Bremen nur drei Amtsgerichte hat, konnte das Land nicht in allen vier Gerichtsgruppen berücksichtigt werden. Das kleinste Amtsgericht (Bremen-Blumenthal) entspricht nach Besetzung und Geschäftszahl am ehesten einem zweitkleinsten Gericht der übrigen Bundesländer. Es ist deshalb dort zugeordnet.

1. Oktober 1979 insgesamt dem Amtsgericht Hamburg, in Hessen durch Verordnung vom 13. Oktober 1980 (GVBl. I S. 397) die Mahnverfahren aus den Bezirken der Amtsgerichte Darmstadt, Frankfurt a. M., Bad Homburg v. d. H., Offenbach a. M. und Wiesbaden seit dem 1. Januar 1981 dem Amtsgericht Hünfeld zugewiesen. In Baden-Württemberg werden seit dem 1. Oktober 1982 beim Amtsgericht Stuttgart die Mahnverfahren aufgrund der Verordnung vom 25. Februar 1982 (GVBl. I S. 267) maschinell bearbeitet, und zwar auch für den Bezirk Stuttgart-Bad Cannstatt.

Den überwiegenden Anteil der „Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens“ (Tabelle S. 92f.) bilden die Anträge zur vereinfachten Abänderung von Unterhaltstiteln (§§ 641 ff. ZPO) und zur Festsetzung des Regelunterhalts (§§ 642 a ff. ZPO). Die Schwankungen in den Zahlen sind auf die Anpassungsverordnungen 1979, 1981 und 1984 (BGBl. I 1979 S. 1601, 1603; 1981 S. 835; 1984 S. 1035) zurückzuführen, die im Jahre des Inkrafttretens einen erhöhten Geschäftsanfall verursachen. Aufgrund der Ermächtigungen in § 641 Abs. 5, § 642 a Abs. 5, § 642 b Abs. 1 ZPO sind in Bayern durch Verordnung vom 9. Mai 1978 (BayGVBl. S. 330) seit dem 1. September 1978 die Verfahren zur Festsetzung des Regelunterhalts und durch Verordnung vom 17. April 1979 (BayGVBl. S. 95) seit dem 1. Juni 1979 auch die Vereinfachten Verfahren zur Abänderung von Unterhaltstiteln dem Amtsgericht Nürnberg zugewiesen; die Verfahren werden dort maschinell bearbeitet.

In einem Teil der Länder sind auf Grund der Ermächtigung in § 1 Abs. 2 ZVG die Verfahren über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von unbeweglichen Gegenständen (Tabellen S. 96 bis 99 sowie auf Grund der Ermächtigung in § 71 Abs. 3 KO die Konkurs- und Vergleichsverfahren (Tabellen S. 106 bis 117) bei bestimmten Amtsgerichten für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte zusammengefaßt. Infolgedessen fehlen in den Tabellen für einen Teil der Gerichte Zahlenangaben über diese Verfahren. Die Konkurs- und Vergleichsverfahren sind in Berlin beim Amtsgericht Charlottenburg konzentriert, das als Gericht mittlerer Größe nach Frage 8 nicht erfaßt ist (zur Zahl dieser Verfahren in Berlin vgl. Tabellen S. 57 bis 58).

Frage

2. a) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die beiden kleinsten und größten Amtsgerichte jedes Bundeslandes in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des Verfahrens und dem Gebührenstreitwert auf?

Die Zahl der erledigten Prozesse ist in Tabelle S. 118 dargestellt. Aufgegliedert sind diese Zahlen nach der Art der Erledigung in Tabelle S. 120 ff., nach dem Gegenstand des Verfahrens in Tabelle S. 131 ff. und nach dem Gebührenstreitwert in Tabelle S. 153 ff.

Die Zahl der erledigten Prozesse ist von 1975 auf 1980, wie im Bundesgebiet insgesamt, auch bei 24 der 43 Amtsgerichte gesunken. Bei den verbleibenden 19 Amtsgerichten (5 kleinste, 6 zweitkleinste, 5 zweitgrößte, 3 größte) ist sie gestiegen, und zwar verbunden mit einem Anstieg der Neuzugänge bei 11 Gerichten (5 kleinste, 3 zweitkleinste, 2 zweitgrößte, 1 größtes), bei den verbleibenden 8 Gerichten (1 kleinstes, 3 zweitkleinste, 2 zweitgrößte, 2 größte) verbunden mit einer rückläufigen Entwicklung der Neuzugänge.

Von 1980 bis 1984 sind die Erledigungszahlen bei allen Gerichten gestiegen. Die Zuwachsquoten betrugen, jeweils geordnet in alphabetischer Reihenfolge der Bundesländer,

bei den kleinsten Amtsgerichten 18%, 78%, 31%, 20%, 53%, 1%, 11%, 28%, 17%, 22%,

bei den zweitkleinsten 3%, 25%, 32%, 57%, 46%, 41%, 30%, 14%, 30%, 31%, 54%,

bei den zweitgrößten 35%, 37%, 30%, 30%, 19%, 63%, 32%, 20%, 32%, 38%, 41%,

bei den größten 26%, 31%, 30%, 32%, 8%, 33%, 32%, 40%, 52%, 38%, 21%.

Ein Zusammenhang zwischen Gerichtsgröße und Zunahme der Erledigungen ist — abgesehen von der größeren Schwankungsbreite der Quoten bei kleinen Gerichten, bei denen sich Besonderheiten im Geschäftsanfall und der Besetzung stärker auswirken — nicht zu erkennen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 118 verwiesen.

Der Anteil der durch streitiges Urteil erledigten Prozesse (Tabelle S. 120 ff.) ist von 1975 auf 1984 bei 32 Gerichten (6 kleinste, 10 zweitkleinste, 6 zweitgrößte, 10 größte) gestiegen. Die streitige Entscheidung hat danach überwiegend zugenommen. Daß diese Entwicklung bei kleineren Gerichten stärker ist als bei den größeren, ist nicht feststellbar. Bei allen Amtsgerichten der 3 Stadtstaaten lag der Anteil der streitig entschiedenen Prozesse unter dem Bundesdurchschnitt (29% im Jahre 1984), während in ländlichen Gebieten meist der Anteil der streitigen Entscheidungen überwog. Diese Unterschiede sind demnach nicht auf die Gerichtsgröße, sondern auf die Stadt/Land-Struktur zurückzuführen. Bei allen Gerichten der Stadtstaaten überstieg auch 1984 noch die Zahl der Versäumnisurteile die Zahl der streitigen Endurteile; dies war im übrigen nur bei einem kleinsten Gericht (Homburg-Efze), 3 zweitgrößten Gerichten (Kassel, Dortmund, Lübeck) und einem größten Gericht (Stuttgart) der Fall.

In der Vergleichsquote ist, abgesehen von einer unterschiedlichen Schwankungsbreite (kleinste 1 bis 13%, zweitkleinste 6 bis 13%, zweitgrößte 7 bis 13%, größte 4 bis 11%), kein Zusammenhang mit der Gerichtsgröße festzustellen.

Frage

2. b) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den beiden

kleinsten und größten Amtsgerichten jedes Bundeslandes erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen 6 und 12 Monaten, zwischen 12 und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig, und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine nach Gerichtsgröße variierende Erledigungsdauer?

Entsprechend der Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt hat die Prozeßdauer bei den meisten Gerichten abgenommen. 31 der 43 Gerichte erledigten 1984 (in Hamburg 1983) einen höheren Anteil der Verfahren innerhalb von 6 Monaten als 1975. Bei 5 Gerichten lag dieser Anteil, obwohl er gegenüber 1975 leicht gesunken war, noch über dem bundesdurchschnittlichen Wert von 82,7%, bei den verbleibenden 7 Gerichten (3 kleinste, 1 zweitkleinste, 1 zweitgrößte, 2 größte) unter dem Bundesdurchschnitt.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 164ff. verwiesen.

Der Anteil der Verfahren, den die Gerichte 1984 (in Hamburg 1983) innerhalb von sechs Monaten erledigten, schwankte zwischen 63,2% und 88,3% bei den kleinsten, 50,7% und 94% bei den zweitkleinsten, 71,9% und 90,2% bei den zweitgrößten, 65,1 und 90,7% bei den größten Amtsgerichten. Aufgrund der Abweichungen in den einzelnen Gruppen und der jeweiligen Grenzwerte kann nicht angenommen werden, daß ein Zusammenhang zwischen Verfahrensdauer und Gerichtsgröße besteht.

Frage

3. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Richter,
 - b) Rechtspfleger,
 - c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Amtsgerichten tätig waren,
- waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 an den beiden kleinsten und größten Amtsgerichten jedes Bundeslandes in Zivilsachen tätig?

Erfaßt ist die Zahl der Richter, der Rechtspfleger und der sonstigen Bediensteten, die in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (ohne Familiensachen und Vollstreckungssachen) tätig waren. Die Darstellung ist auf die Jahre 1980 bis 1984 beschränkt, da für die Jahre 1965 und 1975 keine Angaben vorliegen.

Bei 37 Amtsgerichten ist die Zahl der Richter zwischen 1980 und 1984 gestiegen, bei 3 Gerichten (2 kleinste, 1 zweitkleinste) unverändert geblieben und bei weiteren 3 Gerichten (1 kleinstes, 2 zweitkleinste) gesunken.

Die Einzelheiten ergeben sich aus den Tabellen S. 170f.

Frage

4. a) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab

1980 bei den beiden kleinsten und größten Amtsgerichten jedes Bundeslandes anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der bei den Gerichten in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter?

Bei 33 der 43 Amtsgerichte ist von 1980 auf 1984 (für Hamburg auf 1983) die Zahl der erledigten Prozesse je Richter gestiegen, bei 10 Gerichten gesunken.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 176ff. Bezug genommen.

Bei 38 Gerichten lag die Erledigungsquote je Richter über dem für den Personalbedarf maßgebenden Pensum von 600 Prozessen (vgl. dazu den Hinweis vorstehend unter I.3.), bei den übrigen 5 (3 kleinste, 1 zweitkleinste, 1 zweitgrößte) darunter.

Gemessen an dem Pensum ist, in Prozentzahlen ausgedrückt und geordnet in alphabetischer Reihenfolge der Bundesländer, folgende Mehr- (+ %) oder Minderleistung (– %) festzustellen:

kleinste Amtsgerichte: + 39%, + 40%, + 20%, + 20%, + 37%, – 16%, – 9%, + 10%, – 4%, + 8%;
 zweitkleinste Amtsgerichte: + 16%, + 7%, + 11%, + 22%, + 49%, + 24%, + 1%, + 66%, + 40%, – 15%, + 72%;
 zweitgrößte Amtsgerichte: + 41%, – 7%, + 43%, + 2%, + 30%, + 7%, + 12%, + 43%, + 3%, + 26%, + 27%;
 größte Amtsgerichte: + 30%, + 27%, + 16%, + 24%, + 26%, + 20%, + 26%, + 13%, + 14%, + 8%, + 20%.

Die Zahlen lassen sowohl bei den kleinsten als auch bei den größten Amtsgerichten insgesamt eine deutliche Mehrleistung erkennen. Aus den Unterschieden in der Schwankungsbreite der Quoten (kleinste Gerichte von – 16 bis + 40%, zweitkleinste von – 15 bis + 73%, zweitgrößte von – 7 bis + 43%, größte von + 8 bis + 30%) läßt sich ein Zusammenhang zur Gerichtsgröße nicht herstellen, da in den Quoten für die mit einer größeren Zahl von Richtern besetzten Gerichte die Abweichungen der einzelnen Richterpensen weniger stark in Erscheinung treten.

Die Zahl der anhängigen und der erledigten Zivilprozesse, die bei den in der Frage genannten Gerichten jeweils auf einen Rechtspfleger (Tabelle S. 182ff.) oder einen sonstigen Bediensteten (Tabelle S. 188ff.) entfielen, läßt keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die tatsächliche Belastung dieses Personals zu. In den Zahlen nicht miteingerechnet ist der sonstige Geschäftsanfall, insbesondere die bei Großstadtgerichten stärker in Erscheinung tretenden Mahnverfahren. Auf die weiteren Hinweise S. 51f., 57 wird Bezug genommen.

Frage

4. b) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in Frage 4. a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ih-

nen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In dem Zeitraum von 1980 bis 1984, für den Angaben vorliegen, ist es nicht zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

Frage

5. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

- a) Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den beiden kleinsten und größten Amtsgerichten jedes Bundeslandes erledigten Verfahren ist es zu einer Beweisaufnahme gekommen (aufgegliedert nach der Art des Beweises: z. B. Zeugenvernehmung, Sachverständigenbeweis, Augenscheinseinnahme), und welchen Einfluß haben die einzelnen Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens gehabt?
- b) Inwieweit sind Verzögerungen beim Abschluß von Verfahren darauf zurückzuführen, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständigen gefehlt hat, welche Ursachen hat dieser Mangel ggf. nach Auffassung der Bundesregierung, und welche Maßnahmen sind erforderlich, um ihn zu beheben?

Die Zahlen bis einschließlich 1981 sind mit den Zahlen ab 1982 nur beschränkt vergleichbar (vgl. den Hinweis zu Frage 5. a). Von 1975 auf 1984 (1983 für Hamburg) ist der Anteil der Prozesse, in denen es zu einer Beweisaufnahme kam, bei 19 Gerichten (5 kleinste, 5 zweitkleinste, 4 zweitgrößte, 5 größte) gestiegen, bei 23 Gerichten (5 kleinste, 6 zweitkleinste, 6 zweitgrößte, 6 größte) gesunken und bei einem Gericht gleich geblieben.

Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus der Tabelle S. 194 ff. Ein Zusammenhang mit der Gerichtsgröße ist in der Entwicklung nicht zu erkennen.

Allerdings liegt der Anteil der Beweisaufnahmen bei den kleinen Amtsgerichten der drei Stadtstaaten ausnahmslos unter dem bundesdurchschnittlichen Wert (1983: 18%). In den übrigen Bundesländern lag nach den Zahlen für 1984 der Anteil der Prozesse, den die jeweils beiden kleinsten Gerichte dieser Bundesländer insgesamt nach Beweisaufnahme erledigten (1 770 von 7 320 erledigten Prozessen), mit 24% deutlich über dem entsprechenden Anteil der Prozesse, die vor den beiden jeweils größten Amtsgerichten nach Beweisaufnahme endeten (32 245 von 208 725 erledigten Prozessen = 15%).

Diese Unterschiede sind auf die Stadt/Land-Struktur, nicht auf die Gerichtsgröße zurückzuführen. Vor den Großstadtgerichten wird ein höherer Anteil der Verfahren durch Versäumnisurteil erledigt (Tabelle S. 120 ff.). Der höhere Anteil der Beweisaufnahmen bei ländlichen Gerichten könnte ein Anzeichen dafür sein, daß sich die Verteidigungschancen der Beklagten, die nach der Beschränkung der Ge-

richtsstandsvereinbarungen durch die am 1. April 1974 in Kraft getretene Gerichtsstandsnovelle (BGBl. I S. 753) regelmäßig vor ihrem Wohnsitzgericht in Anspruch genommen werden müssen, verbessert haben.

Eine Aufgliederung nach der Art der Beweismittel ist nicht möglich, da die Zählkarten hierüber keine Auskunft geben.

Es liegen auch keine Erkenntnisse darüber vor, welchen Einfluß die einzelnen Beweismittel auf die Dauer der Verfahren gehabt haben. Auf die weiteren Hinweise zu den Fragen 5. a) und b) wird verwiesen.

Frage

6. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

- a) Gegen wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den beiden kleinsten und größten Amtsgerichten jedes Bundeslandes getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg, und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. nach Größe der Gerichte variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?
- b) In wieviel Prozent der Verfahren über Rechtsmittel gegen Entscheidungen der beiden kleinsten und größten Amtsgerichte jedes Bundeslandes hat die 2. Instanz
 - aa) die von der 1. Instanz ermittelten Tatsachen ohne neue Beweiserhebung anders gewürdigt,
 - bb) neue Beweise erhoben,
 - cc) eine andere rechtliche Auffassung als die 1. Instanz vertreten,
 (aufgegliedert nach erfolgreichen und erfolglosen Rechtsmitteln)?
- c) Liegen der Bundesregierung Zahlen (z. B. repräsentative Stichproben) darüber vor, in wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren der Schwerpunkt des Streites überwiegend im tatsächlichen und in wieviel Prozent im rechtlichen Bereich lag?

Zu diesen Fragen liegen keine Zahlen vor.

Frage

7. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

In wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den beiden kleinsten und größten Amtsgerichten jedes Bundeslandes erledigten Verfahren war für

- a) keine,
- b) eine,
- c) beide

der beteiligten Parteien ein Anwalt oder Rechtsbeistand vor Gericht tätig, und inwieweit hat die Beteiligung von Anwälten oder Rechtsbeiständen Einfluß auf die Dauer der gerichtlichen Verfahren gehabt?

Der Anteil der Verfahren, in denen keine Partei, eine Partei allein oder beide Parteien durch einen Rechtsanwalt vertreten waren, ergibt sich aus der Tabelle S. 196 ff.

1984 (Hamburg 1983) war bei 35 Gerichten (7 kleinste, 9 zweitkleinste, 11 zweitgrößte, 8 größte) der Anteil der Prozesse mit einseitig anwaltlicher Vertretung des Klägers am höchsten,

bei 7 Gerichten (3 kleinste, 2 zweitkleinste, 2 größte) war es der Anteil beiderseitiger anwaltlicher Vertretung,

bei einem Gericht der Anteil beiderseitig fehlender anwaltlicher Vertretung.

Gegenüber 1975 hatte bis 1984 (Hamburg 1983) der Anteil einseitig anwaltlich vertretener Kläger bei 29 Gerichten (7 kleinste, 8 zweitkleinste, 9 zweitgrößte, 5 größte) zugenommen und bei 14 Gerichten abgenommen.

Eine signifikante Übereinstimmung, die einen Zusammenhang zwischen Gerichtsgröße und anwaltlicher Vertretung vermuten ließe, ist weder in der Entwicklung der Anteile noch ihrer Größenstruktur festzustellen.

Eine Aufschlüsselung der Anteile nach der Verfahrensdauer ist zwar auf Bundes- und Landesebene, nicht jedoch auf der Ebene der Amtsgerichte möglich.

8. b) Läßt sich aus diesen oder sonstigen der Bundesregierung vorliegenden Zahlen ein qualitativer Unterschied zwischen kleinen und großen Amtsgerichten feststellen?

Aus den vorliegenden Zahlen läßt sich ein qualitativer Unterschied zwischen kleinen und großen Gerichten nicht feststellen. Der Bundesregierung liegen auch keine sonstigen Zahlen vor, aus denen auf einen solchen Unterschied geschlossen werden könnte.

9. Wie viele der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren 1980 anhängigen und wie viele der erledigten Verfahren waren
- a) Baustreitigkeiten,
 - b) Mietstreitigkeiten,
 - c) Unterhaltsstreitigkeiten,
 - d) Folgestreitigkeiten aus Verkehrsunfällen?

Die Frage nach dem Gegenstand des Verfahrens läßt sich nur für die erledigten Verfahren und auch insoweit erst ab 1982 vollständig beantworten. Die Zählkartenstatistik weist die Zahl der erledigten Streitigkeiten aus dem Bau-/Architektenrecht und aus dem Verkehrsunfallrecht erst ab 1982 aus.

Bei einem Vergleich der Unterhaltsstreitigkeiten muß berücksichtigt werden, daß seit dem 1. Juli 1977 die Familiengerichte für den größten Teil die-

ser Verfahren zuständig sind und die Verfahren seitdem in der Statistik der Familiensachen erscheinen. Die in Tabelle S. 62 ff. unter „Wohnungsmietrecht“ abgedruckten Zahlen betreffen bis zum Jahre 1981 nur Räumungen, was bei einem Vergleich ebenfalls berücksichtigt werden muß.

Von den im Jahre 1982 im Bundesgebiet erledigten 1 065 375 Verfahren betrafen 12 720 (1,2%) das Bau- und Architektenrecht, 227 455 (21,4%) das Wohnungsmietrecht, 7 951 (unter 1%) das Unterhaltsrecht und 100 529 (9,4%) das Verkehrsunfallrecht.

Bei 1983 im Bundesgebiet erledigten 1 156 972 Verfahren entfielen 12 335 (1,1%) auf das Bau- und Architektenrecht, 233 901 (20,2%) auf das Wohnungsmietrecht, 6 536 (ca. 1%) auf das Unterhaltsrecht und 103 749 (ca 9%) auf das Verkehrsunfallrecht.

Im Jahre 1984 schließlich entfielen von 1 209 450 erledigten Verfahren 12 487 (1%) auf Bau- und Architektensachen, 234 676 (19,5%) auf das Wohnungsmietrecht, 6 829 (unter 1%) auf das Unterhaltsrecht und 111 921 (9,3%) auf das Verkehrsunfallrecht.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 62 f. verwiesen.

10. a) Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und bei wie vielen der erledigten Streitigkeiten handelte es sich um Verfahren, bei denen
- aa) Kläger und Beklagter ein Unternehmen oder eine Firma war,
 - bb) der Kläger ein Unternehmen oder eine Firma, der Beklagte eine natürliche Person war,
 - cc) der Kläger eine natürliche Person, der Beklagte ein Unternehmen oder eine Firma war und
 - dd) Kläger und Beklagter natürliche Personen waren?

Zahlen liegen nur für die Jahre 1982 bis 1984 vor. Darüberhinaus sind Angaben nur jeweils gesondert für Kläger und Beklagte möglich, nicht gleichzeitig für beide Parteien eines Verfahrens.

Die Zahl der Kläger und Beklagten übersteigt die Zahl der Prozesse, da in einem Verfahren mehrere Kläger oder Beklagte auftreten können.

Im Bundesgebiet insgesamt waren 1982 in 56,9%, 1983 in 55,9% und 1984 in 56,5% der Fälle Privatpersonen Kläger. Ihr Anteil auf der Beklagtenseite betrug 1982 79,6%, 1983 79,5% und 1984 78,7%.

Handelsgesellschaften und Firmen (einschließlich Einzelfirma, Gewerbebetrieb) traten auf der Klägerseite 1982 in 39,7%, 1983 in 40,9% und 1984 in 40,6% der Fälle auf. In der Beklagtenrolle waren sie 1982 mit 19,8%, 1983 mit 20,0% und 1984 mit 20,6% vertreten.

Handelsgesellschaften und sonstige Firmen befinden sich danach überproportional in der Kläger-

Privatpersonen dagegen überproportional in der Beklagtenrolle.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 207 ff. Bezug genommen.

10. b) Wie gliedern sich die in diesen Jahren anhängigen und erledigten Mahnverfahren nach diesen Kriterien auf?

Hierzu liegen keine Zahlen für das Bundesgebiet oder auch nur für einzelne Länder vor.

Untersuchungen, die für das Jahr 1970 im Zusammenhang mit den Arbeiten zur Vorbereitung einer maschinellen Bearbeitung der Mahnverfahren durchgeführt worden sind (vgl. Soll-Konzept Automation des Mahnverfahrens, herausgegeben vom Justizministerium Baden-Württemberg, Arbeitspapiere Rechtsinformatik, Heft 10, J. Schweitzer Verlag, Berlin, 1974, Band II Dokumentation, Schlagworte „Gläubiger — Struktur 3 — Mahnaufkommen“ und „Schuldner — Struktur 1 — natürliche / juristische Personen“), haben folgendes ergeben:

Von 122 265 Mahnsachen des Amtsgerichts Stuttgart entfielen auf Unternehmen oder Firmen 83,1 %, davon auf Antragsteller mit einem Jahresaufkommen von

über 1 000 Mahnverfahren	40,8 %,
über 500 Mahnverfahren	11,5 %,
über 250 Mahnverfahren	6,5 %,
über 100 Mahnverfahren	4,9 %,
unter 100 Mahnverfahren	19,4 %.

Die verbleibenden 16,9 % der Antragsteller waren Einzelgewerbetreibende (13,2) und Privatgläubiger (3,7 %).

In einer Parellelzählung beim Amtsgericht Essen wurden folgende Vergleichszahlen ermittelt:

Antragsteller mit mehr als
500 Mahnverfahren im Jahr 36,5 %

Gewerbliche Unternehmen mit
geringerem Aufkommen 51,7 %

Von Freiberuflichen oder Privatpersonen
betriebene Verfahren 11,8 %.

Die Untersuchungen haben weiterhin ergeben, daß die in Anspruch genommene Partei in 95,6 % der Fälle eine Privatperson oder Einzelfirma und in 4,4 % der Fälle eine juristische Person, Gesellschaft oder dergleichen war.

10. c) Welche Zahlen liegen der Bundesregierung vor, daß bestimmte soziale Schichten der Bevölkerung die Amtsgerichte als Kläger in diesen Jahren signifikant stärker in Anspruch genommen haben als es ihrem Anteil an der Bevölkerung und ihrer Teilnahme am Rechtsverkehr entspricht, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Für das Jahr 1971 haben Bender/Schumacher in einer vom Bundesminister der Justiz geförderten Untersuchung (Erfolgsbarrieren vor Gericht — Eine empirische Untersuchung zur Chancengleichheit im Zivilprozeß, Tübingen 1980) die soziale Schichtung der als Kläger auftretenden natürlichen Personen aufgrund einer Stichprobe anhand von 7 759 Prozeßakten erforscht. Soweit sie eine sichere Zuordnung vornehmen konnten (a. a. O., S. 18, 124) entfielen danach

— auf die obere Mittelschicht (5 % der Bevölkerung)	28 %,
— auf die untere Mittelschicht (40 % der Bevölkerung)	39 %,
— auf die obere Unterschicht (15 % der Bevölkerung)	29 %,
— auf die untere Unterschicht (40 % der Bevölkerung)	4 %

der Kläger.

Nach den Zahlen dieser Stichprobe sind als Kläger im Amtsgerichtsprozeß, gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung, die Angehörigen der oberen Mittel- und der oberen Unterschicht deutlich über-, die Angehörigen der unteren Unterschicht deutlich unterrepräsentiert. Der Anteil der Kläger der unteren Mittelschicht entspricht etwa ihrem Anteil an der Bevölkerung.

Die Abweichungen könnten auf eine unterschiedliche Teilnahme am Rechtsverkehr zurückzuführen sein.

Durch das Beratungshilfegesetz und das Gesetz über die Prozeßkostenhilfe — beide in Kraft seit dem 1. Januar 1981 — sind die Voraussetzungen dafür verbessert worden, dem Bürger mit geringem Einkommen auf seinem Wege zum Recht zu helfen.

II. Landgerichte erster Instanz

1. Wie lauten die den Fragen I.1 bis 10 mit Ausnahme der Frage 7 entsprechenden Zahlen und Antworten, wobei in Frage 3 nur das mit erstinstanzlichen Verfahren befaßte Personal aufzuführen ist?

Vorbemerkung

Im Jahr 1982 fehlen in Hamburg die Angaben für zwei Monate. Deshalb ist ein prozentualer Aufschlag vorgenommen worden, um ein Jahresergebnis zu erhalten.

Frage

1. lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Landgerichten erster Instanz anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie

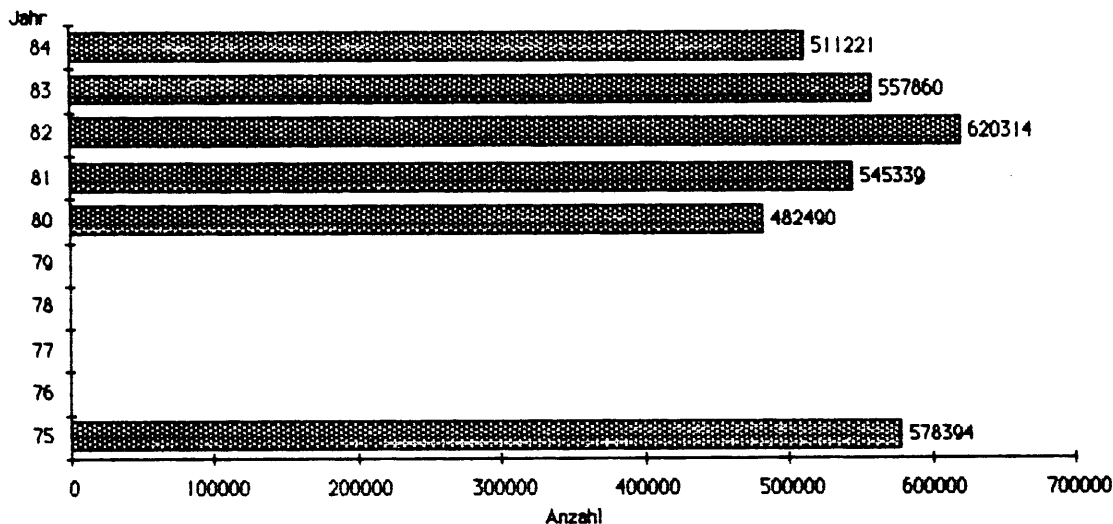
viele Neuzugänge hatten die Landgerichte erster Instanz jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

In den Zahlen für die Jahre 1965 und 1975 sind auch die Ehesachen enthalten, für die die Landgerichte bis zum 1. Juli 1977 zuständig waren. In den Jahren 1968 bis 1977 sind die Ehesachen nur bei den Erledigungen, nicht aber bei den Eingängen gesondert erfaßt worden. Um einen Vergleich mit den Jahren ab 1980 zu ermöglichen, sind für 1965 und 1975 die Ehesachen entsprechend ihrem Anteil bei den erledigten Verfahren aus den Neuzugängen herausgerechnet worden. Danach ergibt sich folgendes Bild: Nach einer Erhöhung der Wertgrenze für die Zuständigkeit des Amtsgerichts von 1 000 auf 1 500 DM mit Wirkung vom 1. Januar 1965 war die Zahl der Neuzugänge im Bundesgebiet insgesamt mit 180 803 im Jahre 1965 verhältnismäßig niedrig. Sie ist auf 339 424 im Jahre 1974 um fast 88 % gestiegen. Nach einer weiteren Wertgrenzenerhöhung auf

3 000 DM mit Wirkung vom 1. Januar 1975 ist die Zahl der Neuzugänge 1975 auf 289 042 zurückgegangen und bis 1982 auf 418 907, um ca. 45 % bezogen auf das Jahr 1975 und um ca. 132 % bezogen auf das Jahr 1965, angestiegen. Nach der Wertgrenzenerhöhung mit Wirkung vom 1. Januar 1983 ist die Zahl der Neuzugänge auf 331 089 im Jahre 1984 um ca. 21 % gegenüber dem Jahre 1982 zurückgegangen. Die beiden letzten Wertgrenzenerhöhungen haben der Verlagerung des Geschäftsanfalls durch die Entwicklung der Preise und Löhne vom Amts- auf das Landgericht weitgehend entgegengewirkt, sie allerdings nicht völlig aufgefangen. Während 1965 82,69 % der Neuzugänge in Zivilsachen (ohne Familiensachen) auf das Amtsgericht und 17,31 % auf das Landgericht entfielen, waren es 1984 78,61 % und 21,39 %.

Wegen der Entwicklung der anhängigen Verfahren zwischen 1975 und 1984 wird auf die nachfolgende graphische Darstellung, wegen der sonstigen Einzelheiten auf die Tabelle S. 11 verwiesen.

Zivilgericht — Landgericht I. Instanz — anhängige Verfahren



Frage

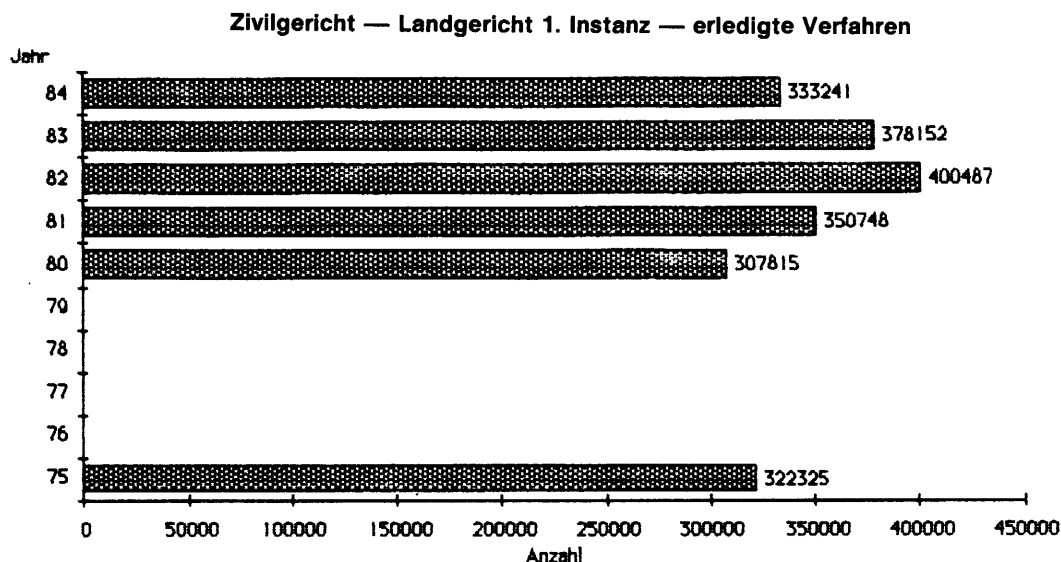
2. a) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die Landgerichte erster Instanz in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des Verfahrens und dem Gebührenstreitwert auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Die Entwicklung bei den Erledigungen ist ähnlich verlaufen wie bei den Neuzugängen (s. die Antwort auf die vorstehende Frage). Allerdings war die Zahl

der Erledigungen im Jahre 1975 im Bundesgebiet insgesamt mit 322 325 Verfahren (ohne Ehesachen) verhältnismäßig hoch. Das ist darauf zurückzuführen, daß sich die Wertgrenzenerhöhung von 1 500 auf 3 000 DM im Jahre 1975 bei den Erledigungen noch nicht voll ausgewirkt hatte. 1975 mußte nämlich noch ein erheblicher Teil der anhängigen Verfahren aus dem Jahre 1974 erledigt werden. Aus diesem Grunde hat sich auch die Wertgrenzenänderung zum 1. Januar 1983 bei den Erledigungen erst im Jahre 1984 voll ausgewirkt (s. Tabelle S. 213).

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.



Die Art der Erledigung ist, aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und für die einzelnen Bundesländer, in Tabelle S. 214f. dargestellt.

Die Darstellung nach dem Gegenstand der Prozesse (Tabelle S. 216ff.) folgt einer seit 1982 möglichen Aufgliederung. Vergleichbare Zahlen für die Vorjahre — soweit vorhanden — sind angeführt. Die Zahlen für 1965 beziehen sich auf die im Geschäftsjahr neuzugegangenen Prozesse, die Zahlen für 1975 und ab 1980 auf die im jeweiligen Geschäftsjahr erledigten Prozesse. Unter der Bezeichnung „Prozeßkostenhilfverfahren“ sind nur solche Armenrechts- oder Prozeßkostenhilfverfahren erfaßt, die sich erledigt haben, ohne daß später die Hauptsache anhängig geworden ist. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9. Bezug genommen.

Die Gebührenstreitwerte der von den Landgerichten erledigten Verfahren haben sich zwischen 1975 und 1984 erheblich verändert. Der hohe Anteil der Verfahren mit einem Gebührenstreitwert von bis zu 3 000 DM im Jahre 1975 ist auf die Ehesachen zurückzuführen, deren Regelstreitwert 3 000 DM betrug. Nach Übergang der Ehesachen auf die Familiengerichte im Jahre 1977 ist der Anteil der Verfahren mit einem Gebührenstreitwert von bis zu 3 000 DM auf 4,3 % im Jahre 1980 gefallen. Nach 1982 ist auch der Anteil der Verfahren mit einem Gebührenstreitwert von 3 000 bis 5 000 DM erheblich zurückgegangen, da mit Wirkung vom 1. Januar 1983 die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte von 3 000 auf 5 000 DM erhöht worden war. Der 1983 immer noch verhältnismäßig hohe Anteil von Verfahren mit diesem Gebührenstreitwert ist darauf zurückzuführen, daß ein Teil dieser Verfahren bereits im Jahre 1982 anhängig gemacht worden war.

Zwischen 1980 und 1984 entfielen die meisten Verfahren auf den Bereich zwischen 5 000 DM und 10 000 DM.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 220ff. verwiesen.

Frage

2. b) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils zum Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Auch bei den Landgerichten wird der überwiegende Teil der Verfahren innerhalb von sechs Monaten erledigt. 1984 lag Baden-Württemberg mit einem Anteil von 77,2 % um 7,1 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 70,1 %, das Saarland mit 55,0 % um 15,1 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. Worauf diese Abweichungen beruhen, kann nicht abschließend gesagt werden. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, daß im Jahre 1984 — nach Bremen — im Saarland die meisten anhängigen Verfahren auf einen Richter entfielen (vgl. Tabelle S. 228); auch in Bremen lag der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 223f. verwiesen.

Frage

2. c) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Zivilverfahren vor den Landgerichten erster Instanz liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Von den durch streitiges Urteil erledigten gewöhnlichen Prozessen erledigten die Landgerichte in er-

ster Instanz 1965: 37,9 %, 1975: 38,1 %, 1980: 52,4 %, 1981: 51,4 %, 1982: 49,4 % und 1983: 44,4 % innerhalb von sechs Monaten.

Frage

3. lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele

a) Richter,

b) Rechtspfleger,

c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Landgerichten erster Instanz tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 an den Landgerichten erster Instanz in Zivilsachen tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Erst nach 1975 sind die Angaben zur Personalverwendung der Richter beim Landgericht nach Instanzen untergliedert erfaßt. Deshalb kann die Frage nur für die Jahre 1980 bis 1984 beantwortet werden.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der in erstinstanzlichen Zivilsachen eingesetzten Richter von 2 011 im Jahre 1980 auf 2 143 im Jahre 1982 gestiegen, dann jedoch auf 1 919 im Jahre 1984 gesunken. Die Zahl der bei den Amtsgerichten in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit tätigen Richter ist dagegen von 1982 bis 1984 von 1 539 auf 1 746 gestiegen. Damit ist der Umverteilung der Geschäfte durch die Erhöhung der Wertgrenzen zum 1. Januar 1983 in etwa Rechnung getragen worden.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 225 Bezug genommen.

Für die Rechtspfleger enthält die Personalverwendungsstatistik keine nach Instanzen untergliederten Angaben, so daß insoweit die Zahl der am Landgericht insgesamt tätigen Rechtspfleger angegeben wird (diese Zahl liegt erst ab 1980 vor).

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der Rechtspfleger, die am Landgericht in Zivilsachen tätig waren, von 304 im Jahre 1980 auf 295 im Jahre 1984 gesunken.

In den einzelnen Ländern ist die Situation uneinheitlich: Teilweise ist die Zahl der Rechtspfleger gesunken, teilweise ist sie angestiegen. Worauf die Unterschiede beruhen, ist nicht bekannt.

Für die sonstigen Bediensteten liegen Angaben erst für die Zeit nach 1975 vor, auch hier nicht nach Instanzen untergliedert.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der beim Landgericht in Zivilsachen tätigen Bediensteten von 2 327 im Jahre 1980 auf 2 432 im Jahre 1984 gestiegen; in den Jahren 1982 und 1983 lagen die Zahlen noch etwas höher.

Dem entspricht die Situation in den meisten Ländern. In Baden-Württemberg, Bremen, Hessen und Rheinland-Pfalz ist die Zahl der sonstigen Bediensteten von 1980 bis 1984 zurückgegangen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabellen S. 226 bis 227 Bezug genommen.

Frage

4. a) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

a) Richter,

b) Rechtspfleger,

c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

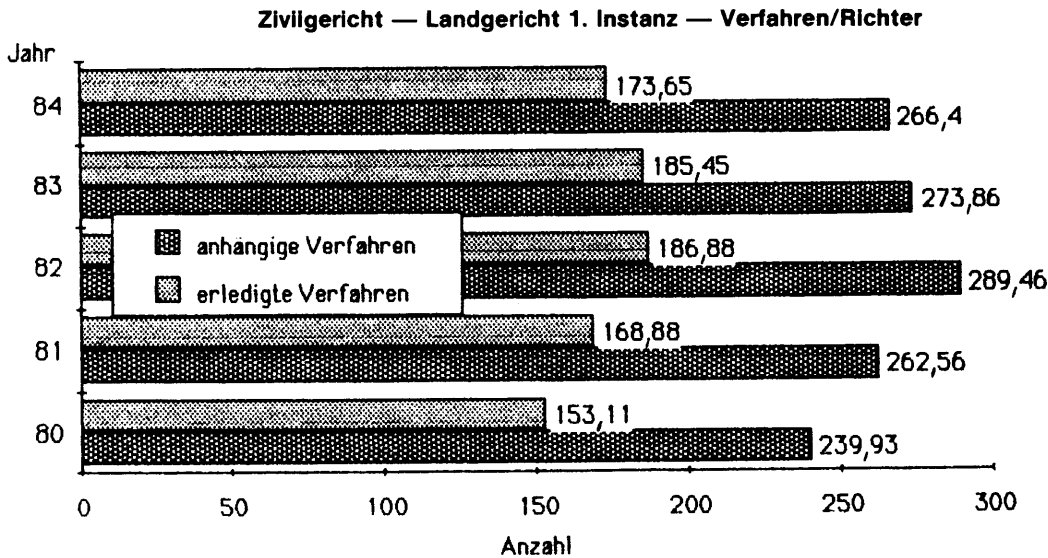
Da die Angaben zur Personalverwendung der Richter erst nach 1975 nach Instanzen untergliedert erfaßt worden sind, kann die Frage nur für die Jahre ab 1980 beantwortet werden.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Verfahren, die auf einen Richter entfiel, von 239,93 im Jahre 1980 auf 266,40 im Jahre 1984 um ca. 11 % gestiegen, nachdem es 1982 289,46 Verfahren waren. Die Zahl der erledigten Verfahren ist von 153,11 im Jahre 1980 (über 186,88 im Jahre 1982) auf 173,65 um ca. 13 % gestiegen.

In den einzelnen Bundesländern ist die Entwicklung ähnlich verlaufen.

Im Jahre 1984 lag Bremen mit 348,14 anhängigen Verfahren pro Richter am stärksten über dem Bundesdurchschnitt (+81,74 Verfahren), Berlin mit 229,11 Verfahren am stärksten unter dem Durchschnitt (−37,29 Verfahren). Bei den Erledigungen lag Bremen mit 214,48 Verfahren am höchsten über (+40,83 Erledigungen), Berlin mit 149,75 Verfahren am stärksten unter dem Bundesdurchschnitt (−23,90 Erledigungen).

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der folgenden graphischen Darstellung; im übrigen wird auf Tabelle S. 228 verwiesen.



Da die Personalverwendungsstatistik für den gehobenen und mittleren Dienst nicht nach Aufgaben der ersten Instanz und der Berufungsinstanz untergliedert ist, kann nachfolgend nur die Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren insgesamt angegeben werden, die auf einen Rechtspfleger oder sonstigen Bediensteten entfielen.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Verfahren, die auf einen Rechtspfleger entfielen, von 1 846,69 im Jahre 1980 auf 2 115,54 im Jahre 1984 um ca. 15 % gestiegen; eine Steigerung um ca. 16 % von 1 197,58 auf 1 385,48 Verfahren weisen die Erledigungen auf.

Auch in den einzelnen Bundesländern ist die Zahl der anhängigen und der erledigten Verfahren, die auf einen Rechtspfleger entfielen, mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, von 1980 bis 1984 etwa entsprechend gestiegen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 229 Bezug genommen.

Die Zahl der Verfahren, die auf einen sonstigen Bediensteten am Landgericht (1. Instanz und Berufungsinstanz) entfielen, ist im Bundesgebiet insgesamt von 1980 bis 1984 bei den anhängigen Verfahren um ca. 6 % gestiegen (1980: 242,05; 1984: 256,88), bei den erledigten Verfahren um ca. 7 % (1980: 156,97; 1984: 168,23).

In den meisten Ländern ist die Entwicklung entsprechend verlaufen. In Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie im Saarland waren die Zahlen leicht rückläufig, in Niedersachsen allerdings nur bei den anhängigen Verfahren.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 230 verwiesen.

Frage

4. b) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus

ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In der Zeit, für die Zahlen vorliegen, ist es nicht zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

Frage

5. a) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren ist es zu einer Beweisaufnahme gekommen (aufgegliedert nach der Art des Beweises: z. B. Zeugenvernehmung, Sachverständigenbeweis, Augenscheinseinnahme), und welchen Einfluß haben die einzelnen Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens gehabt?

Zu der statistischen Erfassung der Beweisanordnungen bzw. Beweiserhebungen wird auf die Ausführungen zu der Frage I.5. a) (Amtsgerichte) Bezug genommen.

Im Bundesgebiet insgesamt hat sich die Zahl der erledigten Verfahren, in denen eine Beweisanordnung/-erhebung stattgefunden hat, von 86 744 im Jahre 1975 auf 73 641 im Jahre 1984 verringert. Auch der Anteil der Beweisanordnungen/-erhebungen an der Zahl der erledigten Verfahren (1975: 323 112; 1984: 332 831) ist von 26,85 % auf 22,12 % gefallen. Der niedrigere Anteil der Beweisanordnungen im Jahre 1984 könnte dadurch bedingt sein, daß anders als im Jahre 1975 nicht mehr alle Beweisanordnungen, sondern nur noch die Beweiserhebungen gezählt werden.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 231 Bezug genommen.

Eine Aufgliederung nach der Art des Beweises ist nicht möglich. Zu der Frage, welchen Einfluß die Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens haben, wird auf die Antwort zu Frage I. 5. a) (Amtsgerichte) verwiesen.

Frage

5. b) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Inwieweit sind Verzögerungen beim Abschluß von Verfahren darauf zurückzuführen, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständigen gefehlt hat, welche Ursachen hat dieser Mangel ggf. nach Auffassung der Bundesregierung und welche Maßnahmen sind erforderlich, um ihn zu beheben?

Auf die Antwort zu den Fragen I. 5. a) und b) wird Bezug genommen.

Frage

6. a) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Gegen wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den Landgerichten erster Instanz getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg (jeweils aufgliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?

Wie bereits zu der Frage I. 6. a) ausgeführt, kann eine Gegenüberstellung der streitigen Entscheidungen der ersten Instanz und der Eingänge beim Berufungsgericht einen Anhaltspunkt für die Entwicklung der Rechtsmittelquote geben. In Tabelle S. 232 wird dementsprechend dargestellt, wie viele Berufungen auf jeweils 100 streitige Endurteile der Landgerichte — 1965 und 1975 jeweils ohne Ehesachen — entfielen.

Die Anfechtungsquote liegt danach — von gewissen Schwankungen abgesehen — etwa gleichbleibend bei 50 % der streitigen Endurteile der Landgerichte. Im Bundesgebiet insgesamt betrug sie 1965: 56 %, 1975: 52 %. Sie erreichte, nachdem sie 1980 auf 49 % und 1981/1982 auf jeweils 48 % gesunken war, 1983 wieder 50 % und stieg 1984 auf 53 %. Der erneute Anstieg, der mit dem am 1. Januar 1983 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung von Wertgrenzen in der Gerichtsbarkeit zusammenfällt, ist darauf zurückzuführen, daß von 1982 auf 1983 bzw. 1984 die Zahl der Berufungen bei den Oberlandesgerichten (1983 um – 0,5 %, 1984 um – 6 %) weniger stark zurückging als die Zahl der streitigen Endurteile der Landgerichte in erster Instanz (1983 um – 4,9 %, 1984 um – 14,3 %).

In den einzelnen Bundesländern weicht die Quote von dem bundesdurchschnittlichen Wert geringfügig ab. In den drei Stadtstaaten lag sie in allen Jahren durchweg über 50 % (in Bremen 1983 genau bei 50 %), während sie in den übrigen Ländern um diesen Wert schwankte.

Die Rechtsmittelerfolgsquote ergibt sich aus Tabelle S. 408f. Im Bundesgebiet insgesamt ist die Erfolgsquote zwischen 1975 und 1984 konstant geblieben. Etwa zwei Fünftel der Berufungen, die das Berufungsgericht durch streitiges Urteil (1975, 1980 bis

1984 einschließlich der Erledigungen durch Versäumnisurteil und Beschluß nach § 519b ZPO) erledigte, führten zur Aufhebung oder Änderung des erstinstanzlichen Urteils. Als erfolgreich sind hierbei allerdings auch solche Berufungen gezählt worden, die lediglich zu einer Änderung im Nebenanspruch geführt haben.

In den einzelnen Ländern ist die Erfolgsquote nach 1981 teilweise höher als bis einschließlich 1981 gewesen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß ab 1982 die Versäumnisurteile und die Beschlüsse nach § 519b ZPO nicht mehr erfaßt sind, sondern nur noch auf die streitigen Berufungsurteile abgestellt wird.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 408f. verwiesen.

Fragen

6. b) und c) lauten, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

- b) In wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren hat die 2. Instanz

aa) die von der 1. Instanz ermittelten Tatsachen ohne neue Beweiserhebung anders gewürdigt,

bb) neue Beweise erhoben,

cc) eine andere rechtliche Auffassung als die 1. Instanz vertreten

(aufgegliedert nach erfolgreichen und erfolglosen Rechtsmitteln)?

- c) Liegen der Bundesregierung Zahlen (z. B. repräsentative Stichproben) darüber vor, in wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren der Schwerpunkt des Streits überwiegend im tatsächlichen und in wieviel Prozent im rechtlichen Bereich lag?

Rechtstatsächliches Material hierzu ist nicht vorhanden.

Aus Tabelle S. 406 ergibt sich lediglich die Anzahl der Verfahren, in denen die Rechtsmittelinstanz eine Beweiserhebung angeordnet oder durchgeführt hat (zum statistischen Erfassungsmodus vgl. die Hinweise zu Frage I. 5. a). Der Anteil dieser Verfahren an der Zahl der Verfahren insgesamt hat sich nach den Werten für 1975 (20,1 %) und 1984 (20,2 %) nur wenig verändert. Er war am niedrigsten 1983 (17,8 %) und am höchsten 1980 (22 %).

Frage

8. a) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie lauten die den Fragen I. 1 bis 6 entsprechenden Zahlen jeweils für die beiden kleinsten und beiden größten Landgerichte jedes Bundeslandes?

Vorbemerkung

Bei der Ermittlung der Gerichtsgröße ist auf die Zahl der Gerichtseingesessenen im Jahre 1984 abgestellt worden. In den Tabellen werden die Gerichte in der Reihenfolge kleinstes, zweitkleinstes,

zweitgrößtes, größtes Gericht aufgeführt. In den Ländern Berlin, Bremen, Hamburg und Saarland mit nur einem Landgericht sind diese Gerichte entsprechend ihrem Geschäftsanfall und ihrer Besetzung der Gruppe der größten Gerichte zugeordnet.

Für 1965 können keine Angaben gemacht werden, da die Statistiken eine Aufschlüsselung erst ab 1972 ermöglichen.

Frage

1. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes in erster Instanz anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren und wie viele Neuzugänge hatten die Gerichte jeweils in diesen Jahren?

In den Zahlen für 1975 sind die Ehesachen enthalten, für die die Landgerichte bis zum 30. Juni 1977 zuständig waren. Die Zahlen sind daher erst ab 1980 miteinander vergleichbar.

Bei allen 32 Landgerichten ist die Zahl der anhängigen und der neu zugegangenen Zivilprozesse von 1980 auf 1982 gestiegen und 1983 und 1984 gegenüber 1982 infolge der Entlastung durch das am 1. Januar 1983 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung von Wertgrenzen in der Gerichtsbarkeit gesunken. Überwiegend lag allerdings die Zahl der Neuzugänge trotz der Entlastung durch dieses Gesetz im Jahre 1984 über der des Jahres 1980.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 233ff. Bezug genommen.

Die Prozentzahlen, um die die Neuzugänge von 1980 auf 1982 zugenommen haben, lauten — jeweils geordnet in alphabetischer Reihenfolge der Bundesländer — in der Gruppe der kleinsten Gerichte 16 %, 35 %, 35 %, 27 %, 27 %, 52 %, 24 %, der zweitkleinsten 27 %, 27 %, 44 %, 40 %, 24 %, 20 %, 31 %, der zweitgrößten 33 %, 27 %, 24 %, 36 %, 31 %, 28 %, 23 %, der größten 28 %, 25 %, 23 %, 26 %, 2 %, 35 %, 29 %, 36 %, 28 %, 34 %, 27 %.

Die Prozentzahlen, um die die Neuzugänge 1984 (1983 für Hamburg) gegenüber 1982 gesunken sind, lauten bei den kleinsten Gerichten 4 %, 21 %, 28 %, 25 %, 20 %, 23 %, 26 %, den zweitkleinsten 15 %, 24 %, 35 %, 23 %, 23 %, 33 %, 22 %, den zweitgrößten 21 %, 22 %, 20 %, 23 %, 21 %, 19 %, 19 %, den größten 20 %, 14 %, 16 %, 21 %, 2 %, 24 %, 28 %, 22 %, 25 %, 21 %, 24 %.

Weder der Zuwachs- noch die Entlastungsquoten lassen einen Zusammenhang zwischen Geschäftsanfall und Gerichtsgröße erkennen.

Frage

2. a) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die beiden kleinsten und größten Landgerichte jedes Bundeslandes in erster Instanz in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des Verfahrens und dem Gebührenstreitwert auf?

Die Zahl der erledigten Prozesse ergibt sich aus Tabelle S. 237f. Aufgegliedert sind diese Zahlen nach der Art der Erledigung in Tabelle S. 239ff., nach dem Gegenstand des Verfahrens in Tabelle S. 247ff. und nach dem Gebührenstreitwert in Tabelle S. 262ff. In den Zahlen für 1975 sind die Ehesachen enthalten. Deshalb sind nur die Zahlen für die Jahre 1980 bis 1984 miteinander vergleichbar.

Entsprechend der Entwicklung der Neuzugänge ist die Zahl der erledigten Zivilprozesse bei allen 32 Gerichten von 1980 auf 1982 gestiegen und danach infolge der Wertgrenzänderung gesunken. Jedoch lag die Zahl der Erledigungen bei dem überwiegenden Teil der Gerichte (23 der 32 Landgerichte) auch 1984 über der Zahl der Erledigungen im Jahre 1980.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 237f. Bezug genommen.

Die Prozentzahlen, um die die Erledigungen von 1980 auf 1982 zugenommen haben, lauten bei den kleinsten Gerichten +36 %, +51 %, +10 %, +28 %, +26 %, +46 %, +35 %, den zweitkleinsten +23 %, +29 %, +37 %, +42 %, +28 %, +30 %, +58 %, den zweitgrößten +27 %, +29 %, +26 %, +43 %, +32 %, +22 %, +21 %, den größten +28 %, +23 %, +23 %, +33 %, +1 %, +34 %, +32 %, +38 %, +21 %, +27 %, +29 %.

Die Prozentzahlen, um die die Erledigungen von 1980 auf 1984 (1983 für Hamburg) gestiegen (+ %) oder gesunken (– %) sind, lauten bei den kleinsten Gerichten +21 %, +35 %, –5 %, –3 %, –6 %, +28 %, –1 %, den zweitkleinsten +10 %, +1 %, –3 %, +20 %, –1 %, +12 %, +24 %, den zweitgrößten +12 %, +3 %, +13 %, +18 %, +7 %, –7 %, +3 %, den größten +9 %, +13 %, +11 %, +14 %, +13 %, +15 %, –3 %, +18 %, +2 %, +6 %, –1 %.

Die Entwicklung der Quoten und die unterschiedlichen Grenzwerte in den einzelnen Gruppen lassen keinen Rückschluß auf einen Zusammenhang zwischen Gerichtsgröße und Erledigungszahlen zu.

Der Anteil der streitigen Urteile (Tabelle S. 214f.) ist mit 31 % im Jahre 1980 und 30 % im Jahre 1984 im Bundesgebiet insgesamt leicht rückläufig. Zwischen diesen beiden Jahren ist er bei 13 Gerichten (2 kleinste, 3 zweitkleinste, 5 zweitgrößte, 3 größte) ebenfalls gesunken, bei 12 Gerichten (4 kleinste, 3 zweitkleinste, 2 zweitgrößte, 3 größte) gestiegen, bei den übrigen 7 Gerichten (1 kleinstes, 1 zweit-

kleinstes, 5 größte) unverändert geblieben. Auch die bundesweit leicht rückläufige Vergleichsquote (1980: 17 %; 1984: 16 %) ist bei den Gerichten teilweise gesunken (4 kleinste, 1 zweitkleinstes, 7 zweitgrößte, 10 größte), teilweise gestiegen (2 kleinste, 4 zweitkleinste) oder unverändert geblieben (1 kleinstes, 2 zweitkleinste, 1 größtes). Der im Bundesgebiet insgesamt gestiegene Anteil der Versäumnis-, Anerkenntnis- und Verzichtsurteile (1980: 18 %; 1984: 20 %) hat in den Vergleichsjahren bei 24 Gerichten (7 kleinste, 2 zweitkleinste, 6 zweitgrößte, 9 größte) zugenommen und bei 5 Gerichten (3 zweitkleinste, 1 zweitgrößtes, 1 größtes) abgenommen; bei den 3 verbleibenden Gerichten (2 zweitkleinste, 1 größtes) hat er sich nicht verändert.

Ein von der Gerichtsgröße abhängiger typischer Trend ist nicht zu erkennen.

Auch die Schwankungsbreiten bei den Erledigungen

durch streitiges Urteil (kleinste Gerichte 23 bis 39 %, zweitkleinste 28 bis 37 %, zweitgrößte 26 bis 35 %, größte 22 bis 35 %),

durch Vergleich (kleinste Gerichte 9 bis 25 %, zweitkleinste 10 bis 23 %, zweitgrößte 11 bis 25 %, größte 11 bis 25 %) und

durch nichtstreitiges Urteil (kleinste Gerichte 18 bis 23 %, zweitkleinste 13 bis 23 %, zweitgrößte 16 bis 24 %, größte 16 bis 22 %)

geben keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Gerichtsgröße einen Einfluß auf die Art der Erledigung hat. Insgesamt sind die Anteile der Verfahren, die (1984) von den kleinsten Landgerichten durch streitiges Urteil (32 %), Vergleich (16 %) oder nichtstreitiges Urteil (20 %) erledigt wurden, gleich oder annähernd gleich hoch wie die entsprechenden Anteile für die größten Landgerichte, die 31 % durch streitiges Urteil, 15 % durch Vergleich und 20 % durch nichtstreitiges Urteil erledigten.

In der Gruppe der Prozesse mit einem Streitwert von 3 000 bis 5 000 DM (Tabelle S. 262 ff.) haben die Erledigungszahlen 1983 und 1984 infolge der Erhöhung der Wertgrenze für die Zuständigkeit des Amtsgerichts in vermögensrechtlichen Streitigkeiten (§ 23 Nr. 1 GVG) zum 1. Januar 1983 bei allen 32 Gerichten stark abgenommen.

Frage

2. b) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den beiden größten und kleinsten Landgerichten jedes Bundeslandes in erster Instanz erledigten Verfahren waren jeweils zum Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate abhängig und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine nach Gerichtsgröße variierende Erledigungsdauer?

In den Zahlen für 1975 sind die Ehesachen enthalten. Deshalb sind nur die Zahlen für die Jahre 1980 bis 1984 miteinander vergleichbar.

Entsprechend der Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt hat zwischen 1980 und 1984 (in Hamburg 1983) bei den meisten Gerichten die Verfahrensdauer zugenommen. Nur bei 8 Gerichten (2 kleinste, 3 zweitkleinste, 2 zweitgrößte, 1 größtes) ist der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren gestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 271 ff. verwiesen.

Der Anteil der Verfahren, den die Gerichte 1984 (in Hamburg 1983) innerhalb von sechs Monaten erledigten, schwankte zwischen

48 und 79 % bei den kleinsten,
64 und 94 % bei den zweitkleinsten,
50 und 83 % bei den zweitgrößten,
53 und 82 % bei den größten Landgerichten.

Aufgrund der Abweichungen in den einzelnen Gruppen und der jeweiligen Grenzwerte kann nicht angenommen werden, daß ein Zusammenhang zwischen Verfahrensdauer und Gerichtsgröße besteht.

Frage

3. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Richter,
 - b) Rechtspfleger,
 - c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Landgerichten tätig waren,
- waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 an den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes in erster Instanz in Zivilsachen tätig?

Erfaßt ist die Zahl der Richter, die bei den Gerichten in erster Instanz in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten tätig waren. Die Darstellung ist auf die Jahre 1980 bis 1984 beschränkt. Für 1965 und 1975 liegen keine Angaben vor.

Bei 22 Gerichten (4 kleinste, 4 zweitkleinste, 5 zweitgrößte, 9 größte) ist die Zahl der Richter zwischen 1980 und 1984 gesunken.

Bei den übrigen 10 Gerichten (3 kleinste, 3 zweitkleinste, 2 zweitgrößte, 2 größte) ist sie gestiegen.

Die Einzelheiten ergeben sich aus der Tabelle S. 276 f.

Frage

4. a) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 bei den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes in erster Instanz anhängigen und erledigten Verfahren

zur Zahl der bei den Gerichten in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter?

Die Zahl der erledigten Prozesse, die auf einen Richter entfielen, ist von 1980 auf 1982 mit einer Ausnahme (1 kleinstes Gericht) gestiegen. Von 1982 auf 1984 (1983 für Hamburg) ist die Erledigungsquote bei 7 Gerichten (2 kleinste, 1 zweitkleinste, 1 zweitgrößte, 3 größte) weiter gestiegen und bei 25 Gerichten (5 kleinste, 6 zweitkleinste, 6 zweitgrößte, 8 größte) gesunken.

Die Einzelheiten ergeben sich aus der Tabelle S. 280 ff.

1984 (1983 in Hamburg) entsprach die Zahl der erledigten Verfahren je Richter nur bei einem Gericht dem für den Personalbedarf maßgebenden Pensum von 140 Prozessen, bei allen übrigen Gerichten lag sie um folgende Prozentsätze darüber:

kleinste Gerichte +14 %, +28 %, +15 %, +9 %, +21 %, +29 %, +13 %;
 zweitkleinste +32 %, ±0 %, +10 %, +25 %, +24 %, +34 %, +30 %;
 zweitgrößte +25 %, +29 %, +26 %, +25 %, +33 %, +3 %, +11 %;
 größte +18 %, +25 %, +7 %, +54 %, +24 %, +34 %, +6 %, +35 %, +26 %, +23 %, +22 %.

Die Schwankungsbreite dieser Quoten und die Grenzwerte (kleinste Gerichte 9 bis 29 %, zweitkleinste 0 bis 34 %, zweitgrößte 3 bis 33 %, größte 6 bis 54 %) deuten nicht auf einen Zusammenhang zwischen den Erledigungen pro Richter und der Gerichtsgröße hin.

Für Rechtspfleger und sonstige Mitarbeiter stehen keine nach erster Instanz und Berufungsinstanz aufgeschlüsselten Zahlen zur Verfügung. In den Tabellen S. 284—291 ist deshalb angegeben, wie viele erstinstanzliche Prozesse und Berufungsverfahren auf einen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten tätigen Rechtspfleger oder sonstigen Mitarbeiter entfielen. Damit wird zugleich die entsprechende Frage für die Landgerichte als Berufungsinstanz (Frage 4. a unter III. 8. a) beantwortet.

Die Zahl der anhängigen Verfahren, die auf einen Rechtspfleger entfielen, hat von 1980 auf 1984 (1983 in Hamburg) um folgende Prozentzahlen zu- (+ %) oder abgenommen (– %):

kleinste Gerichte +23 %, +80 %, +64 %, +1 %, +6 %, +20 %, –3 %,
 zweitkleinste Gerichte +13 %, +24 %, +1 %, ±0 %, +42 %, +18 %, +11 %,
 zweitgrößte Gerichte +25 %, +31 %, +23 %, +10 %, ±0 %, –60 %, +5 %,
 größte Gerichte +22 %, +83 %, +10 %, +49 %, +24 %, +4 %, +33 %, –3 %, –8 %, –6 %, +22 %.

Danach ist die Belastung der Rechtspfleger bei den meisten Gerichten in allen vier nach Größe geordneten Gruppen gestiegen.

Die Zahl der anhängigen erstinstanzlichen und Berufungsverfahren, die auf einen sonstigen Mitarbeiter entfielen, ist von 1980 auf 1984 (1983 für Hamburg) überwiegend gestiegen. Die Prozentzahlen der Zu- und Abnahme lauten bei

den kleinsten Gerichten +11 %, +1 %, +7 %, –15 %, –7 %, +33 %, –18 %,
 den zweitkleinsten –1 %, +6 %, –4 %, –1 %, –8 %, +22 %, –8 %,
 den zweitgrößten +34 %, +10 %, +40 %, –2 %, +2 %, +43 %, +21 %,
 den größten +24 %, +18 %, +14 %, +21 %, ±0 %, +26 %, +3 %, –2 %, +21 %, –6 %, –6 %.

Ein Zusammenhang zur Gerichtsgröße ist weder in den Belastungsquoten der Rechtspfleger noch denjenigen der sonstigen Mitarbeiter zu erkennen.

Frage

4. b) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage 4. a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

Zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern ist es im fraglichen Zeitraum nicht gekommen.

Frage

5. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

- a) Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes in erster Instanz erledigten Verfahren ist es zu einer Beweisaufnahme gekommen (aufgegliedert nach der Art des Beweises: z. B. Zeugenvernehmung, Sachverständigenbeweis, Augenscheineinnahme), und welchen Einfluß haben die einzelnen Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens gehabt?
- b) Inwieweit sind Verzögerungen beim Abschluß von Verfahren darauf zurückzuführen, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständigen gefehlt hat, welche Ursachen hat dieser Mangel ggf. nach Auffassung der Bundesregierung, und welche Maßnahmen sind erforderlich, um ihn zu beheben?

Die Zahlen bis einschließlich 1981 sind wegen der unterschiedlichen Erfassungsmethode (vgl. oben den Hinweis zu Frage I.5.a) mit den Zahlen ab 1982 nur beschränkt vergleichbar.

Der Anteil der Prozesse, in denen eine Beweisaufnahme durchgeführt wurde, ist von 1982 auf 1984 (1983 in Hamburg) bei 14 Gerichten (4 kleinste, 4 zweitkleinste, 2 zweitgrößte, 4 größte) gestiegen, bei 15 Gerichten (2 kleinste, 3 zweitkleinste, 3 zweitgrößte, 7 größte) gesunken und bei den übrigen Ge-

richten (1 kleinstes, 2 zweitgrößte) unverändert geblieben.

Die Einzelheiten ergeben sich aus Tabelle S. 292f.

Der Anteil der Prozesse, in denen eine Beweisaufnahme stattfand, schwankte 1984 zwischen

13 und 22 % bei den kleinsten Gerichten,
21 und 34 % bei den zweitkleinsten,
19 und 39 % bei den zweitgrößten,
10 und 36 % bei den größten.

Insgesamt erledigten 1984 die kleinsten und zweitkleinsten Landgerichte der Bundesländer 4 366 von 17 315 Prozessen, das sind 25 %, nach Durchführung einer Beweisaufnahme, die beiden größten einschließlich der Landgerichte Berlin, Bremen und Saarbrücken von 133 247 Prozessen 27 472, das sind 21 %, nach Beweisaufnahme.

Diese Unterschiede sind, wie beim Amtsgericht (vgl. dazu oben I.8. Frage 5.a), auf die Stadt/Land-Struktur, nicht auf die Gerichtsgröße zurückzuführen. Vor den Landgerichten in den Großstädten werden mehr nichtstreitige Verfahren anhängig als bei den Landgerichten in ländlichen Gebieten.

Zur Art der erhobenen Beweise und ihrem Einfluß auf die Verfahrensdauer liegen keine Zahlen vor. Auf die Hinweise zu Frage I.5.a) und b) wird Bezug genommen:

Frage

6. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

- a) Gegen wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes in erster Instanz getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. nach Größe der Gerichte variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?
- b) In wieviel Prozent der Verfahren über Rechtsmittel gegen Entscheidungen der beiden kleinsten und größten Landgerichte jedes Bundeslandes hat die 2. Instanz
 - aa) die von der 1. Instanz ermittelten Tatsachen ohne neue Beweiserhebung anders gewürdigt,
 - bb) neue Beweise erhoben,
 - cc) eine andere rechtliche Auffassung als die 1. Instanz vertreten
 (aufgegliedert nach erfolgreichen und erfolglosen Rechtsmitteln)?
- c) Liegen der Bundesregierung Zahlen (z. B. repräsentative Stichproben) darüber vor, in wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren der Schwerpunkt des Streites überwiegend im tatsächlichen und in wieviel Prozent im rechtlichen Bereich lag?

Zu diesen Fragen liegen keine Zahlen vor.

Frage

8. b) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Läßt sich aus diesen oder sonstigen der Bundesregierung vorliegenden Zahlen ein qualitativer Unterschied zwischen kleinen und großen Landgerichten feststellen?

Aus den vorliegenden Zahlen läßt sich ein qualitativer Unterschied zwischen kleinen und großen Landgerichten nicht feststellen. Der Bundesregierung liegen auch keine sonstigen Zahlen vor, aus denen auf einen solchen Unterschied geschlossen werden könnte.

Frage

9. lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und wie viele der erledigten Verfahren waren

- a) Baustreitigkeiten,
- b) Mietstreitigkeiten,
- c) Unterhaltsstreitigkeiten,
- d) Folgestreitigkeiten aus Verkehrsunfällen?

Die Frage nach dem Verfahrensgegenstand läßt sich nur für erledigte, nicht für anhängige Verfahren und auch insoweit erst ab 1982 beantworten. Unterhaltsstreitigkeiten, für die die Amtsgerichte nach § 23 a Nr. 2 GVG zuständig sind, und Mietstreitigkeiten, für die sie nach § 23 Nr. 2a GVG ganz überwiegend zuständig sind, werden beim Landgericht erster Instanz nicht erfaßt.

Von den im Jahre 1982 im Bundesgebiet insgesamt erledigten 400 487 Verfahren betrafen 30 067 (7,5 %) das Bau- und Architektenrecht und 32 657 (8,2 %) das Verkehrsunfallrecht. In den Jahren 1983 und 1984 ist der Anteil der Baustreitigkeiten und Verkehrsunfallsachen zurückgegangen. Von den im Jahre 1983 378 152 erledigten Verfahren waren 27 070 (7,2 %) dem Bau- und Architektenrecht und 25 289 (6,7 %) dem Verkehrsunfallrecht zuzuordnen. Für 1984 lauten — bei 333 241 erledigten Verfahren — die entsprechenden Zahlen 22 595 (6,8 %) und 19 757 (6,0 %).

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 216ff. verwiesen.

Frage

10. a) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und bei wie vielen der erledigten Streitigkeiten handelte es sich um Verfahren bei denen

- aa) Kläger und Beklagte ein Unternehmen oder eine Firma war,
- bb) der Kläger ein Unternehmen oder eine Firma, der Beklagte eine natürliche Person war,
- cc) der Kläger eine natürliche Person, der Beklagte ein Unternehmen oder eine Firma war und
- dd) Kläger und Beklagte natürliche Personen waren?

Daten liegen erst ab 1982 vor, beschränkt auf die erledigten Verfahren. Angaben sind überdies nur jeweils gesondert für die Kläger- und Beklagtenseite möglich, nicht für beide Parteien eines Verfahrens.

Im Bundesgebiet insgesamt sind bei den klagenden Parteien die Privatpersonen mit 195 079 (48,6%) im Jahre 1982, 180 990 (47,8%) im Jahre 1983 und 162 289 (48,7%) im Jahre 1984 am stärksten vertreten. Handelsgesellschaften (ohne Versicherungen) liegen mit 149 158 (37,1%), 144 615 (38,2%) und 127 958 (38,4%) an zweiter Stelle. Auch bei den beklagten Parteien bilden die Privatpersonen die stärkste (1982: 246 695 — 58,2% —; 1983: 230 424 — 57,9% —; 1984: 200 180 — 57,2% —), die Handelsgesellschaften die zweitstärkste Gruppe (1982: 100 705 — 23,7% —; 1983: 95 134 — 23,9% —; 1984: 87 257 — 24,9% —).

In den einzelnen Bundesländern ist die Verteilung von Klägern und Beklagten auf diese Gruppe ähnlich mit Ausnahme von Hamburg, wo die Handelsgesellschaften auf der Klägerseite am stärksten vertreten sind.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 294ff. verwiesen.

Frage

10. c) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Welche Zahlen liegen der Bundesregierung vor, daß bestimmte soziale Schichten der Bevölkerung die Landgerichte als Kläger in diesen Jahren signifikant stärker in Anspruch genommen haben als es ihrem Anteil an der Bevölkerung und ihrer Teilnahme am Rechtsverkehr entspricht, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Hierzu liegen keine Zahlen vor.

2. a) In wieviel Prozent der nicht in die Zuständigkeit der Kammern für Handelssachen fallenden Verfahren haben die Landgerichte in den Jahren ab 1980 jeweils von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Rechtsstreit einem Einzelrichter zur Entscheidung zu übertragen, und in wieviel Prozent ist es tatsächlich zu einer Erledigung des Rechtsstreits durch den Einzelrichter gekommen (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist bei den Zivilkammern der Landgerichte der Anteil der Rechtsstreitigkeiten, die dem Einzelrichter übertragen und von diesem auch erledigt worden sind (vgl. die Tabelle S. 298f.), von 22,8% im Jahre 1980 auf 24,6% im Jahre 1983 gestiegen. Ein Bundesergebnis für 1984 liegt nicht vor, da die Angaben für Hamburg und Rheinland-Pfalz noch fehlen.

Rückübertragungen vom Einzelrichter auf die Kammer (§ 348 Abs. 4 ZPO) sind äußerst selten. Ihr

Anteil betrug 1983 im Bundesdurchschnitt 0,1%. In den einzelnen Bundesländern weicht die Zahl der Rückübertragungen (1983 in Hamburg 0,3%, in Bayern, Niedersachsen und Saarland jeweils weniger als 0,05%) von dem bundesdurchschnittlichen Wert in absoluten Zahlen kaum ab.

Der Anteil der dem Einzelrichter übertragenen Rechtsstreitigkeiten weist bei den einzelnen Ländern zum Teil beträchtliche Abweichungen von dem Bundesdurchschnitt auf; die Schwankungsbreite zwischen der niedrigsten (Bremen 1980: 6,1%, 1981: 5,0%, 1982: 6,5%; Berlin 1983: 6,8%) und der höchsten Quote (Saarland 1980: 58,1%, 1981: 60,9%, 1982: 63,2%, 1983: 60,0%) ist erheblich.

In Schleswig-Holstein wird (1980 mit 46,2%, 1982 mit 50,5%, 1983 mit 50,0%) seit 1982 die Hälfte und in Baden-Württemberg (1980 mit 41,7%, 1983 mit 48,3%) seit 1983 annähernd die Hälfte der Rechtsstreitigkeiten vom Einzelrichter erledigt.

Die geringste Abweichung oberhalb des bundesdurchschnittlichen Mittelwerts weisen die Zahlen für Bayern aus, wo die Zivilkammern dem Einzelrichter etwa ein Drittel der Prozesse übertragen (1980: 30,8%, 1981: 33,6%, 1982: 35,4%, 1983: 34,7%), die geringste Abweichung unterhalb des Mittelwerts bis 1980 die für Niedersachsen mit einer dann rückläufigen Übertragungsquote (1980: 19,8%), ab 1981 die Zahlen für Rheinland-Pfalz, die sich auf ein Fünftel der Prozesse hinbewegen (1981: 17,8%, 1982: 18,1%, 1983: 19,8%).

Zwischen Werten von einem Sechstel bis zu einem Achtel der Prozesse lag die Quote der Übertragungen in Hessen (1980: 15,5%, 1983: 17,3%), Niedersachsen (1983: 15,3%), Nordrhein-Westfalen (1980: 13,4%, 1983: 14,2%) und Hamburg (1980: 14,2%, 1983: 13,9%).

Ungeachtet der zum 1. Januar 1983 auf 5 000 DM angehobenen Zuständigkeitsgrenze hat die Übertragungsquote 1980 bis 1984 in den Ländern Baden-Württemberg (41,7 — 43,2 — 47,5 — 48,3 — 48,7), Rheinland-Pfalz (17,7 — 17,8 — 18,1 — 19,8) und Schleswig-Holstein (46,2 — 47,7 — 50,5 — 50,0 — 51,0) fortlaufend zugenommen, in Niedersachsen (19,8 — 17,4 — 16,3 — 15,3 — 14,5) und ab 1981 — geringfügiger — auch in Nordrhein-Westfalen (14,4 — 14,3 — 14,2 — 13,3) abgenommen.

2. b) Wie lauten die der Frage a) entsprechenden Zahlen für die beiden Landgerichte in jedem Bundesland, die jeweils am wenigsten und am meisten von der Möglichkeit der Übertragung auf den Einzelrichter Gebrauch gemacht haben?

Die Zahlen für das Landgericht, das jeweils am wenigsten oder am meisten von der Möglichkeit der Übertragung auf den Einzelrichter Gebrauch gemacht hat, sind in der Tabelle S. 300 dargestellt. Für einen Gesamtvergleich sind in der Tabelle auch die Länder angeführt, in denen nur ein Landgericht besteht.

Den geringsten Gebrauch von der Möglichkeit der Übertragung hat 1980 das Landgericht Bad Kreuznach (0,2%) und 1983 das Landgericht Hannover (0,5%), den häufigsten hat 1980 das Landgericht Hechingen (78,4%) und 1983 das Landgericht Offenburg (78,0%) gemacht.

Die größte Schwankungsbreite zwischen der niedrigsten und der höchsten Übertragungsquote in den Jahren 1980 bis 1984 ist unter den Landgerichten in Baden-Württemberg (1980: 77,5, 1984: 78,8 Prozentpunkte), Bayern (1980: 67,2, 1984: 70,6 Prozentpunkte) und Niedersachsen (1980: 62,6, 1984: 49,9 Prozentpunkte) festzustellen, die niedrigste unter denen in Nordrhein-Westfalen (1980: 29,1, 1984: 24,9 Prozentpunkte), Rheinland-Pfalz (1980: 27,7, 1983: 34,2 Prozentpunkte), Schleswig-Holstein (1980: 36,8, 1984: 40,8 Prozentpunkte) und Hessen (1980: 57,4, 1984: 29,1 Prozentpunkte).

Während der Differenzwert zwischen niedrigster und höchster Übertragungsquote in Rheinland-Pfalz (27,7 — 30,6 — 31,4 — 34,7) etwa gleichbleibend steigt, zeichnet sich in Hessen (57,4 — 38,0 — 36,5 — 30,2 — 29,1), Niedersachsen (62,4 — 58,9 — 53,2 — 50,0 — 49,9), ab 1981 in Nordrhein-Westfalen (31,2 — 28,3 — 26,7 — 24,9) und ab 1982 auch in Schleswig-Holstein (44,7 — 42,8 — 40,8) ein Rückgang des Differenzwerts ab.

Die niedrigste Übertragungsquote im Saarland und in Schleswig-Holstein hat durchweg über dem bundesdurchschnittlichen Mittelwert gelegen, in den übrigen Bundesländern, mit Werten überwiegend zwischen 0,2 und 3%, dagegen weit unter diesem Mittelwert.

2. c) Wie beurteilt die Bundesregierung eine ggf. von Bundesland zu Bundesland und innerhalb der Bundesländer signifikant variierende Praxis?

§ 348 ZPO stellt es den Spruchkörpern frei, inwieweit sie von der Möglichkeit, die Sache dem Einzelrichter zur Entscheidung zu übertragen, Gebrauch machen. Der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages (Drucksache 7/2769, S. 3f.) hat die Übertragung seinerzeit einmütig als Kann- und nicht als Mußvorschrift ausgestaltet, weil eine flexible Regelung den Bedürfnissen der Praxis und den Besonderheiten des Einzelfalles besser gerecht werde. Damit wurde unter anderem dem Verfahren nach dem später mit der Vereinfachungsnovelle in der Zivilprozeßordnung aufgenommenen „Stuttgarter Modell“ Rechnung getragen. Auch hätte eine Mußvorschrift nach Auffassung des Rechtsausschusses zur Folge gehabt, daß noch nicht voll eingearbeitete Richter auf Probe in nicht vertretbarem Umfang als allein entscheidende Richter hätten eingesetzt werden müssen. Da der Spruchkörper die Übertragung in richterlicher Unabhängigkeit bestimmt, hat der Rechtsausschuß verfassungsrechtliche Bedenken aus Artikel 101 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz ausdrücklich verneint.

Eine unterschiedliche Übertragungspraxis der einzelnen Spruchkörper, die die vorstehend zu Teil b)

der Frage dargestellten Abweichungen jedenfalls zum Teil erklärt, war danach intendiert.

Die Ursachen für die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland, für die eine Reihe von Gründen in Betracht kommt, können aufgrund der vorliegenden Daten der Justizstatistik nicht geklärt werden. Die Bundesregierung hat eine rechtstatsächliche Untersuchung für eine umfassende Erforschung der Gründe in Auftrag gegeben. Auf der Grundlage des Ergebnisses dieser Untersuchung wird die Bundesregierung prüfen, ob gesetzgeberische Maßnahmen veranlaßt sind.

3. a) Inwieweit sind durch Einzelrichter erledigte Verfahren schneller oder langsamer in der 1. Instanz abgeschlossen worden als die anderen Verfahren, und inwieweit haben Erledigungen durch den Einzelrichter auch unter Berücksichtigung der Möglichkeiten zur Rechtsmittellegung im Ergebnis zu einem schnelleren rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens geführt?

In dem Fünfjahreszeitraum 1980 — 1981 — 1982 — 1983 — 1984 (vgl. Tabelle S. 301 f.) betrug in den vom Einzelrichter bundesweit durch streitiges Urteil erledigten Prozessen der Anteil derjenigen, die binnen sechs Monaten entschieden wurden: 44,4% — 43,7% — 42,9% — 36,9% — 39,4%. Die entsprechenden Kammer-Zahlen lauten: 55,7% — 54,4% — 51,1% — 46,6% — 47,8%. Die Abweichung betrug 11,3 — 10,7 — 8,2 — 9,7 — 8,4 Prozentpunkte.

Bei den durch Vergleich beendeten Prozessen war die Abweichung des Anteils derjenigen, die der Einzelrichter (60,8% — 59,9% — 58,8% — 53,9% — 56,4%) und die die Kammer (67,0% — 66,2% — 62,8% — 57,6% — 58,9%) innerhalb von sechs Monaten erledigte, mit 6,2 — 6,3 — 4,0 — 3,7 — 2,5 Prozentpunkten geringer.

Auch insgesamt, einschließlich der übrigen Erledigungsformen, weist die Statistik aus, daß die Kammer jeweils einen höheren Anteil (74,9% — 74,9% — 73,5% — 70,0% — 70,1%) der Prozesse innerhalb von sechs Monaten erledigte als der Einzelrichter (58,2% — 58,0% — 57,4% — 52,0% — 54,0%).

Prozesse, die dem Einzelrichter übertragen werden, dauern danach länger als die von der Kammer erledigten. Hieraus kann aber keineswegs der Schluß gezogen werden, daß eine Zuweisung an den Einzelrichter die Erledigung der Sache verzögert. Die folgenden Zahlen, die sich jeweils auf das gesamte Bundesgebiet beziehen, machen die längere Verfahrensdauer beim Einzelrichter plausibel; der Anteil der Sachen, deren Erledigung einen hohen Arbeitsaufwand erfordert, liegt beim Einzelrichter vermutlich höher als bei der Kammer:

- Der Einzelrichter ist erheblich stärker als die Kammer mit Sachen befaßt, in denen eine Beweisaufnahme stattfindet. Vom Einzelrichter wurden 1980: 57 101 und 1981: 66 010 gewöhnliche Prozesse erledigt; 1980 in 32 285 Fällen und 1981 in 36 212 Fällen wurde eine Beweisauf-

nahme angeordnet. Vor dem Einzelrichter entfiel somit jeweils auf 1,8 erledigte Sachen eine Beweisaufnahme. In den gewöhnlichen Prozessen, die von der Kammer erledigt wurden (1980: 175 501, 1981: 199 733) kam es demgegenüber in einer vergleichsweise wesentlich geringeren Zahl der Fälle zur Anordnung einer Beweisaufnahme (1980: 41 483, 1981: 43 419 Fälle). Vor der Kammer entfiel danach 1980 nur auf 4,2 und 1981 nur auf 4,6 erledigte Prozesse eine Beweisaufnahme.

- Vor streitiger Verhandlung erledigten sich bei der Kammer mehr als doppelt so viele Fälle (1979: 49,8%; 1980: 50,4%; 1981: 52,2%) als bei dem Einzelrichter (1979: 21,5%; 1980: 21,5%; 1981: 22,2%). Die Kammer erledigte mehr Verfahren durch Klagerücknahme (1979: Kammer 14,6%, Einzelrichter 6%) und Versäumnisurteil (1979: Kammer 17,9%, Einzelrichter 11,1%).
- Der Anteil der Prozesse (vgl. dazu die beiden Tabellen S. 303 bis 304), die der Einzelrichter durch streitiges Urteil erledigt (1980 bis 1984: 44,7% — 44,8% — 44,3% — 44,8% — 44,5%), ist wesentlich höher als der entsprechende Anteil bei der Kammer (28,7% — 27,8% — 26,3% — 26,6% — 28,1%).
- Durch Vergleich endeten 1980 bis 1984 Prozesse vor dem Einzelrichter (29,2% — 27,8% — 26,3% — 26,7% — 27,7%) etwa doppelt so häufig wie vor der Kammer (15,3% — 14,2% — 13,5% — 13,4% — 13,8%).

Die längere Verfahrensdauer in den Prozessen, die die Kammern dem Einzelrichter zuweisen, ist somit vornehmlich darauf zurückzuführen, daß dem streitigen Endurteil oder dem Vergleich häufiger eine Beweisaufnahme vorausgeht als in den vor der Kammer erledigten Prozessen, während die Verfahren, die keinen oder nur geringeren Arbeitsaufwand erfordern (Klagerücknahmen, Versäumnisurteile, Ruhen des Verfahrens) überdurchschnittlich häufig bei der Kammer bleiben.

Nach den aufgezeigten strukturellen Unterschieden des Verfahrensablaufs und der Verfahrenserledigung lassen die gegenwärtig vorliegenden Zahlen der Justizstatistik keine sichere Aussage darüber zu, in welchem Umfang das im Jahre 1975 eingeführte Rechtsinstitut des entscheidenden Einzelrichters zu einem schnelleren rechtskräftigen Abschluß der Verfahren beiträgt. Hierzu ist eine rechtstatsächliche Untersuchung geplant, die voraussichtlich auch Aufschluß darüber geben kann, worauf die höhere Vergleichsquote des Einzelrichters und die niedrigere Berufsquote bei Einzelrichterentscheidungen — vgl. nachfolgend 3.b) — zurückzuführen ist.

3. b) Inwieweit unterscheidet sich die Rechtsmittel- und die Rechtsmittelerfolgsquote bei Einzelrichterentscheidungen von der bei Kammerentscheidungen?

Nach dem seit 1982 — mit Ausnahme von Bayern und 1984 auch mit Ausnahme von Hamburg für das

Bundesgebiet vollständig — vorliegenden Datenmaterial konnten den streitigen Endurteilen des Einzelrichters und denjenigen der Zivilkammer jahrgangsweise jeweils Anzahl und Ergebnis der erledigten Berufungen gegenübergestellt werden (vgl. Tabelle S. 305f.)

In der Anfechtungshäufigkeit (Berufungsquote) besteht nach den Zahlen ein so auffälliger Unterschied, daß eine Ungenauigkeit der Jahresquoten, die sich daraus ergibt, daß den erstinstanzlichen Urteilen nicht die eingegangenen, sondern jeweils die im betreffenden Jahr erledigten Berufungen gegenübergestellt sind, das Ergebnis insgesamt nur unwesentlich beeinträchtigt.

In dem Dreijahreszeitraum 1982—1983—1984 betrug für die vom Einzelrichter entschiedenen Prozesse bei 27 201, 26 386 und 26 833 streitigen Endurteilen sowie 7 323, 8 268 und 7 687 erledigten Berufungen die Anfechtungsquote 26,9%, 31,3% und 28,6%. Im gleichen Zeitraum lag dagegen für die von der Kammer entschiedenen Prozesse bei 57 180, 53 895 und 49 486 streitigen Endurteilen sowie 30 740, 32 134 und 29 733 erledigten Berufungen die Anfechtungshäufigkeit bei 53,8%, 59,6% und 60,1%. Nach den für 1982, 1983 und 1984 zusammengerechneten Zahlen wurden von den insgesamt 80 420 streitigen Endurteilen der Einzelrichter 23 278 (28,9%), von den insgesamt 160 561 streitigen Endurteilen der Kammer 92 607 (57,7%) mit der Berufung angefochten.

Vorbehaltlich weiterführender Untersuchungen der Daten, durch die sich die Anfechtungshäufigkeit noch genauer ermitteln läßt, kann bereits nach diesen Zahlen davon ausgegangen werden, daß die Rechtsmittelquote bei Kammerentscheidungen (57,7%) etwa doppelt so hoch ist wie die bei Einzelrichterentscheidungen (28,9%). Den unterschiedlichen Rechtsmittelquoten bei Einzelrichter- und Kammerentscheidungen soll im Rahmen der geplanten rechtstatsächlichen Untersuchung — vgl. vorstehend 3.a) — ebenfalls nachgegangen werden.

Von den insgesamt erledigten Berufungen gegen Urteile des Einzelrichters führten 1982 3,2%, 1983 1,5% und 1984 1,4% zur Aufhebung des Urteils und zur Zurückverweisung des Verfahrens, von den Berufungen gegen Urteile der Kammer 2,8%, 2,0% und 2,0%. Zur Änderung des Urteils oder einer eigenen Sachentscheidung des Berufungsrichters führten 1982: 22,1%, 1983: 24,4% und 1984: 23,3% der gegen Einzelrichterentscheidungen gerichteten Berufungen. Die entsprechenden Zahlen für Kammerentscheidungen lauten 1982: 23,3%, 1983: 24,3% und 1984: 23,2%. In vollem Umfang als unbegründet zurückgewiesen wurden von den Berufungen gegen Urteile des Einzelrichters 1982: 27,6%, 1983: 28,4% und 1984: 27,1%, von den Berufungen gegen Urteile der Kammer 26,0%, 25,6% und 25,6%.

In der Erfolgsquote bestehen danach bei Berufungen gegen Urteile des Einzelrichters und Urteile der Kammer keine wesentlichen Unterschiede.

Bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der in dem Dreijahreszeitraum durch streitiges Endurteil vom

Einzelrichter: 80 420 und von der Kammer: 160 561 erledigten Prozesse betrug der Anteil der aufgehobenen oder geänderten Urteile beim Einzelrichter (5 898 Urteile) 7,3%, bei der Kammer (23 997 Urteile) 14,9%. Der Anteil der Fälle, in denen das erstinstanzliche Urteil vom Berufungsgericht aufgehoben oder geändert werden muß, ist bei der Kollegialentscheidung also doppelt so hoch wie bei der Entscheidung des Einzelrichters.

3. c) Inwieweit trifft es zu, daß die Gerichte die tatsächlich und rechtlich einfachen Streitigkeiten nicht, die schwierigen dagegen dem Einzelrichter übertragen, und inwieweit werden dadurch ggf. die Zahlen über die Dauer der dem Einzelrichter übertragenen Verfahren verfälscht?

Auf die Antwort zu Teil a) der Frage wird Bezug genommen. Die dort dargestellten strukturellen Verschiedenheiten lassen nicht den Schluß zu, daß in der Regel die tatsächlich und rechtlich einfachen Streitigkeiten nicht, die schwierigen dagegen dem Einzelrichter übertragen werden. Die Fälle nicht-streitiger Erledigung müssen in den Erledigungszahlen der Kammer schon deshalb stärker vertreten sein, weil in diesen Fällen die Erledigung häufig in einem frühen Verfahrensstadium eintritt, in dem eine Übertragung auf den Einzelrichter noch nicht in Betracht kommt. Aufschlüsse über den Schwierigkeitsgrad der Fälle, die dem Einzelrichter zugewiesen werden, erwartet die Bundesregierung aus der erwähnten rechtstatsächlichen Untersuchung.

III. Landgerichte — Berufungsinstanz —

Wie lauten die den Fragen I.1 bis 10 (mit Ausnahmen der Fragen 7 und 10b) entsprechenden Zahlen und Antworten, wobei in Frage 3 nur das mit Berufungsverfahren befaßte Personal aufzuführen ist?

Vorbemerkung

Im Jahr 1982 fehlen in Hamburg die Angaben für zwei Monate. Deshalb ist ein prozentualer Aufschlag vorgenommen worden, um ein Jahresergebnis zu erhalten.

Frage

1. lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Landgerichten — Berufungsinstanz — anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Landgerichte — Berufungsinstanz — jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Für das Jahr 1965 liegt nur die Zahl der Neuzugänge vor.

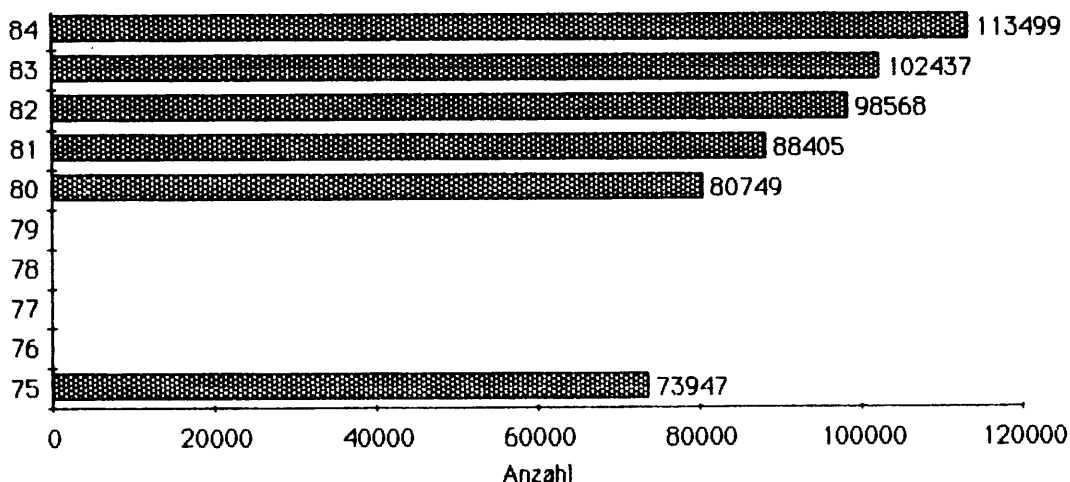
Die Zahl der anhängigen Verfahren ist im Bundesgebiet insgesamt von 73 947 im Jahre 1975 auf 113 499 im Jahre 1984 kontinuierlich um ca. 54% angestiegen. Bei den Neuzugängen, für die auch Angaben für das Jahr 1965 vorliegen, ergibt sich ein ähnliches Bild. Sie sind von 35 983 im Jahre 1965 über 50 331 im Jahre 1975 auf 82 391 im Jahre 1984 gestiegen, das sind ca. 130% bezogen auf 1965 und ca. 64% bezogen auf 1975.

Die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern entspricht dem.

Die überdurchschnittliche Steigerung des Geschäftsanfalls von 1983 auf 1984 ist auf die Wertgrenzenverschiebung zwischen Amts- und Landgericht und die Erledigungszahlen beim Amtsgericht zurückzuführen, die höher als beim Landgericht liegen.

Die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1975 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 307 verwiesen.

Zivilgericht — Landgericht Berufungsinstanz — anhängige Verfahren



Die Zahl der Neuzugänge in Beschwerdesachen ist im Bundesgebiet insgesamt von 50 680 im Jahre 1975 (für 1965 fehlen die Daten) um ca. 24 % auf 66 385 im Jahre 1984 gestiegen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 309 f. verwiesen.

Frage

2. a) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

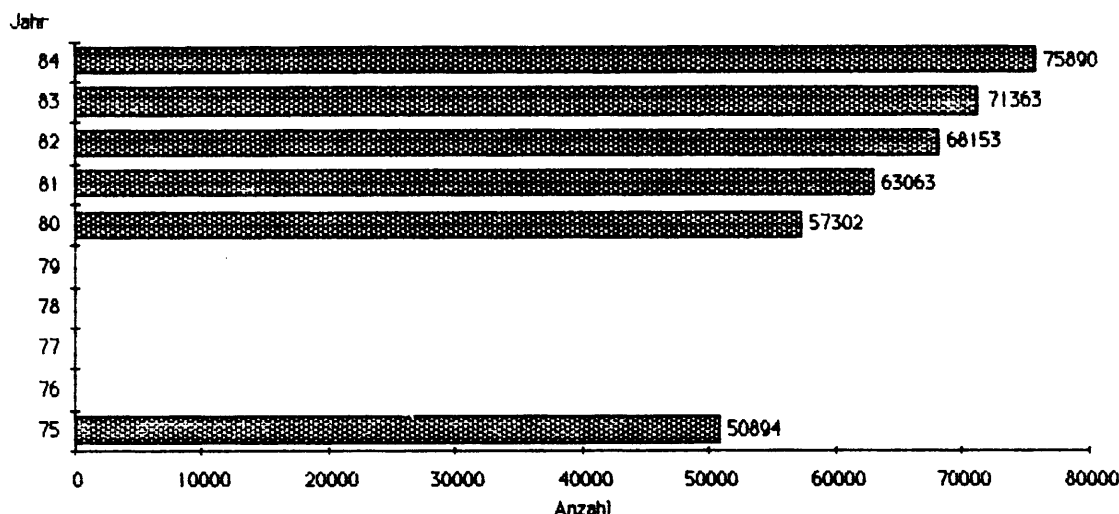
Wie viele Verfahren haben die Landgerichte — Berufungsinstanz — in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des Verfahrens und dem Gebüh-

renstreitwert auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Etwa parallel zum Geschäftsanfall ist die Zahl der Erledigungen im Bundesgebiet insgesamt von 50 894 im Jahre 1975 auf 75 890 im Jahre 1984 um ca. 50 % gestiegen. In den einzelnen Ländern ist die Zahl der Erledigungen von 1975 bis 1984 in sehr unterschiedlichem Maße gestiegen, am stärksten in Bayern (+ 67 %) und Niedersachsen (+ 64 %), am wenigsten in Bremen (+ 2 %).

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 311 Bezug genommen.

Zivilgerichte — Landgerichte Berufungsinstanz — erledigte Verfahren



Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der durch streitiges Urteil erledigten Verfahren von 21 932 im Jahre 1965 über 28 047 im Jahre 1975 auf 41 158 im Jahre 1984, um ca. 88 % bezogen auf das Jahr 1965 und um ca. 47 % bezogen auf das Jahr 1975, gestiegen. Mit 6 676 im Jahre 1965, 7 158 im Jahre 1975 und 10 145 im Jahre 1984 hat auch die Zahl der Vergleiche zugenommen. Bei der Zurücknahme der Berufung (8 572 im Jahre 1975, 17 056 im Jahre 1984) ist ebenfalls ein stetiger Anstieg zu beobachten. Der Anteil der streitigen Urteile an der Gesamtzahl der erledigten Verfahren lag zwischen 54,2 und 56,6 %. Die Vergleichsquote, die zwischen 12,8 % im Jahre 1981 und 14 % im Jahre 1975 schwankte, hat sich nur wenig verändert.

In den einzelnen Bundesländern ist die Zahl der Urteile, Vergleiche und Berufungsrücknahmen (vgl. Tabelle S. 312 f.) ebenfalls stetig gestiegen, mit Ausnahme von Bremen, wo die streitigen Urteile von 365 im Jahre 1965 auf 242 im Jahre 1984 zurückgegangen sind.

Die Darstellung nach dem Gegenstand der Berufungsverfahren (Tabelle S. 314 ff.) folgt einer seit 1982 möglichen Aufgliederung. Vergleichbare Zah-

len für die Vorjahre sind angeführt. Die Zahlen für 1965 beziehen sich auf die im Geschäftsjahr neu eingegangenen Berufungen, die Zahlen für 1975 und ab 1980 auf die im jeweiligen Geschäftsjahr erledigten Berufungen. Unter der Bezeichnung „Prozeßkostenhilfverfahren“ sind nur solche Armenrechts- oder Prozeßkostenhilfverfahren erfaßt, die sich erledigt haben, ohne daß später Berufung eingelegt worden ist. Im übrigen wird auf die Antwort unten zu Frage 9 Bezug genommen.

Die Verfahren mit einem Gebührenstreitwert von über 500 bis 1 000 DM stellten zwischen 1975 und 1983 den größten Anteil an den Berufungsverfahren; 1984 war der Gebührenstreitwert von über 2 000 bis 3 000 DM am stärksten vertreten. Den zweitstärksten Anteil bilden zwischen 1980 und 1983 die Verfahren mit einem Gebührenstreitwert von über 2 000 bis 3 000 DM; dies könnte auf die Erhöhung der Wertgrenze für die Zuständigkeit des Amtsgerichts zum 1. Januar 1975 zurückzuführen sein, die sich in der Berufungsinstanz erst ab 1976 voll ausgewirkt haben dürfte. 1984 war der Bereich von über 3 000 bis 5 000 DM am zweitstärksten vertreten, was durch die Erhöhung der Wertgrenze zum 1. Januar 1983 bedingt ist.

In den einzelnen Bundesländern zeigt sich ein ähnliches Bild.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 317 Bezug genommen.

Frage

2. b) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils zum Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Im Bundesgebiet insgesamt ist von 1975 bis 1980 der Anteil der Berufungsverfahren, die innerhalb von sechs Monaten erledigt wurden, von 71,7 % auf 80,4 % gestiegen und der Anteil derjenigen, die länger als ein Jahr anhängig waren, von 6,7 % auf 3,2 % gesunken. Die Dauer der Berufungsverfahren hatte in diesen Jahren also spürbar abgenommen. Seit 1981 nimmt sie wieder zu. Der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Berufungen war 1984 wieder auf 74 % gesunken und der Anteil der länger als ein Jahr anhängigen auf 3,9 % gestiegen.

In den meisten Ländern — mit Ausnahme von Bayern und Bremen — hat sich die Dauer der Berufungsverfahren ähnlich entwickelt. In den beiden genannten Ländern ist der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Berufungsverfahren seit 1980 nicht unter die Grenze von 80 % gesunken. In Niedersachsen wurde dieser Wert 1984 (mit 82 %) wieder erreicht, in Baden-Württemberg (mit 79 %) fast wieder. Auffällig stark gefallen ist der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren in Berlin (von 1980: 85,7 % auf 1983: 39,4 % und 1984: 40,5 %); im Saarland lag der Anteil in allen Vergleichsjahren beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt. Worauf diese Abweichungen beruhen, ist nicht bekannt.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 320 verwiesen.

Frage

2. c) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Zivilverfahren vor den Landgerichten — Berufungsinstanz — liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Von den Berufungen in gewöhnlichen Prozessen, die mit streitigem Urteil endeten, erledigten die Landgerichte 1965: 74,2 %, 1975: 62,4 %, 1980: 74,7 %, 1981: 73,5 %, 1982: 69,0 % und 1983: 66,2 % innerhalb von sechs Monaten.

Frage

3. lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Landgerichten — Berufungsinstanz — tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 an den Landgerichten — Berufungsinstanz — in Zivilsachen tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Bis einschließlich 1975 liegen keine Angaben zur Personalverwendung beim Landgericht — getrennt nach erstinstanzlichen Verfahren und Berufungsverfahren — vor. Die Frage kann daher nur für die Jahre 1980 bis 1984 beantwortet werden.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der Richter, die bei den Landgerichten — Berufungsinstanz — tätig waren, von 379 im Jahre 1980 auf 413 im Jahre 1984 um rund 9 % gestiegen.

Auch in den meisten Ländern hat die Zahl der beim Landgericht in der Berufungsinstanz tätigen Richter zwischen 1980 und 1984 in etwa vergleichbarem Umfang zugenommen. In Bremen und Hamburg ist die Zahl gleich geblieben, in Berlin hat die Zahl der in der Berufungsinstanz tätigen Richter von 24 in den Jahren 1980 bis 1983 auf 21 im Jahre 1984 abgenommen. Gründe für die Sonderentwicklung in den Stadtstaaten sind nicht bekannt. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der anhängigen und der erledigten Verfahren pro Richter in allen Stadtstaaten ganz erheblich über dem Bundesdurchschnitt gelegen hat (vgl. Tabelle S. 323).

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 322 verwiesen.

Frage

4. a) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Verfahren, die auf einen Richter entfielen, kontinuierlich von 213,06 im Jahre 1980 auf 274,82 im Jahre 1984 um ca. 30 % gestiegen. Die Zahl der Erledigungen hat mit 151,34 im Jahre 1980 und 183,75 im Jahre 1984 um ca. 22 % zugenommen.

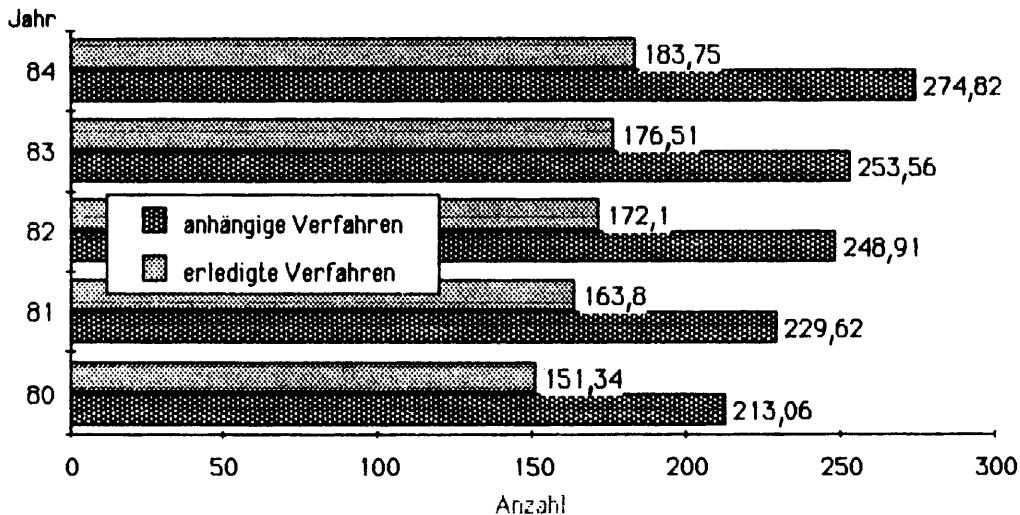
Im Jahre 1984 hat Hamburg mit 430,90 anhängigen Verfahren (+156,08) und 269,80 Erledigungen

(+86,05) am stärksten über, Niedersachsen mit 236,56 anhängigen Verfahren (−38,26) sowie das Saarland mit 125,25 Erledigungen (−58,19) am stärksten unter dem Bundesdurchschnitt gelegen. Im Saarland ist von 1980 auf 1984 die Zahl der auf einen Richter entfallenden anhängigen Verfahren

gleich geblieben, die Zahl der erledigten Verfahren pro Richter gesunken.

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 323 verwiesen.

Zivilgerichte — Landgericht Berufungsinstanz — Verfahren/Richter



Die in der Berufungsinstanz tätigen Rechtspfleger und die Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes sind in der Personalstatistik nicht gesondert ausgewiesen. Auf die Antwort oben zu Frage II.1. in Verbindung mit I.4.a) wird Bezug genommen.

Frage

4. b) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In der Zeit, für die Zahlen vorliegen, ist es nicht zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

Frage

5. a) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren ist es zu einer Beweisaufnahme gekommen (aufgegliedert nach der Art des Beweises: z. B. Zeugenvernehmung, Sachverständigenbeweis, Augenscheinseinnahme), und welchen Einfluß haben die einzelnen Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens gehabt?

Zu der statistischen Erfassung der Beweisanordnungen/-erhebungen wird auf die Hinweise zu Frage I.5.a) Bezug genommen.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die absolute Zahl der Beweisanordnungen/-erhebungen von 9 348 (bei 50 894 Erledigungen) im Jahre 1975 auf 11 000 (bei 75 890 Erledigungen) im Jahre 1984 zwar gestiegen. Der Anteil der Beweisanordnungen/-erhebungen an den erledigten Verfahren ist aber von 18,37% im Jahre 1975 auf 14,49% im Jahre 1984 zurückgegangen, was zum Teil dadurch bedingt sein könnte, daß anders als im Jahre 1975 nicht mehr die Beweisanordnungen, sondern nur noch die Beweiserhebungen gezählt werden.

In den einzelnen Ländern hat sich die Entwicklung unterschiedlich vollzogen. Im Saarland ist der Anteil der Beweisanordnungen/-erhebungen an den erledigten Verfahren weit überdurchschnittlich zurückgegangen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 324 und wegen der Zahl der Erledigungen auf Tabelle S. 311 verwiesen.

Eine Aufgliederung nach der Art des Beweises ist nicht möglich. Demgemäß läßt sich auch nicht sagen, welchen Einfluß die einzelnen Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens gehabt haben.

Frage

5. b) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Inwieweit sind Verzögerungen beim Abschluß von Verfahren darauf zurückzuführen, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständigen gefehlt hat, welche Ursachen hat dieser Mangel ggf. nach Auffassung der Bundesregierung, und welche Maßnahmen sind erforderlich, um ihn zu beheben?

Auf die Antwort zu Frage I.5.a) wird Bezug genommen.

Von der Umsetzung der Fragen 6.a) bis c) auf das Landgericht — Berufungsinstanz — wird abgesehen, da Urteile der Landgerichte in Berufungssachen nicht anfechtbar sind.

Frage

8. a) lautet, auf die Landgerichte als Berufungsinstanz bezogen, wie folgt:

Wie lauten die den Fragen I.1 bis 5. entsprechenden Zahlen jeweils für das Berufungsverfahren vor den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes?

Auf die Vorbemerkung zu den entsprechenden Fragen für das erstinstanzliche Verfahren vor den Landgerichten (oben unter II. Frage 8 a) wird Bezug genommen. In den Zahlen für 1975 sind die Berufungen in Unterhaltssachen enthalten, für die seit dem 1. Juli 1977 die Familiensenate der Oberlandesgerichte zuständig sind. Die Zahlen sind daher erst für die Jahre 1980 bis 1984 untereinander vergleichbar.

Frage

1. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte als Berufungsinstanz bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes in der Berufungsinstanz anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Gerichte jeweils in diesen Jahren?

Die Belastung der Berufungsgerichte hat durchweg erheblich zugenommen. Von 1980 auf 1984 ist bei den 32 Gerichten sowohl die Zahl der Neuzugänge als auch die der anhängigen Verfahren (Rückstände zu Beginn des Jahres und Neuzugänge im Geschäftsjahr) gestiegen. Die zum 1. Januar 1983 von 500 auf 700 DM erhöhte Berufungssumme hat nur vorübergehend zu einem leichten Rückgang der Neubelastung geführt. Die Neuzugänge sind 1983 bei 16 Gerichten (3 kleinste, 3 zweitkleinste, 4 zweitgrößte, 6 größte) über den Stand von 1982 hinaus angestiegen. 1984 war dies bereits bei 28 Gerichten (7 kleinste, 4 zweitkleinste, 7 zweitgrößte, 10 größte) der Fall. Diese Entwicklung ist auf die zum 1. Januar 1983 von 3 000 auf 5 000 DM erhöhte Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte in vermögensrechtlichen Streitigkeiten zurückzuführen; die Berufungen mit einem Gebührenstreitwert zwischen 3 000 und 5 000 DM haben bereits 1983 und verstärkt 1984 zugenommen.

Die Einzelheiten ergeben sich aus Tabelle S. 327 ff.

Die Prozentzahlen, um die die Neuzugänge von 1980 auf 1984 (für Hamburg 1983) zugenommen haben, — jeweils geordnet in alphabetischer Reihenfolge der Länder — lauten:

bei den kleinsten Gerichten 41 %, 11 %, 35 %, 40 %, 17 %, 23 %, 25 %,

bei den zweitkleinsten 53 %, 47 %, 21 %, 51 %, 15 %, 36 %, 57 %,
bei den zweitgrößten 54 %, 55 %, 30 %, 30 %, 34 %, 25 %, 53 %,
bei den größten 28 %, 66 %, 35 %, 33 %, 11 %, 30 %, 40 %, 49 %, 31 %, 18 %, 47 %.

Ein Zusammenhang zwischen der Gerichtsgröße und der Entwicklung des Geschäftsanfalls ist nicht zu erkennen.

Frage

2. a) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte als Berufungsinstanz bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die beiden kleinsten und größten Landgerichte jedes Bundeslandes in der Berufungsinstanz in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des Verfahrens und dem Gebührenstreitwert auf?

Die Zahl der erledigten Berufungen ist in Tabelle S. 331 dargestellt. Aufgegliedert sind diese Zahlen nach der Art der Erledigung in Tabelle S. 332 ff., nach dem Gegenstand der Berufungsverfahren in Tabelle S. 340 ff. und nach dem Gebührenstreitwert in Tabelle S. 355 ff.

Von 1980 auf 1984 ist die Zahl der erledigten Berufungen bei den meisten Gerichten erheblich gestiegen. Mit einer Ausnahme (– 0,3 %) haben die Gerichte 1984 (in Bayern und Hamburg 1983) deutlich mehr Berufungen als 1980 erledigt. Wie bei den Neuzugängen hat die Erhöhung der Berufungssumme auch bei den Erledigungszahlen nur vorübergehend und bei einem Teil der Gerichte einen leichten Rückgang bewirkt. Schon 1983 überstiegen die Erledigungen bei 18 Gerichten (3 kleinste, 3 zweitkleinste, 5 zweitgrößte, 7 größte) den Stand von 1982. 1984 lag die Zahl der erledigten Berufungen nur noch bei vier Gerichten (1 kleinstes, 2 zweitkleinste, 1 größtes) geringfügig unter dem Stand von 1982.

Die Einzelheiten ergeben sich aus Tabelle S. 331.

Die Prozentzahlen, um die die erledigten Berufungen bei den einzelnen Gerichten von 1980 auf 1984 (in Bayern und Hamburg auf 1983) zugenommen haben, betragen

bei den kleinsten Gerichten 24 %, 16 %, 15 %, 45 %, 35 %, 15 %, 25 %,
bei den zweitkleinsten 42 %, 3 %, 15 %, 51 %, 3 %, 53 %, 47 %,
bei den zweitgrößten 50 %, 49 %, 24 %, 52 %, 33 %, 12 %, 50 %,
bei den größten 25 %, 32 %, 30 %, 27 %, 17 %, 28 %, 39 %, 24 %, 28 %, – 0,3 %, 34 %.

Eine charakteristische Abstufung, die auf einen Zusammenhang von Gerichtsgröße und Zunahme der Erledigungen deuten könnte, weisen weder die Schwankungsbreite noch die Eckwerte in den einzelnen Gruppen (kleinste Gerichte 15 bis 45 %,

zweitkleinste 3 bis 53 %, zweitgrößte 12 bis 52 %, größte – 0,3 bis 39 %) aus.

Der Anteil der durch streitiges Urteil erledigten Berufungen (Tabelle S. 332 ff.) an der Gesamterledigungszahl ist von 1980 auf 1984 (1983 in Bayern und Hamburg) bei 18 Gerichten (3 kleinste, 4 zweitkleinste, 3 zweitgrößte, 8 größte) gesunken, bei 11 Gerichten (3 kleinste, 2 zweitkleinste, 4 zweitgrößte, 2 größte) gestiegen und bei 3 Gerichten (1 kleinstes, 1 zweitkleinstes, 1 größtes) gleich geblieben.

Der Anteil der durch Vergleich erledigten Berufungen ist bei 15 Gerichten (3 kleinste, 4 zweitkleinste, 2 zweitgrößte, 6 größte) gestiegen, bei 14 Gerichten (4 kleinste, 2 zweitkleinste, 5 zweitgrößte, 3 größte) gesunken und bei ebenfalls drei Gerichten (1 zweitkleinstes, 2 größte) gleich geblieben.

Der Anteil der zurückgenommenen Berufungen ist bei 23 Gerichten (5 kleinste, 3 zweitkleinste, 5 zweitgrößte, 10 größte) gestiegen und im übrigen gesunken. In der Gruppe der größten Gerichte zeichnet sich danach jeweils leicht stärker als in den übrigen Gruppen ein Sinken der Urteilsquote sowie ein Steigen der Vergleichs- und der Rücknahmequote ab. Dies entspricht der im Bundesgebiet insgesamt festgestellten Entwicklung, nach der im Vergleichszeitraum die Urteilsquote von 57 auf 54 % gesunken, die Vergleichsquote von 13 auf 14 % und die Rücknahmequote von 19 auf 22 % gestiegen ist.

Von der Gesamtzahl der Berufungen sind 1984 (1983 in Bayern und Hamburg) durch streitiges Urteil von den kleinsten und zweitkleinsten Gerichten 58 %, den zweitgrößten 55 %, den größten 49 %, durch Vergleich von den kleinsten und zweitkleinsten 12 %, den zweitgrößten 13 %, den größten 16 %, durch Zurücknahme vor den kleinsten und zweitkleinsten 21 %, den zweitgrößten 24 %, den größten 23 %

erledigt worden. Auch in diesen Zahlen zeigt sich, daß in der Gruppe der kleinen Gerichte die Urteilsquote höher und die Vergleichs- und die Rücknahmequote etwas niedriger als in den übrigen Gruppen sind. Die Unterschiede sind möglicherweise weniger auf die Gerichtsgröße als darauf zurückzuführen, daß die Parteien in den Berufungsverfahren vor den Großstadtgerichten eher bereit sind, auf einen Vergleichsvorschlag des Gerichts einzugehen oder eine aussichtslose Berufung zurückzunehmen.

Der Anteil der Berufungsverfahren mit Streitwerten zwischen 500 und 1 000 DM (vgl. Tabelle S. 355 ff.) ist wegen der Erhöhung der Berufungssumme zum 1. Januar 1983 von 1982 auf 1984 (1983 für Bayern und Hamburg) bei allen 32 Gerichten zurückgegangen. Mit zwei Ausnahmen (Landgerichte Marburg, Saarbrücken) sind jedoch 1984 gegenüber 1982 in der Streitwertgruppe von 3 000 bis 5 000 DM mehr Berufungen erledigt worden, als in der Wertgruppe 500 bis 1 000 DM weggefallen sind. Die Zunahme der Berufungen von 1982 auf 1984 ist danach auf die Entlastung der Oberlandesgerichte von Berufungen in Prozessen zurückzuführen, die durch die Erhöhung der Wertgrenze auf die Amtsgerichte verlagert worden sind.

Nach dem jeweils höchsten Anteil 1982 und dem niedrigsten Anteil 1984 (1983 für Bayern und Hamburg) haben die erledigten Berufungen mit Werten von 500 bis 1 000 DM bei den Gerichten der vier Gruppen im einzelnen wie folgt abgenommen:

Bei den kleinsten Gerichten zwischen

	32 % und 10 %;
bei den zweitkleinsten zwischen	30 % und 9 %;
bei den zweitgrößten zwischen	32 % und 16 %;
bei den größten zwischen	31 % und 14 %.

Zugenommen haben die Berufungen mit Werten von 3 000 bis 5 000 DM (nach dem jeweils niedrigsten Anteil 1982 und dem höchsten 1984) wie folgt:

Bei den kleinsten Gerichten zwischen	3 % und 30 %;
bei den zweitkleinsten zwischen	5 % und 23 %;
bei den zweitgrößten zwischen	5 % und 23 %;
bei den größten zwischen	5 % und 22 %.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 355 ff. verwiesen. Ein Einfluß der Gerichtsgröße ist danach nicht zu erkennen.

Frage

2. b) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte als Berufungsinstanz bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes in der Berufungsinstanz erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine nach Gerichtsgröße variierende Erledigungsdauer?

Zwischen 1980 und 1983 hat bei den meisten Gerichten die Verfahrensdauer zugenommen. Nur bei zehn Gerichten (2 kleinste, 3 zweitkleinste, 1 zweitgrößtes, 4 größte) ist der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren gestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 364 ff. verwiesen.

Der Anteil der Berufungsverfahren, den die Gerichte 1984 (Bayern und Hamburg 1983) innerhalb von sechs Monaten erledigten, schwankt zwischen

54 und 97 % bei den kleinsten,
31 und 99 % bei den zweitkleinsten,
61 und 95 % bei den zweitgrößten,
39 und 91 % bei den größten Landgerichten.

Auf Grund der Abweichungen in den einzelnen Gruppen und der jeweiligen Grenzwerte kann nicht angenommen werden, daß ein Zusammenhang zwischen Verfahrensdauer und Gerichtsgröße besteht.

Frage

3. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte als Berufungsinstanz bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Richter,

- b) Rechtspfleger,
 c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Landgerichten tätig waren,
 waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 an den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes in Berufungssachen tätig?

Erfaßt ist die Zahl der Richter, die bei den Gerichten in Berufungssachen tätig waren. Die Darstellung ist auf die Jahre 1980 bis 1984 beschränkt. Für 1965 und 1975 liegen keine Angaben vor.

Bei 27 Gerichten (7 kleinste, 7 zweitkleinste, 6 zweitgrößte, 7 größte) ist von 1980 auf 1984 die Zahl der Richter gestiegen, bei drei Gerichten (1 zweitgrößtes, 2 größte) ist sie gesunken, bei zwei Gerichten (2 größte) gleich geblieben.

Die Einzelheiten ergeben sich aus der Tabelle S. 371f.

Frage

4. a) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte als Berufungsinstanz bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 bei den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes in der Berufungsinstanz anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der bei den Gerichten in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
 b) Rechtspfleger,
 c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter?

Die Zahl der erledigten Berufungen, die auf einen Richter entfielen, ist von 1980 auf 1984 bei den meisten Gerichten erheblich gestiegen. Nur bei sechs Gerichten (2 kleinste, 3 zweitkleinste, 1 größtes) ist die Erledigungsquote gesunken.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 373ff. verwiesen.

1984 (1983 für Bayern und Hamburg) lag die Zahl der erledigten Verfahren je Richter mit zwei Ausnahmen (1 kleinstes und 1 größtes Gericht) bei allen übrigen Gerichten über dem für die Personalbedarfsplanung maßgebenden Pensum von 140 Berufungsverfahren; die Prozentzahlen lauten bei

den kleinsten Gerichten + 1 %, + 34 %, + 63 %, + 3 %, + 16 %, - 5 %, + 26 %,
 den zweitkleinsten + 26 %, + 26 %, + 29 %, + 12 %, + 4 %, + 14 %, + 44 %,
 den zweitgrößten + 6 %, + 23 %, + 13 %, + 16 %, + 54 %, + 15 %, + 43 %,
 den größten + 1 %, + 46 %, + 51 %, + 54 %, + 81 %, + 35 %, + 20 %, + 48 %, + 29 %, - 11 %, + 6 %.

Die Schwankungsbreite dieser Quoten und die Grenzwerte von

- 5 bis + 63 % bei den kleinsten,

+ 4 % bis + 44 % bei den zweitkleinsten,
 + 6 % bis + 54 % bei den zweitgrößten,
 - 11 bis + 81 % bei den größten Landgerichten
 deuten nicht auf einen Zusammenhang zwischen der Erledigungszahl pro Richter und der Gerichtsgröße hin.

Für Rechtspfleger und sonstige Mitarbeiter stehen keine nach erster Instanz und Berufungsinstanz aufgeschlüsselten Zahlen zur Verfügung. Auf die Antwort oben unter II. zu Frage I.4.a) wird Bezug genommen.

Frage

4. b) lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte als Berufungsinstanz bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage 4.a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

Zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern ist es im fraglichen Zeitraum nicht gekommen.

Frage

5. lautet, auf die beiden kleinsten und größten Landgerichte als Berufungsinstanz bezogen, wie folgt:

- a) Bei wievielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den beiden kleinsten und größten Landgerichten jedes Bundeslandes in der Berufungsinstanz erledigten Verfahren ist es zu einer Beweisaufnahme gekommen (aufgegliedert nach der Art des Beweises: z. B. Zeugenvernehmung, Sachverständigenbeweis, Augenscheinseinnahme), und welchen Einfluß haben die einzelnen Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens gehabt?

- b) Inwieweit sind Verzögerungen beim Abschluß von Verfahren darauf zurückzuführen, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständigen gefehlt hat, welche Ursachen hat dieser Mangel ggf. nach Auffassung der Bundesregierung, und welche Maßnahmen sind erforderlich, um ihn zu beheben?

Die Zahlen bis einschließlich 1981 sind wegen der unterschiedlichen Erfassungsmethode (vgl. oben den Hinweis zu Frage I.5.a) mit den Zahlen ab 1982 nur beschränkt vergleichbar.

Der Anteil der Berufungsverfahren, in denen eine Beweisaufnahme durchgeführt wurde, ist von 1982 auf 1984 (1983 für Bayern und Hamburg) bei 13 Gerichten (3 kleinste, 5 zweitkleinste, 1 zweitgrößtes, 4 größte) gestiegen, bei 17 Gerichten (4 kleinste, 2 zweitkleinste, 4 zweitgrößte, 7 größte) gesunken und bei den beiden übrigen Gerichten (2 zweitgrößte) unverändert geblieben.

Die Einzelheiten ergeben sich aus Tabelle S. 377f.

Der Anteil der Berufungsverfahren, in denen eine Beweisaufnahme stattfand, schwankte 1984 (Bayern, Hamburg 1983) zwischen 3 und 17 % bei den kleinsten, 4 und 32 % bei den zweitkleinsten, 12 und 38 % bei den zweitgrößten, 6 und 33 % bei den größten Landgerichten.

Insgesamt erledigten 1984 (1983 in Bayern und Hamburg) die kleinsten und zweitkleinsten Landgerichte der Bundesländer 628 von 4 440 Berufungsverfahren, das sind 14 %, nach Durchführung einer Beweisaufnahme, die beiden größten einschließlich der Landgerichte Berlin, Bremen, Hamburg und Saarbrücken von 31 795 Berufungen 4040, das sind 13 %, nach Beweisaufnahme. Ein Einfluß der Gerichtsgröße ist nicht erkennbar.

Zur Art der erhobenen Beweise und ihrem Einfluß auf die Verfahrensdauer liegen keine Zahlen vor. Auf die Hinweise zu den Fragen I.5.a) und b) wird Bezug genommen.

Frage

8. b) lautet, auf die Landgerichte als Berufungsinstanz bezogen, wie folgt:

Läßt sich aus diesen oder sonstigen der Bundesregierung vorliegenden Zahlen ein qualitativer Unterschied zwischen kleinen und großen Landgerichten als Berufungsinstanz feststellen?

Aus den vorliegenden Zahlen läßt sich ein qualitativer Unterschied zwischen kleinen und großen Landgerichten als Berufungsinstanz nicht feststellen. Der Bundesregierung liegen auch keine sonstigen Zahlen vor, aus denen auf einen solchen Unterschied geschlossen werden könnte.

Frage

9. lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Wie viele der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und wie viele der erledigten Verfahren waren

- Baustreitigkeiten,
- Mietstreitigkeiten,
- Unterhaltsstreitigkeiten,
- Folgestreitigkeiten aus Verkehrsunfällen?

Die Frage nach dem Verfahrensgegenstand läßt sich nur für erledigte, nicht für anhängige Verfahren, und auch insoweit erst ab 1982 vollständig beantworten.

Von den im Bundesgebiet erledigten Verfahren bezogen sich 1982 1 668 Verfahren von insgesamt 68 153 (2,45 %), 1983 1 411 Verfahren von 71 312 (1,98 %) und 1984 1 287 Verfahren von 75 890 (1,70 %) auf den Bereich Bau-/Architektenrecht.

Die in Tabelle S. 314 ff. unter Wohnungsmietrecht genannten Zahlen betreffen bis zum Jahre 1981 nur Räumungen. Demgemäß ist ein Vergleich nur für die Jahre 1982 bis 1984 möglich. Es entfielen 1982

17 769 (26,07 %), 1983 18 650 (26,15 %) und 1984 17 648 Verfahren (23,25 %) auf den Bereich Wohnungsmietrecht.

Da die Oberlandesgerichte — Familiensenate — vom 1. 7. 1977 ab für den größten Teil der Berufungen gegen Urteile der Amtsgerichte in Unterhaltsstreitigkeiten zuständig wurden, sind die Zahlen zum Unterhaltsrecht nicht vergleichbar. Während die Landgerichte bundesweit 1975 4 988 Unterhaltsstreitigkeiten erledigten, waren es 1980 nur noch 314 und 1984 538.

Die Frage nach dem Anteil der Folgestreitigkeiten aus Verkehrsunfällen läßt sich erst ab dem Jahre 1982 beantworten. Danach waren 1982 9 228 Verfahren (13,54 %), 1983 9 187 Verfahren (12,88 %) und 1984 10 110 Verfahren (13,32 %) dem Bereich Verkehrsunfallrecht zuzuordnen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 314 ff. genommen.

Frage

10. a) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und bei wie vielen der erledigten Streitigkeiten handelte es sich um Verfahren, bei denen

- Berufungskläger und -beklagter ein Unternehmen oder eine Firma war,
- der Berufungskläger ein Unternehmen oder eine Firma, der Berufungsbeklagte eine natürliche Person war,
- der Berufungskläger eine natürliche Person, der Berufungsbeklagte ein Unternehmen oder eine Firma war,
- Berufungskläger und -beklagter natürliche Personen waren?

Insoweit liegen Zahlen erst ab 1982 vor. Angaben sind überdies nur jeweils gesondert für die Berufungskläger- und -beklagtenseite möglich, nicht für beide Seiten.

Bei den Berufungsklägern (1982: 69 381; 1983: 72 718; 1984: 77 380) hatten die Privatpersonen mit ca. 80 % den größten, die Handelsgesellschaften mit ca. 12 % den zweitgrößten Anteil.

Bei den Berufungsbeklagten (1982: 73 272; 1983: 76 711; 1984: 81 745) waren die Privatpersonen mit ca. 73 % (1984: ca. 72 %) ebenfalls am stärksten vertreten, die Handelsgesellschaften mit ca. 12 % (1984: ca. 14 %) am zweitstärksten.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 379 ff. Bezug genommen.

Frage

10. c) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Welche Zahlen liegen der Bundesregierung vor, daß bestimmte soziale Schichten der Be-

völkerung die Landgerichte als Berufungskläger in diesen Jahren signifikant stärker in Anspruch genommen haben als es ihrem Anteil an der Bevölkerung und ihrer Teilnahme am Rechtsverkehr entspricht, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Insoweit wird auf die Ausführungen zu Frage I. 10. c) Bezug genommen.

IV. Oberlandesgerichte

Wie lauten die den Fragen I. 1. bis 10. mit Ausnahme der Fragen 7., 8. und 10. b) entsprechenden Zahlen und Antworten für die Oberlandesgerichte (aufgegliedert nach Berufungs- und Beschwerdeverfahren)?

Vorbemerkung

Für das Jahr 1965 ist nur die Zahl der Neuzugänge in Berufungssachen, nicht dagegen der Bestand am Jahresanfang und die Zahl der neu eingegangenen Verfahren bekannt. Vergleichbar sind die Zahlen über den Geschäftsanfall in Berufungssachen auch erst seit dem Jahre 1980, da die Berufungen in Ehesachen, die seit dem 1. Juli 1977 in die Zuständigkeit der Oberlandesgerichte — Familiensenate — fallen und im Teil C der Antwort aufgeführt sind, in den Zahlen für 1965 und 1975 enthalten sind. Demgemäß werden im folgenden nur die Jahre 1980 bis 1984 zueinander in Bezug gesetzt; in den Tabellen sind — soweit vorhanden — auch die nicht vergleichbaren Zahlen für 1965 und 1975 angegeben.

Bei den Beschwerdesachen ist nur die Zahl der Neuzugänge und der eingesetzten Richter bekannt.

Frage

1. lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Oberlandesgerichten anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren und wie viele Neuzugänge hatten die Oberlandesgerichte jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Für das Jahr 1965 ist nur die Zahl der Neuzugänge, nicht dagegen die Zahl der anhängigen Berufungsverfahren bekannt.

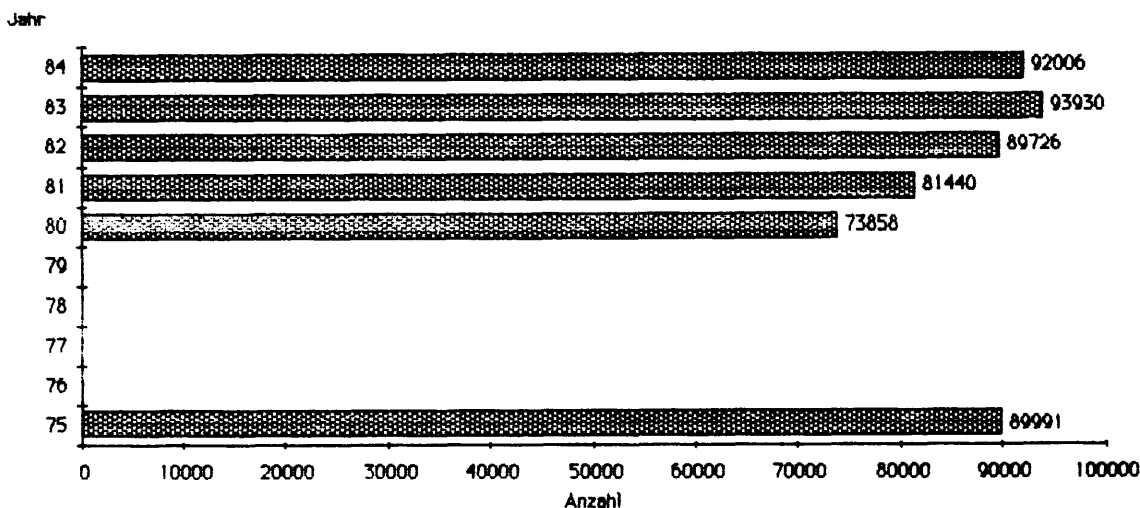
Die Zahl der anhängigen Berufungsverfahren ist im Bundesgebiet insgesamt von 73 858 im Jahre 1980 auf 92 006 im Jahre 1984 gestiegen. Die Neuzugänge sind von 1980 bis 1982 von 46 370 um 22 % auf 56 563 gestiegen und danach bis 1984 infolge der Wertgrenzenänderung um 6 % auf 52 928 gesunken. In den Ländern ist eine entsprechende Entwicklung zu verzeichnen.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 383 verwiesen.

Die Zahl der Neuzugänge in Beschwerdesachen ist von 20 457 im Jahre 1980 auf 28 672 im Jahre 1984 gestiegen.

Die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1975 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 385f. Bezug genommen.

Zivilgericht — Oberlandesgericht Berufungsinstanz — Anhängige Verfahren



Frage

2. a) lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die Oberlandesgerichte in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des

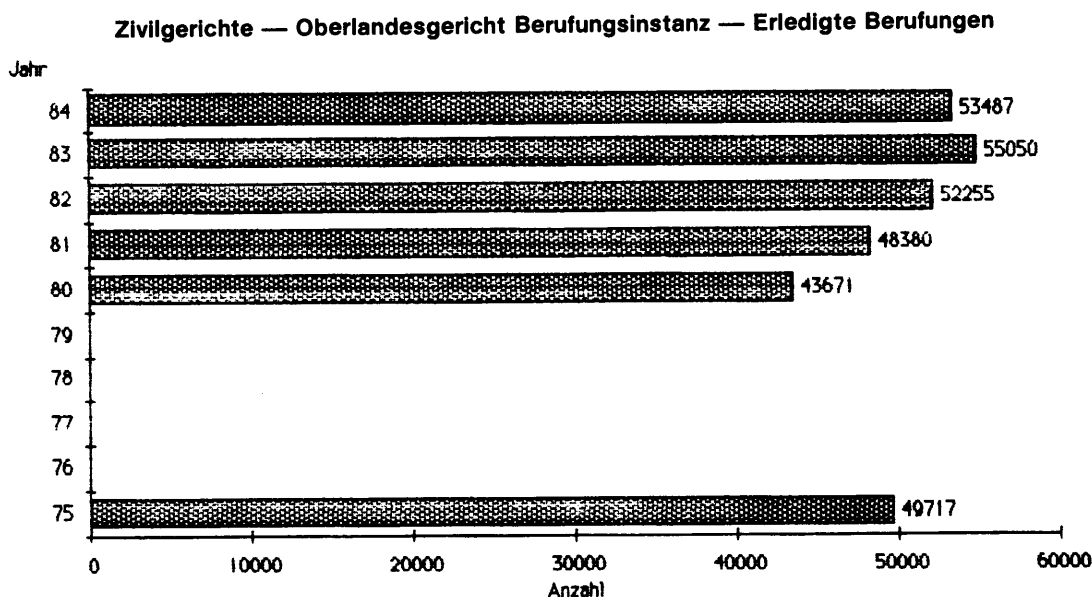
Verfahrens und dem Gebührenstreitwert auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der erledigten Berufungsverfahren von 43 671 im Jahre 1980 auf 55 050 im Jahre 1983 um ca. 26 % gestiegen; im

Jahre 1984 ist die Zahl der Berufungsverfahren um ca. 2,9 % auf 53 487 Erledigungen zurückgegangen.

In den einzelnen Bundesländern liegt die Zahl der erledigten Verfahren ebenfalls durchweg höher als im Jahre 1980.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 387 Bezug genommen.



Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der streitigen Urteile von 23 106 im Jahre 1980 auf 26 668 im Jahre 1984 angestiegen. Die Zahl der Vergleiche ist von 7 537 im Jahre 1980 auf 8 753 im Jahre 1984 gestiegen. Schließlich haben die Zurücknahmen der Berufung von 9 290 im Jahre 1980 auf 12 740 im Jahre 1984 erheblich zugenommen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 388f. Bezug genommen.

Die Darstellung nach dem Gegenstand der Berufungsverfahren (Tabelle S. 390 ff.) folgt einer seit 1982 möglichen Aufgliederung. Vergleichbare Zahlen für die Vorjahre sind angeführt. Die Zahlen für 1965 beziehen sich auf die im Geschäftsjahr neu zugegangenen Berufungen, die Zahlen für 1975 und ab 1980 auf die im jeweiligen Geschäftsjahr erledigten Berufungen. Unter der Bezeichnung „Prozeßkostenhilfverfahren“ sind nur solche Armenrechts- oder Prozeßkostenhilfverfahren erfaßt, die sich erledigt haben, ohne daß später Berufung eingelegt worden ist. Im übrigen wird auf die Antwort unten zu Frage 9 Bezug genommen.

Im Bundesgebiet insgesamt ist beim Gebührenstreitwert zwischen den Jahren 1980 und 1984 der Bereich von über 4 000 bis 8 000 DM am stärksten vertreten, am zweitstärksten der Bereich von über 8 000 bis 15 000 DM.

Die Situation in den einzelnen Bundesländern ist praktisch gleich: Lediglich in Hamburg ist der Bereich von über 30 000 bis 100 000 DM in den Jahren 1980, 1982 und 1983 am zweitstärksten vertreten.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 394 ff. verwiesen.

Frage

2. b) lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Wieviele Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Verfahrensdauer zwischen 1980 und 1984 angestiegen. So wurden beim Oberlandesgericht im Jahre 1980 ca. 52,8 % der Verfahren in einer Zeit bis zu sechs Monaten erledigt, im Jahre 1984 dagegen nur noch ca. 41,2 %.

Ob die Verlängerung der Verfahrensdauer mit dem steigenden Geschäftsanfall pro Richter zusammenhängt, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen.

Trotz der erheblichen Geschäftsbelastung ist die Gruppe der bis zu sechs Monaten erledigten Berufungsverfahren in allen Jahren am stärksten vertreten. Den zweitstärksten Anteil haben die Verfahren, die in einer Zeit von über sechs bis zwölf Monaten erledigt wurden. Der Prozentsatz der Verfahren mit einer Dauer von über zwei Jahren ist zwischen 1980 und 1984 von 3,3 % auf 2,9 % gesunken.

In den Ländern ergibt sich ein unterschiedliches Bild: In Bremen sind von 1980 bis 1984 über 80 % der Verfahren in einer Zeit bis zu sechs Monaten erledigt worden, im Jahre 1980 sogar 92,3 %. Die zweit-

kürzeste Verfahrensdauer in der Zeit zwischen 1980 und 1984 hat Bayern mit einer Erledigungsdauer bis zu sechs Monaten bei 55,7 % bis 71,3 % der Verfahren. In Rheinland-Pfalz wird seit dem Jahre 1981 und in Hessen seit dem Jahre 1980 der größte Prozentsatz zwischen sechs und zwölf Monaten erledigt. Im Saarland liegt der Anteil der Verfahren mit einer Dauer von ein bis zwei Jahren mit 48,1 %, 48,8 % und 58,3 % in den Jahren von 1982 bis 1984 erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

Gründe für die unterschiedliche Erledigungsdauer sind nicht bekannt.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 397f. Bezug genommen.

Frage

2. c) lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Zivilverfahren vor den Oberlandesgerichten liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Von den Berufungsverfahren in gewöhnlichen Prozessen, die mit streitigem Berufungsurteil endeten, erledigten die Oberlandesgerichte 1980: 39,9 %, 1981: 36,3 %, 1982: 30,1 % und 1983: 29,1 % innerhalb von sechs Monaten.

Frage

3. lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Oberlandesgerichten tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 an den Oberlandesgerichten in Zivilsachen tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Nach den erst ab 1980 vorliegenden Daten ist im Bundesgebiet insgesamt die Zahl der in Berufungssachen tätigen Richter von 753 im Jahre 1980 auf 763 im Jahre 1984 um 1,3 % angestiegen. In einigen Ländern ist eine geringfügig stärkere Steigung, in anderen Ländern ein leichter Rückgang zu beobachten.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 399 Bezug genommen.

Gesondert ausgewiesen ist die Zahl der in Beschwerdesachen tätigen Richter, nicht die der Rechtspfleger und sonstigen Bediensteten.

Zwischen 1980 (127 Richter) und 1984 (126 Richter) hat sich ihre Zahl im Bundesdurchschnitt sowie in

den einzelnen Ländern nur wenig verändert. Nur in Hessen ist die Zahl der in Beschwerdesachen tätigen Richter zwischen 1983 und 1984 von 15,2 auf 11,5 stärker zurückgegangen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 400 verwiesen.

Im Bundesgebiet insgesamt hat sich die Zahl der in Berufs- und Beschwerdesachen tätigen Rechtspfleger von 28,6 im Jahre 1980 auf 26,4 im Jahre 1984 leicht verringert.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 401 Bezug genommen.

Die Zahl der in Berufs- und Beschwerdesachen tätigen sonstigen Bediensteten ist im Bundesgebiet insgesamt von 709 im Jahre 1980 auf 528 im Jahre 1984 zurückgegangen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 402 verwiesen.

Frage

4. a) lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

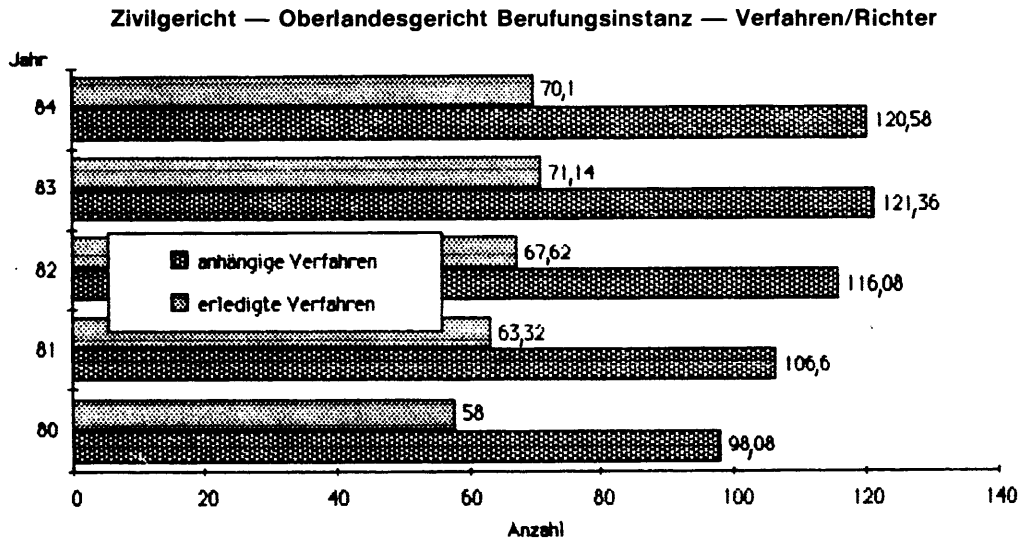
- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Berufungsverfahren, die auf einen Richter entfielen, von 98,08 im Jahre 1980 auf 120,58 im Jahre 1984 um ca. 23 % gestiegen. Die Zahl der Erledigungen ist in demselben Zeitraum von 58,00 und damit prozentual etwa in gleichem Maß auf 70,10 gestiegen.

In den einzelnen Bundesländern ist die Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren pro Richter zwischen den Jahren 1980 und 1984 ebenfalls meist beträchtlich angestiegen. Im Jahre 1984 liegt bei den anhängigen Verfahren Schleswig-Holstein mit 162,93 Verfahren pro Richter am stärksten über dem Bundesdurchschnitt (+ 42,35), Berlin mit 86,05 Verfahren am stärksten unter dem Bundesdurchschnitt (− 34,53). In Niedersachsen entfielen mit 86,99 Erledigungen die meisten (+ 16,89), in Berlin mit 50,31 (− 19,79) die wenigsten erledigten Verfahren auf einen Richter.

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 403 Bezug genommen.



Eine Darstellung des Verhältnisses der Zahl der Richter zur Zahl der anhängigen und erledigten Beschwerden ist nicht möglich, da lediglich die Zahl der Neuzugänge bekannt ist.

Bei den Rechtspflegern und den sonstigen Bediensteten ist die Zahl der anhängigen und erledigten Berufungsverfahren in Bezug gesetzt worden zur Zahl der in Berufungssachen und Beschwerdesachen eingesetzten Kräfte.

Beim gehobenen Dienst liegen für Bremen, Hessen und das Saarland keine Angaben vor.

Sowohl die Zahl der anhängigen als auch der erledigten Verfahren, die jeweils auf einen Rechtspfleger entfielen, ist im Durchschnitt der acht Länder, aus denen Ergebnisse vorliegen, zwischen 1980 und 1984 um ca. 40 % angestiegen. In den Ländern ist die Entwicklung unterschiedlich verlaufen. So ist die Zahl der anhängigen Verfahren pro Rechtspfleger in Niedersachsen mit ca. 99 % und in Bayern mit ca. 69 % weit überdurchschnittlich angestiegen, dagegen in Nordrhein-Westfalen um ca. 0,6 % gefallen. Bei den erledigten Verfahren steht einer weit überdurchschnittlichen Steigerung in Niedersachsen und Bayern eine Steigerung von nur 2 % in Nordrhein-Westfalen gegenüber.

Die Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren, die auf einen sonstigen Bediensteten kam, ist im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1980 und 1984 um etwa 68 % angestiegen. Wegen der Einzelheiten wird auf Tabellen S. 404 bis 405 verwiesen.

Frage

4. b) lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In dem Zeitraum, für den Zahlen vorliegen, ist es nicht zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

Frage

5. a) lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren ist es zu einer Beweisaufnahme gekommen (aufgegliedert nach der Art des Beweises, z. B. Zeugenvernehmung, Sachverständigenbeweis, Augenscheinseinnahme), und welchen Einfluß haben die einzelnen Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens gehabt?

Zur statistischen Erfassung der Beweis-anordnungen bzw. Beweiserhebungen wird auf die Hinweise zu Frage I. 5. a) Bezug genommen.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der Beweis-anordnungen/-erhebungen von 9 606 im Jahre 1980 auf 10 912 im Jahre 1984 gestiegen. Ihr Anteil an den erledigten Verfahren hat sich mit ca. 22 % im Jahre 1980 und ca. 19,9 % im Jahre 1984 kaum vermindert. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß ab 1982 nur die Verfahren gezählt werden, in denen es zu einem Beweistermin gekommen ist.

In den einzelnen Ländern ist die Zahl der Beweis-anordnungen/-erhebungen zwischen 1980 und 1984 zum Teil zurückgegangen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 406 und S. 387 verwiesen.

Erkenntnisse darüber, inwieweit die einzelnen Beweismittel sich auf die Dauer des Verfahrens ausgewirkt haben, liegen nicht vor.

Frage

5. b) lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Inwieweit sind Verzögerungen beim Abschluß von Verfahren darauf zurückzuführen, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständi-

gen gefehlt hat, welche Ursachen hat dieser Mangel gegebenenfalls nach Auffassung der Bundesregierung, und welche Maßnahmen sind erforderlich, um ihn zu beheben?

Auf die in der Antwort zu Frage I. 5. a) genannte Untersuchung wird hingewiesen.

Frage

6. a) lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Gegen wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den Oberlandesgerichten getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg (jeweils aufgliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung gegebenenfalls von Bundesland zu Bundesland variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?

Einen Anhaltspunkt für die Entwicklung der Rechtsmittelquote gibt eine Gegenüberstellung der streitigen Berufungsurteile der Oberlandesgerichte und der eingegangenen Revisionen beim Bundesgerichtshof. Danach hat die Rechtsmittelquote von 1980 bis 1984 im Bundesgebiet ziemlich konstant bei 10 % gelegen.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 407 verwiesen.

Fragen 6. b) und c) lassen sich für das Verhältnis Oberlandesgericht/Bundesgerichtshof nicht beantworten.

Frage

9. lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Wie viele der in den Jahren 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und wie viele der erledigten Verfahren waren

- a) Baustreitigkeiten,
- b) Mietstreitigkeiten,
- c) Unterhaltsstreitigkeiten,
- d) Folgestreitigkeiten aus Verkehrsunfällen?

Die Mietstreitigkeiten enden normalerweise beim Landgericht und sind deshalb hier nicht ausgewiesen. Für die Unterhaltssachen sind größtenteils die Familiensenate der Oberlandesgerichte zuständig; sie sind deshalb hier nicht aufzuführen.

Angaben liegen nur für erledigte Verfahren und auch insoweit erst ab 1982 vor. Von den im Jahre 1982 im Bundesgebiet insgesamt erledigten 52 255 Berufungen entfielen 7 221 Verfahren (ca. 14 %) auf den Bereich Bau-/Architektenrecht und 4 892 (ca. 9 %) auf den Bereich Verkehrsunfallrecht. Im Jahre 1983 kamen auf 55 050 erledigte Verfahren 7 289 Fälle (ca. 13 %) aus dem Bereich Bau-/Architektenrecht und 5 199 (ca. 9 %) Verfahren aus dem Verkehrsunfallrecht. Bei 53 487 erledigten Verfahren im Jahre 1984 entfielen auf das Bau-/Architekten-

recht 6 665 (ca. 12 %) und auf das Verkehrsunfallrecht 4 179 (ca. 8 %) Berufungen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 390 ff. Bezug genommen.

Frage

10. a) lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und bei wie vielen der erledigten Streitigkeiten handelte es sich um Verfahren, bei denen

- aa) Berufungskläger und -beklagter ein Unternehmen oder eine Firma war,
- bb) der Berufungskläger ein Unternehmen oder eine Firma, der Berufungsbeklagte eine natürliche Person war,
- cc) der Berufungskläger eine natürliche Person, der Berufungsbeklagte ein Unternehmen oder eine Firma war und
- dd) Berufungskläger und -beklagter natürliche Personen waren?

Aus der Zählkartenstatistik ergeben sich die erfragten Parteikonstellationen nicht. Zahlen liegen nur gesondert für Berufungskläger und -beklagte vor, und zwar bezogen auf erledigte Verfahren ab 1982.

Im Bundesgebiet insgesamt stellen in den Jahren 1982 bis 1984 sowohl bei den Berufungsklägern als auch bei den Berufungsbeklagten die Privatpersonen die stärkste und die Handelsgesellschaften die zweitstärkste Gruppe. Dem entsprechen die Anteile dieser Gruppen in den Ländern.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 410 ff. verwiesen.

Frage

10. c) lautet, auf die Oberlandesgerichte bezogen, wie folgt:

Welche Zahlen liegen der Bundesregierung vor, daß bestimmte soziale Schichten der Bevölkerung die Oberlandesgerichte als Berufungskläger in diesen Jahren signifikant stärker in Anspruch genommen haben als es ihrem Anteil an der Bevölkerung und ihrer Teilnahme am Rechtsverkehr entspricht, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Hierzu liegen keine Zahlen vor.

V. Bundesgerichtshof

Wie lauten die den Fragen I. 1 bis 4, 9, 10a) und c) entsprechenden Zahlen und Antworten für den Bundesgerichtshof?

Frage

1. lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei dem Bundesgerichts-

hof anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatte der Bundesgerichtshof jeweils in diesen Jahren?

Die Zahlen für die Jahre 1965 und 1975 sind den Geschäftsübersichten entnommen, die vom Jahre 1980 ab beruhen auf Zählkartenstatistiken.

a) Revisionen

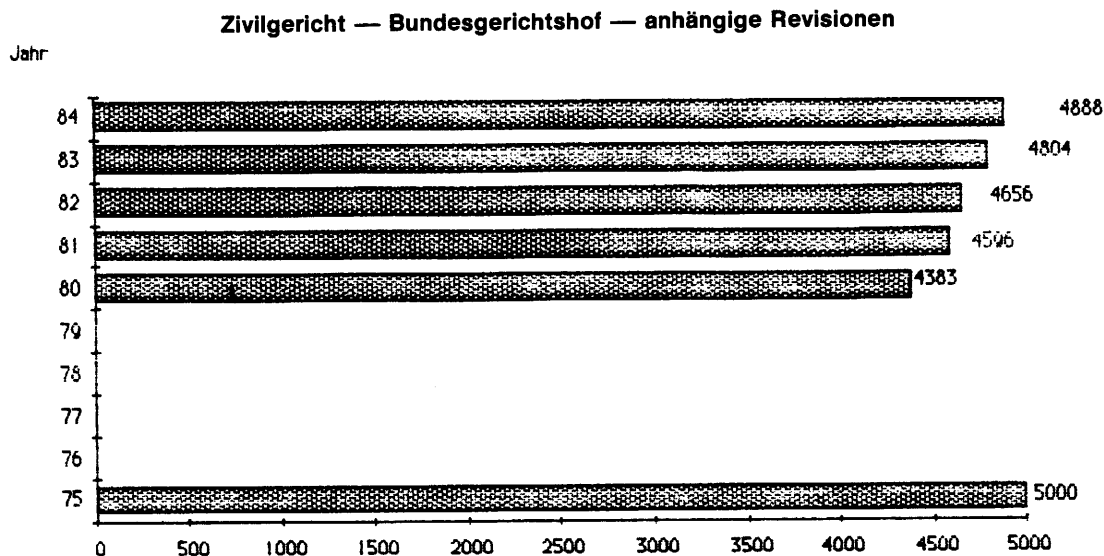
Die Zahl der anhängigen Verfahren ist von 4 640 im Jahre 1965 auf 5 000 im Jahre 1975 gestiegen, sodann auf 4 383 im Jahre 1980 gefallen und im Jahre 1984 auf 4 888 gestiegen. Die Zahl der Neuzugänge ist zwischen 1965 (1 769) und 1983 (2 564) um ca. 45 % gestiegen; im Jahre 1984 war die Zahl der Neuzugänge auf hohem Niveau leicht rückläufig. Sie fiel auf 2 528 um 1,4 %.

Die verhältnismäßig hohe Zahl der anhängigen Verfahren im Jahre 1965 war durch einen Bestand

von 2 871 Revisionen am Jahresanfang bedingt. Der Bestand ist bis zum Jahre 1980 auf 2 134 zurückgegangen, bis zum Jahre 1984 jedoch wieder leicht auf 2 360 gestiegen.

Bei der Beurteilung der Entwicklung des Geschäftsanfalls in Revisionssachen ist zu berücksichtigen, daß die Revisionssumme durch das Gesetz zur Entlastung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen vom 15. August 1969 (BGBl. I S. 1141) mit Wirkung vom 15. September 1969 von 15 000 auf 25 000 DM und durch Gesetz zur Änderung des Rechts der Revisionen in Zivilsachen vom 8. Juli 1975 (BGBl. I S. 1863) mit Wirkung vom 15. September 1975 auf 40 000 DM erhöht worden ist. Durch diese Gesetze ist ein Anwachsen der Neuzugänge zwar begrenzt, nicht aber verhindert worden.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 414 Bezug genommen.



b) Sonstiger Geschäftsanfall

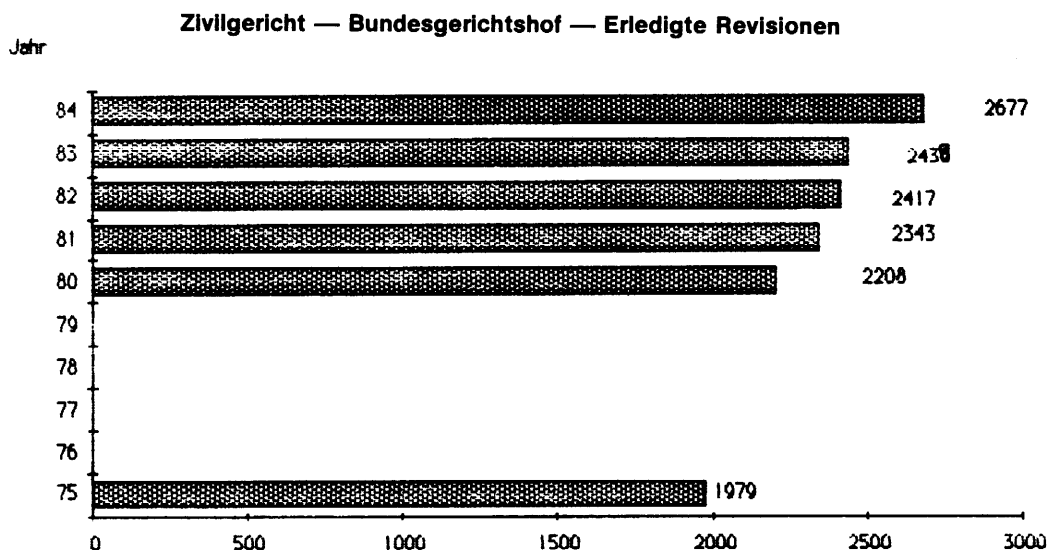
Die Zahl der Nichtzulassungsbeschwerden (hauptsächlich diejenigen in Entschädigungssachen) sind von 633 im Jahre 1965 und 628 im Jahre 1975 ganz erheblich auf 80 (1984) zurückgegangen. Wegen des sonstigen Geschäftsanfalls, der zum Teil erheblich geschwankt hat, wird auf Tabelle S. 415 verwiesen.

Frage

2. a) lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren hat der Bundesgerichtshof in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des Verfahrens und dem Gebührenstreitwert auf?

Die Zahl der Erledigungen ist von 1 716 im Jahre 1965 kontinuierlich bis zum Jahre 1984 auf 2 677 gestiegen, um 56 % also; wegen der Entwicklung zwischen 1975 und 1984 wird auf die nachfolgende graphische Darstellung Bezug genommen.



Die Zahl der durch Urteil erledigten Revisionen ist von 1 240 im Jahre 1965 auf 797 im Jahre 1984, um ca. 36 %, zurückgegangen. Der starke Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß die durch das Entlastungsgesetz vom 15. August 1969 geschaffene zeitlich befristete Möglichkeit, Streitwertrevisionen durch Beschluß zu verwerfen, durch das Gesetz vom 8. Juli 1975 in der Weise übernommen worden ist, daß das Revisionsgericht die Annahme der Revision durch Beschluß ablehnen kann, wenn die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung hat (§ 554 b ZPO).

Die Zahl der Nichtannahmebeschlüsse ist von 781 im Jahre 1980 auf 1 110 im Jahre 1984 gestiegen. Ihr Anteil an den erledigten Verfahren hat sich in dem genannten Zeitraum von ca. 35 % auf 41 % erhöht. Der Anteil der Rücknahmen an den erledigten Verfahren war zwischen 1965 (28 %) und 1984 (21 %) rückläufig.

Beim Gebührenstreitwert war im Jahre 1975 der Bereich bis 40 000 DM am stärksten vertreten (812 Verfahren); der Bereich über 40 000 bis 100 000 DM nahm die zweite Stelle ein (578 Verfahren). In den Jahren 1980 bis 1984 war wegen der Erhöhung der Revisionssumme über vermögensrechtliche Streitigkeiten ab 15. September 1975 der Bereich über 40 000 bis 100 000 DM am stärksten. Im Jahre 1984 entfielen 1 148 Verfahren auf diesen Bereich, 610 Verfahren gehörten dem Bereich über 100 000 bis 250 000 DM an, 486 Revisionen betrafen den Bereich bis 40 000 DM und 406 Verfahren hatten einen Gebührenstreitwert von über 250 000 DM.

Im übrigen wird auf Tabellen S. 416 bis 417 verwiesen.

Frage

2. b) lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen 6 und 12 Monaten, zwischen 12 und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig?

Die Dauer der beim Bundesgerichtshof erledigten Revisionen hat sich insgesamt günstig entwickelt. Während 1975 ab Eingang des Rechtsmittels beim Bundesgerichtshof 18,1 % der Verfahren innerhalb von sechs Monaten erledigt wurden, war dies im Jahre 1984 bei 20,6 % der Verfahren der Fall. Der Anteil der Erledigungen innerhalb einer Zeit von sechs bis zu zwölf Monaten ist von 22,3 % im Jahre 1975 auf 45,6 % im Jahre 1984 gestiegen. Stark abgenommen hat dagegen der Anteil der Verfahren, die zwölf bis 24 Monate dauerten: Dies waren im Jahre 1965 38,4 %, im Jahre 1984 28,6 %. Die Verfahren, die über zwei Jahre dauerten, sind von 21,2 % im Jahre 1975 auf 5,2 % im Jahre 1984 zurückgegangen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 418 verwiesen.

Auf den Zeitpunkt des Eingangs der Klage in erster Instanz bezogen, wurden im Jahre 1975 10,8 % der Verfahren innerhalb von zwei Jahren erledigt; im Jahre 1984 waren es 16 %. Zwei bis drei Jahre dauerten 1975 22,9 %, 1984 38,8 % der Verfahren. Der Anteil der drei bis vier Jahre dauernden Verfahren ist von 25 % im Jahre 1975 auf 22,9 % im Jahre 1984 zurückgegangen, der Anteil der Erledigungen, die mehr als 4 Jahre in Anspruch genommen haben, hat sich zwischen 1975 (41,3 %) und 1984 (22,3 %) fast halbiert.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 419 verwiesen.

Frage

2. c) lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Zivilverfahren vor dem Bundesgerichtshof liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Weitere Erkenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor.

Frage

3. lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wie viele

a) Richter,

- b) Rechtspfleger,
c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger am Bundesgerichtshof tätig waren,
waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 am Bundesgerichtshof in Zivilsachen tätig?

Die Zahl der am Bundesgerichtshof in Zivilsachen tätigen Richter ist von 68 im Jahre 1965 auf 71 im Jahre 1975 gestiegen, 1980 auf 64 zurückgegangen. 1981 waren 72, ab 1982 wieder 71 Richter in Zivilsachen tätig.

Im Jahre 1965 waren sieben, in den anderen Jahren acht Rechtspfleger in Zivilsachen tätig.

Die Zahl der sonstigen Bediensteten, die beim Bundesgerichtshof in Zivilsachen tätig waren, ist von 39 im Jahre 1965 über 45 im Jahre 1975 auf 46 im Jahre 1984 gestiegen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabellen S. 420 bis 422 verwiesen.

Frage

4. a) lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

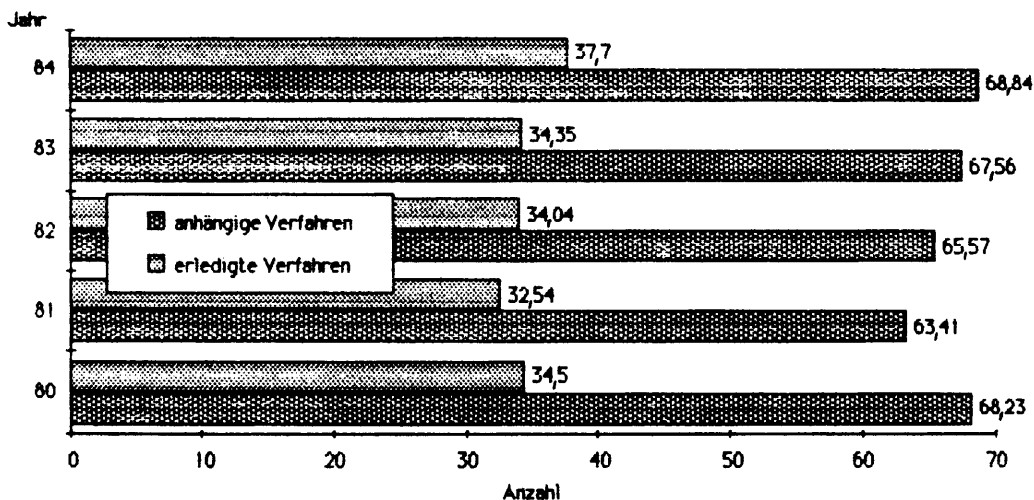
In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 beim Bundesgerichtshof anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
b) Rechtspfleger,
c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter?

Die Zahl der anhängigen Revisionsverfahren, die auf einen in Zivilsachen tätigen Richter entfielen, ist zwischen 1965 (68,23) und 1984 (68,84) verhältnismäßig konstant geblieben; die geringste Zahl war mit 63,41 im Jahre 1981, die höchste Zahl mit 70,42 im Jahre 1975 zu verzeichnen.

Demgegenüber hat die Zahl der erledigten Revisionsverfahren pro Richter zugenommen: Im Jahre 1965 kamen auf einen Richter 25,23 Erledigungen, 1984 waren es mit 37,70 Erledigungen ca. 50 % mehr. Insoweit dürfte sich die 1975 eingeführte Ablehnung der Annahme der Revision durch Beschluß niederschlagen. Wegen der Entwicklung zwischen 1980 und 1984 wird auf nachfolgende graphische Darstellung Bezug genommen.

Zivilgericht — Bundesgerichtshof — Verfahren/Richter



Während die Zahl der anhängigen Revisionsverfahren, die auf einen Rechtspfleger entfielen, von 662,85 im Jahre 1965 auf 611 im Jahre 1984 gesunken ist, ist die Zahl der Erledigung von 245,14 im Jahre 1965 auf 334,62 im Jahre 1984 gestiegen.

Eine ähnliche Entwicklung ist für das Verhältnis Revisionsverfahren/sonstiger Dienst zu verzeichnen. Die entsprechenden Zahlen lauten: 118,97 anhängige Verfahren im Jahre 1965 und 106,26 im Jahre 1984; 44 Erledigungen im Jahre 1965 und 58,19 im Jahre 1984.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabellen S. 423 bis 425 Bezug genommen.

Frage

4. b) lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

Aufgabenverschiebungen haben nicht stattgefunden.

Frage

9. lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wie viele der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 beim Bundesgerichtshof anhängigen und wie viele der erledigten Verfahren waren

- a) Baustreitigkeiten,
- b) Mietstreitigkeiten,
- c) Unterhaltsstreitigkeiten,
- d) Folgestreitigkeiten aus Verkehrsunfällen?

Die Zahl der Revisionen, die im Zusammenhang mit der Errichtung von Bauwerken stehende Werkverträge betrafen, ist von 231 im Jahre 1975 auf 304 im Jahre 1984 angestiegen.

Für Streitigkeiten über Wohnraummiete ist der Bundesgerichtshof wegen der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Amtsgerichts nicht zuständig. Der Bereich Mietrecht, der in der BGH-Statistik zusammen mit dem Pachtrecht erfaßt wird, betrifft Streitigkeiten über Mietverhältnisse, die keinen Wohnraum zum Gegenstand haben. Die diesen Bereich betreffenden Revisionen sind von 77 im Jahre 1965 auf 106 im Jahre 1984 angestiegen.

Unterhaltsstreitigkeiten werden beim Bundesgerichtshof nicht gesondert erfaßt.

Die Zahl der Revisionen, die Unfälle betrafen, wozu auch die Bereiche Luftfahrzeug und Eisenbahn gehören, ist mit 102 im Jahre 1965 und im Jahre 1984 gleichgeblieben; außer einer starken Abweichung nach unten im Jahre 1980 (84 Verfahren) lag sie in den übrigen Jahren zwischen 103 und 112 Verfahren.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 429 Bezug genommen.

10. a) lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Bei wie vielen der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 beim Bundesgerichtshof anhängigen und bei wie vielen der erledigten Streitigkeiten handelte es sich um Verfahren, bei denen

- aa) Revisionskläger und -beklagter ein Unternehmen oder eine Firma war,
- bb) der Revisionskläger ein Unternehmen oder eine Firma, der Revisionsbeklagte eine natürliche Person war,
- cc) der Revisionskläger eine natürliche Person, der Revisionsbeklagte ein Unternehmen oder eine Firma war und
- dd) Revisionskläger und -beklagter natürliche Personen waren?

Angaben liegen auch insoweit nur für die Jahre 1982 bis 1984 vor. Auch lassen sich die in der Frage vorgegebenen Konstellationen nicht in dieser Form beantworten. Zahlen liegen für die Revisionskläger und -beklagten nur jeweils gesondert vor, nicht gleichzeitig für beide Parteien.

In allen Jahren waren sowohl bei den Revisionsklägern als auch bei den Revisionsbeklagten die natürlichen Personen am stärksten, die Handelsgesellschaften am zweitstärksten vertreten. So entfielen beispielsweise im Jahre 1984 bei 4 022 Revisionsklägern 2 524 auf die Gruppe der natürlichen Personen, 1 121 auf die Gruppe der Handelsgesellschaften.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 430 Bezug genommen.

10. c lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Welche Zahlen liegen der Bundesregierung vor, daß bestimmte soziale Schichten der Bevölkerung den Bundesgerichtshof als Revisionskläger in diesen Jahren signifikant stärker in Anspruch genommen haben als es ihrem Anteil an der Bevölkerung und ihrer Teilnahme am Rechtsverkehr entspricht, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus;

Hierzu liegen keine Zahlen vor.

C. Geschäftsanfall bei den Familiengerichten

Wie lauten die den Fragen B.I.1 bis 6 und 8 entsprechenden — soweit sinnvoll übertragbar — Zahlen und Antworten (getrennt aufgegliedert nach Amtsgerichten, Oberlandesgerichten und dem Bundesgerichtshof), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Zahlen?

Vorbemerkung

Die Angaben über den Geschäftsanfall und die Erledigung der Verfahren bei den Familiengerichten der Länder sind den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 10, Reihe 2 (Zivilgerichte und Straferichte), entnommen. Die Zahlen für den Bundesgerichtshof beruhen auf der bei diesem Gericht geführten Zählkartenstatistik.

Das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14. Juni 1976 (BGBl. I S. 1421) hat im Familienrecht grundlegende Änderungen gebracht, insbesondere das Recht der Scheidung und Scheidungsfolgen auf eine neue Grundlage gestellt und die Familiengerichtsbarkeit in der jetzigen Form erst geschaffen. Der Geschäftsanfall aus der Zeit vor Inkrafttreten des Gesetzes (1. Juli 1977) läßt sich nicht mit dem späteren Geschäftsanfall vergleichen und ist deshalb in den folgenden Antworten nicht enthalten.

Amtsgerichte

Frage

1. lautet bezogen auf die Familiengerichte unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Wie viele Verfahren waren in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Amtsgerichten — Familienge-

richten — anhängig, wie viele Verfahren stammen jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Amtsgerichte jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

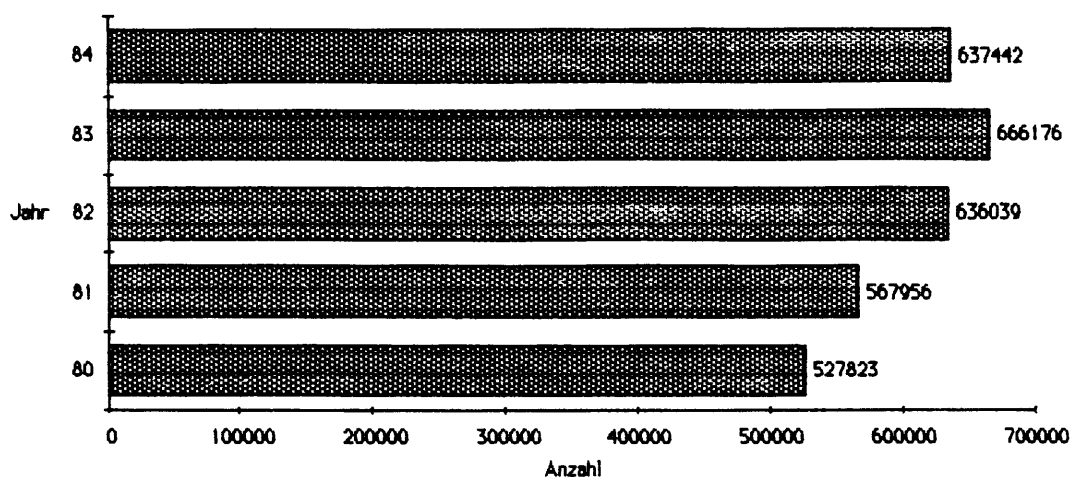
Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Familiensachen von 527 823 im Jahre 1980 auf 637 442 im Jahre 1984 um ca. 21 % gestiegen. Im Jahre 1983 waren mit 666 176 Verfahren sogar 26 % mehr Verfahren anhängig als 1980.

Signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern bestehen nicht: Die Zahl der anhängigen Verfahren hat zwischen 1980 und 1983 zuge-

nommen; lediglich in Hamburg war bereits im Jahre 1983 ein leichter Rückgang gegenüber 1982 zu verzeichnen. In allen Ländern ist im Jahre 1984 die Zahl der anhängigen Verfahren — wenn auch auf hohem Niveau bleibend — gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Bemerkenswert ist, daß dieser Rückgang in erster Linie auf dem Abbau des Bestandes (z. B. in Bremen um ca. 17 %) und weniger auf einem Sinken der Neuzugänge beruht.

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 431 Bezug genommen.

Familiengericht — Anhängige Verfahren



Frage

2. a) lautet bezogen auf die Familiengerichte unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Wie viele Verfahren haben die Amtsgerichte — Familiengerichte — in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des Verfahrens und dem Gebührenstreitwert auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

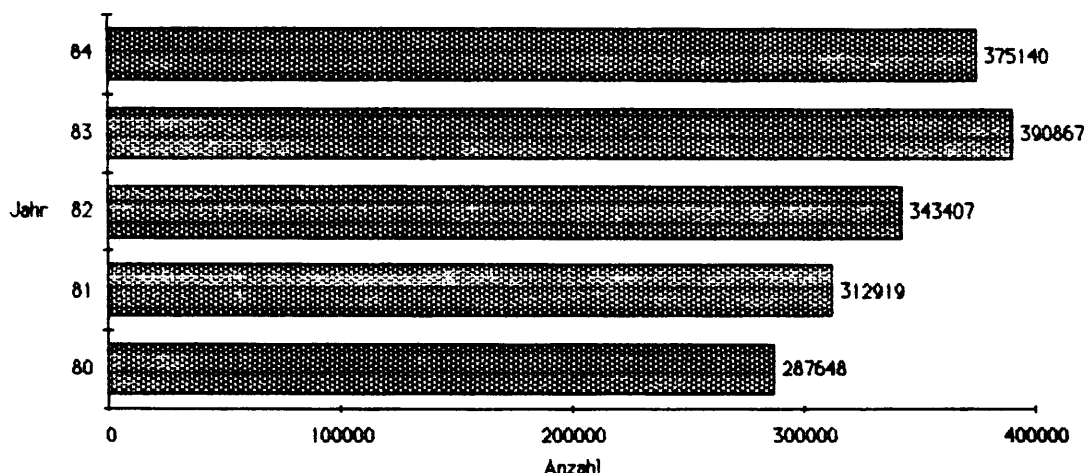
Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der Erledigungen von 287 648 im Jahre 1980 um ca. 30 % auf 375 140 im Jahre 1984 angestiegen. Im Jahre 1983

hat die Zahl der Erledigungen mit 390 867 sogar um ca. 36 % höher als 1980 gelegen.

In den einzelnen Bundesländern ist die Entwicklung fast gleich verlaufen wie im Bundesdurchschnitt. Lediglich in Hessen ist die Zahl der Erledigungen des Jahres 1984 höher als im Vorjahr. In allen anderen Ländern ist nach einem stetigen Anstieg der Erledigungen bis zum Jahre 1983 ein leichter Rückgang im Jahre 1984 zu beobachten.

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung, im übrigen wird auf Tabelle S. 432 verwiesen.

Familiengericht — Erledigte Verfahren



Im Bundesgebiet insgesamt und in den einzelnen Bundesländern waren in den Jahren 1980 bis 1984 die Scheidungsverfahren oder die Verfahren über allein anhängige Familiensachen, die keine anderen Eheverfahren und keine abgetrennten Scheidungsfolgesachen sind (z. B. sogenannte isolierte Unterhaltsverfahren) am stärksten vertreten.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 433 f. Bezug genommen.

Die Mehrzahl der Scheidungssachen und der anderen Ehesachen wurde durch Urteil erledigt. Auch der Anteil der Rücknahmen und der auf sonstige Weise erledigten Verfahren ist nicht unbeträchtlich. So wurden im Bundesgebiet insgesamt im Jahre 1980 97 848 Eheverfahren durch Urteil, 13 603 durch Rücknahme des Antrags oder der Klage und 20 705 auf andere Weise erledigt. Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der Urteile von 97 848 im Jahre 1980 um ca. 35% auf 131 951 im Jahre 1984 erhöht hat, während im gleichen Zeitraum die Rücknahmen (1980: 13 603; 1984: 12 646) und die Erledigungen auf sonstige Weise (1980: 20 705; 1984: 19 972) leicht zurückgegangen sind.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 438 f. Bezug genommen.

Die Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen und über allein anhängige andere Familiensachen, die keine Ehesachen sind, sowie Prozeßkostenhilfverfahren sind im Bundesgebiet insgesamt wie folgt erledigt worden: Die Zahl der Urteile ist von 32 191 im Jahre 1980 auf 47 452 im Jahre 1984 um ca. 40% gestiegen. Die Zahl der Beschlüsse hat sich von 53 234 im Jahre 1980 auf 67 959 im Jahre 1984 um ca. 28% und die der Vergleiche von 24 511 auf 34 498 um ca. 41% erhöht.

In den Ländern ist die Zahl der Urteile von 1980 bis 1984 angestiegen. In Bayern und Bremen ist die Zahl der Urteile im Jahre 1984 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, in den übrigen Ländern gestiegen. Demgegenüber ist die Zahl der Beschlüsse nach einem Anstieg bis zum Jahre 1983 in allen Ländern im Jahre 1984 rückläufig. Die Zahl der Ver-

gleiche ist mit Ausnahme eines leichten Rückgangs in Bremen und Hamburg auch im Jahre 1984 noch im Steigen begriffen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 440 f. verwiesen.

Im Bundesgebiet insgesamt hatte die Mehrzahl der Eheverfahren einen Gebührenstreitwert bis zu 10 000 DM: Während dieser Wert im Jahre 1980 bei 62% der Verfahren nicht überschritten wurde, ging ihr Anteil bis zum Jahre 1984 auf 54,1% zurück. Gebührenstreitwerte von über 100 000 DM hatten im Jahre 1980 lediglich 0,6% der Verfahren, im Jahre 1984 waren es 0,8% der Verfahren.

In den Ländern zeigen sich keine signifikanten Abweichungen. Auch in der Mehrzahl der Länder waren die Verfahren mit einem Gebührenstreitwert bis zu 10 000 DM am stärksten vertreten. Den größten Anteil an den Verfahren mit einem Gebührenstreitwert von über 100 000 DM hat Bayern (1984: 1,5%), während im Saarland der Anteil dieser Verfahren am geringsten ist (1984: 0,3%).

Bei den abgetrennten Folgesachen und allein anhängigen anderen Familiensachen, die keine Ehesachen sind, ist im Bundesgebiet insgesamt der Anteil der Verfahren mit einem Gebührenstreitwert bis 3 000 DM von 47,8% im Jahre 1980 auf 43,9% im Jahre 1984 gesunken. In etwa $\frac{3}{4}$ der Verfahren wird der Betrag von 5 000 DM nicht überschritten (1980: 78,7%, 1984: 73,2%). Der Gebührenstreitwert von mehr als 100 000 DM ist zwischen 1980 und 1983 gleichbleibend mit 0,2% vertreten und lag nur 1984 bei 0,3%. In den einzelnen Bundesländern bestehen keine signifikanten Unterschiede, der Anteil der Verfahren mit einem Gebührenstreitwert bis zu 5 000 DM liegt meist weit über 70%. Der Anteil der Verfahren mit einem Gebührenstreitwert von mehr als 100 000 DM überschreitet mit Ausnahme von Bayern im Jahre 1984 (0,7%) nicht ein halbes Prozent.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 442 bis 445 Bezug genommen.

Frage

2. b) lautet bezogen auf die Familiengerichte unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Wieviel Prozent der in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 14 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Im Bundesgebiet insgesamt hat sich die Dauer der von den Familiengerichten erledigten Scheidungs- und sonstigen Eheverfahren etwas erhöht: Während im Jahre 1980 noch 37,8% dieser Verfahren in einer Zeit bis zu sechs Monaten erledigt wurden, war dies im Jahre 1984 nur noch bei 34% der Verfahren der Fall.

Die Zahl der Verfahren, die mehr als 24 Monate bis zu ihrer Erledigung gebraucht haben, hat sich von 5,4% im Jahre 1980 auf 5,3% im Jahre 1984 verringert.

In den Ländern zeigt sich größtenteils ein ähnliches Bild: Bis auf Baden-Württemberg, Bayern und Bremen ist der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Scheidungs- und sonstigen Eheverfahren zwischen 1980 und 1984 zurückgegangen. Im Jahre 1984 lag Bremen mit 23,9% innerhalb von sechs Monaten erledigter Verfahren am weitesten unter dem Bundesdurchschnitt, Rheinland-Pfalz mit 42,3% am weitesten über dem Bundesdurchschnitt.

Die wenigsten Verfahren mit einer Dauer von über 24 Monaten hatte im Jahre 1984 Bayern mit 3%, die meisten Schleswig-Holstein mit 8,9%.

Gründe für die unterschiedliche Erledigungsdauer in den Ländern sind nicht bekannt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 446 f. Bezug genommen.

Auch die Dauer der Verfahren über abgetrennte Folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen, die keine Ehesachen sind, hat sich erhöht: Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren von 71,7% im Jahre 1980 und 74% im Jahre 1982 auf 69,8% im Jahre 1984 gesunken. Die Zahl der Verfahren, die mehr als 24 Monate gedauert haben, ist von 2,1% im Jahre 1980 auf 3,9% im Jahre 1984 gestiegen.

In den einzelnen Bundesländern war mit Ausnahme von Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren zwischen 1980 und 1984 rückläufig. Auffällig ist bei den abgetrennten Folgesachen und den allein anhängigen anderen Familiensachen, die keine Ehesachen sind, daß hier im Jahre 1983 der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren teilweise erheblich niedriger als im Jahre 1984 lag, so z. B. in

Bayern (1983: 70,2%; 1984: 78,2%) und Rheinland-Pfalz (1983: 60,8%; 1984: 69,9%).

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 448 f. Bezug genommen.

Frage

2. c) lautet bezogen auf die Familiengerichte:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Familiensachen vor den Amtsgerichten liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Weitergehende Erkenntnisse über die Dauer der Familiensachen vor den Amtsgerichten liegen der Bundesregierung nicht vor.

Frage

3. lautet bezogen auf die Familiengerichte unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Wie viele

a) Richter,

b) Rechtspfleger,

c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Amtsgerichten tätig waren,

waren jeweils in den Jahren ab 1980 an den Amtsgerichten in Familiensachen tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der an den Amtsgerichten in Familiensachen tätigen Richter von 954 im Jahre 1980 auf 1 068 im Jahre 1984 um ca. 12% gestiegen.

Bis auf Rheinland-Pfalz, wo sich die Zahl der Familienrichter im Jahre 1984 gegenüber 1980 nicht verändert hat, ist auch in den übrigen Bundesländern in diesem Zeitraum die Zahl der Familienrichter in ähnlichem Umfang gestiegen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 450 verwiesen.

Auch die Zahl der bei den Amtsgerichten in Familiensachen tätigen Rechtspfleger und sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes ist im Bundesgebiet insgesamt zwischen den Jahren 1980 und 1984 um ca. 13% angestiegen (1980: 312; 1984: 352). Dem entspricht die Entwicklung in den Ländern, von einem leichten Rückgang in Bayern und gleichbleibenden Zahlen in Hamburg und Rheinland-Pfalz abgesehen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 451 verwiesen.

Schließlich hat sich die Zahl der sonstigen Bediensteten, die bei den Amtsgerichten in Familiensachen tätig gewesen sind, zwischen den Jahren 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt um ca. 15% von 1 667 im Jahre 1980 auf 1 921 im Jahre 1984 erhöht. Bis auf einen leichten Rückgang in Berlin entspricht dies der Situation in den übrigen Bundesländern.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 452 verwiesen

Frage

4. a) lautet bezogen auf die Familiengerichte unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

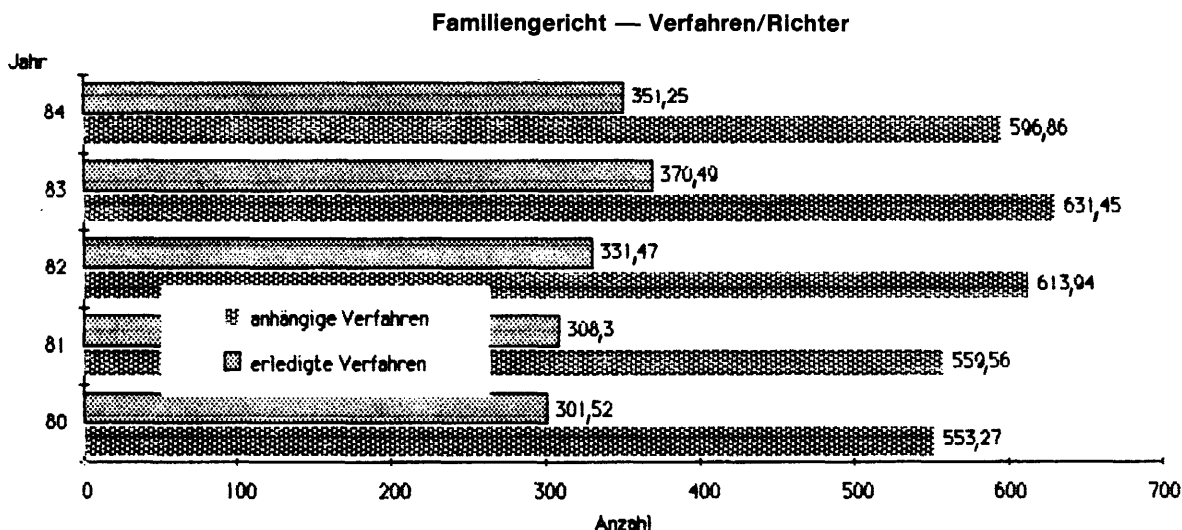
(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Verfahren, die jeweils auf einen in Familiensachen tätigen Richter entfielen, von 553,27 im Jahre 1980 auf 596,86 im Jahre 1984 um ca. 8% gestiegen; der prozentuale Anstieg bei den erledigten Verfahren, wo im Jahre 1980 301,52 und im

Jahre 1984 351,25 erledigte Verfahren auf einen in Familiensachen tätigen Richter entfielen, ist mit ca. 16,5% reichlich doppelt so hoch.

In den Bundesländern ist mit Ausnahme der Stadtstaaten die Zahl der anhängigen Verfahren pro Richter zwischen den Jahren 1980 und 1984 gestiegen. Die Zahl der erledigten Verfahren ist mit Ausnahme von Bremen in allen Bundesländern gestiegen. Im Jahre 1984 liegt das Saarland mit 753,65 (+156,79) anhängigen und 423,75 (+72,50) erledigten Verfahren am stärksten über dem Bundesdurchschnitt, Bayern mit 544,76 (–52,1) anhängigen und Bremen mit 315,05 (–36,2) erledigten Verfahren am stärksten unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 453 Bezug genommen.



Auch die Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren, die jeweils auf einen in Familiensachen tätigen Rechtspfleger entfielen, ist zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt um ca. 7% bzw. 16% gestiegen. Im Jahre 1980 kamen 1 691,74 anhängige und 921,95 erledigte Verfahren auf einen Rechtspfleger, im Jahre 1984 waren es 1 810,91 anhängige und 1 065,74 erledigte Verfahren.

In den meisten Bundesländern weisen die entsprechenden Zahlen zwischen 1980 und 1984 ebenfalls Steigerungen auf; in Berlin und Nordrhein-Westfalen ist allerdings die Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren pro Rechtspfleger rückläufig, in Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein nur die Zahl der pro Rechtspfleger anhängigen Verfahren. Gründe für die unterschiedliche Entwicklung in den Ländern sind nicht bekannt.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 454 Bezug genommen.

Schließlich ist auch die Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren, die jeweils auf einen sonstigen Bediensteten entfielen, zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt um ca. 5% bzw. ca. 13% gestiegen. Im Jahre 1980 entfielen 316,63 anhängige und 172,55 erledigte Verfahren, im Jahre 1984 331,83 anhängige und 195,28 erledigte Verfahren auf einen sonstigen Bediensteten.

In Bremen, Niedersachsen, im Saarland und Schleswig-Holstein ist die Zahl der anhängigen Verfahren pro sonstigen Bediensteten zwischen 1980 und 1984 zurückgegangen, die Zahl der erledigten Verfahren gestiegen; in den anderen Bundesländern ist in dem entsprechenden Zeitraum sowohl die Zahl der anhängigen als auch der erledigten Verfahren gestiegen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 455 Bezug genommen.

Frage

4. b) lautet bezogen auf die Familiengerichte:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In dem Zeitraum, für den Angaben vorliegen, ist es nicht zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

Frage

5. a) lautet bezogen auf die Familiengerichte unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Bei wie vielen der in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren ist es zu einer Beweisaufnahme gekommen (aufgegliedert nach der Art des Beweises: z. B. Zeugenvernehmung, Sachverständigenbeweis, Augenscheinseinnahme), und welchen Einfluß haben die einzelnen Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens gehabt?

Insoweit liegen keine Erkenntnisse vor.

Frage

5. b) lautet bezogen auf die Familiengerichte:

Inwieweit sind Verzögerungen beim Abschluß von Verfahren darauf zurückzuführen, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständigen gefehlt hat, welche Ursachen hat dieser Mangel ggf. nach Auffassung der Bundesregierung, und welche Maßnahmen sind erforderlich, um ihn zu beheben?

Die Bundesregierung hat keine Anhaltspunkte dafür, daß Verfahren vor den Familiengerichten in nennenswertem Umfang dadurch verzögert wurden, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständigen gefehlt hat.

Frage

6. a) lautet bezogen auf die Familiengerichte unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Gegen wieviel Prozent der in den Jahren ab 1980 von den Amtsgerichten — Familiengerichten — getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg (jeweils aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?

Exakte Tabellen zur Häufigkeit von Rechtsmitteln gegen Entscheidungen der Familiengerichte lassen sich wegen der Besonderheit des familiengerichtlichen Verfahrens, insbesondere des sogenannten Verbundverfahrens, nicht sinnvoll erstellen.

In Scheidungs- und Scheidungsfolgesachen ist regelmäßig gleichzeitig zu verhandeln und zu entscheiden (sogenannter Verbund). Ob über ein Rechtsmittel gegen eine im Verbund ergangene Endentscheidung des Amtsgerichts — Familiengericht — im Berufungs- oder im Beschwerdeverfahren zu verhandeln ist, hängt davon ab, welche Teile der Entscheidung angefochten werden; auch über eine Beschwerde ist im Berufungsverfahren zu entscheiden, wenn nachträglich Berufung gegen andere Teile der Entscheidung eingelegt wird. Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen der Familiengerichte werden deshalb nicht getrennt erfaßt. Nur sonstige, nicht gegen Endentscheidungen gerichtete Beschwerden werden gesondert ausgewiesen.

Wie viele Entscheidungen rechtsmittelfähig waren, ist im einzelnen nicht bekannt. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß die Entscheidungen der Amtsgerichte in Familiensachen ganz überwiegend ohne Rücksicht auf den Wert des Beschwerdegegenstandes angefochten werden können, insbesondere die Entscheidungen in Ehesachen.

Rechtsmittel können Verbundentscheidungen in sehr unterschiedlichem Umfang angreifen. Sie können sich gegen den Scheidungsausspruch, gegen eine einzelne Folgesache, aber auch gegen mehrere solcher Teile der Verbundentscheidung oder die gesamte Verbundentscheidung richten. Die Zahl der Rechtsmittel gegen Verbundentscheidungen sagt daher wenig darüber aus, ob der Rechtsmittelführer die Entscheidung insgesamt für falsch hält oder weitgehend hinnimmt.

Allerdings lassen sich Tendenzen erkennen. So wurde der Scheidungsausspruch in den Jahren 1980 und 1984 in weniger als 1% der Fälle angefochten. Der Scheidungsausspruch ist also ganz überwiegend nicht Gegenstand der Berufung.

Allgemeine Hinweise zur Rechtsmittelhäufigkeit ergeben sich aus einer Gegenüberstellung der von den Amtsgerichten — Familiengerichten — erledigten Verfahren und der bei den Oberlandesgerichten — Familiensenaten — eingegangenen Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß für die Verfahren vor den Oberlandesgerichten auf den Zeitpunkt des Eingangs bei diesen Gerichten abgestellt ist und nicht auf den — früheren — Zeitpunkt der amtsgerichtlichen Entscheidung. Im Jahre 1980 haben die Amtsgerichte — Familiengerichte — 183 943 Verfahren durch Urteil oder Beschluß (ohne Beschluß wegen Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb, Abgabe an ein anderes Gericht, Verbindung mit einer anderen Sache) erledigt. Dem stehen 16 896 bei den Oberlandesgerichten — Familiensenaten — eingegangene Berufungsverfahren oder Beschwerden gegen Endentscheidungen gegenüber. Für die folgenden Jahre lauten die Zahlen: 1981 — 204 524 / 17 898; 1982 — 217 688 / 19 153; 1983 — 262 733 / 22 612; 1984 — 248 111 / 23 568. Das Verhältnis der bei den Oberlandesgerichten eingegangenen Verfahren zu den von den Amtsgerichten erledigten Verfahren ist in

diesen Jahren ziemlich konstant geblieben (ca. 8,6 bis 9,7%).

Auf Tabellen S. 438 bis 441, 456 wird Bezug genommen.

Im Jahre 1980 wurden im Bundesgebiet insgesamt 7 742 Berufungsverfahren oder Beschwerden gegen Endentscheidungen der Familiengerichte durch Urteil oder Beschluß erledigt (erfaßt sind hierbei nur Fälle, in denen das Rechtsmittel zurückgewiesen oder verworfen wurde oder zur Aufhebung oder Änderung der angefochtenen Entscheidung durch das Oberlandesgericht führte). In 3 086 dieser Fälle wurde das Rechtsmittel als unbegründet zurückgewiesen oder als unzulässig verworfen; dies entspricht ca. 39,9% der Fälle. In den übrigen ca. 60,1% (4 656 Fälle) führte das Rechtsmittel entweder zur Aufhebung der angefochtenen Entscheidung und Zurückverweisung der Sache (650 Fälle, das sind ca. 8,4% der erledigten Verfahren) oder zur Änderung der angefochtenen Entscheidung und eigenen Sachentscheidung des Oberlandesgerichts (4 006 Fälle, das sind ca. 51,7% der erledigten Verfahren).

Im Jahre 1984 wurden im Bundesgebiet insgesamt 11 159 Berufungsverfahren oder Beschwerden gegen Endentscheidungen der Familiengerichte durch Urteil oder Beschluß erledigt. Hierbei wurde das Rechtsmittel in 3 509 Fällen als unbegründet zurückgewiesen oder als unzulässig verworfen; dies entspricht ca. 31,4% der Fälle. In den übrigen ca. 68,6% (7 650 Fälle) führte das Rechtsmittel entweder zur Aufhebung der angefochtenen Entscheidung und Zurückverweisung der Sache (597 Fälle, das sind ca. 5,4% der erledigten Verfahren) oder zur Änderung der angefochtenen Entscheidung und eigenen Sachentscheidung des Oberlandesgerichts (7 053 Fälle, das sind ca. 63,2% der erledigten Verfahren).

Die gegenüber allgemeinen Zivilsachen höhere Rechtsmittelerfolgsquote (vgl. hierzu Tabellen S. 408f., 479f.) dürfte damit zusammenhängen, daß das neue Ehe- und Familienrecht erst verhältnismäßig kurze Zeit in Kraft ist und deshalb Streitfragen nicht selten bei Erlaß der erstinstanzlichen Entscheidung in der höchstrichterlichen Rechtsprechung noch ungeklärt waren. Zu berücksichtigen ist ferner, daß die Rechtslage in den Jahren ab 1980 durch mehrere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht sowie durch Änderung von Rechtsvorschriften (z. B. Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich vom 21. Februar 1983 — BGBl. I S. 105) beeinflusst wurde und die neue Rechtslage häufig erst im Rechtsmittelverfahren berücksichtigt werden konnte.

Die hohen Erfolgsquoten dürfen im übrigen auch nicht überbewertet werden. Zum einen sind in ihr auch die nicht seltenen Fälle erfaßt, in denen der Versorgungsausgleich oder der Unterhalt nur um geringe Beträge abgeändert wurden. Zum anderen sind bei der Aufhebung und Zurückverweisung auch die Fälle erfaßt, in denen das Amtsgericht — Familiengericht — nach erneuter Verhandlung

seine ursprüngliche Entscheidung im Ergebnis wiederherstellt.

In den einzelnen Bundesländern ergeben sich teilweise nicht unerhebliche Abweichungen von den Bundesergebnissen. So war der Anteil der Fälle, in denen die Berufung oder Beschwerde gegen eine Endentscheidung des Familiengerichts als unbegründet zurückgewiesen oder als unzulässig verworfen wurde, im Jahre 1984 in Schleswig-Holstein mit 18,9% am niedrigsten, in Bremen mit 45% am höchsten. Gründe für die Unterschiede in den Länderergebnissen sind nicht bekannt.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 479f. verwiesen.

Bei den sonstigen Beschwerden war die Rechtsmittelerfolgsquote deutlich niedriger als bei Berufungen oder Beschwerden gegen Endentscheidungen der Familiengerichte. Im Jahre 1980 wurden im Bundesgebiet insgesamt 11 089 sonstige Beschwerden durch Beschluß erledigt. Hierbei wurde die Beschwerde in 6 827 Fällen als unbegründet zurückgewiesen oder als unzulässig verworfen; dies entspricht ca. 61,6% der Fälle. In den übrigen ca. 38,4% (4 262 Fälle) führte die Beschwerde entweder zur Aufhebung der angefochtenen Entscheidung und Zurückverweisung der Sache (1 019 Fälle, das sind ca. 9,2% der erledigten Verfahren) oder zur Änderung der angefochtenen Entscheidung und eigenen Sachentscheidung des Oberlandesgerichts (3 243 Fälle, das sind ca. 29,2% der erledigten Verfahren).

Im Jahre 1984 wurden im Bundesgebiet insgesamt 19 609 sonstige Beschwerden durch Beschluß erledigt (Erledigungen durch Beschluß gemäß § 91a ZPO sind in diesen Zahlen nicht enthalten). Hierbei wurde die Beschwerde in 12 682 Fällen als unbegründet zurückgewiesen oder als unzulässig verworfen; dies entspricht ca. 64,7% der Fälle. In den übrigen ca. 35,3% (6 927 Fälle) führte die Beschwerde entweder zur Aufhebung der angefochtenen Entscheidung und Zurückverweisung der Sache (1 730 Fälle, das sind ca. 8,8% der erledigten Verfahren) oder zur Änderung der angefochtenen Entscheidung und eigenen Sachentscheidung des Oberlandesgerichts (5 197 Fälle, das sind ca. 26,5% der erledigten Verfahren).

In den einzelnen Bundesländern ergeben sich teilweise auch bei den sonstigen Beschwerden nicht unerhebliche Abweichungen von den Bundesergebnissen. So war der Anteil der Fälle, in denen die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen oder als unzulässig verworfen wurde, im Jahre 1984 in Hamburg mit 49,4% am niedrigsten, in Bremen mit 69,7% am höchsten. Gründe für die Unterschiede in den Länderergebnissen sind nicht bekannt.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 481f. verwiesen.

Fragen

6. b) und c) lauten bezogen auf die Familiengerichte unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

In wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren hat die 2. Instanz

aa) die von der 1. Instanz ermittelten Tatsachen ohne Beweiserhebung anders gewürdigt,

bb) neue Beweise erhoben,

cc) eine andere rechtliche Auffassung als die 1. Instanz vertreten

(aufgegliedert nach erfolgreichen und erfolglosen Rechtsmitteln)?

Liegen der Bundesregierung Zahlen (z. B. repräsentative Stichproben) darüber vor, in wieviel Prozent der Rechtsmittelverfahren der Schwerpunkt des Streites überwiegend im tatsächlichen und in wieviel Prozent im rechtlichen Bereich lag?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

Fragen

8. a) und b) lauten bezogen auf die Familiengerichte:

Wie lauten die den Fragen 1 bis 6 entsprechenden Zahlen jeweils für die beiden kleinsten und die beiden größten Amtsgerichte — Familiengerichte — jedes Bundeslandes?

Läßt sich aus diesen oder sonstigen der Bundesregierung vorliegenden Zahlen ein qualitativer Unterschied zwischen kleinen und großen Amtsgerichten — Familiengerichten — feststellen?

Die insoweit erfragten Daten konnten nicht maschinell bearbeitet werden, da ein Teil der hierfür benötigten Datenbänder aus Gründen des Datenschutzes noch nicht vorliegt.

Oberlandesgericht

Vorbemerkung

Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen der Familiengerichte werden ge-

meinsam, sonstige Beschwerden gesondert ausgewiesen. Wegen der Gründe wird auf die Antwort zu Frage C I. 6.a) — Amtsgerichte — verwiesen.

Frage

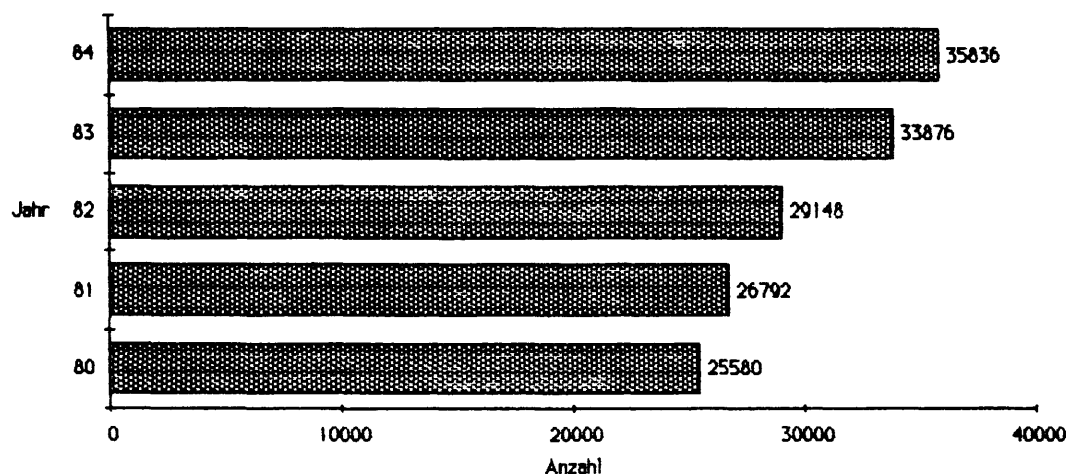
1. lautet bezogen auf die Oberlandesgerichte — Familiensenate — unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Wie viele Verfahren waren in Familiensachen in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Oberlandesgerichten — Familiensenaten — anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Oberlandesgerichte jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Berufungsverfahren und Beschwerden (Bestand am Jahresanfang und Neuzugänge) gegen Endentscheidungen der Amtsgerichte — Familiengerichte — von 25 580 im Jahre 1980 auf 35 836 im Jahre 1984 um ca. 40 % und der Bestand am Jahresanfang von 8 684 im Jahre 1980 auf 12 268 im Jahre 1984 um ca. 41 % angestiegen. Die Steigerungsrate bei 16 896 Neuzugängen im Jahre 1980 und 23 568 Neuzugängen im Jahre 1984 beträgt ca. 39 %. Mit Ausnahme des Bestandes am Jahresanfang in Berlin sind auch in den einzelnen Bundesländern die entsprechenden Zahlen zwischen 1980 und 1984 angestiegen. Den stärksten Zuwachs bei den anhängigen Verfahren hat Schleswig-Holstein mit ca. 71 % (1 723 Verfahren im Jahre 1980 und 2 948 Verfahren im Jahre 1984), den geringsten Berlin mit ca. 13 % (1980: 1 434; 1984: 1 614).

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 456 Bezug genommen.

Familiensachen — Oberlandesgericht — Anhängige Verfahren



Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen sonstigen, nicht gegen Endentscheidungen der Amtsgerichte — Familiengerichte — eingelegten Beschwerden von 14 348 im Jahre 1980 auf 24 363 im Jahre 1984 um ca. 70 % und der Bestand am Jahresanfang von 1 609 im Jahre 1980 auf 2 699 im Jahre 1984 um ca. 68 % angewachsen. Die Steigerungsrate bei 12 739 Neuzugängen im Jahre 1980 und 21 664 Neuzugängen im Jahre 1984 beträgt ca. 70 %. Mit Ausnahme des Bestandes in Bayern sind auch in den einzelnen Bundesländern die entsprechenden Zahlen zwischen 1980 und 1984 angestiegen. Den stärksten Zuwachs bei den anhängigen Verfahren hat Niedersachsen mit 101 % (1 717 Verfahren im Jahre 1980 und 3 457 Verfahren im Jahre 1984), den geringsten Bayern mit 33 % (1980: 2 075; 1984: 2 750).

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 457 Bezug genommen.

Frage

2. a) lautet bezogen auf die Oberlandesgerichte — Familiensenate — unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Wie viele Verfahren in Familiensachen haben die Oberlandesgerichte — Familiensenate — in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des Verfahrens und dem Gebührenstreitwert auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der erledigten Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen von 16 722 im Jahre 1980 auf 23 039 im Jahre 1984 um ca. 38 % angestiegen.

In den einzelnen Bundesländern hat die Zahl der Erledigungen zwischen 1980 und 1984 ebenfalls zugenommen. Am größten ist die Steigerungsrate in

Schleswig-Holstein (1980: 627; 1984: 1 184) mit ca. 89 %, am geringsten in Berlin (1980: 974; 1984: 1 105) mit ca. 13 %.

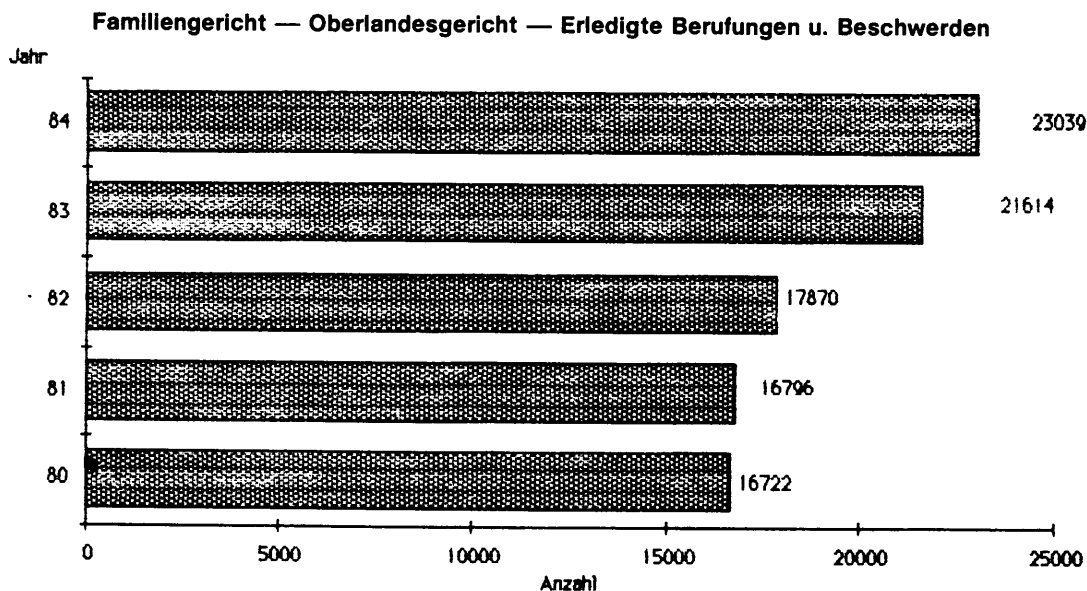
Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der untenstehenden graphischen Darstellung; wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 458 Bezug genommen.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der durch Urteil erledigten Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen in Familiensachen von 3 632 im Jahre 1980 auf 5 554 im Jahre 1984 um ca. 53 % gestiegen. Bei den Beschlüssen beträgt die Steigerungsrate mit 4 714 Verfahren im Jahre 1980 und 6 523 im Jahre 1984 ca. 38 %. Um ca. 54 % gestiegen ist die Zahl der Vergleiche (1980: 2 399; 1984: 3 685). Häufigste Erledigungsart war bis auf 1981 in allen Jahren die Zurücknahme der Berufung. Die Zurücknahmen sind von 5 201 im Jahre 1980 um ca. 28 % auf 6 636 im Jahre 1984 gestiegen.

In den einzelnen Bundesländern ist die Entwicklung ähnlich verlaufen. Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 466 f., wegen der sonstigen, nicht gegen Endentscheidungen gerichteten Beschwerden auf Tabelle S. 468 f. verwiesen.

Von 16 722 im Jahre 1980 erledigten Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen in Familiensachen betrafen 15 314 Verfahren, das sind ca. 92 %, Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen, die nicht Ehesachen sind, und 1 056 Scheidungsverfahren — ca. 6 % —. Im Jahre 1984 entfielen auf 23 039 erledigte Verfahren 21 379 Scheidungsfolgesachen und allein anhängige Familiensachen, die nicht Ehesachen sind, das sind ca. 93 %, sowie 1 122 Scheidungsverfahren — ca. 5 % —.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 460 f., wegen der sonstigen, nicht gegen Endentscheidungen gerichteten Beschwerden auf Tabelle S. 462 f. Bezug genommen.



Im Bundesgebiet insgesamt ist bei den erledigten Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen der Gebührenstreitwert bis einschließlich 3 000 DM am stärksten vertreten. Im Jahre 1980 waren 41,4%, im Jahre 1984 40,4% diesem Bereich zuzuordnen. Einen Gebührenstreitwert von mehr als 100 000 DM hatten im Jahre 1980 lediglich 0,4%, im Jahre 1984 0,6% der Verfahren.

In den einzelnen Bundesländern ist der Gebührenstreitwert bis einschließlich 3 000 DM ebenfalls am stärksten vertreten. Im Jahre 1984 hatte dieser Bereich in Schleswig-Holstein mit 55% den stärksten Anteil, in Nordrhein-Westfalen mit 36,7% den geringsten Anteil. Die Verfahren mit einem Streitwert von mehr als 100 000 DM waren in Baden-Württemberg 1984 mit 1,1% am stärksten vertreten.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 470f. verwiesen.

Frage

2. b) lautet bezogen auf die Oberlandesgerichte — Familiensenate — unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Wieviel Prozent der in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren in Familiensachen waren zum Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Im Bundesgebiet insgesamt ist der Anteil der ab Eingang beim Oberlandesgericht innerhalb von sechs Monaten erledigten Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen in Familiensachen von 69,5% im Jahre 1980 auf 62,6% im Jahre 1984 zurückgegangen. Der Anteil der Verfahren, die länger als 24 Monate gedauert haben, ist von 0,8% im Jahre 1980 auf 3,7% im Jahre 1984 angestiegen. Der prozentuale Rückgang der Verfahren mit einer Dauer von bis zu sechs Monaten könnte zu einem Teil darauf zurückzuführen sein, daß der Anteil der Berufungsrücknahmen abgenommen hat, der Anteil der durch Urteil erledigten Verfahren dagegen angestiegen ist.

Bei den innerhalb von sechs Monaten ab Eingang beim Oberlandesgericht erledigten Verfahren liegt 1984 Bayern mit 83,4% am stärksten über dem Bundesdurchschnitt, Schleswig-Holstein mit 30,1% am weitesten unter dem Bundesdurchschnitt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 472ff., wegen der sonstigen, nicht gegen Endentscheidungen gerichteten Beschwerden auf Tabelle S. 475f. Bezug genommen.

Frage

2. c) lautet bezogen auf die Oberlandesgerichte — Familiensenate — unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Verfahren in Familiensachen vor den Oberlandes-

gerichten liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Weitergehende Erkenntnisse liegen nicht vor.

Frage

3. lautet bezogen auf die Oberlandesgerichte — Familiensenate — unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Wie viele

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Oberlandesgerichten tätig waren,

waren jeweils in den Jahren ab 1980 an den Oberlandesgerichten in Familiensachen tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der in Familiensachen tätigen Richter von 259 im Jahre 1980 auf 321 im Jahre 1984 um ca. 24% gestiegen.

In den meisten Bundesländern hat die Zahl der Richter zwischen 1980 und 1984 ebenfalls zugenommen. Indes ist in Hessen die Zahl der Richter im wesentlichen unverändert geblieben, in Bayern sogar um 10% gesunken.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 477 verwiesen.

Für die Beamten des gehobenen Dienstes und die sonstigen Bediensteten läßt sich eine Unterscheidung zwischen der Befassung mit Familiensachen und mit anderen Sachen nicht in einer Weise treffen, die Zahlenangaben ermöglichen würde.

Frage

4. a) lautet bezogen auf die Oberlandesgerichte — Familiensenate — unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren in Familiensachen zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- aa) Richter,
- bb) Rechtspfleger,
- cc) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen in Familiensachen, die jeweils auf einen Richter entfielen, von 98,76 im Jahre 1980 auf 111,63 im Jahre 1984 um ca. 13% gestiegen. Bei den erledigten Verfahren beträgt die Steigerungsrate mit 64,56 Verfahren im Jahre 1980 und 71,77 Verfahren im Jahre 1984 ca. 11%.

In den Ländern ergeben sich zum Teil Abweichungen: In Berlin und Hamburg ist die Zahl der anhängen-

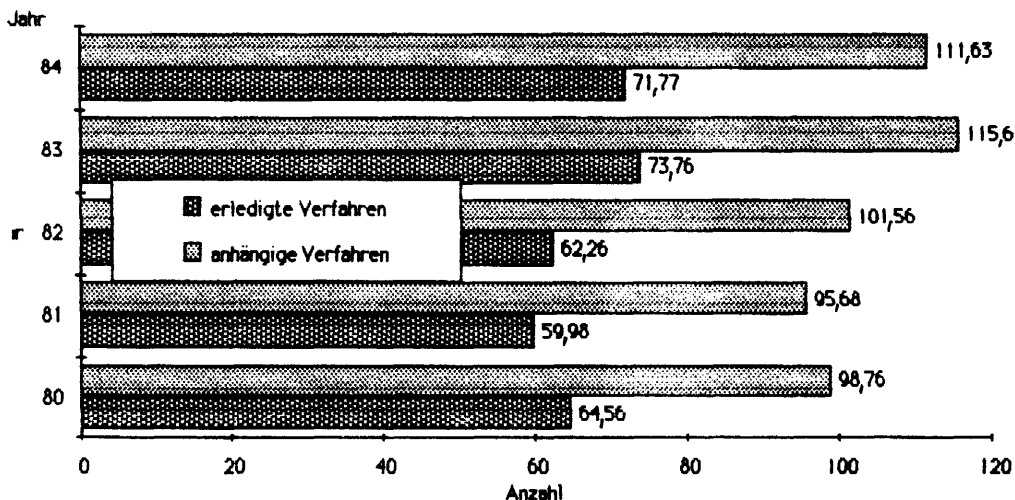
gigen und der erledigten Verfahren pro Richter zwischen 1980 und 1984 gesunken.

Im Jahre 1984 liegt Schleswig-Holstein mit 184,25 anhängigen Verfahren am stärksten über dem Bundesdurchschnitt, Berlin mit 53,8 anhängigen Verfahren am stärksten unter dem Bundesdurchschnitt.

schnitt. Die meisten Erledigungen, nämlich 86,7 pro Richter, gab es im Jahre 1984 in Hessen, die wenigsten mit 36,83 in Berlin.

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 478 verwiesen.

Familiengericht — Oberlandesgericht — Verfahren/Richter



Für die Beantwortung der übrigen Fragen fehlen die erforderlichen Angaben zum gehobenen Dienst und für die sonstigen Bediensteten.

Frage

4. b) lautet bezogen auf die Oberlandesgerichte — Familiensenate — unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In dem Zeitraum, für den Angaben vorliegen, ist es nicht zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

Frage

5. a) lautet bezogen auf die Oberlandesgerichte — Familiensenate — unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Bei wie vielen der in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren ist es zu einer Beweisaufnahme gekommen (aufgegliedert nach der Art des Beweises: z. B. Zeugenvernehmung, Sachverständigenbeweis, Augenscheinseinnahme), und welchen Einfluß haben die einzelnen Beweismittel auf die Dauer des Verfahrens gehabt?

Insoweit liegen keine Daten vor.

Frage

5. b) lautet bezogen auf die Oberlandesgerichte — Familiensenate — unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Inwieweit sind Verzögerungen beim Abschluß von Verfahren darauf zurückzuführen, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständigen gefehlt hat, welche Ursachen hat dieser Mangel ggf. nach Auffassung der Bundesregierung, und welche Maßnahmen sind erforderlich, um ihn zu beheben?

Die Bundesregierung hat keine Anhaltspunkte dafür, daß Verfahren in Familiensachen vor den Oberlandesgerichten in erwähnenswertem Umfang dadurch verzögert wurden, daß es den Gerichten an geeigneten Sachverständigen gefehlt hat.

Frage

6. a) lautet bezogen auf die Oberlandesgerichte — Familiensenate — unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Gegen wieviel Prozent der in den Jahren ab 1980 von den Oberlandesgerichten getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen in Familiensachen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg (jeweils aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?

Daten liegen nur beschränkt für die Zeit ab 1982 vor. Bekannt ist, mit wie vielen Revisionen und weiteren Beschwerden der Bundesgerichtshof befaßt

war. Hierbei ist jedoch auf den Zeitpunkt des Eingangs abgestellt, nicht auf den Zeitpunkt der Entscheidung des Oberlandesgerichts. Demgemäß können nur Angaben zur Zahl der bei dem Bundesgerichtshof in den erfragten Jahren anhängig gewordenen Rechtsmittel gemacht werden; diese Angaben lassen Rückschlüsse auf die Rechtsmittelhäufigkeit gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte zu.

Wie viele Entscheidungen der Oberlandesgerichte rechtsmittelfähig waren, ist im einzelnen nicht bekannt. Zu berücksichtigen ist, daß die Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Familiensachen grundsätzlich nur angefochten werden können, wenn das Oberlandesgericht die Revision oder weitere Beschwerde zugelassen hat.

Im Jahre 1982 erledigten die Oberlandesgerichte 17 870 Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen. In diesem Jahr erledigte der Bundesgerichtshof 114 Revisionen und 227 weitere Beschwerden. Allerdings sind die vom BGH erledigten Verfahren zu einem nicht unerheblichen Teil nicht deckungsgleich mit den im selben Jahr von den Oberlandesgerichten erledigten Verfahren.

Im Jahre 1983 erledigten die Oberlandesgerichte 21 614 Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen. In diesem Jahr erledigte der Bundesgerichtshof 118 Revisionen und 208 weitere Beschwerden. Im Jahre 1984 erledigte der Bundesgerichtshof 96 Revisionen und 105 weitere Beschwerden, während die Oberlandesgerichte in diesem Jahr 23 039 Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen erledigten.

Es liegen keine Daten vor, wie viele Revisionen und weitere Beschwerden auf die Oberlandesgerichte der einzelnen Bundesländer entfielen und in welchem Umfang die Rechtsmittel Erfolg hatten.

Auf die Tabellen S. 458, 485 wird verwiesen.

Bundesgerichtshof

Frage

1. lautet bezogen auf den Bundesgerichtshof unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Wie viele Verfahren in Familiensachen waren in den Jahren ab 1980 jeweils bei dem Bundesgerichtshof anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatte der Bundesgerichtshof jeweils in diesen Jahren?

Für den Bundesgerichtshof liegen insoweit nur Angaben über die Anzahl der erledigten Revisionen und weiteren Beschwerden für die Zeit ab dem Jahre 1982 vor, nicht über die Zahl des Bestandes am Jahresanfang und der Neuzugänge (vgl. Antwort zu Frage C.I.2.a). Auch aus dem Geschäftsanfall der mit Familiensachen befaßten Senate läßt sich die Zahl der anhängigen Verfahren nicht herleiten, da diese Senate nicht ausschließlich für Familiensachen zuständig sind.

Frage

2. a) lautet bezogen auf den Bundesgerichtshof unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

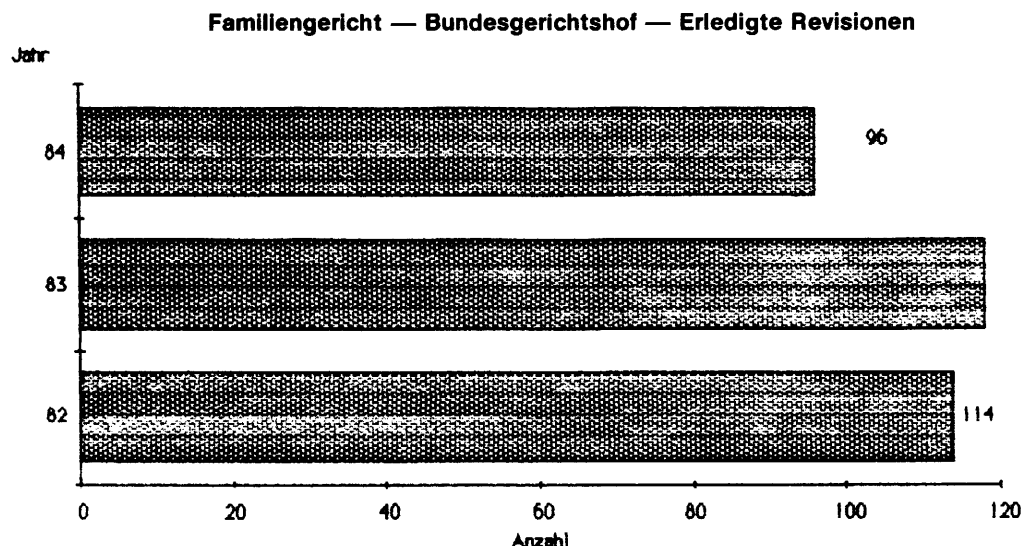
Wie viele Verfahren in Familiensachen hat der Bundesgerichtshof in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung, dem Gegenstand des Verfahrens und dem Gebührenstreitwert auf?

Insoweit liegen seit dem Jahre 1982 Zahlen vor.

Die Zahl der erledigten Revisionen ist von 114 im Jahre 1982 auf 118 im Jahre 1983 gestiegen, dann auf 96 im Jahre 1984 zurückgegangen.

Der Großteil dieser Verfahren betraf den Ehegattenunterhalt (73 im Jahre 1982, 71 im Jahre 1983 und 57 im Jahre 1984).

Die Entwicklung zwischen 1982 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung:



wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 483 verwiesen.

Die Zahl der vom Bundesgerichtshof erledigten weiteren Beschwerden in Familiensachen ist von 227 im Jahre 1982 auf 208 im Jahre 1983 und 105 im Jahre 1984 zurückgegangen. Der Großteil dieser Verfahren betraf den Versorgungsausgleich, so 218 im Jahre 1982, 196 im Jahre 1983 und 100 im Jahre 1984.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 484 Bezug genommen.

Von den Revisionen wurde der Großteil durch streitiges Urteil erledigt: Auf 114 erledigte Revisionen kamen 1982 89 Urteile; auf 118 erledigte Revisionen im Jahre 1983 ebenfalls 89 Urteile und auf 96 erledigte Revisionen im Jahre 1984 71 Urteile.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 485 Bezug genommen.

Von den erledigten Revisionen hatten die Verfahren mit einem Gebührenstreitwert bis zu 4 000 DM den höchsten Anteil. So kamen im Jahre 1982 auf 114 Revisionen 40 mit einem Gebührenstreitwert bis zu 4 000 DM, 24 mit einem Gebührenstreitwert von über 4 000 DM bis 6 000 DM, 20 mit einem Gebührenstreitwert von über 6 000 DM bis 10 000 DM. Zehn Revisionen fielen in den Bereich von mehr als 100 000 DM. Auch in den Jahren 1983 und 1984 waren die Revisionen mit einem Gebührenstreitwert von bis zu 4 000 DM am stärksten vertreten.

Bei den erledigten weiteren Beschwerden waren in den Jahren 1982 bis 1984 die Fälle mit einem Gebührenstreitwert bis 1 000 DM am stärksten vertreten.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 486 Bezug genommen.

Fragen

2. b) und c) lauten bezogen auf den Bundesgerichtshof unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

b) Wieviel Prozent der in den Jahren ab 1980 beim Bundesgerichtshof erledigten Verfahren in Familiensachen waren jeweils zum Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig?

c) Welche Erkenntnisse über die Dauer der Familiensachen vor dem Bundesgerichtshof liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Daten liegen erst ab dem Jahre 1982 vor. Danach betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer in 1982 17,9, in 1983 16,0 und in 1984 15,1 Monate.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 487 verwiesen.

Der Bundesregierung liegen weitere Daten und Erkenntnisse nicht vor.

Frage

3. lautet bezogen auf den Bundesgerichtshof unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Wie viele

a) Richter,

b) Rechtspfleger,

c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an dem Bundesgerichtshof tätig waren,

waren jeweils in den Jahren ab 1980 an dem Bundesgerichtshof in Familiensachen tätig?

In den Jahren zwischen 1980 und 1984 waren am Bundesgerichtshof 8 Richter in Familiensachen tätig mit Ausnahme der Jahre 1980 (6 Richter) und 1984 (7 Richter). Bei den übrigen Bediensteten läßt sich eine Unterscheidung zwischen der Befassung mit Familiensachen und mit anderen Sachen nicht in einer Weise treffen, die Zahlenangaben ermöglichen würde.

Frage

4. a) lautet bezogen auf den Bundesgerichtshof unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

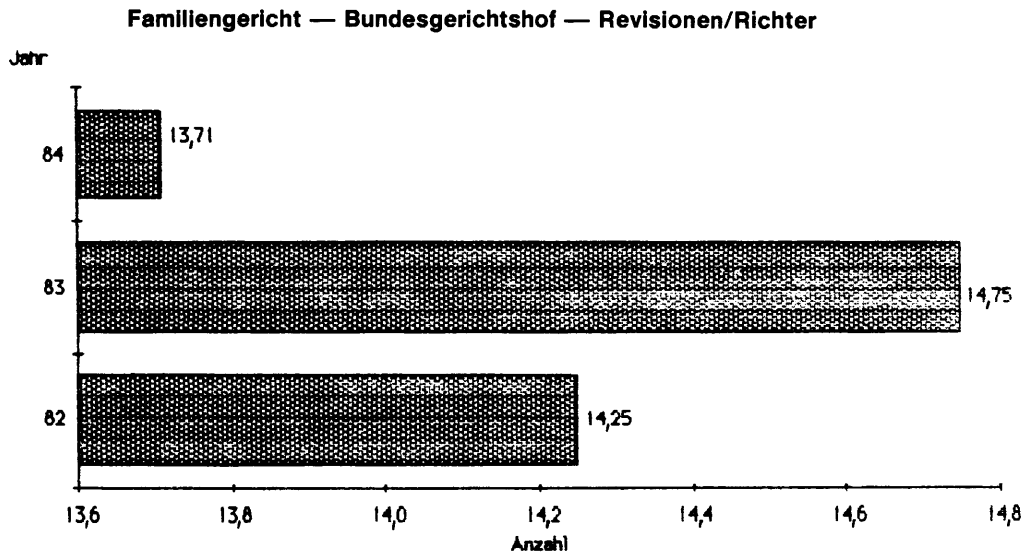
In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren in Familiensachen zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

aa) Richter,

bb) Rechtspfleger,

cc) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter?

Zahlen liegen für Richter ab dem Jahre 1982 vor. In diesem Jahre kamen auf einen Richter 14,25 erledigte Revisionen, im Jahre 1983 waren es 14,75 und im Jahre 1984 13,71 Revisionen; im übrigen wird auf die nachfolgende graphische Darstellung verwiesen.



Im Jahre 1982 kamen auf einen Richter 28,38 erledigte weitere Beschwerden, im Jahre 1983 waren es 26 und im Jahre 1984 15 weitere Beschwerden.

Frage

4. b) lautet bezogen auf den Bundesgerichtshof unter Berücksichtigung der Vorbemerkung zu Abschnitt C:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In dem Zeitraum, für den Angaben vorliegen, ist es nicht zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

Die Fragen 5, 6 und 8 sind nicht sinnvoll auf den Bundesgerichtshof übertragbar.

D. Geschäftsanfall in der Strafjustiz

I. Strafgerichte

Wie lauten die den Fragen B. I. 1 bis 4, 6 und 8 entsprechenden — soweit sinnvoll übertragbar — Zahlen für die Strafgerichte (getrennt aufgegliedert für die Amtsgerichte, Landgerichte als erste Instanz, Landgerichte als Berufungsinstanz, Oberlandesgerichte als erste Instanz, Oberlandesgerichte als Berufungsinstanz, Oberlandesgerichte als Revisionsinstanz und den Bundesgerichtshof), und wie erklärt sich die Bundesregierung von Bundesland zu Bundesland variierende Zahlen?

Vorbemerkung

Die Angaben über den Geschäftsanfall und die Erledigung der Verfahren bei den Gerichten der Län-

der sind den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 10, Reihe 2 (Zivilgerichte und Strafgerichte) entnommen. Diese Statistik wird seit dem Jahre 1971 geführt. Für das Jahr 1965 liegt eine zum Vergleich geeignete Erhebung nicht vor. Die Geschäftsübersichten der Gerichte aus diesem Jahre enthalten nur wenige der erfragten Daten, die nicht zum Vergleich herangezogen werden können, weil sie auf anderen Erhebungsmethoden beruhen und die anfallenden Geschäfte teilweise anders zusammengefaßt sind. Deshalb haben die Zahlen keinen Aussagewert, so daß für das Jahr 1965 für die Gerichte der Länder keine Daten in den Tabellenband aufgenommen worden sind.

Für den Bundesgerichtshof sind die Angaben den Geschäftsübersichten entnommen. Die Geschäftsübersichten haben gegenüber der seit dem Jahre 1972 geführten Zählkartenstatistik den Vorteil, daß sie auch für das Jahr 1965 vorliegen und nur die Revisionsverfahren, nicht Revisionen, von denen mehrere in einem Verfahren eingelegt werden können, zählt.

Amtsgerichte

Frage

- I. 1. lautet, auf die Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Amtsgerichten anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Amtsgerichte jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Die in der Tabelle S. 491 aufgeführten anhängigen Verfahren umfassen Verfahren auf Anklage, beschleunigte Verfahren, vereinfachte Jugendverfahren, Hauptverhandlungen nach § 408 Abs. 2 StPO, Einsprüche gegen Strafbefehle, Privatklagen, objektive Verfahren, Nachverfahren nach § 439 StPO,

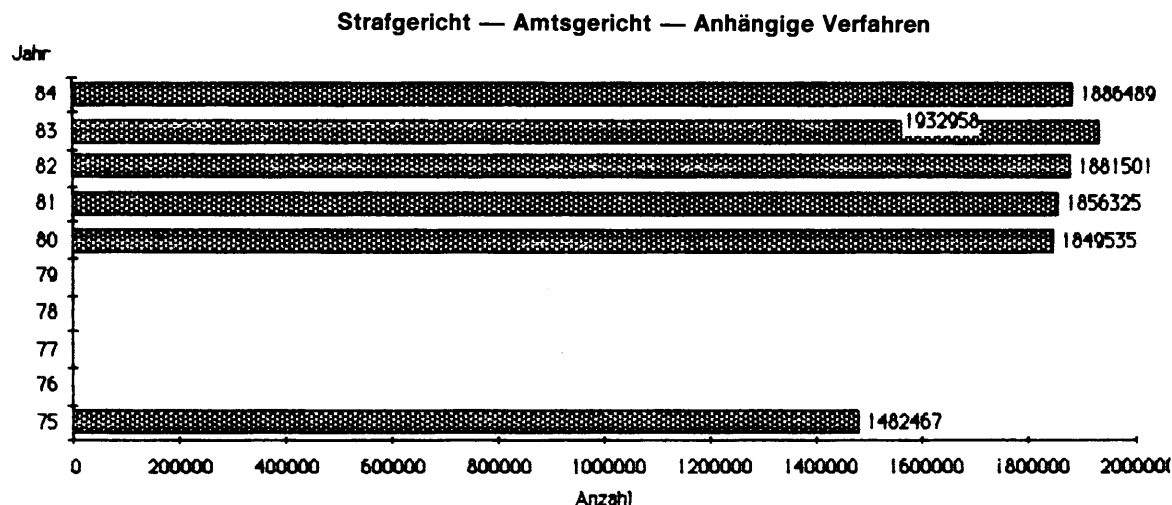
Eröffnungen durch ein Gericht höherer Ordnung, Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens, Bußgeldverfahren und Erzwingungshaftanträge. Da die Justizstatistik die Strafsachen und die im Durchschnitt weniger arbeitsaufwendigen Bußgeldsachen einschließlich Erzwingungshaftanträgen zusammenfaßt, sind die Angaben nur beschränkt aussagekräftig. Der Zeitreihenvergleich läßt keine zuverlässigen Rückschlüsse auf Veränderungen der realen Geschäftsbelastung zu, da sich die relativen Anteile in der Zeitreihe verschieben (überproportionaler Zuwachs von Bußgeldverfahren und insbesondere Erzwingungshaftanträgen, zumindest zwischen 1975 und 1980). Bei den anhängigen Verfahren sind die rechtskräftig ohne Einspruch oder Anberaumung der Hauptverhandlung nach § 408 Abs. 2 StPO erledigten Strafbefehlsverfahren nicht erfaßt; sie sind unter dem sonstigen Geschäftsanfall — Tabelle S. 492 — aufgeführt. Weil der relative Anteil der Strafbefehlsverfahren an allen Strafverfahren auch unter den einzelnen Ländern unterschiedlich ist, geben die Tabellen S. 491—492 auch

keine hinreichend sichere Vergleichsmöglichkeit hinsichtlich der Geschäftsbelastung zwischen den einzelnen Ländern ab.

Die Zahlen im Bundesgebiet insgesamt zeigen einen deutlichen Anstieg des Bestandes und der Neuzugänge. So wuchs die Zahl der anhängigen Verfahren von 1 482 467 im Jahre 1975 über 1 849 535 im Jahre 1980 auf 1 886 489 im Jahre 1984; dies ist eine Steigerung gegenüber dem Jahre 1975 um ca. 27 %. In den achtziger Jahren haben sich der Bestand, die Neuzugänge und die anhängigen Verfahren auf hohem Niveau stabilisiert.

Die Lage in den einzelnen Ländern ist ähnlich: Auch hier ist ein meist beträchtlicher Anstieg zu verzeichnen (z. B. in Bayern 1975: 188 738; 1984: 257 227 = 36,28 %, in Berlin 1975: 64 663; 1984: 105 331 = 62,89 %).

Die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1975 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 491 verwiesen.



Bei dem sonstigen Geschäftsanfall ist die Situation unterschiedlich: Hier sind z. B. die Zahlen für Strafbefehlsanträge (ohne die Verfahren, in denen Einspruch eingelegt oder Hauptverhandlung nach § 408 Abs. 2 StPO durchgeführt wurde) gegenüber dem Jahre 1975 (310 630) nach einem Anstieg auf 312 293 im Jahre 1983 auf 300 204 im Jahre 1984 gesunken; dies dürfte sowohl auf einen Rückgang der Antragsquote bei der Staatsanwaltschaft als auch auf eine Steigerung der Einspruchsquote zurückzuführen sein, ebenso die Rechtshilfeersuchen (1975: 161 959; 1984: 97 207), während einzelne richterliche Anordnungen (1975: 511 411; 1984: 669 776) und Vollstreckungsverfahren (1975: 59 362; 1984: 157 273) gestiegen sind.

Dem entspricht im wesentlichen die Situation in den einzelnen Ländern. Allerdings ist bei den Strafbefehlsanträgen zwischen 1975 und 1984 in Berlin, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein eine Steigerung zu erkennen (am stärksten in Berlin mit 8 611 Verfahren in 1975 und 11 993 in 1984 = ca. 28 %).

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 492 Bezug genommen.

Frage

I. 2. a) lautet, auf die Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die Amtsgerichte in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung und dem Gegenstand des Verfahrens auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Die Erledigungsstatistik erfaßt nur Verfahren auf Anklage, beschleunigte Verfahren, vereinfachte Jugendverfahren, Hauptverhandlungen nach § 408 Abs. 2 StPO, Einsprüche gegen Strafbefehle, Privatklagen, objektive Verfahren, Nachverfahren nach § 439 StPO, durch ein Gericht höherer Ordnung eröffnete Verfahren, Anträge auf Einleitung eines Si-

cherungsverfahrens, Bußgeldverfahren und Erzwangungshaftanträge, nicht dagegen den im Durchschnitt weit weniger arbeitsaufwendigen sonstigen Geschäftsanfall, bei dem nur die Neueingänge in Tabelle S. 492 aufgeführt sind.

Bei den Erledigungen zeigt sich im Bundesgebiet insgesamt — stärker als bei den Zahlen über die anhängigen Verfahren — ein Anstieg von 44 % zwischen dem Jahre 1975 (1 055 255) und dem Jahre 1983 (1 519 569); lediglich für das Jahr 1984 ergibt sich — auf hohem Niveau — ein Rückgang von 2,13 % auf 1 487 646.

In den einzelnen Ländern ist auch im Jahre 1984 teilweise eine leichte Steigerung zu beobachten (Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein); die stärkste Steigerung verzeichnet Hessen (1983: 140 405, 1984: 146 300), den stärksten Rückgang Baden-Württemberg (1983: 216 732, 1984: 193 819).

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 494 Bezug genommen.

Strafgericht — Amtsgericht — Erledigte Verfahren

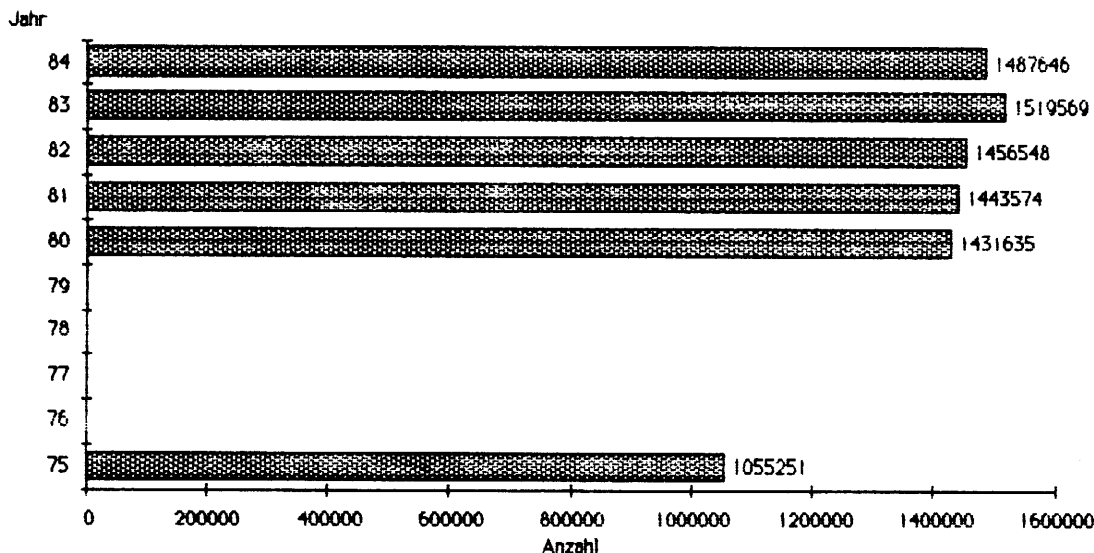


Tabelle S. 495 ff. weist aus, daß die durch Urteil erledigten Verfahren (1975: 499 998; 1984: 516 058), vor allem aber die Einstellungen nach §§ 153 a Abs. 2, 153 b Abs. 2, 383 Abs. 2 StPO, § 47 Abs. 2 OWiG, § 206 a StPO, § 47 JWG (1975: 165 459; 1984: 240 859) und die vorläufigen Einstellungen nach §§ 153 a Abs. 2, 154 Abs. 2, 154 c Abs. 4 StPO (1975: 22 247; 1984: 68 702) gestiegen sind. Bei der letzten Gruppe kann als gesichert angenommen werden, daß der Zuwachs schwerpunktmäßig auf der erst 1975 geschaffenen Möglichkeit beruht, das Verfahren bis zum Ende der Hauptverhandlung bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen einzustellen (§ 153 a Abs. 2 StPO).

Die Situation in den einzelnen Ländern mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen bei den durch Urteil erledigten Verfahren (1975: 170 072; 1984: 150 874) entspricht der Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 495 ff. Bezug genommen.

Die beim Gegenstand des Verfahrens — Tabelle S. 501 ff. — aufgeführten Zahlen weisen für das Bundesgebiet insgesamt einen hohen Anstieg der Anklagen von 384 978 im Jahre 1975 auf 493 688 im Jahre 1984 aus. Auch die Zahl der Verfahren mit anschließender Hauptverhandlung auf Einspruch gegen einen Strafbefehl und mit nach § 408 Abs. 2

StPO anberaumter Hauptverhandlung ist von 116 646 im Jahre 1975 auf 152 669 im Jahre 1984 gestiegen.

Frage

I. 2 b) lautet, auf die Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variiierende Verfahrensdauer?

Die Verfahrensdauer hat sich insgesamt günstig entwickelt. Sie ist seit 1975 im Bundesgebiet insgesamt leicht rückläufig. Bereits im Jahre 1975 wurden ab Eingang bei Gericht innerhalb von sechs Monaten 87,1 % und weitere 9,2 % innerhalb von sechs bis zwölf Monaten erledigt. Der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren ist auf 91,5 % im Jahre 1984 angestiegen. Die Verkürzung der Verfahrensdauer könnte teilweise auf

dem überproportionalen Anstieg der Verfahren nach dem OWiG beruhen.

Die Verfahrensdauer weicht in den einzelnen Ländern nicht erheblich voneinander ab. So lag 1984 Bayern mit 94,8 % erledigten Verfahren innerhalb von sechs Monaten (= 3,1 %) am weitesten unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Verfahrensdauer ab Eingang der Sache bei der Staatsanwaltschaft bis zur Erledigung durch das Amtsgericht hat sich vergleichbar günstig entwickelt. Während 1975 im Bundesgebiet insgesamt 76,6 % der Verfahren innerhalb von sechs Monaten erledigt wurden, waren es 1984 bereits 82,3 %.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 504 ff. Bezug genommen.

Erkenntnisse über die von Bundesland zu Bundesland nur leicht variierende Verfahrensdauer liegen nicht vor.

Frage

I. 2 c) lautet, auf die Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Strafverfahren vor den Amtsgerichten liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Für die leicht rückläufige Entwicklung der Verfahrensdauer liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Hierfür kann jedoch das Ausweichen auf schnellere Erledigungsarten mitursächlich gewesen sein. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Zahl der Einstellungen weit überproportional gestiegen ist (vgl. Tabelle S. 495 ff.). Auch veränderte Strategien und ein höherer Arbeitseinsatz von Richtern und Staatsanwälten können für die günstige Entwicklung ursächlich sein: Obwohl sich der Geschäftsanfall und die Zahl der Erledigungen pro Richter von 1980 bis 1984 vermehrt hat (Tabelle S. 510), ist der Anteil der innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren noch leicht gestiegen.

Schließlich könnten die verfahrensbeschleunigenden Maßnahmen des Strafverfahrensänderungsgesetzes 1979 und bis zu einem gewissen Grade auch das 1975 in Kraft getretene Erste Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts zu der Verfahrensverkürzung beigetragen haben.

Frage

I. 3. lautet, auf die Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Wie viele

a) Richter,

b) Rechtspfleger,

c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Amtsgerichten tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 an den Amtsgerichten in Strafsachen tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der in der Strafrichterbarkeit beschäftigten Richter von 1975 (2 305) bis 1982 (2 481) um 7,6 % gestiegen, alsdann bis 1984 auf 2 406 Richter gesunken.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 507 Bezug genommen.

Die Zahl der Rechtspfleger und sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes, die in der Strafrichterbarkeit tätig waren, ist zwischen 1975 und 1980 von 708 auf 485 und 1984 auf 455 gesunken.

Die Zahl der sonstigen Kräfte ist von 5 004 im Jahre 1975 auf 4 777 im Jahre 1984 zurückgegangen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf den Tabellen S. 508 bis 509 Bezug genommen.

Frage

I. 4. a) lautet, auf die Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

a) Richter,

b) Rechtspfleger,

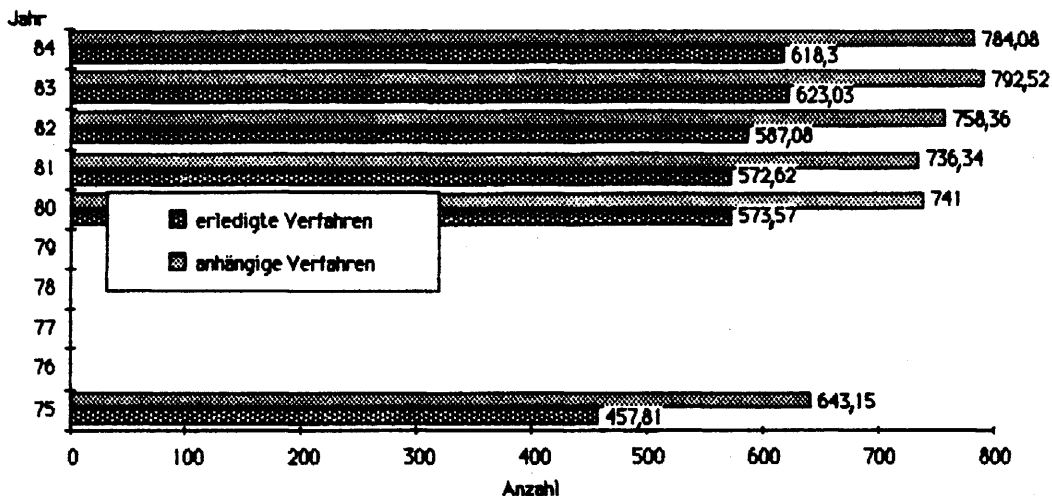
c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Straf- und Bußgeldverfahren pro Richter von 643,15 im Jahre 1975 auf 784,08 im Jahre 1984 um ca. 22 % gestiegen. Ähnlich ist die Entwicklung bei den pro Richter erledigten Verfahren (1975: 457,81; 1983: 623,03; 1984: 618,30), die bis 1984 um ca. 36 % gestiegen sind.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachstehenden graphischen Darstellung; wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 510 Bezug genommen.

Strafgericht — Amtsgericht — Verfahren/Richter



Beim gehobenen Dienst ist die Zahl der anhängigen Verfahren pro Rechtspfleger von 2 093,88 im Jahre 1975 auf 4 301,69 im Jahre 1984 um ca. 105 %, die Zahl der erledigten Verfahren von 1 490,47 im Jahre 1975 auf 3 293,84 im Jahre 1984 um ca. 121 % gestiegen. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 511 Bezug genommen.

Für den sonstigen Dienst ist die Personalverwendung in Straf- und Bußgeldsachen für 1975 nicht gesondert erfaßt. Zwischen 1980 und 1984 ist ein Anstieg sowohl bei den anhängigen als auch bei den erledigten Verfahren zu verzeichnen. Wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 512 Bezug genommen.

Frage

- I. 4. b) lautet, auf die Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Erkenntniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In dem Zeitraum, für den Zahlen vorliegen, hat es keine Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gegeben.

Frage

- I. 6. a) lautet, auf die Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Gegen wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den Amtsgerichten getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg (jeweils aufgliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?

Vorbemerkung

Die Justizstatistik weist aus, wie viele erstinstanzliche Urteile ohne Rechtsmittelinlegung rechtskräftig werden. Damit werden als angefochten auch die Urteile erfaßt, in denen die Rechtsmittel nur vorsorglich eingelegt und — ohne daß die Sache an die nächste Instanz gelangt ist — wieder zurückgenommen werden.

Die Beantwortung der Frage, wieviel Prozent der eingelegten Rechtsmittel Erfolg haben, ist nicht möglich. Bekannt ist lediglich die Erfolgsquote der vom Landgericht getroffenen Berufungsentscheidungen, so daß die nur vorsorglich eingelegten, nicht in die Berufungsinstanz gelangten Fälle nicht berücksichtigt sind. Zudem ist die Erfolgsquote der Rechtsbeschwerden gegen Entscheidungen des Amtsgerichts in Ordnungswidrigkeitssachen nicht bekannt, da die Daten über die Entscheidungen des Oberlandesgerichts als Rechtsmittelinstantz keine klare Trennung zwischen Revisionen und Rechtsbeschwerden ermöglichen.

Im Bundesgebiet insgesamt lag der Anteil der angefochtenen Entscheidungen von 1975 bis 1984 zwischen 10,7 % und 10,1 %. Beträchtliche Unterschiede bestehen zwischen den Bundesländern. So hatten im Jahre 1984 Nordrhein-Westfalen mit 7,4 % und Bremen mit 7,8 % die geringste Rechtsmittelquote, Berlin mit 16 % und Bayern mit 13,2 % die meisten Rechtsmittel. Es liegen jedoch keine Erkenntnisse darüber vor, worauf die Unterschiede zurückzuführen sind. Rein hypothetisch sind hierfür eine Vielzahl von Erklärungen möglich, die sich statistisch nicht verifizieren oder falsifizieren lassen.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 513 verwiesen.

Im Bundesgebiet insgesamt ist der Anteil der Aufhebungen mit eigener Sachentscheidung durch die Berufungsinstanz von 41,7 % im Jahre 1975 auf 42,4 % im Jahre 1984 gestiegen.

In den einzelnen Ländern liegt im Jahre 1984 das Saarland mit 30,6 % Aufhebungen am weitesten un-

ter dem Durchschnitt, Bayern mit 55,2% am stärksten über dem Durchschnitt.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 542 af. Bezug genommen.

Die Fragen zu 6.b) und c), die sich unter anderem mit einer anderen Beweiswürdigung oder einer neuen Beweiserhebung durch die zweite Instanz befassen, zielen offensichtlich nur auf die Zivilgerichtsbarkeit und sind auf die Strafgerichtsbarkeit nicht sinnvoll übertragbar. Zudem liegen insoweit keine Erkenntnisse vor.

Frage

- I. 8. a) lautet, auf die Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Wie lauten die den Fragen 1 bis 7 entsprechenden Zahlen jeweils für die beiden kleinsten und die beiden größten Amtsgerichte jedes Bundeslandes?

Diese Frage kann nur für die Zivilgerichtsbarkeit beantwortet werden: Da die Zählkarten für die Strafgerichtsbarkeit im Bundesministerium der Justiz nicht maschinell erfaßt sind, sind die Landesjustizverwaltungen um Mitwirkung gebeten worden. Die Mehrzahl der Länder hat jedoch wegen des damit verbundenen erheblichen Arbeitsaufwandes die erbetenen Daten, die aus Tausenden von Geschäftsübersichten und Zählkartenstatistiken hätten ermittelt werden müssen, nicht mitgeteilt; zum Teil haben die Landesjustizverwaltungen die Daten so spät übersandt, daß eine Berücksichtigung die Beantwortung der Großen Anfrage erheblich verzögert hätte.

Eine Darstellung der Zahlen von den drei Ländern (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Saarland), die die erbetenen Daten noch so rechtzeitig vorgelegt haben, daß sie hätten berücksichtigt werden können, erschien mangels bundesweiter Vergleichbarkeit nicht zweckmäßig. Die Zahlen sind zum Teil zu unterschiedlich und nicht repräsentativ genug, um aussagekräftige Rückschlüsse auf die Leistungsfähigkeit kleinerer und größerer Gerichte zulassen zu können.

Zudem ist der Geschäftsanfall in nach Größen geordneten Gruppen der Amtsgerichte nicht ohne weiteres vergleichbar: Wegen der Ermächtigung des § 58 GVG, die Schöffensachen für den Bezirk mehrerer Amtsgerichte bei einem Amtsgericht zu konzentrieren, bestehen bei einem Teil der kleinsten und zweitkleinsten Amtsgerichte keine Schöf-

fengerichte. Da die Schöffensachen weit arbeitsintensiver sind als die bei einem Teil der kleineren Amtsgerichte allein anhängigen Strafrichtersachen, lassen die Zahlen über Geschäftsanfall, die Erledigung und die Dauer keine zuverlässigen Rückschlüsse darauf zu, inwieweit die Arbeitseffektivität der Gerichte von ihrer Größe abhängt.

Frage

- I. 8. b) lautet, auf die Amtsgerichte bezogen, wie folgt:

Läßt sich aus diesen oder sonstigen der Bundesregierung vorliegenden Zahlen ein qualitativer Unterschied zwischen kleinen und großen Amtsgerichten feststellen?

Insoweit wird auf die entsprechenden Ausführungen zur Zivilgerichtsbarkeit Bezug genommen.

Landgerichte erster Instanz

Frage

- I. 1. lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

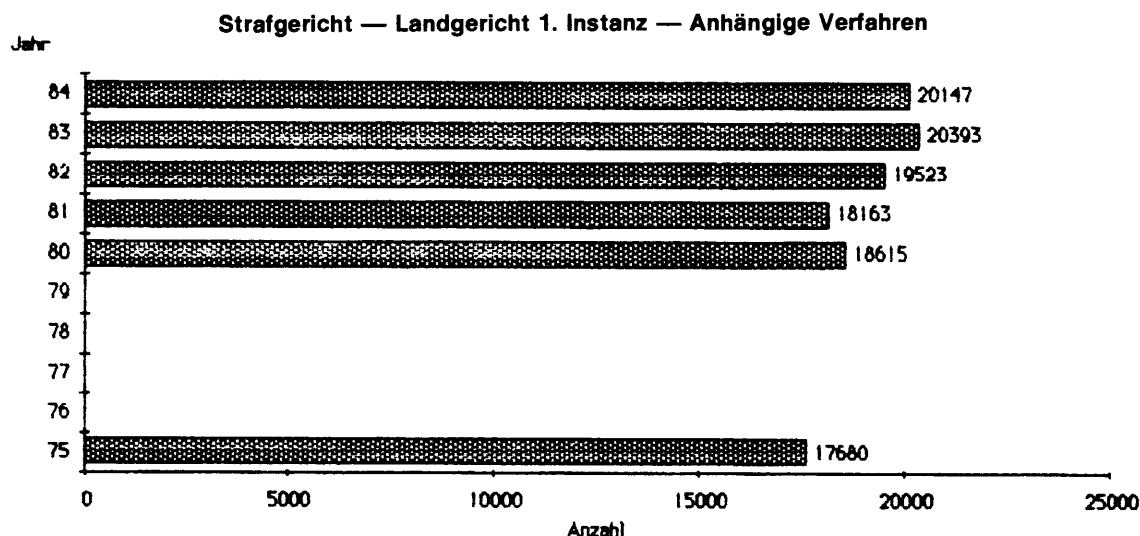
Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Landgerichten erster Instanz anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Landgerichte erster Instanz jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Die für die Landgerichte erster Instanz in Tabelle S. 514 ausgewiesenen Zahlen beziehen sich nur auf Strafsachen, da für Bußgeldsachen das Landgericht nur als Beschwerdeinstanz zuständig ist.

Im Bundesgebiet insgesamt sind die beim Landgericht anhängigen Verfahren von 17 680 im Jahre 1975 auf 20 147 im Jahre 1984 um ca. 14% angestiegen. Die Neuzugänge sind innerhalb dieses Zeitraums um ca. 12% angestiegen.

Auch in den einzelnen Ländern ist zwischen 1975 und 1984 die Zahl der anhängigen Verfahren größtenteils beträchtlich gestiegen; lediglich im Saarland zeigt sich ein leichter Rückgang.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 514 verwiesen.



Frage

1. 2. a) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

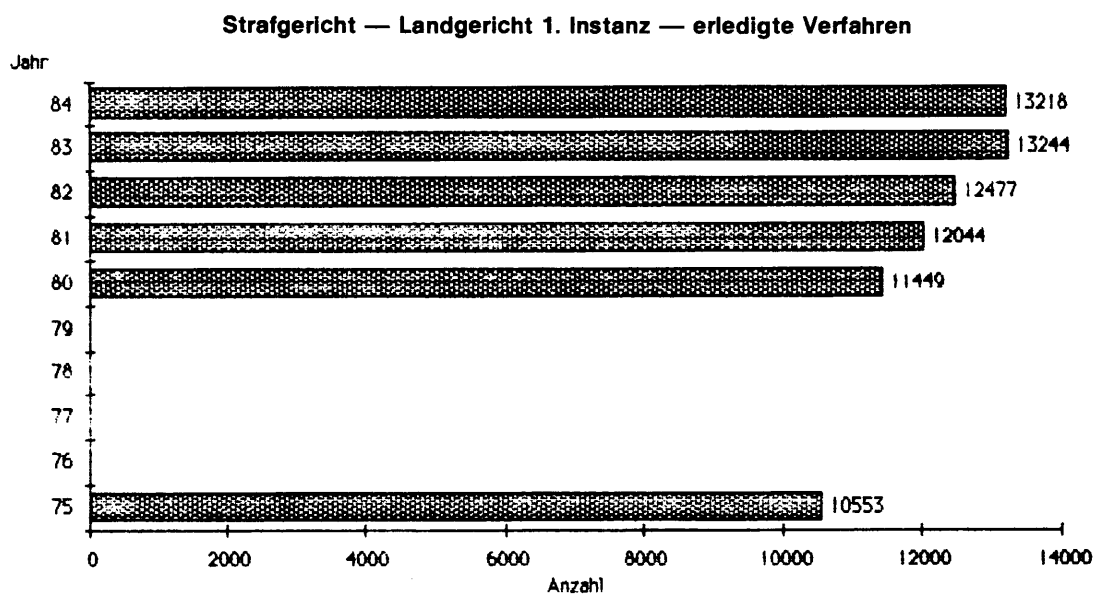
Wie viele Verfahren haben die Landgerichte erster Instanz in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung und dem Gegenstand des Verfahrens auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Bundesweit sind die Erledigungen von 10 553 im Jahre 1975 auf 13 218 im Jahre 1984 um ca. 25% angestiegen. Die Zahl der Urteile ist von 8 384 im Jahre 1975 auf 9 876 im Jahre 1984 angewachsen,

der Zuwachs bei den Einstellungen (1975: 555; 1984: 919) liegt beträchtlich über dem sonstigen Zuwachs.

Die Entwicklung in den einzelnen Ländern ist ähnlich: Größtenteils ist die Zahl der Urteile zwischen 1975 und 1984 gestiegen (am stärksten in Baden-Württemberg von 840 im Jahre 1975 auf 1 163 im Jahre 1984), zum Teil aber auch geringfügig zurückgegangen (Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein).

Wegen der Entwicklung bei den Erledigungen im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1975 und 1984 wird auf die nachfolgende graphische Darstellung, wegen der Einzelheiten auf die Tabelle S. 515 verwiesen.



Frage

- I. 2. b) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils zum Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Die ab Eingang bei Gericht berechnete Verfahrensdauer hat sich zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt kaum verändert (unter 2% nach oben und unten) und ist insgesamt positiv zu beurteilen. Im Jahre 1975 wurden 75,26% aller Verfahren in einem Zeitraum bis zu sechs Monaten erledigt, 1984 waren es 76,46%. Bei den erstinstanzlichen Verfahren, die ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft in einer Zeit bis zu sechs Monaten erledigt worden sind, hat sich die Zahl zwischen 1975 (27,98%) und 1984 (31,92%) um 3,94% erhöht, während die Verfahren, die über zwölf bis 24 Monate gedauert haben, von 1975 (24%) bis 1984 (21,29%) um 2,71% gesunken sind; im übrigen hat sich auch für die ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft berechnete Verfahrensdauer keine 2% überschreitende Veränderung ergeben.

Die Verfahrensdauer in den einzelnen Ländern weicht in der Mehrzahl der Fälle nicht erheblich vom Bundesdurchschnitt ab. So wurden innerhalb von sechs Monaten ab Eingang bei Gericht im Jahre 1984 in Baden-Württemberg 79,12%, in Nordrhein-Westfalen 74,42% der Verfahren erledigt, während dies im Saarland nur bei 53,5% der Verfahren der Fall war; allerdings dürfte die Verfahrensdauer im Saarland angesichts der verhältnismäßig geringen Zahl der Fälle nicht repräsentativ sein.

Gründe für die unterschiedliche Erledigungsdauer in den einzelnen Bundesländern sind nicht bekannt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 519 ff. Bezug genommen.

Frage

- I. 2. c) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Strafverfahren vor den Landgerichten erster Instanz liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Weitergehende Erkenntnisse über die Dauer der Verfahren vor den Landgerichten liegen der Bundesregierung nicht vor.

Frage

- I. 3. lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele:

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,

- c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Landgerichten erster Instanz tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 an den Landgerichten erster Instanz in Strafsachen tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Erst nach 1975 sind die Angaben zur Personalverwendung der Richter beim Landgericht nach Instanzen untergliedert erfaßt.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der bei den Landgerichten erster Instanz tätigen Richter von 929 im Jahre 1980 auf 1 007 im Jahre 1981 gestiegen. Nach einem Rückgang auf 968 im Jahre 1982 ist die Zahl bis 1984 auf 1 010 gestiegen.

Dem entspricht die Situation in den Ländern, wo die Zahl der Richter mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Bremen gestiegen ist.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 522 Bezug genommen.

Für den gehobenen und den sonstigen Dienst enthält die Personalverwendungsstatistik für das Landgericht keine nach Instanzen untergliederten Angaben.

Die Zahl der Rechtspfleger hat zwischen 1980 und 1984 um ca. 5% von 48,7 auf 46,3 abgenommen. Die Nennung von Bruchteilen ist auf die pennenmäßige Erfassung des Einsatzes zurückzuführen.

Die Zahl der sonstigen Mitarbeiter ist zwischen den Jahren 1980 und 1984 um ca. 2% von 1 366 auf 1 342 gesunken. In diesen Zahlen enthalten sind zum Teil auch die Schreibkräfte der Bewährungshelfer, soweit der Schreibdienst der Bewährungshelfer aus Kräften des jeweiligen Landgerichts besteht; dies gilt allerdings nicht für alle Länder.

Auf die Tabellen S. 523 bis 524 wird Bezug genommen.

Frage

- I. 4. a) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Da die Angaben zur Personalverwendung der Richter erst nach 1975 nach Instanzen untergliedert erfaßt worden sind, kann die Frage nur für die Jahre ab 1980 beantwortet werden.

Im Bundesgebiet insgesamt kamen im Jahr 1980 auf einen beim Landgericht in erstinstanzlichen

Strafsachen tätigen Richter 20,04 anhängige Verfahren. Nach einem Rückgang auf 18,04 im Jahre 1981 und einem Anstieg auf 20,54 im Jahre 1983 entfielen auf Richter im Jahre 1984 19,95 anhängige Verfahren. Die erledigten Verfahren sind nach entsprechenden Schwankungen von 12,32 im Jahre 1980 auf 13,09 Verfahren um ca. 6% im Jahre 1984 gestiegen.

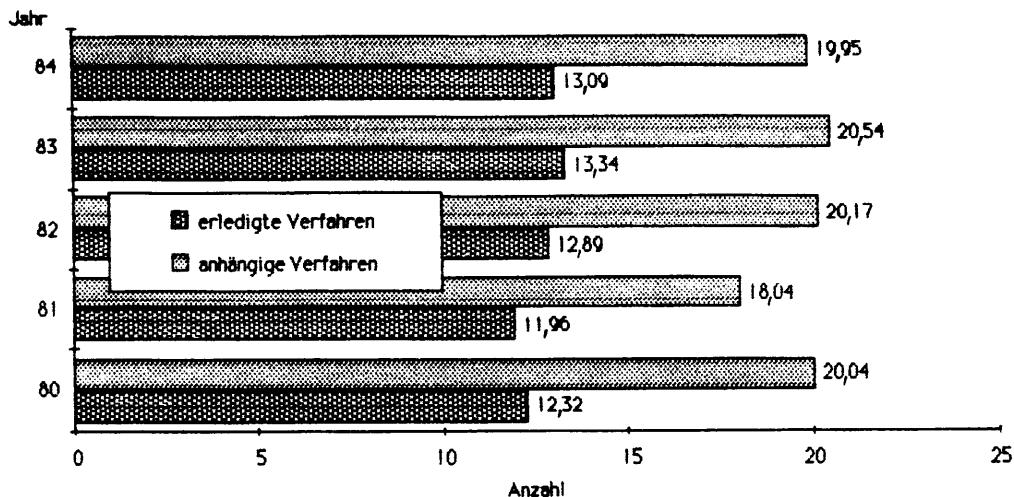
Gegenüber dem Bundesdurchschnitt ergeben sich in den Ländern zum Teil erhebliche Abweichungen: So entfielen im Jahre 1980 in Hessen mit 28,69 die meisten Verfahren auf einen Richter. Demgegen-

über lag Hamburg im Jahre 1984 mit 14,38 Verfahren pro Richter am stärksten unter dem Bundesdurchschnitt.

Bei den Erledigungen waren die Abweichungen nicht so beträchtlich: So lag Hamburg mit 9,74 erledigten Verfahren im Jahre 1984 am stärksten unter, Hessen mit 15,88 Verfahren am stärksten über dem Bundesdurchschnitt.

Die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1980 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 525 verwiesen.

Strafgericht — Landgericht 1. Instanz — Verfahren/Richter



Für den gehobenen und sonstigen Dienst liegen keine nach Instanzen untergliederten Angaben vor.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Verfahren, die auf einen Beamten des gehobenen Dienstes kam, von 2 184,17 im Jahre 1980 auf 2 203,05 im Jahre 1984 gestiegen, bei den Erledigungen von 1 617,68 auf 1 656,13.

Demgegenüber sind die entsprechenden Zahlen beim sonstigen Dienst leicht rückläufig. So ist die Zahl der anhängigen Verfahren von 77,68 in 1980 auf 76,01 in 1984 gesunken, die Erledigungen von 57,67 auf 57,14.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabellen S. 526 bis 527 Bezug genommen.

Frage

I. 4. b) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In der Zeit, für die Zahlen vorliegen, hat es keine Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gegeben.

Frage

I. 6. a) lautet, auf die Landgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Gegen wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den Landgerichten erster Instanz getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg (jeweils aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?

Im Bundesgebiet insgesamt war die Rechtsmittelhäufigkeit ziemlich konstant (1975: 41,5%; 1984: 40,9%).

Abweichungen in der Rechtsmittelhäufigkeit zwischen den einzelnen Bundesländern (1984: Berlin 49,3%; Bremen 26,7%) lassen sich nicht ohne weiteres erklären, zumal auch die Rechtsmittelhäufigkeit innerhalb der einzelnen Länder in den verschie-

denen Jahren beträchtlich voneinander abweicht. Dies könnte u. a. durch die verhältnismäßig geringe Zahl von rechtsmittelfähigen Entscheidungen, die deshalb der Repräsentativität ermangeln, bedingt sein. Mögliche Erklärungen können in der unterschiedlichen Struktur der vor den Strafkammern angeklagten und von diesen abgeurteilten Verfahren oder in der Art und Höhe der verhängten Sanktionen liegen. Auch andere Ursachen sind möglich; gesicherte Aussagen hierüber lassen sich nicht machen.

Besonders auffällig ist die zum Teil verhältnismäßig geringe Zahl von Rechtsmitteln im Saarland; zudem ergeben sich starke Schwankungen innerhalb dieses Landes. Gründe hierfür sind nicht bekannt.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 528 Bezug genommen.

In Tabelle S. 578 sind nur die Revisionsverfahren aufgeführt, die der BGH in den genannten Jahren erledigt hat, da die Zahl der eingelegten, aber — wegen Rücknahme des Rechtsmittels — nicht in die Revisionsinstanz gelangten Verfahren nicht bekannt ist. Als erfolgreich wurden die Revisionsverfahren gezählt, in denen durch Urteil auf Abänderung oder auf Aufhebung und Zurückverweisung erkannt worden ist. Hierzu wurden weiterhin die Verfahren gezählt, in denen durch Beschluß nach § 349 Abs. 4 StPO ganz oder teilweise auf Aufhebung und Zurückverweisung oder auf Abänderung erkannt worden ist. Hiernach waren 1965 von 2 374 Revisionsverfahren 439, also 18,5%, 1984 von 3 957 Revisionsverfahren 679, also 17,2%, erfolgreich.

Vom Abdruck der auf die Zivilgerichtsbarkeit bezogenen Fragen 6. b) und c) wurde abgesehen.

Landgerichte — Berufungsinstanz —

Frage

I. 1. lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

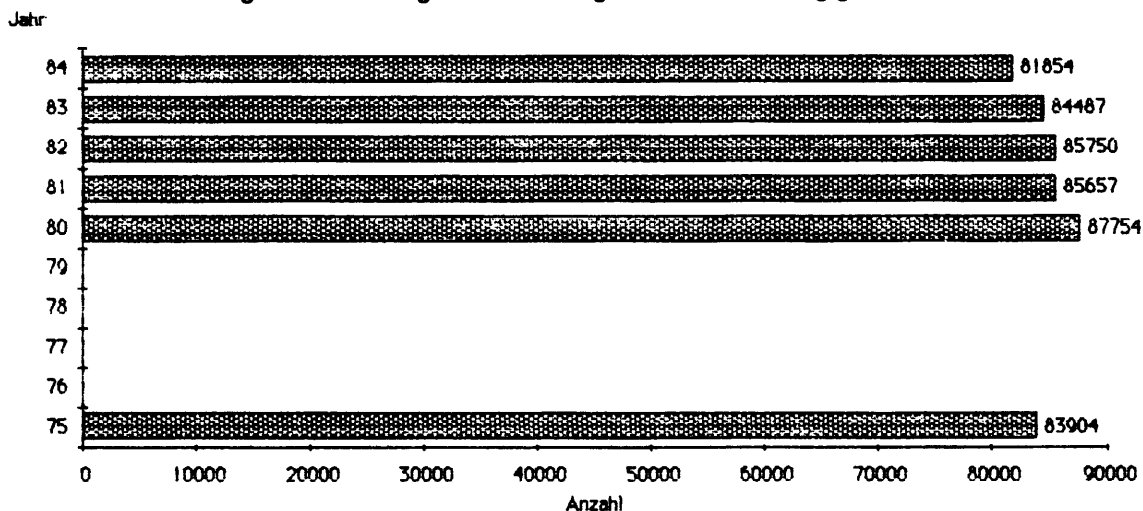
Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Landgerichten — Berufungsinstanz — anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Landgerichte — Berufungsinstanz — jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der bei den Landgerichten im zweiten Rechtszug anhängigen Verfahren nach einem leichten Anstieg zwischen 1975 und 1980 im Jahre 1984 mit 81 854 etwas unter die Zahl der im Jahre 1975 anhängigen Verfahren (83 904) zurückgegangen; die Neuzugänge, die ebenfalls zwischen 1975 und 1980 angestiegen waren, waren im Jahre 1984 mit 63 592 geringfügig höher als im Jahre 1975 mit 63 279.

In den meisten Ländern sind die anhängigen Berufungsverfahren zwischen 1975 und 1984 ebenfalls leicht zurückgegangen, in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz jedoch geringfügig, im Saarland sogar erheblich gestiegen.

Die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1975 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 529 Bezug genommen.

Strafgericht — Landgericht Berufungsinstanz — Anhängige Verfahren



Bei der Zahl der Beschwerden ergibt sich zwischen 1975 (78 429) und 1984 (76 723) für das Bundesgebiet insgesamt ein leichter Rückgang, nachdem die Zahlen zwischenzeitlich nicht unbeträchtlich gestiegen waren.

Dies gilt — bis auf Hessen und das Saarland — ebenfalls für die einzelnen Länder.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 530 verwiesen.

Frage

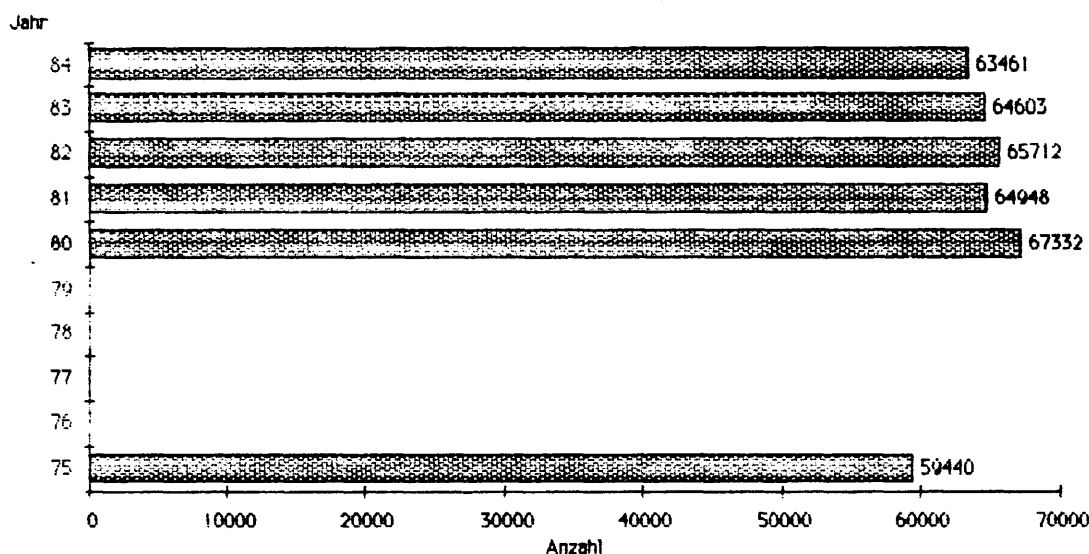
I. 2. a) lautet, bezogen auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die Landgerichte — Berufungsinstanz — in den Jahren 1965,

1975 und den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung und dem Gegenstand des Verfahrens auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der erledigten Verfahren von 59 440 im Jahre 1975 auf 63 461 im Jahre 1984 um ca. 7% gestiegen; wegen der Entwicklung zwischen 1975 und 1984 wird auf die nachfolgende graphische Darstellung verwiesen.

Strafgericht — Landgericht Berufungsinstanz — Erledigte Verfahren



Die vom Landgericht durch Urteil erledigten Berufungssachen sind von 38 855 im Jahre 1975 auf 36 601 im Jahr 1984 gesunken. Demgegenüber steht ein Anstieg bei den Einstellungen (1975: 6 449; 1984: 7 115) und in wesentlich ausgeprägterer Form bei der Zurücknahme von Berufung/Privatklage (1975: 12 185; 1984: 17 609).

In Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland hat die Zahl der Urteile zwischen 1975 und 1984 zugenommen, in den übrigen Ländern ist sie zurückgegangen. Größtenteils ist die Zahl der Einstellungen und ausnahmslos die der Berufungsrücknahmen angestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 531 ff. verwiesen.

Frage

I. 2. b) lautet, bezogen auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — wie folgt:

Wieviele Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Im Bundesgebiet insgesamt hat sich die Verfahrensdauer günstig entwickelt. Die Zahl der ab Eingang beim Berufungsgericht innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren ist von 1975 (83,75%)

bis 1984 (88,69%) um ca. 5%, die Zahl der innerhalb von sechs Monaten ab Verkündung des angefochtenen Urteils erledigten Verfahren (1975: 66,20%; 1984: 75,79%) sogar um ca. 10% gestiegen.

Die Verfahrensdauer in den einzelnen Ländern weicht größtenteils nur unerheblich von dem Bundesdurchschnitt ab. So lag Bayern 1984 mit den meisten Erledigungen innerhalb von sechs Monaten ab Eingang beim Berufungsgericht (92,36%) 3,67% über dem Bundesdurchschnitt, Rheinland-Pfalz mit 82,82% innerhalb von sechs Monaten erledigten Verfahren 5,87% unter dem Bundesdurchschnitt.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 536 ff. verwiesen.

Frage

I. 2. c) lautet, bezogen auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Strafverfahren vor den Landgerichten — Berufungsinstanz — liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Weitergehende Erkenntnisse über die Dauer der Strafverfahren vor den Landgerichten — Berufungsinstanz — liegen nicht vor.

Frage

I. 3. lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Wie viele

a) Richter,

b) Rechtspfleger,

c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Landgerichten — Berufungsinstanz — tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 an den Landgerichten — Berufungsinstanz — tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Da die Angaben zur Personalverwendung der Richter erst nach 1975 nach Instanzen untergliedert erfaßt worden sind, kann die Frage nur für die Jahre ab 1980 beantwortet werden.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der Richter in der Berufungsinstanz (erfaßt sind in der Personalverwendungsstatistik die Berufs- und Beschwerdesachen) von 799 im Jahre 1980 auf 671 im Jahre 1984 um ca. 16% gesunken.

Entsprechend sind auch die Zahlen in den einzelnen Ländern zwischen 1980 und 1984 gesunken.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 540 Bezug genommen.

Für den gehobenen und den sonstigen Dienst enthält die Personalverwendungsstatistik für das Landgericht keine nach Instanzen untergliederten Angaben. Auf die Antwort zu Frage D I. 3. (Landgerichte — erster Instanz) wird verwiesen.

Frage

I. 4. a) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,

c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

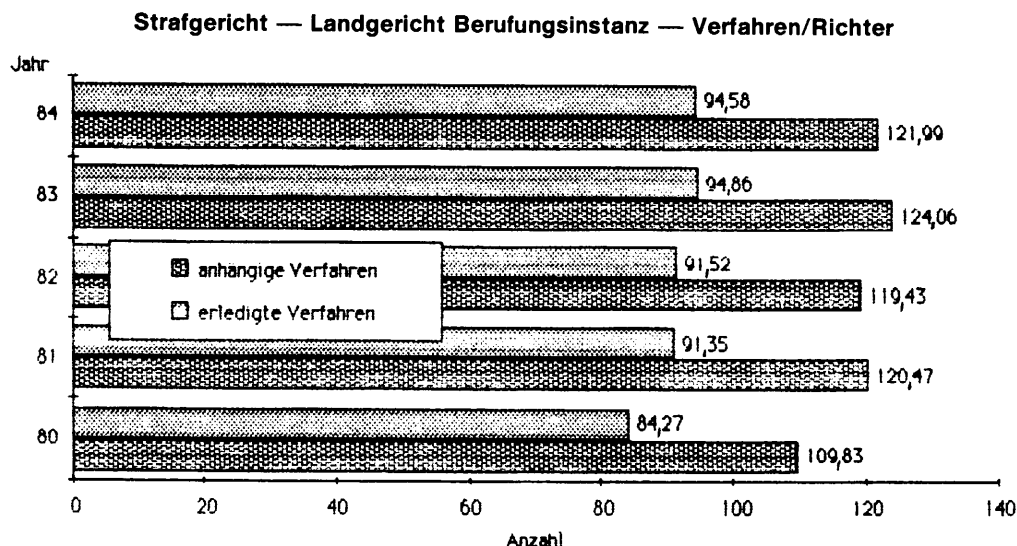
Da die Angaben zur Personalverwendung erst nach 1975 und nur für Richter nach Instanzen untergliedert erfaßt worden sind, kann die Frage nur für Richter und für diese erst ab 1980 beantwortet werden.

Entsprechend dem Rückgang der Zahl der in zweitinstanzlichen Verfahren vor dem Landgericht tätigen Richter ist die Zahl der anhängigen Berufungsverfahren, die auf einen Richter kamen, von 109,83 im Jahre 1980 auf 121,99 im Jahre 1984 um ca. 11% gestiegen. Die Zahl der Erledigungen ist von 84,27 im Jahre 1980 auf 94,58 im Jahre 1984 ebenfalls um ca. 11% gestiegen.

Ähnlich ist die Situation in den einzelnen Ländern, wo die Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren pro Richter zwischen dem Jahre 1980 und dem Jahre 1984 ebenfalls (bis auf einen leichten Rückgang bei den anhängigen Verfahren in Hessen und bei den Erledigungen in Schleswig-Holstein) gestiegen ist.

Dabei überschritt das Saarland im Jahre 1984 bei 203,88 anhängigen Verfahren den Bundesdurchschnitt um 81,89 Verfahren, bei den Erledigungen um 60,05 Verfahren. Am stärksten unter dem Bundesdurchschnitt lagen Hamburg mit 90,68 anhängigen Verfahren (minus 31,31) und 66,18 Erledigungen (minus 28,4) sowie Hessen mit 95,72 anhängigen Verfahren (minus 26,27) und 73,50 Erledigungen (minus 21,08).

Die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1980 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung, wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 541 Bezug genommen.



Frage

I. 4. b) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

Innerhalb des Zeitraums, für den Daten vorliegen, ist es nicht zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

Frage

I. 6. a) lautet, auf die Landgerichte — Berufungsinstanz — bezogen, wie folgt:

Gegen wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den Landgerichten — Berufungsinstanz — getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg (jeweils aufgliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?

Die Revisionsquote hat sich zwischen 1975 (19,4%) und 1984 (19,6%) im Bundesgebiet insgesamt kaum verändert.

Zwischen den einzelnen Ländern bestehen erhebliche Unterschiede. So weichen Bayern mit einer Revisionsquote von 29,2% und das Saarland mit einer solchen von 4,9% im Jahre 1984 erheblich vom Bundesdurchschnitt ab; Gründe hierfür sind nicht bekannt.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 542 verwiesen.

Angaben über die Erfolgsquote der Revisionen gegen Berufungsentscheidungen der Landgerichte sind nicht möglich, da die Daten über die Rechtsmittelentscheidungen der Oberlandesgerichte keine klare Trennung zwischen Revisionen und Rechtsbeschwerden ermöglichen.

Oberlandesgerichte erster Instanz

Vorbemerkung

Bremen und das Saarland haben auf Grund von Staatsverträgen keine erstinstanzliche Zuständigkeit.

Frage

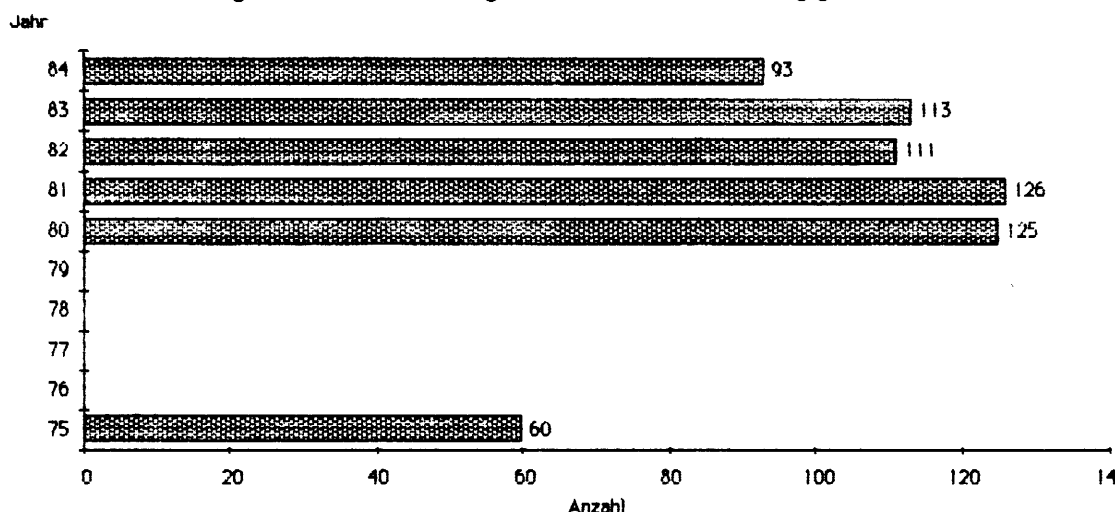
I. 1. lautet, auf die Oberlandesgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Oberlandesgerichten erster Instanz anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren und wie viele Neuzugänge hatten die Oberlandesgerichte erster Instanz jeweils in diesen Jahren (aufgliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die verhältnismäßig geringe Anzahl der anhängigen erstinstanzlichen Verfahren von 60 im Jahre 1975 über 126 im Jahre 1981 auf 93 im Jahre 1984 gegenüber 1975 stark gestiegen. In den einzelnen Ländern zeigen sich — bedingt durch die geringe, nicht repräsentative Zahl von Verfahren — starke Schwankungen.

Die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1975 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.

Strafgericht — Oberlandesgericht 1. Instanz — Anhängige Verfahren



Der sonstige Geschäftsanfall ist im Bundesgebiet insgesamt gegenüber 1975 — bis auf die Auslieferungsverfahren — ebenfalls gestiegen, so die Beschwerden von 14 113 auf 19 737 im Jahre 1984.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabellen S. 543 bis 546 verwiesen.

Frage

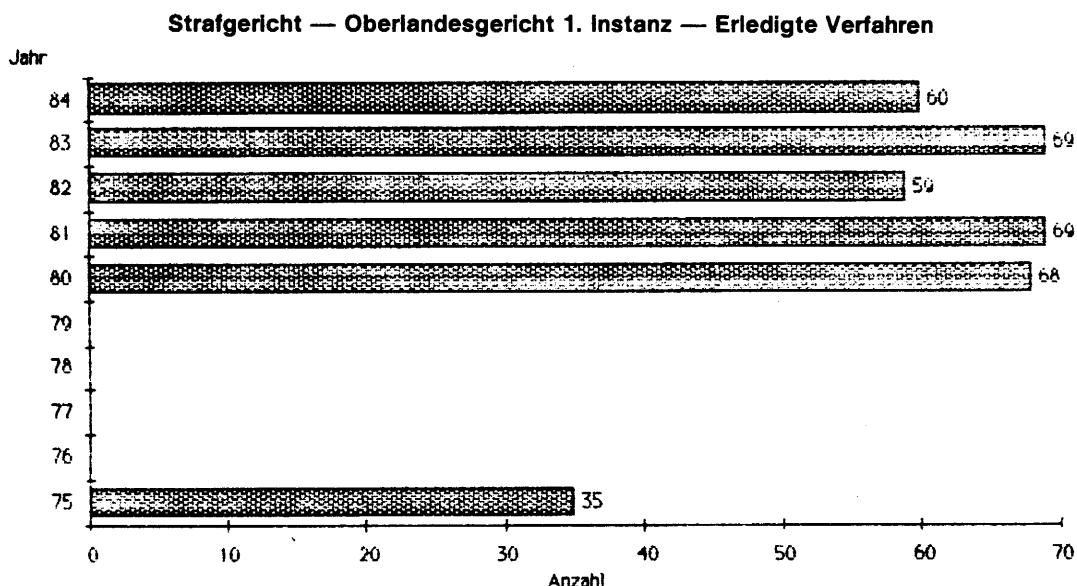
I. 2. a) lautet, auf die Oberlandesgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die Oberlandesgerichte erster Instanz in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledi-

gigten Verfahren nach der Art der Erledigung und dem Gegenstand des Verfahrens auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt sind die von den Oberlandesgerichten erledigten erstinstanzlichen Verfahren von 35 im Jahre 1975 auf 60 im Jahre 1984 gestiegen.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 547 verwiesen.



Die durch Urteil erledigten Verfahren sind von 30 im Jahre 1975 auf 48 im Jahre 1983 gestiegen, im Jahre 1984 auf 34 zurückgegangen. Die sonstigen Erledigungsarten, zu denen z. B. Beschlüsse nach § 441 Abs. 2 StPO und Einstellungen nach § 153a Abs. 2, 153b Abs. 2 bzw. vorläufige Einstellungen nach §§ 153 Abs. 2, 205 StPO oder Ablehnungen der Eröffnung des Hauptverfahrens sowie Erledigungen auf andere Weise gehören, sind von 5 im Jahre 1975 auf 26 im Jahre 1984 gestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 548 verwiesen.

Frage

I. 2. b) lautet, auf die Oberlandesgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Im Bundesgebiet insgesamt differiert die Erledigungsdauer der erstinstanzlichen Verfahren vor dem Oberlandesgericht innerhalb der einzelnen Jahre sehr stark, was auf die geringe, nicht repräsentative Zahl von Verfahren und die sich dadurch stark auswirkenden Besonderheiten der einzelnen Verfahren zurückzuführen ist.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 550 verwiesen.

Frage

I. 2. c) lautet, auf die Oberlandesgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Verfahren vor den Oberlandesgerichten erster Instanz liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Weitergehende Erkenntnisse über die Dauer der erstinstanzlichen Verfahren vor den Oberlandesgerichten liegen nicht vor.

Frage

I. 3. lautet, auf die Oberlandesgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Wie viele

a) Richter,

- b) Rechtspfleger,
c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Oberlandesgerichten erster Instanz tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 an den Oberlandesgerichten erster Instanz tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Da die Angaben zur Personalverwendung der Richter erst nach 1975 nach Instanzen untergliedert erfaßt worden sind, kann die Frage nur für die Jahre ab 1980 beantwortet werden.

Die Zahl der in erstinstanzlichen Strafsachen vor den Oberlandesgerichten tätig gewesenen Richter ist im Bundesgebiet insgesamt von 62,6 im Jahre 1980 auf 40,4 im Jahre 1984 gesunken. Auch in den meisten Ländern ist ein Rückgang zu beobachten. Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 552 Bezug genommen.

Für den gehobenen Dienst enthält die Personalverwendungsstatistik keine nach Instanzen untergliederten Angaben. Für Strafsachen vor dem Oberlandesgericht insgesamt sind bundesweit für das Jahr 1980 3,2, im Jahre 1984 2,9 Rechtspfleger bzw. Beamte des gehobenen Dienstes verwendet worden. Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 553 Bezug genommen.

Auch für den sonstigen Dienst liegen keine nach Instanzen untergliederten Angaben vor. Am Oberlandesgericht in Strafsachen insgesamt waren im

Jahre 1980 131,8, im Jahre 1984 109,1 Kräfte des sonstigen Dienstes tätig. Im übrigen wird auf Tabelle S. 554 verwiesen.

Frage

- I. 4. a) lautet, auf die Oberlandesgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
b) Rechtspfleger,
c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

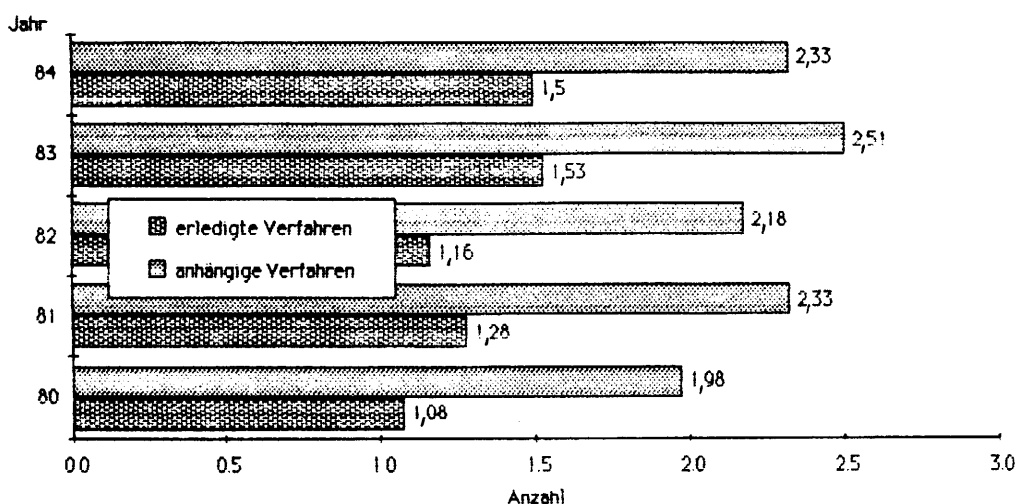
(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen erstinstanzlichen Strafsachen, die auf einen Richter entfielen, von 1,98 im Jahre 1980 auf 2,33 im Jahre 1984, die Zahl der Erledigungen von 1,08 im Jahre 1980 auf 1,50 im Jahre 1984 gestiegen.

Die Zahlen in den einzelnen Ländern unterliegen starken Schwankungen, was durch die geringe Zahl von Verfahren und die sich dadurch stark auswirkenden Besonderheiten des einzelnen Verfahrens bedingt ist.

Die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1980 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 555 Bezug genommen.

Strafgericht — Oberlandesgericht 1. Instanz — Verfahren/Richter



Da für den gehobenen und den sonstigen Dienst keine nach Instanzen untergliederten Angaben vorliegen, ist das Verhältnis der Verfahren zu einer Kraft des gehobenen und des sonstigen Dienstes für das Oberlandesgericht insgesamt berechnet worden.

Sowohl beim gehobenen als auch beim sonstigen Dienst zeigte sich größtenteils zwischen 1980 und 1984 ein Rückgang der Verfahren, die jeweils auf eine Kraft kamen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabellen S. 556 bis 557 Bezug genommen.

Frage

- I. 4. b) lautet, auf die Oberlandesgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In der Zeit, für die Zahlen vorliegen, ist es zu keinen Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

Frage

- I. 6. a) lautet, auf die Oberlandesgerichte erster Instanz bezogen, wie folgt:

Gegen wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den Oberlandesgerichten erster Instanz getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg (jeweils aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierenden Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?

Im Bundesgebiet insgesamt sind die Rechtsmittel gegen erstinstanzliche Urteile der Oberlandesgerichte von 70 % im Jahre 1975 auf 47,1 % im Jahre 1984 zurückgegangen. In den einzelnen Ländern bestehen erhebliche Unterschiede, was auf die mangelnde Repräsentativität der verhältnismäßig wenigen Verfahren zurückzuführen sein dürfte.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 558 verwiesen.

Über das Ergebnis der Revisionen liegen Angaben erst seit dem Jahre 1981 vor:

1981 lauteten 2 Urteile des Bundesgerichtshofs auf Verwerfung der Revision, durch Beschluß nach § 349 Abs. 2 StPO wurden 28 Revisionen verworfen, durch Beschluß nach § 349 Abs. 4 StPO wurde 1 oberlandesgerichtliches Urteil aufgehoben.

Für 1982 weisen die Geschäftsübersichten des Bundesgerichtshofs keine Entscheidung über eine Revision gegen ein oberlandesgerichtliches Urteil aus.

1983 lauteten 4 Urteile auf Verwerfung der Revision und 3 Urteile auf Aufhebung der oberlandesgericht-

lichen Entscheidung, durch Beschluß wurden 19 Revisionen verworfen und 1 Urteil aufgehoben.

1984 lauten 4 Urteile auf Verwerfung und 3 Urteile auf Aufhebung; durch Beschluß wurden 10 Revisionen verworfen.

Vom Abdruck der Fragen 6. b) und c) wird abgesehen, da sie sich auf die Zivilgerichtsbarkeit beziehen.

Oberlandesgericht — Revisionsinstanz —*Vorbemerkung*

Da das Oberlandesgericht in Strafsachen nicht über Berufungen entscheidet, ist die Frage D I insgesamt nicht zu beantworten.

Die Revisionen sowie die Rechtsbeschwerden in Bußgeldsachen werden nur zum Teil gesondert erfaßt. In den folgenden Antworten wird daher weitgehend nicht zwischen Revisionen und Rechtsbeschwerden unterschieden.

Frage

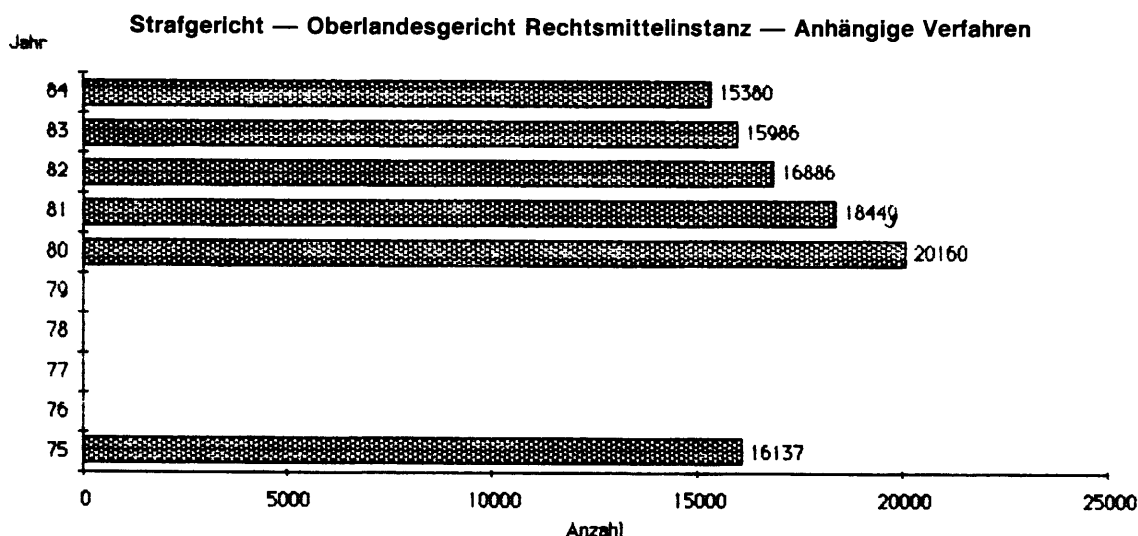
- I. 1. lautet, auf die Oberlandesgerichte — Revisionsinstanz — bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Oberlandesgerichten — Revisionsinstanz — anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Oberlandesgerichte — Rechtsmittelinstantz — jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der bei den Oberlandesgerichten anhängigen Revisions- und Rechtsbeschwerdeverfahren leicht rückläufig. Sie fiel von 16 137 im Jahre 1975 um 4,7 % auf 15 380 im Jahre 1984.

Dem entspricht die Entwicklung in den Ländern bis auf Hessen (1975: 1 310; 1984: 1 406), Niedersachsen (1975: 1 913; 1984: 2 266) und dem Saarland (1975: 179; 1984: 325), wo die Revisions- und Rechtsbeschwerdeverfahren von 1975 bis 1984 gestiegen sind.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 559 verwiesen.

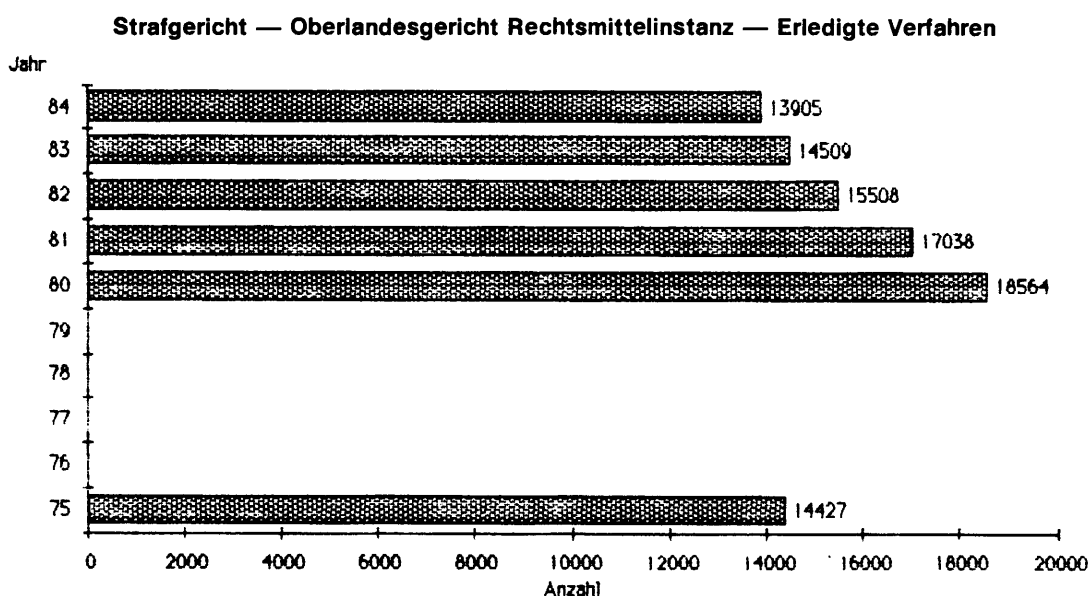
**Frage**

I. 2. a) lautet, auf die Oberlandesgerichte — Revisionsinstanz — bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die Oberlandesgerichte — Revisionsinstanz — in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung und dem Gegenstand des Verfahrens auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Etwa entsprechend der Entwicklung bei dem Geschäftsanfall fiel die Zahl der erledigten Verfahren im Bundesgebiet insgesamt von 14 427 im Jahre 1975 auf 13 905 im Jahre 1984 um 3,6 %; auch in den Ländern sanken die erledigten Verfahren außer in Hessen, Niedersachsen und dem Saarland.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.



Im Bundesgebiet insgesamt ist bei den Erledigungsarten die Zahl der Urteile von 1 354 im Jahre 1975 auf 477 im Jahre 1984 stark gesunken, während in demselben Zeitraum die Zahl der Beschlüsse nach §§ 349 StPO, 79 Abs. 5 Satz 1 OWiG von 7 854 auf 8 896 gestiegen ist. Insoweit könnte eine Wechselwirkung bestehen.

Der Rückgang von Urteilen bei gleichzeitigem Anstieg der Beschlüsse nach §§ 349 StPO, 79 Abs. 5 OWiG ist in den meisten Ländern ebenfalls zu beobachten, abgesehen von Baden-Württemberg, Berlin und Hessen, wo auch die Zahl der Beschlüsse leicht zurückgegangen ist.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabellen S. 560 bis 563 Bezug genommen.

Frage

- I. 2. b) lautet, auf die Oberlandesgerichte — Revisionsinstanz — bezogen, wie folgt:

Wieviele Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Im Bundesgebiet insgesamt werden fast alle Verfahren innerhalb von sechs Monaten ab Eingang beim Oberlandesgericht erledigt (1975: 99,3 %; 1984: 98,7 %). Bei der ab Verkündung des Urteils berechneten Verfahrensdauer wurden 1975 75,7 %, 1984 80,8 % der Verfahren innerhalb von sechs Monaten erledigt. Ab Einleitung der Verfahren bei der Staatsanwaltschaft berechnet wurden im Jahre 1975 15,3 % und 1984 20 % der Verfahren in einem Zeitraum bis zu sechs Monaten erledigt.

In den einzelnen Ländern ergeben sich bei der ab Eingang bei dem Oberlandesgericht berechneten Verfahrensdauer keine größeren Abweichungen. Demgegenüber differiert die ab Verkündung des Urteils berechnete Verfahrensdauer zwischen den einzelnen Ländern. So lag Niedersachsen im Jahre 1984 mit der kürzesten Verfahrensdauer mit 90,8 % innerhalb von sechs Monaten ab Verkündung des Urteils erledigten Verfahren 10 % über dem Bundesdurchschnitt, das Saarland — teilweise im Gegensatz zu früheren Jahren — um 26,6 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 566 ff. Bezug genommen.

Frage

- I. 2. c) lautet, auf die Oberlandesgerichte — Revisionsinstanz — bezogen, wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Strafsachen vor den Oberlandesgerichten — Revisionsinstanz — liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Weitergehende Erkenntnisse über die Dauer der Strafsachen vor den Oberlandesgerichten — Revisionsinstanz — liegen der Bundesregierung nicht vor.

Frage

- I. 3. lautet, auf die Oberlandesgerichte — Revisionsinstanz — bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,

- c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Oberlandesgerichten — Revisionsinstanz — tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 an den Oberlandesgerichten — Revisionsinstanz — in Strafsachen tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der an den Oberlandesgerichten in Rechtsmittelverfahren in Strafsachen tätigen Richter von 121,3 im Jahre 1980 auf 103,4 im Jahre 1984 gesunken; auch in den meisten Ländern sind die Zahlen (bis auf geringfügige Steigerungen in Berlin und im Saarland) gesunken.

Für den gehobenen und den sonstigen Dienst liegen keine nach Instanzen untergliederte Angaben vor.

Auf die Antwort zu Frage I. 3. (Oberlandesgerichte erster Instanz) wird Bezug genommen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 570 verwiesen.

Frage

- I. 4. a) lautet, auf die Oberlandesgerichte — Revisionsinstanz — bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

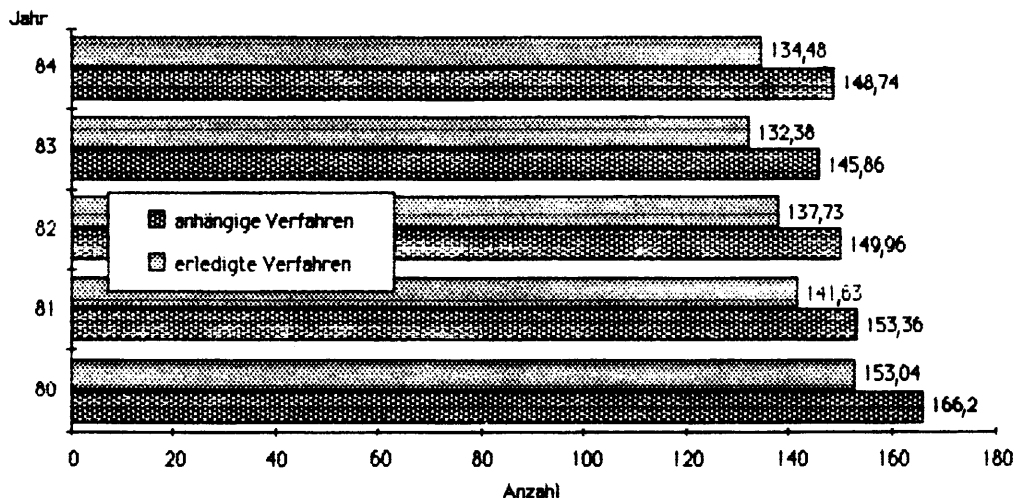
- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der anhängigen Revisions- und Rechtsbeschwerdeverfahren pro Richter von 166,2 im Jahre 1980 auf 148,74 im Jahre 1984 und die Zahl der Erledigungen in diesem Zeitraum von 153,04 auf 134,48 gesunken.

In den einzelnen Ländern ergibt sich folgendes Bild: Im Jahre 1984 lagen Niedersachsen mit 184,23 anhängigen Verfahren (plus 35,49) und 174,23 Erledigungen (plus 39,75) am weitesten über, Hamburg mit 94,33 anhängigen Verfahren (minus 54,59) und 74,33 Erledigungen (minus 60,67) am stärksten unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 571 Bezug genommen.

Strafgericht — Oberlandesgericht Rechtsmittelinstanz — Verfahren/Richter**Frage**

I. 4. b) lautet, auf die Oberlandesgerichte — Revisionsinstanz — bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

In dem Zeitraum, für den Zahlen vorliegen, ist es nicht zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen.

Bundesgerichtshof**Frage**

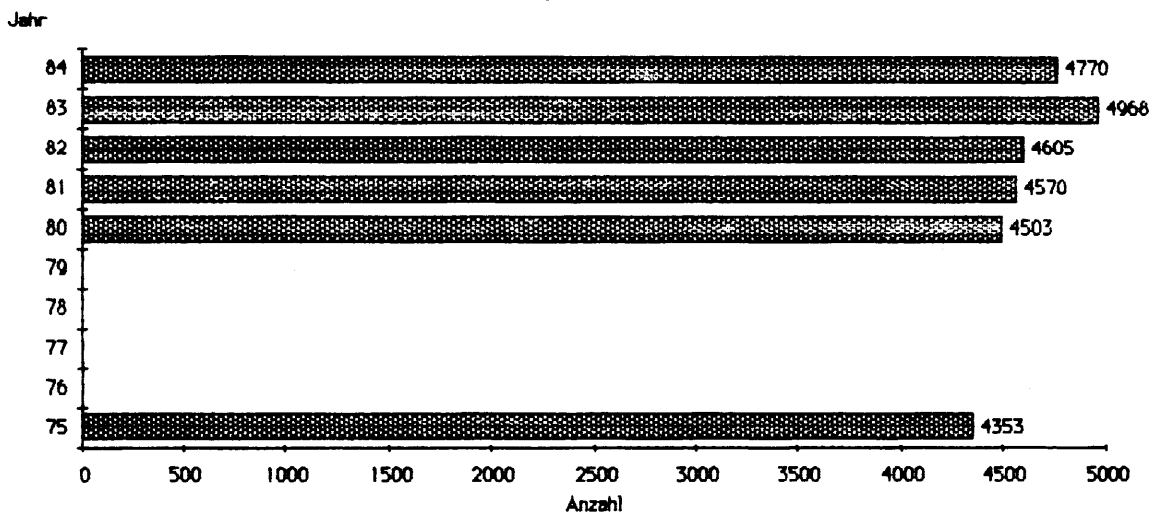
I. 1. lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei dem Bundesge-

richtshof anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatte der Bundesgerichtshof jeweils in diesen Jahren?

Die in Tabelle S. 572 aufgeführten Verfahren sind den Geschäftsübersichten des Bundesgerichtshofs entnommen. Erfasst sind Revisionen (auf die auch zahlenmäßig der weitaus größte Teil der Verfahren entfällt), Vorlegungssachen, Gerichtsstandsbestimmungen, Haftprüfungen nach § 121 Abs. 4 StPO, Beschwerden, Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, ehrengerichtliche Verfahren und Disziplinarverfahren. Der Geschäftsanfall ist von 3 031 anhängigen Verfahren im Jahre 1965 auf 4 968 im Jahre 1983 stetig angestiegen, also um 63,9%; lediglich zwischen 1983 und 1984 ist ein leichter Rückgang um ca. 4% auf 4 770 anhängige Verfahren feststellbar.

Wegen der Entwicklung zwischen 1975 und 1984 wird auf die nachfolgende graphische Darstellung und die Tabelle S. 572 verwiesen.

Strafgericht — Bundesgerichtshof — Anhängige Verfahren

Beim sonstigen Geschäftsanfall — Entscheidungen über Anträge auf Erlass eines Haftbefehls, Haftprüfungen (ohne solche nach § 121 Abs. 4 StPO), Beschuldigtenvernehmungen, Zeugenvernehmungen oder sonstige richterliche Handlungen — ist die Zahl der Verfahren von 949 im Jahre 1975 (für 1965 liegen keine Zahlen vor) auf 1 060 im Jahre 1984 angestiegen; bei den sonstigen richterlichen Handlungen ergab sich zwischenzeitlich im Jahre 1981 ein besonders starker Anstieg, der nach Mitteilung des Bundesgerichtshofs auf die besonderen Forderungserfolge im Jahre 1981 und die hieraus folgenden richterlichen Tätigkeiten (insbesondere des Ermittlungsrichters beim BGH) zurückzuführen sein dürfte.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 573 verwiesen.

Frage

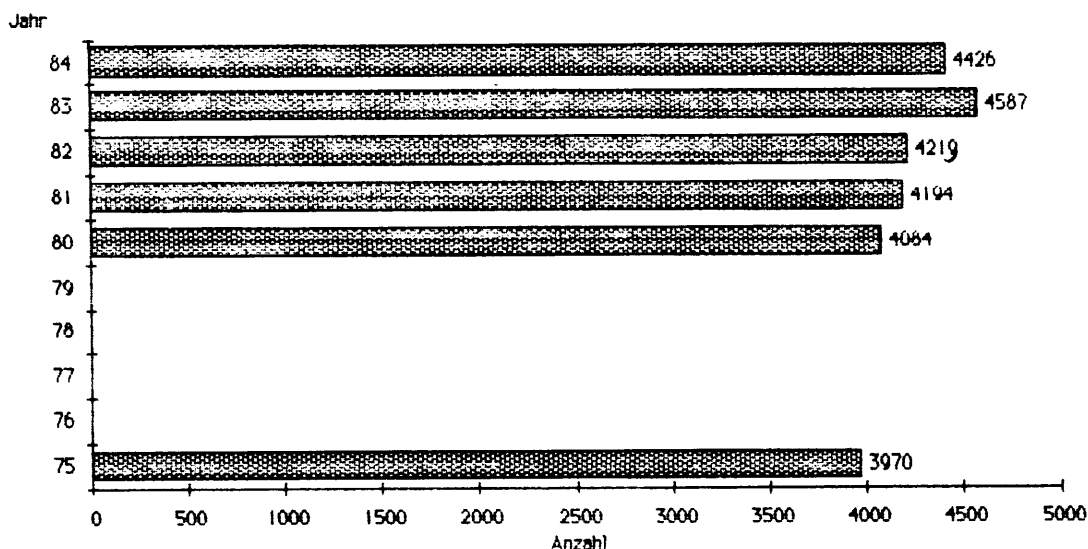
I. 2. a) lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren hat der Bundesgerichtshof in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung und dem Gegenstand des Verfahrens auf?

Bei den erledigten Verfahren — Tabelle S. 574 — zeigt sich parallel zur Entwicklung bei den anhängigen Verfahren eine Steigerung von 2 784 im Jahre 1965 um 64,8% auf 4 587 im Jahre 1983; auch hier sind die Zahlen im Jahre 1984 etwa parallel zum Geschäftsanfall um ca. 3,5% auf 4 426 zurückgegangen.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.

Strafgericht — Bundesgerichtshof — erledigte Verfahren



Beim Gegenstand des Verfahrens — Tabelle S. 575 — zeigt sich ein Anstieg der erledigten Revisionsverfahren von 2 374 im Jahre 1965 um 72% auf 4 084 im Jahre 1983; auch hier ist ein leichter Rückgang auf 3 957 im Jahre 1984 feststellbar.

Während 1965 noch 670 von 2 374 Revisionsverfahren durch Urteil (28,2%) und 1 689 durch Beschluß erledigt wurden (Tabelle S. 576), gab es 1984 bei 3 957 erledigten Revisionsverfahren nur 329 Urteile (8,3%) und 3 588 Beschlüsse. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Möglichkeit der Beschlußentscheidung in der Sache (§ 349 Abs. 2 bis 4 StPO) mit Wirkung vom 1. 4. 1965 erweitert wurde. 1965 hat diese Änderung noch keine erhebliche Auswirkung gehabt. Ab 1975 schwankte der Anteil der durch Urteil erledigten Verfahren zwischen 11,4% im Jahre 1975 und 8,3% im Jahre 1984.

Frage

I. 2. b) lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig?

Zur Dauer der Revisionsverfahren liegen für die Jahre 1965 und 1975 keine Angaben vor. Tabelle S. 577 weist aus, daß seither fast alle Verfahren innerhalb von sechs Monaten ab Eingang beim Bundesgerichtshof abgeschlossen worden sind (1980: 99,34%; 1981: 99,58%; 1982: 99,75%; 1983: 99,75%; 1984: 99,72%).

Ab Verkündung des angefochtenen Urteils gerechnet ergab sich 1980 bei 58,45% der Revisionsverfahren eine Dauer von bis zu sechs Monaten; bis 1984 stieg die Zahl der in dieser Zeit erledigten Verfahren stetig auf schließlich 68,60%.

Frage

I. 2. c) lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Verfahren vor dem Bundesgerichtshof liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Die außerordentlich günstige Verfahrensdauer könnte zu einem erheblichen Teil auf den hohen Anteil der Beschlußentscheidungen (vgl. Tabelle S. 576) zurückzuführen sein.

Frage

I. 3. lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an dem Bundesgerichtshof tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 an dem Bundesgerichtshof in Strafsachen tätig?

Die Zahl der beim Bundesgerichtshof in Strafsachen tätig gewesenen Richter ist zwischen 1965 und 1984 ziemlich gleich geblieben: 1965 waren 32, von 1981 bis 1984 36 Richter des Bundesgerichtshofs in Strafsachen tätig.

Auch die Zahl der Mitarbeiter des gehobenen (1965: 4; 1984: 5) und sonstigen Dienstes (1965: 15; 1984: 18) hat sich nicht beträchtlich verändert.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabellen S. 579 bis 581 Bezug genommen.

Frage

I. 4. a) lautet, auf den Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

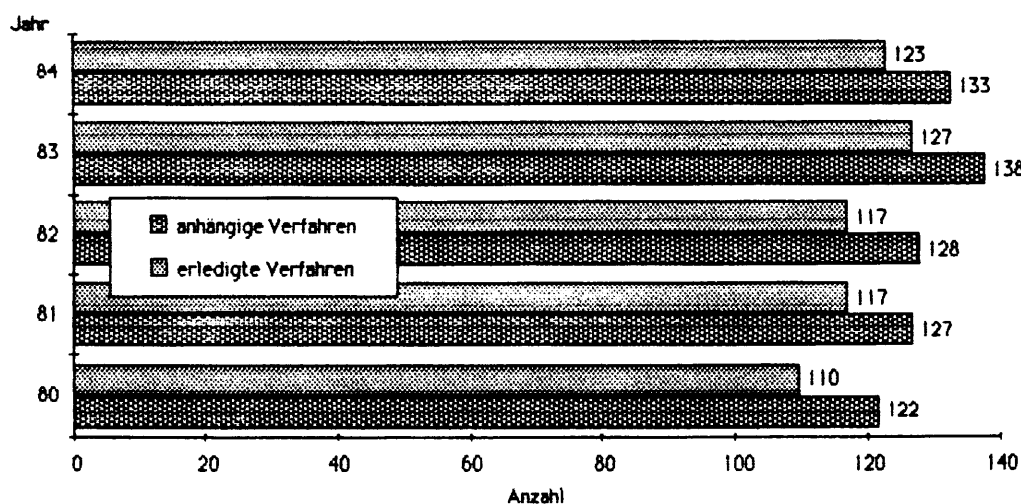
In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter?

Die Zahl der Revisionsverfahren, die jeweils auf einen in Strafsachen am Bundesgerichtshof tätigen Richter entfielen, ist von 95 im Jahre 1965 um 45,2% auf 138 im Jahre 1983 gestiegen; lediglich 1984 ergab sich ein leichter Rückgang auf 133 Verfahren. Ähnlich ist die Entwicklung bei den Erledigungen (1965: 87; 1980: 110; 1983: 127; 1984: 123).

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.

Strafgericht — Bundesgerichtshof — Verfahren/Richter



Beim gehobenen Dienst ist die Zahl sowohl für die anhängigen als auch die erledigten Verfahren (1965: 757,75 anhängige und 696 erledigte Verfahren; 1984: 954 und 885,2) gestiegen.

Die Zahl der Revisionsverfahren, die auf einen Mitarbeiter des sonstigen Dienstes kam, ist von 202 im Jahr 1965 auf 292 im Jahr 1983 gestiegen und ging

im Jahre 1984 auf 265 zurück; ähnlich ist die Entwicklung bei den erledigten Verfahren (1965: 186 Verfahren; 1983: 270 Verfahren; 1984: 246 Verfahren).

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 582 bis 584 verwiesen.

II. Staatsanwaltschaft

Wie lauten die den Fragen B. I. 1 bis 4 entsprechenden Zahlen für die Staatsanwaltschaften (aufgegliedert nach Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten, den Oberlandesgerichten und beim Bundesgerichtshof), und wie erklärt sich die Bundesregierung gegebenenfalls von Bundesland zu Bundesland variierende Zahlen?

Vorbemerkung

Die Angaben über die Geschäftsbelastung bei den Staatsanwaltschaften sind bis 1975 in allen Ländern, in Berlin, Hessen und Schleswig-Holstein auch in der Folgezeit Geschäftsübersichten entnommen. Ab 1980 beruhen die Angaben für die übrigen acht Länder auf der dort eingeführten Zählkartenstatistik. Die Geschäftsübersichten enthalten nicht alle Daten der Zählkartenstatistik.

Geschäftsübersichten und Zählkartenstatistik sind teilweise nicht vergleichbar, weil sie auf anderen Erhebungsmethoden beruhen und die anfallenden Geschäfte teilweise anders zusammengefaßt sind.

Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten

Frage

I. 1. lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Staatsanwaltschaften jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

In den Geschäftsübersichten der meisten Länder sind nur die Neuzugänge, nicht jedoch der Bestand am Jahresanfang erfaßt. Ein Bundesergebnis

konnte deshalb nur für die Neuzugänge ermittelt werden.

Bei einem Vergleich der Neuzugänge in den verschiedenen Jahren ist zu berücksichtigen, daß die im Durchschnitt weniger arbeitsaufwendigen Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt (UJs-Verfahren) ab 1980 nicht mehr bei den anhängigen Anzeigesachen/Ermittlungsverfahren erfaßt, sondern beim sonstigen Geschäftsanfall — Tabelle S. 586 ff. — aufgeführt werden.

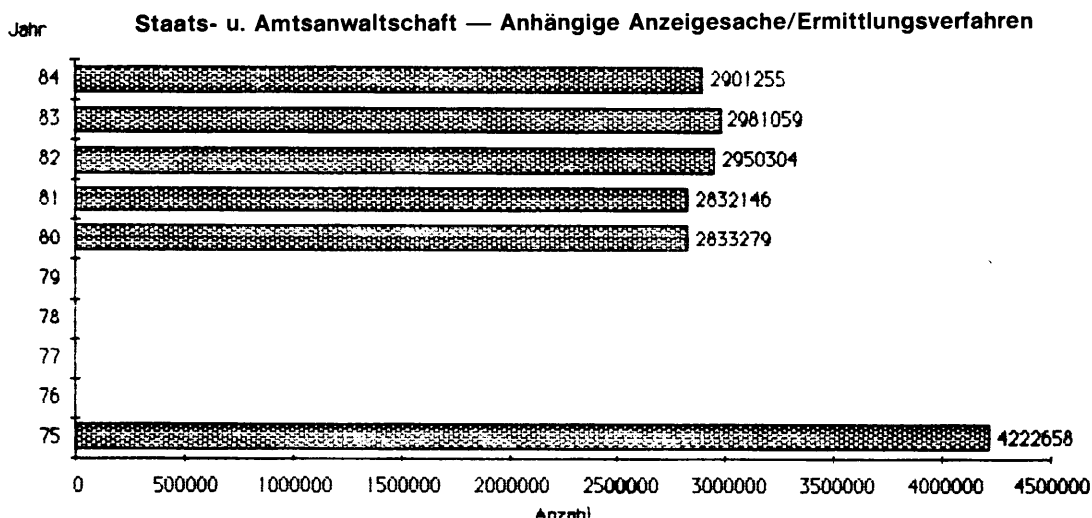
Die Zahl der Neuzugänge im Bundesgebiet insgesamt weist zwischen 1965 und 1975 einen Anstieg von 3 442 794 um 22,65% auf 4 222 658 Verfahren aus. Gegenüber dem Jahre 1975 weist die Tabelle S. 585 bei den Neuzugängen mit 2 833 279 Verfahren im Jahre 1980 zwar einen Rückgang aus. Unter Berücksichtigung der in den Zahlen der Neuzugänge für 1965 und 1975 enthaltenen Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt, die sich im Jahre 1980 auf 2 395 199 beliefen, betrug die Anzahl der Neuzugänge 1980 5 228 478 und war damit 23,8% höher als 1975.

Von 1980 bis 1983 ist der Geschäftsanfall weiter gestiegen und zwar — ohne UJs-Verfahren — von 2 833 279 um 6,17% auf 2 981 059 Verfahren im Jahre 1983. Für das Jahr 1984 zeigt sich gegenüber dem Jahre 1983 ein leichter Rückgang bei den Neuzugängen um 2,7%.

In den einzelnen Ländern ergibt sich ein ähnliches Bild. Unter Berücksichtigung der ab 1980 ausgeklammerten UJs-Verfahren stiegen die Zahlen bis 1982 (Stadtstaaten Berlin und Bremen) und 1983 (übrige Länder) an und sind — seither auf hohem Niveau — mit Ausnahme von Bremen leicht rückläufig (z. B. Bayern 1983: 452 706; 1984: 445 728; Hessen 1983: 258 613; 1984: 248 076).

Der Bestand der Verfahren, der in den meisten Ländern seit 1980 erfaßt wird, ist von 1980 bis 1984 gestiegen.

Die Entwicklung im Bundesgebiet insgesamt zwischen 1975 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 585 verwiesen.



Der sonstige Geschäftsanfall, worunter Beschwerden, seit 1980 in allen Ländern auch Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Täter, Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz/Bußgeldsachen, Gnadensachen, Entschädigungssachen nach dem StrEG, Zivilsachen, Rechtshilfesachen und Strafvollstreckungen fallen, ist bis 1984 stetig angestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 586 ff. Bezug genommen.

Frage

I. 2. a) lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung und dem Gegenstand des Verfahrens auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Bei den erledigten Verfahren zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den Neuzugängen: Im Bundesge-

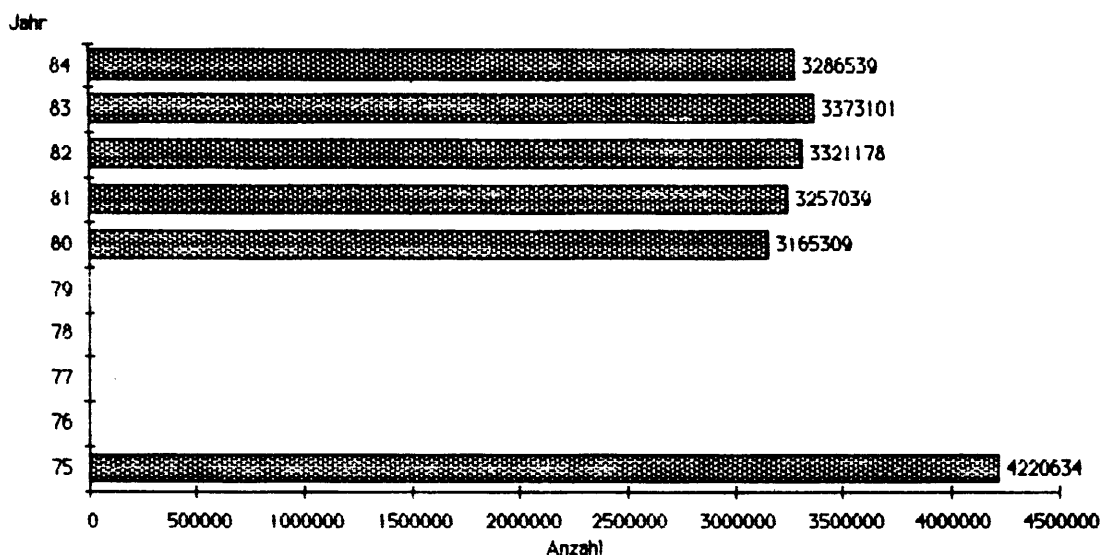
biet insgesamt stiegen sie von 3 314 296 im Jahre 1965 auf 4 220 634 im Jahre 1975.

Aufgrund der gesonderten Erfassung der Verfahren gegen Unbekannt seit 1980 in acht Ländern mit Zählkartenstatistik sind die Erledigungszahlen von 1965 und 1975 mit denen der Jahre ab 1980 nicht vergleichbar.

Im Jahre 1980 betrug die Zahl der Erledigungen 3 165 309, sie stieg bis 1983 auf 3 373 101 um 6,57% an; im Jahre 1984 ging die Zahl — auf hohem Niveau bleibend — um 2,57% auf 3 286 539 Verfahren zurück. Daß die Erledigungen die Neuzugänge in Berlin, Hessen und Schleswig-Holstein in den Jahren 1980 bis 1984 ganz beträchtlich übersteigen, ist darauf zurückzuführen, daß dort in den Erledigungszahlen die UJs-Sachen berücksichtigt sind, während sie bei den Neuzugängen herausgerechnet worden sind.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 589 Bezug genommen.

Staats-/Amtsanwaltschaft — Erledigte Ermittlungsverfahren



Die Art der Erledigung im Bundesgebiet insgesamt und in den Ländern ergibt sich aus Tabelle S. 590 f.

Die Anklagen sind im Bundesgebiet insgesamt von 354 050 im Jahre 1965 um 45,66% auf 515 703 im Jahre 1982 gestiegen. Von 1982 auf 1984 ist die Zahl der Anklagen um 9,16% auf 468 419 zurückgegangen. Die Zahl der Einstellungen gemäß §§ 153 ff. StPO hat noch stärker zugenommen von 184 262 im Jahre 1965 auf 443 190 im Jahre 1984, also um 140,52%. Ob dies auf einer höheren Bereitschaft der Staatsanwälte zur Einstellung des Verfahrens beruht, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Der scheinbare Rückgang der Einstellungen gemäß § 170 Abs. 2 StPO zwischen 1975 und 1980 ist darauf zurückzuführen, daß auch hier die UJs-Sachen in acht Ländern nicht mehr erfaßt sind. Deswegen ist

auch die Entwicklung in den Ländern untereinander nicht vergleichbar.

Frage

I. 2. b) lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung gegebenenfalls eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Angaben über die Verfahrensdauer liegen erst ab dem Jahre 1980 vor und nur für die Länder, die die Zählkartenstatistik eingeführt haben. Da auch Daten für Berlin, Hessen und Schleswig-Holstein fehlen, kann kein Ergebnis für das Bundesgebiet insgesamt ermittelt werden.

Die Zahlen für die einzelnen Länder zeigen ein günstiges, in etwa gleichbleibendes Bild. In nahezu allen erfaßten Jahren sind über 90 % der Ermittlungsverfahren in einer Zeit bis zu sechs Monaten erledigt worden; lediglich im Saarland wurde die 90%-Marke in den Jahren 1982 (89,7 %), 1983 (89,8 %) und 1984 (88 %) geringfügig unterschritten.

Dementsprechend weicht die Verfahrensdauer in den einzelnen Ländern nicht erheblich voneinander ab. Bayern hat mit etwas über 98 % erledigter Ermittlungsverfahren innerhalb von sechs Monaten (1980 bis 1984) die kürzeste Verfahrensdauer; das Saarland, das mit Werten zwischen 88 % und 92,9 % am weitesten unter dem Bundesdurchschnitt liegt, hat keine erheblich längere Verfahrensdauer.

Erkenntnisse über die ohnehin nicht beträchtlichen Unterschiede in der Verfahrensdauer liegen nicht vor.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 592f. verwiesen.

Frage

I. 2. c) lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten bezogen, wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Verfahren vor den Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Weitergehende Erkenntnisse über die Verfahrensdauer liegen nicht vor.

Frage

I. 3. lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Staatsanwälte/Amtsanwälte,
- b) Rechtspfleger,
- c) Mitarbeiter, die nicht als Staatsanwälte/Amtsanwälte oder Rechtspfleger bei den Staatsanwaltschaften tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 an den Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Für das Jahr 1965 liegt ein Bundesergebnis wegen Fehlens der Zahlen von Baden-Württemberg nicht vor.

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der Staatsanwälte (ohne die in Verwaltungs-, Ausbildungs-

und Personalvertretungsangelegenheiten tätigen) von 2 596 im Jahre 1975 auf 2 895 im Jahre 1984 um ca. 11,5 % gestiegen. Die Zahl der Amtsanwälte ist von 753 im Jahre 1975 auf 831 im Jahre 1984 um ca. 10 % gestiegen. Bis auf Bayern, Bremen und Hessen, wo die Zahl der Amtsanwälte gegenüber 1975 im Jahre 1984 leicht rückläufig ist, hat in allen Ländern die Zahl sowohl der Staats- als auch der Amtsanwälte zugenommen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf die Tabellen S. 594 bis 595 verwiesen.

Die Zahl der Rechtspfleger und sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes, die bei den Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten tätig waren, ist im Bundesgebiet insgesamt von 816 im Jahre 1975 (für 1965 liegt wegen Fehlens der Zahlen von Baden-Württemberg ein Bundesergebnis nicht vor) um ca. 34 % auf 1 091 im Jahre 1984 gestiegen. Auch in den einzelnen Ländern ist mit Ausnahme von Bayern, Berlin und dem Saarland zwischen 1975 und 1984 ein Anstieg zu verzeichnen.

Die Zahl der sonstigen Bediensteten ist im Bundesgebiet insgesamt von 5 583 im Jahre 1980 (für 1965 und 1975 liegen Zahlen nicht vor) auf 5 675 im Jahre 1984 um ca. 1,6 % gestiegen. Auch in den einzelnen Ländern sind die Zahlen angewachsen mit Ausnahme von Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg.

Im übrigen wird auf die Tabellen S. 596 bis 597 verwiesen.

Frage

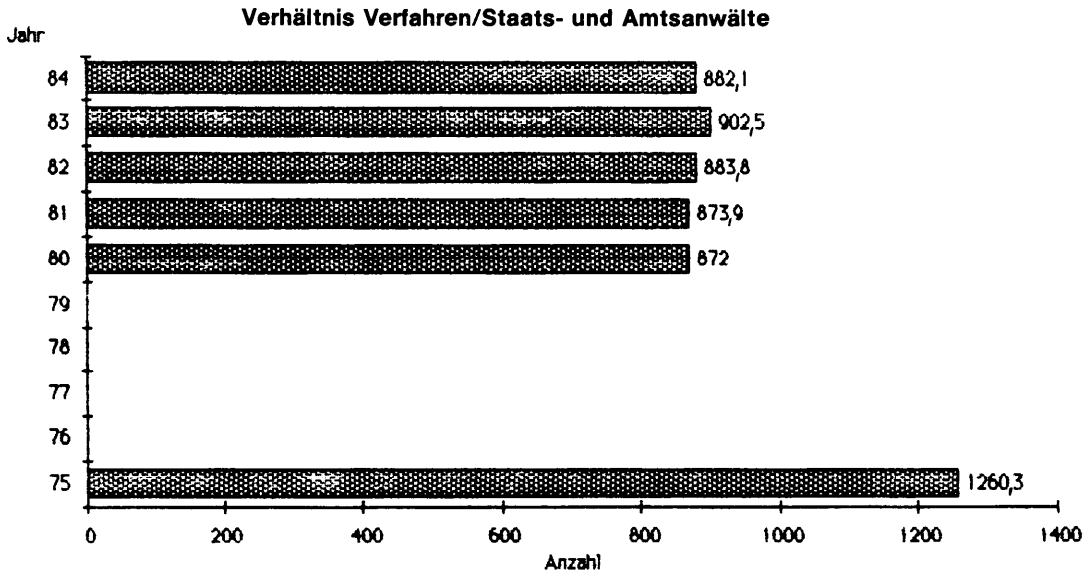
I. 4. a) lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Staatsanwälte/Amtsanwälte,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Staatsanwälte/Amtsanwälte oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Die Frage läßt sich hinsichtlich des Verhältnisses Personal/anhängige Verfahren nicht beantworten, da lediglich die Zahl der Neuzugänge für alle Länder bekannt ist, nicht aber der Bestand. Zwischen 1975 und 1984 ist die Zahl der erledigten Verfahren, die im Bundesgebiet insgesamt auf einen Staats- oder Amtsanwalt kam, von 1 260,3 auf 882,1 gesunken.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 im Bundesgebiet insgesamt ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung.



Nicht vergleichbar sind die Erledigungszahlen pro Staatsanwalt/Amtsanwalt und Rechtspfleger vor und nach 1980, da ab dem Jahre 1980 die zahlenmäßig beträchtlich ins Gewicht fallenden UJs-Sachen in acht Ländern hier nicht mehr berücksichtigt werden.

Auch ab 1980 sind die Erledigungszahlen pro Staatsanwalt/Amtsanwalt, Rechtspfleger und sonstige Mitarbeiter nicht vergleichbar, da die UJs-Sachen nur in den drei Ländern Berlin, Hessen und Schleswig-Holstein berücksichtigt sind, so daß dort die Erledigungszahlen pro Bediensteten wesentlich höher erscheinen.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabelle S. 598 Bezug genommen.

Die Erledigungen pro Rechtspfleger sind im Bundesgebiet insgesamt von 2 980,5 im Jahre 1980 auf 3 012,5 im Jahre 1984, die Erledigungen, die auf einen sonstigen Bediensteten entfielen, von 566,9 im Jahre 1980 auf 579,1 im Jahre 1984 ebenfalls geringfügig gestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabellen S. 599 bis 600 Bezug genommen.

Frage

I. 1. lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatten die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Die Verhältniszahlen sind nicht zu bereinigen, da es keine Aufgabenverschiebungen bei den in der Frage a) erfaßten Erledigungen zwischen Staatsan-

wälten/Amtsanwälten und Rechtspflegern gegeben hat.

Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten

Vorbemerkung

Für die zahlenmäßig weniger ins Gewicht fallenden Ermittlungsverfahren liegen Angaben nur für die acht Länder vor, die eine Zählkartenstatistik führen (also ohne Berlin, Hessen und Schleswig-Holstein), und zwar in der Regel erst ab 1980 oder 1981. Für die übrigen Geschäfte (Revisionen, Beschwerden, Rechtsbeschwerden, Entschädigungssachen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen [StrEG] und sonstige Verfahren) fehlen nur die Daten von Schleswig-Holstein und damit das Bundesergebnis für das Jahr 1984. Die Angaben über den übrigen Geschäftsanfall sind seit 1981 den Zählkartenstatistiken und für die übrigen Jahre bzw. die Länder, die keine Zählkartenstatistik führen, den Geschäftsübersichten entnommen.

Frage

I. 4. b) lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Staatsanwälte/Amtsanwälte gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Staatsanwälten/Amtsanwälten und Rechtspflegern gekommen ist?

Bei den Ermittlungsverfahren zeigt ein Vergleich der verschiedenen Jahre starke Schwankungen, die

allerdings angesichts der geringen Zahl von Verfahren nur beschränkte Aussagekraft haben.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 601 verwiesen.

Beim sonstigen Geschäftsanfall zeigt sich eine unterschiedliche Entwicklung. Die zahlenmäßig am stärksten ins Gewicht fallenden Beschwerden und Rechtsbeschwerden sind von 1965 bis 1980 um knapp ein Viertel angestiegen und haben sich zwischen 1980 und 1984 nur wenig verändert; die Revisionsverfahren haben mit unterschiedlichen Entwicklungen in den Ländern insgesamt erheblich abgenommen; die sonstigen Verfahren waren zwischen 1965 und 1980 stark rückläufig und sind in der Folgezeit leicht angestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 602 f. verwiesen.

Frage

- I. 2. a) lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten bezogen, wie folgt:

Wie viele Verfahren haben die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung und dem Gegenstand des Verfahrens auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Die Entwicklung in den acht Ländern, für die Angaben vorliegen, ist unterschiedlich verlaufen. Wegen der nicht repräsentativen Zahl der Verfahren lassen sich hieraus keine Schlüsse ziehen.

Die Einzelheiten ergeben sich hinsichtlich der Zahl der Erledigungen aus Tabelle S. 604, hinsichtlich der Art der Erledigung aus Tabelle S. 605 f.

Frage

- I. 2. b) lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten bezogen, wie folgt:

Wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung gegebenenfalls eine von Bundesland zu Bundesland variierende Erledigungsdauer?

Zur Dauer der Ermittlungsverfahren liegen Zahlen lediglich für 6 Länder vor. Auch hier ergeben sich starke Schwankungen (z.B. bei der Erledigung innerhalb von sechs Monaten in Baden-Württemberg 1980: 67,1%, 1984: 79,7%; in Nordrhein-Westfalen 1980: 66,7%, 1984: 44,3%). Im Hinblick auf die geringe Zahl von Verfahren sind die Ergebnisse der einzelnen Länder nicht repräsentativ, die unterschiedliche Verfahrensdauer in den einzelnen Jahren innerhalb der einzelnen Länder und zwischen

den Ländern kann auf den Besonderheiten der Verfahren beruhen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 607 f. Bezug genommen.

Frage

- I. 2. c) lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten bezogen wie folgt:

Welche Erkenntnisse über die Dauer der Verfahren vor den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor?

Weitergehende Erkenntnisse liegen nicht vor.

Frage

- I. 3. lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Staatsanwälte,
- b) Rechtspfleger,
- c) Mitarbeiter, die nicht als Staatsanwälte oder Rechtspfleger tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 an den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der Staatsanwälte von 173,2 im Jahre 1975 auf 191,5 im Jahre 1984 um ca. 11% gestiegen.

Dem entspricht die Entwicklung in den meisten Ländern; allerdings ist in einzelnen Ländern (Hamburg und Hessen) ein leichter Rückgang zwischen 1975 und 1984 zu beobachten.

Im übrigen wird auf Tabelle S. 609 verwiesen.

Im Bundesgebiet insgesamt hat sich die Zahl der Beamten des gehobenen Dienstes (1980: 9; 1981: 9,1) und der sonstigen Bediensteten (1980: 142,2; 1984: 144,8) kaum verändert.

Wegen der näheren Einzelheiten wird auf Tabellen S. 610 bis 611 verwiesen.

Frage

- I. 4. a) lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Staatsanwälte,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Staatsanwälte oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Insoweit liegen Zahlen nur für die Länder vor, die eine Zählkartenstatistik führen, so daß ein Ergeb-

nis für das Bundesgebiet insgesamt nicht möglich ist.

Die Zahl der anhängigen und erledigten Ermittlungsverfahren, die auf einen Staatsanwalt entfielen, ist zwischen 1980 und 1984 in einigen Ländern gestiegen, in einigen Ländern gesunken. Sie schwankte aber auch innerhalb der einzelnen Jahre erheblich. Dasselbe gilt für die Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren, die auf einen Beamten des gehobenen Dienstes und einen sonstigen Mitarbeiter entfielen. Diese Unterschiede können auf den Besonderheiten der wenigen nicht repräsentativen Ermittlungsverfahren beruhen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabellen S. 612, 613 und 614 verwiesen.

Frage

- I. 4. b) lautet, auf die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Staatsanwälte gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Staatsanwälten und Rechtspflägern gekommen ist?

Seit 1965 ist es nicht zu hier relevanten Aufgabenverschiebungen zwischen Staatsanwälten und Rechtspflägern gekommen.

Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof

Frage

- I. 1. lautet, auf die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

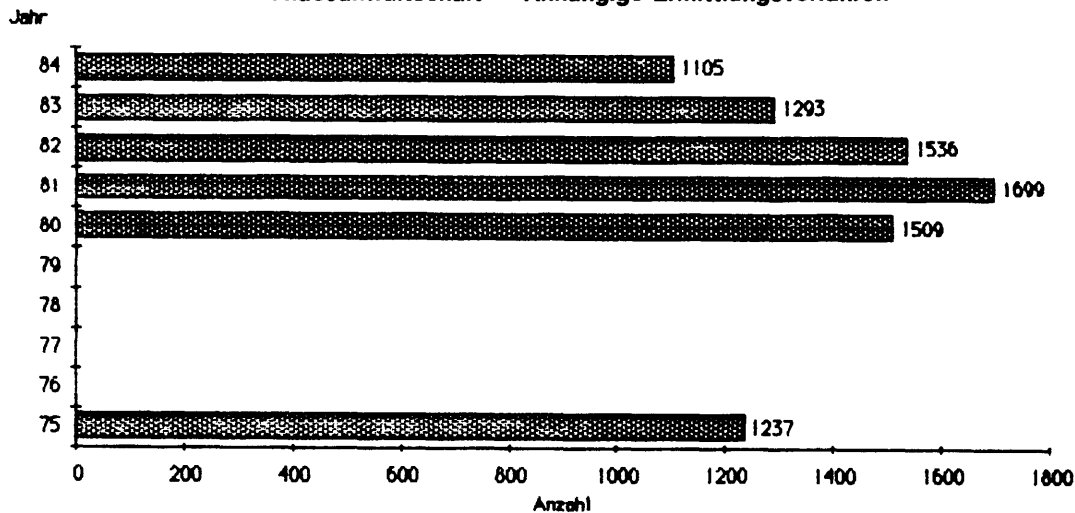
Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei der Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof anhängig, wie viele Verfahren stammten aus den Vorjahren, und wie viele Neuzugänge hatte die Bundesanwaltschaft jeweils in diesen Jahren?

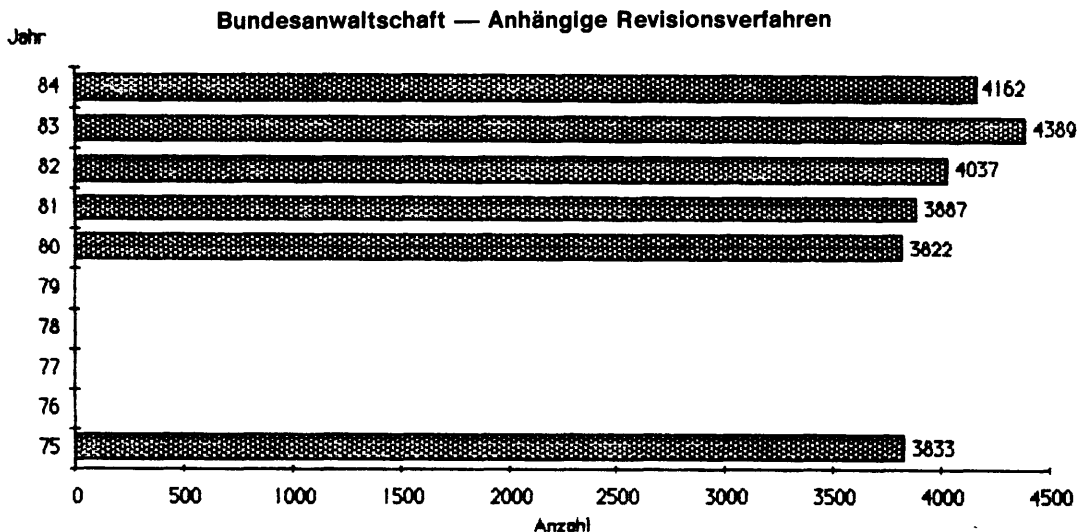
Die Anzahl der anhängigen Ermittlungsverfahren ist von 1965 (2 503) bis 1984 (1 105) auf weniger als die Hälfte zurückgegangen.

Demgegenüber sind die anhängigen Revisionsverfahren von 1965 (2 559) bis 1983 (4 389) beträchtlich angestiegen. Im Jahre 1984 war — auf hohem Niveau — mit 4 162 Verfahren ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1984 ergibt sich aus den nachfolgenden graphischen Darstellungen.

Bundesanwaltschaft — Anhängige Ermittlungsverfahren





Über den sonstigen Geschäftsanfall, wozu berufsgerechtliche, ehrengerichtliche und Disziplinarverfahren, Kartellsachen, Auslieferungssachen, Gerichtsstandsbestimmungen, Beschwerdeverfahren und Sonstiges gehören, liegen keine Angaben für das Jahr 1965 vor. Zwischen 1975 und 1980 ist der Geschäftsanfall von 496 auf 966 gestiegen und hat sich damit fast verdoppelt. Nach einer weiteren Steigerung im Jahre 1981 auf 1 029 hat sich der Geschäftsanfall in den Jahren 1982 bis 1984 auf hohem Niveau bei durchschnittlich 900 Verfahren pro Jahr stabilisiert.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Tabellen S. 614, 615 und 616 Bezug genommen.

Frage

I. 2. a) lautet, auf die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

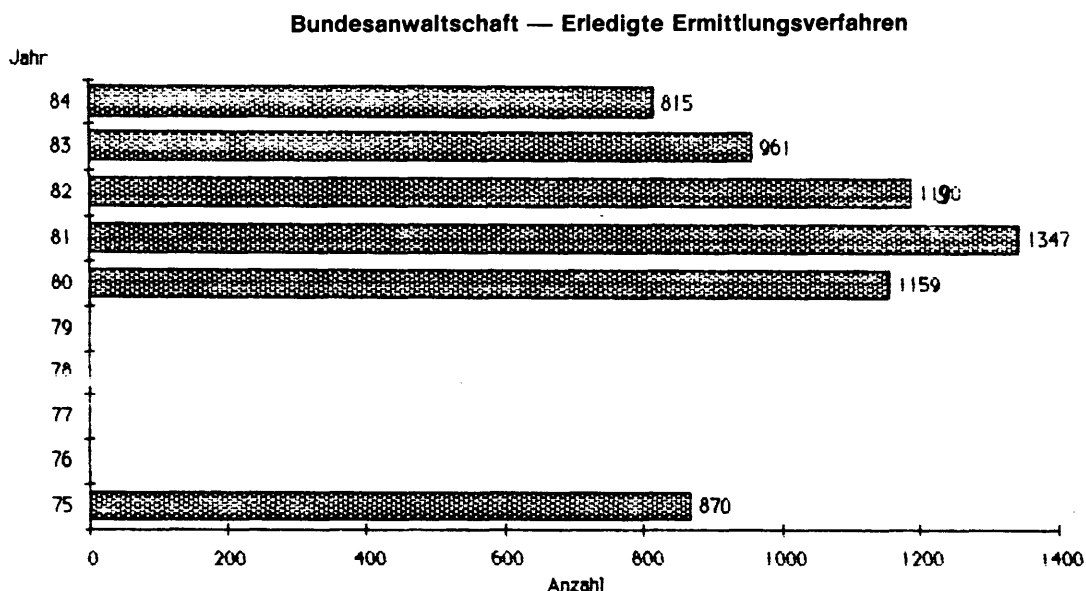
Wie viele Verfahren hat die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof in den Jah-

ren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach der Art der Erledigung und dem Gegenstand des Verfahrens auf?

Die Zahl der erledigten Ermittlungsverfahren ist von 1 778 im Jahre 1965 auf 815 Verfahren im Jahre 1984 gesunken. Dieser Rückgang entspricht dem Rückgang bei den Neuzugängen.

Die Ermittlungsverfahren werden ganz überwiegend durch Abgabe an die Staatsanwaltschaften der Länder oder Einstellung erledigt.

Die Entwicklung zwischen 1975 und 1980 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; im übrigen wird auf die Tabellen S. 617f. Bezug genommen.



Im Jahre 1965 sind 2 490 Revisionsverfahren erledigt worden, entsprechend den gestiegenen Neuzugängen ergab sich bis zum Jahre 1983 eine stetige Steigerung auf 4 223 Erledigungen; im Jahre 1984 sind die Erledigungen parallel zu den Neuzugängen leicht auf 4 066 Verfahren zurückgegangen.

Jeweils über 98% der Revisionsverfahren sind durch Antragstellung vor Gericht erledigt worden.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 619 verwiesen.

Frage

I. 2. b) lautet, auf die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wieviele Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 erledigten Verfahren waren jeweils im Zeitpunkt ihrer Erledigung bis zu sechs Monaten, zwischen sechs und zwölf Monaten, zwischen zwölf und 24 Monaten und über 24 Monate anhängig?

Nach Angaben des Generalbundesanwalts werden etwa 99% der anfallenden Revisionsverfahren innerhalb von sechs Monaten von der Bundesanwaltschaft erledigt. Innerhalb des gleichen Zeitraums wird auch die Masse der Staatsschutz-Strafsachen abgeschlossen.

Statistische Erhebungen zur Verfahrensdauer werden nicht durchgeführt.

Frage

I. 3. lautet, auf die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Staatsanwälte,
- b) Rechtspfleger,
- c) Mitarbeiter, die nicht als Staatsanwälte oder Rechtspfleger an der Bundesanwaltschaft tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 bei der Bundesanwaltschaft tätig?

Die Zahl der mit staatsanwaltschaftlichen Aufgaben befaßten Bundes- und Staatsanwälte ist von 34,25 im Jahre 1965 um 82,5% auf 62,5 im Jahre 1984 gestiegen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 620 Bezug genommen.

Die Zahl der Beamten des gehobenen Dienstes ist von 10 im Jahre 1965 auf 14 im Jahre 1984 gestiegen. Wegen der Einzelheiten wird auf die Tabelle S. 22 (Bundesdienst Spalte d) verwiesen.

Die Zahl der sonstigen Mitarbeiter ist von 49 im Jahre 1965 auf 72 im Jahre 1984 gestiegen. Einzelheiten ergeben sich aus Tabelle S. 28 (Bundesdienst Spalte d).

Eine genaue Aufschlüsselung, in welchem Umfange die Beamten des gehobenen Dienstes und die sonstigen Mitarbeiter Verwaltungsaufgaben wahrnehmen oder dem staatsanwaltschaftlichen Dienst zugewiesen sind, ist nicht möglich. Die Beamten des gehobenen Dienstes nehmen etwa zur Hälfte Rechtspflegeraufgaben, im übrigen Verwaltungstätigkeiten wahr. Die sonstigen Mitarbeiter sind überwiegend für den staatsanwaltschaftlichen Dienst tätig.

Frage

I. 4. a) lautet, auf die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

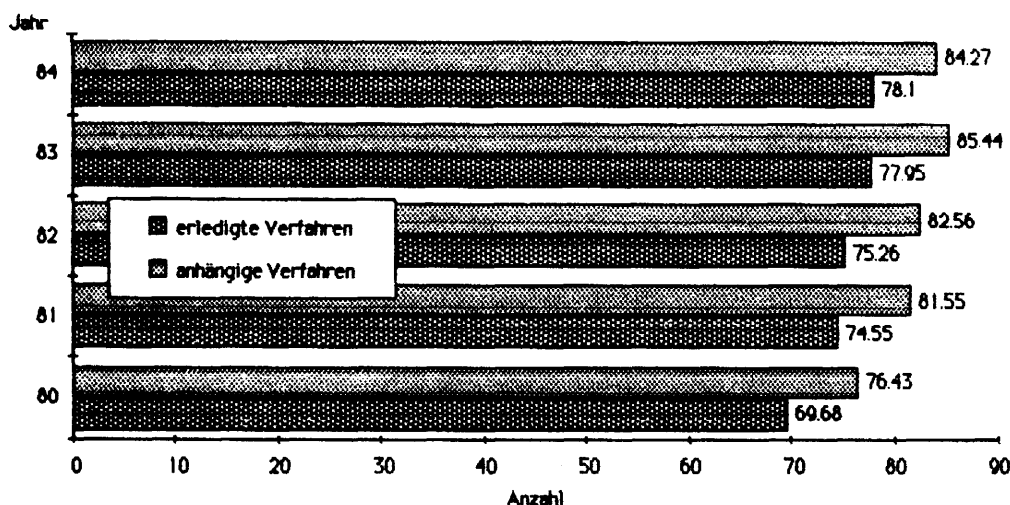
- a) Bundesanwälte/Staatsanwälte,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Bundesanwälte/Staatsanwälte oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter?

Die Zahl der anhängigen Ermittlungs- und Revisionsverfahren, die jeweils auf einen Bundes- oder Staatsanwalt entfielen, ist von 147,80 im Jahre 1965 über 74,83 im Jahre 1975 auf 84,27 im Jahre 1984 um 43% zurückgegangen.

Bei den Erledigungen beträgt der Rückgang mit 124,61 Verfahren im Jahre 1965, 66,64 im Jahre 1975 und mit 78,10 im Jahre 1984 37,3%.

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1984 ergibt sich aus der nachfolgenden graphischen Darstellung; wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 621 verwiesen.

Bundesanwaltschaft — Verfahren/Bundesanwalt



Frage

I. 4. b) lautet, auf die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof bezogen, wie folgt:

Inwieweit müssen die in Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitseinsatz der Bundesanwälte/Staatsanwälte gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Bundesanwälten/Staatsanwälten und Rechtspflegern gekommen ist?

Zu Aufgabenverschiebungen zwischen Bundesanwälten/Staatsanwälten und Rechtspflegern ist es in dem erfragten Zeitraum nicht gekommen.

III. Einzelne Schwerpunkte

1. Wie viele Staats- und Amtsanwälte, wie viele Richter und wie viele sonstige Mitarbeiter der Strafgerichte waren in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils mit der Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten befaßt (absolute und prozentuale Zahlen im Verhältnis zum Gesamtpersonal bei den mit Strafsachen befaßten Gerichten)?

Daten über die Personalverwendung in Verkehrsordnungswidrigkeiten liegen nicht vor.

Es ist versucht worden (Pfeiffer in Deutsches Auto-recht 1980, 301, 307), die Daten anhand der von den Ländern vereinbarten bundeseinheitlichen Bewertungszahlen zu ermitteln. Diese Soll-Zahlen lassen indes zuverlässige Schlüsse über den tatsächlichen Personaleinsatz nicht zu. Sie sollen lediglich eine gleichmäßige Personal- und Stellenverteilung auf die einzelnen Gerichte ermöglichen. Menken (in Deutsches Autorecht 1982, 12f.) kommt deshalb auch zu wesentlich niedrigeren Zahlen als Pfeiffer.

2. a) Wie viele Richter, Staatsanwälte, Amtsanwälte und wie viele sonstige Mitarbeiter bei den Strafgerichten waren in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils mit der Verfolgung und Ahndung von Wirtschaftsstraftaten (§ 74c GVG) und wie viele mit der von Diebstahls-/Betrugsdelikten bis zu einem Vermögensschaden

aa) bis zu 100 DM,

bb) von 100 bis 500 DM,

cc) von 500 bis 1 000 DM,

dd) von 1 000 bis 2 500 DM

befaßt (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Die Frage kann nicht beantwortet werden, da die Geschäfte auf Richter, Staatsanwälte, Amtsanwälte und die sonstigen Mitarbeiter nicht nach den in der Frage genannten Deliktgruppen, sondern nach anderen Kriterien — etwa nach den Anfangsbuchstaben des Namens des Beschuldigten oder Angeklagten — aufgeteilt werden.

Angaben sind nur — in sehr beschränktem Umfang — über die Verwendung von Staatsanwälten und sonstigen Mitarbeitern bei der Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen im Sinne von § 74c GVG möglich. Insoweit haben Bremen und Nordrhein-Westfalen Daten mitgeteilt.

Die Angaben Bremens sind auf das Jahr 1975 beschränkt. Es waren damals durchschnittlich 7,75 Staatsanwälte in diesem Bereich tätig.

Nordrhein-Westfalen hat Daten mitgeteilt über die personelle Ausstattung der seit 1968 bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Bielefeld, Bochum, Düsseldorf, Köln und Bonn, die mit der Bearbeitung von Wirtschaftsstrafsachen im Sinne des § 74c GVG befaßt sind. Die genannten Schwerpunktstaatsanwaltschaften waren in den Jahren 1975 und 1980 bis 1984 wie folgt personell ausgestattet:

	Staats-/ Amts- anwälte	Wirt- schafts- referen- ten	Buch- halter
31. Dezember 1975	74	25	14
31. Dezember 1980	93	32	16
31. Dezember 1981	96	29	16,5
31. Dezember 1982	102	29,5	16
31. Dezember 1983	114,16	31	16,5
30. Juni 1984	116,5	31	22

Zwischen 1975 und 1984 ist die Zahl der Staats- und Staatsanwälte um ca. 57 %, die der Wirtschaftsreferenten um 24 % und die der Buchhalter um ca. 57 % gestiegen.

2. b) Wie hoch war jeweils in diesen Jahren der in diesen beiden Deliktgruppen durch diese Delikte verursachte Gesamtschaden pro Richter und pro Ermittlungsverfahren?

Aus der jährlich durchgeführten „Erhebung über Wirtschaftsstrafverfahren bei den Staatsanwaltschaften“ ergibt sich nur, wie hoch der Schaden pro Ermittlungsverfahren bei ausgewählten Wirtschaftsstrafsachen insgesamt war; gesonderte Angaben für bestimmte Delikte sind nicht möglich.

In die Erhebung aufgenommen sind Wirtschaftsstrafsachen im Sinne von § 74 c Nr. 1 bis 3 und 5 bis 6 (nicht Straftaten gemäß Nr. 4) und Vergehen nach § 283 b StGB (Verletzung der Buchführungspflicht) sowie §§ 130 b, 177 a HGB (Unterlassung eines Konkurs- oder Vergleichsantrages), soweit nicht Anklage vor dem Strafrichter erhoben worden oder Strafbefehl beantragt worden ist. Es werden demnach nur die gewichtigen Straftaten erfaßt.

Bezogen auf die in die Erhebung eingegangenen Verfahren, zu denen Angaben über den ermittelten Gesamtschaden vorlagen, betrug der Schaden pro Ermittlungsverfahren

1975	1 332 974 DM
1980	836 585 DM
1981	1 329 563 DM
1982	1 716 853 DM
1983	2 240 722 DM.

Der ermittelte Gesamtschaden in den einzelnen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren ist sehr unterschiedlich. In vielen Verfahren ist der Gesamtschaden geschätzt worden.

3. a) Wie groß war der Anteil der Ermittlungsverfahren in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 aufgrund einer Strafanzeige des Geschädigten, die ein Vergehen des Betrug mit folgenden Vorwürfen zum Gegenstand hatte:

- aa) eine zivilrechtliche Forderung wurde nicht erfüllt, wie viele davon mit dem Vorwurf:
- eine Rechnung wurde nicht bezahlt,
 - Bezahlung durch ungedeckten Scheck,
- bb) Auseinandersetzung unter Gesellschaftern?

Hierzu liegen Angaben nicht vor.

3. b) In welchen Versicherungssparten ist es nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen oder aufgrund der Praxis der Versicherungen Voraussetzung für den Ersatz des Schadens durch die Versicherung, daß der Geschädigte eine Strafanzeige gestellt hat, und inwieweit wird dies von den Versicherungen selbst dann verlangt, wenn im Zeitpunkt der Anzeige nach menschlichem Ermessen bereits feststeht, daß eine Aufklärung der Straftat nicht erfolgen wird?

Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen hat hierzu mitgeteilt:

„In der Kraftfahrtversicherung und in den nachfolgend aufgeführten Sachversicherungszweigen¹⁾ ist bei Schadenfällen die Anzeige bei der Polizeidienststelle vorgeschrieben. Sinn und Zweck der Anzeigeverpflichtung ist in erster Linie die Minderung der Vertragsgefahr, des sogenannten subjektiven Risikos; die Versicherer gehen — wohl zu Recht — davon aus, daß die Anzeigeverpflichtung den Versicherungsnehmer davon abhält, Schadenfälle vorzutäuschen. Weiterhin dient die vorgeschriebene polizeiliche Anzeige auch einer Minderung des Schadens, da mit ihr in aller Regel eine Liste der abhandengekommenen Sachen bei der Polizei vorzulegen ist und damit die Aufklärung einer eventuell gegebenen Straftat ermöglicht wird. Da die Anzeige aber vor allem zur Verminderung des subjektiven Risikos vorgesehen ist, muß die Anzeigepflicht auch dann erfüllt werden, wenn nach menschlichem Ermessen bereits feststeht, daß eine Aufklärung der Straftat nicht erfolgen wird.“

4. a) Wie viele Adhäsionsverfahren waren in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils anhängig?

Adhäsionsverfahren werden in der Zählkartenstatistik nicht gesondert ausgewiesen. Die Frage kann deshalb nicht beantwortet werden.

Adhäsionsverfahren sind selten. Die Bundesregierung wird demnächst Vorschläge unterbreiten, nach denen von Adhäsionsverfahren häufiger Gebrauch gemacht werden soll.

¹⁾ Feuer-, Einbruchsdiebstahl-, Leitungswasser-, Sturm-, Hausrat-, Wohngebäude-, Bauwesen-, Montage-, Elektronik-, Tier-, Reise-, Kraftfahrt-, Transport- und sonstige weniger bedeutsame Sachschadenversicherungen.

4. b) In wie vielen Fällen war in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 ein durch einen einheitlichen Lebenssachverhalt verursachter Schaden zugleich Gegenstand eines Strafverfahrens und eines zivilgerichtlichen Rechtsstreits?

Die Frage kann nicht beantwortet werden, weil entsprechende Daten nicht zur Verfügung stehen.

E. Freiwillige Gerichtsbarkeit

Wie lauten — soweit sinnvoll übertragbar — die den Fragen B. entsprechenden Zahlen für die freiwillige Gerichtsbarkeit?

Vorbemerkung

Für den Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit gibt es keine Zählkartenerhebung, wie sie für die allgemeinen Zivilsachen, für die Familiensachen und für die Strafsachen eingeführt worden ist. Die Vielfältigkeit der Aufgaben und der Verfahren in der freiwilligen Gerichtsbarkeit läßt die Erhebung statistischer Daten über eine einheitliche Zählkarte nicht zu. Der Geschäftsanfall in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird deshalb nach wie vor anhand von Geschäftsübersichten erfaßt, die aus den nach der Aktenordnung zu führenden Registern erstellt werden. Die Geschäftsübersichten sind in erster Linie auf die innerdienstlichen Belange der Landesjustizverwaltungen abgestimmt, dienen als reine Geschäftsanfall-Statistiken also hauptsächlich der Dienstaufsicht und der Personalbedarfsberechnung. Aussagen über die Art der Erledigung, über die Verfahrensdauer und über den Gebührenstreitwert enthalten die Geschäftsübersichten nicht, so daß sich lediglich die Fragen nach dem Geschäftsanfall und nach dem Verfahrensgegenstand beantworten lassen.

Fragen

- I. 1. und 2. a) lauten, auf die freiwillige Gerichtsbarkeit bezogen, wie folgt:

1. Wie viele Verfahren waren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 jeweils bei den Amtsgerichten anhängig, wie viele Verfahren stammten jeweils aus den Vorjahren und wie viele Neuzugänge hatten die Amtsgerichte jeweils in diesen Jahren (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?
2. a) Wie viele Verfahren haben die Amtsgerichte in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 jeweils insgesamt erledigt, und wie gliedern sich die erledigten Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens auf (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

In der Tabelle „Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach ihrem Gegenstand“ (Seite 622 ff.) sind aus Gründen der Übersichtlichkeit alle bedeutsameren Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit dargestellt, wobei eine Reihe von Einzelgeschäften zu größeren Gruppen zusammengefaßt ist.

So gehören zu den Grundbuchsachen:

1. Eintragungen von Eigentumsveränderungen
2. Eintragungen und Löschungen von Grundpfandrechten und anderen Belastungen
3. Blätter, auf denen Eintragungen bewirkt sind, die ausschließlich die Herstellung der Übereinstimmung mit dem in § 2 GBO erwähnten Verzeichnis betreffen.

Zu den Nachlaß- und Teilungssachen zählen:

1. Vermittlungen von Auseinandersetzungen
2. sonstige Handlungen des Nachlaßgerichts (vor allem Erbscheinerteilungen und Eröffnungen letztwilliger Verfügungen).

Unter den sonstigen Angelegenheiten des Vormundschaftsgerichts sind erfaßt:

1. anhängig gewordene Verfahren auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung nach § 1631b BGB und nach §§ 1800, 1915 i. V. m. § 1631b BGB
2. anhängig gewordene Erziehungsbeistandschaften
3. anhängig gewordene Fürsorgeerziehungssachen
4. anhängig gewordene Adoptionssachen
5. anhängig gewordene vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten im übrigen (X-Sachen).

Als Unterbringungssachen sind die anhängig gewordenen Verfahren zur Unterbringung auf Grund des Bundesgesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung oder auf Grund landesrechtlicher Vorschriften zu verstehen.

Unter dem Begriff „Weitere FGG-Sachen“ sind zusammengefaßt: Beurkundungen, Standesamtssachen, in Verwahrung gegebene Verfügungen von Todes wegen, Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit, Anträge auf Gewährung richterlicher Vertragshilfe und sonstige Handlungen und Entscheidungen außerhalb eines anhängigen Verfahrens.

Die Auswahl der Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist nach der Bewertung der Geschäfte im Rahmen der Personalbedarfsberechnung erfolgt, d. h. es sind alle Geschäfte erfaßt, denen in den Grundsätzen für die Personalbedarfsberechnung im richterlichen Dienst und im gehobenen Dienst Bewertungszahlen zugeordnet sind. In den Geschäftsübersichten dargestellte Geschäfte, die für die Arbeitsbelastung der Richter oder Rechtspfleger nicht aussagekräftig sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt; dazu gehören

Stiftungen

Eintragungen und Löschungen im

- Vereinsregister
- Handelsregister A und B
- Genossenschaftsregister
- Schiffsregister
- Schiffsbauregister

sowie bestehende Eintragungen im Musterregister und im Güterrechtsregister.

Die Zahlen für das Bundesgebiet insgesamt sind für weite Bereiche gegenüber dem Jahre 1965 stark angestiegen, so in Grundbuchsachen von 8 642 405 auf 12 101 284 im Jahre 1984, bei bestehenden Eintragungen im Vereins- (1965: 100 746; 1984: 223 316) und Handelsregister B (1965: 68 124; 1984: 363 408), bei den Neueintragungen und Löschungen im Musterregister (1965: 9 376; 1984: 14 064) und bei den Kirchenaustritten (1965: 46 100; 1984: 87 964), die nicht in allen Ländern gegenüber dem Amtsgericht zu erklären sind. Die weiteren FGG-Sachen sind von 580 615 im Jahre 1965 nach einem Rückgang in den Jahren 1975 und 1980 auf 726 961 im Jahre 1984 gestiegen. In Güterrechtsregister- (1965: 10 810; 1984: 11 449) und in Unterbringungssachen (1965: 41 656; 1984: 43 182) sind die Zahlen nach einem kräftigen Anstieg zwischen 1965 und 1975 wieder zurückgegangen, sie lagen 1984 nicht wesentlich über denen im Jahre 1965.

Ein Rückgang gegenüber 1965 zeigt sich bei den Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften (1965: 1 229 125; 1984: 924 378), wobei die Zahlen jedoch seit 1975 etwa gleich geblieben sind, und bei den sonstigen Angelegenheiten des Vormundschaftsgerichts (1965: 292 385; 1984: 211 828); hier sind die Zahlen kontinuierlich zurückgegangen.

Die Ursache für die niedrige Zahl der Grundbuchsachen sowie der Nachlaß- und Teilungssachen in Baden-Württemberg in den Jahren 1965 und 1975 und für die insoweit fehlenden Angaben ab 1980 liegt in den dort geltenden besonderen Zuständigkeitsregelungen für die Notariate und Bezirksnotariate (vgl. Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 12. Februar 1975 (GBl. S. 116).

Frage

I.3. lautet, auf die freiwillige Gerichtsbarkeit bezogen, wie folgt:

Wie viele

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) Mitarbeiter, die nicht als Richter oder Rechtspfleger an den Amtsgerichten tätig waren,

waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und den Jahren ab 1980 an den Amtsgerichten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit tätig (aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

Im Bundesgebiet insgesamt ist die Zahl der in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit eingesetzten Richter mit 580 im Jahre 1975 (für 1965 konnte ein Bundesergebnis nicht ermittelt werden, weil Angaben aus Baden-Württemberg fehlen) und 453 im Jahre 1984 um ca. 22 % zurückgegangen. In den einzelnen Ländern ist die Zahl der eingesetzten Richter zwischen 1975 und 1984 ebenfalls, wenn auch im unterschiedlichen Maße (am stärksten in Baden-Württemberg mit ca. 40 %) gesunken, lediglich in Bremen war die Zahl der Richter mit 7 in den Jahren 1975 und 1984 gleich hoch. Die verhältnismäßig geringe Zahl von Richtern in Baden-Württemberg, die mit Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit befaßt waren, beruht auf den Zuständigkeitsregelungen für die Notariate und Bezirksnotariate (vgl. die Antwort auf die voranstehende Frage).

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 627 Bezug genommen.

Die Zahl der Rechtspfleger und sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes ist zwischen 1975 (für 1965 liegt ebenfalls kein Bundesergebnis vor) und 1984 bundesweit um 7,4 % gesunken. In allen Ländern ist in diesem Zeitraum die Zahl der in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit eingesetzten Rechtspfleger und sonstigen Beamten des gehobenen Dienstes ebenfalls zurückgegangen und zwar am stärksten in Schleswig-Holstein mit ca. 20 %, am wenigsten in Bayern mit ca. 1 %.

Wegen der Einzelheiten wird auf Tabelle S. 628 verwiesen.

Ein Rückgang zwischen 1980 und 1984 (für 1965 und 1975 liegen keine Zahlen vor) ist auch bei den Mitarbeitern des sonstigen Dienstes im Bundesgebiet insgesamt wie auch in den einzelnen Ländern (bis auf Bayern und Hamburg) zu beobachten. Im übrigen wird auf Tabelle S. 629 verwiesen.

Fragen

I.4. a) und b) lauten, auf die freiwillige Gerichtsbarkeit bezogen, wie folgt:

- a) In welchem Verhältnis stand die Zahl der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 anhängigen und erledigten Verfahren zur Zahl der in diesen Jahren tätigen

- a) Richter,
- b) Rechtspfleger,
- c) nicht als Richter oder Rechtspfleger tätigen Mitarbeiter

(aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer)?

- b) Inwieweit müssen die in der Frage a) genannten Verhältniszahlen bereinigt werden, um aus ihnen Erkenntnisse über einen steigenden oder sinkenden Arbeitsinsatz der Richter gewinnen zu können, weil es im Laufe der Zeit zu Aufgabenverschiebungen zwischen Richtern und Rechtspflegern gekommen ist?

Da eine Gesamtzahl der anhängigen und erledigten Verfahren in der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht vorliegt, lassen sich die Fragen nicht beantworten. Da die vielfältigen Geschäfte in der freiwilligen Gerichtsbarkeit einen ganz unterschiedlichen Arbeitsaufwand erfordern und sich auch nicht gewichten lassen, hätten die Verhältniszahlen auch keine Aussagekraft.

Frage

- I. 6. a) lautet, auf die freiwillige Gerichtsbarkeit bezogen, wie folgt:

Gegen wieviel Prozent der in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 von den Amtsgerichten getroffenen rechtsmittelfähigen Entscheidungen wurden Rechtsmittel eingelegt, in wieviel Prozent der Fälle hatte das Rechtsmittel Erfolg (jeweils aufgegliedert für das Bundesgebiet insgesamt und die einzelnen Bundesländer), und wie erklärt sich die Bundesregierung ggf. von Bundesland zu Bundesland variierende Rechtsmittel- und Rechtsmittelerfolgsquoten?

Angaben über die Anzahl der rechtsmittelfähigen Entscheidungen und der Rechtsmittel gegen Entscheidungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit liegen nicht vor.

Frage

- I. 8. a) lautet, auf die freiwillige Gerichtsbarkeit bezogen, wie folgt:

Wie lauten die den Fragen 1 bis 7 entsprechenden Zahlen jeweils für die beiden kleinsten und die beiden größten Amtsgerichte jedes Bundeslandes?

Die Frage kann aus den in der Antwort zu Frage D.I.8. (Amtsgerichte in Strafsachen) genannten Gründen nicht beantwortet werden.

- F. Ursachen von Schwankungen in der Geschäftsbelastung der ordentlichen Gerichtsbarkeit

- I. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für die Schwankungen in der Geschäftsbelastung, die sich aus den Zahlen ergeben?

Die Ursachen für Schwankungen in der Geschäftsbelastung der einzelnen Gerichte sind vielschichtig.

Wirtschaftliche Depressionen schlagen sich in einer verstärkten Inanspruchnahme der Gerichte nieder. Ein Vergleich des Geschäftsanfalls bei den Zivilgerichten in der Zeit von 1881 bis 1981 zeigt, daß im Jahre 1931 während der Wirtschaftskrise die Zahl der Mahnverfahren mit 10 750 217 und der erstinstanzlichen Prozesse bei den Amtsgerichten mit

2 717 431 auf eine bis dahin nie und auch später nicht erreichte Höhe anwachsen (vgl. Gilles/Röhl/Schuster/Stempel, Rechtsmittel im Zivilprozeß, herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz, S. 110; Wollschläger a. a. O. S. 253 ff.).

Daneben gibt es eine Vielzahl von Faktoren, etwa die Dichte der gesellschaftlichen Kontaktbeziehungen, Einstellungen und Wertorientierungen der an diesen Beziehungen Beteiligten oder die Inanspruchnahme von Rechtsanwälten und die Zahl der Rechtsschutzversicherten, die sich auf die Belastung der Gerichte auswirken können (vgl. Klages, Ursachenfaktoren der Inanspruchnahme der Ziviljustiz, in: Grenzen der Rechtsgewährung, S. 195 ff.). Angesichts der Vielzahl und Komplexität dieser Faktoren bleibt abzuwarten, ob und wieweit es gelingt, ihren Anteil an der Geschäftsbelastung zu ermitteln. Kurzfristig sind hier keine Aussagen zu erwarten.

Auch für Schwankungen in der Geschäftsbelastung der Strafgerichte können zahlreiche Faktoren ursächlich sein.

Von erheblicher Bedeutung ist hier zunächst die Entwicklung der Aufklärungsquote, die von zahlreichen außerhalb der Justiz liegenden Faktoren abhängen kann, wie zum Beispiel dem Anzeigeverhalten der Opfer von Straftaten oder der personellen und sachlichen Ausstattung der ermittelnden Behörden.

Eine Rolle spielt auch das Entscheidungsverhalten, insbesondere das Einstellungs- oder Anklageverhalten der Staatsanwaltschaft, das von gesetzlichen Regelungen, aber auch von anderen Faktoren beeinflusst sein kann, etwa von behördeninternen Richtlinien zu der Frage, wann vom Strafbefehlsverfahren oder einer Einstellung gegen Auflagen oder Weisungen (§ 153 a StPO) Gebrauch gemacht werden soll.

Auf die Belastung der Rechtsmittelgerichte kann sich neben der Qualität der (angefochtenen) gerichtlichen Entscheidungen, diese wiederum abhängig von der personellen Qualität oder der Belastung der Gerichte, auch das Wert- bzw. Rechtsbewußtsein der Bevölkerung und Verteidigerverhalten auswirken.

Die Vielschichtigkeit und Verflechtung aller denkbaren Faktoren in diesem wenig erforschten Bereich erlaubt derzeit keine genauere Analyse.

- II. Inwieweit lassen sich eventuelle Schwankungen mit konkreten Gesetzesänderungen, die in diesem Zeitraum in Kraft getreten sind, verknüpfen, und um welche Gesetze handelt es sich dabei?

Wieweit in der ordentlichen Gerichtsbarkeit Schwankungen der Geschäftsbelastung mit konkreten Gesetzesänderungen in Verbindung stehen können, kann jedenfalls mit statistischen Methoden nicht geklärt werden.

Ein Zusammenhang zwischen Geschäftsanfall und Gesetzesänderungen läßt sich in einer Reihe von Fällen aufzeigen, etwa bei Maßnahmen, die auf eine sachgerechtere Aufteilung der Aufgaben zwischen den Eingangsgerichten abzielen. Auf diese Zusammenhänge ist, soweit möglich, bei der Beantwortung der Fragen zu B. und D. hingewiesen worden.

Auf die Entwicklung der Geschäftszahlen können sich neben den Gesetzesänderungen auch andere Faktoren für Schwankungen in der Geschäftsbelastung auswirken. Die in der Antwort zu Frage I. genannten Faktoren können die Geschäftsentwicklung in einem Maße beeinflussen, daß die angestrebten Auswirkungen zahlenmäßig nicht oder nicht in vollem Umfang zum Ausdruck kommen.

III. Inwieweit hängt die Steigerung der Geschäftsbelastung in den einzelnen Gerichtszweigen nach Auffassung der Bundesregierung damit zusammen, daß soziale und finanzielle Zugangsbarrieren für die Inanspruchnahme der Gerichte abgebaut worden sind?

Soziale und finanzielle Zugangsbarrieren für die Inanspruchnahme der ordentlichen Gerichte sind nicht nur durch die am 1. Januar 1981 in Kraft getretenen Gesetze über die Prozeßkostenhilfe und die Beratungshilfe herabgesetzt worden, sondern beispielsweise auch durch die Einschränkung von Gerichtsstandsvereinbarungen auf Grund des Gesetzes zur Änderung der Zivilprozeßordnung vom 21. März 1974.

Aufgrund der für 1980 bis 1983 bundesweit vorliegenden Zahlen läßt sich die Bedeutung von Prozeßkosten- und Beratungshilfe abschätzen.

In erstinstanzlichen Zivilprozessen der Amts- und Landgerichte (1980 zusammen 1 222 870, 1983 zusammen 1 535 453 erledigte Prozesse) sowie den erstinstanzlichen Familiensachen (1980: 287 648, 1983: 390 867 erledigte Verfahren) wurde 1980 das Armenrecht in 174 312 Fällen, 1983 Prozeßkostenhilfe in 321 730 Fällen bewilligt.

Der Schwerpunkt lag 1980 mit 83,5 %, das sind 145 582 Bewilligungen, und 1983 mit 79,5 %, das sind 255 917 Bewilligungen, auf dem Gebiet der Familiensachen. Armenrecht wurde hier 1980 von 25,3 % der Parteien, Prozeßkostenhilfe 1983 von 32,7 % der Parteien in Anspruch genommen.

Auf andere erstinstanzliche Zivilprozesse der Amts- und Landgerichte entfiel 1980 mit 16,5 %, das sind 28 730 Bewilligungen, und 1983 mit 20,5 %, das sind 68 813 Bewilligungen, ein spürbar gewachsener Anteil. Die Hilfe wurde hier 1980 von 1,2 %, 1983 von 2,1 % der Kläger oder Beklagten in Anspruch genommen.

Die Zahl der erteilten Berechtigungsscheine ist deutlich von 49 644 im Jahre 1981 auf 132 222 Berechtigungsscheine im Jahre 1984 um 166,34 % gestiegen. Dieser geringe Anteil von ca. 1 % der Beratungshilfefälle, die in ein gerichtliches Verfahren

übergegangen sind, läßt darauf schließen, daß die Beratungshilfe in der Regel zu einer außergerichtlichen Beilegung von Rechtsstreitigkeiten führt.

G. Rationalisierungsreserven innerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit

I. 1. Welche Rationalisierungsreserven bestehen nach Auffassung der Bundesregierung im bürokratisch-technischen Bereich bei den Gerichten?

Die Ausstattung der Gerichte ist — abgesehen von den wenigen Bundesgerichten — Ländersache. Der Bund hat die Länder bei der Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zur Rationalisierung des Gerichtsbetriebes unterstützt. So hat der Bundesminister der Justiz die Koordinierung in einer entsprechenden Bund-Länder-Kommission übernommen. Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat die informations-technische Unterstützung der Büroarbeit an Gerichten gefördert, so durch Tätigwerden von Großforschungseinrichtungen wie der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH.

Ferner unterstützt der Bund den EDV-Einsatz in der Justiz durch Informationsaustausch und unter Beteiligung an Europarats-Gremien. Dort ist der EDV-Einsatz ein ständiges Thema.

Ferner hat sie, soweit erforderlich, durch gesetzliche Maßnahmen den Einsatz von EDV-Verfahren erleichtert, z. B. im Mahnverfahren.

Die im Auftrag der Bundesregierung entwickelten computergestützten Informationssysteme JURIS und JUSTIS werden dazu beitragen, daß die personellen Kräfte zweckmäßiger eingesetzt werden können.

Die Bundesregierung hat bei den Gerichten des Bundes eine EDV-gestützte Infrastruktur geschaffen, z. B. durch den Einsatz von Schreibautomaten bei den Textverarbeitungen in den Kanzleien und durch die vorgesehene Ausstattung der Geschäftsstellen mit Bildschirmgeräten.

In den Bundesländern sind zum Teil seit mehreren Jahren EDV-gestützte Systeme in den Geschäftsstellen von Amts- und Landgerichten sowie der Staatsanwaltschaften im Einsatz. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung in der Justiz hat die Entwicklung dieser Systeme begleitet, in geeigneten Fällen Anregungen zur Koordinierung bzw. Harmonisierung der verschiedenen Verfahren gegeben.

Derzeit wird von der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (Gesellschafter: Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalen) gemeinsam mit der Siemens AG ein neues System zur EDV-Unterstützung gerichtlicher und staatsanwaltschaftlicher Geschäftsstellen auf der Basis von

Personal-Computern entwickelt. Bayern hat die Pilotanwendung übernommen. Art und Umfang möglicher Rationalisierungseffekte bei Einsatz dieses Systems im späteren Echtbetrieb können derzeit noch nicht verlässlich angegeben werden.

Die Landesjustizverwaltungen haben darüber hinaus weitere insbesondere automationsbedingte Arbeitserleichterungen eingeführt, u. a. das Verfahren zur Automation des Gerichtskosten- und Kassenwesens und der Geldstrafenvollstreckung (JUKOS), sowie ein automationsunterstütztes Grundbuchverfahren.

2. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie lange es vom Absetzen eines Urteils oder Beschlusses bis zur Zustellung an die Beteiligten dauert, aufgegliedert nach Bundesländern, Zivil-, Familien- und Strafgerichten und Gerichten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie nach Gerichtsinstanzen, und welche Reserven für eine Verfahrensbeschleunigung sieht die Bundesregierung in diesem Bereich?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über die Dauer zwischen dem Absetzen eines Urteils oder Beschlusses bis zur Zustellung an die Beteiligten vor. Alle Landesjustizverwaltungen haben mitgeteilt, daß in ihrem Geschäftsbereich hierzu keine Untersuchungen durchgeführt worden sind.

3. Welche Rationalisierungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung für besondere Rechtsgebiete oder Verfahrensarten (z. B. Grundbuch, Registerwesen, Kostenwesen, Mahnverfahren), und welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, damit diese Möglichkeiten genutzt werden?

Auf Bundesebene sind das EDV-gestützte Bundeszentral- und Gewerbezentralregister zu nennen.

Auf Länderebene sind EDV-Verfahren in den Bereichen Grundbuch, Handelsregister, Gerichtskosten- und Kassenwesen, Mahnverfahren, Unterhaltssachen, Konkursverfahren und Strafverfahren im Einsatz bzw. in der Entwicklung.

Ein Entlastungseffekt beim Nachlaßgericht könnte sich durch die Errichtung einer zentralen computer-gestützten Testamentskartei ergeben. Über die Errichtung einer solchen Kartei wird z. Z. mit den Ländern verhandelt.

4. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, inwieweit die Gerichte mit technischen Hilfsmitteln (Diktiergeräte, Schreibautomaten etc.) genügend ausgestattet sind und inwieweit evtl. Verzögerungen bei den Gerichten auf eine mangelnde technische Ausstattung zurückzuführen sind?

Die zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz gehörenden Gerichte und der General-

bundesanwalt beim Bundesgerichtshof haben mitgeteilt, daß sie mit technischen Hilfsmitteln (Diktiergeräte, Schreibautomaten etc.) genügend ausgestattet sind. Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, daß etwaige Verzögerungen bei gerichtlichen oder staatsanwaltschaftlichen Verfahren auf Mängel in der technischen Ausstattung zurückzuführen wären. Aus den Stellungnahmen der Länder ergeben sich keine Hinweise darauf, daß Verzögerungen bei den Gerichten der Länder auf mangelnder technischer Ausstattung beruhen. So hat die Landesjustizverwaltung Hamburg mitgeteilt, daß teilweise zu beobachtende Verzögerungen eher auf stark gestiegenen Geschäftsanfall bei gleichzeitigen Sparzwängen im Personalhaushalt als auf mangelnde technische Ausstattung zurückzuführen seien.

- II. 1. Welche konkreten Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um eventuelle Rationalisierungsreserven bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit ausfindig zu machen und zu nutzen, und welche Initiativen beabsichtigt sie für die Zukunft?

Auf die Antworten zu den Fragen I. 3. und 4. wird Bezug genommen.

Die angesprochenen Rationalisierungsmaßnahmen fallen in die Zuständigkeit der Länder. Gleichwohl wird sich die Bundesregierung weiterhin etwa über eine Mitarbeit in der Bund-Länder-Kommission bemühen, Anstöße und Anregungen zur Nutzung weiterer Rationalisierungsreserven zu geben.

2. Welche Forschungsvorhaben hat die Bundesregierung in diesem Bereich initiiert, welche Ergebnisse haben diese Forschungsvorhaben gehabt, und welche konkreten Forschungsvorhaben hält sie in nächster Zeit in diesem Bereich für sinnvoll?

Eine Forschungsgruppe bei der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin hat in den Jahren 1979 bis 1981 mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium der Justiz eine Untersuchung der Frage durchgeführt, ob sich in der Bundesrepublik Deutschland die Einrichtung eines zentralen Handelsregisters in Verbindung mit einer Automatisierung der Registerführung empfiehlt. Diese Untersuchung hat zu dem Ergebnis geführt, daß ein zentrales Handelsregister nicht zweckmäßig wäre und der mit einer Umstellung der Handelsregisterführung auf EDV verbundene Kostenaufwand außer Verhältnis zu den zu erwartenden Rationalisierungsmöglichkeiten stehen würde.

Wegen der Überlegungen zu einer umfassenden Strukturanalyse wird auf die Vorbemerkung I. hingewiesen.

H. Maßnahmen zur Entlastung der ordentlichen Gerichtsbarkeit

I. 1. Welche Maßnahmen zur Entlastung der ordentlichen Gerichtsbarkeit beabsichtigt die Bundesregierung, die nicht auf eine Beschränkung des Rechtsschutzes und der Rechtsmittel hinauslaufen?

Im Bereich der Zivilgerichtsbarkeit sind durch verschiedene Novellen der letzten Jahre, insbesondere durch die Vereinfachungsnovelle von 1976, die Voraussetzungen für ein einfacheres und zweckmäßigeres Verfahren geschaffen worden, das die Gerichte entlastet. Im Hinblick hierauf sind die Möglichkeiten für eine weitere Rationalisierung des Verfahrens begrenzt, wenn strukturelle Eingriffe in das System des geltenden Prozeßrechts vermieden werden sollen. Gleichwohl kommen noch verschiedene Einzelmaßnahmen in Betracht, die in ihrer Gesamtheit zu einer Beschleunigung des Verfahrens und damit zu einer Arbeitserleichterung für die Gerichte beitragen können.

Derartige Maßnahmen sind Gegenstand des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Zivilprozeßordnung und anderer Gesetze (BT-Drucksache 10/3054). Die Vorschläge betreffen fast alle Abschnitte des Verfahrensganges; sie umfassen auch Änderungen im Bereich der Beschwerde. Um das Verfahren zu beschleunigen und die Rechtsmittelgerichte zu entlasten, soll die Beschwerde gegen Nebenentscheidungen grundsätzlich auf den Rechtszug in der Hauptsache beschränkt werden und eine Beschwerde gegen einstweilige Anordnungen und vorläufige Maßnahmen grundsätzlich ausgeschlossen sein. Es werden also nur Nebenfragen des Verfahrens betroffen sein, deren weitere Verfolgung in einem besonderen Beschwerderechtszug nicht notwendig erscheint. Zudem sind die vorgeschlagenen Änderungen bereits weitgehend durch die Rechtsprechung vorgezeichnet.

Im Bereich der Strafgerichtsbarkeit sind durch den Entwurf eines Strafverfahrensänderungsgesetzes 1984 (BT-Drucksache 10/1313) insbesondere folgende Entlastungsmaßnahmen beabsichtigt:

- Erweiterung der Möglichkeit, von der zeitraubenden Verlesung von Urkunden abzusehen.
- Erweiterung der Möglichkeit, in den schriftlichen Urteilsgründen auf den Anklagesatz Bezug zu nehmen.
- Verbesserung der Effektivität des Strafbefehlsverfahrens; die Staatsanwaltschaft soll veranlaßt werden, in geeigneten Fällen in möglichst großem Umfang Strafbefehlsanträge zu stellen.
- Schaffung der Möglichkeit, vom Normalverfahren ins Strafbefehlsverfahren überzugehen, um ein „steckengebliebenes“ Hauptverfahren rational zu beenden.

— Verlängerung der Einspruchsfrist auf zwei Wochen, um übereilte und nur zur Fristwahrung eingelegte Einsprüche zu vermeiden.

— Der Einspruch soll auf bestimmte Beschwerdepunkte beschränkt werden können, um das Einspruchsverfahren von überflüssigem Verhandlungsstoff zu entlasten.

Zur Entlastung der Gerichte in Bußgeldsachen sieht der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und anderer Gesetze (BT-Drucksache 10/2652) insbesondere folgende Regelungen vor:

— Der Anwendungsbereich des Verwarnungsverfahrens soll durch Anhebung des Höchstbetrages des Verwarnungsgeldes für sämtliche Ordnungswidrigkeiten auf 75 DM (statt wie bisher 40 DM) erweitert werden. Dadurch wird die Anwendung dieses formlosen Verfahrens auch in den Fällen ermöglicht, in denen bislang durch Bußgeldbescheide eine Geldbuße von über 40 DM bis zu 75 DM festgesetzt wird.

— Die Verwaltungsbehörde soll im Einspruchsverfahren nochmals näher prüfen, ob die dem Betroffenen zur Last gelegte Beschuldigung hinreichend beweisbar ist und der Vorwurf deshalb aufrechterhalten werden kann. Hierdurch sollen unnötige gerichtliche Verfahren vermieden werden.

— Mit Zustimmung des Betroffenen soll die Beweisaufnahme vereinfacht werden können.

— Das Rechtsbeschwerdegericht soll die Rechtsbeschwerde auch dann zulassen, wenn dies geboten ist, um das Urteil wegen Versagung des rechtlichen Gehörs aufzuheben. Dies wird zu einer Entlastung des Bundesverfassungsgerichts in Bußgeldsachen beitragen.

— Stellt die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein, so soll sie auch die Entscheidung darüber treffen, ob die notwendigen Auslagen der Staatskasse auferlegt werden, so daß das Gericht nicht mehr mit dieser Entscheidung befaßt wird.

Die von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwürfe werden zu einer besseren Nutzung der vorhandenen Ressourcen und damit zu einer Entlastung der Gerichte beitragen. Insgesamt laufen die vorgesehenen Maßnahmen nicht auf eine Beeinträchtigung, sondern eine Verbesserung des Rechtsschutzes hinaus.

2. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Notwendigkeit jeder Änderung von Prozeßordnungen durch empirisches Tatsachenmaterial über die Auswirkungen dieser Änderung belegt sein sollte?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß Änderungen von Prozeßordnungen grundsätzlich empirisch abgesichert sein sollten. Gesetzesänderungen in diesem Bereich werden deshalb durch Befragun-

gen der Praxis (Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Rechtspfleger usw.) vorbereitet. Überdies werden die vorhandenen Statistiken ausgewertet. Soweit erforderlich, werden schließlich rechtstatistische Forschungsprojekte oder gesonderte Erhebungen durchgeführt.

Im übrigen läßt sich nicht jede Änderung des Verfahrensrechts nach ihren Auswirkungen empirisch vorweg abklären. Grundsätzlich neue Verfahrenswege können allenfalls hypothetisch geprüft werden; die spätere Verfahrenswirklichkeit kann sich anders entwickeln. Empirische Vorarbeiten lassen deshalb auch im Bereich des Prozeßrechts nur begrenzte Aussagen zu und dürfen nicht überschätzt werden.

3. Inwieweit kann die Bundesregierung durch empirisches Tatsachenmaterial für jede der von ihr oder dem Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen im Zusammenhang mit dem Strafverfahrensänderungsgesetz belegen, welche Entlastung der Justiz hiervon konkret zu erwarten ist, und inwieweit durch die jeweilige Änderung das Risiko eines Justizirrtums erhöht bzw. nicht erhöht wird?

Die Bundesregierung hat in dem Entwurf eines Strafverfahrensänderungsgesetzes 1984 (BT-Drucksache 10/1313) eingehend dazu Stellung genommen, welche Entlastung die Justiz von den vorgeschlagenen Änderungen zu erwarten hat. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird deshalb auf die Bundestags-Drucksache 10/1313 (S. 15f.) verwiesen.

Entlastungsmaßnahmen finden dort ihre Grenze, wo das fein austarierte Gleichgewicht des deutschen Strafverfahrens beeinträchtigt würde. Der Entwurf der Bundesregierung enthält keine Vorschläge, die die Wahrheitsfindung gefährden oder die legitimen Verteidigungsinteressen des Beschuldigten beeinträchtigen könnten.

- II. Inwieweit hält es die Bundesregierung für sinnvoll, die Anwaltschaft im Vorfeld der Gerichte noch stärker zu einer streitschlichtenden Tätigkeit zu veranlassen, welche tatsächlichen und rechtlichen Hemmnisse stehen dem derzeit entgegen, und welche Gesetzesänderungen (z. B. im Gebührenrecht) sind sinnvoll und beabsichtigt, um diese zu beseitigen?

Die Bundesregierung hält es grundsätzlich für sinnvoll, den Anteil außergerichtlicher Streitbeilegung zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für die streitschlichtende Tätigkeit von Rechtsanwälten im Stadium der vorprozessualen Rechtsberatung. Da gerade dieser Teil der anwaltlichen Tätigkeit weder quantitativ noch qualitativ genügend erfaßt ist, führt die Bundesregierung gemeinsam mit der Bundesrechtsanwaltskammer und dem Deutschen Anwaltverein rechtstatsächliche Untersuchungen über die Rolle und Funktion der Rechtsanwälte bei der außergerichtlichen Streitbeilegung durch. Erst nach

Vorliegen der Ergebnisse dieser Untersuchungen kann die Frage beantwortet werden, ob derzeit tatsächliche und rechtliche Hemmnisse bestehen und Gesetzesänderungen notwendig sind.

Ebenso werden Erkenntnisse darüber erwartet, welchen Aufwand außergerichtliche Streitbeilegung, insbesondere im Verhältnis zur Durchführung eines Prozesses, erfordert, und ob eine verstärkte Tätigkeit der Rechtsanwälte im vorprozessualen Raum Änderungen im Gebührenrecht angezeigt erscheinen lassen.

- III. 1. Wie viele Schiedsmänner waren jeweils in den Jahren 1965, 1975 und in den Jahren ab 1980 im Bundesgebiet tätig, in wie vielen Fällen sind diese Schiedsmänner in diesen Jahren tätig geworden, in wie vielen Fällen haben sie den Streit endgültig beigelegt, und wie viele Richterpenen sind jeweils in diesen Jahren durch die Tätigkeit der Schiedsmänner nach den Schätzungen der Bundesregierung eingespart worden (jeweils aufgegliedert nach Straf- und Zivilsachen)?

Schiedsmänner gibt es in den Ländern Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein. Sie sind sowohl in Straf- als auch Zivilsachen zuständig.

Die Zahl der Schiedsmänner betrug:

1965:	8 695
1975:	5 022
1980:	3 986
1981:	3 973
1982:	3 957
1983:	3 905
1984:	3 859.

Die Zahl der Anträge auf Sühneverhandlung in Strafsachen (in Klammern jeweils die absolute und prozentuale Zahl der Fälle, in denen der Sühneversuch Erfolg gehabt hat) betrug:

1965:	51 233 (28 004 = 54,7%)
1975:	37 077 (18 990 = 51,2%)
1980:	28 576 (14 530 = 50,8%)
1981:	28 065 (14 642 = 52,2%)
1982:	27 927 (14 222 = 50,9%)
1983:	26 512 (13 729 = 51,8%)
1984:	21 595 (10 931 = 50,6%).

Die Zahl der bearbeiteten Fälle in Zivilsachen (in Klammern die absolute und prozentuale Zahl der durch Vergleich erledigten Sachen) betrug:

1965:	1 260 (753 = 59,8%)
1975:	1 063 (585 = 55,1%)
1980:	887 (469 = 52,9%)
1981:	1 042 (556 = 53,4%)
1982:	1 063 (620 = 58,3%)
1983:	1 183 (629 = 53,2%)
1984:	1 447 (833 = 57,6%).

Die Frage, wie viele Richterstellen jeweils in den erfragten Jahren durch die Tätigkeit der Schieds-

männer eingespart worden sind, läßt sich nicht beantworten.

Aus der Zahl der Straf- und Zivilverfahren, die durchschnittlich von einem Richter erledigt werden, folgt, daß nur wenige Richterstellen durch die Tätigkeit der Schiedsmänner eingespart werden können. So sind im Jahre 1984 von einem Richter bei dem Amtsgericht im Bundesdurchschnitt 618,3 strafgerichtliche Verfahren und 746,11 zivilgerichtliche Verfahren erledigt worden. Unterstellt man, daß die von den Schiedsmännern erledigten Verfahren im Durchschnitt den gleichen Zeitaufwand erfordern wie die amtsgerichtlichen Verfahren und daß alle Antragsteller, die den Schiedsmann angerufen haben, auch den Weg zum Gericht beschritten hätten, so wären 1984 rein rechnerisch in Strafsachen 17,68, in Zivilsachen 1,1 Richterstellen eingespart worden. Da diese Einsparungen sich auf fast 400 Amtsgerichte verteilen (im Durchschnitt also etwa $\frac{1}{20}$ Richterstelle pro Gericht), lassen sich die tatsächlichen Auswirkungen auf den Richterbedarf nicht ermitteln.

2. Inwieweit sieht die Bundesregierung in einem Ausbau des Schiedsmannswesens eine Möglichkeit zu einer Entlastung der Justiz, und inwieweit sollte das Verfahrensrecht geändert und die sachliche Zuständigkeit der Schiedsmänner erweitert werden, um dieses Ziel zu erreichen.
3. Inwieweit sieht die Bundesregierung das Schiedsmannswesen unter dem Gesichtspunkt als förderungswürdig an, daß es weniger als ein Gerichtsverfahren die Gefahr mit sich bringt, die sozialen Beziehungen zwischen den Parteien über den konkreten Streitgegenstand hinaus nachhaltig zu stören?
4. Welche konkreten Forschungsvorhaben und Schritte hat die Bundesregierung initiiert oder beabsichtigt sie in nächster Zeit zu ergreifen, um die Voraussetzungen für eine Verbesserung des Schiedsmannswesens zu schaffen?

Des Sachzusammenhangs wegen werden die Fragen H.III.2. bis 4. gemeinsam beantwortet:

Trotz der in der Antwort auf die vorstehende Frage erwähnten geringen Entlastung der Gerichte durch den Schiedsmann mißt die Bundesregierung seiner Tätigkeit eine große Bedeutung zu. Sie bemüht sich deshalb um eine Ausweitung seines Tätigkeitsfeldes.

So soll durch den Entwurf eines Strafverfahrensänderungsgesetzes 1984 der Katalog des § 380 StPO, der die Vorschaltung eines Sühneversuchs für bestimmte Delikte vorsieht, um die gefährliche Körperverletzung erweitert werden. Zugleich soll durch eine Ergänzung des § 77b StGB ein Ruhen der Strafantragsfrist während der Durchführung eines Sühneversuches vorgeschrieben werden, um zu vermeiden, daß der Verletzte aus Sorge, die Strafantragsfrist zu versäumen, vorsorglich einen Strafantrag stellt.

In Zivilsachen hat der Schiedsmann eine umfassende Zuständigkeit für die Schlichtung bei An-

sprüchen vermögensrechtlicher Art. Von der Möglichkeit, den Schiedsmann anzurufen, wird jedoch nicht ausreichend Gebrauch gemacht. Insoweit soll auf eine stärkere Inanspruchnahme hingewirkt werden. Auf einen verstärkten Einsatz des Schiedsmanns in Zivilsachen zielt eine Änderung der Schiedsmannsordnung Nordrhein-Westfalen ab (Gesetz vom 5. Juli 1983 GVGL. S. 236).

Der Bundesminister der Justiz hat ein Forschungsprojekt zu diesem Gesetz in Auftrag gegeben. Das Projekt soll darüber Aufschluß geben, welche Maßnahmen geeignet sind, das Institut des Schiedsmanns zu fördern.

- IV. Welche sonstigen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, alternative Streitschlichtungsmöglichkeiten außerhalb der Justiz zu fördern und auszubauen, und welche Initiativen hat die Bundesregierung in diese Richtung ergriffen?

Die Diskussion über alternative Streitschlichtungsmöglichkeiten im Vorfeld der Gerichte ist von der Sozialwissenschaft ausgegangen und zunächst vornehmlich im Ausland geführt worden. Das Bundesministerium der Justiz hat sie mit einer Tagung zum Thema „Alternativen in der Ziviljustiz“ aufgenommen und erstmals auf eine justizbezogene Grundlage gestellt.

In der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 wurde die Bedeutung der vorgerichtlichen Schlichtung hervorgehoben; zur weiteren Entlastung der Gerichte sollten die vorhandenen Möglichkeiten stärker als bisher genutzt werden. In diesem Zusammenhang hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung mit seiner Veröffentlichung „Schlichten ist besser als Richten“ auf die Vielzahl der in der Bundesrepublik schon länger existierenden und in der jüngsten Zeit neu errichteten Schieds- und Schlichtungsstellen aufmerksam gemacht. In fast allen Ländern gibt es inzwischen regionale Verzeichnisse, die über diese Stellen informieren.

Seit einiger Zeit findet ein vom Bundesministerium der Justiz koordinierter Erfahrungsaustausch über Schieds- und Schlichtungsstellen mit den Landesjustizverwaltungen statt. Modellversuche mit neuen Schlichtungsstellen werden von den Ländern Bayern, Berlin, Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Das Bundesministerium der Justiz fördert Forschungsprojekte zu den Erfahrungen mit Bauschlichtungsstellen und mit der Tätigkeit der Schiedsleute. Es nutzt die Ergebnisse des internationalen Erfahrungsaustauschs auf dem Gebiet der außergerichtlichen Streitbeilegung.

Rechtspolitische Empfehlungen jetzt schon zu geben, wäre verfrüht. Es bedarf weiterer, grundlegender Erforschung der Problematik. Dabei ist kritisch abzuwägen; der Zugang zu der staatlichen Justiz darf nicht beschränkt werden. Es können zwar langjährige Erfahrungen anderer Justizsysteme — vor allem in den USA und in Japan — mit einem umfangreichen Netz außergerichtlicher Streitbeile-

gungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Letztlich muß aber versucht werden, zu einem Ergebnis zu gelangen, das dem Selbstverständnis unseres Gesellschafts- und Rechtssystems gerecht wird. Entsprechende Projekte hat das Bundesministerium der Justiz initiiert.

- V. 1. Inwieweit hält es die Bundesregierung für notwendig, die Fähigkeit der erstinstanzlichen Gerichte zur endgültigen Streitschlichtung zu stärken, und welche Maßnahmen beabsichtigt sie in nächster Zeit, um dies zu erreichen?

Die Fähigkeit der erstinstanzlichen Gerichte zur endgültigen Streitschlichtung sieht die Bundesregierung als eine förderungswürdige Möglichkeit zur schnellen, kostengünstigen und friedensstiftenden Konfliktregelung an. Für die Parteien sind Prozeßvergleiche oft befriedigender als das streitige Urteil, für die Justiz eine Entlastung. Das Bundesministerium der Justiz hat daher im Rahmen seines Forschungsbereichs „Alternativen in der Ziviljustiz“ 1982 einen Meinungsaustausch zwischen Wissenschaftlern und Praktikern zum Thema „Prozeßvergleich“ durchgeführt, bei dem sich u. a. ergeben hat, daß Streitschlichtung bei Gericht in erster Linie ein Thema für Aus- und Fortbildung ist. An der von Bund und Ländern getragenen Deutschen Richterkademie werden fortlaufend Tagungen durchgeführt, die die Voraussetzungen für eine richterliche Streitschlichtung verbessern sollen.

2. a) Inwieweit trifft es zu, daß die Beförderungstellen in der Justiz in einem solchen Maße in den höheren Instanzen angesiedelt sind, daß Richter, die nicht nur gute Rechtskenntnisse, sondern zugleich auch überdurchschnittliche Fähigkeiten beim Umgang mit Menschen und bei der Streitschlichtung haben, sich veranlaßt sehen, in die höheren Instanzen abzuwandern?
- b) Inwieweit führen diese Besonderheiten der Beförderungsstrukturen dazu, daß die Fähigkeit der ersten Instanz zur Streitschlichtung geschwächt wird, und welche Schritte beab-

sichtigt die Bundesregierung, um diese nicht nur unter Entlastungsgesichtspunkten der Justiz, sondern auch aus qualitativen Erwägungen unerwünschte Entwicklung zu verhindern?

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit sind rund 32,2% der Richter in Ämtern der Besoldungsgruppe R 2 oder höher. Außerdem gibt es bei den Amtsgerichten Beförderungssämter, die in der Besoldungsgruppe R 1 mit einer ruhegehaltstfähigen Amtszulage ausgewiesen sind.

Es trifft zu, daß in den höheren Instanzen mehr Beförderungsstellen vorhanden sind als bei erstinstanzlichen Gerichten.

Die Bundesregierung erkennt nicht, daß überdurchschnittlich befähigte Richter sich veranlaßt sehen können, in die höheren Instanzen abzuwandern, unter anderem auch deshalb, weil dort mehr Beförderungsstellen zur Verfügung stehen. Dieses Problem ist bereits früher, insbesondere bei den Beratungen zur Neuordnung der Richterbesoldung im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (BGBl. I S. 1173) erörtert worden. Angesichts der großen Zahl von Richtern in der Bundesrepublik Deutschland, die ganz überwiegend in der ersten Instanz tätig sind, ging die allgemeine Meinung dahin, daß eine weitergehende Vereinheitlichung der Richterbesoldung schon aus finanziellen Gründen nicht vertretbar sei.

Immerhin hat die ab dem 1. Juli 1975 für Richter eingeführte Besoldungsordnung R vor allem die Bezüge in den Eingangsämtern erheblich verbessert, um der Bedeutung der ersten Instanz, soweit möglich, Rechnung zu tragen.

Kein Land hat die Annahme bestätigt, daß eine Schwächung der erstinstanzlichen Gerichte durch den beruflichen Aufstieg qualifizierter Richter in höhere Instanzen feststellbar sei. Einige Länder haben darauf hingewiesen, daß sie um einen auch für die Streitschlichtung befähigten Nachwuchs bemüht seien und deshalb bei Beförderungen für die Streitschlichtung befähigte Richter nachrückten.

Tabellenübersicht**A. Personal***I. Richter*

1. Zahl der hauptberuflichen Richter	Tabelle S. 1
2. Verteilung der Richter auf die Gerichtszweige und Steigerungsraten	Tabelle S. 2 bis 7
3. Personalbedarf und tatsächlicher Einsatz im richterlichen Dienst der ordentlichen Gerichtsbarkeit	Tabelle S. 8
4. Freistellungen vom richterlichen Dienst in den einzelnen Gerichtszweigen .	Tabelle S. 9 bis 13

II. Staats-, Amtsanwälte und Vertreter des öffentlichen Interesses

1. Zahl der Staatsanwälte, Amtsanwälte und der sonstigen Vertreter des öffentlichen Interesses	Tabelle S. 14 bis 17
2. Personalbedarf und tatsächlicher Einsatz im staats- und amtsanwaltschaftlichen Dienst	Tabelle S. 18
3. Freistellungen vom staats- und amtsanwaltschaftlichen Dienst	Tabelle S. 19

III. Rechtspfleger (Gehobener Dienst)

1. Zahl der Rechtspfleger	Tabelle S. 20
2. Verteilung der Rechtspfleger auf die Gerichtszweige und Steigerungsraten	Tabelle S. 20 bis 25

IV. Sonstiger Dienst

1. Zahl der Kräfte des sonstigen Dienstes	Tabelle S. 26
2. Verteilung der Kräfte des sonstigen Dienstes auf die Gerichtszweige und Steigerungsraten	Tabelle S. 27 bis 32

V. Zahl der Bewährungshelfer

Tabelle S. 33

VI. Zahl der Rechtsanwälte, Notare und Rechtsbeistände

Tabelle S. 34 bis 35

VII. Verhältnis der verschiedenen Tätigkeitsgruppen zueinander

Tabelle S. 36 bis 48

**B. Geschäftsanfall bei den Zivilgerichten
(ohne freiwillige Gerichtsbarkeit und ab 1980 ohne Familiengerichte)***I. Amtsgerichte*

1. Anhängige Zivilprozesse	Tabelle S. 49
2. Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 50 bis 58
3. Erledigungen, Erledigungsart, Verfahrensgegenstand und Gebührenstreitwert	Tabelle S. 59 bis 68
4. Verfahrensdauer	Tabelle S. 69 bis 70
5. Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Kräfte	Tabelle S. 71 bis 73
6. Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 74 bis 76
7. Häufigkeit der Beweisordnung/-erhebung	Tabelle S. 77
8. Häufigkeit der Berufungen	Tabelle S. 78
9. Rechtsanwaltsvertretung	Tabelle S. 79 bis 80
10. Rechtsanwaltsvertretung/Verfahrensdauer	Tabelle S. 81 bis 83

11. Kleinste/größte Amtsgerichte	Tabelle S. 84 bis 206
12. Beteiligte Parteien	Tabelle S. 207 bis 210

II. Landgericht 1. Instanz

1. Anhängige Zivilprozesse	Tabelle S. 211
2. Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 212
3. Erledigungen, Erledigungsart, Verfahrensgegenstand und Gebührenstreitwert	Tabelle S. 213 bis 222
4. Verfahrensdauer	Tabelle S. 223 bis 224
5. Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Kräfte	Tabelle S. 225 bis 227
6. Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 228 bis 230
7. Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung	Tabelle S. 231
8. Häufigkeit der Berufungen	Tabelle S. 232
9. Kleinste/größte Landgerichte 1. Instanz	Tabelle S. 233 bis 293
10. Beteiligte Parteien	Tabelle S. 295 bis 297
11. Häufigkeit der Übertragungen auf den Einzelrichter	Tabelle S. 298 bis 299
12. Wenigste/meiste Einzelrichterübertragungen	Tabelle S. 300
13. Einzelrichter/Verfahrensdauer	Tabelle S. 301 bis 302
14. Einzelrichter/Erledigungsart	Tabelle S. 303 bis 304
15. Quote und Erfolg der Berufungen gegen Einzelrichter- bzw. Kammerentscheidungen	Tabelle S. 305 bis 306

III. Landgericht Berufungsinstanz

1. Anhängige Zivilprozesse	Tabelle S. 307
2. Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 308 bis 310
3. Erledigungen, Erledigungsart, Verfahrensgegenstand und Gebührenstreitwert	Tabelle S. 311 bis 319
4. Verfahrensdauer	Tabelle S. 320 bis 321
5. Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Kräfte	Tabelle S. 322
6. Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 323
7. Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung	Tabelle S. 324
8. Ergebnis der Berufungen	Tabelle S. 325 bis 326
9. Kleinste/größte Landgerichte Berufungsinstanz	Tabelle S. 327 bis 378
10. Beteiligte Parteien	Tabelle S. 379 bis 382

IV. Oberlandesgericht

1. Anhängige Zivilprozesse	Tabelle S. 383
2. Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 384 bis 386
3. Erledigungen, Erledigungsart, Verfahrensgegenstand und Gebührenstreitwert	Tabelle S. 387 bis 396
4. Verfahrensdauer	Tabelle S. 397 bis 398
5. Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Kräfte	Tabelle S. 399 bis 402
6. Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 403 bis 405
7. Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung	Tabelle S. 406
8. Häufigkeit der Revisionen	Tabelle S. 407
9. Ergebnis der Berufungen	Tabelle S. 408 bis 409
10. Beteiligte Parteien	Tabelle S. 410 bis 413

V. Bundesgerichtshof

1. Anhängige Zivilprozesse	Tabelle S. 414
2. Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 415
3. Erledigungen, Erledigungsart, Verfahrensgegenstand und Gebührenstreitwert	Tabelle S. 416 bis 417
4. Verfahrensdauer	Tabelle S. 418 bis 419
5. Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Kräfte	Tabelle S. 420 bis 422
6. Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 423 bis 425
7. Verhältnis Berufungsurteile/Revision	Tabelle S. 426
8. Ergebnis der Revisionen	Tabelle S. 427 bis 428
9. Verfahrensgegenstand	Tabelle S. 429
10. Beteiligte Parteien	Tabelle S. 430

C. Geschäftsanfall bei den Familiengerichten**I. Familiengericht**

1. Anhängige Verfahren	Tabelle S. 431
2. Erledigungen, Verfahrensgegenstand, Erledigungsart und Gebührenstreitwert	Tabelle S. 432 bis 445
3. Verfahrensdauer	Tabelle S. 446 bis 449
4. Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Kräfte	Tabelle S. 450 bis 452
5. Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 453 bis 455

II. Oberlandesgericht — Familiensenat —

1. Anhängige Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidun- gen	Tabelle S. 456
2. Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 457
3. Erledigungen, Verfahrensgegenstand, Art des Rechtsmittels, Art der Erledigung und Gebührenstreitwert	Tabelle S. 458 bis 471
4. Verfahrensdauer	Tabelle S. 472 bis 476
5. Zahl der Richter	Tabelle S. 477
6. Verhältnis Verfahren/Richter	Tabelle S. 478
7. Erfolg der Rechtsmittel	Tabelle S. 479 bis 482

III. Bundesgerichtshof

1. Erledigte Revisionen und Gegenstand des Verfahrens	Tabelle S. 483
2. Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 484
3. Art der Erledigung und Gebührenstreitwert	Tabelle S. 485 bis 486
4. Dauer des Verfahrens	Tabelle S. 487
5. Erfolg der Rechtsmittel	Tabelle S. 488
6. Zahl der Richter	Tabelle S. 485
7. Verhältnis Erledigungen/Richter	Tabelle S. 490

D. Geschäftsanfall in der Strafjustiz**I. Strafgerichte****1. Amtsgericht**

a) Anhängige Verfahren	Tabelle S. 491
b) Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 492 bis 493

c) Erledigungen, Erledigungsart und Gegenstand des Verfahrens	Tabelle S. 494 bis 503
d) Verfahrensdauer	Tabelle S. 504 bis 506
e) Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Kräfte	Tabelle S. 507 bis 509
f) Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 510 bis 512
g) Häufigkeit der Rechtsmittel	Tabelle S. 513
 2. Landgericht 1. Instanz	
a) Anhängige Verfahren	Tabelle S. 514
b) Erledigungen, Erledigungsart und Gegenstand des Verfahrens	Tabelle S. 515 bis 518
c) Verfahrensdauer	Tabelle S. 519 bis 521
d) Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Kräfte	Tabelle S. 522 bis 524
e) Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 525 bis 527
f) Häufigkeit der Rechtsmittel	Tabelle S. 528
 3. Landgericht Berufungsinstantz	
a) Anhängige Verfahren	Tabelle S. 529
b) Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 530
c) Erledigungen, Erledigungsart und Verfahrensgegenstand	Tabelle S. 531 bis 535
d) Verfahrensdauer	Tabelle S. 536 bis 539
e) Zahl der Richter	Tabelle S. 540
f) Verhältnis Verfahren/Richter	Tabelle S. 541
g) Häufigkeit der Revisionen	Tabelle S. 542
h) Ergebnis der Berufungen	Tabelle S. 542 a bis 542 b
 4. Oberlandesgericht 1. Instanz	
a) Anhängige Verfahren	Tabelle S. 543
b) Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 544 bis 546
c) Erledigungen, Erledigungsart und Verfahrensgegenstand	Tabelle S. 547 bis 549
d) Verfahrensdauer	Tabelle S. 550 bis 551
e) Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Kräfte	Tabelle S. 552 bis 554
f) Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 555 bis 557
g) Häufigkeit der Rechtsmittel	Tabelle S. 558
 5. Oberlandesgericht Rechtsmittelinstanz	
a) Anhängige Verfahren	Tabelle S. 559
b) Erledigungen, Erledigungsart und Verfahrensgegenstand	Tabelle S. 560 bis 565
c) Verfahrensdauer	Tabelle S. 566 bis 569
d) Zahl der Richter	Tabelle S. 570
e) Verhältnis Verfahren/Richter	Tabelle S. 571
 6. Bundesgerichtshof	
a) Anhängige Verfahren	Tabelle S. 572
b) Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 573
c) Erledigungen, Verfahrensgegenstand und Erledigungsart	Tabelle S. 574 bis 576
d) Verfahrensdauer	Tabelle S. 577
e) Erfolg der Revisionen	Tabelle S. 578
f) Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Bediensteten	Tabelle S. 579 bis 581
g) Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 582 bis 584

II. Staatsanwaltschaft

1. Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten

a) Anhängige Verfahren	Tabelle S. 585
b) Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 586 bis 588
c) Erledigungen und Erledigungsart	Tabelle S. 589 bis 591
d) Verfahrensdauer	Tabelle S. 592 bis 593
e) Zahl der Staats- und Amtsanwälte, Rechtspfleger und sonstigen Bediensteten	Tabelle S. 594 bis 597
f) Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 598 bis 600

2. Staatsanwaltschaft bei den Oberlandesgerichten

a) Anhängige Verfahren	Tabelle S. 601
b) Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 602 bis 603
c) Erledigungen und Erledigungsart	Tabelle S. 604 bis 606
d) Verfahrensdauer	Tabelle S. 607 bis 608
e) Zahl der Staatsanwälte, Rechtspfleger und sonstigen Bediensteten	Tabelle S. 609 bis 611
f) Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 612 bis 614

3. Bundesanwaltschaft

a) Anhängige Verfahren	Tabelle S. 615
b) Sonstiger Geschäftsanfall	Tabelle S. 616
c) Erledigungen und Erledigungsart	Tabelle S. 617 bis 619
d) Zahl der Bundes- und Staatsanwälte	Tabelle S. 620
e) Verhältnis Verfahren/Personal	Tabelle S. 621

E. Freiwillige Gerichtsbarkeit (Amtsgericht)

1. Gegenstand des Verfahrens	Tabelle S. 622 bis 626
2. Zahl der Richter, Rechtspfleger und sonstigen Bediensteten	Tabelle S. 627 bis 629

Zahl der hauptberuflichen Richter

Seite 1

Frage: A. I. 1.

RICHTER	1.1.65	1.1.75	1.1.81	1.1.83	1.1.85
a) in der ordentlichen Gerichtsbarkeit	9.819	11.197	12.966	13.031	13.039
b) in der Verwaltungs- gerichtsbarkeit	815	1.002	1.532	1.692	1.728
c) in der Finanz- gerichtsbarkeit	223	340	471	486	505
d) in der Arbeits- gerichtsbarkeit	332	483	627	655	692
e) in der Sozial- gerichtsbarkeit	1.006	968	995	994	1.002
f) in der Dienst-u. Diszi- plinargerichtsbarkeit ¹⁾	44	48	50	48	49
Richter zu a) bis f) insgesamt	12.239	14.038	16.641	16.906	17.015

- 1) Erfasst sind hier nur die Richter in den Disziplinar- und Wehrdienstse-
naten des Bundesverwaltungsgerichts, die Richter beim Bundesdiszipli-
nargericht und die Richter bei den Truppendienstgerichten. Der zum
1.10.1967 in das Bundesverwaltungsgericht eingegliederte Bundesdiszi-
plinarhof ist für das Jahr 1965 nicht berücksichtigt; bei ihm waren
1965 19 Richter.

Zahl der hauptberuflichen Richter 1) in der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Seite 2

Frage: A. I. 2. u. 3.

RICHTER ORDENTLICHE GERICHTSBARKEIT	1.1.65	1.1.75	1.1.81	1.1.83	1.1.85
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965				
Baden-Württemberg	1.173	1.341	1.560	1.556	1.604
		14,32	32,99	32,65	36,74
Bayern	1.498	1.775	1.912	1.944	1.942
		18,49	27,64	29,77	29,64
Berlin	612	678	772	793	798
		10,78	26,14	29,58	30,39
Bremen	122	147	177	174	173
		20,49	45,08	42,62	41,80
Hamburg	436	531	546	546	567
		(6)			
		20,41	25,23	25,23	30,05
Hessen	862	1.055	1.179	1.171	1.190
		22,39	36,77	35,78	38,05
Niedersachsen	1.099	1.153	1.371	1.438	1.463
		4,91	24,75	30,85	33,12
Nordrhein-Westfalen	2.646	2.942	3.727	3.674	3.576
		11,19	40,85	38,85	35,15
Rheinland-Pfalz	582	663	733	744	738
		13,92	25,95	27,84	26,80
Saarland	154	196	214	218	219
		27,27	38,96	41,56	42,21
Schleswig-Holstein	398	448	500	507	498
	(1)				
		12,85	25,94	27,71	25,44
Landesdienst insgesamt	9.582	10.929	12.691	12.765	12.768
	(1)	(6)			
		14,01	32,46	33,23	33,26
im Bundesdienst 2)	238	274	277	267	272
			(2)	(1)	(1)
		15,13	15,55	11,76	13,87
Richter insgesamt	9.819	11.197	12.966	13.031	13.039
		14,03	32,05	32,71	32,79

1) Richter, die ihre Planstelle in einem anderen Gerichtszweig haben und deshalb auch in einer anderen Tabelle erfaßt sind, sind in Klammern vermerkt. Die Zahlen in Klammern sind bei der Berechnung der Steigerungsrate und des Endergebnisses in Abzug gebracht worden.

2) Richter beim Bundesgerichtshof und beim Bundespatentgericht.

Zahl der hauptberuflichen Richter 1) in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Seite 3

Frage: A. I. 2. u. 3.

RICHTER VERWALTUNGS- GERICHTSBARKEIT	1.1.65	1.1.75	1.1.81	1.1.83	1.1.85
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965				
Baden-Württemberg	78	131	196	209	217
		67,95	151,29	167,95	178,21
Bayern	107	152	233	241	248
		42,06	117,76	125,24	131,78
Berlin 2)	80	67	103	106	111
		- 16,25	28,75	32,50	38,75
Bremen	37	23	26	28	27
	(22)	(5)	(4)	(4)	(4)
		20,00	46,67	60,00	53,33
Hamburg 3)	32	39	69	87	97
		21,88	115,63	171,88	203,13
Hessen	79	91	134	142	149
		15,19	69,62	69,62	88,61
Niedersachsen	102	121	167	202	206
		18,63	63,73	98,04	101,97
Nordrhein-Westfalen	186	263	409	460	443
		41,40	119,90	147,32	138,17
Rheinland-Pfalz	41	58	79	92	96
	(5)	(3)			
		52,78	119,44	155,56	166,67
Saarland	18	22	27	31	30
		22,23	50,00	72,23	66,67
Schleswig-Holstein	33	35	47	54	56
		6,06	42,43	63,64	66,67
Landesdienst insgesamt	793	971	11.470	11.652	11.680
	(27)	(16)	(4)	(12)	(4)
		24,67	93,99	114,10	118,80
im Bundesdienst	49	47	46	52	52
		- 4,08	- 6,12	6,12	6,12
Richter insgesamt	815	11.002	11.532	11.692	11.728
		22,94	87,98	107,61	112,02

- 1) Richter, die ihre Planstelle in einem anderen Gerichtszweig haben und deshalb auch in einer anderen Tabelle erfaßt sind, sind in Klammern vermerkt. Die Zahlen in Klammern sind bei der Berechnung der Steigerungsrate und des Endergebnisses in Abzug gebracht worden.
- 2) In Berlin wurde am 1.1.1966 die Finanzgerichtsbarkeit aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit ausgegliedert.
- 3) In Hamburg wurden die Planstellen der Richter der Oberverwaltungsgerichte 1965 und 1975 bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit ausgewiesen.

Zahl der hauptberuflichen Richter 1) in der Finanzgerichtsbarkeit

Seite 4
Frage: A. I. 2. u. 3.

RICHTER FINANZ- GERICHTSBARKEIT	1.1.65	1.1.75	1.1.81	1.1.83	1.1.85
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965				
Baden-Württemberg	22	24 9,09	43 95,46	48 118,19	48 120,59
Bayern	34	53 55,89	65 91,18	71 108,83	75 120,59
Berlin 2)		20	24	23	25 (1)
Bremen	5	6 20,00	6 20,00	6 20,00	6 20,00
Hamburg	12	19 58,34	21 75,00	21 75,00	24 75,00 (3)
Hessen	16	30 87,50	40 150,00	39 143,75	41 156,25
Niedersachsen	26	31 19,23	40 53,85	43 65,39	45 73,08
Nordrhein-Westfalen	51	78 52,95	144 180,39 (1)	143 180,39	149 192,16
Rheinland-Pfalz	9	18 100,00	21 133,34	23 155,56	23 155,56
Saarland	4	4 0,00	6 50,00	6 50,00	6 50,00
Schleswig-Holstein	8	10 25,00	16 100,00	16 100,00	15 87,50
Landesdienst insgesamt	187	293 56,68	426 127,27 (1)	439 134,76	457 142,25 (4)
im Bundesdienst	36	47 30,56	46 27,78	47 30,56	52 44,44
Richter insgesamt	223	340 52,47	471 111,21	486 117,94	505 126,46

1) Richter, die ihre Planstelle in einem anderen Gerichtszweig haben und deshalb auch in einer anderen Tabelle erfaßt sind, sind in Klammern vermerkt. Die Zahlen in Klammern sind bei der Berechnung der Steigerungs-
raten und des Endergebnisses in Abzug gebracht worden.

2) In Berlin ist die Finanzgerichtsbarkeit erst seit 1.1.1966 aus der Ver-
waltungsgerichtsbarkeit ausgegliedert.

Zahl der hauptberuflichen Richter 1) in der Arbeitsgerichtsbarkeit

Seite 5

Frage: A. I. 2. u. 3.

RICHTER ARBEITS- GERICHTSBARKEIT	1.1.65	1.1.75	1.1.81	1.1.83	1.1.85
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965				
Baden-Württemberg	42	58 38,10	68 61,91	75 78,58	80 90,48
Bayern	44	68 54,55	83 88,64	94 113,64	100 127,27
Berlin	30	40 33,34	51 (2) 63,33	51 (2) 63,33	55 83,33
Bremen	9	12 33,34	16 77,78	16 77,78	16 77,78
Hamburg	13 (1)	23 91,67	27 125,00	29 141,67	31 158,33
Hessen	32	53 65,63	64 100,00	65 103,13	68 112,50
Niedersachsen	29	39 34,49	54 86,21	58 100,00	57 96,55
Nordrhein-Westfalen	78	122 56,41	176 125,65	176 125,65	191 144,87
Rheinland-Pfalz	19	26 36,85	33 73,69	35 84,21	36 (1) 84,21
Saarland	6	8 33,34	10 66,67	10 66,67	10 66,67
Schleswig-Holstein	16	18 12,50	22 37,50	23 43,75	24 50,00
Landesdienst insgesamt	318 (1)	467 47,32	504 (2) 89,91	632 (2) 98,74	668 (1) 110,41
im Bundesdienst	15	16 6,67	25 66,67	25 66,67	25 66,67
Richter insgesamt	332	483 45,48	627 88,86	655 97,29	692 108,43

1) Richter, die ihre Planstelle in einem anderen Gerichtszweig haben und deshalb auch in einer anderen Tabelle erfaßt sind, sind in Klammern vermerkt. Die Zahlen in Klammern sind bei der Berechnung der Steigerungsraten und des Endergebnisses in Abzug gebracht worden.

Zahl der hauptberuflichen Richter 1) in der Sozialgerichtsbarkeit

Seite 6
Frage: A. I. 2. u. 3.

RICHTER SOZIAL- GERICHTSBARKEIT	1.1.65	1.1.75	1.1.81	1.1.83	1.1.85
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965				
Baden-Württemberg	119	122 2,53	133 11,77	141 18,49	147 23,53
Bayern	178	155 - 12,92	162 - 8,99	161 - 9,55	161 - 9,55
Berlin	73	78 6,85	81 10,96	79 8,22	79 8,22
Bremen	13	13 0,00	12 - 7,69	12 - 7,69	13 0,00
Hamburg	33	34 3,03	33 0,00	32 - 3,03	31 - 6,06
Hessen	65	67 3,08	74 13,85	68 4,62	75 15,38
Niedersachsen	116	102 - 12,07	98 - 15,52	101 - 12,92	99 - 14,66
Nordrhein-Westfalen	230	229 - 0,43	243 5,22	241 4,79	239 3,91
Rheinland-Pfalz	57	57 0,00	57 - 1,75	55 - 3,51	55 - 3,51
Saarland	33	29 - 12,12	22 - 33,33	24 - 27,27	23 - 30,30
Schleswig-Holstein	50	39 - 22,00	41 - 18,00	41 - 18,00	40 - 20,00
Landesdienst insgesamt 1)	967	925 - 4,34	956 - 1,34	955 - 1,24	962 - 0,52
im Bundesdienst	39	43 10,26	41 5,13	39 0,00	40 2,56
Richter insgesamt	11.006	968 - 3,78	995 - 1,09	994 - 1,19	11.002 - 0,40

1) Richter, die ihre Planstelle in einem anderen Gerichtszweig haben und deshalb auch in einer anderen Tabelle erfaßt sind, sind in Klammern vermerkt. Die Zahlen in Klammern sind bei der Berechnung der Steigerungsraten und des Endergebnisses in Abzug gebracht worden.

Zahl der hauptberuflichen Richter 1) in der Dienst- und Disziplinargerichtsbarkeit 2)

Seite 7

Frage: A. I. 2. u. 3.

RICHTER DIENST- U. DISZIPLINAR- GERICHTSBARKEIT	1.1.65	1.1.75	1.1.81	1.1.83	1.1.85
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965				
im Bundesdienst	44	48	50	48	49
		9,09	13,64	9,09	11,36
Richter insgesamt	44	48	50	48	49
		9,09	13,64	9,09	11,36

- 1) In den Bundesländern wurden die Aufgaben der Dienst- und Disziplinargerichte von Richtern, die in anderen Gerichtsbarkeiten erfaßt sind, mit wahrgenommen.
- 2) Erfaßt sind hier nur die Richter in den Disziplinar- und Wehrdienstsenaten des Bundesverwaltungsgerichts, die Richter beim Bundesdisziplinargericht und die Richter bei den Truppendienstgerichten. Der zum 1.10.1967 in das Bundesverwaltungsgericht eingegliederte Bundesdisziplinarhof ist für das Jahr 1965 nicht berücksichtigt; bei ihm waren 1965 19 Richter.

Personalbedarf und tatsächlicher Einsatz in der ordentlichen Gerichtsbarkeit
hier: richterlicher Dienst

Seite 8

Frage: A. I. 4. a

		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
a = Personalbedarf 1)								
b = tatsächlicher Einsatz 2)								
c = Verhältnis a:b 3)								
Baden-Württemberg	a			1.605,00	1.620,35	1.771,10	1.715,65	
	b			1.442,01	1.452,48	1.456,75	1.458,46	
	c			1,11	1,12	1,22	1,18	
Bayern	a		1.643,12	1.894,88	1.951,61	2.102,19	2.046,75	2.031,46
	b		1.670,13	1.718,35	1.729,06	1.742,35	1.757,03	1.753,17
	c		0,98	1,10	1,13	1,21	1,16	1,16
Berlin	a		604,00	705,00	728,00	755,00	783,00	778,00
	b		637,00	667,00	671,00	686,00	691,00	689,00
	c		0,95	1,06	1,08	1,10	1,13	1,13
Bremen	a		182,19	211,57	210,22	230,74	212,34	213,10
	b		155,00	171,40	167,90	168,40	167,90	168,80
	c		1,18	1,23	1,25	1,37	1,26	1,26
Hamburg	a		494,10	494,30	517,00	526,20	529,10	
	b		461,80	489,40	487,20	488,60	487,20	
	c		1,07	1,01	1,06	1,08	1,09	
Hessen	a		1.072,79	1.242,57	1.257,79	1.339,85	1.312,85	1.293,31
	b		943,20	1.019,83	1.036,97	1.037,71	1.038,01	1.047,18
	c		1,14	1,22	1,21	1,29	1,27	1,24
Niedersachsen	a		1.194,32	1.420,16	1.506,11	1.623,68	1.582,40	1.586,73
	b		1.052,31	1.178,60	1.241,62	1.264,84	1.269,37	1.281,28
	c		1,13	1,20	1,21	1,28	1,25	1,24
Nordrhein-Westfalen	a		3.385,70	4.158,86	4.124,76	4.364,94	4.222,22	
	b		2.795,71	3.233,70	3.306,33	3.300,60	3.256,65	
	c		1,21	1,28	1,25	1,32	1,30	
Rheinland-Pfalz	a			680,97	721,91	725,84	788,31	780,34
	b			658,01	667,75	674,86	681,18	678,40
	c			1,03	1,08	1,08	1,16	1,15
Saarland	a		219,85	207,16	238,98	243,10	250,53	257,89
	b		180,27	196,85	199,22	205,77	204,05	205,56
	c		1,22	1,05	1,20	1,18	1,23	1,25
Schleswig - Holstein	a			573,53	593,86	625,87	637,72	622,46
	b			449,63	450,40	456,50	461,31	462,65
	c			1,28	1,32	1,37	1,38	1,35
insgesamt	a			13.194,00	13.470,59	14.308,51	14.080,87	
	b			11.224,78	11.409,93	11.482,38	11.472,16	
	c			1,18	1,18	1,25	1,23	

1) Errechnet nach den jeweils geltenden Bewertungszahlen (Pensenschlüssel)

2) Zahl der in Rechtssachen tätig gewesenen Kräfte, also ohne die in Verwaltungs-, Ausbildungs-, und Personalvertretungsangelegenheiten tätig gewesenen Kräfte

3) Angegeben ist der Quotient

Freistellungen und tatsächlicher Einsatz im richterlichen Dienst in der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Seite 9

Frage: A. I. 4. b

a = Zahl der freigestellten Richter 1) b = tatsächlicher Einsatz 2) c = Verhältnis a:b 3)		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	a		70,66	72,67	73,04	70,99	69,14	68,73
	b		1.339,16	1.442,01	1.452,48	1.456,75	1.458,46	1.474,28
	c		0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Bayern	a	107,21	102,89	112,61	115,52	116,43	112,84	112,08
	b	1.463,24	1.773,11	1.830,96	1.844,58	1.858,78	1.869,87	1.865,25
	c	0,07	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06
Berlin	a	41,30	32,22	33,18	34,40	35,30	35,97	33,29
	b	608,00	669,30	700,00	705,00	721,00	727,00	723,00
	c	0,07	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Bremen	a	4,75	10,00	14,60	13,90	13,60	13,70	13,90
	b	122,01	147,00	162,70	169,20	163,50	166,20	163,60
	c	0,04	0,07	0,09	0,08	0,08	0,08	0,08
Hamburg	a	21,20	27,00	32,30	36,30	35,80	36,70	35,90
	b	425,20	488,70	516,70	523,40	524,40	522,80	524,50
	c	0,05	0,06	0,06	0,07	0,07	0,07	0,07
Hessen	a	57,14	82,30	80,76	83,11	77,59	69,21	68,40
	b	842,45	1.025,50	1.100,59	1.120,08	1.118,00	1.107,22	1.115,58
	c	0,07	0,08	0,07	0,07	0,07	0,06	0,06
Niedersachsen	a	98,52	92,51	94,20	98,31	94,50	93,94	98,79
	b	1.045,60	1.144,82	1.272,80	1.339,34	1.359,34	1.363,31	1.380,07
	c	0,09	0,08	0,07	0,07	0,07	0,07	0,07
Nordrhein-Westfalen	a	189,52	174,29	205,39	202,39	199,60	191,84	184,13
	b	2.579,25	2.970,00	3.233,70	3.306,33	3.300,60	3.256,65	3.213,93
	c	0,07	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06
Rheinland-Pfalz	a	43,58	43,11	38,45	37,96	38,36	37,61	35,65
	b	605,10	655,50	683,50	688,89	691,06	698,34	705,00
	c	0,07	0,07	0,06	0,06	0,06	0,05	0,05
Saarland	a	10,54	12,90	10,78	10,73	10,55	10,54	10,44
	b	164,00	191,51	203,80	211,50	213,99	210,50	212,38
	c	0,06	0,07	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Schleswig - Holstein	a	33,59	36,40	35,29	34,22	32,55	34,23	34,22
	b	388,20	449,60	484,92	484,62	489,05	495,54	496,87
	c	0,09	0,08	0,07	0,07	0,07	0,07	0,07
Landesdienst insgesamt	a		684,28	730,23	739,88	725,24	705,72	695,53
	b		10.844,20	11.617,08	11.831,52	11.882,87	11.862,19	11.860,56
	c		0,06	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06
Bundesdienst	a	3,00	4,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25
	b	237,00	274,00	276,00	273,00	274,00	265,00	259,00
	c	0,01	0,02	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Bundesgebiet insgesamt	a		688,53	733,48	743,13	728,49	708,97	698,78
	b		11.128,20	11.907,68	12.118,42	12.170,47	12.140,89	12.133,46
	c		0,06	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06

1) Zahl der in Verwaltungs-, Ausbildungs-, und Personalvertretungsangelegenheiten tätig gewesenen Kräfte

2) Gesamtzahl der eingesetzten Kräfte

3) Angegeben ist der Quotient

Freistellungen und tatsächlicher Einsatz im richterlichen Dienst in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Seite 10

Frage: A. I. 4. b

a = Zahl der freigestellten Richter 1) b = tatsächlicher Einsatz 2) c = Verhältnis a:b 3)		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	a			11,38	11,38	15,38	11,38	15,38
	b			172,05	181,87	185,16	188,12	192,41
	c			0,07	0,06	0,08	0,06	0,08
Bayern	a							
	b							
	c							
Berlin	a	1,20	1,20	1,90	1,90	2,90	2,90	2,90
	b	61,00	63,10	94,00	95,30	100,70	102,75	98,42
	c	0,02	0,02	0,02	0,02	0,03	0,03	0,03
Bremen	a	0,80	0,80	0,80	0,80	1,65	1,65	1,65
	b	15,00	18,00	19,00	22,00	23,00	24,00	23,00
	c	0,05	0,04	0,04	0,04	0,07	0,07	0,07
Hamburg	a							
	b							
	c							
Hessen	a							
	b							
	c							
Niedersachsen	a							7,99
	b							185,77
	c							0,04
Nordrhein-Westfalen	a							
	b							
	c							
Rheinland-Pfalz	a							
	b							
	c							
Saarland	a	1,00	1,00	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20
	b	21,00	21,10	24,40	27,30	28,90	29,30	29,75
	c	0,05	0,05	0,05	0,04	0,04	0,04	0,04
Schleswig - Holstein	a							
	b							
	c							
Landesdienst insgesamt	a							
	b							
	c							
Bundesdienst	a	1,00	1,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
	b	49,00	60,00	61,00	65,00	65,00	65,00	65,00
	c	0,02	0,02	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
Bundesgebiet insgesamt	a							
	b							
	c							

1) Zahl der in Verwaltungs-, Ausbildungs-, und Personalvertretungsangelegenheiten tätig gewesenen Kräfte

2) Gesamtzahl der eingesetzten Kräfte

3) Angegeben ist der Quotient

Freistellungen und tatsächlicher Einsatz im richterlichen Dienst in der Finanzgerichtsbarkeit

Seite 11

Frage: A. I. 4. b

a = Zahl der freigestellten Richter 1) b = tatsächlicher Einsatz 2) c = Verhältnis a:b 3)		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	a			2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
	b			39,08	42,08	42,83	44,33	44,50
	c			0,06	0,06	0,06	0,06	0,06
Bayern	a							
	b							
	c							
Berlin	a	0,40	0,40	0,60	0,60	0,60	0,60	0,60
	b	17,40	18,70	22,10	22,90	22,90	24,00	24,00
	c	0,02	0,02	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
Bremen	a							
	b							
	c							
Hamburg	a							
	b							
	c							
Hessen	a							
	b							
	c							
Niedersachsen	a							1,00
	b							42,00
	c							0,02
Nordrhein-Westfalen	a							
	b							
	c							
Rheinland-Pfalz	a							
	b							
	c							
Saarland	a	0,20	0,20	0,35	0,35	0,35	0,35	0,35
	b	3,00	3,20	4,60	6,00	6,00	6,00	5,75
	c	0,07	0,06	0,08	0,08	0,06	0,06	0,06
Schleswig - Holstein	a							
	b							
	c							
Landesdienst insgesamt	a							
	b							
	c							
Bundesdienst	a							
	b							
	c							
Bundesgebiet insgesamt	a							
	b							
	c							

1) Zahl der in Verwaltungs-, Ausbildungs-, und Personalvertretungsangelegenheiten tätig gewesenen Kräfte

2) Gesamtzahl der eingesetzten Kräfte

3) Angegeben ist der Quotient

Freistellungen und tatsächlicher Einsatz im richterlichen Dienst in der Arbeitsgerichtsbarkeit

Seite 12

Frage: A. I. 4. b

a = Zahl der freigestellten Richter 1) b = tatsächlicher Einsatz 2) c = Verhältnis a:b 3)		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	a							
	b							
	c							
Bayern	a	1,75	2,80	2,20	3,20	4,38	3,48	5,48
	b	47,00	72,00	85,00	88,00	88,00	95,00	96,00
	c	0,04	0,04	0,03	0,04	0,05	0,04	0,06
Berlin	a	2,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
	b	27,00	43,00	50,00	50,00	50,00	52,00	55,00
	c	0,07	0,07	0,06	0,06	0,06	0,06	0,05
Bremen	a							
	b							
	c							
Hamburg	a	0,30	0,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
	b	10,00	18,00	19,00	20,00	19,50	23,50	24,50
	c	0,03	0,03	0,08	0,08	0,08	0,06	0,06
Hessen	a	2,20	3,30	4,50	4,50	4,50	4,70	4,70
	b	31,00	53,00	61,00	63,00	63,00	63,00	63,00
	c	0,07	0,06	0,07	0,07	0,07	0,07	0,07
Niedersachsen	a							
	b							
	c							
Nordrhein-Westfalen	a							
	b							
	c							
Rheinland-Pfalz	a	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
	b	18,00	23,00	33,00	33,00	33,00	35,00	36,00
	c	0,06	0,04	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
Saarland	a							
	b							
	c							
Schleswig - Holstein	a							
	b							
	c							
Landesdienst insgesamt	a							
	b							
	c							
Bundesdienst	a							
	b							
	c							
Bundesgebiet insgesamt	a							
	b							
	c							

1) Zahl der in Verwaltungs-, Ausbildungs-, und Personalvertretungsangelegenheiten tätig gewesenen Kräfte

2) Gesamtzahl der eingesetzten Kräfte

3) Angegeben ist der Quotient

Freistellungen und tatsächlicher Einsatz im richterlichen Dienst in der Sozialgerichtsbarkeit

Seite 13

Frage: A. I. 4. b

a = Zahl der freigestellten Richter 1) b = tatsächlicher Einsatz 2) c = Verhältnis a:b 3)		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	a	7,50	7,50	7,50	7,50	7,50	7,50	7,50
	b	122,00	138,00	138,00	138,00	138,00	136,00	136,00
	c	0,06	0,05	0,05	0,05	0,05	0,06	0,06
Bayern	a	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50
	b	187,00	159,00	156,00	165,00	165,00	163,00	163,00
	c	0,02	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
Berlin	a	2,00	0,50	1,50	1,00	1,00	0,50	0,50
	b	73,00	76,00	76,70	75,80	75,80	76,30	76,90
	c	0,03	0,01	0,02	0,01	0,01	0,01	0,01
Bremen	a	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
	b	13,00	13,00	12,00	12,00	12,00	12,00	13,00
	c	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08
Hamburg	a							
	b							
	c							
Hessen	a	4,70	3,80	3,80	3,80	3,80	4,80	4,80
	b	65,00	67,00	67,00	71,00	70,00	68,00	70,00
	c	0,07	0,06	0,06	0,05	0,05	0,07	0,07
Niedersachsen	a							
	b							
	c							
Nordrhein-Westfalen	a			3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
	b			240,00	240,00	240,00	238,00	240,00
	c			0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Rheinland-Pfalz	a							
	b							
	c							
Saarland	a	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
	b	33,00	32,00	24,00	24,00	23,00	24,00	23,00
	c	0,03	0,03	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04
Schleswig - Holstein	a							
	b							
	c							
Landesdienst insgesamt	a							
	b							
	c							
Bundesdienst	a			1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
	b			41,00	41,00	41,00	40,00	40,00
	c			0,02	0,02	0,02	0,03	1,03
Bundesgebiet insgesamt	a							
	b							
	c							

1) Zahl der in Verwaltungs-, Ausbildungs-, und Personalvertretungsangelegenheiten tätig gewesenen Kräfte

2) Gesamtzahl der eingesetzten Kräfte

3) Angegeben ist der Quotient

Zahl der Staatsanwälte, der Amtsanwälte und der sonstigen Vertreter des öffentlichen Interesses 1)

Seite 14

Frage: A. II. (A. I. 1.)

Staats- u. Amtsanwälte						
Vertreter des öffentl.						
Interesses	1965	1975	1981	1983	1984	1985
a) Staatsanwälte	2.417	2.999	3.328	3.593		3.646
b) Amtsanwälte	553	754	865	877	870	
c) sonstige Vertreter						
d. öffentl. Interesses	79	83	102	96		83

1) zu a) und c) jeweils am 1. Januar, zu b) am 31. Dezember des
genannten Jahres

Zahl der Staatsanwälte

Seite 15

Frage: A. II. a) (A. I. 2. u. 3)

STAATSANWÄLTE					
	1.1.65	1.1.75	1.1.81	1.1.83	1.1.85
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965				
Baden-Württemberg	279	367 31,54	428 53,40	435 55,91	434 55,56
Bayern	392	507 29,34	549 40,05	559 42,60	583 48,72
Berlin	131	145 10,69	206 57,25	207 58,02	213 62,60
Bremen	29	46 58,62	59 103,45	58 100,00	54 86,21
Hamburg	105	143 36,19	162 54,29	163 55,24	167 59,05
Hessen	211	287 36,02	340 61,14	356 68,72	355 68,25
Niedersachsen	293	331 12,97	399 36,18	426 45,39	413 40,96
Nordrhein-Westfalen	654	819 25,23	1.019 55,81	1.012 54,74	972 48,62
Rheinland-Pfalz	137	153 11,68	175 27,74	193 40,88	193 40,88
Saarland	44	46 4,55	51 15,91	54 22,73	52 18,18
Schleswig-Holstein	117	128 9,40	161 37,61	168 43,59	163 39,32
Landesdienst insgesamt	12.392	12.972 24,25	13.549 48,37	13.631 51,80	13.599 50,46
im Bundesdienst	25	27 8,00	44 76,00	49 96,00	47 88,00
Staatsanwälte insgesamt	12.417	12.999 24,08	13.593 48,65	13.680 52,25	13.646 50,85

Zahl der Amtsanwälte bei den Staats-(Amts)anwaltschaften
(Jeweils am 31. Dezember)

Seite 16
Frage: A. II. b) (A. I. 2. u. 3)

AMTSANWÄLTE	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965						
Baden-Württemberg	48	61 27,08	64 33,33	64 33,33	64 33,33	65 35,42	68 41,67
Bayern	5	34 580,00	33 560,00	32 540,00	32 540,00	30 500,00	30 500,00
Berlin	52	57 9,62	68 30,77	72 38,46	74 42,31	74 42,31	73 40,38
Bremen	12	16 33,33	16 33,33	16 33,33	16 33,33	14 16,67	16 33,33
Hamburg	14	20 42,86	22 57,14	22 57,14	21 50,00	22 57,14	22 57,14
Hessen	90	95 5,56	98 8,89	94 4,44	99 10,00	98 8,89	99 10,00
Niedersachsen	37	79 113,51	101 172,97	108 191,89	110 197,30	108 191,89	106 186,49
Nordrhein-Westfalen	228	302 32,46	337 47,81	348 52,63	355 55,70	354 55,26	349 53,07
Rheinland-Pfalz	47	50 6,38	50 6,38	52 10,64	54 14,89	56 19,15	56 19,15
Saarland	5	5 0,0	5 0,0	7 40,0	8 60,0	7 40,0	7 40,0
Schleswig-Holstein	15	35 133,33	44 193,33	50 233,33	51 240,00	49 226,67	44 193,33
Landesdienst insgesamt	553	754 36,35	838 51,54	865 56,42	884 59,85	877 58,59	870 57,32

Zahl der sonstigen Vertreter des öffentlichen Interesses in der Verwaltungs- und Disziplinargerichtsbarkeit

Seite 17

Frage: A. II. c) (A. I. 2. u. 3)

VERTRETER D. ÖFFENTL. INTERESSES VERWALTUNGS- UND DISZI- PLINARGERICHTSBARKEIT	1.1.1965	1.1.1975	1.1.1981	1.1.1983	1.1.1985
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965				
Baden-Württemberg	13	17 30,77	24 84,62	22 69,23	1 -92,30
Bayern	26	30 15,38	44 69,23	40 53,85	44 69,23
Berlin	-	-	-	-	-
Bremen	-	-	-	-	-
Hamburg	-	-	-	-	-
Hessen	-	-	-	-	-
Niedersachsen	-	1	1	1	1
Nordrhein-Westfalen	24	20 -16,66	18 -24,99	18 -24,99	19 -20,82
Rheinland-Pfalz	-	-	-	-	2
Saarland	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	2	2 0,0	1 -50,0	1 -50,0	1 -50,0
Landesdienst insgesamt	67	72 7,46	90 34,33	84 25,37	68 1,49
im Bundesdienst 1)	12	11 -8,32	12 0,0	12 0,0	15 25,0
insgesamt	79	83 5,06	102 29,11	96 21,52	83 5,06

1) Erfasst sind hier die Vertreter des öffentlichen Interesses beim Bundesdisziplinaranwalt und beim Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht. Nicht berücksichtigt sind hier der Bundeswehrdisziplinaranwalt beim Bundesverwaltungsgericht - Wehrdienstsenate - und die Wehrdisziplinaranwälte bei den Truppendienstgerichten.

Personalbedarf und tatsächlicher Einsatz in der ordentlichen Gerichtsbarkeit
hier: Staats- und anwaltschaftlicher Dienst

Seite 18

Frage: A. II. (A. I. 4. a)

a = Personalbedarf 1) b = tatsächlicher Einsatz 2) c = Verhältnis a:b 3)		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	a			484,45	491,15	514,80	522,50	
	b			453,08	455,64	456,76	453,23	
	c			1,07	1,08	1,13	1,15	
Bayern	a		456,58	542,16	568,50	573,54	576,94	570,34
	b		476,70	500,46	505,06	512,45	505,73	507,45
	c		0,96	1,08	1,13	1,12	1,14	1,12
Berlin	a		188,00	241,00	254,00	251,00	251,00	254,00
	b		197,50	235,00	245,75	248,75	252,50	250,25
	c		0,95	1,03	1,03	1,01	0,99	1,01
Bremen	a		83,31	80,05	76,06	76,85	74,17	75,51
	b		67,00	74,00	73,50	73,50	71,50	71,50
	c		1,24	1,08	1,03	1,05	1,04	1,06
Hamburg	a		176,90	174,90	181,70	181,30	184,80	
	b		161,50	171,20	177,40	166,40	165,00	
	c		1,10	1,02	1,02	1,09	1,12	
Hessen	a			425,70	403,30	418,40	429,84	420,76
	b			379,67	378,93	395,80	397,40	395,23
	c			1,12	1,06	1,06	1,08	1,06
Niedersachsen	a		400,22	515,76	511,96	516,30	527,91	547,71
	b		385,67	427,49	447,02	463,07	451,82	450,74
	c		1,04	1,21	1,15	1,11	1,17	1,22
Nordrhein-Westfalen	a		1.127,81	1.394,34	1.400,75	1.440,64	1.449,00	
	b		1.018,08	1.150,21	1.187,84	1.190,77	1.185,66	
	c		1,11	1,21	1,18	1,21	1,22	
Rheinland-Pfalz	a			228,26	238,88	245,09	251,64	257,83
	b			204,30	210,55	221,04	230,55	233,56
	c			1,12	1,13	1,12	1,09	1,10
Saarland	a		51,14	58,81	59,59	62,26	61,94	64,02
	b		51,10	51,00	53,70	57,82	57,70	56,70
	c		1,00	1,15	1,11	1,08	1,07	1,13
Schleswig - Holstein	a			229,28	231,85	237,12	242,80	243,57
	b			179,24	185,02	187,66	190,05	183,51
	c			1,28	1,25	1,26	1,28	1,33
insgesamt	a			4.374,71	4.417,74	4.517,30	4.572,54	
	b			3.825,65	3.920,41	3.974,02	3.961,14	
	c			1,14	1,13	1,14	1,15	

1) Errechnet nach den jeweils geltenden Bewertungszahlen (Pensenschlüssel)

2) Zahl der in Rechtssachen tätig gewesenen Kräfte, also ohne die in Verwaltungs-, Ausbildungs-, und Personalvertretungsangelegenheiten tätig gewesenen Kräfte

3) Angegeben ist der Quotient

Freistellungen und tatsächlicher Einsatz im staats- und anwaltschaftlichen Dienst
hier: im staats- und anwaltschaftlichen Dienst

Seite 19

Frage: A. II. (A. I. 4. b)

a= Zahl der freigestellten Staats-(Amts-)anw. b= tatsächlicher Einsatz 2) c= Verhältnis a:b 3)		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	a		13,50	20,78	20,71	16,90	15,96	15,85
	b		430,50	453,08	455,64	456,76	453,23	459,05
	c		0,03	0,05	0,05	0,04	0,04	0,03
Bayern	a	24,85	31,63	31,19	32,66	31,55	32,76	31,91
	b	384,00	508,33	531,65	537,72	544,00	538,49	539,36
	c	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06
Berlin	a	5,00	10,90	16,60	15,75	12,30	12,25	11,50
	b	184,00	208,40	251,88	261,88	260,63	264,50	261,75
	c	0,03	0,05	0,07	0,06	0,05	0,05	0,04
Bremen	a	3,00	5,50	7,61	7,59	7,27	7,27	6,79
	b	42,00	66,00	71,00	70,00	70,00	73,00	71,00
	c	0,07	0,08	0,11	0,11	0,10	0,10	0,10
Hamburg	a	3,50	4,50	8,80	6,70	7,10	7,20	7,20
	b	135,00	166,00	180,00	184,10	173,50	172,20	180,10
	c	0,03	0,03	0,05	0,04	0,04	0,04	0,04
Hessen	a	19,00	16,40	36,50	38,33	34,10	35,80	32,53
	b	301,00	390,50	414,44	420,21	433,03	433,20	427,75
	c	0,06	0,04	0,09	0,09	0,08	0,08	0,08
Niedersachsen	a	28,55	23,33	39,22	40,11	40,40	42,48	43,21
	b	322,00	409,00	466,71	487,13	503,47	494,30	493,95
	c	0,09	0,06	0,08	0,08	0,08	0,09	0,09
Nordrhein-Westfalen	a	60,14	91,92	100,72	102,80	95,00	96,39	94,39
	b	917,00	1.069,93	1.150,21	1.187,84	1.190,77	1.185,66	1.169,23
	c	0,07	0,06	0,09	0,09	0,08	0,08	0,08
Rheinland-Pfalz	a	16,65	12,02	13,70	13,68	13,01	13,00	12,52
	b	185,00	204,00	208,74	218,25	224,26	232,61	239,55
	c	0,09	0,06	0,07	0,06	0,06	0,06	0,05
Saarland	a	1,25	2,50	2,30	2,18	2,30	2,30	2,30
	b	47,00	53,00	53,00	57,25	58,76	58,00	58,75
	c	0,03	0,05	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04
Schleswig - Holstein	a	10,70	15,90	20,63	21,34	18,69	17,68	17,99
	b	133,00	172,00	199,97	206,36	206,35	207,73	201,50
	c	0,08	0,09	0,10	0,10	0,09	0,09	0,09
Landesdienst insgesamt	a		229,70	298,05	301,85	278,62	283,09	276,19
	b		3.676,86	3.980,68	4.086,38	4.121,53	4.112,92	4.101,99
	c		0,06	0,07	0,07	0,07	0,07	0,07
Bundesdienst	a	1,25	1,75	2,25	2,25	2,50	2,50	2,50
	b	33,00	42,00	41,00	42,00	45,00	44,00	45,00
	c	0,04	0,04	0,05	0,05	0,06	0,06	0,06
Bundesgebiet insgesamt	a		231,45	300,30	304,10	281,12	285,59	278,69
	b		3.718,86	4.021,68	4.128,38	4.166,53	4.156,92	4.146,99
	c		0,06	0,07	0,07	0,07	0,07	0,07

1) Zahl der in Verwaltungs-, Ausbildungs-, und Personalvertretungsangelegenheiten tätig gewesenen Kräfte

2) Gesamtzahl der eingesetzten Kräfte

3) Angegeben ist der Quotient

Zahl der Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger)

Seite 20

Frage: A. III. 1. (A. I. 1.)

Gehobener Dienst Alle Gerichtsbar- keiten	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
a) in der ordentl. Gerichtsbark.	8.883	10.196	10.746	10.824	10.811	10.918	11.022
b) in der Verwaltungs- gerichtsbark.	204,3	219,8	248,3	254,3	253,3	253,8	250,3
c) in der Finanz- gerichtsbark.	71	92	108	110	106	105	113
d) in der Arbeits- gerichtsbark.	199	252	296	298	298	300	300,5
e) in der Sozial- gerichtsbark. 1)							
f) in der Dienst-u. Dis- plinargerichtsbark. 2)	27	29	28	29	29	28	28
insgesamt	9.384	10.789	11.426	11.515	11.497	11.604	11.714

1) Angaben lagen nur aus drei Ländern vor.

2) Erfafßt sind nur die beim Bundesdisziplinargericht und bei den Truppendienstgerichten tätig
gewesenen Kräfte. Die Anmerkung 2 zur Tabelle A. I. 1. gilt sinngemäß.

Beamte des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) bei den ordentlichen Gerichten und den Staats-/Anwaltschaften Seite 21

Frage: A. III. 1. (A. I. 2. u. 3.)

a) insgesamt								
b) Verhältnis in %								
zu 1965								
bei den								
c) ordentl. Gerichten		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
d) Staatsanwaltschaften								
Baden-Württemberg	a)	890	1.019	1.062	1.080	1.065	1.059	1.070
	b)		14,49	19,33	21,35	19,66	18,99	20,22
	c)	811	913	874	887	876	873	867
	d)	79	106	188	193	190	187	203
Bayern	a)	1.747	2.041	2.216	2.201	2.172	2.160	2.160
	b)		16,83	26,84	25,99	24,33	23,64	23,64
	c)	1.636	1.821	1.993	1.985	1.956	1.953	1.952
	d)	111	220	223	217	216	208	208
Berlin	a)	449	504	431	457	467	496	479
	b)		12,25	- 4,00	1,78	4,01	10,47	6,68
	c)	410	434	369	383	398	426	412
	d)	39	70	62	75	69	70	67
Bremen	a)	115	119	130	130	128	124	122
	b)		3,48	13,04	13,04	11,30	7,83	6,09
	c)	103	98	104	104	102	100	99
	d)	12	21	27	27	27	24	23
Hamburg	a)	372	295	288	287	272	274	279
	b)		-20,69	-22,57	-22,84	-26,87	-26,33	-24,99
	c)	332	269	244	244	236	241	245
	d)	40	26	44	43	36	33	34
Hessen	a)	862	999	993	982	970	969	1.011
	b)		15,89	15,20	13,92	12,53	12,41	17,29
	c)	814	952	900	887	875	872	897
	d)	48	47	93	96	95	97	114
Niedersachsen	a)	1.055	1.213	1.382	1.367	1.386	1.404	1.435
	b)		14,98	30,99	29,57	31,37	33,08	36,02
	c)	960	1.105	1.211	1.197	1.216	1.236	1.248
	d)	95	108	170	170	170	168	187
Nordrhein-Westfalen	a)	2.241	2.648	2.904	3.012	3.049	3.114	3.134
	b)		18,16	29,58	34,40	36,05	38,95	39,85
	c)	2.001	2.324	2.447	2.532	2.565	2.603	2.589
	d)	240	324	457	480	484	512	545
Rheinland-Pfalz	a)	596	631	608	591	594	607	607
	b)		5,87	2,01	- 0,83	- 0,33	1,85	1,85
	c)	551	596	546	533	535	548	547
	d)	45	35	62	58	59	60	60
Saarland	a)	131	177	184	180	176	182	180
	b)		35,11	40,46	37,40	34,35	38,93	37,40
	c)	121	159	162	159	155	161	159
	d)	10	18	22	21	21	21	21
Schleswig-Holstein	a)	362	485	472	459	455	453	469
	b)		33,98	30,39	26,80	25,69	25,14	29,56
	c)	329	444	415	405	402	402	412
	d)	33	41	58	54	53	51	57

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Beamte des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) bei den ordentlichen Gerichten und den Staats-/Anwaltschaften Seite 22
Frage: A. III. 1. (A. I. 2. u. 3.)

a) insgesamt								
b) Verhältnis in % zu 1965 bei den								
c) ordentl. Gerichten	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
d) Staatsanwaltschaften								
Landesdienst insg.	a)	8.820	10.131	10.674	10.752	10.739	10.845	10.946
	b)		14.8%	20.9%	21.8%	21.7%	22.9%	24.1%
	c)	8.068	9.115	9.268	9.319	9.319	9.415	9.427
	d)	752	1.016	1.405	1.433	1.420	1.429	1.519
im Bundesdienst 1)	a)	63	65	72	72	72	74	76
	b)		3.2%	14.3%	14.3%	14.3%	17.5%	20.6%
	c)	53	55	59	59	59	61	62
	d)	10	10	13	13	13	13	14
insgesamt	a)	8.883	10.196	10.746	10.824	10.811	10.918	11.022
	b)		14.8%	21.0%	21.9%	21.7%	22.9%	24.1%
	c)	8.121	9.170	9.327	9.378	9.378	9.476	9.489
	d)	762	1.026	1.417	1.446	1.433	1.442	1.533

1) Erfaßt sind die beim Bundesgerichtshof (einschließlich Generalbundesanwalt) und beim Bundespatentgericht tätig gewesenen Beamte des gehobenen Dienstes

Zahl der Kräfte des gehobenen Dienstes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Seite 23

Frage: A. III. 1. (A. I. 2. u. 3)

GEHOBENER DIENST VERWALTUNGSGERICHTSBARK.	1.1.1965	1.1.1975	1.1.1980	1.1.1981	1.1.1982	1.1.1983	1.1.1984
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965						
Baden-Württemberg	25	34 36,00	34 36,00	34 36,00	34 36,00	33 32,00	33 32,00
Bayern	26	33 26,92	47 80,77	48 84,62	49 88,46	50,5 94,23	48,5 86,54
Berlin	21	16 -23,80	20 -04,75	18 -14,28	16 -23,80	15 -28,56	15 -28,56
Bremen	2	2 0,0	2 0,0	2 0,0	2 0,0	2 0,0	2 0,0
Hamburg	4,3	3,8 -99,11	3,3 -23,26	4,3 0,0	4,3 0,0	4,3 0,0	4,3 0,0
Hessen	21	18 -14,28	18 -14,28	19 -09,51	20 -04,75	19 -09,51	17 -19,04
Niedersachsen	33	31 93,9%	33 0,0	34 3,0	36 9,09	35 6,06	34 3,0
Nordrhein-Westfalen	31	36 16,13	46 48,39	46 48,39	46 48,39	46 48,39	47 51,61
Rheinland-Pfalz	8	8 0,0	9 12,5	9 12,5	8 0,0	8 0,0	8,5 6,25
Saarland	5	5 0,0	4 -20,0	4 -20,0	4 -20,0	4 -20,0	4 -20,0
Schleswig-Holstein	7	3 -57,13	3 -57,13	3 -57,13	3 -57,13	3 -57,13	3 -57,13
Landesdienst insgesamt	183,3	189,8 3,38	219,3 19,64	221,3 20,73	222,3 21,28	219,8 19,91	216,3 18,0
im Bundesdienst 1)	21	30 42,86	29 38,10	33 57,14	31 47,62	34 61,90	34 61,90
insgesamt	204,3	219,8 7,59	248,3 21,54	254,3 24,47	253,3 23,98	253,8 24,23	250,3 22,52

Zahl der Kräfte des gehobenen Dienstes in der Finanzgerichtsbarkeit

Seite 24

Frage: A. III. 1. (A. I. 2. u. 3)

GEHOBENER DIENST FINANZGERICHTSBARKEIT	1.1.1965	1.1.1975	1.1.1980	1.1.1981	1.1.1982	1.1.1983	1.1.1984
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965						
Baden-Württemberg	3	8	6	6	5	5	5
		166,67	100,00	100,00	66,67	66,67	66,67
Bayern	8	14	16	16	16	16	16
		75,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Berlin	3	4	7	8	7	7	7
		33,33	133,33	166,67	133,33	133,33	133,33
Bremen	1	1	1	1	1	1	1
		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hamburg	3	4	4	4	4	3	3
		33,33	33,33	33,33	33,33	0,0	0,0
Hessen	6	6	8	8	8	8	8
		0,0	33,33	33,33	33,33	33,33	33,33
Niedersachsen	8	5	5	6	5	5	5
		-37,49	-37,49	-24,99	-37,49	-37,49	-37,49
Nordrhein-Westfalen	19	21	26	27	27	27	35
		10,53	36,84	42,11	42,11	42,11	84,21
Rheinland-Pfalz	2	3	4	3	3	3	4
		50,00	100,00	50,00	50,00	50,00	100,00
Saarland	1	1	1	1	1	1	1
		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schleswig-Holstein	3	4	4	4	4	4	3
		33,33	33,33	33,33	33,33	33,33	0,0
Landesdienst insgesamt	57	71	82	84	81	80	88
		24,56	43,86	47,37	42,11	40,35	54,39
im Bundesdienst	14	21	26	26	25	25	25
		50,00	85,71	85,71	78,57	78,57	78,57
insgesamt	71	92	108	110	106	105	113
		29,58	52,11	54,93	49,30	47,89	59,15

Zahl der Kräfte des gehobenen Dienstes in der Arbeitsgerichtsbarkeit

Seite 25

Frage: A. III. 1. (A. I. 2. u. 3)

GEHOBENER DIENST ARBEITSGERICHTSBARKEIT	1.1.1965	1.1.1975	1.1.1980	1.1.1981	1.1.1982	1.1.1983	1.1.1984
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965						
Baden-Württemberg	35	40 14,29	42 20,00	42 20,00	42 20,00	43 22,86	42 20,00
Bayern	34	40 17,65	57 67,65	59 73,53	60 76,47	62 82,35	60 76,47
Berlin	2	4 100,00	4 100,00	4 100,00	4 100,00	4 100,00	5 150,00
Bremen	7	5 -28,57	7 0,0	7 0,0	7 0,0	7 0,0	7 0,0
Hamburg	5	6 20,00	6 20,00	6 20,00	6 20,00	6 20,00	8 60,00
Hessen	28	35 25,00	30 7,14	30 7,14	30 7,14	30 7,14	30 7,14
Niedersachsen	15	22 46,67	22 46,67	22 46,67	22 46,67	22 46,67	22 46,67
Nordrhein-Westfalen	39	60 53,85	81 107,69	81 107,69	80 105,13	79 102,56	79 102,56
Rheinland-Pfalz	12	13 8,33	17 41,67	17 41,67	17 41,67	17 41,67	17,5 45,83
Saarland	1	4 300,00	4 300,00	4 300,00	4 300,00	4 300,00	4 300,00
Schleswig-Holstein	16	17 6,25	18 12,50	18 12,50	18 12,50	18 12,50	18 12,50
Landesdienst insgesamt	194	246 26,80	288 48,45	290 49,48	290 49,48	292 50,52	292,5 50,77
im Bundesdienst	5	6 20,00	8 60,00	8 60,00	8 60,00	8 60,00	8 60,00
insgesamt	199	252 26,63	296 48,74	298 49,75	298 49,75	300 50,75	300,5 51,01

Zahl der Kräfte des mittleren Dienstes, des Schreibdienstes, des einfachen Dienstes, der Raumpflegekräfte
und der sonstigen Lohnempfänger (Jeweils am 31. Dezember)

Seite 26

Frage: A. III. 2. (A. I. 1.)

	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
a) ordentliche Gerichtsbarkeit	38.352	44.366	47.602	47.689	47.954	47.927	47.949
b) Verwaltungsgerichtsbarkeit	1.071	1.246,5	1.637,2	1.718,9	1.752,7	1.769,7	1.795,9
c) Finanzgerichtsbarkeit	208,7	298,5	398	410	408,5	410,5	422,5
d) Arbeitsgerichtsbarkeit	838	1.147	1.393,25	1.399,25	1.406,25	1.444,25	1.486,55
e) Sozialgerichtsbarkeit 1)	2.543	2.299,3	2.199,2	2.201,4	2.220,2	2.185,4	2.179,3
f) Dienst- u. Disziplinargerichtsbarkeit 2)	75	94	94	94	94	92	91
insgesamt	43.088	49.451	53.324	53.513	53.836	53.829	53.924

1) Von den Ländern sind hier teilweise auch die Kräfte des gehobenen Dienstes miteinbezogen worden.

2) Erfasst sind nur die beim Bundesdisziplinargericht und bei den Truppendienstgerichten tätig gewesenen Kräfte. Die Anmerkung 2 zur Tabelle A.I.1. gilt sinngemäß.

Kräfte des mittleren Dienstes, des Schreibdienstes, des einfachen Dienstes, der Raumpflegekräfte und sonstige Lohnempfänger der ordentlichen Gerichtsbarkeit 1) (Jeweils am 31. Dezember)

Seite 27

Frage: A. III. 2. (A. I. 2. u. 3.)

a) insgesamt							
b) Steigerungsrate in % bezogen auf 1965 bei den							
c) ordentl. Gerichten	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
d) Staatsanwaltschaften	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965						
Baden-Württemberg	a) 3.464	4.013	4.397	4.451	4.471	4.488	4.531
	b)	15,85	26,93	28,49	29,07	29,56	30,80
	c) 2.917	3.412	3.691	3.722	3.744	3.768	3.805
	d) 547	601	706	728	727	720	726
Bayern	a) 5.162	6.126	7.066	7.132	7.219	7.244	7.292
	b)	18,67	36,88	38,16	39,85	40,33	41,26
	c) 4.568	5.293	6.157	6.208	6.271	6.307	6.363
	d) 594	833	909	925	948	938	929
Berlin	a) 2.399	2.546	2.676	2.699	2.694	2.688	2.661
	b)	6,13	11,55	12,51	12,30	12,05	10,92
	c) 2.040	2.123	2.245	2.253	2.242	2.241	2.220
	d) 359	423	431	446	452	447	441
Bremen	a) 626	707	729	703	687	679	656
	b)	12,94	16,45	12,30	9,74	8,47	4,79
	c) 536	560	585	564	551	549	534
	d) 90	147	145	139	136	130	122
Hamburg	a) 1.999	2.112	1.960	1.974	1.917	1.960	1.960
	b)	5,65	-01,94	- 1,24	- 4,09	- 1,94	- 1,94
	c) 1.764	1.879	1.658	1.670	1.644	1.669	1.668
	d) 235	233	302	304	273	291	292
Hessen	a) 3.960	4.559	4.805	4.827	4.846	4.887	4.818
	b)	15,12	21,34	21,89	22,37	23,41	21,66
	c) 3.373	3.914	4.065	4.093	4.100	4.137	4.073
	d) 587	645	739	734	747	750	745
Niedersachsen	a) 4.289	5.008	5.623	5.663	5.738	5.717	5.838
	b)	16,76	31,10	32,03	33,78	33,29	36,11
	c) 3.795	4.346	4.745	4.755	4.832	4.822	4.926
	d) 494	662	878	908	905	895	912
Nordrhein-Westfalen	a) 11.022	13.297	14.215	14.233	14.360	14.286	14.260
	b)	20,63	28,96	29,12	30,27	29,60	29,37
	c) 9.502	11.304	11.781	11.815	11.888	11.827	11.801
	d) 1.520	1.993	2.433	2.418	2.472	2.458	2.459
Rheinland-Pfalz	a) 2.635	2.852	2.750	2.644	2.656	2.610	2.598
	b)	8,23	4,36	0,34	0,80	- 0,95	- 1,40
	c) 2.322	2.547	2.395	2.289	2.289	2.252	2.232
	d) 313	305	355	356	367	358	366
Saarland	a) 742	759	835	848	852	849	837
	b)	2,29	12,53	14,28	14,82	14,42	12,80
	c) 656	669	732	743	745	741	730
	d) 86	90	103	105	108	108	107
Schleswig-Holstein	a) 1.733	2.041	2.113	2.081	2.080	2.093	2.107
	b)	17,77	21,93	20,08	20,02	20,77	21,58
	c) 1.515	1.760	1.782	1.750	1.749	1.755	1.769
	d) 218	281	331	332	331	337	338

Fußnoten siehe am Schluß der Tabelle

Kräfte des mittleren Dienstes, des Schreibdienstes, des einfachen Dienstes, der Raumpflegekräfte und sonstige Lohnempfänger in der ordentlichen Gerichtsbarkeit 1) (jeweils am 31. Dezember)

Seite 28

Frage: A. III. 2. (A. I.2.u.3.)

a) insgesamt								
b) Steigerungsrate in % zu 1965 bei den								
c) ordentl. Gerichten	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
d) Staatsanwaltschaften	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965							
Landesdienst insg.	a)	38.031	44.020	47.202	47.291	47.554	47.533	47.558
	b)		15,73	24,09	24,33	25,02	24,96	25,03
	c)	32.988	37.807	39.864	39.890	40.082	40.096	40.121
	d)	5.043	6.213	7.338	7.401	7.472	7.436	7.437
im Bundesdienst 2)	a)	321	346	400	398	400	394	391
	b)		7,79	24,61	23,99	24,61	22,74	21,81
	c)	272	295	328	324	326	321	319
	d)	49	51	72	74	74	73	72
insgesamt	a)	38.352	44.366	47.602	47.689	47.954	47.927	47.949
	b)		15,66	24,10	24,33	25,02	24,95	25,00
	c)	33.260	38.102	40.192	40.214	40.408	40.417	40.440
	d)	5.092	6.264	7.410	7.475	7.546	7.509	7.509

1) inklusive Gerichtsvollzieher und Justizvollziehungsbeamte bei den Amtsgerichten

2) Erfasst sind die beim Bundesgerichtshof einschließlich Generalbundesanwalt und beim Bundespatentgericht tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes, des Schreibdienstes, des einfachen Dienstes, der Raumpflegekräfte und sonstige Lohnempfänger

Zahl der sonstigen Mitarbeiter, die nicht als Richter, Vertreter des öffentlichen Interesses oder als Beamte des gehobenen Dienstes tätig gewesen sind
hier: in der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Seite 29

Frage: A. II. c) (A. I. 2. u. 3)

SONSTIGE BEDIENSTETE VERWALTUNGSGERICHTSBARK.							
	1.1.1965	1.1.1975	1.1.1980	1.1.1981	1.1.1982	1.1.1983	1.1.1984
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965						
Baden-Württemberg	89	105 17,98	146,5 64,61	146,5 64,61	148,5 66,85	149,5 67,98	149,5 67,98
Bayern	134	163 21,64	214,2 59,85	229,9 71,57	228,2 70,30	228,2 70,30	230,9 72,31
Berlin	99	83 -16,15	109 10,10	113 14,14	118 19,19	122 23,23	126 27,27
Bremen	11	12 9,09	13 18,18	16 45,45	16 45,45	16 45,45	16 45,45
Hamburg 1)	28	27,5 - 1,79	35,5 26,79	36,5 30,36	54 92,86	70 150,00	82,5 194,64
Hessen	99	116 17,17	156 57,58	166 67,68	164 65,66	164 65,66	167 68,69
Niedersachsen	136	146 7,35	169 24,26	182 33,82	196 44,12	197 44,85	197 44,85
Nordrhein-Westfalen	270	361 33,70	542 100,74	548 102,96	545 101,85	542 100,74	543 101,11
Rheinland-Pfalz	31	40 29,03	56 80,65	66 112,90	68 119,35	68 119,35	68 119,35
Saarland	19	19 0,0	23 21,05	24 26,32	26 36,84	26 36,84	29 52,63
Schleswig-Holstein	31	32 3,23	37 19,35	46 48,39	46 48,39	46 48,39	46 48,39
Landesdienst insgesamt	947	1.104,5 16,63	1.501,2 58,52	1.573,9 66,20	1.609,7 69,98	1.628,7 71,99	1.654,9 74,75
im Bundesdienst	124	142 14,52	136 9,68	145 16,94	143 15,32	141 13,71	141 13,71
insgesamt	1.071	1.246,5 16,39	1.637,2 52,87	1.718,9 60,49	1.752,7 63,65	1.769,7 65,24	1.795,9 67,68

1) Bis einschl. 1982 war der Personalbestand des OVG im Personalbestand des OLG enthalten.

Zahl der sonstigen Mitarbeiter, die nicht als Richter, Vertreter des öffentlichen Interesses oder als Beamte des gehobenen Dienstes tätig gewesen sind
hier: in der Finanzgerichtsbarkeit

Seite 30

Frage: A. III. 2. (A. I. 2. u. 3)

SONSTIGE BEDIENTETE FINANZGERICHTSBARKEIT	1.1.1965	1.1.1975	1.1.1980	1.1.1981	1.1.1982	1.1.1983	1.1.1984
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965						
Baden-Württemberg	13	14 7,69	25 92,31	25 92,31	26 100,00	26 100,00	27 107,69
Bayern	22	38 72,73	44 100,00	48 118,18	48 118,18	48 118,18	51 131,82
Berlin	21,7	26 19,82	33 52,07	34 56,68	34 56,68	35 61,29	36 65,90
Bremen	2	2 0,0	2 0,0	2 0,0	2 0,0	2 0,0	2 0,0
Hamburg	11	19,5 77,27	22 100,0	21 90,91	19 72,73	18,5 68,18	20,5 86,36
Hessen	14	18 28,57	26 85,71	26 85,71	26 85,71	26 85,71	28 100,00
Niedersachsen	21	27 28,57	32 52,38	33 57,14	34 61,90	35 66,67	35 66,67
Nordrhein-Westfalen	43	64 48,84	119 176,74	120 179,07	119 176,74	119 176,74	123 186,05
Rheinland-Pfalz	6	12 100,00	8 33,33	13 116,67	12,5 108,33	13 116,67	12 100,00
Saarland	2	2 0,0	3 50,00	3 50,00	3 50,00	3 50,00	3 50,00
Schleswig-Holstein	6	8 33,33	11 83,33	13 116,67	13 116,67	13 116,67	13 116,67
Landesdienst insgesamt	161,7	230,5 42,55	325 100,99	338 109,03	336,5 108,10	338,5 109,34	350,5 116,76
im Bundesdienst	47	68 44,68	73 55,32	72 53,19	72 53,19	72 53,19	72 53,19
insgesamt	208,7	298,5 43,02	398 90,70	410 96,45	408,5 95,74	410,5 96,69	422,5 102,44

Zahl der sonstigen Mitarbeiter, die nicht als Richter, Vertreter des öffentlichen Interesses oder als Beamte des gehobenen Dienstes tätig gewesen sind
hier: in der Arbeitsgerichtsbarkeit

Seite 31

Frage: A. III. 2. (A. I. 2. u. 3)

SONSTIGE BEDIENTETE ARBEITSGERICHTSBARKEIT	1.1.1965	1.1.1975	1.1.1980	1.1.1981	1.1.1982	1.1.1983	1.1.1984
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965						
Baden-Württemberg	67	107 59,70	116,5 73,88	116,5 73,88	116,5 73,88	127,5 90,30	128,5 91,79
Bayern	144	167 15,97	194 34,72	197 36,81	197 36,81	209 45,14	215,3 49,51
Berlin	96	124 29,17	135 40,62	135 40,62	135 40,62	138 43,75	142 47,92
Bremen	22	28 27,27	31,75 44,32	31,75 44,32	29,75 35,23	30,75 40,00	30,75 40,00
Hamburg	39	60 53,85	67 71,79	67 71,79	71 82,05	70 79,49	81 107,69
Hessen	87	135 55,17	168 93,10	168 93,10	168 93,10	164 88,51	164 88,51
Niedersachsen	75	94 25,33	118 57,33	120 60,00	120 60,00	120 60,00	125 66,67
Nordrhein-Westfalen	155	272 75,48	365 135,48	365 135,48	367 136,77	380 145,16	391 152,26
Rheinland-Pfalz	45	50 11,11	60 33,33	60 33,33	64 42,22	66 46,67	70 55,56
Saarland	16	18 12,50	21 31,25	21 31,25	21 31,25	21 31,25	21 31,25
Schleswig-Holstein	22	27 22,73	31 40,91	32 45,45	32 45,45	32 45,45	32 45,45
Landesdienst insgesamt	768	1.082 40,89	1.307,5 70,25	1.313,25 71,00	1.321,25 72,04	1.358,25 76,86	1.400,55 82,36
im Bundesdienst	70	65 - 7,13	86 22,86	86 22,86	85 21,43	86 22,86	86 22,86
insgesamt	838	1.147 36,87	1.393,25 66,26	1.399,25 66,97	1.406,25 67,81	1.444,25 72,34	1.486,55 77,39

Zahl der sonstigen Mitarbeiter, die nicht als Richter, Vertreter des öffentlichen Interesses oder als Beamte des gehobenen Dienstes tätig gewesen sind
hier: in der Sozialgerichtsbarkeit 1)

Seite 32

Frage: A. III. 2. (A. 2. u. 3.)

SONSTIGE BEDIENTETE SOZIALGERICHTSBARKEIT	1.1.1965	1.1.1975	1.1.1980	1.1.1981	1.1.1982	1.1.1983	1.1.1984
	mit Steigerungsrate in % bezogen auf 1965						
Baden-Württemberg	297	293	265,5	265,5	265,5	258	258
		- 1,34	-10,61	-10,61	-10,61	-13,13	-13,13
Bayern	640	484	463	470	470	463	463
		-24,37	-27,65	-26,55	-26,55	-27,65	-27,65
Berlin	180	170	160,1	155,6	158,5	157,6	157,5
		- 5,56	-11,06	-13,56	-11,94	-12,44	-12,44
Bremen einschl. geh. Dienst	42	34	30	29	28	28	26
		-19,04	-28,56	-30,94	-33,32	-33,32	-38,09
Hamburg	102	90	75	75	80	76	74
		-11,75	-26,46	-26,46	-21,56	-25,48	-27,44
Hessen	165	150,6	147,6	146,8	144,7	143,3	142,3
		- 8,72	-10,55	-11,03	-12,30	-13,15	-13,76
Niedersachsen	247	207	201	201	201	201	200
		-16,18	-18,61	-18,61	-18,61	-18,61	-19,02
Nordrhein-Westfalen	546	521	518	515	529	520	520
		- 4,57	- 5,12	- 5,67	- 3,10	- 4,75	- 4,75
Rheinland-Pfalz	112	95,7	83,0	88,5	90,5	85,5	83,5
		-14,55	-25,89	-20,98	-19,20	-23,66	-25,45
Saarland	36	39	32	32	32	32	33
		8,33	-11,10	-11,10	-11,10	-11,10	-08,32
Schleswig-Holstein	75	70	68	69	68	68	67
		- 6,66	- 9,32	- 7,99	- 9,32	- 9,32	-10,66
Landesdienst insgesamt	2.442	2.154,3	2.043,2	2.047,4	2.067,2	2.032,4	2.024,3
		-11,78	-16,33	-15,05	-15,34	-16,77	-17,10
im Bundesdienst	101	145	156	154	153	153	155
		43,56	54,46	52,48	51,49	51,49	53,47
insgesamt	2.543	2.299,3	2.199,2	2.201,4	2.220,2	2.185,4	2.179,3
		- 9,58	-13,52	-13,43	-12,69	-14,06	-14,30

1) Von den Ländern sind hier teilweise auch die Kräfte des gehobenen Dienstes mitfaßt worden.

Zahl der Bewährungshelfer und Probanden (jeweils am 31.12.)

Seite 33

Frage: A. IV. (A. I.)

BH = BEWÄHRUNGSHelfER PB = PROBANDEN 1) FZ = FALLZAHL 2)		1964	1974	1979	1980	1981	1982	1983
Baden-Württemberg	BH	63	131	215	232	239	244	246
	PB	3.397	7.352	11.509	12.174	13.267	13.958	14.898
	FZ	54	56	54	52	56	57	61
Bayern	BH	66	124	211	230	249	257	258
	PB	3.510	7.793	12.001	13.002	13.617	14.757	15.348
	FZ	53	63	57	57	55	57	59
Berlin	BH	37	70	117	111	115	117	119
	PB	1.592	2.916	4.299	4.500	4.414	4.541	4.804
	FZ	43	42	37	41	38	39	40
Bremen	BH	12	21	29	29	29	30	32
	PB	668	1.306	1.508	1.661	1.739	1.940	1.979
	FZ	56	62	52	57	60	65	62
Hamburg	BH	35	59	70	70	73	75	74
	PB	1.804	2.769	3.776	3.744	3.911	3.847	4.053
	FZ	52	47	54	54	54	51	55
Hessen	BH	53	86	113	133	139	140	142
	PB	2.932	4.683	7.262	7.855	8.521	8.834	9.131
	FZ	55	54	64	59	61	63	64
Niedersachsen	BH	61	122	226	237	238	252	259
	PB	2.967	6.234	9.579	10.018	10.678	11.353	12.270
	FZ	49	51	42	42	45	45	47
Nordrhein-Westfalen	BH	139	318	522	556	562	559	556
	PB	7.112	17.156	27.983	28.756	30.673	32.351	35.608
	FZ	51	54	54	52	55	58	64
Rheinland-Pfalz	BH	18	39	72	83	80	80	81
	PB	1.011	2.627	4.538	4.833	5.115	5.488	5.938
	FZ	56	67	63	58	64	69	73
Saarland	BH	8	15	24	24	35	35	35
	PB	658	1.290	1.899	2.193	2.248	2.362	2.458
	FZ	82	86	79	91	64	68	70
Schleswig-Holstein	BH	19	33	49	54	51	53	53
	PB	1.088	2.236	3.040	3.205	3.192	3.200	3.241
	FZ	57	68	62	59	63	60	61
insgesamt	BH	511	1.018	1.648	1.759	1.810	1.842	1.855
	PB	26.739	56.362	87.394	91.941	97.379	102.640	109.728
	FZ	52	55	53	52	54	56	59

1) ab 1979 Zahl der Unterstellungen unter einen Bewährungshelfer, vermindert um die Zahl von Mehrfachunterstellungen

2) Mittelwertzahl der Probanden/Unterstellungsfälle abzüglich Mehrfachunterstellungen/pro Bewährungshelfer

Zahl der Rechtsanwälte und Notare (jeweils am 1. Januar)

Seite 34

Frage: A. V. 1

	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
a) Rechtsanwälte	19.796	26.854	36.077	37.312	39.036	41.489	44.526
b) Anwaltsnotare	5.212	5.994	6.636	6.802	6.881	6.913	7.000
c) (Nur-)Notare	748	901	942	960	963	964	968

Zahl der Rechtsbeistände

Seite 35

Frage: A. V. 2

Rechtsbeistände	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
Bayern	285	636	971	1.079	1.241	1.521	1.605
Berlin	139	136	150			172	157
Bremen	112	169	208	209	212	214	213
Hamburg	111	216	294	324	407	441	448
Hessen							
Niedersachsen	289						
Nordrhein-Westfalen	559	696	835	872	972	1.072	1.077
Rheinland-Pfalz							
Saarland	12	24	45	45	47	50	53
Schleswig-Holstein							

Zahl der Bediensteten (gehobener Dienst, mittlerer Dienst und Schreiddienst, einfacher Dienst, Lohnempfänger), die auf einen als Richter Beschäftigten kamen
 hier: ordentliche Gerichtsbarkeit

Seite 36

Frage: A. VI. 1. a)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	3,3	3,2	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1
Bayern	4,1	4,0	4,4	4,4	4,3	4,3	4,4
Berlin	4,0	3,8	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5
Bremen	5,1	4,4	4,1	4,0	3,9	3,9	3,8
Hamburg	4,9	4,3	3,5	3,6	3,5	3,6	3,6
Hessen	5,0	4,7	4,4	4,4	4,4	4,5	4,4
Niedersachsen	4,6	4,7	4,6	4,4	4,4	4,4	4,4
Nordrhein-Westfalen	4,4	4,6	4,0	4,0	4,1	4,2	4,2
Rheinland-Pfalz	4,7	4,8	4,1	3,9	3,9	3,9	3,9
Saarland	4,7	4,3	4,3	4,2	4,2	4,2	4,1
Schleswig - Holstein	4,8	4,9	4,5	4,4	4,3	4,3	4,4
Landesdienst insgesamt	4,4	4,3	4,0	4,0	4,0	4,0	4,1
Bundesdienst	1,4	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,5
Bundesgebiet insgesamt	4,3	4,2	4,0	3,9	4,0	4,0	4,0

Zahl der Bediensteten (gehobener Dienst, mittlerer Dienst und Schreibdienst, einfacher Dienst, Lohnempfänger), die auf einen als Staats- oder Amtsanwalt Beschäftigten kamen

Seite 37

Frage: A. VI. 1. a)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	1,9	1,6	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0
Bayern	1,8	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Berlin	2,2	2,3	1,9	2,0	1,9	1,9	1,9
Bremen	2,4	2,5	2,4	2,3	2,2	2,2	2,1
Hamburg	2,3	1,6	1,9	1,9	1,8	1,8	1,8
Hessen	2,1	1,8	2,0	1,9	1,9	1,9	2,0
Niedersachsen	1,9	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2
Nordrhein-Westfalen	1,9	2,0	2,2	2,2	2,2	2,3	2,3
Rheinland-Pfalz	1,9	1,7	1,9	1,8	1,8	1,7	1,7
Saarland	2,0	2,0	2,2	2,1	2,2	2,2	2,2
Schleswig - Holstein	1,9	1,9	1,9	1,8	1,8	1,8	1,9
Landesdienst insgesamt	2,0	1,9	2,1	2,0	2,1	2,1	2,1
Bundesdienst	1,8	1,5	2,1	2,1	1,9	2,0	1,9
Bundesgebiet insgesamt	2,0	2,0	1,9	2,1	2,0	2,1	2,1

Zahl der Bediensteten (gehobener Dienst, mittl. Dienst und Schreibdienst, einf. Dienst, Lohnempfänger),
die auf einen als Richter Beschäftigten kamen
hier: Verwaltungsgerichtsbarkeit

Seite 38

Frage: A. VI. 1. a)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1981	1983
Baden-Württemberg	1,46	1,06	0,92	0,87
Bayern	1,50	1,29	1,19	1,16
Berlin	1,50	1,48	1,27	1,29
Bremen	0,87	0,78	0,82	0,75
Hamburg	1,35	3,91	0,59	0,85
Hessen	1,52	1,47	1,38	1,29
Niedersachsen	1,66	1,46	1,29	1,15
Nordrhein-Westfalen	1,62	1,51	1,45	1,28
Rheinland-Pfalz	0,95	0,83	0,95	0,83
Saarland	1,33	1,09	1,04	0,97
Schleswig - Holstein	1,15	0,94	1,04	0,91
Landesdienst insgesamt	1,48	1,36	1,21	1,13
Bundesdienst	2,96	3,66	3,87	3,37
Bundesgebiet insgesamt	1,56	1,46	1,29	1,20

Zahl der Bediensteten (gehobener Dienst, mittl. Dienst und Schreibdienst, einf. Dienst, Lohnempfänger),
die auf einen Richter entfielen
hier: Finanzgerichtsbarkeit

Seite 39

Frage: A. VI. 1. a)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1981	1983
Baden-Württemberg	0,73	0,92	0,72	0,65
Bayern	0,88	0,98	0,98	0,90
Berlin	0,00	1,50	1,75	1,83
Bremen	0,60	0,50	0,50	0,50
Hamburg	1,17	1,24	1,19	1,02
Hessen	1,25	0,80	0,85	0,87
Niedersachsen	1,12	1,03	0,98	0,93
Nordrhein-Westfalen	1,22	1,09	1,02	1,02
Rheinland-Pfalz	0,89	0,83	0,76	0,70
Saarland	0,75	0,75	0,67	0,67
Schleswig - Holstein	1,13	1,20	1,06	1,06
Landesdienst insgesamt	0,88	1,03	0,99	0,95
Bundesdienst	1,69	1,89	2,13	2,06
Bundesgebiet insgesamt	1,25	1,15	1,10	1,06

Zahl der Bediensteten (gehobener Dienst, mittl. Dienst und Schreibdienst, einf. Dienst, Lohnempfänger),
die auf einen Richter entfielen
hier: Arbeitsgerichtsbarkeit

Seite 40

Frage: A. VI. 1. a)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	2,37	2,49	2,37	2,37	2,37	2,24	2,24
Bayern	3,06	2,32	2,28	2,24	2,24	2,20	2,24
Berlin	3,63	2,98	2,78	2,78	2,78	2,73	2,67
Bremen	3,20	2,80	2,80	2,80	2,50	2,50	2,50
Hamburg	3,90	3,30	3,50	3,30	3,60	2,90	3,30
Hessen	3,71	3,21	3,25	3,14	3,14	3,08	3,08
Niedersachsen	3,10	2,70	2,60	2,60	2,40	2,40	2,50
Nordrhein-Westfalen	2,22	2,57	2,56	2,56	2,55	2,55	2,52
Rheinland-Pfalz	3,17	2,74	2,33	2,33	2,45	2,37	2,42
Saarland	2,83	2,75	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
Schleswig - Holstein	2,37	2,20	2,04	2,08	2,08	2,08	2,00
Landesdienst insgesamt	2,38	2,25	2,22	2,20	2,19	2,15	2,17
Bundesdienst	4,41	4,18	3,76	3,76	3,72	3,76	3,76
Bundesgebiet insgesamt	2,46	2,31	2,27	2,25	2,24	2,20	2,22

Zahl der Bediensteten (gehobener Dienst, mittl. Dienst und Schreibdienst, einf. Dienst, Lohnempfänger),
die auf einen Richter entfielen
hier: Sozialgerichtsbarkeit

Seite 41

Frage: A. VI. 1. a)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	2,43	2,12	1,92	1,92	1,92	1,90	1,90
Bayern	3,42	3,04	2,97	2,85	2,85	2,84	2,84
Berlin	2,47	2,24	2,09	2,05	2,09	2,07	2,05
Bremen	3,23	2,62	2,50	2,42	2,33	2,33	2,00
Hamburg	3,18	2,90	2,41	2,41	2,42	2,30	2,24
Hessen	3,00	2,60	2,60	2,40	2,40	2,50	2,40
Niedersachsen	2,49	2,40	2,32	2,44	2,39	2,36	2,33
Nordrhein-Westfalen	2,50	2,47	2,37	2,36	2,42	2,39	2,37
Rheinland-Pfalz	2,16	2,10	1,85	1,93	1,99	1,83	1,97
Saarland	1,64	1,59	1,58	1,58	1,65	1,58	1,65
Schleswig-Holstein	2,30	1,90	1,90	1,90	1,90	1,90	1,90
Landesdienst insgesamt	2,50	2,30	2,20	2,20	2,20	2,10	2,10
Bundesdienst	2,59	3,29	3,80	3,76	3,73	3,82	3,87
Bundesgebiet insgesamt	2,50	2,30	2,20	2,20	2,30	2,20	2,20

Zahl der Kräfte des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) die auf einen als Richter Beschäftigten kamen
hier: ordentliche Gerichtsbarkeit

Seite 42

Frage: A. VI. 1. b)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Bayern	1,1	1,0	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Berlin	0,7	0,7	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6
Bremen	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Hamburg	0,8	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5
Hessen	1,0	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Niedersachsen	0,9	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Nordrhein-Westfalen	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8
Rheinland-Pfalz	0,9	0,9	0,8	0,7	0,7	0,8	0,8
Saarland	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Schleswig - Holstein	0,8	1,0	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
Landesdienst insgesamt	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Bundesdienst	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Bundesgebiet insgesamt	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8

Zahl der Kräfte des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) die auf einen als Staatsanwalt Beschäftigten kamen

Seite 43

Frage: A. VI. 1. b)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Bayern	0,3	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Berlin	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Bremen	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4
Hamburg	0,4	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Hessen	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Niedersachsen	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5
Nordrhein-Westfalen	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6
Rheinland-Pfalz	0,3	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Saarland	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Schleswig - Holstein	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4
Landesdienst insgesamt	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Bundesdienst	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Bundesgebiet insgesamt	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

Zahl der Kräfte des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger), die auf einen als Richter Beschäftigten kamen
hier: Verwaltungsgerichtsbarkeit

Seite 44

Frage: A. VI. 1. b)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1981	1983
Baden-Württemberg	0,32	0,26	0,17	0,16
Bayern	0,24	0,22	0,21	0,23
Berlin	0,26	0,24	0,17	0,14
Bremen	0,05	0,09	0,08	0,07
Hamburg	0,13	0,48	0,06	0,05
Hessen	0,27	0,20	0,14	0,13
Niedersachsen	0,32	0,26	0,20	0,17
Nordrhein-Westfalen	0,17	0,14	0,11	0,10
Rheinland-Pfalz	0,20	0,14	0,11	0,09
Saarland	0,28	0,23	0,15	0,13
Schleswig - Holstein	0,21	0,09	0,06	0,06
Landesdienst insgesamt	0,24	0,20	0,15	0,13
Bundesdienst	0,43	0,64	0,72	0,65
Bundesgebiet insgesamt	0,25	0,22	0,17	0,15

Zahl der Kräfte des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger), die auf einen als Richter Beschäftigten kamen
hier: Finanzgerichtsbarkeit

Seite 45

Frage: A. VI. 1. b)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1981	1983
Baden-Württemberg	0,14	0,33	0,14	0,10
Bayern	0,24	0,26	0,25	0,23
Berlin	0,00	0,20	0,33	0,30
Bremen	0,20	0,17	0,17	0,17
Hamburg	0,25	0,21	0,19	0,14
Hessen	0,38	0,20	0,20	0,21
Niedersachsen	0,31	0,16	0,15	0,12
Nordrhein-Westfalen	0,37	0,27	0,19	0,19
Rheinland-Pfalz	0,22	0,17	0,14	0,13
Saarland	0,25	0,25	0,17	0,17
Schleswig - Holstein	0,38	0,40	0,25	0,25
Landesdienst insgesamt	0,30	0,24	0,20	0,18
Bundesdienst	0,39	0,45	0,57	0,53
Bundesgebiet insgesamt	0,32	0,27	0,23	0,22

Zahl der Kräfte des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) die auf einen als Richter Beschäftigten kamen
hier: Arbeitsgerichtsbarkeit

Seite 46

Frage: A. VI. 1. b)

Verhältnis der Tätigkeitsgruppen	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	0,81	0,68	0,63	0,63	0,63	0,57	0,53
Bayern	0,72	0,56	0,67	0,67	0,68	0,65	0,63
Berlin	0,07	0,09	0,08	0,08	0,08	0,08	0,09
Bremen	0,80	0,40	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50
Hamburg	0,50	0,30	0,30	0,30	0,30	0,25	0,30
Hessen	0,90	0,66	0,49	0,48	0,48	0,48	0,48
Niedersachsen	0,52	0,51	0,41	0,40	0,38	0,38	0,38
Nordrhein-Westfalen	0,44	0,46	0,46	0,46	0,45	0,43	0,42
Rheinland-Pfalz	0,67	0,56	0,52	0,52	0,52	0,49	0,49
Saarland	0,20	0,50	0,40	0,40	0,40	0,40	0,40
Schleswig - Holstein	1,00	0,90	0,80	0,80	0,80	0,80	0,70
Landesdienst insgesamt	0,60	0,51	0,49	0,48	0,48	0,46	0,45
Bundesdienst	0,29	0,35	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32
Bundesgebiet insgesamt	0,59	0,51	0,48	0,48	0,47	0,46	0,45

Zahl der Rechtsanwälte, Anwaltsnotare und Notar, die pro Richter, Staatsanwalt, Amtsanwalt und Vertreter des öffentlichen Interesses tätig waren 1) 2)

Seite 47

Frage: A. VI. 2. a)

	1965	1975	1981	1983
	1,70	1,89	2,18	2,37

1) Berücksichtigt sind die Richter aller Gerichtsbarkeiten

2) In die Berechnung nicht einbezogen sind die Rechtsbeistände, über ihre Anzahl liegen vollständige Angaben nicht vor

Zahl der Rechtsanwälte, Anwaltsnotare, Notare, die pro Mitarbeiter des gehobenen, des mittleren, des einfachen und des Schreibdienstes sowie des Lohndienstes tätig waren

Seite 48

Frage: A. VI. 2. b)

	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
	0,49	0,56	0,68	0,69	0,72	0,76	0,80

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren (ohne freiwillige Gerichtsbarkeit und ab 1980 ohne Familiensachen)

Seite 49

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE ZIVILPROZESSE							
Baden-Württemberg							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	47.778	35.932	37.934	42.112	44.807	52.402
- Neuzugänge	105.414	116.606	111.433	120.470	130.589	147.548	145.030
- anhängige Verfahren	(a)	164.384	147.365	158.404	172.701	192.355	197.432
Bayern							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	45.361	35.155	36.314	38.538	42.147	46.630
- Neuzugänge	121.787	131.534	119.342	128.648	139.916	158.275	159.436
- anhängige Verfahren	(a)	176.895	154.497	164.962	178.454	200.422	206.066
Berlin							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	21.534	19.788	21.460	23.645	25.143	28.289
- Neuzugänge	47.326	55.889	58.297	61.315	63.858	70.316	73.366
- anhängige Verfahren	(a)	77.423	78.085	82.775	87.503	95.459	101.655
Bremen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	4.742	4.557	4.936	5.242	5.241	5.469
- Neuzugänge	11.655	12.930	13.292	14.102	15.666	17.192	17.644
- anhängige Verfahren	(a)	17.672	17.849	19.038	20.908	22.433	23.113
Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	24.128	17.032	15.978	16.665	16.923	21.077
- Neuzugänge	42.680	49.203	39.245	41.932	43.277	49.203	50.597
- anhängige Verfahren	(a)	73.331	56.277	57.910	59.942	66.126	71.674
Hessen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	50.592	37.422	39.806	45.319	49.488	56.051
- Neuzugänge	79.331	92.730	84.829	93.276	100.038	111.583	110.676
- anhängige Verfahren	(a)	143.322	122.251	133.082	145.357	161.071	166.727
Niedersachsen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	47.310	38.111	38.634	43.525	45.062	47.438
- Neuzugänge	83.441	101.017	100.388	112.550	120.742	131.290	132.419
- anhängige Verfahren	(a)	148.327	138.499	151.184	164.267	176.352	179.857
Nordrhein-Westfalen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	130.774	103.881	109.719	119.558	126.799	144.481
- Neuzugänge	284.768	305.250	296.882	320.636	347.685	384.429	388.260
- anhängige Verfahren	(a)	436.024	400.763	430.355	467.243	511.228	532.741
Rheinland-Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	25.475	18.506	19.845	22.078	22.981	26.330
- Neuzugänge	42.901	54.879	51.553	56.261	59.849	66.893	65.879
- anhängige Verfahren	(a)	80.354	70.059	76.106	81.927	89.874	92.209
Saarland							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	9.201	7.557	7.907	8.729	9.382	10.782
- Neuzugänge	12.505	16.283	14.713	16.561	17.853	20.040	20.639
- anhängige Verfahren	(a)	25.484	22.270	24.468	26.582	29.422	31.421
Schleswig-Holstein							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	19.132	17.483	20.244	22.095	23.438	26.328
- Neuzugänge	31.813	41.537	42.718	46.164	49.884	54.061	53.130
- anhängige Verfahren	(a)	60.669	60.201	66.408	71.979	77.499	79.458
Bundesgebiet							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	426.027	335.424	352.777	387.506	411.411	465.277
- Neuzugänge	863.621	977.858	932.692	1.011.915	1.089.357	1.210.830	1.217.076
- anhängige Verfahren	(a)	1.403.885	1.268.116	1.364.692	1.476.863	1.622.241	1.682.353

(a) = Nicht erhoben.

Bei den Zivilgerichten anhängige Mahnverfahren

Seite 50

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
MAHNVERFAHREN							
Baden-Württemberg	569.706	744.757	635.106	724.478	858.475	847.277	885.323
Bayern	546.262	864.081	918.032	1.047.419	1.147.791	1.099.856	1.191.322
Berlin	147.641	181.788	202.093	213.556	225.401	237.694	247.989
Bremen	53.371	64.420	62.472	69.548	75.142	75.146	75.797
Hamburg	246.752	228.607	288.563	302.850	235.760	390.293	394.029
Hessen	388.894	438.313	468.370	613.901	693.679	675.129	648.904
Niedersachsen	365.296	519.221	413.748	474.516	511.081	495.212	494.288
Nordrhein-Westfalen	1.180.031	1.353.863	1.260.630	1.395.756	1.545.903	1.586.623	1.569.926
Rheinland-Pfalz	169.888	248.701	202.679	216.170	247.238	224.751	211.008
Saarland	62.558	68.996	40.299	44.117	47.305	47.624	47.772
Schleswig-Holstein	135.780	195.495	160.142	173.318	184.566	175.736	167.468
Bundesgebiet	3.866.179	4.908.242	4.652.134	5.275.629	5.772.341	5.855.341	5.933.826

Bei den Zivilgerichten eingegangene Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens

Seite 51

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANTRÄGE AUßERHALB EINES BEI GERICHT ANHÄNGIGEN VERFAHRENS							
Baden-Württemberg	16.323	5.463	18.138	26.219	14.617	6.371	23.339
Bayern	3.664	5.432	14.440	38.485	10.222	5.467	32.611
Berlin	1.541	1.555	9.586	13.042	4.549	1.901	11.857
Bremen	2.697	927	2.231	3.768	1.100	730	4.057
Hamburg	3.763	851	4.470	5.300	2.867	1.225	3.230
Hessen	3.824	3.398	9.064	14.648	5.986	3.240	12.692
Niedersachsen	4.089	3.507	10.051	21.060	8.031	3.729	21.518
Nordrhein-Westfalen	9.427	9.198	29.417	57.677	23.299	14.495	57.852
Rheinland-Pfalz	1.745	1.976	7.304	10.612	6.853	4.206	12.133
Saarland	564	403	1.548	2.155	1.232	671	2.816
Schleswig-Holstein	1.671	1.103	4.694	8.409	2.974	1.730	7.868
Bundesgebiet	49.308	33.813	110.943	201.375	81.730	43.765	189.973

In den Zahlen ab 1975 sind Armenrechtsverfahren ohne nachfolgenden Prozeß, die in den Zahlen für 1965 noch erfaßt sind, nicht mehr enthalten.

Die Zahlen ab 1975 enthalten u.a. die Festsetzungsverfahren über den Regelunterhalt nichtehelicher Kinder, die Zahlen ab 1980 die Vereinfachten Verfahren zur Abänderung der Unterhaltstitel

Bei den Zivilgerichten anhängige Verteilungsverfahren

Seite 52

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERTEILUNGSVERFAHREN							
Baden-Württemberg	65	11	167	48	83	79	25
Bayern	69	37	18	24	40	22	34
Berlin	48	13	27	10	10	10	10
Bremen	17	1	0	1	0	3	0
Hamburg	24	11	4	6	9	6	7
Hessen	86	41	124	44	57	38	34
Niedersachsen	177	66	82	67	55	89	92
Nordrhein-Westfalen	376	133	168	141	179	194	168
Rheinland-Pfalz	60	53	41	33	39	58	49
Saarland	6	19	4	6	3	2	1
Schleswig-Holstein	72	37	23	20	22	32	50
Bundesgebiet	1.000	422	658	400	497	533	470

Bei den Zivilgerichten anhängige Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen

Seite 53

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ZWANGSVERSTEIGERUNGEN VON UNBEWEGLICHEN GEGENSTÄNDEN							
Baden-Württemberg	1.905	4.224	3.293	3.908	5.126	5.664	5.365
Bayern	2.798	6.144	3.833	4.515	6.033	6.295	6.254
Berlin	179	329	322	461	829	835	838
Bremen	166	487	425	366	532	639	742
Hamburg	310	401	275	340	629	594	890
Hessen	2.011	5.641	4.286	4.806	5.707	5.916	6.020
Niedersachsen	2.555	7.616	5.502	7.157	9.515	10.406	10.706
Nordrhein-Westfalen	3.948	11.143	8.935	11.170	14.927	17.174	18.611
Rheinland-Pfalz	2.304	4.307	3.025	3.739	4.540	4.619	4.886
Saarland	1.093	1.133	984	1.126	1.356	1.622	1.621
Schleswig-Holstein	839	2.753	1.786	2.530	3.330	4.142	4.615
Bundesgebiet	18.118	44.178	32.666	40.118	52.524	57.906	60.548

Bei den Zivilgerichten anhängige Zwangsverwaltungen

Seite 54

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ZWANGSVERWALTUNGEN							
Baden-Württemberg	65	441	513	159	383	406	483
Bayern	103	455	144	176	292	492	748
Berlin	34	101	67	107	106	387	308
Bremen	8	85	41	42	68	101	154
Hamburg	25	95	34	75	121	73	317
Hessen	126	745	214	391	637	633	833
Niedersachsen	140	549	1.288	829	705	914	1.440
Nordrhein-Westfalen	557	1.619	1.271	1.243	1.765	3.057	4.534
Rheinland-Pfalz	72	409	98	339	182	336	320
Saarland	45	243	27	19	29	60	89
Schleswig-Holstein	35	331	316	1.056	618	477	1.387
Bundesgebiet	1.210	5.073	4.013	4.436	4.906	6.936	10.613

Bei den Zivilgerichten anhängige sonstige Vollstreckungssachen

Seite 55

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGE VOLLSTRECKUNGSSACHEN							
Baden-Württemberg							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	214.516	274.182	312.888	331.261	375.423	418.134	380.076
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	149.501	137.276	153.535	177.795	194.992	164.195
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	23.983	26.303	30.519	37.098	42.094	43.215
- Haftanordnungen	(a)	61.356	55.473	60.355	69.815	73.332	72.538
Bayern							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	216.409	290.195	307.559	338.735	402.150	432.195	438.083
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	164.077	148.150	167.780	202.458	218.061	216.320
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	24.121	26.798	31.392	39.420	44.447	44.747
- Haftanordnungen	(a)	57.435	54.658	58.721	68.599	75.275	72.988
Berlin							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	103.315	102.412	137.501	150.664	163.453	172.628	184.452
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	54.836	55.940	60.692	66.629	72.973	77.443
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	10.597	12.158	12.489	15.271	17.524	18.490
- Haftanordnungen	(a)	21.055	22.019	22.796	25.899	28.372	31.071
Bremen							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	33.455	31.711	42.098	48.480	55.296	58.217	55.961
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	17.016	19.070	22.025	24.663	27.067	26.564
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	3.797	4.457	6.451	6.368	6.810	6.666
- Haftanordnungen	(a)	7.212	7.474	9.703	7.935	7.826	8.102
Hamburg							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	71.745	72.056	92.990	98.072	109.064	116.819	119.986
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	40.895	46.921	49.976	54.712	57.448	57.376
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	7.138	7.929	8.326	10.750	11.645	11.294
- Haftanordnungen	(a)	17.587	20.408	21.865	22.887	22.142	21.077
Hessen							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	175.543	211.860	233.779	255.034	294.551	310.072	299.166
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	130.494	119.838	130.822	152.470	158.764	148.635
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	17.731	20.413	23.236	28.722	30.899	30.281
- Haftanordnungen	(a)	49.083	45.467	47.910	53.914	55.823	52.597
Niedersachsen							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	259.403	293.954	316.348	355.851	410.413	426.101	412.182
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	145.158	146.095	166.204	193.352	201.467	192.012
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	24.893	28.096	33.661	42.956	47.044	48.484
- Haftanordnungen	(a)	67.509	67.686	74.975	88.445	87.720	83.555
Nordrhein-Westfalen							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	692.438	601.974	751.079	817.921	942.228	975.918	974.811
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	293.054	304.973	335.473	394.240	404.156	400.371
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	71.829	82.320	94.034	114.411	124.906	123.854
- Haftanordnungen	(a)	143.892	147.378	155.291	173.807	186.008	177.521
Rheinland-Pfalz							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	129.560	124.354	143.824	162.463	183.868	193.210	186.322
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	60.445	58.873	66.479	76.961	81.475	78.888
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	14.454	16.607	19.323	22.613	25.733	24.772
- Haftanordnungen	(a)	30.374	30.164	32.170	35.952	37.963	36.918
Saarland							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	50.420	37.633	45.966	51.439	58.908	60.652	60.890
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	18.388	20.140	23.168	27.276	27.558	28.323
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	5.065	6.149	7.083	8.082	9.020	9.853
- Haftanordnungen	(a)	10.265	10.970	11.779	13.396	12.985	13.043

(a) = Nicht erhoben.

Bei den Zivilgerichten anhängige sonstige Vollstreckungssachen

Seite 56

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGE VOLLSTRECKUNGSSACHEN							
Schleswig-Holstein							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	102.924	109.699	129.103	143.396	158.132	166.283	160.533
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	51.515	53.281	60.294	67.532	67.042	65.797
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	10.212	12.010	13.702	15.800	17.522	18.934
- Haftanordnungen	(a)	22.227	23.614	26.099	27.694	29.105	28.296
Bundesgebiet							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr	2.049.728	2.150.030	2.513.135	2.753.316	3.153.486	3.330.229	3.272.462
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung	(a)	1.125.379	1.110.557	1.236.448	1.438.088	1.511.003	1.455.924
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen	(a)	213.120	243.240	280.216	341.491	377.644	380.590
- Haftanordnungen	(a)	487.995	485.311	521.664	588.343	616.551	597.706

(a) = Nicht erhoben.

Bei den Zivilgerichten anhängige Konkursverfahren

Seite 57

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
KONKURSVERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Anträge auf Konkurseröffnung	1.768	3.816	3.330	4.239	5.348	5.805	6.093
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	200	444	273	392	505	434	468
Bayern							
- Anträge auf Konkurseröffnung	2.864	4.007	3.805	4.705	5.947	6.097	6.506
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	224	416	326	418	522	507	470
Berlin							
- Anträge auf Konkurseröffnung	337	793	741	838	1.206	1.129	1.291
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	66	102	94	110	146	112	115
Bremen							
- Anträge auf Konkurseröffnung	198	305	276	338	551	455	520
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	20	24	19	30	47	24	34
Hamburg							
- Anträge auf Konkurseröffnung	950	607	700	825	972	1.001	1.164
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	163	84	94	95	126	133	89
Hessen							
- Anträge auf Konkurseröffnung	1.505	2.585	2.436	2.977	3.918	3.880	4.092
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	159	312	222	282	337	342	339
Niedersachsen							
- Anträge auf Konkurseröffnung	1.841	2.532	2.515	3.397	4.565	4.308	4.926
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	212	346	328	445	556	477	594
Nordrhein-Westfalen							
- Anträge auf Konkurseröffnung	4.682	5.496	6.766	8.663	11.242	10.908	11.546
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	574	955	902	1.161	1.485	1.335	1.455
Rheinland-Pfalz							
- Anträge auf Konkurseröffnung	864	1.248	1.389	1.736	2.200	2.229	2.193
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	91	162	88	137	157	163	182
Saarland							
- Anträge auf Konkurseröffnung	440	502	445	507	705	701	764
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	39	50	44	54	64	50	42
Schleswig-Holstein							
- Anträge auf Konkurseröffnung	345	811	816	1.108	1.359	1.453	1.612
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	64	90	117	115	137	131	195
Bundesgebiet							
- Anträge auf Konkurseröffnung	15.794	22.702	23.219	29.333	38.013	37.966	40.707
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-	1.812	2.985	2.507	3.239	4.082	3.708	3.983

Bei den Zivilgerichten anhängige Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses

Seite 58

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERGLEICHsverfahren							
Baden-Württemberg							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	105	169	71	101	177	129	118
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	45	68	22	23	36	19	15
Bayern							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	140	167	79	81	133	124	94
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	38	44	11	19	19	19	10
Berlin							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	15	15	12	16	37	18	18
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	3	7	3	7	22	5	5
Bremen							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	8	10	5	4	18	3	6
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	5	6	1	0	5	0	1
Hamburg							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	71	22	18	19	17	26	12
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	10	4	3	3	2	3	0
Hessen							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	43	74	43	36	44	65	49
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	16	18	14	8	12	13	10
Niedersachsen							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	167	86	95	92	147	113	115
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	52	1.100	19	9	16	40	14
Nordrhein-Westfalen							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	396	297	152	251	291	226	228
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	88	109	35	44	45	48	38
Rheinland-Pfalz							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	54	59	28	33	38	36	36
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	22	20	6	21	179	11	7
Saarland							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	25	11	9	8	19	8	19
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	7	3	2	4	4	0	0
Schleswig-Holstein							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	41	33	19	19	36	20	42
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	8	20	2	4	8	8	3
Bundesgebiet							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1.065	943	531	660	957	768	737
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	294	1.399	118	142	348	166	103

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren

Seite 59

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE ZIVILPROZESSE							
Baden-Württemberg		114.034	109.427	116.272	127.967	139.953	146.754
Bayern		123.916	118.178	126.426	136.364	154.078	158.146
Berlin		54.078	56.629	59.120	62.496	67.153	69.887
Bremen		12.210	12.913	13.796	15.644	16.847	17.203
Hamburg		45.749	40.091	41.010	42.392	45.447	49.322
Hessen		88.818	82.429	87.882	95.858	104.960	112.147
Niedersachsen		92.581	99.807	107.664	119.223	128.928	132.084
Nordrhein-Westfalen		287.698	291.088	310.831	340.636	366.640	384.901
Rheinland-Pfalz		51.525	50.214	54.029	58.944	63.523	65.669
Saarland		14.948	14.333	15.752	16.964	18.603	19.570
Schleswig-Holstein		38.855	39.946	44.280	48.544	51.169	53.767
Bundesgebiet		924.412	915.055	977.062	1.065.032	1.157.301	1.209.450

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 60

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Baden-Württemberg							
- streitiges Urteil	18.437	30.537	32.115	34.435	38.588	39.977	43.625
- Vergleich	11.891	14.021	14.099	14.472	14.837	16.372	16.970
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	27.200	23.379	24.535	26.075	29.581	34.130	34.564
- Beschluß	2.732	4.623	5.130	5.514	5.775	6.031	6.269
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	15.594	17.749	19.095	20.838	23.854	25.060
- sonstige	(a)	25.880	15.799	16.681	18.348	19.589	20.266
Bayern							
- streitiges Urteil	18.257	30.089	32.950	35.905	38.063	43.708	45.204
- Vergleich	17.798	16.100	16.190	15.563	16.237	17.784	18.262
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	34.674	24.980	24.202	27.181	31.035	35.686	35.863
- Beschluß	4.650	6.797	6.946	7.657	7.871	8.818	8.689
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	16.591	21.003	22.186	23.754	26.649	27.037
- sonstige	(a)	29.359	16.887	17.934	19.404	21.430	23.090
Berlin							
- streitiges Urteil	8.713	12.200	13.512	14.343	15.187	16.669	17.553
- Vergleich	6.606	5.626	4.283	4.155	4.588	4.716	5.083
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	16.798	17.452	20.168	21.186	22.701	23.852	24.727
- Beschluß	1.994	2.497	2.151	2.228	2.321	2.473	2.490
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	7.274	7.569	7.976	8.320	9.695	10.159
- sonstige	(a)	9.029	8.946	9.232	9.379	9.748	9.875
Bremen							
- streitiges Urteil	1.992	2.975	2.724	3.042	3.087	3.251	3.497
- Vergleich	1.151	1.131	1.290	1.283	1.336	1.593	1.750
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	4.143	3.536	3.656	3.787	4.666	5.216	5.176
- Beschluß	339	945	992	1.102	1.186	1.294	1.154
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	1.832	2.540	2.762	3.516	3.549	3.535
- sonstige	(a)	1.791	1.711	1.820	1.853	1.944	2.091
Hamburg							
- streitiges Urteil	6.419	8.857	10.053	10.668	11.072	11.714	12.571
- Vergleich	4.447	3.164	3.332	2.823	2.708	2.955	2.964
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	12.822	9.728	11.921	12.092	12.671	13.686	15.306
- Beschluß	2.207	3.191	2.068	2.032	2.092	2.281	2.376
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	7.325	7.001	7.476	7.754	8.139	8.449
- sonstige	(a)	13.484	5.716	5.919	6.095	6.672	7.656
Hessen							
- streitiges Urteil	13.096	22.060	24.756	26.377	28.675	30.251	32.665
- Vergleich	11.245	8.674	8.240	8.185	8.660	8.877	10.210
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	20.644	21.082	18.228	20.007	23.029	27.016	28.472
- Beschluß	1.247	4.050	4.384	4.820	4.869	5.094	5.270
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	12.291	12.808	13.882	15.574	17.214	18.319
- sonstige	(a)	20.661	14.013	14.611	15.051	16.508	17.211
Niedersachsen							
- streitiges Urteil	17.321	27.006	31.535	33.640	38.184	41.067	43.499
- Vergleich	9.645	7.872	8.043	7.993	7.841	8.125	8.491
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	20.720	22.538	24.748	27.753	32.408	35.126	34.941
- Beschluß	1.540	5.799	6.048	6.449	6.745	7.162	7.184
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	12.624	15.166	16.632	18.366	20.105	20.233
- sonstige	(a)	16.741	14.266	15.196	15.679	17.343	17.736

(a) = Nicht erhoben.

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 61

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Nordrhein-Westfalen							
- streitiges Urteil	49.039	73.509	85.006	92.539	99.205	106.709	112.559
- Vergleich	37.987	27.956	25.849	25.710	27.114	27.758	29.090
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	87.917	68.517	71.151	78.131	91.270	99.737	104.943
- Beschluß	7.017	15.952	16.130	17.005	18.502	18.684	18.676
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	40.602	47.134	49.863	54.605	60.300	64.001
- sonstige	(a)	61.162	45.818	47.583	49.940	53.445	55.632
Rheinland-Pfalz							
- streitiges Urteil	7.862	13.282	15.705	16.382	18.308	19.503	20.571
- Vergleich	6.303	5.835	5.438	5.626	5.806	6.359	6.338
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	12.150	11.330	10.384	11.743	13.052	14.631	15.187
- Beschluß	1.175	2.370	2.593	2.961	2.999	3.024	3.036
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	7.491	8.110	8.855	9.854	10.627	10.880
- sonstige	(a)	11.216	7.984	8.462	8.925	9.379	9.657
Saarland							
- streitiges Urteil	2.148	3.960	4.714	5.075	5.549	6.056	6.476
- Vergleich	1.717	1.513	1.506	1.461	1.546	1.554	1.610
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	4.138	3.142	3.100	3.580	4.007	4.447	4.627
- Beschluß	411	586	588	569	677	784	794
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	2.775	2.411	2.935	3.075	3.366	3.543
- sonstige	(a)	2.972	2.014	2.132	2.110	2.395	2.520
Schleswig-Holstein							
- streitiges Urteil	6.797	10.406	11.094	12.391	13.607	14.413	15.267
- Vergleich	4.039	3.795	3.344	3.361	3.730	3.836	4.112
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	8.633	9.909	11.071	12.483	13.960	14.747	15.750
- Beschluß	756	2.552	2.416	2.773	2.803	2.914	2.960
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	5.613	6.211	6.879	7.490	8.103	8.535
- sonstige	(a)	6.579	5.810	6.393	6.954	7.156	7.143
Bundesgebiet							
- streitiges Urteil	150.081	234.881	264.164	284.797	309.525	333.318	353.487
- Vergleich	112.829	95.687	91.614	90.632	94.403	99.929	104.880
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	252.839	215.593	223.164	244.018	278.380	308.274	319.556
- Beschluß	24.068	49.362	49.446	53.110	55.840	58.559	58.898
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	130.012	147.702	158.541	173.146	191.601	199.751
- sonstige	(a)	198.874	138.964	145.963	153.738	165.609	172.877

(a) Nicht erhoben

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 62

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Baden-Württemberg							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	694	330	183	277	221	298
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	1.437	753	520	526	682	951	1.115
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	3.438	4.069	3.577	3.967	4.167	4.035	3.957
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	400	389	398	528	578	807
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	1.797	1.730	1.786	2.431	2.381	2.551
- Entmündigungssachen	564	457	607	681	653	651	600
- Aufgebotsverfahren	825	880	982	1.111	1.104	1.109	1.141
- Gewöhnliche Prozesse:	99.150	104.984	101.292	107.620	118.125	130.027	136.285
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	5.735	8.841	9.491	22.564	21.970	22.414
- Unterhaltsrecht	(a)	4.733	905	610	1.340	900	927
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	13.877	14.197	15.123
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.973	1.962	2.123
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	6.803	5.012	6.014	30.019	30.103	29.417
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	87.713	86.534	91.505	48.352	60.895	66.281
Bayern							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	770	318	266	344	481	646
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	1.613	736	637	739	1.111	1.303	1.500
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	4.684	4.538	4.178	4.480	4.472	4.685	4.496
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	1.303	1.351	1.515	1.223	1.487	1.641
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	2.560	2.329	2.549	2.822	2.930	3.087
- Entmündigungssachen	1.756	1.645	1.146	1.185	1.003	846	805
- Aufgebotsverfahren	358	628	494	499	574	642	729
- Gewöhnliche Prozesse:	113.376	111.736	107.725	115.193	124.815	141.684	145.239
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	6.566	9.431	10.214	26.484	28.425	27.457
- Unterhaltsrecht	(a)	6.529	723	609	1.080	984	1.091
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	16.292	18.471	20.082
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.858	2.265	2.563
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	1.735	544	531	22.214	24.994	23.819
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	96.906	97.027	103.839	56.887	66.545	70.227
Berlin							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	110	49	34	56	77	73
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	917	261	238	265	443	489	563
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	2.025	1.679	1.247	1.196	1.324	1.387	1.319
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	142	124	92	153	175	196
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	579	641	774	1.075	1.157	1.149
- Entmündigungssachen	129	152	101	81	96	92	85
- Aufgebotsverfahren	578	290	378	418	449	431	440
- Gewöhnliche Prozesse:	43.677	50.865	53.851	56.259	58.900	63.345	66.062
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	4.707	6.700	6.407	18.499	19.439	19.392
- Unterhaltsrecht	(a)	2.548	351	216	413	348	341
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	4.619	5.148	5.649
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	171	135	151
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	664	462	155	7.424	6.511	5.776
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	42.946	46.338	49.481	27.774	31.764	34.753

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 63

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bremen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	70	44	25	40	70	61
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	203	68	38	45	66	80	104
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	712	664	814	810	823	845	778
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	29	23	27	67	73	88
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	263	265	277	352	418	383
- Entzündungssachen	336	306	221	293	265	278	206
- Aufgebotsverfahren	107	90	149	133	98	111	108
- Gewöhnliche Prozesse:	10.297	10.720	11.359	12.186	13.932	14.972	15.475
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	1.379	1.845	1.959	4.029	4.457	3.987
- Unterhaltsrecht	(a)	682	43	33	90	82	83
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.223	1.045	1.026
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	260	239	157
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	423	392	837	3.702	3.170	2.532
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	8.236	9.079	9.357	4.628	5.979	7.690
Hamburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	1.567	79	68	52	74	97
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	591	278	347	314	370	425	568
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	1.453	1.010	954	1.027	1.024	1.126	1.166
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	120	66	55	72	73	93
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	314	340	327	551	570	566
- Entzündungssachen	677	562	672	636	650	529	437
- Aufgebotsverfahren	162	129	186	188	142	142	173
- Gewöhnliche Prozesse:	39.797	41.769	37.447	38.395	39.531	42.508	46.222
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	4.129	5.852	6.044	12.744	13.667	13.133
- Unterhaltsrecht	(a)	2.070	144	108	238	197	193
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	3.035	3.259	3.285
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	92	76	119
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	2.796	1.431	765	6.859	5.924	4.724
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	32.774	30.020	31.478	16.563	19.385	24.768
Hessen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	458	163	195	178	147	192
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	1.965	852	547	590	799	882	1.175
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	3.413	3.971	3.850	4.454	4.192	4.136	4.354
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	369	342	305	575	516	568
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	1.248	1.128	1.298	1.582	1.567	1.612
- Entzündungssachen	360	255	298	369	344	319	334
- Aufgebotsverfahren	852	603	792	683	662	678	825
- Gewöhnliche Prozesse:	72.741	81.062	75.309	79.988	87.526	96.715	103.087
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	6.481	7.069	7.099	21.753	22.544	23.990
- Unterhaltsrecht	(a)	3.393	415	380	710	679	648
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	8.326	8.224	9.093
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	938	785	929
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	4.188	3.280	3.882	18.335	15.859	16.899
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	67.000	64.545	68.627	37.464	48.624	51.528

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 64

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Niedersachsen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	425	261	179	259	377	512
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	1.512	570	382	436	741	842	913
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	4.459	4.655	4.546	4.862	4.978	5.114	4.821
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	170	152	158	384	437	512
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	1.632	1.612	1.885	2.370	2.378	2.623
- Entmündigungssachen	956	1.396	1.246	1.247	1.192	1.234	1.098
- Aufgebotsverfahren	1.085	1.027	1.162	1.258	1.236	1.321	1.389
- Gewöhnliche Prozesse:	75.429	82.706	90.446	97.639	108.063	117.225	120.216
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	5.734	7.387	7.719	20.591	20.333	20.012
- Unterhaltsrecht	(a)	4.216	452	301	869	621	760
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	9.145	8.780	9.636
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.384	996	968
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	2.690	1.077	1.414	26.750	27.050	25.274
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	70.066	81.530	88.205	49.324	59.445	63.566
Nordrhein-Westfalen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	1.094	558	310	618	603	739
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	5.075	1.669	1.254	1.240	2.035	2.315	2.706
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	13.123	12.797	12.025	12.500	13.348	13.424	12.778
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	483	435	455	938	1.103	1.104
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	4.168	4.132	4.562	5.928	6.429	6.543
- Entmündigungssachen	4.987	5.166	4.590	4.383	4.241	3.797	3.708
- Aufgebotsverfahren	2.101	1.881	1.951	2.052	2.101	2.179	2.373
- Gewöhnliche Prozesse:	259.482	260.440	266.143	285.329	311.427	336.784	354.950
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	19.814	23.874	25.450	77.599	79.673	80.131
- Unterhaltsrecht	(a)	13.815	1.188	822	2.163	1.788	1.751
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	32.276	33.230	35.397
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	3.947	3.665	3.298
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	6.684	7.585	7.329	66.181	60.187	60.601
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	220.127	233.496	251.728	129.261	158.241	173.772
Rheinland-Pfalz							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	113	64	55	80	130	148
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	1.488	630	416	399	486	594	702
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	2.561	2.749	2.821	3.106	3.138	3.088	3.062
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	101	132	178	301	328	384
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	819	803	841	1.050	1.101	1.140
- Entmündigungssachen	199	315	186	252	229	188	143
- Aufgebotsverfahren	625	656	1.011	924	961	793	806
- Gewöhnliche Prozesse:	32.028	46.142	44.781	48.274	52.699	57.301	59.284
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	2.394	3.396	3.765	10.312	10.540	10.823
- Unterhaltsrecht	(a)	1.948	173	148	368	344	392
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	6.471	6.381	7.061
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	782	821	844
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	2.818	1.554	1.728	12.269	11.349	12.583
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	38.982	39.658	42.633	22.497	27.866	27.581

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 65

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Saarland							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	62	17	13	31	34	58
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	382	267	131	178	207	268	240
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	860	1.038	785	834	906	885	884
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	42	25	41	74	94	96
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	301	143	205	359	406	430
- Entmündigungssachen	69	41	49	54	51	44	71
- Aufgebotsverfahren	138	106	202	181	152	171	173
- Gewöhnliche Prozesse:	11.056	13.091	12.981	14.246	15.184	16.700	17.618
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	871	566	1.143	3.006	3.368	3.408
- Unterhaltsrecht	(a)	754	26	41	87	84	110
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2.220	2.223	2.307
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	415	519	493
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	816	508	1.053	5.137	4.891	4.277
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	10.650	11.881	12.009	4.319	5.615	7.023
Schleswig-Holstein							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	326	113	98	125	161	137
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	638	144	145	151	198	270	285
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	1.675	1.924	1.805	2.096	2.264	2.092	2.035
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	134	79	81	221	272	259
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	628	604	751	971	1.026	955
- Entmündigungssachen	683	781	744	775	756	642	657
- Aufgebotsverfahren	407	336	435	416	450	440	408
- Gewöhnliche Prozesse:	28.410	34.582	36.021	39.912	43.559	46.266	49.031
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	2.666	3.796	4.295	9.874	9.485	9.929
- Unterhaltsrecht	(a)	1.875	317	290	593	509	533
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	3.045	2.791	3.262
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	900	872	842
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	3.045	2.485	3.240	13.349	14.357	13.185
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	26.996	29.423	32.087	15.798	18.252	21.280
Bundesgebiet							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	5.689	1.996	1.426	2.060	2.375	2.961
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	15.821	6.228	4.655	4.883	7.138	8.419	9.871
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	38.403	39.094	36.602	39.332	40.636	40.817	39.650
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	3.293	3.118	3.305	4.536	5.136	5.748
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	0	14.309	13.727	15.255	19.491	20.363	21.039
- Entmündigungssachen	10.716	11.076	9.860	9.956	9.480	8.620	8.144
- Aufgebotsverfahren	7.238	6.626	7.742	7.863	7.929	8.017	8.565
- Gewöhnliche Prozesse:	791.443	838.097	837.355	895.041	973.761	1.063.527	1.113.469
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	60.476	78.757	83.586	227.455	233.901	234.676
- Unterhaltsrecht	(a)	42.563	4.737	3.558	7.951	6.536	6.829
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	100.529	103.749	111.921
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	12.720	12.335	12.487
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	32.662	24.330	26.948	212.239	204.395	199.087
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	702.396	729.531	780.949	412.867	502.611	548.469

(a) Nicht erhoben oder nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

Die Position "Prozeßkostenhilfverfahren" umfaßt nur solche Fälle, in den die Hauptsache nicht anhängig wurde.

In der Position "Klagen in Zwangsvollstreckungssachen", die 1965 nach dem nicht aufgeschlüsselten "gewöhnlichen Prozeß" zugeordnet war, enthält außer den Klagen nach dem Achten Buch der Zivilprozeßordnung die Antragsverfahren auf Vollstreckbarerklärung ausländischer Titel.

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 66

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Baden-Württemberg							
- bis 100 DM		9.181	5.317	5.353	5.606	5.617	5.196
- über 100 bis 200 DM		9.793	7.851	8.174	8.730	9.286	9.074
- über 200 bis 500 DM		21.738	21.139	22.148	23.370	24.960	24.084
- über 500 bis 1.000 DM		22.152	22.373	23.809	26.085	27.136	27.475
- über 1.000 bis 1.500 DM		13.613	13.198	14.251	15.671	16.221	16.554
- über 1.500 bis 2.000 DM		6.966	9.885	10.700	11.906	12.294	12.504
- über 2.000 bis 3.000 DM		12.960	15.317	16.265	18.181	17.818	17.727
- über 3.000 bis 5.000 DM		7.410	8.047	8.399	9.423	17.126	23.966
- über 5.000 DM		9.875	6.053	6.956	8.995	9.485	10.172
- ohne Angabe		346	247	217	0	10	2
Bayern							
- bis 100 DM		8.527	5.440	5.435	5.460	5.571	5.327
- über 100 bis 200 DM		9.506	7.109	7.748	8.157	8.672	8.275
- über 200 bis 500 DM		24.471	20.755	21.245	23.221	24.203	23.756
- über 500 bis 1.000 DM		25.360	25.142	26.536	28.354	30.216	29.533
- über 1.000 bis 1.500 DM		15.286	15.162	16.716	17.655	18.819	18.630
- über 1.500 bis 2.000 DM		7.906	11.524	12.493	13.599	14.273	14.037
- über 2.000 bis 3.000 DM		14.755	16.811	18.471	20.125	20.762	19.767
- über 3.000 bis 5.000 DM		7.777	9.191	9.637	10.151	20.358	26.598
- über 5.000 DM		10.253	7.010	8.117	9.642	11.186	12.222
- ohne Angabe		75	34	28	0	18	1
Berlin							
- bis 100 DM		5.507	5.514	5.736	5.588	5.523	5.225
- über 100 bis 200 DM		4.486	3.869	4.024	4.226	4.536	4.355
- über 200 bis 500 DM		9.796	10.076	10.240	10.298	10.749	11.145
- über 500 bis 1.000 DM		9.924	10.227	10.893	11.602	11.819	12.068
- über 1.000 bis 1.500 DM		7.225	6.386	6.527	6.848	6.892	6.962
- über 1.500 bis 2.000 DM		3.777	5.018	5.101	5.518	5.528	5.286
- über 2.000 bis 3.000 DM		5.848	6.722	6.977	7.424	7.693	7.542
- über 3.000 bis 5.000 DM		3.404	4.342	4.697	5.072	7.732	9.973
- über 5.000 DM		4.091	4.458	4.892	5.919	6.680	7.331
- ohne Angabe		20	17	32	1	1	0
Bremen							
- bis 100 DM		888	613	580	724	693	696
- über 100 bis 200 DM		1.030	808	893	1.334	1.036	1.077
- über 200 bis 500 DM		2.423	2.346	2.576	2.801	2.965	2.844
- über 500 bis 1.000 DM		2.396	2.657	2.688	2.901	3.073	3.068
- über 1.000 bis 1.500 DM		1.379	1.444	1.480	1.706	1.721	1.745
- über 1.500 bis 2.000 DM		745	1.115	1.177	1.216	1.248	1.312
- über 2.000 bis 3.000 DM		1.587	1.586	1.641	1.860	1.921	1.908
- über 3.000 bis 5.000 DM		842	1.228	1.462	1.545	2.560	2.926
- über 5.000 DM		853	1.087	1.258	1.555	1.630	1.627
- ohne Angabe		67	29	41	2	0	0

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 67

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Hamburg								
-	bis 100 DM		3.695	1.984	1.768	1.607	1.586	1.744
-	über 100 bis 200 DM		4.019	2.892	3.036	3.312	3.450	3.394
-	über 200 bis 500 DM		8.869	6.825	6.697	6.843	7.004	7.179
-	über 500 bis 1.000 DM		8.761	8.225	8.522	8.300	8.506	8.739
-	über 1.000 bis 1.500 DM		5.362	4.882	4.932	5.210	5.233	5.426
-	über 1.500 bis 2.000 DM		2.717	3.576	3.759	3.812	3.817	3.886
-	über 2.000 bis 3.000 DM		5.362	5.433	5.481	5.857	5.683	5.848
-	über 3.000 bis 5.000 DM		2.711	3.115	3.430	3.722	5.829	8.346
-	über 5.000 DM		3.133	3.134	3.359	3.729	4.339	4.760
-	ohne Angabe		1.120	25	26	0	0	0
Hessen								
-	bis 100 DM		6.395	4.110	4.024	4.093	4.141	4.237
-	über 100 bis 200 DM		7.784	5.333	5.628	6.106	6.537	6.254
-	über 200 bis 500 DM		17.707	15.438	15.875	16.856	17.675	17.540
-	über 500 bis 1.000 DM		17.754	17.087	18.185	19.970	21.038	21.735
-	über 1.000 bis 1.500 DM		10.472	9.830	10.632	11.954	12.819	12.806
-	über 1.500 bis 2.000 DM		5.209	7.273	8.085	8.923	9.378	9.692
-	über 2.000 bis 3.000 DM		8.949	11.142	12.066	13.528	13.726	13.578
-	über 3.000 bis 5.000 DM		6.112	6.209	6.623	7.082	11.741	17.784
-	über 5.000 DM		8.261	5.907	6.707	7.346	7.904	8.521
-	ohne Angabe		175	100	57	0	1	0
Niedersachsen								
-	bis 100 DM		6.471	4.945	5.061	5.545	5.416	5.013
-	über 100 bis 200 DM		7.617	6.456	6.999	7.891	7.998	7.667
-	über 200 bis 500 DM		18.637	18.722	19.729	21.823	22.590	21.833
-	über 500 bis 1.000 DM		17.867	20.857	22.578	24.774	25.411	25.252
-	über 1.000 bis 1.500 DM		10.652	11.665	12.691	14.336	14.859	14.535
-	über 1.500 bis 2.000 DM		5.722	8.810	9.721	10.681	11.073	10.700
-	über 2.000 bis 3.000 DM		11.175	13.365	14.467	16.191	15.978	15.031
-	über 3.000 bis 5.000 DM		6.341	8.165	8.592	9.195	15.910	21.716
-	über 5.000 DM		7.779	6.702	7.688	8.786	9.692	10.336
-	ohne Angabe		320	120	138	1	1	1
Nordrhein-Westfalen								
-	bis 100 DM		20.242	14.523	14.844	15.739	15.669	15.768
-	über 100 bis 200 DM		22.456	19.479	20.223	21.921	22.555	22.554
-	über 200 bis 500 DM		55.467	54.385	56.809	61.402	63.475	62.852
-	über 500 bis 1.000 DM		55.117	59.943	63.913	70.154	71.810	71.692
-	über 1.000 bis 1.500 DM		34.276	34.539	37.633	41.241	42.189	42.784
-	über 1.500 bis 2.000 DM		18.068	25.983	28.073	30.829	31.251	32.122
-	über 2.000 bis 3.000 DM		34.422	39.608	42.744	46.768	45.756	44.735
-	über 3.000 bis 5.000 DM		20.956	23.393	24.476	26.220	44.846	61.984
-	über 5.000 DM		25.896	18.755	21.619	26.362	29.073	30.410
-	ohne Angabe		798	480	497	0	16	0

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 68

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Rheinland-Pfalz								
-	bis 100 DM		3.522	2.381	2.397	2.432	2.313	2.343
-	Über 100 bis 200 DM		4.092	3.337	3.381	3.698	3.805	3.632
-	Über 200 bis 500 DM		10.476	9.386	9.885	10.918	11.060	10.755
-	Über 500 bis 1.000 DM		10.066	10.707	11.716	12.342	12.842	12.575
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		6.325	6.079	6.566	7.267	7.498	7.341
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		3.199	4.501	4.947	5.552	5.847	5.604
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		5.519	6.919	7.480	8.274	8.245	7.928
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		3.537	3.705	4.056	4.303	7.556	10.567
-	Über 5.000 DM		4.736	3.188	3.591	4.152	4.330	4.924
-	ohne Angabe		53	11	10	6	27	0
Saarland								
-	bis 100 DM		1.099	573	637	647	638	653
-	Über 100 bis 200 DM		1.307	853	976	1.089	1.154	1.159
-	Über 200 bis 500 DM		3.210	2.794	2.903	3.112	3.118	3.075
-	Über 500 bis 1.000 DM		3.327	3.065	3.442	3.668	3.865	3.920
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		1.856	1.856	2.042	2.195	2.224	2.251
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		767	1.328	1.503	1.628	1.680	1.722
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		1.552	1.978	2.232	2.376	2.456	2.331
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		808	1.162	1.195	1.205	2.162	3.182
-	Über 5.000 DM		1.022	724	822	1.044	1.306	1.277
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein								
-	bis 100 DM		2.667	1.878	1.824	2.103	2.128	2.047
-	Über 100 bis 200 DM		3.207	2.536	2.676	3.051	3.249	3.173
-	Über 200 bis 500 DM		7.694	7.333	7.886	8.510	8.739	8.808
-	Über 500 bis 1.000 DM		7.643	8.201	9.032	9.582	10.029	10.147
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		4.260	4.709	5.133	5.819	5.844	5.835
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		2.377	3.418	3.883	4.241	4.216	4.333
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		4.895	5.045	5.958	6.361	5.959	5.998
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		2.740	3.668	3.984	4.383	6.247	8.476
-	Über 5.000 DM		3.357	3.050	3.825	4.493	4.758	4.950
-	ohne Angabe		15	108	79	1	0	0
Bundesgebiet								
-	bis 100 DM		68.194	47.278	47.659	49.544	49.295	48.249
-	Über 100 bis 200 DM		75.297	60.523	63.758	69.515	72.278	70.614
-	Über 200 bis 500 DM		180.488	169.199	175.993	189.154	196.538	193.871
-	Über 500 bis 1.000 DM		180.367	188.484	201.314	217.732	225.745	226.204
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		110.706	109.750	118.603	129.902	134.319	134.869
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		57.453	82.431	89.442	97.905	100.605	101.198
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		107.024	123.926	133.782	146.945	145.997	142.393
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		62.638	72.225	76.551	82.301	142.067	195.518
-	Über 5.000 DM		79.256	60.068	68.834	82.023	90.383	96.530
-	ohne Angabe		2.989	1.171	1.125	11	74	0

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 69

Frage: B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Baden-Württemberg							
- bis zu 6 Monate	68.6	78.8	83.9	83.9	84.1	84.8	83.4
- über 6 bis 12 Monate	(a)	15.9	12.4	12.6	12.5	12.0	13.3
- über 12 bis 24 Monate	(a)	4.3	3.1	3.0	2.9	2.9	2.9
- mehr als 24 Monate	(a)	1.0	0.6	0.5	0.4	0.4	0.3
Bayern							
- bis zu 6 Monate	62.6	80.8	85.7	85.5	88.2	89.0	88.5
- über 6 bis 12 Monate	(a)	14.6	11.2	11.6	9.5	9.1	9.4
- über 12 bis 24 Monate	(a)	3.7	2.7	2.5	2.0	1.7	2.0
- mehr als 24 Monate	(a)	0.8	0.5	0.4	0.3	0.2	0.2
Berlin							
- bis zu 6 Monate	80.6	85.4	88.3	87.7	88.0	88.1	87.9
- über 6 bis 12 Monate	(a)	11.2	9.0	9.6	9.0	8.8	9.4
- über 12 bis 24 Monate	(a)	2.9	2.2	2.3	2.6	2.6	2.3
- mehr als 24 Monate	(a)	0.5	0.5	0.4	0.4	0.5	0.5
Bremen							
- bis zu 6 Monate	62.7%	79.7	83.4	83.0	83.4	84.3	84.2
- über 6 bis 12 Monate	(a)	14.6	12.3	12.8	12.6	12.1	12.6
- über 12 bis 24 Monate	(a)	4.4	3.1	3.4	3.3	2.8	2.7
- mehr als 24 Monate	(a)	1.3	1.1	0.8	0.7	0.8	0.5
Hamburg							
- bis zu 6 Monate	72.5%	85.7	84.0	83.3	84.4	84.2	82.8
- über 6 bis 12 Monate	(a)	10.6	12.2	12.7	12.2	12.2	13.1
- über 12 bis 24 Monate	(a)	3.1	3.2	3.6	3.0	3.2	3.6
- mehr als 24 Monate	(a)	0.6	0.6	0.5	0.3	0.3	0.4
Hessen							
- bis zu 6 Monate	66.8%	73.6	80.5	79.7	78.7	77.5	75.4
- über 6 bis 12 Monate	(a)	18.3	14.9	15.8	16.6	17.4	18.5
- über 12 bis 24 Monate	(a)	6.6	3.6	4.0	4.3	4.5	5.5
- mehr als 24 Monate	(a)	1.4	0.8	0.6	0.5	0.6	0.6
Niedersachsen							
- bis zu 6 Monate	71.2	73.5	79.1	79.7	80.2	81.8	81.8
- über 6 bis 12 Monate	(a)	19.4	15.6	15.3	15.0	13.7	13.8
- über 12 bis 24 Monate	(a)	5.9	4.3	4.3	4.1	3.9	3.9
- mehr als 24 Monate	(a)	1.2	0.9	0.7	0.6	0.6	0.6
Nordrhein-Westfalen							
- bis zu 6 Monate	66.9	74.7	79.2	78.9	79.9	81.6	80.2
- über 6 bis 12 Monate	(a)	18.3	15.7	16.0	15.3	14.3	15.5
- über 12 bis 24 Monate	(a)	5.9	4.3	4.3	4.1	3.6	3.9
- mehr als 24 Monate	(a)	1.1	0.7	0.6	0.6	0.5	0.5
Rheinland-Pfalz							
- bis zu 6 Monate	54.1	71.1	80.5	79.3	79.8	81.2	79.9
- über 6 bis 12 Monate	(a)	19.8	14.7	15.9	15.3	14.5	15.5
- über 12 bis 24 Monate	(a)	7.4	4.0	4.1	4.3	3.7	4.1
- mehr als 24 Monate	(a)	1.8	0.8	0.6	0.7	0.6	0.5
Saarland							
- bis zu 6 Monate	44.3	67.8	69.0	68.8	69.8	68.1	65.8
- über 6 bis 12 Monate	(a)	21.2	21.2	22.2	21.8	22.6	25.1
- über 12 bis 24 Monate	(a)	8.4	7.9	7.7	7.1	7.8	8.1
- mehr als 24 Monate	(a)	2.6	1.9	1.3	1.3	1.5	1.0

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 70

Frage: B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Schleswig-Holstein							
- bis zu 6 Monate	71.6	71.4	76.5	75.4	75.0	76.1	74.5
- über 6 bis 12 Monate	(a)	20.2	17.3	18.1	18.1	17.9	19.2
- über 12 bis 24 Monate	(a)	6.5	5.2	5.6	6.0	5.0	5.5
- mehr als 24 Monate	(a)	1.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.8
Bundesgebiet							
- bis zu 6 Monate	67.3	76.6	81.3	81.0	81.7	82.7	81.5
- über 6 bis 12 Monate	(a)	17.0	14.1	14.6	14.0	13.4	14.3
- über 12 bis 24 Monate	(a)	5.3	3.7	3.8	3.7	3.5	3.7
- mehr als 24 Monate	(a)	1.1	0.7	0.6	0.5	0.5	0.5

(a) Nicht erhoben.

Die Angabe für 1965 betrifft die Dauer der durch streitiges Urteil erledigten "gewöhnlichen Prozesse", die Angaben ab 1975 alle Prozesse unabhängig von der Art ihrer Erledigung.

Zahl der bei den Amtsgerichten in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit 1)
tätig gewesenen Richter

Seite 71

Frage: B. I. 3. a

RICHTER AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ZIVILGERICHTSBARKEIT							
Baden-Württemberg 2)		201	190 (172)	191 (174)	194 (176)	207 (188)	218 (198)
Bayern	250	260	216 (196)	218 (198)	222 (203)	245 (226)	256 (237)
Berlin	75	87	90 (85)	89 (85)	91 (87)	98 (92)	102 (95)
Bremen	18	20	19 (19)	20 (20)	19 (18)	22 (21)	25 (24)
Hamburg	57	65	58 (54)	59 (55)	59 (55)	63 (59)	63 (60)
Hessen	129	142	143 (129)	140 (128)	142 (130)	155 (142)	166 (153)
Niedersachsen	163	154	160 (147)	165 (151)	169 (155)	184 (170)	197 (182)
Nordrhein-Westfalen	386	432	436 (404)	446 (414)	464 (432)	494 (462)	512 (479)
Rheinland-Pfalz	98	92	81 (75)	80 (74)	84 (77)	99 (92)	102 (95)
Saarland	26	32	26 (23)	26 (24)	27 (24)	28 (26)	30 (28)
Schleswig-Holstein	63	66	63 (59)	65 (61)	68 (63)	71 (66)	75 (70)
Summe		1.551	1.482 (1.363)	1.499 (1.384)	1.539 (1.420)	1.666 (1.544)	1.746 (1.621)

- 1) ohne Familiensachen (ab 1980), aber einschl. Vollstreckungssachen;
für die Jahre ab 1980 ist in Klammern die Zahl der Richter ausgeworfen, die
in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten - also in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit ohne
Familiensachen und Vollstreckungssachen - tätig waren
- 2) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das
Jahr 1965 nicht vor

Zahl der bei den Amtsgerichten in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit 1)
tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Seite 72

Frage: B. I. 3. b

GEHOBENER DIENST AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ZIVILGERICHTSBARKEIT							
Baden-Württemberg 2)		272	273 (128)	277 (129)	284 (133)	292 (135)	294 (136)
Bayern	281	375	347 (183)	347 (185)	347 (182)	354 (182)	358 (176)
Berlin	65	98	78 (42)	78 (44)	86 (49)	99 (57)	100 (55)
Bremen	16	18	21 (10)	21 (10)	22 (11)	24 (10)	24 (10)
Hamburg	75	70	61 (34)	61 (34)	65 (37)	59 (31)	58 (32)
Hessen	125	175	176 (71)	178 (70)	189 (73)	180 (58)	199 (75)
Niedersachsen	147	208	217 (82)	220 (83)	238 (84)	258 (89)	282 (94)
Nordrhein-Westfalen	335	455	498 (220)	518 (227)	558 (241)	606 (252)	627 (257)
Rheinland-Pfalz	83	112	99 (39)	103 (41)	113 (45)	117 (45)	122 (45)
Saarland	21	33	30 (12)	30 (11)	33 (12)	32 (11)	37 (13)
Schleswig-Holstein	56	81	81 (32)	84 (32)	93 (33)	102 (34)	104 (34)
Bundesgebiet		1.897	1.882 (853)	1.917 (866)	2.028 (900)	2.121 (904)	2.205 (932)

1) ohne Familiensachen (ab 1980), aber einschl. Vollstreckungssachen; für die Jahre ab 1980 ist in Klammern die Zahl der Rechtspfleger ausgeworfen, die in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten - also in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit ohne Familiensachen und Vollstreckungssachen - tätig waren.

2) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das Jahr 1965 nicht vor

Zahl der bei den Amtsgerichten in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit 1)
tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes

Seite 73

Frage: B. I. 3. c

	2)	2)					
SONSTIGE BEDIENSTETE - AMTSGERICHT ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			652 (450)	645 (449)	662 (459)	691 (480)	718 (499)
Bayern			769 (544)	785 (556)	801 (560)	839 (581)	867 (600)
Berlin			307 (226)	324 (239)	342 (250)	358 (259)	359 (258)
Bremen			89 (66)	81 (59)	82 (60)	94 (63)	95 (63)
Hamburg			300 (235)	306 (243)	313 (249)	304 (238)	312 (239)
Hessen			583 (386)	598 (396)	633 (416)	657 (426)	658 (429)
Niedersachsen			693 (421)	707 (424)	739 (433)	772 (467)	810 (487)
Nordrhein-Westfalen			1.700 (1.151)	1.710 (1.161)	1.783 (1.189)	1.854 (1.218)	1.881 (1.225)
Rheinland-Pfalz			340 (215)	338 (215)	350 (222)	375 (235)	377 (239)
Saarland			97 (62)	102 (64)	105 (66)	111 (70)	115 (72)
Schleswig-Holstein			271 (173)	271 (171)	290 (177)	295 (178)	302 (182)
Bundesgebiet			5.800 (3.929)	5.867 (3.977)	6.098 (4.081)	6.348 (4.215)	6.494 (4.293)

- 1) ohne Familiensachen (ab 1980), aber einschl. Vollstreckungssachen; für die Jahre ab 1980 ist in Klammern die Zahl der Kräfte ausgeworfen, die in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten - also in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit ohne Familiensachen und Vollstreckungssachen - tätig waren.
- 2) die Personalverwendung des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes wurde bis 1975 statistisch nicht erfaßt

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen 1)

Seite 74

Frage: B. I. 4. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / Richter			856,77	910,37	981,26	1.023,16	997,13
- erledigte Verfahren / Richter			636,23	668,23	727,09	744,43	741,18
Bayern							
- anhängige Verfahren / Richter			788,25	833,14	879,08	886,82	869,48
- erledigte Verfahren / Richter			602,96	638,52	671,74	680,49	667,28
Berlin							
- anhängige Verfahren / Richter			918,65	973,82	1.005,78	1.037,60	1.070,05
- erledigte Verfahren / Richter			666,22	695,53	718,32	729,92	735,65
Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			939,42	951,90	1.161,56	1.068,24	963,04
- erledigte Verfahren / Richter			679,63	689,80	869,44	807,86	716,79
Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			1.042,17	1.052,91	1.089,85	1.120,78	1.194,57
- erledigte Verfahren / Richter			742,48	745,69	776,96	769,10	822,03
Hessen							
- anhängige Verfahren / Richter			947,68	1.039,70	1.118,13	1.134,30	1.089,72
- erledigte Verfahren / Richter			638,98	686,58	737,37	739,15	732,99
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / Richter			942,17	1.001,22	1.059,79	1.037,36	988,23
- erledigte Verfahren / Richter			679,28	713,07	769,18	758,40	725,74
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / Richter			991,99	1.039,50	1.081,58	1.106,55	1.111,57
- erledigte Verfahren / Richter			721,15	750,81	788,51	793,34	803,55
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter			934,12	1.028,46	1.063,99	976,89	970,62
- erledigte Verfahren / Richter			669,52	730,12	765,51	690,82	691,25
Saarland							
- anhängige Verfahren / Richter			968,26	1.019,50	1.107,58	1.131,62	1.122,18
- erledigte Verfahren / Richter			623,17	656,33	706,83	715,35	698,93
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / Richter			1.020,36	1.088,66	1.142,52	1.174,23	1.135,11
- erledigte Verfahren / Richter			677,05	725,92	770,51	775,29	768,10
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / Richter			930,39	986,05	1.040,04	1.050,67	1.037,85
- erledigte Verfahren / Richter			671,58	705,98	750,26	749,33	746,11

1) Zahl der Zivilprozesse, die auf einen (in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten) tätigen Richter entfielen

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen 1)

Seite 75

Frage: B. I. 4. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.151,29	1.227,94	1.298,50	1.424,85	1.451,71
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			854,93	901,33	962,16	1.036,69	1.079,07
Bayern							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			844,25	891,69	980,52	1.101,22	1.170,83
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			645,80	683,38	749,25	845,00	898,56
Berlin							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.859,17	1.881,25	1.785,78	1.674,72	1.848,27
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.348,31	1.343,64	1.275,39	1.178,12	1.270,67
Bremen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.784,90	1.903,80	1.900,73	2.243,30	2.311,30
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.291,30	1.379,60	1.422,73	1.696,50	1.720,30
Hamburg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.655,21	1.703,24	1.620,05	2.133,10	2.239,81
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.179,24	1.206,26	1.154,95	1.463,77	1.541,31
Hessen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.721,85	1.901,17	1.991,19	2.777,09	2.223,03
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.160,97	1.255,46	1.313,12	1.809,66	1.495,29
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.689,01	1.821,49	1.955,56	1.981,48	1.913,37
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.217,73	1.297,27	1.419,32	1.448,63	1.405,15
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.821,65	1.895,84	1.938,77	2.028,68	2.071,75
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.324,30	1.369,31	1.413,43	1.454,46	1.399,64
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.796,38	1.856,24	1.820,60	1.997,20	2.049,09
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.287,54	1.317,78	1.309,87	1.412,33	1.459,31
Saarland							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.855,83	2.224,36	2.215,17	2.674,73	2.417,00
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.194,42	1.432,00	1.413,67	1.690,82	1.505,38
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.881,28	2.075,25	2.181,18	2.279,38	2.337,00
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.248,31	1.383,78	1.470,97	1.504,97	1.581,38
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.486,65	1.575,86	1.640,96	1.794,51	1.805,10
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.073,12	1.128,27	1.183,75	1.279,84	1.297,69

1) Zahl der Zivilprozesse, die auf einen (in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten) tätigen Rechtspfleger entfielen

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen 1)

Seite 76

Frage: B. I. 4. c)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			327,48	352,79	376,25	400,74	395,66
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			243,18	258,96	278,80	291,57	294,10
Bayern							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			284,00	296,69	318,67	344,96	343,44
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			217,24	227,38	243,51	264,70	263,58
Berlin							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			345,51	346,34	350,01	368,57	394,01
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			250,57	247,36	249,98	259,28	270,88
Bremen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			270,44	322,68	348,47	356,08	366,87
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			195,65	233,83	260,83	269,29	273,06
Hamburg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			239,48	238,31	240,73	277,84	299,89
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			170,61	168,78	171,62	190,66	206,37
Hessen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			316,71	336,07	349,42	378,10	388,64
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			213,55	221,92	230,43	246,38	261,41
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			328,98	356,57	379,37	377,63	369,32
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			237,18	253,95	275,34	276,08	271,22
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			348,19	370,68	392,97	419,73	434,65
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			253,12	267,73	286,49	300,72	314,20
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			325,86	353,98	369,04	382,44	385,81
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			233,55	251,30	265,51	270,45	274,77
Saarland							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			359,19	382,31	402,76	420,31	436,40
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			231,18	246,13	257,03	265,70	271,81
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			347,98	388,35	406,66	435,39	436,58
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			230,90	258,95	274,25	287,47	295,42
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			322,76	343,15	361,89	384,87	391,88
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			232,98	245,68	261,06	274,49	281,73

1) Zahl der Zivilprozesse, die auf einen (in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten) tätigen sonstigen Bediensteten entfielen

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung 1)

Seite 77

Frage: B. I. 5. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BEWEISANORDNUNG/-ERHEBUNG							
Baden-Württemberg		22.514	24.463	25.101	23.688	24.036	25.615
Bayern		24.727	29.284	30.115	28.105	30.117	31.197
Berlin		5.809	6.509	6.768	8.034	7.639	7.139
Bremen		2.960	2.320	2.782	3.228	2.963	3.223
Hamburg		5.560	6.750	7.031	8.084	7.432	7.007
Hessen		14.193	15.814	15.888	16.999	17.801	16.533
Niedersachsen		19.115	21.412	22.690	25.768	24.693	27.366
Nordrhein-Westfalen		52.833	58.243	61.145	64.403	64.774	67.568
Rheinland-Pfalz		10.257	11.325	11.786	11.978	12.256	12.774
Saarland		3.057	3.709	3.705	4.498	4.396	4.257
Schleswig-Holstein		7.797	8.046	8.683	10.221	10.718	11.829
Bundesgebiet		168.822	187.875	195.694	205.006	206.825	214.508

1) Die Zahlen für 1975, 1980 und 1981 geben beschränkt auf "gewöhnliche Prozesse" an, in wievielen von ihnen Beweis angeordnet oder erhoben wurde. Dagegen geben Zahlen ab 1982 für alle Verfahren an, in wievielen von ihnen ein Beweisaufnahmetermin stattgefunden hat.

Anzahl der Berufungen, die auf 100 streitige Urteile des Amtsgerichts entfielen

Seite 78

Frage: B. I. 6. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANZAHL BERUFUNGEN AUF 100 STREITIGE URTEILE							
Baden-Württemberg	19	19	20	21	21	20	21
Bayern	25	21	23	24	24	22	26
Berlin	28	24	27	29	29	27	28
Bremen	26	20	19	21	22	18	20
Hamburg	26	22	22	21	20	21	23
Hessen	24	22	23	20	24	22	23
Niedersachsen	24	22	24	24	25	22	24
Nordrhein-Westfalen	24	21	22	23	22	21	23
Rheinland-Pfalz	25	22	22	24	24	21	23
Saarland	24	20	24	23	23	21	21
Schleswig-Holstein	26	23	22	24	24	21	24
Bundesgebiet	24	21	23	23	23	22	23

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 79

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Baden-Württemberg							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		114.034	109.427	116.272	127.967	139.953	146.754
- beide Parteien vertreten		32.3	39.6	40.0	41.3	40.3	41.7
- nur Kläger vertreten		43.0	42.5	42.8	40.9	41.4	40.8
- nur Beklagter vertreten		4.3	3.2	3.1	3.2	3.3	3.5
- keine Partei vertreten		20.4	14.7	14.1	14.6	15.0	14.1
Bayern							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		123.916	118.178	126.426	136.364	154.078	158.146
- beide Parteien vertreten		35.9	44.4	43.8	43.6	43.6	44.7
- nur Kläger vertreten		40.5	40.3	41.5	42.2	43.3	42.4
- nur Beklagter vertreten		4.5	3.5	3.2	3.4	3.2	3.2
- keine Partei vertreten		19.0	11.8	11.4	10.8	9.9	9.7
Berlin							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		54.078	56.629	59.120	62.496	67.153	69.887
- beide Parteien vertreten		24.3	28.3	28.9	29.7	30.7	31.7
- nur Kläger vertreten		40.3	40.0	40.4	42.0	43.3	45.2
- nur Beklagter vertreten		3.9	3.5	3.4	3.6	3.8	3.9
- keine Partei vertreten		31.5	28.2	27.3	24.8	22.2	19.2
Bremen							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		12.210	12.913	13.796	15.644	16.847	17.203
- beide Parteien vertreten		28.8	31.8	32.3	31.5	32.1	33.3
- nur Kläger vertreten		44.8	46.2	43.7	42.1	44.2	43.9
- nur Beklagter vertreten		3.9	3.5	3.3	4.3	3.5	3.6
- keine Partei vertreten		22.5	18.4	20.6	22.1	20.2	19.3
Hamburg							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		45.749	40.091	41.010	42.392	45.447	49.322
- beide Parteien vertreten		24.1	32.1	32.1	32.4	32.7	32.5
- nur Kläger vertreten		42.2	40.1	39.5	41.8	42.7	43.7
- nur Beklagter vertreten		3.3	2.4	2.7	3.0	3.1	3.3
- keine Partei vertreten		30.5	25.4	25.7	22.8	21.6	20.6
Hessen							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		88.818	82.429	87.882	95.858	104.960	112.147
- beide Parteien vertreten		31.1	39.2	38.8	38.9	38.9	40.5
- nur Kläger vertreten		45.3	43.4	43.8	45.2	45.8	44.2
- nur Beklagter vertreten		4.2	3.3	3.3	3.3	3.3	3.6
- keine Partei vertreten		19.4	14.0	14.0	12.6	12.0	11.7
Niedersachsen							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		92.581	99.807	107.664	119.223	128.928	132.084
- beide Parteien vertreten		34.6	39.6	39.3	39.5	39.4	40.9
- nur Kläger vertreten		44.2	43.4	44.3	44.4	44.4	43.2
- nur Beklagter vertreten		3.7	3.1	3.0	3.2	3.3	3.3
- keine Partei vertreten		17.4	13.9	13.4	12.9	12.9	12.7
Nordrhein-Westfalen							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		287.698	291.088	310.831	340.636	366.640	384.901
- beide Parteien vertreten		33.8	37.9	37.9	37.9	37.9	38.7
- nur Kläger vertreten		43.3	42.3	42.6	44.2	44.7	44.2
- nur Beklagter vertreten		3.8	3.3	3.3	3.4	3.4	3.4
- keine Partei vertreten		19.2	16.5	16.2	14.5	14.0	13.7

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 80

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Rheinland-Pfalz							
- Erledigte Zivilprozeßsachen	51.525	50.214	54.029	58.944	63.523	65.669	
- beide Parteien vertreten	36.0	42.2	41.2	41.2	41.7	42.8	
- nur Kläger vertreten	42.6	40.5	41.5	43.2	43.2	43.0	
- nur Beklagter vertreten	3.8	3.1	3.2	3.0	3.1	3.0	
- keine Partei vertreten	17.5	14.1	14.1	12.6	11.9	11.2	
Saarland							
- Erledigte Zivilprozeßsachen	14.948	14.333	15.752	16.964	18.603	19.570	
- beide Parteien vertreten	32.5	43.8	42.1	41.1	41.4	41.2	
- nur Kläger vertreten	44.1	40.9	41.8	43.6	43.4	43.3	
- nur Beklagter vertreten	3.3	1.0	2.5	3.0	3.3	3.2	
- keine Partei vertreten	20.1	14.3	13.6	12.4	12.0	12.2	
Schleswig-Holstein							
- Erledigte Zivilprozeßsachen	38.855	39.946	44.280	48.544	51.169	53.767	
- beide Parteien vertreten	31.3	35.1	35.1	37.4	38.0	39.0	
- nur Kläger vertreten	40.9	41.8	42.4	43.3	44.8	44.3	
- nur Beklagter vertreten	3.6	3.0	3.0	3.3	3.1	3.3	
- keine Partei vertreten	24.3	20.2	19.5	16.0	14.0	13.4	
Bundesgebiet							
- Erledigte Zivilprozeßsachen	924.412	915.055	977.062	1.065.032	1.157.301	1.209.450	
- beide Parteien vertreten	32.6	38.5	38.4	38.7	38.8	39.8	
- nur Kläger vertreten	42.8	42.0	42.4	43.3	43.9	43.4	
- nur Beklagter vertreten	3.9	3.2	3.2	3.3	3.3	3.4	
- keine Partei vertreten	20.6	16.3	16.0	14.7	14.0	13.4	

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte
und der Verfahrensdauer

Seite 81

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1 9 8 1	Anwaltlich vertreten war(en)				
		Erledigte Verfahren	beide Parteien	nur der Kläger	nur der Beklagte	keine Partei
VERFAHRENSDAUER ./. RECHTSANWALTSBETEILIGUNG		insgesamt				
Bundesgebiet						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		977.060	375.110	414.700	30.760	156.490
- bis zu 6 Monate		80,8 %	69,8 %	89,5 %	75,3 %	85,6 %
- über 6 bis 12 Monate		14,7 %	22,6 %	8,7 %	17,4 %	10,9 %
- über 12 bis 24 Monate		3,9 %	6,7 %	1,6 %	5,9 %	2,7 %
- mehr als 24 Monate		0,6 %	0,9 %	0,2 %	1,4 %	0,8 %

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte und der Verfahrensdauer

Seite 82

Frage: B. I. 7.

ANTSGERICHT	1 9 8 4	Erledigte	Anwaltlich vertreten war(en)			
VERFAHRENSDAUER ./. RECHTSANWALTSBETEILIGUNG		Verfahren	beide	nur der	nur der	keine
		insgesamt	Parteien	Kläger	Beklagte	Partei
Baden-Württemberg						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		146.754	61.239	59.806	5.090	20.619
- bis zu 6 Monate		83,4 %	73,8 %	92,0 %	79,4 %	88,2 %
- über 6 bis 12 Monate		13,3 %	20,6 %	6,8 %	16,0 %	9,6 %
- über 12 bis 24 Monate		3,0 %	5,1 %	1,1 %	4,0 %	1,8 %
- mehr als 24 Monate		0,3 %	0,5 %	0,1 %	0,5 %	0,4 %
Bayern						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		158.146	70.734	67.020	5.026	15.365
- bis zu 6 Monate		88,5 %	82,0 %	95,5 %	84,6 %	89,2 %
- über 6 bis 12 Monate		9,4 %	14,6 %	3,9 %	12,0 %	8,2 %
- über 12 bis 24 Monate		1,9 %	3,2 %	0,5 %	2,8 %	2,2 %
- mehr als 24 Monate		0,2 %	0,2 %	0,1 %	0,6 %	0,4 %
Berlin						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		69.887	22.149	31.579	2.743	13.416
- bis zu 6 Monate		87,9 %	77,8 %	93,4 %	83,9 %	92,4 %
- über 6 bis 12 Monate		9,4 %	17,4 %	5,4 %	10,8 %	5,3 %
- über 12 bis 24 Monate		2,3 %	4,1 %	1,1 %	3,8 %	1,8 %
- mehr als 24 Monate		0,5 %	0,7 %	0,2 %	1,6 %	0,5 %
Bremen						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		17.203	5.723	7.544	623	3.313
- bis zu 6 Monate		84,2 %	72,4 %	91,1 %	79,1 %	89,8 %
- über 6 bis 12 Monate		12,6 %	22,1 %	7,5 %	15,9 %	6,9 %
- über 12 bis 24 Monate		2,7 %	4,7 %	1,2 %	4,7 %	2,4 %
- mehr als 24 Monate		0,5 %	0,8 %	0,2 %	0,3 %	0,9 %
Hamburg						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		49.322	6.019	21.530	1.620	10.153
- bis zu 6 Monate		fehlt	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
- über 6 bis 12 Monate		fehlt	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
- über 12 bis 24 Monate		fehlt	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
- mehr als 24 Monate		fehlt	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Hessen						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		112.147	45.431	49.562	4.011	13.143
- bis zu 6 Monate		75,4 %	63,3 %	84,7 %	70,5 %	83,3 %
- über 6 bis 12 Monate		18,5 %	26,5 %	12,4 %	21,9 %	12,7 %
- über 12 bis 24 Monate		5,5 %	9,3 %	2,6 %	6,7 %	3,4 %
- mehr als 24 Monate		0,6 %	0,9 %	0,3 %	0,9 %	0,6 %
Niedersachsen						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		132.084	54.032	56.998	4.322	16.732
- bis zu 6 Monate		81,8 %	71,0 %	90,6 %	76,8 %	87,5 %
- über 6 bis 12 Monate		13,8 %	21,4 %	7,7 %	17,0 %	9,3 %
- über 12 bis 24 Monate		3,8 %	6,7 %	1,4 %	5,4 %	2,6 %
- mehr als 24 Monate		0,6 %	0,9 %	0,2 %	0,8 %	0,6 %

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte
und der Verfahrensdauer

Seite 83

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1 9 8 4	Erledigte Verfahren	Anwaltlich beide Parteien	vertreten nur der Kläger	war(en) nur der Beklagte	keine Partei
VERFAHRENSDAUER ./. RECHTSANWALTSBETEILIGUNG		insgesamt				
Nordrhein-Westfalen						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		384.901	148.805	170.087	13.241	52.768
- bis zu 6 Monate		80,2 %	67,6 %	89,4 %	77,1 %	86,6 %
- über 6 bis 12 Monate		15,5 %	24,5 %	9,0 %	17,5 %	10,5 %
- über 12 bis 24 Monate		3,9 %	7,1 %	1,4 %	4,7 %	2,3 %
- mehr als 24 Monate		0,5 %	0,8 %	0,2 %	0,7 %	0,6 %
Rheinland-Pfalz						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		65.669	28.092	28.262	1.970	7.345
- bis zu 6 Monate		79,9 %	66,0 %	91,8 %	77,6 %	88,0 %
- über 6 bis 12 Monate		15,5 %	25,4 %	6,9 %	17,3 %	9,9 %
- über 12 bis 24 Monate		4,1 %	7,7 %	1,1 %	4,1 %	1,8 %
- mehr als 24 Monate		0,5 %	0,9 %	0,2 %	1,1 %	0,4 %
Saarland						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		19.570	8.064	8.479	631	2.396
- bis zu 6 Monate		65,8 %	46,9 %	80,3 %	64,3 %	87,4 %
- über 6 bis 12 Monate		25,1 %	36,6 %	16,4 %	24,6 %	17,1 %
- über 12 bis 24 Monate		8,1 %	14,8 %	3,0 %	9,2 %	3,5 %
- mehr als 24 Monate		1,0 %	1,7 %	0,3 %	1,9 %	1,0 %
Schleswig-Holstein						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		53.767	20.988	23.801	1.748	7.230
- bis zu 6 Monate		74,5 %	59,9 %	85,2 %	68,6 %	82,6 %
- über 6 bis 12 Monate		19,2 %	28,8 %	12,2 %	25,1 %	13,5 %
- über 12 bis 24 Monate		5,5 %	9,8 %	2,5 %	5,8 %	2,9 %
- mehr als 24 Monate		0,8 %	1,4 %	0,3 %	0,5 %	1,1 %
Bundesgebiet						
- Prozesse insgesamt unabhängig von der Art der Erledigung		1.209.450	471.276	524.668	41.025	162.481
- bis zu 6 Monate		81,4 %	70,3 %	90,3 %	77,6 %	87,2 %
- über 6 bis 12 Monate		14,4 %	22,4 %	8,1 %	16,9 %	9,9 %
- über 12 bis 24 Monate		3,7 %	6,5 %	1,4 %	4,7 %	2,3 %
- mehr als 24 Monate		0,5 %	0,7 %	0,2 %	0,8 %	0,6 %

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren (ohne freiwillige Gerichtsbarkeit und ab 1980 ohne Familiensachen) Seite 84
Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE ZIVILPROZESSE							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald							
- Bestand am Jahresanfang		44	38	52	51	47	49
- Neuzugänge		128	155	159	140	169	171
- anhängige Verfahren		172	193	211	191	216	220
AG Adelsheim							
- Bestand am Jahresanfang		35	42	30	40	37	45
- Neuzugänge		131	143	158	134	158	154
- anhängige Verfahren		166	185	188	174	195	199
AG Heilbronn							
- Bestand am Jahresanfang		1.258	924	940	1.217	1.252	2.053
- Neuzugänge		3.629	3.723	3.845	4.200	4.899	5.020
- anhängige Verfahren		4.887	4.647	4.785	5.417	6.151	7.073
AG Stuttgart							
- Bestand am Jahresanfang		7.253	3.473	2.981	3.421	3.407	4.855
- Neuzugänge		11.665	10.238	11.461	11.671	15.102	12.745
- anhängige Verfahren		18.918	13.711	14.442	15.092	18.509	17.600
Bayern							
AG Lichtenfels							
- Bestand am Jahresanfang		184	107	136	177	155	165
- Neuzugänge		565	406	476	532	623	672
- anhängige Verfahren		749	513	612	709	778	837
AG Lindau (Bodensee)							
- Bestand am Jahresanfang		331	205	235	277	339	458
- Neuzugänge		954	918	966	1.047	1.091	1.029
- anhängige Verfahren		1.285	1.123	1.201	1.324	1.430	1.487
AG Nürnberg							
- Bestand am Jahresanfang		3.603	2.166	2.472	2.248	2.524	2.854
- Neuzugänge		9.345	7.573	7.972	8.823	9.607	10.088
- anhängige Verfahren		12.948	9.739	10.444	11.071	12.131	12.942
AG München							
- Bestand am Jahresanfang		12.794	9.893	9.591	10.233	10.251	12.284
- Neuzugänge		35.823	30.701	32.670	34.374	40.516	40.622
- anhängige Verfahren		48.617	40.594	42.261	44.607	50.767	52.906

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren (ohne freiwillige Gerichtsbarkeit und ab 1980 ohne Familiensachen) Seite 85
Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE ZIVILPROZESSE							
Berlin							
AG Tiergarten							
- Bestand am Jahresanfang		1.253	1.109	1.567	1.623	1.763	1.929
- Neuzugänge		3.110	3.493	3.407	3.708	3.925	4.166
- anhängige Verfahren		4.363	4.602	4.974	5.331	5.688	6.095
AG Spandau							
- Bestand am Jahresanfang		1.613	1.068	1.042	1.230	1.252	1.283
- Neuzugänge		3.593	3.000	3.419	3.612	3.934	4.096
- anhängige Verfahren		5.206	4.068	4.461	4.842	5.186	5.379
AG Wedding							
- Bestand am Jahresanfang		3.549	2.786	3.239	3.329	3.612	3.917
- Neuzugänge		8.180	8.453	8.898	9.599	10.354	11.006
- anhängige Verfahren		11.729	11.239	12.137	12.928	13.966	14.923
AG Schöneberg							
- Bestand am Jahresanfang		4.199	3.571	3.939	4.378	4.260	5.047
- Neuzugänge		10.563	10.578	11.743	11.819	12.876	13.002
- anhängige Verfahren		14.762	14.149	15.682	16.197	17.136	18.049
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal							
- Bestand am Jahresanfang		434	397	526	537	452	561
- Neuzugänge		1.004	1.060	1.107	1.119	1.369	1.420
- anhängige Verfahren		1.438	1.457	1.633	1.656	1.821	1.981
AG Bremerhaven							
- Bestand am Jahresanfang		550	988	1.091	1.154	1.188	1.119
- Neuzugänge		2.367	2.543	2.748	2.821	3.195	3.218
- anhängige Verfahren		2.917	3.531	3.839	3.975	4.383	4.337
AG Bremen							
- Bestand am Jahresanfang		3.758	3.172	3.319	3.551	3.601	3.789
- Neuzugänge		9.559	9.689	10.247	11.726	12.628	13.006
- anhängige Verfahren		13.317	12.861	13.566	15.277	16.229	16.795

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren (ohne freiwillige Gerichtsbarkeit und ab 1980 ohne Familiensachen) Seite 86
Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE ZIVILPROZESSE							
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese							
- Bestand am Jahresanfang		422	378	408	426	417	fehlt
- Neuzugänge		1.516	1.231	1.352	1.245	1.482	fehlt
- anhängige Verfahren		1.938	1.609	1.760	1.671	1.899	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf							
- Bestand am Jahresanfang		626	359	497	466	553	fehlt
- Neuzugänge		1.564	1.241	1.301	1.445	1.732	fehlt
- anhängige Verfahren		2.190	1.600	1.798	1.911	2.285	fehlt
AG Hamburg-Harburg							
- Bestand am Jahresanfang		1.267	806	906	888	947	fehlt
- Neuzugänge		3.496	3.305	3.364	3.487	4.048	fehlt
- anhängige Verfahren		4.763	4.111	4.270	4.375	4.995	fehlt
AG Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang		18.305	12.834	11.388	11.165	11.932	fehlt
- Neuzugänge		33.907	26.076	27.901	29.031	32.879	fehlt
- anhängige Verfahren		52.212	38.910	39.289	40.196	44.811	fehlt
Hessen							
AG Hamberg (Efze)							
- Bestand am Jahresanfang		171	59	73	83	95	96
- Neuzugänge		221	212	238	300	267	322
- anhängige Verfahren		392	271	311	383	362	418
AG Bad Wildungen							
- Bestand am Jahresanfang		190	101	79	104	131	197
- Neuzugänge		277	304	334	400	434	503
- anhängige Verfahren		467	405	413	504	565	700
AG Kassel							
- Bestand am Jahresanfang		3.980	2.306	2.917	3.594	3.925	4.715
- Neuzugänge		5.479	5.527	6.290	6.688	7.286	7.049
- anhängige Verfahren		9.459	7.833	9.207	10.282	11.211	11.764
AG Frankfurt am Main							
- Bestand am Jahresanfang		17.010	9.491	9.889	11.781	12.014	13.395
- Neuzugänge		23.269	18.352	19.382	20.364	22.414	22.418
- anhängige Verfahren		40.279	27.843	29.271	32.145	34.428	35.813

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren (ohne freiwillige Gerichtsbarkeit und ab 1980 ohne Familiensachen) Seite 87
Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- Bestand am Jahresanfang		152	99	89	130	124	133
- Neuzugänge		297	235	315	345	294	256
- anhängige Verfahren		449	334	404	475	418	389
AG Rinteln							
- Bestand am Jahresanfang		298	331	206	195	251	264
- Neuzugänge		418	356	505	598	576	601
- anhängige Verfahren		716	687	711	793	827	865
AG Braunschweig							
- Bestand am Jahresanfang		2.427	1.715	1.827	1.897	1.983	2.060
- Neuzugänge		4.659	4.384	5.043	5.580	5.736	5.759
- anhängige Verfahren		7.086	6.099	6.870	7.477	7.719	7.819
AG Hannover							
- Bestand am Jahresanfang		7.889	6.905	6.856	8.410	7.324	7.586
- Neuzugänge		15.862	14.475	16.815	17.386	19.257	18.758
- anhängige Verfahren		23.751	21.380	23.671	25.796	26.581	26.344
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- Bestand am Jahresanfang		83	87	82	110	130	113
- Neuzugänge		255	265	363	353	307	291
- anhängige Verfahren		338	352	445	463	437	404
AG Schmallenberg							
- Bestand am Jahresanfang		133	108	101	103	77	84
- Neuzugänge		253	254	272	261	275	346
- anhängige Verfahren		386	362	373	364	352	430
AG Dortmund							
- Bestand am Jahresanfang		5.997	3.602	4.001	4.214	4.459	4.608
- Neuzugänge		14.360	12.582	12.902	14.743	16.431	17.231
- anhängige Verfahren		20.357	16.184	16.903	18.957	20.890	21.839
AG Köln							
- Bestand am Jahresanfang		15.179	11.154	12.609	14.099	15.304	19.021
- Neuzugänge		28.613	27.109	28.280	31.293	34.867	34.501
- anhängige Verfahren		43.792	38.263	40.889	45.392	50.171	53.522

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren (ohne freiwillige Gerichtsbarkeit und ab 1980 ohne Familiensachen) Seite 88
Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE ZIVILPROZESSE							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- Bestand am Jahresanfang		85	66	62	59	73	97
- Neuzugänge		265	254	257	305	332	326
- anhängige Verfahren		350	320	319	364	405	423
AG Hermeskeil							
- Bestand am Jahresanfang		140	125	124	125	134	169
- Neuzugänge		307	264	274	325	405	401
- anhängige Verfahren		447	389	398	450	539	570
AG Ludwigshafen am Rhein							
- Bestand am Jahresanfang		1.507	1.102	1.144	1.336	1.400	1.488
- Neuzugänge		3.297	3.067	3.297	3.578	3.901	3.977
- anhängige Verfahren		4.804	4.169	4.441	4.914	5.301	5.465
AG Mainz							
- Bestand am Jahresanfang		1.848	1.347	1.712	1.950	2.031	2.510
- Neuzugänge		4.465	3.811	4.151	4.699	5.235	4.822
- anhängige Verfahren		6.313	5.158	5.863	6.649	7.266	7.332
Saarland							
AG Sulzbach							
- Bestand am Jahresanfang		577	273	269	252	309	366
- Neuzugänge		962	597	593	658	793	808
- anhängige Verfahren		1.539	870	862	910	1.102	1.174
AG St. Ingbert							
- Bestand am Jahresanfang		438	506	576	640	609	600
- Neuzugänge		577	695	752	793	780	849
- anhängige Verfahren		1.015	1.201	1.328	1.433	1.389	1.449
AG Saarlouis							
- Bestand am Jahresanfang		1.063	758	769	846	1.010	1.210
- Neuzugänge		1.897	1.926	2.130	2.333	2.638	2.738
- anhängige Verfahren		2.960	2.684	2.899	3.179	3.648	3.948
AG Saarbrücken							
- Bestand am Jahresanfang		3.062	2.060	2.155	2.569	2.921	3.392
- Neuzugänge		5.270	4.565	5.063	5.362	6.241	6.519
- anhängige Verfahren		8.332	6.625	7.218	7.931	9.162	9.911

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren (ohne freiwillige Gerichtsbarkeit und ab 1980 ohne Familiensachen) Seite 89
Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT								
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
ANHÄNGIGE ZIVILPROZESSE								
Schleswig-Holstein								
AG Lauenburg / Elbe								
- Bestand am Jahresanfang		114	92	78	79	89	131	
- Neuzugänge		192	204	239	242	277	259	
- anhängige Verfahren		306	296	317	321	366	390	
AG Trittau								
- Bestand am Jahresanfang		93	86	119	148	140	217	
- Neuzugänge		348	374	419	457	501	497	
- anhängige Verfahren		441	460	538	605	641	714	
AG Lübeck								
- Bestand am Jahresanfang		1.717	1.502	1.820	2.023	2.143	2.710	
- Neuzugänge		4.422	4.507	4.713	4.975	5.459	5.512	
- anhängige Verfahren		6.139	6.009	6.533	6.998	7.602	8.222	
AG Kiel								
- Bestand am Jahresanfang		1.839	2.264	2.444	2.465	2.776	2.686	
- Neuzugänge		5.598	5.174	5.335	5.962	6.276	6.121	
- anhängige Verfahren		7.437	7.438	7.779	8.427	9.052	8.807	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Mahnverfahren

Seite 90

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
MAHNVERFAHREN							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald		811	296	324	284	300	351
AG Adelsheim		725	325	297	430	362	343
AG Heilbronn		21.052	16.532	19.295	20.214	19.146	19.156
AG Stuttgart		142.294	145.169	158.216	172.481	171.691	157.142
Bayern							
AG Lichtenfels		3.748	3.077	3.574	4.154	4.145	4.833
AG Lindau (Bodensee)		5.478	2.537	2.884	2.672	2.591	2.571
AG Nürnberg		57.401	145.419	196.833	203.527	121.170	197.143
AG München		327.028	456.338	483.370	547.472	598.450	597.603
Berlin							
AG Tiergarten		9.791	12.826	14.619	15.654	19.993	19.208
AG Spandau		12.446	5.378	6.154	6.853	6.898	6.551
AG Wedding		29.754	10.243	10.414	11.956	12.465	13.283
AG Schöneberg		35.569	68.055	64.471	67.213	70.335	82.140
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal		5.416	2.370	2.576	fehlt	2.593	2.171
AG Bremerhaven		10.789	9.163	10.962	fehlt	10.301	9.535
AG Bremen		48.215	50.939	56.010	fehlt	62.252	64.091
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese		4.182	0	0	0	0	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf		4.956	0	0	0	0	fehlt
AG Hamburg-Harburg		11.301	0	0	0	0	fehlt
AG Hamburg		173.213	288.563	302.850	235.760	390.293	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)		1.168	669	771	761	711	684
AG Bad Wildungen		1.559	737	810	753	702	639
AG Kassel		23.355	22.436	24.908	27.868	25.287	23.929
AG Frankfurt am Main		119.012	207.567	0	0	0	0
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim		1.325	803	977	1.148	793	729
AG Rinteln		1.873	1.746	2.056	1.728	1.995	1.668
AG Braunschweig		22.291	27.484	31.616	39.440	55.950	52.055
AG Hannover		83.348	117.360	134.388	150.476	152.368	154.169
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg		830	490	478	718	607	620
AG Schmallenberg		1.193	972	1.112	1.315	1.396	1.554
AG Dortmund		66.631	51.128	55.503	62.231	60.673	64.843
AG Köln		126.878	239.911	258.640	292.958	324.050	302.739

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Mahnverfahren

Seite 91

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT								
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
MAHNVERFAHREN								
Rheinland-Pfalz								
AG Birkenfeld		1.327	620	584	649	628	629	
AG Hermeskeil		1.351	395	474	499	488	453	
AG Ludwigshafen am Rhein		15.850	8.341	9.005	9.526	8.960	9.933	
AG Mainz		15.203	23.825	26.333	27.752	24.654	25.519	
Saarland								
AG Sulzbach		3.765	1.402	1.585	1.280	1.539	1.586	
AG St. Ingbert		2.297	1.405	1.501	1.548	1.525	1.349	
AG Saarlouis		7.844	4.173	4.772	5.082	4.714	4.928	
AG Saarbrücken		26.399	18.363	18.442	21.403	22.337	22.679	
Schleswig-Holstein								
AG Lauenburg / Elbe		779	551	664	621	576	510	
AG Trittau		1.584	720	876	942	906	862	
AG Lübeck		15.005	22.050	17.089	23.516	18.445	17.737	
AG Kiel		23.227	26.741	30.426	32.455	28.477	27.474	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten eingegangene Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens

Seite 92

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANTRÄGE AUßERHALB EINES BEI GERICHT ANHÄNGIGEN VERFAHRENS							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald		15	24	75	21	5	48
AG Adelsheim		2	14	44	19	7	50
AG Heilbronn		106	322	902	260	138	886
AG Stuttgart		115	718	1.125	426	225	1.017
Bayern							
AG Lichtenfels		10	8	7	10	7	8
AG Lindau (Bodensee)		60	11	26	22	26	17
AG Nürnberg		342	10.916	34.709	6.253	1.840	29.011
AG München		938	611	609	626	627	711
Berlin							
AG Tiergarten		101	520	775	205	100	693
AG Spandau		112	1.031	1.006	450	147	1.145
AG Wedding		248	1.966	2.208	1.072	299	1.781
AG Schöneberg		342	1.693	3.019	824	425	2.811
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal		60	177	308	56	22	215
AG Bremerhaven		247	608	1.121	188	93	1.071
AG Bremen		620	1.446	2.339	856	615	2.771
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese		54	197	236	172	94	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf		25	183	234	255	53	fehlt
AG Hamburg-Harburg		50	217	372	221	64	fehlt
AG Hamburg		525	2.923	3.360	1.517	645	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)		1	17	49	11	11	27
AG Bad Wildungen		9	12	76	17	13	86
AG Kassel		134	849	1.328	311	159	504
AG Frankfurt am Main		490	1.741	2.302	812	411	1.499
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim		4	14	51	23	9	46
AG Rinteln		4	50	42	40	14	51
AG Braunschweig		172	420	1.461	514	153	1.380
AG Hannover		483	1.083	2.687	1.080	402	2.299
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg		4	21	33	10	10	40
AG Schmallenberg		4	21	63	11	11	77
AG Dortmund		303	859	2.313	735	626	2.124
AG Köln		871	1.809	5.773	1.759	1.271	5.165

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten eingegangene Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens

Seite 93

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANTRÄGE AUßERHALB EINES BEI GERICHT ANHÄNGIGEN VERFAHRENS							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld		12	37	68	24	1	66
AG Hermeskeil		6	21	55	16	6	45
AG Ludwigshafen am Rhein		600	1.378	2.231	2.605	1.982	2.751
AG Mainz		124	408	661	337	232	575
Saarland							
AG Sulzbach		8	123	130	43	25	119
AG St. Ingbert		14	56	99	48	25	126
AG Saarlouis		17	108	279	138	120	338
AG Saarbrücken		54	570	489	384	157	775
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe		17	39	65	22	8	45
AG Trittau		11	30	58	20	19	63
AG Lübeck		98	248	1.421	265	143	621
AG Kiel		64	450	819	203	158	940

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verteilungsverfahren

Seite 94

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERTEILUNGSVERFAHREN								
Baden-Württemberg								
AG Schönau im Schwarzwald		0	0	0	0	0	0	
AG Adelsheim		0	0	0	0	0	0	
AG Heilbronn		1	0	0	1	2	1	
AG Stuttgart		0	4	2	0	0	0	
Bayern								
AG Lichtenfels		0	0	0	0	0	0	
AG Lindau (Bodensee)		0	0	0	0	0	0	
AG Nürnberg		1	2	1	0	0	0	
AG München		3	5	11	6	7	11	
Berlin								
AG Tiergarten		1	2	2	0	0	2	
AG Spandau		1	7	0	1	0	1	
AG Wedding		2	0	2	1	2	0	
AG Schöneberg		0	9	2	0	2	2	
Bremen								
AG Bremen-Blumenthal		0	0	0	0	0	0	
AG Bremerhaven		0	0	1	0	1	0	
AG Bremen		1	0	0	0	2	0	
Hamburg								
AG Hamburg-Blankenese		0	0	0	0	0	fehlt	
AG Hamburg-Bergedorf		0	0	0	0	0	fehlt	
AG Hamburg-Harburg		3	0	1	5	2	fehlt	
AG Hamburg		2	3	2	3	4	fehlt	
Hessen								
AG Homberg (Efze)		0	0	0	0	0	0	
AG Bad Wildungen		0	0	0	0	0	1	
AG Kassel		1	0	0	1	2	0	
AG Frankfurt am Main		4	8	5	6	2	3	
Niedersachsen								
AG Bad Gandersheim		0	0	0	1	1	1	
AG Rinteln		0	1	1	0	0	0	
AG Braunschweig		6	4	3	2	10	5	
AG Hannover		4	3	0	3	1	5	
Nordrhein-Westfalen								
AG Marsberg		0	0	0	0	0	0	
AG Schmallenberg		0	0	0	0	0	0	
AG Dortmund		1	1	2	6	2	4	
AG Köln		0	8	5	0	6	1	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verteilungsverfahren

Seite 95

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERTEILUNGSVERFAHREN							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld		0	0	0	0	0	0
AG Hermeskeil		0	0	1	0	1	0
AG Ludwigshafen am Rhein		2	1	0	1	2	0
AG Mainz		3	4	4	3	5	4
Saarland							
AG Sulzbach		13	1	0	0	0	0
AG St. Ingbert		0	0	0	0	0	0
AG Saarlouis		1	1	0	1	1	0
AG Saarbrücken		1	2	2	0	0	1
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe		0	0	0	0	0	0
AG Trittau		0	0	0	0	0	0
AG Lübeck		5	2	6	2	0	3
AG Kiel		5	0	0	0	1	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen

Seite 96

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ZWANGSVERSTEIGERUNGEN VON UNBEWEGLICHEN GEGENSTÄNDEN							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald		0	0	0	0	0	0
AG Adelsheim		0	0	0	0	0	0
AG Heilbronn		201	161	235	256	326	317
AG Stuttgart		199	175	178	237	213	260
Bayern							
AG Lichtenfels		0	0	0	0	0	0
AG Lindau (Bodensee)		0	0	0	0	0	0
AG Nürnberg		397	246	298	353	418	387
AG München		814	442	497	729	689	731
Berlin							
AG Tiergarten		9	3	9	47	22	26
AG Spandau		24	16	31	37	74	74
AG Wedding		49	44	72	118	117	94
AG Schöneberg		95	91	151	191	198	174
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal		20	21	43	52	75	75
AG Bremerhaven		39	48	90	127	146	143
AG Bremen		428	356	233	353	418	524
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese		34	14	23	26	33	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf		30	29	26	40	49	fehlt
AG Hamburg-Harburg		35	28	38	57	88	fehlt
AG Hamburg		206	150	187	407	327	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)		44	12	26	37	28	36
AG Bad Wildungen		11	12	36	33	37	70
AG Kassel		288	319	468	358	401	379
AG Frankfurt am Main		469	333	284	384	354	361
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim		17	11	23	28	27	35
AG Rinteln		19	34	35	112	92	8
AG Braunschweig		200	130	232	266	410	392
AG Hannover		773	169	265	338	330	477
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg		0	0	0	0	0	0
AG Schmallenberg		0	0	0	0	0	0
AG Dortmund		178	135	183	310	469	675
AG Köln		659	439	572	757	1.864	1.258

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen

Seite 97

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ZWANGSVERSTEIGERUNGEN VON UNBEWEGLICHEN GEGENSTÄNDEN							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld		0	0	0	0	0	0
AG Hermeskeil		0	0	0	0	0	0
AG Ludwigshafen am Rhein		388	67	82	115	128	130
AG Mainz		197	69	130	132	176	136
Saarland							
AG Sulzbach		48	41	49	39	59	65
AG St. Ingbert		56	37	45	58	78	67
AG Saarlouis		143	109	158	188	191	176
AG Saarbrücken		195	222	223	255	351	374
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe		0	0	0	0	0	0
AG Trittau		0	0	0	0	0	0
AG Lübeck		146	126	167	192	194	337
AG Kiel		226	63	100	174	209	256

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Zwangsverwaltungen

Seite 98

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ZWANGSVERWALTUNGEN							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald	0	0	0	0	0	0	0
AG Adelsheim	0	0	0	0	0	0	0
AG Heilbronn	15	386	7	11	15	22	
AG Stuttgart	22	13	13	28	24	44	
Bayern							
AG Lichtenfels	0	0	0	0	0	0	0
AG Lindau (Bodensee)	0	0	0	0	0	0	0
AG Nürnberg	58	7	37	19	29	46	
AG München	153	40	31	67	130	185	
Berlin							
AG Tiergarten	1	4	6	13	3	10	
AG Spandau	7	2	3	0	5	21	
AG Wedding	13	1	7	40	22	39	
AG Schöneberg	19	16	48	24	161	83	
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal	0	2	3	6	6	22	
AG Bremerhaven	7	14	20	17	37	41	
AG Bremen	78	25	19	45	58	91	
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese	12	0	3	1	5	fehlt	
AG Hamburg-Bergedorf	2	2	0	1	3	fehlt	
AG Hamburg-Harburg	4	1	4	20	15	fehlt	
AG Hamburg	67	25	64	85	40	fehlt	
Hessen							
AG Homberg (Efze)	1	0	0	1	1	1	
AG Bad Wildungen	1	1	6	5	1	9	
AG Kassel	50	20	72	77	146	99	
AG Frankfurt am Main	147	30	77	163	89	90	
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim	3	6	5	2	0	5	
AG Rinteln	0	1	0	7	20	6	
AG Braunschweig	16	4	25	11	77	157	
AG Hannover	75	70	58	60	103	110	
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg	0	0	0	0	0	0	
AG Schmallenberg	0	0	0	0	0	0	
AG Dortmund	21	25	31	69	117	325	
AG Köln	217	110	124	224	468	645	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Zwangsverwaltungen

Seite 99

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ZWANGSVERWALTUNGEN							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld		0	0	0	0	0	0
AG Hermeskeil		0	0	0	0	0	0
AG Ludwigshafen am Rhein		64	7	3	8	29	11
AG Mainz		25	7	33	13	62	12
Saarland							
AG Sulzbach		207	2	1	1	3	3
AG St. Ingbert		1	3	1	0	4	1
AG Saarlouis		2	3	0	4	3	5
AG Saarbrücken		12	4	3	6	21	48
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe		0	0	0	4	0	0
AG Trittau		0	0	0	0	0	0
AG Lübeck		13	10	20	46	57	129
AG Kiel		120	3	7	22	17	68

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige sonstige Vollstreckungssachen

Seite 100

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGE VOLLSTRECKUNGSSACHEN							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		522	408	488	612	601	562
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		311	217	266	346	332	303
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		33	37	35	51	52	47
- Haftanordnungen		62	62	65	134	99	128
AG Adelsheim							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		495	575	583	649	796	595
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		288	249	251	305	382	239
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		39	59	62	65	87	96
- Haftanordnungen		141	128	83	113	114	92
AG Heilbronn							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		9.790	10.776	12.344	13.581	15.060	13.654
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		5.323	4.579	5.696	6.344	6.983	5.639
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		816	974	1.049	1.281	1.488	1.390
- Haftanordnungen		2.094	1.711	1.900	2.457	2.341	2.537
AG Stuttgart							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		12.470	20.366	13.870	16.675	18.140	17.804
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		7.794	5.378	6.331	7.784	8.399	8.650
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		937	885	1.075	1.391	1.422	1.765
- Haftanordnungen		3.449	2.722	3.061	3.488	3.479	4.001
Bayern							
AG Lichtenfels							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		1.310	1.917	2.058	2.182	2.345	2.409
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		772	886	982	1.131	1.155	1.240
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		88	138	182	209	208	240
- Haftanordnungen		310	376	387	460	476	460
AG Lindau (Bodensee)							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		2.247	2.089	2.481	3.431	3.511	3.566
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		1.239	969	1.177	1.484	1.575	1.495
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		219	147	182	241	318	278
- Haftanordnungen		471	491	560	492	599	524
AG Nürnberg							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		22.774	19.115	21.125	25.200	25.577	26.023
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		15.034	10.241	11.106	13.102	13.639	13.821
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		1.836	2.009	2.061	2.910	3.292	3.346
- Haftanordnungen		3.990	3.828	3.460	4.419	4.572	4.493
AG München							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		59.384	59.101	60.734	72.197	80.904	84.469
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		37.537	29.526	30.860	35.817	40.283	41.237
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		3.261	3.470	4.132	4.666	5.443	5.809
- Haftanordnungen		11.649	10.716	11.078	14.466	16.321	15.496

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige sonstige Vollstreckungssachen

Seite 101

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT								
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
SONSTIGE VOLLSTRECKUNGSSACHEN								
Berlin								
AG Tiergarten								
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		5.972	8.038	8.592	9.675	9.987	10.470	
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		3.295	3.372	3.703	4.261	4.741	4.891	
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		741	1.258	1.558	1.796	1.996	2.110	
- Haftanordnungen		1.152	1.553	1.838	2.326	2.513	2.649	
AG Spandau								
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		8.163	11.827	12.000	13.810	14.404	14.813	
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		3.747	4.013	4.267	5.081	5.707	5.710	
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		768	867	870	1.310	1.568	1.797	
- Haftanordnungen		1.581	1.656	1.530	1.770	2.599	2.814	
AG Wedding								
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		18.292	25.483	26.967	30.059	32.969	35.775	
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		9.647	10.752	11.763	12.783	14.165	15.782	
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		2.426	2.297	2.175	2.476	3.067	3.585	
- Haftanordnungen		3.529	3.296	3.382	3.767	4.721	5.347	
AG Schöneberg								
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		18.822	21.772	26.613	26.832	28.921	30.318	
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		10.366	9.485	10.086	11.411	12.199	12.710	
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		1.777	1.962	2.172	2.332	2.511	2.488	
- Haftanordnungen		3.917	3.761	4.036	4.371	4.662	4.597	
Bremen								
AG Bremen-Blumenthal								
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		2.935	3.332	3.648	4.170	4.659	4.373	
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		1.292	1.205	1.584	1.722	2.086	1.947	
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		371	322	350	498	597	525	
- Haftanordnungen		374	322	428	482	492	472	
AG Bremerhaven								
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		6.566	8.608	10.739	12.387	13.828	12.388	
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		3.027	3.196	4.126	5.110	5.715	5.377	
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		867	1.234	1.450	1.768	1.993	1.755	
- Haftanordnungen		1.704	1.671	1.846	1.684	1.660	1.566	
AG Bremen								
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		22.210	30.158	34.093	38.739	39.730	39.200	
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		12.697	14.669	16.315	17.831	19.266	19.240	
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		2.559	2.901	4.651	4.102	4.220	4.386	
- Haftanordnungen		5.134	5.481	7.429	5.769	5.674	6.064	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige sonstige Vollstreckungssachen

Seite 102

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGE VOLLSTRECKUNGSSACHEN							
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		2.378	2.660	3.327	4.029	4.654	fehlt
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		1.316	1.324	1.685	2.103	2.257	fehlt
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		225	217	228	351	372	fehlt
- Haftanordnungen		533	649	750	708	761	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		2.790	3.337	3.749	4.226	5.087	fehlt
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		1.474	1.566	2.055	2.355	2.510	fehlt
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		234	288	329	350	485	fehlt
- Haftanordnungen		561	716	834	1.019	1.020	fehlt
AG Hamburg-Harburg							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		8.669	12.668	13.322	14.044	14.033	fehlt
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		4.346	5.330	5.513	5.927	5.972	fehlt
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		873	1.070	1.131	1.380	1.557	fehlt
- Haftanordnungen		1.709	2.385	2.093	2.139	2.038	fehlt
AG Hamburg							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		41.394	53.672	56.327	63.178	67.304	fehlt
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		24.513	27.774	29.930	32.375	33.433	fehlt
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		4.285	4.645	4.645	6.319	6.349	fehlt
- Haftanordnungen		11.370	12.745	13.966	14.628	13.608	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		823	898	892	1.083	1.149	1.050
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		467	416	368	487	558	517
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		59	65	78	84	108	92
- Haftanordnungen		219	187	159	154	205	165
AG Bad Wildungen							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		829	1.132	1.235	1.616	1.545	1.346
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		493	299	359	781	880	651
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		54	99	102	153	146	127
- Haftanordnungen		86	122	122	221	171	234
AG Kassel							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		16.289	19.581	21.437	24.043	25.232	20.425
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		11.083	12.472	13.081	15.505	15.961	11.095
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		1.574	1.513	1.963	2.576	2.377	2.330
- Haftanordnungen		3.408	3.002	3.049	3.800	3.273	3.184
AG Frankfurt am Main							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		37.257	37.944	41.631	48.764	50.497	48.043
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		24.803	20.714	21.607	24.714	25.320	24.093
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		3.012	3.449	3.673	4.563	5.021	4.394
- Haftanordnungen		9.561	7.931	7.930	7.977	9.461	8.847

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige sonstige Vollstreckungssachen

Seite 103

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGE VOLLSTRECKUNGSSACHEN							
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		649	873	1.099	1.446	1.145	1.101
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		353	333	449	609	497	481
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		65	85	105	152	114	136
- Haftanordnungen		106	107	132	208	159	165
AG Rinteln							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		1.160	1.732	2.069	2.164	2.133	2.092
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		677	982	1.101	1.229	1.066	1.054
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		111	159	251	238	230	228
- Haftanordnungen		365	439	389	475	455	386
AG Braunschweig							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		12.443	14.217	15.410	18.214	18.403	17.241
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		6.247	6.001	6.573	7.246	8.207	7.072
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		1.462	1.609	1.692	1.874	2.320	2.461
- Haftanordnungen		3.547	3.209	3.518	3.205	3.455	3.273
AG Hannover							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		31.692	31.419	36.240	41.252	39.933	42.454
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		17.655	15.501	18.617	20.271	19.676	19.144
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		2.554	2.895	3.757	5.564	4.818	5.922
- Haftanordnungen		10.018	7.851	8.001	11.606	9.708	9.593
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		324	532	618	731	769	790
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		136	161	196	256	275	288
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		27	31	63	60	63	75
- Haftanordnungen		86	65	92	81	105	111
AG Schmallenberg							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		544	672	689	853	942	1.003
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		243	219	259	324	394	421
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		55	70	85	74	118	99
- Haftanordnungen		121	93	99	126	169	182
AG Dortmund							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		27.455	31.056	34.457	37.111	39.262	39.932
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		13.569	13.745	15.143	17.109	18.696	18.287
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		3.321	3.624	4.245	4.890	6.372	5.898
- Haftanordnungen		7.608	7.488	7.914	8.569	10.260	10.048
AG Köln							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		54.027	60.688	63.295	74.448	81.479	80.829
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		28.871	28.464	29.668	33.102	35.847	35.740
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		4.701	5.040	5.665	6.781	8.059	7.732
- Haftanordnungen		14.059	17.259	15.093	16.738	18.942	18.621

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige sonstige Vollstreckungssachen

Seite 104

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGE VOLLSTRECKUNGSSACHEN							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		871	942	1.094	1.338	1.185	1.175
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		435	497	503	634	565	533
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		93	128	121	157	189	178
- Haftanordnungen		234	280	302	308	285	265
AG Hermeskeil							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		970	707	748	1.020	1.144	1.133
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		568	291	340	466	502	514
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		104	73	102	165	155	157
- Haftanordnungen		260	137	203	242	270	275
AG Ludwigshafen am Rhein							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		8.185	9.590	10.070	12.844	14.023	12.419
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		4.053	4.067	4.102	5.093	5.831	4.920
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		995	1.274	1.322	1.378	1.711	1.690
- Haftanordnungen		2.194	1.956	2.107	2.162	2.989	2.897
AG Mainz							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		9.224	9.152	10.432	11.319	12.134	11.393
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		4.413	3.328	3.787	4.221	4.477	4.228
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		929	807	1.118	1.192	1.443	1.284
- Haftanordnungen		1.534	1.270	1.460	1.690	1.718	1.686
Saarland							
AG Sulzbach							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		2.338	2.212	2.427	2.517	2.432	2.459
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		966	770	880	1.008	910	929
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		312	357	369	392	454	428
- Haftanordnungen		610	631	685	813	604	642
AG St. Ingbert							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		1.565	1.829	1.908	2.374	2.573	2.695
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		851	708	864	1.067	1.197	1.216
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		198	196	211	235	259	308
- Haftanordnungen		523	423	489	439	543	486
AG Saarlouis							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		5.003	6.048	6.611	8.000	8.300	8.331
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		2.335	2.514	2.897	3.549	3.504	3.918
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		640	777	848	935	1.249	1.119
- Haftanordnungen		1.535	1.316	1.423	1.413	1.958	1.396
AG Saarbrücken							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		9.491	12.583	13.851	15.041	15.307	16.230
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		5.082	5.673	6.094	6.611	6.594	6.956
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		1.676	1.738	2.096	2.279	2.472	2.760
- Haftanordnungen		3.001	3.763	3.477	3.905	3.278	3.260

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige sonstige Vollstreckungssachen

Seite 105

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGE VOLLSTRECKUNGSSACHEN							
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		616	799	942	918	985	933
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		312	335	414	421	503	486
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		45	87	86	91	81	121
- Haftanordnungen		78	141	149	128	124	213
AG Trittau							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		730	669	840	1.145	1.271	1.211
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		347	273	405	557	577	562
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		114	84	108	132	185	191
- Haftanordnungen		207	142	210	289	335	297
AG Lübeck							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		10.193	11.433	12.242	14.167	15.610	14.492
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		4.892	4.987	5.384	6.413	6.681	6.291
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		1.219	1.339	1.270	1.618	1.876	2.190
- Haftanordnungen		2.119	2.235	2.179	2.447	2.448	2.735
AG Kiel							
- Neuzugänge im Geschäftsjahr		8.712	14.666	16.049	17.481	16.587	15.381
- Verfahren Abnahme eidesst. Versicherung		6.846	7.739	8.383	9.409	7.950	7.213
- abgegebene eidesstattl. Versicherungen		1.179	1.403	1.584	1.807	1.459	1.650
- Haftanordnungen		3.024	2.972	3.255	3.281	3.314	2.455

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Konkursverfahren

Seite 106

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
KONKURSVERFAHREN							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Adelsheim							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Heilbronn							
- Anträge auf Konkurseröffnung		172	177	156	212	220	259
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		32	12	18	25	28	27
AG Stuttgart							
- Anträge auf Konkurseröffnung		857	525	757	829	930	1.177
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		109	38	66	89	67	72
Bayern							
AG Lichtenfels							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Lindau (Bodensee)							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Nürnberg							
- Anträge auf Konkurseröffnung		352	335	419	520	568	634
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		55	45	46	71	52	50
AG München							
- Anträge auf Konkurseröffnung		1.375	1.160	1.228	1.647	1.730	1.742
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		123	101	107	113	145	133

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Konkursverfahren

Seite 107

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
KONKURSVERFAHREN							
Berlin							
AG Tiergarten							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Spandau							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Wedding							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Schöneberg							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal							
- Anträge auf Konkurseröffnung		13	21	23	28	34	30
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		1	1	3	4	6	1
AG Bremerhaven							
- Anträge auf Konkurseröffnung		58	52	74	99	75	95
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		2	0	8	14	1	1
AG Bremen							
- Anträge auf Konkurseröffnung		234	203	241	424	346	395
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		21	18	19	29	17	32

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Konkursverfahren

Seite 108

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
KONKURSVERFAHREN							
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	fehlt
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	fehlt
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	fehlt
AG Hamburg-Harburg							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	fehlt
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	fehlt
AG Hamburg							
- Anträge auf Konkurseröffnung		607	700	825	972	1.001	fehlt
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		84	94	95	126	133	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)							
- Anträge auf Konkurseröffnung		6	8	9	9	10	16
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	3	3	2	2	2
AG Bad Wildungen							
- Anträge auf Konkurseröffnung		3	2	15	25	13	25
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		1	0	2	2	0	1
AG Kassel							
- Anträge auf Konkurseröffnung		134	148	180	258	250	273
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		21	30	34	25	21	32
AG Frankfurt am Main							
- Anträge auf Konkurseröffnung		709	558	658	955	912	865
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		73	33	34	52	51	58

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Konkursverfahren

Seite 109

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
KONKURSVERFAHREN							
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- Anträge auf Konkurseröffnung		4	8	22	13	12	10
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		1	0	5	0	2	0
AG Rinteln							
- Anträge auf Konkurseröffnung		11	30	17	42	25	30
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		2	4	0	4	6	6
AG Braunschweig							
- Anträge auf Konkurseröffnung		183	180	211	328	273	319
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		32	18	34	40	44	40
AG Hannover							
- Anträge auf Konkurseröffnung		496	420	577	583	457	548
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		102	86	111	127	85	106
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Schmallenberg							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Dortmund							
- Anträge auf Konkurseröffnung		143	291	464	573	552	606
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		29	36	51	38	59	56
AG Köln							
- Anträge auf Konkurseröffnung		864	905	1.256	1.370	1.213	1.189
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		51	61	84	83	89	82

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Konkursverfahren

Seite 110

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
KONKURSVERFAHREN							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Hermeskeil							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Ludwigshafen am Rhein							
- Anträge auf Konkurseröffnung		172	193	249	280	230	261
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		26	11	17	15	10	6
AG Mainz							
- Anträge auf Konkurseröffnung		103	100	108	167	187	205
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		23	14	11	25	28	36
Saarland							
AG Sulzbach							
- Anträge auf Konkurseröffnung		24	15	19	41	18	25
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		5	5	2	4	4	2
AG St. Ingbert							
- Anträge auf Konkurseröffnung		15	24	29	30	27	27
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		4	0	2	6	2	3
AG Saarlouis							
- Anträge auf Konkurseröffnung		64	59	61	97	121	105
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		8	6	4	6	4	4
AG Saarbrücken							
- Anträge auf Konkurseröffnung		165	167	184	216	174	231
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		15	18	22	19	18	9

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Konkursverfahren

Seite 111

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
KONKURSVERFAHREN							
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Trittau							
- Anträge auf Konkurseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		0	0	0	0	0	0
AG Lübeck							
- Anträge auf Konkurseröffnung		86	70	99	130	142	151
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		9	11	8	14	16	11
AG Kiel							
- Anträge auf Konkurseröffnung		136	67	128	193	140	165
- Eröffnung von Konkursverfahren, Anschluß-		9	8	5	11	15	13

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses

Seite 112

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERGLEICHsverfahren							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		0	0	0	0	0	0
AG Adelsheim							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		0	0	0	0	0	0
AG Heilbronn							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		3	1	3	4	7	3
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		0	0	2	1	0	0
AG Stuttgart							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		37	12	10	42	16	16
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		13	2	1	10	0	3
Bayern							
AG Lichtenfels							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		0	0	0	0	0	0
AG Lindau (Bodensee)							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		0	0	0	0	0	0
AG Nürnberg							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		22	4	3	9	3	7
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		5	1	0	1	0	0
AG München							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		55	28	22	53	48	40
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		5	4	1	5	1	5

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses

Seite 113

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT								
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERGLEICHsverfahren								
Berlin								
AG Tiergarten								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	0	0	0	0
AG Spandau								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	0	0	0	0
AG Wedding								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	19	0	0	0
AG Schöneberg								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	0	0	0	0
Bremen								
AG Bremen-Blumenthal								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	0	1	1	0	3	
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	0	0	0	
AG Bremerhaven								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	2	2	3	10	0	0	
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	1	0	0	4	0	1	
AG Bremen								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	8	3	0	7	3	3	
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	5	1	0	1	0	0	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses

Seite 114

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERGLEICHsverfahren								
Hamburg								
AG Hamburg-Blankenese								
- Anträge auf Vergleichseröffnung			0	0	0	0	0	fehlt
- Eröffnung von Vergleichsverfahren			0	0	0	0	0	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf								
- Anträge auf Vergleichseröffnung			0	0	0	0	0	fehlt
- Eröffnung von Vergleichsverfahren			0	0	0	0	0	fehlt
AG Hamburg-Harburg								
- Anträge auf Vergleichseröffnung			0	0	0	0	0	fehlt
- Eröffnung von Vergleichsverfahren			0	0	0	0	0	fehlt
AG Hamburg								
- Anträge auf Vergleichseröffnung			22	18	19	17	26	fehlt
- Eröffnung von Vergleichsverfahren			4	3	3	2	3	fehlt
Hessen								
AG Homberg (Efze)								
- Anträge auf Vergleichseröffnung			0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren			0	0	0	0	0	0
AG Bad Wildungen								
- Anträge auf Vergleichseröffnung			0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren			0	0	0	0	0	0
AG Kassel								
- Anträge auf Vergleichseröffnung			2	3	2	6	3	2
- Eröffnung von Vergleichsverfahren			1	0	0	1	1	1
AG Frankfurt am Main								
- Anträge auf Vergleichseröffnung			15	3	1	5	13	6
- Eröffnung von Vergleichsverfahren			4	0	0	1	2	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses

Seite 115

Frage: B. I. 1.

VERGLEICHsverfahren	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	3	3	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	0	0	0
AG Rinteln							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	0	0	3	1	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	1	1	0
AG Braunschweig							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	6	8	8	6	5	11
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	2	2	0	2	1	1
AG Hannover							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	9	11	22	37	12	22
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	4	2	2	5	7	2
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	0	0	0
AG Schmallenberg							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	0	0	0
AG Dortmund							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	1	4	6	7	2	7
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	3	0	1	0	0	0
AG Köln							
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	43	4	24	26	24	20
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	6	0	2	5	4	1

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses

Seite 116

Frage: B. I. 1.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERGLEICHsverFAHREN							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		0	0	0	0	0	0
AG Hermeskeil							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		0	0	0	0	0	0
AG Ludwigshafen am Rhein							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		4	1	6	1	2	2
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		1	1	0	0	1	0
AG Mainz							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		9	0	2	1	1	2
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		4	0	0	0	1	1
Saarland							
AG Sulzbach							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		1	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		0	0	0	0	0	0
AG St. Ingbert							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		1	0	0	1	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		0	0	0	0	0	0
AG Saarlouis							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		2	0	1	2	1	13
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		2	0	1	0	0	0
AG Saarbrücken							
- Anträge auf Vergleichseröffnung		3	4	3	8	4	4
- Eröffnung von Vergleichsverfahren		0	1	0	1	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses

Seite 117

Frage: B. I. 1.

	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERGLEICHsverfahren								
Schleswig-Holstein								
AG Lauenburg / Elbe								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	0	0	0	0
AG Trittau								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	0	0	0	0	0	0
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	0	0	0	0	0	0
AG Lübeck								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	2	1	0	1	2	3	
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	4	0	0	0	0	2	
AG Kiel								
- Anträge auf Vergleichseröffnung	1	0	1	2	5	0	3	
- Eröffnung von Vergleichsverfahren	1	0	1	0	0	0	0	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren

Seite 118

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE ZIVILPROZESSE							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald		125	141	160	144	167	167
AG Adelsheim		122	155	148	137	150	160
AG Heilbronn		3.511	3.707	3.568	4.165	4.098	4.993
AG Stuttgart		14.592	10.726	11.021	11.685	13.654	13.509
Bayern							
AG Lichtenfels		518	377	435	554	614	671
AG Lindau (Bodensee)		871	888	924	985	975	1.107
AG Nürnberg		9.209	7.267	8.196	8.547	9.294	9.972
AG München		32.441	31.006	32.028	34.356	38.574	40.621
Berlin							
AG Tiergarten		2.912	3.036	3.352	3.568	3.759	3.962
AG Spandau		3.596	3.028	3.231	3.590	3.899	4.001
AG Wedding		8.024	8.000	8.791	9.317	10.049	10.370
AG Schöneberg		10.305	10.210	11.304	11.937	12.089	13.237
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal		993	931	1.096	1.165	1.263	1.465
AG Bremerhaven		2.412	2.440	2.685	2.810	3.133	3.162
AG Bremen		8.805	9.542	10.015	11.669	12.451	12.576
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese		1.285	1.201	1.334	1.254	1.440	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf		1.456	1.103	1.332	1.358	1.609	fehlt
AG Hamburg-Harburg		3.087	3.204	3.382	3.428	3.824	fehlt
AG Hamburg		32.347	27.523	27.896	27.982	29.632	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)		289	198	228	288	266	303
AG Bad Wildungen		334	326	309	373	368	461
AG Kassel		6.222	4.916	5.613	6.357	6.496	8.009
AG Frankfurt am Main		22.835	17.954	17.490	20.131	21.033	23.829
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim		221	245	274	351	285	247
AG Rinteln		355	479	516	542	563	623
AG Braunschweig		4.153	4.271	4.972	5.494	5.659	5.648
AG Hannover		15.085	14.582	15.277	18.477	18.995	19.258
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg		244	270	335	333	324	299
AG Schmallenberg		258	261	270	287	268	298
AG Dortmund		14.549	12.174	12.688	14.498	16.282	17.100
AG Köln		25.168	25.613	26.834	30.147	31.155	35.803

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren

Seite 119

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE ZIVILPROZESSE							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld		263	258	260	291	308	329
AG Hermeskeil		252	265	273	316	370	344
AG Ludwigshafen am Rhein		2.942	3.025	3.105	3.514	3.812	4.006
AG Mainz		3.880	3.446	3.913	4.618	4.755	5.246
Saarland							
AG Sulzbach		858	601	610	601	736	701
AG St. Ingbert		550	625	689	824	789	818
AG Saarlouis		1.418	1.915	2.055	2.169	2.398	2.638
AG Saarbrücken		5.263	4.451	4.667	5.010	5.770	6.130
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe		215	218	238	232	235	266
AG Trittau		380	341	418	465	424	526
AG Lübeck		4.201	4.189	4.509	4.855	4.892	5.904
AG Kiel		4.857	4.994	5.314	5.651	6.366	6.059

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 120

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald							
- streitiges Urteil		45	38	52	45	62	77
- Vergleich		19	25	15	14	12	16
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		17	37	36	24	33	20
- Beschluß		6	6	14	10	11	4
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		14	14	17	27	23	32
- sonstige		24	21	26	24	26	18
AG Adelsheim							
- streitiges Urteil		47	65	59	51	54	69
- Vergleich		4	4	8	8	8	11
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		13	38	26	29	41	24
- Beschluß		4	9	7	10	7	5
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		20	18	23	21	13	26
- sonstige		34	21	25	18	27	25
AG Heilbronn							
- streitiges Urteil		951	1.255	1.275	1.488	1.394	1.669
- Vergleich		468	434	383	435	367	573
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		866	813	797	930	872	1.132
- Beschluß		126	161	159	167	173	237
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		491	585	532	640	737	748
- sonstige		609	459	422	505	555	634
AG Stuttgart							
- streitiges Urteil		2.736	2.128	2.043	2.393	2.199	2.728
- Vergleich		1.214	880	920	1.026	1.063	1.070
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		3.407	4.234	4.366	4.379	5.824	4.902
- Beschluß		204	240	259	264	340	376
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.762	1.525	1.574	1.651	2.101	2.238
- sonstige		5.269	1.719	1.859	1.972	2.127	2.195

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 121

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Bayern							
AG Lichtenfels							
- streitiges Urteil		97	83	143	191	202	252
- Vergleich		70	55	33	38	45	29
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		105	81	77	134	131	151
- Beschluß		34	26	35	31	38	37
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		84	76	82	84	111	117
- sonstige		128	56	65	76	87	85
AG Lindau (Bodensee)							
- streitiges Urteil		229	257	282	321	243	326
- Vergleich		101	104	97	88	121	120
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		199	165	177	181	211	222
- Beschluß		85	113	91	117	130	105
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		103	122	140	148	157	184
- sonstige		154	127	137	130	113	150
AG Nürnberg							
- streitiges Urteil		2.672	1.905	2.127	2.353	2.439	2.654
- Vergleich		908	1.016	995	976	1.088	1.285
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.891	1.652	2.011	2.271	2.457	2.452
- Beschluß		358	340	462	444	485	572
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.187	1.162	1.225	1.185	1.349	1.478
- sonstige		2.193	1.192	1.376	1.318	1.476	1.531
AG München							
- streitiges Urteil		6.144	8.097	8.736	9.248	11.142	12.152
- Vergleich		4.466	4.651	4.297	4.309	4.343	4.492
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		7.643	7.192	7.552	8.737	9.922	10.267
- Beschluß		1.348	1.476	1.564	1.664	2.058	1.819
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		4.139	5.575	5.868	6.317	6.797	6.886
- sonstige		8.701	4.015	4.011	4.081	4.310	5.005

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 122

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Berlin							
AG Tiergarten							
- streitiges Urteil		565	489	542	608	681	673
- Vergleich		224	215	252	252	315	349
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.244	1.321	1.470	1.611	1.559	1.660
- Beschluß		128	116	144	125	139	156
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		301	345	412	446	435	486
- sonstige		450	550	532	526	630	638
AG Spandau							
- streitiges Urteil		739	752	791	913	1.041	1.081
- Vergleich		457	223	240	227	287	259
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		974	1.136	1.210	1.387	1.464	1.475
- Beschluß		249	112	118	150	169	162
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		497	344	397	417	426	471
- sonstige		680	461	475	496	512	553
AG Wedding							
- streitiges Urteil		1.523	1.665	1.792	1.798	1.987	2.133
- Vergleich		933	723	731	761	785	780
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		2.899	3.178	3.748	4.039	4.242	4.416
- Beschluß		402	363	348	366	418	403
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		989	844	864	968	1.165	1.200
- sonstige		1.278	1.227	1.308	1.385	1.452	1.438
AG Schöneberg							
- streitiges Urteil		2.214	2.449	2.823	3.064	3.000	3.440
- Vergleich		1.317	840	847	844	947	1.050
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		3.166	3.242	3.753	4.058	3.967	4.430
- Beschluß		482	501	511	487	513	592
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.211	1.203	1.329	1.355	1.464	1.449
- sonstige		1.915	1.975	2.041	2.129	2.198	2.276

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 123

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal							
- streitiges Urteil		253	131	207	264	231	310
- Vergleich		159	142	143	108	126	184
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		225	264	316	285	368	397
- Beschluß		78	78	93	115	100	92
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		147	185	234	239	277	284
- sonstige		131	131	103	154	161	198
AG Bremerhaven							
- streitiges Urteil		527	458	461	448	523	638
- Vergleich		200	210	218	246	294	330
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		736	752	791	947	1.013	969
- Beschluß		264	210	294	306	293	254
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		398	516	575	626	679	658
- sonstige		287	294	346	237	331	313
AG Bremen							
- streitiges Urteil		2.195	2.135	2.374	2.375	2.497	2.549
- Vergleich		772	938	922	982	1.173	1.236
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		2.575	2.640	2.680	3.434	3.835	3.810
- Beschluß		603	704	715	765	901	808
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.287	1.839	1.953	2.651	2.593	2.593
- sonstige		1.373	1.286	1.371	1.462	1.452	1.580

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 124

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
ERLEDIGUNGSART								
Hamburg								
AG Hamburg-Blankenese								
- streitiges Urteil		260	307	346	367	348	fehlt	
- Vergleich		91	134	136	141	149	fehlt	
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		299	301	369	267	379	fehlt	
- Beschluß		104	92	63	54	67	fehlt	
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		196	200	214	187	205	fehlt	
- sonstige		335	167	206	238	292	fehlt	
AG Hamburg-Bergedorf								
- streitiges Urteil		257	206	332	335	375	fehlt	
- Vergleich		109	105	106	107	119	fehlt	
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		285	336	382	416	499	fehlt	
- Beschluß		114	71	67	85	113	fehlt	
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		261	257	246	268	304	fehlt	
- sonstige		430	128	199	147	199	fehlt	
AG Hamburg-Harburg								
- streitiges Urteil		607	712	797	807	740	fehlt	
- Vergleich		221	215	187	212	293	fehlt	
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		606	1.103	1.199	1.161	1.337	fehlt	
- Beschluß		132	139	124	126	181	fehlt	
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		590	666	623	738	787	fehlt	
- sonstige		931	369	452	384	486	fehlt	
AG Hamburg								
- streitiges Urteil		6.329	7.259	7.662	7.587	7.948	fehlt	
- Vergleich		2.143	2.268	1.864	1.655	1.756	fehlt	
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		6.926	7.948	7.975	8.138	8.733	fehlt	
- Beschluß		2.151	1.374	1.351	1.440	1.445	fehlt	
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		5.061	4.811	5.284	5.195	5.426	fehlt	
- sonstige		9.737	3.863	3.760	3.967	4.324	fehlt	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 125

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Hessen							
AG Homberg (Efze)							
- streitiges Urteil		71	47	56	80	81	76
- Vergleich		35	15	20	27	12	24
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		64	36	58	72	77	77
- Beschluß		20	12	7	8	7	15
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		36	33	45	54	40	49
- sonstige		63	55	42	47	49	62
AG Bad Wildungen							
- streitiges Urteil		79	57	72	81	119	121
- Vergleich		95	73	72	66	33	43
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		56	58	56	67	95	111
- Beschluß		37	16	17	22	24	29
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		30	63	63	75	55	83
- sonstige		37	59	29	62	42	74
AG Kassel							
- streitiges Urteil		1.649	1.118	1.342	1.520	1.371	2.042
- Vergleich		532	560	563	576	623	753
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.486	1.176	1.496	1.687	1.895	2.271
- Beschluß		356	217	282	292	338	348
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		960	931	1.029	1.273	1.268	1.437
- sonstige		1.239	914	901	1.009	1.001	1.158
AG Frankfurt am Main							
- streitiges Urteil		4.631	5.250	5.077	5.901	5.854	7.068
- Vergleich		1.807	1.714	1.420	1.764	1.806	2.185
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		5.903	4.414	4.451	5.214	5.884	6.489
- Beschluß		719	817	758	855	889	924
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		3.885	3.011	2.907	3.455	3.529	3.766
- sonstige		5.890	2.748	2.877	2.942	3.071	3.397

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 126

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- streitiges Urteil		65	76	81	97	74	89
- Vergleich		27	19	22	22	16	14
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		63	61	45	91	69	38
- Beschluß		12	23	31	19	11	9
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		24	27	38	59	45	53
- sonstige		30	39	57	63	70	44
AG Rinteln							
- streitiges Urteil		66	125	118	137	153	172
- Vergleich		43	49	43	42	44	49
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		66	116	148	154	146	168
- Beschluß		33	45	36	25	23	16
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		63	79	73	113	111	105
- sonstige		84	65	98	71	86	113
AG Braunschweig							
- streitiges Urteil		1.312	1.222	1.412	1.780	1.715	1.825
- Vergleich		353	422	508	429	391	379
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.150	1.188	1.284	1.531	1.689	1.557
- Beschluß		243	287	268	267	288	317
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		479	509	715	708	736	742
- sonstige		616	643	785	779	840	828
AG Hannover							
- streitiges Urteil		4.375	4.976	5.119	6.135	6.560	6.598
- Vergleich		892	671	606	621	701	700
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		4.379	3.996	4.294	6.037	5.864	5.972
- Beschluß		756	545	577	627	630	707
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		2.256	2.293	2.548	2.806	2.948	2.981
- sonstige		2.427	2.101	2.133	2.251	2.292	2.300

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 127

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- streitiges Urteil		68	55	83	73	77	77
- Vergleich		18	16	17	15	12	13
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		30	36	55	83	58	65
- Beschluß		53	78	76	64	92	65
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		44	39	57	44	52	29
- sonstige		31	46	47	54	33	50
AG Schmallenberg							
- streitiges Urteil		82	53	92	111	87	105
- Vergleich		10	26	17	13	14	17
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		48	69	52	46	64	73
- Beschluß		20	39	31	40	36	22
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		32	29	51	42	40	48
- sonstige		66	45	27	35	27	33
AG Dortmund							
- streitiges Urteil		3.229	2.934	3.365	3.985	4.335	4.366
- Vergleich		1.403	1.091	983	1.042	990	1.112
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		4.658	3.547	3.776	4.425	5.191	5.753
- Beschluß		528	468	552	569	631	588
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.920	2.176	2.151	2.594	2.912	2.951
- sonstige		2.811	1.958	1.861	1.883	2.223	2.173
AG Köln							
- streitiges Urteil		6.496	8.392	8.677	9.435	9.520	11.259
- Vergleich		1.938	1.835	1.956	2.091	2.025	2.269
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		6.516	6.553	6.812	8.352	8.713	10.069
- Beschluß		1.025	1.058	1.066	1.292	1.323	1.351
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		3.800	3.937	4.403	4.953	5.397	6.035
- sonstige		5.393	3.838	3.920	4.024	4.172	4.480

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 128

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- streitiges Urteil		94	83	52	65	87	78
- Vergleich		34	39	49	48	36	43
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		45	48	49	70	66	78
- Beschluß		18	18	18	14	17	15
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		34	40	68	49	67	68
- sonstige		38	30	24	45	35	47
AG Hermeskeil							
- streitiges Urteil		53	59	55	74	90	88
- Vergleich		40	52	73	65	38	45
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		41	40	45	54	86	81
- Beschluß		14	14	15	15	21	13
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		55	50	42	55	81	83
- sonstige		49	50	43	53	54	34
AG Ludwigshafen am Rhein							
- streitiges Urteil		788	992	994	1.076	1.258	1.310
- Vergleich		330	223	221	270	264	279
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		729	757	733	895	951	1.081
- Beschluß		106	178	219	210	258	239
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		425	511	559	628	597	603
- sonstige		564	364	379	435	484	494
AG Mainz							
- streitiges Urteil		908	1.183	1.273	1.399	1.414	1.687
- Vergleich		537	232	267	317	382	440
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		870	768	854	1.019	1.145	1.352
- Beschluß		153	179	241	229	257	226
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		678	527	679	919	812	786
- sonstige		734	557	599	735	745	755

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 129

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Saarland							
AG Sulzbach							
- streitiges Urteil		211	169	148	177	213	211
- Vergleich		106	90	109	73	79	56
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		189	134	142	134	150	179
- Beschluß		59	32	32	36	46	29
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		129	104	102	114	153	138
- sonstige		164	72	77	67	95	88
AG St. Ingbert							
- streitiges Urteil		170	248	196	234	253	301
- Vergleich		47	26	52	73	81	62
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		106	120	182	202	166	169
- Beschluß		19	19	16	18	27	44
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		114	102	124	166	158	122
- sonstige		94	110	119	131	104	120
AG Saarlouis							
- streitiges Urteil		357	655	660	658	841	964
- Vergleich		139	215	192	142	140	198
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		306	379	483	601	631	625
- Beschluß		77	58	94	102	91	100
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		285	290	343	346	362	416
- sonstige		254	318	283	320	332	335
AG Saarbrücken							
- streitiges Urteil		1.419	1.426	1.474	1.510	1.777	1.789
- Vergleich		443	408	381	481	527	522
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.142	1.085	1.169	1.326	1.526	1.663
- Beschluß		170	146	150	183	222	253
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		951	822	921	921	1.009	1.135
- sonstige		1.138	564	572	589	709	768

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 130

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe							
- streitiges Urteil		89	74	100	90	97	117
- Vergleich		14	14	2	1	4	3
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		47	64	69	59	46	81
- Beschluß		17	16	17	14	15	13
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		30	22	26	27	39	24
- sonstige		18	28	24	41	34	28
AG Trittau							
- streitiges Urteil		100	101	144	136	130	163
- Vergleich		35	35	23	34	33	31
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		100	71	96	110	98	149
- Beschluß		39	31	45	60	61	51
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		44	43	45	72	51	72
- sonstige		62	60	65	53	51	60
AG Lübeck							
- streitiges Urteil		1.123	1.073	1.311	1.301	1.223	1.641
- Vergleich		423	392	329	324	343	458
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.209	1.271	1.364	1.493	1.572	1.948
- Beschluß		214	198	207	278	277	302
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		652	789	801	885	922	931
- sonstige		580	466	497	574	555	624
AG Kiel							
- streitiges Urteil		1.318	1.442	1.588	1.714	2.021	1.863
- Vergleich		500	413	436	428	470	455
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.139	1.356	1.497	1.571	1.681	1.595
- Beschluß		273	285	285	235	277	243
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		806	836	853	882	1.050	1.035
- sonstige		821	662	655	821	867	868

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 131

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald							
- Prozeßkostenhilfverfahren		0	0	0	0	1	1
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	1	2	1	2	0
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		8	6	6	16	6	4
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		1	0	0	3	0	2
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		4	4	7	4	4	5
- Entmündigungssachen		0	0	2	1	2	0
- Aufgebotsverfahren		0	3	1	2	2	2
- Gewöhnliche Prozesse:		112	127	142	117	150	153
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		11	15	26	21	29	20
- Unterhaltsrecht		9	3	3	4	2	2
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	28	22	31
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	10	7	9
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		3	0	0	27	47	38
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		89	109	113	27	43	53
AG Adelsheim							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	0	0	0	0	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	3	6	2	3	2
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		3	5	5	2	2	3
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	2	2	2
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		2	7	2	3	2	5
- Entmündigungssachen		0	0	1	1	2	2
- Aufgebotsverfahren		1	5	5	5	5	15
- Gewöhnliche Prozesse:		113	135	129	122	134	131
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		4	10	6	17	10	17
- Unterhaltsrecht		12	2	1	4	3	1
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	19	13	10
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	0	1	0
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		3	3	2	39	27	14
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		94	120	120	43	80	89

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 132

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Baden-Württemberg							
AG Heilbronn							
- Prozeßkostenhilfverfahren		20	1	2	4	1	4
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		12	9	11	19	28	45
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		104	94	125	99	78	122
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		7	6	6	9	7	11
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		62	79	56	113	86	124
- Entmündigungssachen		18	17	27	17	22	18
- Aufgebotsverfahren		26	44	43	52	32	45
- Gewöhnliche Prozesse:		3.262	3.457	3.298	3.852	3.844	4.624
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		144	265	321	673	536	541
- Unterhaltsrecht		155	36	16	32	15	19
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	386	401	394
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	60	56	101
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	9	17	899	719	775
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.963	3.147	2.944	1.802	2.117	2.794
AG Stuttgart							
- Prozeßkostenhilfverfahren		31	7	6	7	6	13
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		46	34	39	38	36	57
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		201	172	187	184	192	175
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		25	20	35	31	20	16
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		82	79	81	124	108	114
- Entmündigungssachen		16	31	25	29	31	23
- Aufgebotsverfahren		48	50	49	69	62	61
- Gewöhnliche Prozesse:		14.143	10.333	10.599	11.203	13.199	13.050
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		459	702	738	1.850	1.650	1.925
- Unterhaltsrecht		342	38	41	71	46	52
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	991	895	1.047
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	31	29	37
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		1.346	26	0	1.008	848	1.477
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		11.996	9.567	9.820	7.252	9.731	8.512

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 133

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bayern							
AG Lichtenfels							
- Prozeßkostenhilfverfahren		9	3	1	2	2	2
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		5	1	1	7	7	3
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		32	17	20	21	24	30
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	4	6	1	0	0
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		10	5	14	14	14	12
- Entmündigungssachen		6	4	3	1	1	7
- Aufgebotsverfahren		2	1	7	3	1	1
- Gewöhnliche Prozesse:		454	342	383	505	565	616
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		15	18	31	62	41	68
- Unterhaltsrecht		37	0	1	2	2	2
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	55	76	72
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	19	7	1
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	1	0	130	92	94
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		402	323	351	237	347	379
AG Lindau (Bodensee)							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	3	1	3	6	11
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		3	3	6	5	4	6
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		37	33	40	55	55	44
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		50	77	45	9	29	41
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		14	13	11	17	12	24
- Entmündigungssachen		7	2	8	9	4	1
- Aufgebotsverfahren		4	4	4	4	2	3
- Gewöhnliche Prozesse:		755	753	809	883	862	976
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		29	45	51	136	143	170
- Unterhaltsrecht		23	6	3	4	5	7
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	129	99	151
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	8	14	19
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	0	1	271	176	179
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		703	702	754	335	425	450

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 134

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bayern							
AG Nürnberg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		96	9	40	24	56	86
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		68	58	76	97	131	135
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		202	169	225	205	234	318
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		52	36	53	52	64	54
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		121	105	169	232	178	202
- Entmündigungssachen		55	43	43	23	26	22
- Aufgebotsverfahren		14	15	14	18	19	26
- Gewöhnliche Prozesse:		8.601	6.832	7.576	7.896	8.584	9.129
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		629	702	823	2.038	1.905	1.968
- Unterhaltsrecht		578	35	28	44	47	40
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	847	1.020	1.159
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	99	102	96
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		260	0	4	932	934	1.010
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		7.134	6.095	6.721	3.936	4.576	4.856
AG München							
- Prozeßkostenhilfverfahren		41	72	22	37	43	67
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		192	218	182	347	365	414
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		920	883	951	899	1.017	809
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		322	309	362	261	247	298
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		377	360	369	387	472	444
- Entmündigungssachen		323	213	175	170	95	93
- Aufgebotsverfahren		324	92	124	217	261	273
- Gewöhnliche Prozesse:		29.942	28.859	29.843	32.088	36.070	38.222
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		2.131	3.292	3.307	8.938	9.689	9.422
- Unterhaltsrecht		1.499	165	148	191	216	234
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	3.891	4.215	5.176
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	104	97	236
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		88	5	5	3.326	4.515	4.130
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		26.224	25.397	26.383	15.638	17.338	19.024

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 135

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Berlin							
AG Tiergarten							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	0	2	1	7	6
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		15	5	2	26	19	28
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		67	69	62	71	82	96
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		8	4	9	8	9	15
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		55	49	60	96	67	76
- Entmündigungssachen		4	5	1	2	5	4
- Aufgebotsverfahren		16	13	8	10	6	15
- Gewöhnliche Prozesse:		2.746	2.891	3.208	3.354	3.564	3.722
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		134	70	77	1.353	1.377	1.342
- Unterhaltsrecht		132	18	17	17	13	16
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	3	4	7
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	6	2	0
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		5	2	2	267	184	134
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.475	2.801	3.112	1.708	1.984	2.223
AG Spandau							
- Prozeßkostenhilfverfahren		6	5	0	10	6	2
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		18	22	21	36	42	30
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		158	102	91	106	114	105
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		15	16	10	13	20	15
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		59	69	91	90	111	114
- Entmündigungssachen		25	6	7	3	2	2
- Aufgebotsverfahren		15	11	12	19	19	5
- Gewöhnliche Prozesse:		3.300	2.797	2.999	3.313	3.585	3.728
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		682	488	476	996	1.148	1.029
- Unterhaltsrecht		323	46	24	42	30	36
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	11	12	19
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	4	4	5
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		9	11	24	135	167	110
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.286	2.252	2.475	2.125	2.224	2.529

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 136

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Berlin							
AG Wedding							
- Prozeßkostenhilfverfahren		41	15	8	22	16	14
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		32	34	45	61	82	93
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		213	185	179	201	215	153
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		11	14	7	27	31	26
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		81	109	133	198	205	194
- Entmündigungssachen		31	29	21	35	25	26
- Aufgebotsverfahren		51	58	63	32	46	35
- Gewöhnliche Prozesse:		7.564	7.556	8.335	8.741	9.429	9.829
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		1.443	1.590	1.525	3.252	3.461	3.266
- Unterhaltsrecht		397	53	41	48	57	41
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	20	24	13
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	32	25	18
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		22	7	3	1.243	744	404
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		5.702	5.906	6.766	4.146	5.118	6.087
AG Schöneberg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		20	11	10	6	16	15
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		76	38	84	110	102	131
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		434	297	300	285	304	352
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		65	65	51	47	63	62
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		119	114	153	211	192	240
- Entmündigungssachen		26	24	16	16	17	14
- Aufgebotsverfahren		60	49	67	71	34	69
- Gewöhnliche Prozesse:		9.505	9.612	10.623	11.191	11.361	12.354
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		366	1.364	1.356	3.588	3.498	3.841
- Unterhaltsrecht		500	70	43	98	82	87
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	47	32	33
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	50	30	68
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		290	377	27	1.143	932	1.157
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		8.349	7.801	9.197	6.265	6.787	7.168

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 137

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal							
- Prozeßkostenhilfverfahren		7	3	1	2	2	1
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		3	5	3	0	4	5
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		40	59	53	46	62	65
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		1	8	0	17	14	25
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		31	24	26	22	35	43
- Entmündigungssachen		20	10	13	32	26	11
- Aufgebotsverfahren		14	6	6	6	8	8
- Gewöhnliche Prozesse:		877	816	994	1.040	1.112	1.307
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		82	133	173	253	365	407
- Unterhaltsrecht		75	3	5	5	2	4
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	108	79	120
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	18	20	18
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		257	359	794	424	242	206
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		463	321	22	232	404	552
AG Bremerhaven							
- Prozeßkostenhilfverfahren		36	20	6	18	18	16
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		9	2	4	4	12	8
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		269	177	231	234	236	236
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		1	1	0	2	6	5
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		63	79	90	91	92	83
- Entmündigungssachen		79	103	122	91	62	35
- Aufgebotsverfahren		20	31	42	19	20	19
- Gewöhnliche Prozesse:		1.935	2.027	2.190	2.351	2.687	2.760
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		409	460	474	839	854	668
- Unterhaltsrecht		136	13	9	24	22	23
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	275	245	206
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	25	19	9
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		54	31	41	377	374	311
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.336	1.523	1.666	811	1.173	1.543

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 138

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bremen							
AG Bremen							
- Prozeßkostenhilfverfahren		27	21	18	20	50	44
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		56	31	38	62	64	91
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		355	578	526	543	547	477
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		27	14	27	48	53	58
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		169	162	161	239	291	257
- Entmündigungssachen		207	108	158	142	190	160
- Aufgebotsverfahren		56	112	85	73	83	81
- Gewöhnliche Prozesse:		7.908	8.516	9.002	10.541	11.173	11.408
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		888	1.252	1.312	2.937	3.238	2.912
- Unterhaltsrecht		471	27	19	61	58	56
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	840	721	700
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	217	200	130
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		112	2	2	2.901	2.554	2.015
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		6.437	7.235	7.669	3.585	4.402	5.595

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 139

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese							
- Prozeßkostenhilfverfahren		40	0	1	3	4	fehlt
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		5	0	4	5	4	fehlt
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		46	59	36	29	47	fehlt
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		4	2	2	2	7	fehlt
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		8	21	15	14	17	fehlt
- Entzündigungssachen		23	27	24	23	20	fehlt
- Aufgebotsverfahren		2	11	12	6	12	fehlt
- Gewöhnliche Prozesse:		1.157	1.081	1.240	1.172	1.329	fehlt
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		106	172	128	391	513	fehlt
- Unterhaltsrecht		53	4	2	14	13	fehlt
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	69	73	fehlt
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	16	19	fehlt
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		4	2	0	636	485	fehlt
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		994	903	1.110	46	226	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf							
- Prozeßkostenhilfverfahren		70	0	0	1	1	fehlt
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		1	3	6	12	11	fehlt
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		41	36	38	56	73	fehlt
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		8	1	1	1	2	fehlt
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		15	19	13	28	34	fehlt
- Entzündigungssachen		21	20	29	20	30	fehlt
- Aufgebotsverfahren		7	3	11	3	5	fehlt
- Gewöhnliche Prozesse:		1.293	1.021	1.234	1.237	1.453	fehlt
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		157	194	203	398	437	fehlt
- Unterhaltsrecht		57	3	4	7	3	fehlt
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	106	117	fehlt
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	33	22	fehlt
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		4	0	0	397	513	fehlt
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.075	824	1.027	296	361	fehlt

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 140

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							

Hamburg

AG Hamburg-Hamburg

- Prozeßkostenhilfverfahren		13	13	9	9	2	fehlt
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		18	11	9	12	8	fehlt
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		87	79	59	70	91	fehlt
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		2	1	2	7	5	fehlt
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		36	20	21	46	16	fehlt
- Entmündigungssachen		57	59	34	46	45	fehlt
- Aufgebotsverfahren		21	32	14	33	18	fehlt
- Gewöhnliche Prozesse:		2.853	2.989	3.234	3.205	3.639	fehlt
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		412	614	585	892	948	fehlt
- Unterhaltsrecht		229	10	23	15	22	fehlt
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	92	103	fehlt
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	1	14	fehlt
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		107	7	64	526	374	fehlt
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.105	2.358	2.562	1.679	2.178	fehlt

AG Hamburg

- Prozeßkostenhilfverfahren		1.105	57	49	30	46	fehlt
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		224	305	268	314	362	fehlt
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		565	592	665	614	651	fehlt
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		73	54	43	48	41	fehlt
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		157	207	228	323	335	fehlt
- Entmündigungssachen		363	445	411	418	339	fehlt
- Aufgebotsverfahren		72	106	117	73	83	fehlt
- Gewöhnliche Prozesse:		29.788	25.757	26.115	26.162	27.775	fehlt
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		2.600	3.734	3.999	8.988	9.251	fehlt
- Unterhaltsrecht		1.286	102	62	127	117	fehlt
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	2.590	2.782	fehlt
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	28	9	fehlt
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		2.581	1.373	494	3.808	3.413	fehlt
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		23.321	20.548	21.560	10.621	12.203	fehlt

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 141

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Hessen							
AG Homberg (Efze)							
- Prozeßkostenhilfverfahren		5	0	1	1	1	3
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		1	1	0	5	2	7
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		15	12	7	10	7	10
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	1	0	3	2
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		7	7	8	9	11	7
- Entmündigungssachen		0	1	0	1	0	0
- Aufgebotsverfahren		3	1	0	3	0	4
- Gewöhnliche Prozesse:		258	176	211	259	242	270
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		13	9	13	33	38	44
- Unterhaltsrecht		18	2	1	5	5	3
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	34	28	43
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	2	4	4
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		1	0	0	75	72	65
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		226	165	197	110	95	111
AG Bad Wildungen							
- Prozeßkostenhilfverfahren		8	3	0	2	1	4
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		5	0	0	4	4	9
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		22	19	18	30	20	31
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		3	2	1	0	6	16
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		12	0	3	6	5	10
- Entmündigungssachen		2	1	2	1	0	0
- Aufgebotsverfahren		2	4	1	2	3	6
- Gewöhnliche Prozesse:		280	297	284	328	329	385
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		6	16	23	79	78	87
- Unterhaltsrecht		17	1	0	11	11	13
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	38	25	52
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	3	14	7
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		2	0	0	128	124	106
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		255	280	261	69	77	120

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 142

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Hessen							
AG Kassel							
- Prozeßkostenhilfverfahren		14	7	14	4	21	14
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		33	25	40	45	89	112
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		313	195	270	234	224	197
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		42	39	30	59	111	38
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		163	91	122	180	137	173
- Entmündigungssachen		20	20	16	9	27	13
- Aufgebotsverfahren		36	36	20	28	29	32
- Gewöhnliche Prozesse:		5.601	4.503	5.101	5.798	5.858	7.430
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		569	544	618	1.601	1.599	2.258
- Unterhaltsrecht		373	19	3	7	3	14
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	534	615	648
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	88	77	72
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		473	10	42	3.103	2.156	1.171
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		4.186	3.930	4.438	465	1.408	3.267
AG Frankfurt am Main							
- Prozeßkostenhilfverfahren		15	5	9	17	9	28
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		166	161	133	169	128	170
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		686	735	694	721	661	715
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		78	53	58	56	38	61
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		298	249	264	296	285	225
- Entmündigungssachen		36	37	42	58	51	53
- Aufgebotsverfahren		84	104	109	104	97	121
- Gewöhnliche Prozesse:		21.472	16.610	16.181	18.710	19.764	22.456
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		2.503	2.001	1.708	5.525	5.706	6.392
- Unterhaltsrecht		830	86	86	115	144	108
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	1.287	1.209	1.580
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	34	26	97
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		593	9	15	1.518	1.141	1.596
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		17.546	14.514	14.372	10.231	11.538	12.683

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 143

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	0	0	0	1	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	2	2	5	2	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		8	16	23	12	9	12
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	0	3	0
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		5	4	8	7	14	6
- Entmündigungssachen		1	4	2	7	1	3
- Aufgebotsverfahren		4	1	3	3	2	3
- Gewöhnliche Prozesse:		202	218	236	317	253	222
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		12	20	13	50	36	28
- Unterhaltsrecht		9	1	1	4	2	0
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	24	22	14
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	16	0	4
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	7	0	96	66	28
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		181	190	222	127	127	148
AG Rinteln							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	5	1	0	0	4
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		3	3	4	11	0	3
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		28	42	31	24	32	16
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	3	1	2	4
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		4	12	3	6	12	9
- Entmündigungssachen		5	4	7	6	3	4
- Aufgebotsverfahren		13	13	16	19	10	11
- Gewöhnliche Prozesse:		301	400	451	475	504	572
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		22	40	39	77	75	90
- Unterhaltsrecht		13	2	3	1	3	7
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	48	60	63
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	8	8	6
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		4	1	1	280	248	231
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		262	357	408	61	110	175

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 144

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Niedersachsen							
AG Braunschweig							
- Prozeßkostenhilfverfahren		35	15	13	7	6	36
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		14	5	10	7	12	27
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		195	179	188	208	202	216
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		8	10	10	14	13	31
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		58	71	67	73	86	90
- Entmündigungssachen		27	15	25	13	19	8
- Aufgebotsverfahren		53	82	105	89	90	61
- Gewöhnliche Prozesse:		3.763	3.894	4.554	5.083	5.231	5.179
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		367	485	433	969	861	1.054
- Unterhaltsrecht		360	25	14	57	28	26
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	145	79	161
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	19	6	34
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		72	43	11	1.029	801	639
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.964	3.341	4.096	2.864	3.456	3.265
AG Hannover							
- Prozeßkostenhilfverfahren		39	25	13	21	41	42
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		68	33	55	126	118	152
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		501	364	372	407	440	424
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		12	14	13	18	19	21
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		253	200	334	297	274	380
- Entmündigungssachen		115	89	104	75	88	86
- Aufgebotsverfahren		140	120	148	153	137	140
- Gewöhnliche Prozesse:		13.957	13.737	14.238	17.380	17.878	18.013
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		806	967	1.070	3.295	2.856	2.909
- Unterhaltsrecht		556	70	41	133	73	96
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	1.727	1.312	1.356
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	66	38	30
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		323	7	79	3.650	2.557	1.805
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		12.272	12.693	13.048	8.509	11.042	11.817

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 145

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	0	2	2	1	2
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	2	2	2	2	0
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		16	8	20	7	22	9
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		2	1	0	0	3	9
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		5	3	4	3	5	5
- Entwündigungssachen		53	84	80	68	75	59
- Aufgebotsverfahren		7	2	1	3	4	4
- Gewöhnliche Prozesse:		158	170	226	248	212	211
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		10	12	13	40	33	36
- Unterhaltsrecht		9	2	3	5	3	4
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	22	25	23
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	7	9	5
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	0	0	64	48	52
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		139	156	210	110	94	91
AG Schmallenberg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	3	0	1	1	2
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		5	0	3	3	1	2
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		20	38	27	19	21	18
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	1	0	0	0
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		6	1	7	5	6	8
- Entwündigungssachen		3	5	5	7	14	7
- Aufgebotsverfahren		7	3	0	8	2	11
- Gewöhnliche Prozesse:		216	211	227	244	223	250
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		7	16	13	31	25	36
- Unterhaltsrecht		4	2	1	0	0	1
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	38	27	31
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	6	5	1
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		1	1	6	58	52	49
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		204	192	207	111	114	132

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 146

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Nordrhein-Westfalen							
AG Dortmund							
- Prozeßkostenhilfverfahren		11	16	8	16	18	23
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		58	10	14	70	78	95
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		380	238	319	355	347	336
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		11	4	4	30	30	40
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		300	151	139	247	232	222
- Entmündigungssachen		161	109	101	89	89	79
- Aufgebotsverfahren		67	45	48	50	42	48
- Gewöhnliche Prozesse:		13.561	11.601	12.055	13.641	15.446	16.100
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		1.455	771	783	2.606	3.142	3.449
- Unterhaltsrecht		923	17	6	104	104	98
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	1.327	1.461	1.551
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	277	256	198
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		284	134	105	3.380	3.052	2.580
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		10.899	10.679	11.161	5.947	7.431	8.224
AG Köln							
- Prozeßkostenhilfverfahren		3	6	3	13	10	12
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		102	137	87	157	128	104
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		902	971	852	912	916	839
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		17	21	13	39	29	17
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		290	420	474	461	499	580
- Entmündigungssachen		322	309	302	257	174	173
- Aufgebotsverfahren		121	125	122	262	166	184
- Gewöhnliche Prozesse:		23.411	23.624	24.981	28.046	29.232	33.554
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		1.653	2.126	2.196	9.916	10.238	10.833
- Unterhaltsrecht		1.415	134	127	193	144	172
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	3.211	3.470	3.915
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	50	16	43
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		113	422	129	5.269	2.717	3.349
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		20.230	20.942	22.529	9.407	12.647	15.242

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 147

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- Prozeßkostenhilfverfahren		3	1	0	1	5	3
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		1	2	1	2	3	5
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		20	23	22	19	11	9
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	1	3	5
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		7	8	9	14	11	9
- Entmündigungssachen		1	0	1	0	0	0
- Aufgebotsverfahren		10	9	7	5	7	7
- Gewöhnliche Prozesse:		221	215	220	249	268	291
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		25	25	22	47	59	53
- Unterhaltsrecht		16	2	1	3	1	4
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	21	43	45
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	5	6	11
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		4	3	1	49	47	70
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		176	185	196	124	112	108
AG Hermeskeil							
- Prozeßkostenhilfverfahren		0	0	0	0	0	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	1	0	1	0	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		16	8	18	22	34	19
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		2	0	0	0	5	3
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		5	8	3	6	5	9
- Entmündigungssachen		1	0	1	2	0	2
- Aufgebotsverfahren		17	23	9	22	16	13
- Gewöhnliche Prozesse:		211	225	242	263	310	297
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		11	10	11	31	38	31
- Unterhaltsrecht		7	5	2	3	1	1
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	36	38	41
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	5	8	4
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	0	0	91	119	98
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		193	210	229	97	106	122

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 148

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Rheinland-Pfalz							
AG Ludwigshafen am Rhein							
- Prozeßkostenhilfverfahren		12	2	0	1	2	9
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		16	59	14	20	23	30
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		107	136	199	165	221	195
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		1	3	2	6	8	12
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		46	19	28	45	63	84
- Entmündigungssachen		5	4	3	2	0	4
- Aufgebotsverfahren		10	8	3	2	6	15
- Gewöhnliche Prozesse:		2.745	2.794	2.856	3.273	3.489	3.657
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		150	306	304	925	865	962
- Unterhaltsrecht		129	7	1	9	12	17
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	171	197	283
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	3	9	14
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		47	0	0	255	334	414
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.419	2.481	2.551	1.910	2.072	1.967
AG Mainz							
- Prozeßkostenhilfverfahren		12	11	2	5	8	5
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		17	15	28	40	54	71
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		195	178	243	201	208	193
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		13	11	10	27	29	39
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		58	58	71	83	83	93
- Entmündigungssachen		7	6	4	9	12	7
- Aufgebotsverfahren		24	29	40	37	23	32
- Gewöhnliche Prozesse:		3.554	3.138	3.515	4.216	4.338	4.806
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		156	220	348	1.380	1.336	1.352
- Unterhaltsrecht		158	9	18	51	36	48
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	448	440	465
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	21	49	51
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		5	0	0	562	683	768
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		3.235	2.909	3.149	1.754	1.794	2.122

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 149

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							

Saarland

AG Sulzbach

- Prozeßkostenhilfverfahren		5	0	0	2	0	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		16	7	9	12	7	13
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		70	34	34	36	58	44
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		6	0	0	0	0	0
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		11	0	0	11	12	13
- Entmündigungssachen		1	2	0	0	0	4
- Aufgebotsverfahren		5	4	3	3	3	4
- Gewöhnliche Prozesse:		744	554	564	537	656	623
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		68	11	29	100	106	102
- Unterhaltsrecht		71	1	2	1	2	5
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	71	81	61
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	10	4	1
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		451	0	0	148	179	144
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		154	542	533	207	284	310

AG St. Ingbert

- Prozeßkostenhilfverfahren		4	2	2	2	2	2
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		9	8	11	15	14	7
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		40	36	28	36	34	56
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		4	0	1	12	7	5
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		6	2	0	21	13	24
- Entmündigungssachen		1	1	1	7	1	2
- Aufgebotsverfahren		0	8	6	0	7	4
- Gewöhnliche Prozesse:		486	568	640	731	711	718
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		40	28	36	150	169	104
- Unterhaltsrecht		34	1	0	10	5	2
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	124	99	100
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	20	40	13
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		6	0	0	171	196	93
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		406	539	604	256	202	406

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 150

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							

Saarland

AG Saarlouis

- Prozeßkostenhilfverfahren		3	0	0	4	6	8
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		40	26	33	34	44	45
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		160	122	157	159	142	162
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		14	5	6	7	19	20
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		37	20	27	45	44	60
- Entmündigungssachen		6	7	12	2	10	3
- Aufgebotsverfahren		11	30	43	29	27	38
- Gewöhnliche Prozesse:		1.147	1.705	1.777	1.889	2.105	2.302
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		99	66	127	304	358	402
- Unterhaltsrecht		83	4	5	9	5	8
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	235	235	305
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	19	49	77
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		5	0	0	864	660	522
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		960	1.635	1.645	458	798	988

AG Saarbrücken

- Prozeßkostenhilfverfahren		13	2	0	11	8	23
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		89	38	45	68	90	65
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		252	201	140	186	194	211
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		4	3	11	16	32	31
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		81	29	35	99	145	124
- Entmündigungssachen		16	10	22	21	14	6
- Aufgebotsverfahren		13	31	17	27	33	34
- Gewöhnliche Prozesse:		4.795	4.137	4.397	4.582	5.254	5.636
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		268	227	458	1.367	1.443	1.592
- Unterhaltsrecht		220	7	0	3	7	17
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	611	663	650
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	213	262	257
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		2	199	3	1.183	847	746
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		4.305	3.704	3.936	1.205	2.032	2.374

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 151

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							

Schleswig-Holstein

AG Lauenburg / Elbe

- Prozeßkostenhilfverfahren		0	1	0	1	0	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	1	0	1	1	2
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		16	14	18	16	11	8
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	1	1	2
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		5	3	3	7	6	5
- Entmündigungssachen		4	5	2	2	5	7
- Aufgebotsverfahren		2	0	7	3	1	0
- Gewöhnliche Prozesse:		186	194	208	201	210	242
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		16	28	33	28	36	80
- Unterhaltsrecht		14	8	11	6	0	7
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	13	11	4
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	2	7	3
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	0	0	36	18	14
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		156	158	164	116	138	134

AG Trittau

- Prozeßkostenhilfverfahren		3	3	1	1	3	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	0	2	1	1	4
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		31	19	29	39	38	30
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	0	0	0
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		4	1	3	8	2	6
- Entmündigungssachen		8	13	10	9	9	13
- Aufgebotsverfahren		4	0	5	3	6	4
- Gewöhnliche Prozesse:		328	305	368	404	365	469
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		26	20	29	99	87	103
- Unterhaltsrecht		26	4	5	7	6	8
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	34	15	23
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	28	34	55
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		3	1	2	93	93	122
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		273	280	332	143	130	158

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 152

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Schleswig-Holstein							
AG Lübeck							
- Prozeßkostenhilfverfahren		16	12	6	13	29	33
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		13	11	11	19	26	16
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		149	175	144	163	131	134
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		8	3	6	7	10	6
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		88	78	119	126	131	149
- Entmündigungssachen		61	51	43	86	64	52
- Aufgebotsverfahren		36	50	41	56	40	53
- Gewöhnliche Prozesse:		3.830	3.809	4.139	4.385	4.461	5.461
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		341	471	520	1.223	1.065	1.131
- Unterhaltsrecht		183	24	21	68	41	42
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	423	352	444
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	97	59	55
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		36	29	96	803	787	1.017
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		3.270	3.285	3.502	1.771	2.157	2.772
AG Kiel							
- Prozeßkostenhilfverfahren		54	31	28	19	22	14
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		16	30	17	27	24	18
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		156	134	158	179	156	145
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		4	5	6	32	19	2
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		69	106	128	149	150	77
- Entmündigungssachen		95	99	86	65	87	85
- Aufgebotsverfahren		39	84	76	85	96	38
- Gewöhnliche Prozesse:		4.424	4.505	4.815	5.095	5.812	5.680
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		251	627	638	1.081	606	766
- Unterhaltsrecht		234	28	37	68	66	77
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	354	169	249
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	46	2	11
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		813	22	62	794	694	661
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		3.126	3.828	4.078	2.752	4.275	3.916

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 153

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Baden-Württemberg								
AG Schönau im Schwarzwald								
-	bis 100 DM		5	3	2	6	3	6
-	Über 100 bis 200 DM		6	9	9	6	10	9
-	Über 200 bis 500 DM		23	27	24	25	28	25
-	Über 500 bis 1.000 DM		18	21	32	33	33	31
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		15	25	21	17	17	18
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		10	16	10	13	21	12
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		18	25	42	18	35	24
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		9	8	16	8	17	33
-	Über 5.000 DM		21	6	4	18	3	9
-	ohne Angabe		0	1	0	0	0	0
AG Adelsheim								
-	bis 100 DM		8	7	10	3	7	2
-	Über 100 bis 200 DM		9	12	11	10	16	5
-	Über 200 bis 500 DM		28	23	23	24	27	25
-	Über 500 bis 1.000 DM		23	33	30	31	35	25
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		13	19	29	23	13	17
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		3	19	11	8	10	13
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		21	22	24	22	15	33
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		10	14	4	12	22	30
-	Über 5.000 DM		7	6	6	4	5	10
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Heilbronn								
-	bis 100 DM		204	171	163	154	171	191
-	Über 100 bis 200 DM		280	260	231	247	268	304
-	Über 200 bis 500 DM		657	665	635	744	732	769
-	Über 500 bis 1.000 DM		734	746	734	835	793	917
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		433	479	477	556	458	528
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		239	381	340	402	331	439
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		452	511	505	606	551	625
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		242	303	272	339	526	909
-	Über 5.000 DM		265	190	211	282	267	310
-	ohne Angabe		5	1	0	0	1	1
AG Stuttgart								
-	bis 100 DM		2.791	742	671	628	780	587
-	Über 100 bis 200 DM		2.041	1.483	1.334	1.411	1.629	1.482
-	Über 200 bis 500 DM		2.516	2.975	3.157	3.041	4.030	3.518
-	Über 500 bis 1.000 DM		2.438	1.795	2.006	2.099	2.277	2.353
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		1.561	909	996	1.144	1.097	1.081
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		667	727	694	888	821	862
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		1.062	1.130	1.183	1.335	1.231	1.239
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		629	513	503	548	1.130	1.577
-	Über 5.000 DM		870	434	461	591	658	810
-	ohne Angabe		17	18	16	0	1	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 154

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Bayern								
AG Lichtenfels								
-	bis 100 DM		32	21	22	30	21	21
-	Über 100 bis 200 DM		38	21	26	25	27	45
-	Über 200 bis 500 DM		88	84	76	114	113	122
-	Über 500 bis 1.000 DM		89	81	88	105	132	127
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		64	57	61	74	75	66
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		31	29	39	58	60	70
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		68	44	64	73	87	80
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		48	23	35	40	71	108
-	Über 5.000 DM		60	17	24	35	28	32
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Lindau (Bodensee)								
-	bis 100 DM		47	34	26	29	27	46
-	Über 100 bis 200 DM		67	49	60	57	45	58
-	Über 200 bis 500 DM		166	166	147	158	149	159
-	Über 500 bis 1.000 DM		169	190	195	185	205	219
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		83	84	132	137	109	132
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		61	81	86	98	96	97
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		106	135	137	165	134	127
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		85	71	70	81	130	193
-	Über 5.000 DM		87	78	70	75	80	76
-	ohne Angabe		0	0	1	0	0	0
AG Nürnberg								
-	bis 100 DM		688	336	328	369	347	341
-	Über 100 bis 200 DM		711	474	527	490	535	521
-	Über 200 bis 500 DM		1.746	1.329	1.500	1.483	1.472	1.569
-	Über 500 bis 1.000 DM		1.873	1.553	1.721	1.773	1.823	1.789
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		1.158	995	1.025	1.113	1.139	1.219
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		655	729	779	875	872	933
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		1.007	969	1.201	1.162	1.281	1.258
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		652	565	687	750	1.237	1.727
-	Über 5.000 DM		714	317	428	532	586	615
-	ohne Angabe		5	0	0	0	2	0
AG München								
-	bis 100 DM		2.276	1.342	1.228	1.267	1.204	1.240
-	Über 100 bis 200 DM		2.547	1.755	1.906	1.928	2.040	1.984
-	Über 200 bis 500 DM		6.398	4.953	4.960	5.563	5.812	5.752
-	Über 500 bis 1.000 DM		6.990	6.277	6.447	7.013	7.561	7.477
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		4.284	4.013	4.507	4.544	4.807	4.859
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		2.116	3.153	3.180	3.489	3.627	3.598
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		3.097	4.396	4.817	5.102	5.082	5.243
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		1.920	2.489	2.267	2.225	4.751	6.395
-	Über 5.000 DM		2.796	2.612	2.699	3.225	3.681	4.073
-	ohne Angabe		17	16	17	0	9	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 155

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Berlin								
AG Tiergarten								
-	bis 100 DM		403	309	327	377	329	341
-	über 100 bis 200 DM		222	235	235	255	271	255
-	über 200 bis 500 DM		460	655	630	609	610	636
-	über 500 bis 1.000 DM		501	484	650	637	639	675
-	über 1.000 bis 1.500 DM		391	308	347	358	379	390
-	über 1.500 bis 2.000 DM		207	248	278	306	296	288
-	über 2.000 bis 3.000 DM		353	330	401	388	418	407
-	über 3.000 bis 5.000 DM		198	257	268	342	431	545
-	über 5.000 DM		177	207	215	296	386	425
-	ohne Angabe		0	3	1	0	0	0
AG Spandau								
-	bis 100 DM		362	224	279	324	322	289
-	über 100 bis 200 DM		295	198	224	229	254	244
-	über 200 bis 500 DM		647	536	555	602	640	639
-	über 500 bis 1.000 DM		583	568	597	644	683	686
-	über 1.000 bis 1.500 DM		380	322	314	392	354	373
-	über 1.500 bis 2.000 DM		253	268	263	255	275	308
-	über 2.000 bis 3.000 DM		448	382	343	423	456	385
-	über 3.000 bis 5.000 DM		276	264	310	318	472	597
-	über 5.000 DM		352	262	340	403	443	480
-	ohne Angabe		0	4	6	0	0	0
AG Wedding								
-	bis 100 DM		909	751	986	891	949	978
-	über 100 bis 200 DM		638	536	580	627	611	641
-	über 200 bis 500 DM		1.352	1.361	1.468	1.520	1.602	1.697
-	über 500 bis 1.000 DM		1.413	1.305	1.462	1.570	1.588	1.619
-	über 1.000 bis 1.500 DM		1.281	889	935	988	1.000	918
-	über 1.500 bis 2.000 DM		648	772	816	830	868	771
-	über 2.000 bis 3.000 DM		726	1.027	1.016	1.140	1.116	1.094
-	über 3.000 bis 5.000 DM		495	665	811	905	1.219	1.481
-	über 5.000 DM		557	693	715	846	1.096	1.171
-	ohne Angabe		5	1	2	0	0	0
AG Schöneberg								
-	bis 100 DM		978	844	1.124	1.055	905	965
-	über 100 bis 200 DM		918	700	718	851	867	875
-	über 200 bis 500 DM		1.974	1.847	1.985	2.042	2.001	2.126
-	über 500 bis 1.000 DM		1.860	1.855	2.035	2.221	2.136	2.223
-	über 1.000 bis 1.500 DM		1.205	1.054	1.214	1.217	1.193	1.265
-	über 1.500 bis 2.000 DM		643	839	909	887	932	987
-	über 2.000 bis 3.000 DM		1.145	1.170	1.246	1.378	1.301	1.357
-	über 3.000 bis 5.000 DM		716	862	940	981	1.423	1.871
-	über 5.000 DM		858	1.032	1.114	1.304	1.331	1.568
-	ohne Angabe		8	7	19	1	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 156

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal							
- bis 100 DM		60	46	46	54	53	56
- über 100 bis 200 DM		71	59	60	61	64	77
- über 200 bis 500 DM		204	177	187	198	208	284
- über 500 bis 1.000 DM		174	202	224	212	215	260
- über 1.000 bis 1.500 DM		101	99	117	106	116	136
- über 1.500 bis 2.000 DM		63	72	96	108	87	96
- über 2.000 bis 3.000 DM		143	96	139	142	149	145
- über 3.000 bis 5.000 DM		82	111	103	135	180	229
- über 5.000 DM		93	69	124	149	191	182
- ohne Angabe		2	0	0	0	0	0
AG Bremerhaven							
- bis 100 DM		148	83	96	117	137	104
- über 100 bis 200 DM		186	118	157	158	183	181
- über 200 bis 500 DM		525	381	461	522	574	538
- über 500 bis 1.000 DM		413	467	468	488	552	622
- über 1.000 bis 1.500 DM		271	267	272	265	296	274
- über 1.500 bis 2.000 DM		147	224	189	215	206	242
- über 2.000 bis 3.000 DM		332	308	272	331	337	346
- über 3.000 bis 5.000 DM		205	349	467	396	487	527
- über 5.000 DM		185	233	298	318	361	328
- ohne Angabe		0	10	5	0	0	0
AG Bremen							
- bis 100 DM		680	484	438	553	503	536
- über 100 bis 200 DM		773	631	676	1.115	789	819
- über 200 bis 500 DM		1.694	1.788	1.928	2.081	2.183	2.022
- über 500 bis 1.000 DM		1.809	1.988	1.996	2.201	2.306	2.186
- über 1.000 bis 1.500 DM		1.007	1.078	1.091	1.335	1.309	1.335
- über 1.500 bis 2.000 DM		535	819	892	893	955	974
- über 2.000 bis 3.000 DM		1.112	1.182	1.230	1.387	1.435	1.417
- über 3.000 bis 5.000 DM		555	768	892	1.014	1.893	2.170
- über 5.000 DM		575	785	836	1.088	1.078	1.117
- ohne Angabe		65	19	36	2	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 157

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
GEBÜHRENSTREITWERT								
Hamburg								
AG Hamburg-Blankenese								
- bis 100 DM		114	45	52	53	62	fehlt	
- über 100 bis 200 DM		86	92	114	86	92	fehlt	
- über 200 bis 500 DM		218	212	221	207	225	fehlt	
- über 500 bis 1.000 DM		212	235	273	243	260	fehlt	
- über 1.000 bis 1.500 DM		134	115	173	150	165	fehlt	
- über 1.500 bis 2.000 DM		90	97	116	113	114	fehlt	
- über 2.000 bis 3.000 DM		234	177	164	158	153	fehlt	
- über 3.000 bis 5.000 DM		106	109	103	119	177	fehlt	
- über 5.000 DM		91	119	118	125	192	fehlt	
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	fehlt	
AG Hamburg-Bergedorf								
- bis 100 DM		152	45	71	52	50	fehlt	
- über 100 bis 200 DM		114	84	78	93	117	fehlt	
- über 200 bis 500 DM		266	175	239	228	278	fehlt	
- über 500 bis 1.000 DM		244	220	253	261	315	fehlt	
- über 1.000 bis 1.500 DM		155	124	162	170	205	fehlt	
- über 1.500 bis 2.000 DM		61	110	112	108	129	fehlt	
- über 2.000 bis 3.000 DM		129	142	209	193	182	fehlt	
- über 3.000 bis 5.000 DM		128	117	103	123	174	fehlt	
- über 5.000 DM		129	86	105	130	159	fehlt	
- ohne Angabe		78	0	0	0	0	fehlt	
AG Hamburg-Harburg								
- bis 100 DM		223	141	140	104	126	fehlt	
- über 100 bis 200 DM		275	259	303	328	334	fehlt	
- über 200 bis 500 DM		564	493	531	556	636	fehlt	
- über 500 bis 1.000 DM		600	583	593	646	625	fehlt	
- über 1.000 bis 1.500 DM		398	389	423	384	422	fehlt	
- über 1.500 bis 2.000 DM		213	330	305	309	284	fehlt	
- über 2.000 bis 3.000 DM		403	473	534	563	552	fehlt	
- über 3.000 bis 5.000 DM		188	256	272	237	436	fehlt	
- über 5.000 DM		210	280	279	301	409	fehlt	
- ohne Angabe		13	0	2	0	0	fehlt	
AG Hamburg								
- bis 100 DM		2.651	1.449	1.207	1.068	1.024	fehlt	
- über 100 bis 200 DM		2.915	1.980	2.021	2.091	2.146	fehlt	
- über 200 bis 500 DM		6.420	4.769	4.518	4.474	4.432	fehlt	
- über 500 bis 1.000 DM		6.359	5.698	5.940	5.584	5.762	fehlt	
- über 1.000 bis 1.500 DM		3.912	3.465	3.404	3.561	3.456	fehlt	
- über 1.500 bis 2.000 DM		1.835	2.472	2.624	2.533	2.593	fehlt	
- über 2.000 bis 3.000 DM		3.684	3.676	3.602	3.808	3.711	fehlt	
- über 3.000 bis 5.000 DM		1.674	1.960	2.261	2.430	3.827	fehlt	
- über 5.000 DM		2.107	2.031	2.297	2.433	2.681	fehlt	
- ohne Angabe		790	23	22	0	0	fehlt	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 158

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Hessen							
AG Homberg (Efze)							
- bis 100 DM		24	6	14	8	17	12
- über 100 bis 200 DM		24	15	13	12	17	14
- über 200 bis 500 DM		49	23	35	63	42	45
- über 500 bis 1.000 DM		56	42	48	72	54	50
- über 1.000 bis 1.500 DM		25	22	31	35	23	31
- über 1.500 bis 2.000 DM		14	21	20	23	26	28
- über 2.000 bis 3.000 DM		37	22	23	41	27	32
- über 3.000 bis 5.000 DM		20	24	27	16	36	58
- über 5.000 DM		38	23	17	18	24	33
- ohne Angabe		2	0	0	0	0	0
AG Bad Wildungen							
- bis 100 DM		25	21	21	19	12	12
- über 100 bis 200 DM		21	16	31	21	28	25
- über 200 bis 500 DM		88	58	58	61	64	75
- über 500 bis 1.000 DM		73	78	72	89	73	90
- über 1.000 bis 1.500 DM		36	41	34	47	35	59
- über 1.500 bis 2.000 DM		14	26	23	31	30	35
- über 2.000 bis 3.000 DM		43	45	31	39	53	58
- über 3.000 bis 5.000 DM		17	24	25	41	57	76
- über 5.000 DM		17	17	14	25	16	31
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Kassel							
- bis 100 DM		477	295	280	278	286	282
- über 100 bis 200 DM		545	310	393	400	416	429
- über 200 bis 500 DM		1.216	994	1.001	1.171	1.196	1.328
- über 500 bis 1.000 DM		1.291	1.004	1.188	1.328	1.414	1.675
- über 1.000 bis 1.500 DM		722	522	609	796	767	952
- über 1.500 bis 2.000 DM		353	419	507	574	528	682
- über 2.000 bis 3.000 DM		683	676	810	888	842	925
- über 3.000 bis 5.000 DM		457	427	496	550	691	1.253
- über 5.000 DM		469	265	326	372	356	483
- ohne Angabe		9	4	3	0	0	0
AG Frankfurt am Main							
- bis 100 DM		1.758	1.043	849	1.039	958	1.027
- über 100 bis 200 DM		2.075	1.287	1.193	1.426	1.410	1.447
- über 200 bis 500 DM		4.947	3.383	3.049	3.437	3.465	3.620
- über 500 bis 1.000 DM		4.787	3.486	3.466	4.151	4.001	4.417
- über 1.000 bis 1.500 DM		2.848	2.109	2.080	2.452	2.532	2.654
- über 1.500 bis 2.000 DM		1.156	1.587	1.630	1.840	1.932	2.155
- über 2.000 bis 3.000 DM		1.973	2.224	2.226	2.750	2.790	2.870
- über 3.000 bis 5.000 DM		1.336	1.306	1.361	1.415	2.241	3.719
- über 5.000 DM		1.887	1.521	1.628	1.621	1.704	1.920
- ohne Angabe		68	8	8	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 159

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Niedersachsen								
AG Bad Gandersheim								
- bis 100 DM			16	8	8	9	13	7
- über 100 bis 200 DM			15	16	16	32	18	23
- über 200 bis 500 DM			56	46	44	71	49	49
- über 500 bis 1.000 DM			48	61	55	78	66	49
- über 1.000 bis 1.500 DM			24	30	36	36	34	23
- über 1.500 bis 2.000 DM			13	13	22	25	15	16
- über 2.000 bis 3.000 DM			30	35	42	49	43	30
- über 3.000 bis 5.000 DM			7	21	31	31	31	37
- über 5.000 DM			12	15	20	20	16	13
- ohne Angabe			0	0	0	0	0	0
AG Rinteln								
- bis 100 DM			15	20	21	22	32	25
- über 100 bis 200 DM			24	25	29	30	33	34
- über 200 bis 500 DM			70	86	87	104	90	88
- über 500 bis 1.000 DM			73	99	124	124	132	101
- über 1.000 bis 1.500 DM			46	51	56	64	51	67
- über 1.500 bis 2.000 DM			22	40	49	48	45	73
- über 2.000 bis 3.000 DM			42	72	76	70	77	94
- über 3.000 bis 5.000 DM			27	49	36	31	60	88
- über 5.000 DM			35	34	38	49	43	53
- ohne Angabe			1	3	0	0	0	0
AG Braunschweig								
- bis 100 DM			361	260	253	301	302	236
- über 100 bis 200 DM			377	296	394	435	450	381
- über 200 bis 500 DM			851	811	839	929	918	906
- über 500 bis 1.000 DM			734	811	1.003	1.134	1.070	1.081
- über 1.000 bis 1.500 DM			503	489	684	726	618	615
- über 1.500 bis 2.000 DM			269	381	523	539	500	442
- über 2.000 bis 3.000 DM			413	495	594	651	667	595
- über 3.000 bis 5.000 DM			296	393	347	382	672	911
- über 5.000 DM			296	333	335	397	462	481
- ohne Angabe			53	2	0	0	0	0
AG Hannover								
- bis 100 DM			1.053	801	762	895	776	682
- über 100 bis 200 DM			1.295	986	1.013	1.216	1.080	1.071
- über 200 bis 500 DM			3.185	2.615	2.677	3.264	3.298	3.012
- über 500 bis 1.000 DM			3.124	3.212	3.424	4.132	3.977	3.994
- über 1.000 bis 1.500 DM			1.923	1.805	1.903	2.312	2.426	2.359
- über 1.500 bis 2.000 DM			918	1.318	1.375	1.656	1.719	1.611
- über 2.000 bis 3.000 DM			1.565	1.802	1.889	2.435	2.437	2.229
- über 3.000 bis 5.000 DM			898	1.185	1.235	1.318	2.035	2.913
- über 5.000 DM			1.112	852	997	1.249	1.247	1.386
- ohne Angabe			12	6	2	0	0	1

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 160

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- bis 100 DM		15	7	14	9	10	6
- über 100 bis 200 DM		23	10	16	15	15	18
- über 200 bis 500 DM		32	31	49	42	53	27
- über 500 bis 1.000 DM		38	36	53	61	52	45
- über 1.000 bis 1.500 DM		16	16	28	32	24	25
- über 1.500 bis 2.000 DM		9	15	28	28	22	20
- über 2.000 bis 3.000 DM		76	39	20	37	23	25
- über 3.000 bis 5.000 DM		13	98	105	91	104	102
- über 5.000 DM		22	18	22	18	21	31
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Schmallenberg							
- bis 100 DM		12	17	13	6	8	7
- über 100 bis 200 DM		23	12	19	9	16	12
- über 200 bis 500 DM		50	55	55	51	45	57
- über 500 bis 1.000 DM		45	47	58	72	46	61
- über 1.000 bis 1.500 DM		33	33	36	41	31	32
- über 1.500 bis 2.000 DM		10	16	17	27	23	27
- über 2.000 bis 3.000 DM		35	29	44	36	42	25
- über 3.000 bis 5.000 DM		20	27	20	30	41	51
- über 5.000 DM		30	25	8	15	16	26
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Dortmund							
- bis 100 DM		1.377	639	647	603	649	667
- über 100 bis 200 DM		1.261	791	764	870	1.005	923
- über 200 bis 500 DM		2.783	2.561	2.673	2.946	3.111	3.021
- über 500 bis 1.000 DM		2.649	2.444	2.647	3.107	3.278	3.286
- über 1.000 bis 1.500 DM		1.700	1.405	1.445	1.691	1.881	1.800
- über 1.500 bis 2.000 DM		883	1.054	1.092	1.261	1.272	1.393
- über 2.000 bis 3.000 DM		1.678	1.545	1.802	2.031	2.068	1.981
- über 3.000 bis 5.000 DM		1.067	1.012	908	1.070	1.976	2.623
- über 5.000 DM		1.146	720	708	919	1.042	1.249
- ohne Angabe		5	3	2	0	0	0
AG Köln							
- bis 100 DM		2.013	1.303	1.375	1.356	1.263	1.597
- über 100 bis 200 DM		1.985	1.612	1.725	1.786	1.877	1.978
- über 200 bis 500 DM		4.905	4.628	4.699	5.161	5.119	5.451
- über 500 bis 1.000 DM		5.228	5.579	5.602	6.256	6.159	6.512
- über 1.000 bis 1.500 DM		3.503	3.072	3.342	3.814	3.671	4.075
- über 1.500 bis 2.000 DM		1.463	2.359	2.454	2.832	2.773	3.041
- über 2.000 bis 3.000 DM		2.605	3.247	3.465	4.037	3.857	4.106
- über 3.000 bis 5.000 DM		1.551	2.119	2.107	2.249	3.426	5.434
- über 5.000 DM		1.907	1.653	1.940	2.656	3.001	3.269
- ohne Angabe		8	41	125	0	9	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 161

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- bis 100 DM		16	17	9	14	16	16
- über 100 bis 200 DM		13	20	19	17	8	13
- über 200 bis 500 DM		43	40	34	49	52	54
- über 500 bis 1.000 DM		48	42	42	47	49	56
- über 1.000 bis 1.500 DM		32	30	41	33	33	22
- über 1.500 bis 2.000 DM		21	25	24	31	34	28
- über 2.000 bis 3.000 DM		46	36	43	42	42	47
- über 3.000 bis 5.000 DM		21	26	29	32	47	60
- über 5.000 DM		23	22	19	26	27	33
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Hermeskeil							
- bis 100 DM		26	19	6	13	18	17
- über 100 bis 200 DM		16	6	20	17	18	27
- über 200 bis 500 DM		80	71	61	67	75	76
- über 500 bis 1.000 DM		45	57	67	58	79	57
- über 1.000 bis 1.500 DM		18	31	28	40	34	36
- über 1.500 bis 2.000 DM		14	21	35	35	32	24
- über 2.000 bis 3.000 DM		26	29	30	44	45	33
- über 3.000 bis 5.000 DM		11	24	17	27	37	55
- über 5.000 DM		16	7	9	15	32	19
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Ludwigshafen am Rhein							
- bis 100 DM		166	137	142	128	177	147
- über 100 bis 200 DM		262	204	205	210	221	214
- über 200 bis 500 DM		538	535	548	630	696	657
- über 500 bis 1.000 DM		575	643	664	748	690	750
- über 1.000 bis 1.500 DM		363	338	350	411	438	412
- über 1.500 bis 2.000 DM		174	269	298	296	333	325
- über 2.000 bis 3.000 DM		312	430	446	493	541	499
- über 3.000 bis 5.000 DM		213	237	229	293	439	666
- über 5.000 DM		339	232	223	305	277	336
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Mainz							
- bis 100 DM		265	142	183	172	194	218
- über 100 bis 200 DM		313	229	221	258	315	283
- über 200 bis 500 DM		794	600	683	989	753	798
- über 500 bis 1.000 DM		778	707	787	967	933	947
- über 1.000 bis 1.500 DM		444	436	467	557	563	578
- über 1.500 bis 2.000 DM		250	323	349	394	421	441
- über 2.000 bis 3.000 DM		371	445	520	561	582	633
- über 3.000 bis 5.000 DM		263	292	332	344	588	872
- über 5.000 DM		402	272	371	376	405	476
- ohne Angabe		0	0	0	0	1	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 162

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Saarland								
AG Sulzbach								
-	bis 100 DM		64	30	22	19	26	18
-	Über 100 bis 200 DM		71	47	21	51	58	38
-	Über 200 bis 500 DM		206	110	98	105	121	113
-	Über 500 bis 1.000 DM		184	111	131	121	143	141
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		95	101	107	96	101	92
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		48	51	54	58	64	72
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		102	82	98	83	91	79
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		59	43	45	41	88	111
-	über 5.000 DM		29	26	34	27	44	37
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG St. Ingbert								
-	bis 100 DM		40	27	39	30	34	19
-	Über 100 bis 200 DM		41	33	49	43	53	42
-	Über 200 bis 500 DM		116	101	141	137	113	127
-	Über 500 bis 1.000 DM		130	133	152	192	174	172
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		85	78	79	115	105	107
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		21	49	65	69	79	79
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		45	130	86	114	99	104
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		28	38	45	69	76	127
-	über 5.000 DM		44	36	33	55	56	41
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Saarlouis								
-	bis 100 DM		88	97	86	81	91	83
-	Über 100 bis 200 DM		136	122	123	156	156	155
-	Über 200 bis 500 DM		296	368	373	415	404	381
-	Über 500 bis 1.000 DM		322	415	440	466	522	562
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		191	236	250	259	257	305
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		69	166	223	194	220	246
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		153	270	288	307	326	333
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		74	127	132	154	268	407
-	über 5.000 DM		89	114	140	137	154	166
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Saarbrücken								
-	bis 100 DM		367	169	200	190	199	202
-	Über 100 bis 200 DM		477	288	316	334	337	363
-	Über 200 bis 500 DM		1.174	845	862	892	977	991
-	Über 500 bis 1.000 DM		1.202	918	1.010	1.070	1.131	1.192
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		628	578	587	638	668	680
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		269	428	441	467	511	518
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		508	572	603	664	740	690
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		269	374	366	379	674	971
-	über 5.000 DM		369	279	282	376	533	523
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 163

Frage: B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe							
- bis 100 DM		12	7	7	15	12	3
- Über 100 bis 200 DM		21	9	23	21	23	12
- Über 200 bis 500 DM		44	44	47	39	37	54
- Über 500 bis 1.000 DM		37	35	55	51	42	53
- Über 1.000 bis 1.500 DM		16	36	17	20	23	25
- Über 1.500 bis 2.000 DM		15	14	18	22	16	23
- Über 2.000 bis 3.000 DM		37	23	28	28	27	26
- Über 3.000 bis 5.000 DM		19	28	21	21	30	42
- Über 5.000 DM		14	22	22	15	25	28
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Trittau							
- bis 100 DM		22	16	17	16	21	15
- Über 100 bis 200 DM		26	21	19	23	18	29
- Über 200 bis 500 DM		69	67	66	67	90	80
- Über 500 bis 1.000 DM		75	78	79	103	64	103
- Über 1.000 bis 1.500 DM		32	42	55	49	48	53
- Über 1.500 bis 2.000 DM		20	29	38	41	35	46
- Über 2.000 bis 3.000 DM		58	52	91	100	64	59
- Über 3.000 bis 5.000 DM		30	14	22	26	43	92
- Über 5.000 DM		48	22	31	40	41	49
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
AG Lübeck							
- bis 100 DM		293	174	193	212	176	224
- Über 100 bis 200 DM		371	249	264	272	294	386
- Über 200 bis 500 DM		880	860	832	787	845	1.022
- Über 500 bis 1.000 DM		754	805	963	989	903	1.097
- Über 1.000 bis 1.500 DM		458	450	493	573	541	643
- Über 1.500 bis 2.000 DM		270	377	381	401	377	440
- Über 2.000 bis 3.000 DM		508	491	576	644	553	637
- Über 3.000 bis 5.000 DM		309	446	470	533	715	930
- Über 5.000 DM		358	330	337	444	488	525
- ohne Angabe		0	7	0	0	0	0
AG Kiel							
- bis 100 DM		363	233	220	269	304	212
- Über 100 bis 200 DM		397	312	308	416	447	373
- Über 200 bis 500 DM		935	877	872	951	1.152	1.030
- Über 500 bis 1.000 DM		1.030	1.071	1.087	1.150	1.280	1.211
- Über 1.000 bis 1.500 DM		575	572	622	662	675	628
- Über 1.500 bis 2.000 DM		294	414	484	448	527	489
- Über 2.000 bis 3.000 DM		627	616	745	676	668	610
- Über 3.000 bis 5.000 DM		292	543	557	565	774	976
- Über 5.000 DM		344	340	414	514	539	530
- ohne Angabe		0	16	5	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 164

Frage: B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Baden-Württemberg							
AG Schönaich im Schwarzwald							
- bis zu 6 Monate		80,8	82,3	80,6	84,7	77,8	83,2
- über 6 bis 12 Monate		13,6	15,6	17,5	12,5	16,8	15,0
- über 12 bis 24 Monate		4,0	2,1	0,0	2,8	4,8	1,8
- mehr als 24 Monate		1,6	0,0	1,9	0,0	0,6	0,0
AG Adelsheim							
- bis zu 6 Monate		91,8	87,1	93,9	90,5	94,0	95,6
- über 6 bis 12 Monate		7,4	9,0	6,1	7,3	4,7	3,8
- über 12 bis 24 Monate		0,8	2,5	0,0	2,2	1,4	0,6
- mehr als 24 Monate		0,0	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0
AG Heilbronn							
- bis zu 6 Monate		79,1	92,6	90,8	88,6	87,6	81,3
- über 6 bis 12 Monate		14,4	6,0	7,1	9,0	10,6	14,9
- über 12 bis 24 Monate		5,5	1,1	1,7	2,0	1,6	3,7
- mehr als 24 Monate		0,9	0,2	0,4	0,3	0,2	0,1
AG Stuttgart							
- bis zu 6 Monate		79,2	88,1	89,8	87,3	88,6	84,6
- über 6 bis 12 Monate		15,7	9,6	8,2	10,6	9,1	12,3
- über 12 bis 24 Monate		4,1	1,9	1,7	1,9	2,0	2,7
- mehr als 24 Monate		1,0	0,4	0,3	0,2	0,2	0,3
Bayern							
AG Lichtenfels							
- bis zu 6 Monate		86,9	88,6	80,7	86,3	87,5	87,8
- über 6 bis 12 Monate		9,8	9,5	14,3	11,7	11,7	11,3
- über 12 bis 24 Monate		3,3	1,9	3,7	2,0	0,8	0,8
- mehr als 24 Monate		0,0	0,0	1,4	0,0	0,0	0,0
AG Lindau (Bodensee)							
- bis zu 6 Monate		73,6	89,6	87,8	90,3	77,6	76,6
- über 6 bis 12 Monate		21,7	9,5	10,7	8,6	19,9	18,5
- über 12 bis 24 Monate		4,4	0,9	1,5	1,1	2,3	4,9
- mehr als 24 Monate		0,3	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
AG Nürnberg							
- bis zu 6 Monate		83,0	85,1	85,4	88,7	90,1	89,5
- über 6 bis 12 Monate		13,1	11,2	11,7	8,9	8,2	8,9
- über 12 bis 24 Monate		3,4	3,2	2,4	2,0	1,4	1,5
- mehr als 24 Monate		0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2
AG München							
- bis zu 6 Monate		81,6	85,0	87,1	89,5	90,7	89,5
- über 6 bis 12 Monate		13,8	11,6	10,2	8,5	7,8	8,8
- über 12 bis 24 Monate		3,7	2,8	2,4	1,7	1,3	1,5
- mehr als 24 Monate		0,8	0,6	0,3	0,3	0,2	0,2

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 165

Frage: B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Berlin							
AG Tiergarten							
- bis zu 6 Monate		89,0	85,7	82,9	84,4	86,8	88,9
- über 6 bis 12 Monate		8,4	10,7	13,1	11,5	10,1	8,1
- über 12 bis 24 Monate		2,2	2,9	3,6	3,5	2,4	2,4
- mehr als 24 Monate		0,4	0,7	0,4	0,5	0,7	0,5
AG Spandau							
- bis zu 6 Monate		79,4	80,6	84,2	87,2	87,5	87,6
- über 6 bis 12 Monate		15,3	14,3	11,3	8,9	9,1	8,4
- über 12 bis 24 Monate		3,8	3,9	3,5	2,9	2,8	3,2
- mehr als 24 Monate		1,4	1,2	1,0	0,9	0,7	0,8
AG Wedding							
- bis zu 6 Monate		87,7	91,1	90,0	90,4	90,1	89,7
- über 6 bis 12 Monate		9,3	6,5	7,3	6,9	7,5	7,8
- über 12 bis 24 Monate		2,8	2,1	2,3	2,1	2,1	2,0
- mehr als 24 Monate		0,3	0,5	0,4	0,5	0,3	0,4
AG Schöneberg							
- bis zu 6 Monate		83,7	85,8	87,1	87,6	88,1	88,0
- über 6 bis 12 Monate		12,3	10,8	9,9	9,1	8,7	9,4
- über 12 bis 24 Monate		3,4	2,7	2,5	2,7	2,4	2,1
- mehr als 24 Monate		0,6	0,7	0,4	0,6	0,7	0,5
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal							
- bis zu 6 Monate		71,3	82,9	75,3	79,7	85,3	75,6
- über 6 bis 12 Monate		17,9	12,9	17,3	11,8	8,7	18,0
- über 12 bis 24 Monate		7,5	3,0	4,9	7,2	3,8	5,3
- mehr als 24 Monate		3,2	1,2	2,5	1,2	2,2	1,2
AG Bremerhaven							
- bis zu 6 Monate		84,9	83,9	83,0	81,3	85,5	84,5
- über 6 bis 12 Monate		11,3	11,7	12,2	14,8	11,0	12,1
- über 12 bis 24 Monate		2,6	3,1	3,4	3,5	2,6	2,8
- mehr als 24 Monate		1,2	1,4	1,4	0,4	0,9	0,6
AG Bremen							
- bis zu 6 Monate		79,2	83,4	83,8	84,3	83,9	85,1
- über 6 bis 12 Monate		15,2	12,4	12,4	12,2	12,7	12,1
- über 12 bis 24 Monate		4,6	3,1	3,2	2,9	2,7	2,4
- mehr als 24 Monate		1,1	1,0	0,5	0,7	0,7	0,4

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 166

Frage: B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese							
- bis zu 6 Monate		90,0	86,9	85,5	85,7	88,3	fehlt
- über 6 bis 12 Monate		8,1	10,4	10,7	11,3	9,2	fehlt
- über 12 bis 24 Monate		1,5	2,1	3,3	2,6	2,3	fehlt
- mehr als 24 Monate		0,5	0,6	0,4	0,4	0,1	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf							
- bis zu 6 Monate		81,2	85,3	82,0	85,1	87,6	fehlt
- über 6 bis 12 Monate		13,0	10,8	14,1	11,9	10,8	fehlt
- über 12 bis 24 Monate		4,7	3,3	3,6	2,9	1,4	fehlt
- mehr als 24 Monate		1,1	0,6	0,3	0,2	0,2	fehlt
AG Hamburg-Harburg							
- bis zu 6 Monate		84,4	88,4	88,2	87,0	90,2	fehlt
- über 6 bis 12 Monate		11,7	9,2	9,2	10,9	8,2	fehlt
- über 12 bis 24 Monate		3,3	2,1	2,2	1,9	1,5	fehlt
- mehr als 24 Monate		0,6	0,2	0,3	0,2	0,1	fehlt
AG Hamburg							
- bis zu 6 Monate		85,7	82,6	82,0	84,3	82,9	fehlt
- über 6 bis 12 Monate		10,6	13,2	13,4	12,3	13,2	fehlt
- über 12 bis 24 Monate		3,1	3,6	4,0	3,1	3,6	fehlt
- mehr als 24 Monate		0,6	0,7	0,6	0,3	0,3	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)							
- bis zu 6 Monate		55,4	81,3	79,4	80,6	80,5	84,2
- über 6 bis 12 Monate		28,7	16,2	19,7	17,4	16,5	14,2
- über 12 bis 24 Monate		14,2	2,0	0,9	1,7	3,0	1,3
- mehr als 24 Monate		1,7	0,5	0,0	0,3	0,0	0,3
AG Bad Wildungen							
- bis zu 6 Monate		64,7	84,4	92,2	86,3	75,0	75,3
- über 6 bis 12 Monate		20,1	12,0	5,5	11,3	20,7	20,4
- über 12 bis 24 Monate		11,4	3,4	1,9	2,4	4,0	3,7
- mehr als 24 Monate		3,9	0,3	0,3	0,0	0,3	0,7
AG Kassel							
- bis zu 6 Monate		74,4	84,6	81,3	77,0	74,6	71,1
- über 6 bis 12 Monate		18,5	12,8	14,8	18,8	20,1	19,8
- über 12 bis 24 Monate		6,0	2,3	3,6	4,0	4,8	7,5
- mehr als 24 Monate		1,1	0,4	0,3	0,2	0,5	1,5
AG Frankfurt am Main							
- bis zu 6 Monate		68,6	82,4	80,6	79,7	79,9	76,8
- über 6 bis 12 Monate		19,5	12,9	14,5	15,1	15,2	17,0
- über 12 bis 24 Monate		9,7	3,8	4,3	4,6	4,2	5,7
- mehr als 24 Monate		2,3	0,9	0,7	0,5	0,7	0,5

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 167

Frage: B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- bis zu 6 Monate		70,1	81,6	86,9	87,5	82,8	65,6
- über 6 bis 12 Monate		23,1	13,1	9,9	10,0	14,4	28,3
- über 12 bis 24 Monate		5,0	3,2	3,3	2,6	2,5	6,1
- mehr als 24 Monate		1,8	2,0	0,0	0,0	0,4	0,0
AG Rinteln							
- bis zu 6 Monate		64,5	74,7	76,5	77,3	69,1	73,8
- über 6 bis 12 Monate		23,7	18,8	15,7	17,2	22,7	19,7
- über 12 bis 24 Monate		10,4	5,4	7,4	4,7	7,6	5,9
- mehr als 24 Monate		1,4	1,0	0,4	0,9	0,5	0,5
AG Braunschweig							
- bis zu 6 Monate		79,1	83,3	81,2	83,7	85,1	83,9
- über 6 bis 12 Monate		14,9	14,0	14,9	13,6	12,3	13,3
- über 12 bis 24 Monate		4,8	2,5	3,3	2,6	2,4	2,5
- mehr als 24 Monate		1,2	0,3	0,7	0,1	0,1	0,2
AG Hannover							
- bis zu 6 Monate		68,8	70,1	73,1	73,6	77,6	79,2
- über 6 bis 12 Monate		21,6	21,5	19,0	18,7	15,8	14,9
- über 12 bis 24 Monate		7,9	7,0	6,6	6,5	5,6	4,9
- mehr als 24 Monate		1,6	1,4	1,3	1,1	1,0	0,9
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- bis zu 6 Monate		86,9	91,5	89,0	87,7	86,1	81,3
- über 6 bis 12 Monate		9,4	6,3	9,6	10,2	12,3	15,7
- über 12 bis 24 Monate		3,7	2,3	0,9	1,2	0,6	3,0
- mehr als 24 Monate		0,0	0,0	0,6	0,9	0,9	0,0
AG Schmallenberg							
- bis zu 6 Monate		53,9	80,1	78,9	76,0	81,7	79,5
- über 6 bis 12 Monate		38,0	16,1	20,0	18,8	13,4	18,1
- über 12 bis 24 Monate		8,2	3,4	0,4	4,5	4,5	2,0
- mehr als 24 Monate		0,0	0,4	0,7	0,7	0,4	0,3
AG Dortmund							
- bis zu 6 Monate		76,1	80,8	79,8	81,4	83,4	85,4
- über 6 bis 12 Monate		18,4	15,6	16,3	15,3	14,0	12,5
- über 12 bis 24 Monate		4,7	3,1	3,4	2,9	2,3	1,8
- mehr als 24 Monate		0,9	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3
AG Köln							
- bis zu 6 Monate		69,6	70,5	67,8	68,5	68,9	65,3
- über 6 bis 12 Monate		20,9	21,7	23,7	22,7	22,6	25,2
- über 12 bis 24 Monate		8,2	6,7	7,7	7,9	7,4	8,5
- mehr als 24 Monate		1,3	1,1	0,9	0,9	1,0	0,9

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 168

Frage: B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- bis zu 6 Monate		78,7	86,4	90,8	93,8	91,9	88,4
- über 6 bis 12 Monate		14,8	10,9	8,1	4,8	7,5	9,7
- über 12 bis 24 Monate		5,7	2,7	1,2	1,3	0,6	1,5
- mehr als 24 Monate		0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
AG Hermeskeil							
- bis zu 6 Monate		62,7	72,5	69,6	74,4	76,8	68,6
- über 6 bis 12 Monate		29,4	20,4	24,5	19,3	16,8	23,5
- über 12 bis 24 Monate		7,5	6,0	5,5	5,1	5,4	7,5
- mehr als 24 Monate		0,4	1,1	0,4	1,3	1,1	0,3
AG Ludwigshafen am Rhein							
- bis zu 6 Monate		76,9	81,7	81,0	80,9	81,1	84,1
- über 6 bis 12 Monate		16,3	13,8	14,5	15,7	14,4	12,4
- über 12 bis 24 Monate		5,4	3,6	3,7	3,2	4,0	3,1
- mehr als 24 Monate		1,4	0,9	0,9	0,3	0,6	0,5
AG Mainz							
- bis zu 6 Monate		68,8	77,9	75,4	72,8	77,7	77,0
- über 6 bis 12 Monate		22,9	16,4	19,8	21,7	17,2	18,3
- über 12 bis 24 Monate		6,3	4,4	4,6	5,0	4,3	4,3
- mehr als 24 Monate		1,9	1,3	0,3	0,5	0,7	0,3
Saarland							
AG Sulzbach							
- bis zu 6 Monate		68,4	70,4	68,4	73,2	72,6	63,2
- über 6 bis 12 Monate		22,0	18,1	23,3	18,3	20,7	29,4
- über 12 bis 24 Monate		6,7	7,0	6,5	6,8	5,8	6,4
- mehr als 24 Monate		2,8	4,5	1,8	1,7	1,0	1,0
AG St. Ingbert							
- bis zu 6 Monate		59,5	50,7	43,1	47,5	50,7	50,7
- über 6 bis 12 Monate		19,8	24,6	29,0	23,7	19,0	21,0
- über 12 bis 24 Monate		13,5	17,1	24,0	21,4	23,1	24,2
- mehr als 24 Monate		7,3	7,5	3,9	7,4	7,2	4,0
AG Saarlouis							
- bis zu 6 Monate		59,7	76,0	78,9	79,4	71,9	70,0
- über 6 bis 12 Monate		24,7	18,2	17,0	16,4	21,2	22,3
- über 12 bis 24 Monate		11,9	5,1	3,5	3,6	6,1	7,1
- mehr als 24 Monate		3,8	0,6	0,6	0,6	0,8	0,6
AG Saarbrücken							
- bis zu 6 Monate		73,3	76,1	72,5	73,6	65,1	63,4
- über 6 bis 12 Monate		17,5	17,1	20,2	20,5	25,7	28,0
- über 12 bis 24 Monate		7,2	5,7	6,1	4,9	8,0	8,0
- mehr als 24 Monate		2,0	1,2	1,1	0,9	1,2	0,6

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 169

Frage: B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe							
- bis zu 6 Monate	73,5	72,0	85,3	85,8	80,0	79,3	
- über 6 bis 12 Monate	18,6	19,7	11,8	12,9	19,1	18,8	
- über 12 bis 24 Monate	6,0	6,9	2,1	1,3	0,8	1,9	
- mehr als 24 Monate	1,9	1,4	0,8	0,0	0,0	0,0	
AG Trittau							
- bis zu 6 Monate	83,9	79,8	74,4	86,0	86,6	83,5	
- über 6 bis 12 Monate	13,7	17,0	17,7	10,3	10,8	12,5	
- über 12 bis 24 Monate	2,1	3,2	6,7	3,4	2,6	4,0	
- mehr als 24 Monate	0,3	0,0	1,2	0,2	0,0	0,0	
AG Lübeck							
- bis zu 6 Monate	80,9	86,3	84,7	84,6	82,0	82,2	
- über 6 bis 12 Monate	14,9	11,0	12,2	12,2	14,5	14,3	
- über 12 bis 24 Monate	3,5	2,3	2,7	2,9	3,1	3,2	
- mehr als 24 Monate	0,7	0,4	0,5	0,3	0,4	0,3	
AG Kiel							
- bis zu 6 Monate	66,4	79,3	79,3	78,8	78,8	78,2	
- über 6 bis 12 Monate	22,8	14,9	14,5	16,5	16,3	17,0	
- über 12 bis 24 Monate	7,7	4,5	5,2	4,1	4,2	4,0	
- mehr als 24 Monate	3,0	1,3	1,0	0,6	0,7	0,8	

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Amtsgerichten in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit 1)
tätig gewesenen Richter

Seite 170

Frage: B. I. 3. a

RICHTER AMTSGERICHT ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald			0,20	0,20	0,20	0,20	0,20
AG Adelsheim			0,25	0,25	0,25	0,38	0,23
AG Heilbronn			4,70	4,70	4,70	5,00	5,90
AG Stuttgart			14,25	15,05	14,50	16,48	17,33
Bayern							
AG Lichtenfels			0,80	0,85	0,83	0,85	0,80
AG Lindau (Bodensee)			1,44	1,44	1,44	1,56	1,73
AG Nürnberg			15,75	15,80	15,72	17,80	17,80
AG München			43,72	44,71	45,41	50,00	53,54
Berlin							
AG Tiergarten			3,75	4,00	4,45	4,95	5,50
AG Spandau			4,00	4,00	5,00	5,75	6,00
AG Wedding			10,00	10,70	11,07	12,15	12,08
AG Schöneberg			17,50	19,00	18,50	19,25	19,00
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal			1,33	1,60	1,60	1,73	2,00
AG Bremerhaven			3,60	4,10	4,35	5,10	5,15
AG Bremen			13,73	14,00	12,05	14,55	16,95
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese			1,70	1,90	1,60	2,00	2,50
AG Hamburg-Bergedorf			1,60	1,90	1,90	1,80	1,80
AG Hamburg-Harburg			4,30	4,40	4,40	4,90	5,40
AG Hamburg			36,40	36,70	36,60	39,10	39,20
Hessen							
AG Homberg (Efze)			0,10	0,40	0,40	0,40	0,37
AG Bad Wildungen			0,50	0,50	0,50	0,52	0,62
AG Kassel			8,66	8,70	8,89	10,69	12,46
AG Frankfurt am Main			31,10	29,50	29,24	31,75	33,25
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim			0,60	0,50	0,57	0,50	0,49
AG Rinteln			0,90	0,90	0,95	1,00	1,03
AG Braunschweig			6,65	6,53	7,15	7,80	8,39
AG Hannover			22,18	22,25	22,25	24,31	25,50
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg			0,35	0,60	0,60	0,60	0,55
AG Schmallenberg			0,30	0,40	0,45	0,30	0,30
AG Dortmund			16,00	17,00	18,00	18,25	20,00
AG Köln			42,11	43,10	44,19	47,82	52,77

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Amtsgerichten in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit 1)
tätig gewesenen Richter

Seite 171

Frage: B. I. 3. a

RICHTER								
AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
ZIVILGERICHTSBARKEIT								
Rheinland-Pfalz								
AG Birkenfeld			0,35	0,35	0,35	0,50	0,50	
AG Hermeskeil			0,45	0,50	0,40	0,44	0,41	
AG Ludwigshafen am Rhein			4,00	4,00	4,00	5,95	6,50	
AG Mainz			5,25	5,28	5,50	7,58	7,70	
Saarland								
AG Sulzbach			1,00	1,00	1,03	1,03	1,22	
AG St. Ingbert			1,00	1,05	1,20	1,33	1,60	
AG Saarlouis			2,90	2,90	2,90	3,05	3,50	
AG Saarbrücken			8,13	8,00	8,00	9,00	9,50	
Schleswig-Holstein								
AG Lauenburg / Elbe			0,36	0,36	0,36	0,41	0,41	
AG Trittau			0,41	0,51	0,51	0,51	0,51	
AG Lübeck			5,95	5,95	5,92	6,93	7,75	
AG Kiel			8,15	8,15	7,90	8,40	8,40	

1) Ohne die in Familien- und Vollstreckungssachen tätigen Richter

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Amtsgerichten in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit 1)
tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Seite 172

Frage: B. I. 3. b

GEHOBENER DIENST AMTSGERICHT ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald			0,20	0,20	0,25	0,15	0,17
AG Adelsheim			0,20	0,20	0,20	0,20	0,20
AG Heilbronn			2,70	2,70	5,70	2,40	6,60
AG Stuttgart			10,81	7,70	7,93	10,75	10,35
Bayern							
AG Lichtenfels			1,00	1,00	0,90	0,80	0,85
AG Lindau (Bodensee)			0,64	0,66	0,89	0,90	0,90
AG Nürnberg			21,00	21,50	19,00	18,75	20,63
AG München			38,52	40,76	39,35	42,60	45,59
Berlin							
AG Tiergarten			4,12	4,37	6,33	8,07	6,15
AG Spandau			1,50	1,75	2,31	3,86	3,25
AG Wedding			5,02	4,10	4,84	6,21	5,12
AG Schöneberg			9,31	9,75	10,15	11,65	11,25
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal			0,64	0,95	0,92	0,90	0,82
AG Bremerhaven			2,50	2,50	2,50	2,13	2,75
AG Bremen			6,75	6,45	7,08	7,20	6,70
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese			0,80	0,60	0,50	0,60	0,50
AG Hamburg-Bergedorf			0,80	0,90	0,80	0,90	0,90
AG Hamburg-Harburg			1,80	1,70	1,70	1,50	1,50
AG Hamburg			26,20	26,60	29,10	24,00	24,70
Hessen							
AG Homberg (Efze)			0,10	0,10	0,10	0,10	0,10
AG Bad Wildungen			0,19	0,23	0,22	0,22	0,23
AG Kassel			7,81	5,10	6,05	4,96	5,42
AG Frankfurt am Main			17,10	7,91	9,02	8,63	9,65
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim			0,30	0,30	0,35	0,26	0,23
AG Rinteln			0,10	0,10	0,10	0,10	0,10
AG Braunschweig			4,67	4,08	4,71	4,95	5,33
AG Hannover			12,41	14,43	15,15	15,92	17,33
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg			0,15	0,15	0,15	0,15	0,15
AG Schmallenberg			0,15	0,15	0,15	0,15	0,15
AG Dortmund			7,20	7,70	7,70	7,70	7,95
AG Köln			25,70	28,20	27,63	28,94	32,38

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Amtsgerichten in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit 1)
tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Seite 173

Frage: B. I. 3. b

GEHOBENER DIENST AMTSGERICHT ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld			0,20	0,10	0,15	0,15	0,15
AG Hermeskeil			0,30	0,28	0,30	0,19	0,22
AG Ludwigshafen am Rhein			2,38	2,63	3,00	3,50	3,00
AG Mainz			3,13	3,13	3,56	3,75	4,14
Saarland							
AG Sulzbach			0,60	0,50	0,62	0,60	0,77
AG St. Ingbert			0,38	0,25	0,21	0,27	0,24
AG Saarlouis			1,75	1,55	1,58	1,60	1,60
AG Saarbrücken			3,40	3,55	4,28	3,22	4,34
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe			0,08	0,08	0,08	0,08	0,06
AG Trittau			0,15	0,15	0,15	0,21	0,20
AG Lübeck			4,05	3,83	4,38	4,13	4,53
AG Kiel			4,90	4,55	4,30	4,50	4,25

1) ohne die in Familiensachen und Vollstreckungssachen tätigen Rechtspfleger

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Amtsgerichten in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit
tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes 1)

Seite 174

Frage: B. I. 3. c

SONSTIGE BEDIENSTETE AMTSGERICHT ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald			1,10	1,10	1,10	1,20	1,20
AG Adelsheim			1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
AG Heilbronn			12,15	11,15	12,60	12,50	13,80
AG Stuttgart			52,12	50,79	65,26	73,81	68,30
Bayern							
AG Lichtenfels			2,80	2,50	2,55	2,90	2,95
AG Lindau (Bodensee)			2,75	2,70	2,92	3,08	3,50
AG Nürnberg			50,50	54,50	52,00	53,40	54,77
AG München			129,75	133,61	134,98	142,37	145,51
Berlin							
AG Tiergarten			15,37	16,48	16,16	17,19	16,73
AG Spandau			9,75	10,39	11,33	12,75	12,22
AG Wedding			25,20	25,20	26,84	30,19	26,63
AG Schöneberg			55,44	60,95	62,48	61,68	62,54
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal			5,20	4,40	4,82	5,30	5,37
AG Bremerhaven			10,75	10,25	10,88	12,63	12,50
AG Bremen			50,50	44,25	43,75	45,50	44,69
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese			5,90	5,20	4,30	5,30	5,20
AG Hamburg-Bergedorf			4,40	4,30	4,70	4,20	5,10
AG Hamburg-Harburg			12,10	11,90	11,90	12,40	11,10
AG Hamburg			183,80	193,00	198,20	185,10	185,60
Hessen							
AG Homberg (Efze)			1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
AG Bad Wildungen			1,44	1,67	1,69	1,85	1,75
AG Kassel			26,09	22,81	27,35	24,82	22,98
AG Frankfurt am Main			30,25	62,38	60,96	59,35	59,88
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim			2,22	2,00	2,20	1,81	1,64
AG Rinteln			2,00	2,05	2,15	2,15	2,15
AG Braunschweig			23,54	25,34	25,15	26,77	29,08
AG Hannover			75,88	76,25	75,00	78,25	81,19
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg			1,26	1,26	1,26	1,26	1,26
AG Schmallenberg			1,10	1,10	1,10	1,10	1,10
AG Dortmund			37,10	42,98	48,30	50,13	49,65
AG Köln			122,63	125,00	131,03	137,38	147,44

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Amtsgerichten in der streitigen Zivilgerichtsbarkeit
tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes 1)

Seite 175

Frage: B. I. 3. c

SONSTIGE BEDIENSTETE AMTSGERICHT ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld			1,20	1,00	0,88	0,93	0,90
AG Hermeskeil			0,63	0,70	0,70	1,10	1,20
AG Ludwigshafen am Rhein			13,35	13,15	14,67	16,05	17,53
AG Mainz			17,50	19,23	20,40	22,28	22,98
Saarland							
AG Sulzbach			3,20	3,10	2,70	2,80	3,10
AG St. Ingbert			2,44	2,48	2,93	3,12	3,21
AG Saarlouis			8,88	8,25	8,00	8,75	9,25
AG Saarbrücken			16,25	20,86	21,94	23,38	23,85
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe			1,04	1,04	1,04	1,15	1,15
AG Tittau			1,90	1,90	1,80	1,65	1,68
AG Lübeck			19,75	18,93	20,43	21,74	22,43
AG Kiel			15,75	14,50	14,37	11,75	12,25

1) ohne die in Familiensachen und Vollstreckungssachen tätigen sonstigen Bediensteten

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 176

Frage: B. I. 4. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald							
- anhängige Verfahren / Richter			965	1.055	955	1.080	1.100
- erledigte Verfahren / Richter			705	800	720	835	835
AG Adelsheim							
- anhängige Verfahren / Richter			740	752	696	513	865
- erledigte Verfahren / Richter			620	592	548	395	696
AG Heilbronn							
- anhängige Verfahren / Richter			989	1.018	1.153	1.230	1.199
- erledigte Verfahren / Richter			789	759	886	820	846
AG Stuttgart							
- anhängige Verfahren / Richter			962	960	1.041	1.123	1.016
- erledigte Verfahren / Richter			753	732	806	829	780
Bayern							
AG Lichtenfels							
- anhängige Verfahren / Richter			641	720	854	915	1.046
- erledigte Verfahren / Richter			471	512	667	722	839
AG Lindau (Bodensee)							
- anhängige Verfahren / Richter			780	834	919	917	860
- erledigte Verfahren / Richter			617	642	684	625	640
AG Nürnberg							
- anhängige Verfahren / Richter			618	661	704	682	727
- erledigte Verfahren / Richter			461	519	544	522	560
AG München							
- anhängige Verfahren / Richter			928	945	982	1.015	988
- erledigte Verfahren / Richter			709	716	757	771	759

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 177

Frage: B. I. 4. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Berlin							
AG Tiergarten							
- anhängige Verfahren / Richter			1.227	1.244	1.198	1.149	1.108
- erledigte Verfahren / Richter			810	838	802	759	720
AG Spandau							
- anhängige Verfahren / Richter			1.017	1.115	968	902	897
- erledigte Verfahren / Richter			757	808	718	678	667
AG Wedding							
- anhängige Verfahren / Richter			1.124	1.134	1.168	1.149	1.235
- erledigte Verfahren / Richter			800	822	842	827	858
AG Schöneberg							
- anhängige Verfahren / Richter			809	825	876	890	950
- erledigte Verfahren / Richter			583	595	645	628	697
AG Bremen-Blumenthal							
- anhängige Verfahren / Richter			1.095	1.021	1.035	1.053	991
- erledigte Verfahren / Richter			700	685	728	730	733
AG Bremerhaven							
- anhängige Verfahren / Richter			981	936	914	859	842
- erledigte Verfahren / Richter			678	655	646	614	614
AG Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			937	969	1.268	1.115	991
- erledigte Verfahren / Richter			695	715	968	856	742

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 178

Frage: B. I. 4. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese							
- anhängige Verfahren / Richter			946	926	1.044	950	fehlt
- erledigte Verfahren / Richter			706	702	784	720	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf							
- anhängige Verfahren / Richter			1.000	946	1.006	1.269	fehlt
- erledigte Verfahren / Richter			689	701	715	894	fehlt
AG Hamburg-Harburg							
- anhängige Verfahren / Richter			956	970	994	1.019	fehlt
- erledigte Verfahren / Richter			745	769	779	780	fehlt
AG Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			1.069	1.071	1.098	1.146	fehlt
- erledigte Verfahren / Richter			756	760	765	758	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)							
- anhängige Verfahren / Richter			2.710	778	958	905	1.130
- erledigte Verfahren / Richter			1.980	570	720	665	819
AG Bad Wildungen							
- anhängige Verfahren / Richter			810	826	1.008	1.087	1.129
- erledigte Verfahren / Richter			652	618	746	708	744
AG Kassel							
- anhängige Verfahren / Richter			905	1.058	1.157	1.049	944
- erledigte Verfahren / Richter			568	645	715	608	643
AG Frankfurt am Main							
- anhängige Verfahren / Richter			895	992	1.099	1.084	1.077
- erledigte Verfahren / Richter			577	593	688	662	717

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 179

Frage: B. I. 4. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / RICHTER							
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- anhängige Verfahren / Richter			557	808	833	836	794
- erledigte Verfahren / Richter			408	548	616	570	504
AG Rinteln							
- anhängige Verfahren / Richter			763	790	835	827	840
- erledigte Verfahren / Richter			532	573	571	563	605
AG Braunschweig							
- anhängige Verfahren / Richter			917	1.052	1.046	990	932
- erledigte Verfahren / Richter			642	761	768	726	673
AG Hannover							
- anhängige Verfahren / Richter			964	1.064	1.159	1.093	1.033
- erledigte Verfahren / Richter			657	687	830	781	755
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- anhängige Verfahren / Richter			1.006	742	772	728	735
- erledigte Verfahren / Richter			771	558	555	540	544
AG Schmallenberg							
- anhängige Verfahren / Richter			1.207	933	809	1.173	1.433
- erledigte Verfahren / Richter			870	675	638	893	993
AG Dortmund							
- anhängige Verfahren / Richter			1.012	994	1.053	1.145	1.092
- erledigte Verfahren / Richter			761	746	805	892	855
AG Köln							
- anhängige Verfahren / Richter			909	949	1.027	1.049	1.014
- erledigte Verfahren / Richter			608	623	682	652	678

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 180

Frage: B. I. 4. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- anhängige Verfahren / Richter			914	911	1.040	810	846
- erledigte Verfahren / Richter			737	743	831	616	658
AG Hermeskeil							
- anhängige Verfahren / Richter			864	796	1.125	1.225	1.390
- erledigte Verfahren / Richter			589	546	790	841	839
AG Ludwigshafen am Rhein							
- anhängige Verfahren / Richter			1.042	1.110	1.229	891	841
- erledigte Verfahren / Richter			756	776	879	641	616
AG Mainz							
- anhängige Verfahren / Richter			982	1.110	1.209	959	952
- erledigte Verfahren / Richter			656	741	840	627	681
Saarland							
AG Sulzbach							
- anhängige Verfahren / Richter			870	862	883	1.070	962
- erledigte Verfahren / Richter			601	610	583	715	575
AG St. Ingbert							
- anhängige Verfahren / Richter			1.201	1.265	1.194	1.044	906
- erledigte Verfahren / Richter			625	656	687	593	511
AG Saarlouis							
- anhängige Verfahren / Richter			926	1.000	1.096	1.196	1.128
- erledigte Verfahren / Richter			660	709	748	786	754
AG Saarbrücken							
- anhängige Verfahren / Richter			815	902	991	1.018	1.043
- erledigte Verfahren / Richter			547	583	626	641	645

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 181

Frage: B. I. 4. a)

AMTSGERICHT								
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERHÄLTNISS VERFAHREN / RICHTER								
Schleswig-Holstein								
AG Lauenburg / Elbe								
- anhängige Verfahren / Richter			822	881	892	893	951	
- erledigte Verfahren / Richter			606	661	644	573	649	
AG Trittau								
- anhängige Verfahren / Richter			11	1.055	1.186	1.257	1.400	
- erledigte Verfahren / Richter			8	820	912	831	1.031	
AG Lübeck								
- anhängige Verfahren / Richter			1.010	1.098	1.182	1.097	1.061	
- erledigte Verfahren / Richter			704	758	820	706	762	
AG Kiel								
- anhängige Verfahren / Richter			913	954	1.067	1.078	1.048	
- erledigte Verfahren / Richter			613	652	715	758	721	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 182

Frage: B. I. 4. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			965	1.055	764	1.440	1.294
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			705	800	576	1.113	982
AG Adelsheim							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			925	940	870	975	995
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			775	740	685	750	800
AG Heilbronn							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.721	1.772	950	2.563	1.072
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.373	1.321	731	1.708	757
AG Stuttgart							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.268	1.876	1.903	1.722	1.700
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			992	1.431	1.474	1.270	1.305
Bayern							
AG Lichtenfels							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			513	612	788	973	985
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			377	435	616	768	789
AG Lindau (Bodensee)							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.755	1.820	1.488	1.589	1.652
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.388	1.400	1.107	1.083	1.230
AG Nürnberg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			464	486	583	647	627
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			346	381	450	496	483
AG München							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.054	1.037	1.134	1.192	1.160
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			805	786	873	905	891

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 183

Frage: B. I. 4. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST							
Berlin							
AG Tiergarten							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.117	1.138	842	705	991
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			737	767	564	466	644
AG Spandau							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.712	2.549	2.096	1.344	1.655
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.019	1.846	1.554	1.010	1.231
AG Wedding							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.239	2.960	2.671	2.249	2.915
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.594	2.144	1.925	1.618	2.025
AG Schöneberg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.520	1.608	1.596	1.471	1.604
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.097	1.159	1.176	1.038	1.177
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.277	1.719	1.800	2.023	2.416
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.455	1.154	1.266	1.403	1.787
AG Bremerhaven							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.412	1.536	1.590	2.058	1.577
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			976	1.074	1.124	1.471	1.150
AG Bremen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.905	2.103	2.158	2.254	2.507
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.414	1.553	1.648	1.729	1.877

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 184

Frage: B. I. 4. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST							
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.011	2.933	3.342	3.165	fehlt
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.501	2.223	2.508	2.400	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.000	1.998	2.389	2.539	fehlt
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.379	1.480	1.698	1.788	fehlt
AG Hamburg-Harburg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.284	2.512	2.574	3.330	fehlt
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.780	1.989	2.016	2.549	fehlt
AG Hamburg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.485	1.477	1.381	1.867	fehlt
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.050	1.049	962	1.235	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.710	3.110	3.830	3.620	4.180
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.980	2.280	2.880	2.660	3.030
AG Bad Wildungen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.132	1.796	2.291	2.568	3.043
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.716	1.343	1.695	1.673	2.004
AG Kassel							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.003	1.805	1.700	2.260	2.170
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			629	1.101	1.051	1.310	1.478
AG Frankfurt am Main							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.628	3.701	3.564	3.989	3.711
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.050	2.211	2.232	2.437	2.469

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 185

Frage: B. I. 4. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST							
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.113	1.347	1.357	1.608	1.691
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			817	913	1.003	1.096	1.074
AG Rinteln							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			6.870	7.110	7.930	8.270	8.650
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			4.790	5.160	5.420	5.630	6.230
AG Braunschweig							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.306	1.684	1.587	1.559	1.467
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			915	1.219	1.166	1.143	1.060
AG Hannover							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.723	1.640	1.703	1.670	1.520
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.175	1.059	1.220	1.193	1.111
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.347	2.967	3.087	2.913	2.693
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.800	2.233	2.220	2.160	1.993
AG Schmallenberg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.413	2.487	2.427	2.347	2.867
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.740	1.800	1.913	1.787	1.987
AG Dortmund							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.248	2.195	2.462	2.713	2.747
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.691	1.648	1.883	2.115	2.151
AG Köln							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.489	1.450	1.643	1.734	1.653
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			997	952	1.091	1.077	1.106

Ein Teil der Rechtspfleger ist nur mit einem Bruchteil in diesen Bereichen tätig. Die Verhältniszahlen lassen deshalb keine Schlüsse auf die tatsächliche Arbeitsbelastung zu.

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 186

Frage: B. I. 4. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.600	3.190	2.427	2.700	2.820
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.290	2.600	1.940	2.053	2.193
AG Hermeskeil							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.297	1.421	1.500	2.837	2.591
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			883	975	1.053	1.947	1.564
AG Ludwigshafen am Rhein							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.752	1.689	1.638	1.515	1.822
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.271	1.181	1.171	1.089	1.335
AG Mainz							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.648	1.873	1.868	1.938	1.771
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.101	1.250	1.297	1.268	1.267
Saarland							
AG Sulzbach							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.450	1.724	1.468	1.837	1.525
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.002	1.220	969	1.227	910
AG St. Ingbert							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.161	5.312	6.824	5.144	6.038
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.645	2.756	3.924	2.922	3.408
AG Saarlouis							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.534	1.870	2.012	2.280	2.468
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.094	1.326	1.373	1.499	1.649
AG Saarbrücken							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.949	2.033	1.853	2.845	2.284
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.309	1.315	1.171	1.792	1.412

(Frage: B. I. 8.)

Seite 187

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Frage: B. I. 4. b)

AMTSGERICHT									
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984		
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST									
Schleswig-Holstein									
AG Lauenburg / Elbe									
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.700	3.963	4.013	458	6.500		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.725	2.975	2.900	294	4.433		
AG Trittau									
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.067	3.587	4.033	3.052	3.570		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.273	2.787	3.100	2.019	2.630		
AG Lübeck									
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.484	1.706	1.598	1.841	1.815		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.034	1.177	1.108	1.185	1.303		
AG Kiel									
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.518	1.710	1.960	2.012	2.072		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.019	1.168	1.314	1.415	1.426		

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 188

Frage: B. I. 4. c)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			175	192	174	180	183
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			128	145	131	139	139
AG Adelsheim							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			123	125	116	130	133
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			103	99	91	100	107
AG Heilbronn							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			382	429	430	492	513
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			305	320	331	328	362
AG Stuttgart							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			263	284	231	251	258
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			206	217	179	185	198
Bayern							
AG Lichtenfels							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			183	245	278	268	284
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			135	174	217	212	227
AG Lindau (Bodensee)							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			408	445	453	464	425
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			323	342	337	317	316
AG Nürnberg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			193	192	213	227	236
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			144	150	164	174	182
AG München							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			313	316	330	357	364
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			239	240	255	271	279

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 189

Frage: B. I. 4. c)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE							
Berlin							
AG Tiergarten							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			299	302	330	331	364
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			198	203	221	219	237
AG Spandau							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			417	429	427	407	440
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			311	311	317	306	327
AG Wedding							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			446	482	482	463	560
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			317	349	347	333	389
AG Schöneberg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			255	257	259	278	289
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			184	185	191	196	212
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			280	371	344	344	369
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			179	249	242	238	273
AG Bremerhaven							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			328	375	365	347	347
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			227	262	258	248	253
AG Bremen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			255	307	349	357	376
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			189	226	267	274	281

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 190

Frage: B. I. 4. c)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE							
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			273	338	389	358	fehlt
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			204	257	292	272	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			364	418	407	544	fehlt
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			251	310	289	383	fehlt
AG Hamburg-Harburg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			340	359	368	403	fehlt
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			265	284	288	308	fehlt
AG Hamburg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			212	204	203	242	fehlt
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			150	145	141	160	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			271	311	383	362	418
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			198	228	288	266	303
AG Bad Wildungen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			281	247	298	305	400
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			226	185	221	199	263
AG Kassel							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			300	404	376	452	512
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			188	246	232	262	349
AG Frankfurt am Main							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			920	469	527	580	598
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			594	280	330	354	398

(Frage: B. I. 8.)

Seite 191

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Frage: B. I. 4. c)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE							
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			150	202	216	231	237
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			110	137	160	157	151
AG Rinteln							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			344	347	369	385	402
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			240	252	252	262	290
AG Braunschweig							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			259	271	297	288	269
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			181	196	218	211	194
AG Hannover							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			282	310	344	340	324
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			192	200	246	243	237
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			279	353	367	347	321
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			214	266	264	257	237
AG Schmallenberg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			329	339	331	320	391
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			237	245	261	244	271
AG Dortmund							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			436	393	392	417	440
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			328	295	300	325	344
AG Köln							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			312	327	346	365	363
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			209	215	230	227	243

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 192

Frage: B. I. 4. c)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTESTE							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			267	319	414	435	470
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			215	260	331	331	366
AG Hermeskeil							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			617	569	643	490	475
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			421	390	451	336	287
AG Ludwigshafen am Rhein							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			312	338	335	330	312
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			227	236	240	238	229
AG Mainz							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			295	305	326	326	319
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			197	203	226	213	228
Saarland							
AG Sulzbach							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			272	278	337	394	379
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			188	197	223	263	226
AG St. Ingbert							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			492	535	489	445	451
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			256	278	281	253	255
AG Saarlouis							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			302	351	397	417	427
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			216	249	271	274	285
AG Saarbrücken							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			408	346	361	392	416
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			274	224	228	247	257

(Frage: B. I. 8.)

Seite 193

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Frage: B. I. 4. c)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE							
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			285	305	309	318	339
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			210	229	223	204	231
AG Tittau							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			242	283	336	388	425
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			179	220	258	257	313
AG Lübeck							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			304	345	343	350	367
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			212	238	238	225	263
AG Kiel							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			472	536	586	770	719
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			317	366	393	542	495

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung 1)

Seite 194

Frage: B. I. 5. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BEWEISANORDNUNG/-ERHEBUNG							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald		38	49	55	43	64	55
AG Adelsheim		22	39	26	21	16	23
AG Heilbronn		642	833	882	977	677	776
AG Stuttgart		1.910	1.211	1.089	1.029	1.005	1.234
Bayern							
AG Lichtenfels		79	79	102	138	157	153
AG Lindau (Bodensee)		214	236	245	224	310	378
AG Nürnberg		1.840	1.486	1.570	1.662	1.650	1.880
AG München		4.139	6.293	6.096	5.474	5.518	5.862
Berlin							
AG Tiergarten		302	261	296	335	335	271
AG Spandau		520	344	320	351	377	401
AG Wedding		718	861	1.049	1.692	1.215	1.135
AG Schöneberg		926	1.053	1.165	924	1.009	932
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal		325	177	230	295	190	248
AG Bremerhaven		475	327	429	519	469	531
AG Bremen		2.160	1.816	2.123	2.414	2.304	2.444
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese		104	225	212	267	249	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf		189	161	193	205	199	fehlt
AG Hamburg-Harburg		361	456	615	1.095	593	fehlt
AG Hamburg		4.024	4.740	4.950	5.073	4.918	fehlt
Hessen							
AG Homberg (Efze)		74	42	63	72	57	50
AG Bad Wildungen		91	55	50	93	91	87
AG Kassel		1.128	696	826	846	704	866
AG Frankfurt am Main		3.172	2.871	2.493	3.020	4.011	3.097
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim		61	81	90	79	50	44
AG Rinteln		64	97	113	110	78	87
AG Braunschweig		710	813	1.048	1.288	952	960
AG Hannover		2.199	2.580	2.712	3.408	2.944	3.929
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg		31	53	53	104	110	87
AG Schmallenberg		52	39	79	95	80	91
AG Dortmund		2.322	1.813	1.860	2.706	2.375	2.394
AG Köln		3.722	4.813	4.536	5.036	4.564	5.159

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung 1)

Seite 195

Frage: B. I. 5. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Beweisanordnung/-erhebung							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld		65	67	58	57	70	59
AG Hermeskeil		46	77	74	60	46	65
AG Ludwigshafen am Rhein		668	701	688	738	803	827
AG Mainz		620	761	789	745	720	945
Saarland							
AG Sulzbach		258	56	63	144	166	141
AG St. Ingbert		119	200	193	209	183	223
AG Saarlouis		254	533	464	401	472	518
AG Saarbrücken		914	812	764	730	784	690
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe		67	58	54	62	65	87
AG Trittau		74	109	122	121	106	140
AG Lübeck		788	794	878	1.073	1.150	1.581
AG Kiel		750	966	1.008	1.171	1.319	1.527

1) Die Zahlen für 1975, 1980 und 1981 geben beschränkt auf "gewöhnliche Prozesse" an, in wievielen von ihnen Beweis angeordnet oder erhoben wurde. Dagegen geben Zahlen ab 1982 für alle Verfahren an, in wievielen von ihnen ein Beweisaufnahmetermin stattgefunden hat.

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 196

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Baden-Württemberg							
AG Schönau im Schwarzwald							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		125	141	160	144	167	167
- beide Parteien vertreten		37.6	44.7	50.6	47.2	51.5	55.1
- nur Kläger vertreten		34.4	41.8	32.5	35.4	37.7	30.5
- nur Beklagter vertreten		6.4	3.5	1.3	6.9	2.4	6.0
- keine Partei vertreten		21.6	9.9	15.6	10.4	8.4	8.4
AG Adelsheim							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		122	155	148	137	150	160
- beide Parteien vertreten		28.7	36.8	35.8	29.9	36.0	36.9
- nur Kläger vertreten		43.4	41.9	45.3	48.9	40.7	38.8
- nur Beklagter vertreten		2.5	6	2.7	4.4	6.7	1.3
- keine Partei vertreten		25.4	20.6	16.2	16.8	16.7	23.1
AG Heilbronn							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		3.511	3.707	3.568	4.165	4.098	4.993
- beide Parteien vertreten		30.7	39.2	38.0	39.0	36.4	39.6
- nur Kläger vertreten		42.8	40.6	40.9	42.1	45.4	43.1
- nur Beklagter vertreten		4.6	3.9	3.4	3.5	3.1	3.4
- keine Partei vertreten		21.9	16.3	17.6	15.4	15.2	13.9
AG Stuttgart							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		14.592	10.726	11.021	11.685	13.654	13.509
- beide Parteien vertreten		24.3	23.7	23.8	28.4	22.9	27.4
- nur Kläger vertreten		53.2	63.0	64.5	37.8	32.3	32.7
- nur Beklagter vertreten		4.0	2.1	2.0	2.7	2.9	2.8
- keine Partei vertreten		18.4	11.1	9.7	31.2	41.8	37.1

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 197

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Bayern							
AG Lichtenfels							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		518	377	435	554	614	671
- beide Parteien vertreten		30.7	35.3	33.8	36.5	36.2	33.4
- nur Kläger vertreten		44.8	45.1	44.1	43.9	43.6	45.3
- nur Beklagter vertreten		4.8	5.3	6.2	6.0	2.4	5.1
- keine Partei vertreten		19.7	14.3	15.9	13.7	17.8	16.2
AG Lindau (Bodensee)							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		871	888	924	985	975	1.107
- beide Parteien vertreten		42.3	44.1	45.9	45.5	46.2	47.3
- nur Kläger vertreten		39.7	43.4	42.9	43.4	44.1	42.0
- nur Beklagter vertreten		3.9	2.3	4.2	2.7	3.6	2.1
- keine Partei vertreten		14.1	10.2	7.0	8.4	6.2	8.6
AG Nürnberg							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		9.209	7.267	8.196	8.547	9.294	9.972
- beide Parteien vertreten		37.4	41.5	40.2	38.5	38.0	40.5
- nur Kläger vertreten		42.9	42.6	42.6	43.6	46.9	44.3
- nur Beklagter vertreten		4.5	3.6	3.9	4.4	3.4	3.5
- keine Partei vertreten		15.2	12.3	13.3	13.5	11.7	11.6
AG München							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		32.441	31.006	32.028	34.356	38.574	40.621
- beide Parteien vertreten		33.4	45.4	45.1	45.0	44.6	45.9
- nur Kläger vertreten		45.2	42.5	44.3	44.8	46.1	45.0
- nur Beklagter vertreten		3.8	2.9	2.5	2.7	2.3	2.6
- keine Partei vertreten		17.6	9.1	8.1	7.5	7.1	6.5

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 198

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Berlin							
AG Tiergarten							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		2.912	3.036	3.352	3.568	3.759	3.962
- beide Parteien vertreten		17.2	21.7	23.8	23.5	28.0	26.7
- nur Kläger vertreten		40.0	39.7	39.0	40.6	42.1	46.0
- nur Beklagter vertreten		3.5	3.5	4.0	4.0	4.2	4.4
- keine Partei vertreten		39.2	35.1	33.2	32.0	25.6	22.8
AG Spandau							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		3.596	3.028	3.231	3.590	3.899	4.001
- beide Parteien vertreten		22.8	28.4	27.4	28.7	29.3	30.4
- nur Kläger vertreten		32.5	39.7	38.1	41.4	41.8	42.4
- nur Beklagter vertreten		4.2	3.8	3.6	4.7	4.9	5.4
- keine Partei vertreten		40.6	28.1	31.0	25.2	23.9	21.9
AG Wedding							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		8.024	8.000	8.791	9.317	10.049	10.370
- beide Parteien vertreten		18.5	21.8	21.5	22.3	23.1	26.2
- nur Kläger vertreten		40.2	41.4	39.3	42.6	44.1	45.4
- nur Beklagter vertreten		3.4	3.7	3.4	4.1	4.1	4.0
- keine Partei vertreten		37.9	33.2	35.7	31.0	28.8	24.4
AG Schöneberg							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		10.305	10.210	11.304	11.937	12.089	13.237
- beide Parteien vertreten		27.9	32.8	32.2	32.4	34.5	35.1
- nur Kläger vertreten		41.8	40.8	40.6	41.2	41.7	42.4
- nur Beklagter vertreten		4.2	3.9	4.0	4.0	4.3	5.0
- keine Partei vertreten		26.1	22.4	23.3	22.3	19.5	17.5

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 199

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Bremen							
AG Bremen-Blumenthal							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		993	931	1.096	1.165	1.263	1.465
- beide Parteien vertreten		37.4	34.8	40.0	37.3	33.7	38.6
- nur Kläger vertreten		43.5	48.5	42.0	43.0	44.3	40.1
- nur Beklagter vertreten		5.3	2.5	2.6	3.4	3.7	4.2
- keine Partei vertreten		13.8	14.2	15.4	16.2	18.3	17.0
AG Bremerhaven							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		2.412	2.440	2.685	2.810	3.133	3.162
- beide Parteien vertreten		21.4	23.6	20.4	22.9	24.6	28.9
- nur Kläger vertreten		36.2	42.0	36.5	36.8	43.1	43.7
- nur Beklagter vertreten		3.6	3.3	3.3	4.5	2.8	3.5
- keine Partei vertreten		38.9	31.1	39.8	35.8	29.5	23.9
AG Bremen							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		8.805	9.542	10.015	11.669	12.451	12.576
- beide Parteien vertreten		29.8	33.7	34.7	33.1	33.8	33.7
- nur Kläger vertreten		47.4	47.1	45.9	43.3	44.5	44.3
- nur Beklagter vertreten		3.8	3.7	3.4	4.3	3.6	3.6
- keine Partei vertreten		19.0	15.5	16.0	19.3	18.1	18.4

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 200

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Hamburg							
AG Hamburg-Blankenese							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		1.285	1.201	1.334	1.254	1.440	fehlt
- beide Parteien vertreten		26.8	37.2	34.9	38.5	35.8	fehlt
- nur Kläger vertreten		34.3	37.9	38.0	41.7	43.8	fehlt
- nur Beklagter vertreten		3.7	2.3	2.5	2.2	1.9	fehlt
- keine Partei vertreten		35.1	22.6	24.6	17.6	18.5	fehlt
AG Hamburg-Bergedorf							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		1.456	1.103	1.332	1.358	1.609	fehlt
- beide Parteien vertreten		23.1	31.6	33.3	32.0	31.1	fehlt
- nur Kläger vertreten		36.8	40.7	38.1	41.2	42.3	fehlt
- nur Beklagter vertreten		3.1	3.1	3.3	2.6	3.6	fehlt
- keine Partei vertreten		37.0	24.7	25.2	24.2	23.0	fehlt
AG Hamburg-Harburg							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		3.087	3.204	3.382	3.428	3.824	fehlt
- beide Parteien vertreten		23.0	25.8	23.9	27.0	26.1	fehlt
- nur Kläger vertreten		34.4	34.2	33.0	37.2	39.7	fehlt
- nur Beklagter vertreten		3.8	2.4	3.0	3.0	3.9	fehlt
- keine Partei vertreten		38.8	37.6	40.1	32.8	30.3	fehlt
AG Hamburg							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		32.347	27.523	27.896	27.982	29.632	fehlt
- beide Parteien vertreten		24.8	33.7	34.0	33.9	33.9	fehlt
- nur Kläger vertreten		44.5	40.8	40.5	42.5	43.6	fehlt
- nur Beklagter vertreten		3.2	2.3	2.6	3.0	2.9	fehlt
- keine Partei vertreten		27.5	23.2	22.9	20.6	19.5	fehlt

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 201

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT								
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
RECHTSANWALTSVERTRETUNG								
Hessen								
AG Homberg (Efze)								
- Erledigte Zivilprozeßsachen		289	198	228	288	266	303	
- beide Parteien vertreten		34.3	47.5	43.9	42.4	38.3	39.6	
- nur Kläger vertreten		42.6	32.8	44.3	46.5	45.1	44.9	
- nur Beklagter vertreten		5.2	4.5	3.1	1.0	4.1	4.0	
- keine Partei vertreten		18.0	15.2	8.8	10.1	12.4	11.6	
AG Bad Wildungen								
- Erledigte Zivilprozeßsachen		334	326	309	373	368	461	
- beide Parteien vertreten		42.8	40.5	39.5	37.5	41.8	39.9	
- nur Kläger vertreten		31.1	44.8	45.0	44.2	40.5	43.6	
- nur Beklagter vertreten		7.2	2.8	3.6	4.3	5.4	3.9	
- keine Partei vertreten		18.9	12.0	12.0	13.9	12.2	12.6	
AG Kassel								
- Erledigte Zivilprozeßsachen		6.222	4.916	5.613	6.357	6.496	8.009	
- beide Parteien vertreten		24.3	33.1	33.7	33.9	31.0	36.8	
- nur Kläger vertreten		39.3	43.3	44.8	42.9	47.3	43.9	
- nur Beklagter vertreten		5.5	4.6	4.5	5.7	5.6	4.9	
- keine Partei vertreten		30.9	19.0	17.0	17.5	16.1	14.5	
AG Frankfurt am Main								
- Erledigte Zivilprozeßsachen		22.835	17.954	17.490	20.131	21.033	23.829	
- beide Parteien vertreten		26.7	37.8	36.6	38.8	38.0	39.2	
- nur Kläger vertreten		46.2	42.4	43.7	44.2	46.1	44.5	
- nur Beklagter vertreten		4.8	3.2	3.1	3.4	3.6	3.8	
- keine Partei vertreten		22.3	16.6	16.6	13.6	12.3	12.5	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 202

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Niedersachsen							
AG Bad Gandersheim							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		221	245	274	351	285	247
- beide Parteien vertreten		38.0	42.9	45.3	43.3	34.0	56.7
- nur Kläger vertreten		41.2	41.6	39.4	36.5	48.4	29.1
- nur Beklagter vertreten		2.3	2.9	5.1	8.3	5.3	4.0
- keine Partei vertreten		18.6	12.7	10.2	12.0	12.3	10.1
AG Rinteln							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		355	479	516	542	563	623
- beide Parteien vertreten		36.3	40.1	37.6	37.3	38.7	39.8
- nur Kläger vertreten		42.3	45.3	45.9	44.6	46.5	46.5
- nur Beklagter vertreten		2.8	4.2	3.3	3.5	2.8	1.8
- keine Partei vertreten		18.6	10.4	13.2	14.6	11.9	11.9
AG Braunschweig							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		4.153	4.271	4.972	5.494	5.659	5.648
- beide Parteien vertreten		34.0	37.1	40.1	39.4	36.6	37.0
- nur Kläger vertreten		40.3	41.0	40.5	38.7	42.3	42.1
- nur Beklagter vertreten		4.5	3.3	3.3	3.3	3.6	3.9
- keine Partei vertreten		21.3	18.6	16.1	18.5	17.5	17.0
AG Hannover							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		15.085	14.582	15.277	18.477	18.995	19.258
- beide Parteien vertreten		29.6	37.0	35.3	35.7	36.4	37.9
- nur Kläger vertreten		46.1	46.1	46.9	47.5	46.5	45.3
- nur Beklagter vertreten		3.6	2.8	2.5	2.7	2.8	2.7
- keine Partei vertreten		20.7	14.1	15.3	14.2	14.3	14.1

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 203

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Nordrhein-Westfalen							
AG Marsberg							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		244	270	335	333	324	299
- beide Parteien vertreten		28.7	30.0	34.6	29.7	33.3	33.1
- nur Kläger vertreten		32.0	29.3	33.1	41.4	33.3	38.8
- nur Beklagter vertreten		2.0	1.5	2.4	3.3	3.4	1.7
- keine Partei vertreten		37.3	39.3	29.9	25.5	29.9	26.4
AG Schmallenberg							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		258	261	270	287	268	298
- beide Parteien vertreten		35.7	27.6	40.0	47.4	44.4	40.6
- nur Kläger vertreten		41.9	47.1	42.6	34.5	43.3	43.0
- nur Beklagter vertreten		3.5	4.6	2.6	1.0	1.5	3.7
- keine Partei vertreten		19.0	20.7	14.8	17.1	10.8	12.8
AG Dortmund							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		14.549	12.174	12.688	14.498	16.282	16.943
- beide Parteien vertreten		25.3	31.9	32.2	36.0	36.3	34.4
- nur Kläger vertreten		38.3	38.6	38.0	36.8	37.6	42.1
- nur Beklagter vertreten		5.5	3.4	3.2	3.4	3.5	3.2
- keine Partei vertreten		30.9	26.1	26.6	23.8	22.5	20.2
AG Köln							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		25.168	25.613	26.834	30.147	31.155	35.463
- beide Parteien vertreten		33.7	40.4	40.9	40.5	40.2	40.6
- nur Kläger vertreten		43.3	43.2	42.6	44.5	45.2	43.9
- nur Beklagter vertreten		3.4	3.2	3.2	3.1	3.1	3.3
- keine Partei vertreten		19.5	13.2	13.4	11.9	11.4	12.1

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 204

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Rheinland-Pfalz							
AG Birkenfeld							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		263	258	260	291	308	329
- beide Parteien vertreten		38.4	32.6	37.7	32.0	36.0	40.4
- nur Kläger vertreten		36.1	32.9	40.4	45.7	44.5	43.5
- nur Beklagter vertreten		4.2	7.4	5.0	4.1	3.6	2.4
- keine Partei vertreten		21.3	27.1	16.9	18.2	15.9	13.7
AG Hermeskeil							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		252	265	273	316	370	344
- beide Parteien vertreten		27.4	44.2	38.8	40.2	33.8	36.9
- nur Kläger vertreten		48.4	34.7	41.0	41.5	48.6	45.3
- nur Beklagter vertreten		4.0	5.7	4.0	2.2	3.0	2.6
- keine Partei vertreten		20.2	15.5	16.1	16.1	14.6	15.1
AG Ludwigshafen am Rhein							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		2.942	3.025	3.105	3.514	3.812	4.006
- beide Parteien vertreten		36.4	42.9	41.8	40.9	39.1	40.6
- nur Kläger vertreten		44.0	41.7	41.4	42.2	42.3	42.6
- nur Beklagter vertreten		3.9	2.8	2.7	3.1	3.5	3.4
- keine Partei vertreten		15.7	12.6	14.1	13.8	15.1	13.4
AG Mainz							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		3.880	3.446	3.913	4.618	4.755	5.246
- beide Parteien vertreten		32.6	37.5	39.2	39.5	40.7	42.3
- nur Kläger vertreten		44.4	41.6	41.7	40.4	43.9	42.9
- nur Beklagter vertreten		4.3	4.6	3.7	3.9	3.5	3.3
- keine Partei vertreten		18.6	16.3	15.5	16.2	11.9	11.5

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 205

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Saarland							
AG Sulzbach							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		858	601	610	601	736	701
- beide Parteien vertreten		27.0	45.9	44.1	48.9	43.6	38.1
- nur Kläger vertreten		46.2	40.9	39.3	36.6	44.0	45.2
- nur Beklagter vertreten		1.4	5	3.3	4.0	3.1	2.6
- keine Partei vertreten		25.4	12.6	13.3	10.5	9.2	14.1
AG St. Ingbert							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		550	625	689	824	789	818
- beide Parteien vertreten		38.5	43.8	42.4	44.3	48.8	48.7
- nur Kläger vertreten		43.5	41.3	43.3	43.9	39.2	39.6
- nur Beklagter vertreten		3.1	3	1.9	2.7	3.8	3.1
- keine Partei vertreten		14.9	14.6	12.5	9.1	8.2	8.7
AG Saarlouis							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		1.418	1.915	2.055	2.169	2.398	2.638
- beide Parteien vertreten		32.2	42.5	39.7	35.5	38.7	41.7
- nur Kläger vertreten		45.5	41.9	41.5	46.3	46.8	42.9
- nur Beklagter vertreten		3.7	8	3.2	3.0	2.7	3.0
- keine Partei vertreten		18.6	14.8	15.6	15.2	11.8	12.4
AG Saarbrücken							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		5.263	4.451	4.667	5.010	5.770	6.130
- beide Parteien vertreten		30.1	41.3	41.1	37.3	39.4	37.8
- nur Kläger vertreten		44.7	43.1	43.7	46.0	43.8	46.7
- nur Beklagter vertreten		3.9	8	1.8	3.1	3.8	3.3
- keine Partei vertreten		21.3	14.7	13.4	13.6	13.0	12.3

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte

Seite 206

Frage: B. I. 7.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSANWALTSVERTRETUNG							
Schleswig-Holstein							
AG Lauenburg / Elbe							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		215	218	238	232	235	266
- beide Parteien vertreten		25.6	34.9	34.0	41.4	35.7	41.4
- nur Kläger vertreten		35.3	42.2	43.3	39.2	40.4	37.6
- nur Beklagter vertreten		11.2	6.4	2.1	3.9	2.6	3.8
- keine Partei vertreten		27.9	16.5	20.6	15.5	21.3	17.3
AG Trittau							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		380	341	418	465	424	526
- beide Parteien vertreten		35.3	39.0	40.2	40.0	36.6	36.3
- nur Kläger vertreten		41.3	39.3	40.2	44.3	46.7	49.8
- nur Beklagter vertreten		3.4	1.5	1.4	2.6	1.9	2.5
- keine Partei vertreten		20.0	20.2	18.2	13.1	14.9	11.4
AG Lübeck							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		4.201	4.189	4.509	4.855	4.892	5.904
- beide Parteien vertreten		29.4	33.6	34.4	33.4	33.0	35.5
- nur Kläger vertreten		41.0	39.2	39.7	42.1	45.9	44.6
- nur Beklagter vertreten		3.6	3.3	3.4	3.6	3.2	3.5
- keine Partei vertreten		26.0	23.9	22.6	20.9	18.0	16.4
AG Kiel							
- Erledigte Zivilprozeßsachen		4.857	4.994	5.314	5.651	6.366	6.059
- beide Parteien vertreten		30.6	36.0	36.5	36.0	38.0	40.1
- nur Kläger vertreten		35.2	38.1	36.5	39.5	40.2	39.8
- nur Beklagter vertreten		3.6	3.7	3.6	3.6	4.1	3.6
- keine Partei vertreten		30.7	22.2	23.4	20.9	17.6	16.5

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 207

Frage: B. I.10. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Baden-Württemberg							
- Erledigte Verfahren insgesamt					127.967	139.953	146.754
- klagende Parteien insgesamt					128.093	140.038	146.861
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					4.930	5.211	5.096
- Versicherung					3.945	4.519	4.771
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					34.915	41.366	42.409
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					11.745	12.956	13.646
- Privatperson					72.558	75.986	80.939
- beklagte Parteien insgesamt					136.296	149.066	156.866
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.174	893	941
- Versicherung					10.500	11.413	12.647
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					12.888	14.593	15.297
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					6.390	7.447	8.159
- Privatperson					105.344	114.720	119.822
Bayern							
- Erledigte Verfahren insgesamt					136.364	154.078	158.146
- klagende Parteien insgesamt					136.459	154.188	158.310
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					3.653	3.613	3.775
- Versicherung					3.971	5.151	5.136
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					36.224	42.877	42.402
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					15.591	18.966	19.898
- Privatperson					77.020	83.581	87.099
- beklagte Parteien insgesamt					147.394	167.227	172.611
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					904	1.085	1.138
- Versicherung					12.858	15.124	16.955
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					14.510	16.872	17.109
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					9.609	11.991	12.202
- Privatperson					109.513	122.155	125.207
Berlin							
- Erledigte Verfahren insgesamt					62.496	67.153	69.887
- klagende Parteien insgesamt					62.553	67.291	69.955
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					6.272	6.396	5.922
- Versicherung					1.432	1.807	1.755
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					18.175	19.293	20.513
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					3.181	3.731	3.800
- Privatperson					33.493	36.064	37.965
- beklagte Parteien insgesamt					64.773	70.419	73.636
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					332	398	367
- Versicherung					2.852	4.117	4.911
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					4.573	5.113	5.572
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					1.681	1.868	1.879
- Privatperson					55.335	58.923	60.907

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 208

Frage: B. I.10. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Bremen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					15.644	16.847	17.203
- klagende Parteien insgesamt					15.661	16.855	17.210
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					990	663	474
- Versicherung					376	495	440
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					5.009	5.738	5.880
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					984	1.120	1.198
- Privatperson					8.302	8.839	9.218
- beklagte Parteien insgesamt					16.329	17.459	17.959
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					58	70	54
- Versicherung					714	661	846
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.636	1.637	1.673
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					488	585	540
- Privatperson					13.433	14.506	14.846
Hamburg							
- Erledigte Verfahren insgesamt					42.392	45.447	49.322
- klagende Parteien insgesamt					42.407	45.462	49.335
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.097	1.079	1.167
- Versicherung					892	1.200	1.112
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					15.744	17.139	19.104
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					3.799	3.637	3.913
- Privatperson					20.875	22.407	24.039
- beklagte Parteien insgesamt					43.642	46.894	50.923
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					107	128	122
- Versicherung					2.456	2.811	3.003
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					4.094	4.774	5.685
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					2.491	2.167	2.811
- Privatperson					34.494	37.014	39.302
Hessen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					95.858	104.960	112.147
- klagende Parteien insgesamt					95.926	105.028	112.271
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					2.851	3.176	3.003
- Versicherung					2.936	3.517	3.791
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					27.059	32.142	33.837
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					9.297	8.688	9.537
- Privatperson					53.783	57.505	62.103
- beklagte Parteien insgesamt					100.454	109.922	117.907
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					701	712	787
- Versicherung					6.257	6.687	7.453
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					10.197	11.417	12.627
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					5.051	4.880	5.550
- Privatperson					78.248	86.226	91.490

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 209

Frage: B. I.10. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Niedersachsen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					119.223	128.928	132.084
- klagende Parteien insgesamt					119.266	128.982	132.128
- juristische Person des öffentlichen Rechts					3.244	3.048	2.871
- Versicherung					4.358	4.875	4.869
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					31.517	36.192	36.919
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					10.933	10.476	10.010
- Privatperson					69.214	74.391	77.459
- beklagte Parteien insgesamt					123.993	133.748	137.623
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					716	678	664
- Versicherung					5.939	6.468	7.497
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					9.574	10.333	10.664
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					4.848	4.857	5.141
- Privatperson					102.916	111.412	113.657
Nordrhein-Westfalen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					340.636	366.640	384.901
- klagende Parteien insgesamt					340.854	367.045	385.347
- juristische Person des öffentlichen Rechts					9.788	10.758	9.767
- Versicherung					11.178	13.196	14.272
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					93.654	104.411	111.329
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					26.320	25.210	24.932
- Privatperson					199.914	213.470	225.047
- beklagte Parteien insgesamt					359.515	386.435	406.438
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.495	1.659	1.906
- Versicherung					23.358	25.563	27.567
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					31.301	33.661	37.921
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					14.312	13.656	14.001
- Privatperson					289.049	311.896	325.043
Rheinland-Pfalz							
- Erledigte Verfahren insgesamt					58.944	63.523	65.669
- klagende Parteien insgesamt					58.997	63.587	65.803
- juristische Person des öffentlichen Rechts					1.794	1.523	1.630
- Versicherung					1.831	2.342	2.411
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					15.129	17.391	17.590
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					4.872	5.236	5.337
- Privatperson					35.371	37.095	38.835
- beklagte Parteien insgesamt					62.608	67.885	70.574
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					422	486	490
- Versicherung					4.450	4.936	5.640
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					5.149	5.661	5.794
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					2.794	2.737	3.047
- Privatperson					49.793	54.065	55.603

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 210

Frage: B. I.10. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Saarland							
- Erledigte Verfahren insgesamt					16.964	18.603	19.570
- klagende Parteien insgesamt					16.981	18.617	19.582
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					465	524	500
- Versicherung					809	901	1.090
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					4.657	5.411	5.523
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					1.219	1.195	1.282
- Privatperson					9.831	10.586	11.187
- beklagte Parteien insgesamt					18.376	20.070	21.209
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					86	101	109
- Versicherung					1.663	1.803	1.907
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.748	1.776	1.967
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					565	587	654
- Privatperson					14.314	15.803	16.572
Schleswig-Holstein							
- Erledigte Verfahren insgesamt					48.544	51.169	53.767
- klagende Parteien insgesamt					48.583	51.192	53.780
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.365	1.290	1.329
- Versicherung					1.333	1.771	1.755
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					13.620	14.892	15.547
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					5.997	6.111	5.608
- Privatperson					26.268	27.128	29.541
- beklagte Parteien insgesamt					49.679	52.262	55.004
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					258	323	335
- Versicherung					1.507	1.617	2.076
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					3.081	3.128	3.599
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					2.864	3.056	2.566
- Privatperson					41.969	44.138	46.428
Bundesgebiet							
- Erledigte Verfahren insgesamt					1.065.032	1.157.301	1.209.450
- klagende Parteien insgesamt					1.065.780	1.158.285	1.210.582
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					36.449	37.281	35.534
- Versicherung					33.061	39.774	41.402
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					295.703	336.852	351.053
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					93.938	97.326	99.161
- Privatperson					606.629	647.052	683.432
- beklagte Parteien insgesamt					1.123.059	1.221.387	1.280.750
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					6.253	6.533	6.913
- Versicherung					72.554	81.200	90.502
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					98.751	108.965	117.908
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					51.093	53.831	56.550
- Privatperson					894.408	970.858	1.008.877

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Seite 211

Frage: B. II. (B. I. 1.)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975		1980	1981	1982	1983	1984
		mit	ohne					
ANHÄNGIGE VERFAHREN		Ehesachen						
Baden-Württemberg								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	31.050		14.231	16.933	20.285	23.632	18.438
- Neuzugänge	31.410	56.047		42.433	48.179	54.664	44.236	43.191
- anhängige Verfahren	(a)	87.097	67.325	56.664	65.112	74.949	67.868	61.629
Bayern								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	41.187		20.049	22.858	26.770	29.857	25.788
- Neuzugänge	41.478	70.103		51.328	58.255	66.337	55.992	54.171
- anhängige Verfahren	(a)	111.290	88.939	71.377	81.113	93.107	85.846	79.959
Berlin								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	17.972		7.439	8.649	9.401	10.941	8.574
- Neuzugänge	19.133	23.938		15.725	17.260	19.338	15.732	16.170
- anhängige Verfahren	(a)	41.910	31.286	23.164	25.909	28.739	26.673	24.744
Bremen								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	4.040		2.088	2.611	3.169	3.549	2.870
- Neuzugänge	3.938	6.082		4.483	5.076	5.654	4.496	4.441
- anhängige Verfahren	(a)	10.122	7.069	6.571	7.687	8.823	8.045	7.311
Hamburg								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	15.329		7.819	8.340	9.292	10.012	8.589
- Neuzugänge	16.371	22.074		15.526	17.320	18.811	15.552	15.317
- anhängige Verfahren	(a)	37.403	29.617	23.345	25.660	28.103	25.564	23.906
Hessen								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	34.030		15.273	17.548	20.398	23.046	19.773
- Neuzugänge	24.235	42.564		30.595	29.319	39.476	32.598	30.450
- anhängige Verfahren	(a)	76.594	61.675	45.868	46.867	59.874	55.644	50.223
Niedersachsen								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	27.420		15.617	17.763	20.317	20.532	15.122
- Neuzugänge	23.573	42.091		32.771	38.778	42.860	33.452	32.248
- anhängige Verfahren	(a)	69.511	51.838	48.388	56.541	63.177	53.984	47.370
Nordrhein-Westfalen								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	91.225		49.099	55.482	63.019	67.284	56.010
- Neuzugänge	80.966	128.351		99.257	114.220	126.036	99.897	99.628
- anhängige Verfahren	(a)	219.576	168.130	148.356	169.702	189.055	167.181	155.638
Rheinland-Pfalz								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	21.950		10.656	11.494	12.870	13.927	11.629
- Neuzugänge	21.238	24.448		17.839	20.531	22.424	18.085	17.253
- anhängige Verfahren	(a)	46.398	37.465	28.495	32.025	35.294	32.012	28.882
Saarland								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	9.804		5.283	5.077	5.916	6.037	4.974
- Neuzugänge	5.841	7.447		5.469	6.808	7.338	6.070	5.823
- anhängige Verfahren	(a)	17.251	14.397	10.752	11.885	13.254	12.107	10.797
Schleswig-Holstein								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	12.230		6.856	7.827	9.970	10.483	8.365
- Neuzugänge	8.567	16.450		12.654	15.011	15.969	12.450	12.397
- anhängige Verfahren	(a)	28.680	20.653	19.510	22.838	25.939	22.933	20.762
Bundesgebiet								
- Bestand am Jahresanfang	(a)	306.237		154.410	174.582	201.407	219.300	180.132
- Neuzugänge	276.750	439.595		328.080	370.757	418.907	338.560	331.089
- anhängige Verfahren	(a)	745.832	578.394	482.490	545.339	620.314	557.860	511.221

(a) Nicht erhoben

Bei den Zivilgerichten eingegangene Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens

Seite 212

Frage: B. II. (B. I. 1.)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANTRÄGE AUßERHALB EINES BEI GERICHT ANHÄNGIGEN VERFAHRENS							
Baden-Württemberg	1.988	349	170	185	208	280	221
Bayern	3.005	110	306	481	499	766	680
Berlin	451	13	4	1	5	1	2
Bremen	135	15	5	4	1	0	0
Hamburg	565	12	17	26	8	5	5
Hessen	874	1	3	1	15	0	1
Niedersachsen	1.518	14	17	10	17	4	8
Nordrhein-Westfalen	2.124	133	45	102	102	156	92
Rheinland-Pfalz	509	47	14	5	4	2	3
Saarland	248	984	54	27	17	0	6
Schleswig-Holstein	878	107	13	4	1	0	2
Bundesgebiet	12.295	1.785	648	846	877	1.214	1.020

In den Zahlen ab 1975 sind Armenrechtsgesuche ohne nachfolgenden Prozeß, die in den Zahlen bis 1965 noch erfaßt sind, nicht mehr enthalten

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren

Seite 213

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE ZIVILPROZESSE							
Baden-Württemberg		41.737	39.720	44.840	51.323	49.430	43.635
Bayern		56.723	48.521	54.340	63.254	60.316	53.917
Berlin		16.210	14.515	16.508	17.798	18.035	16.173
Bremen		4.226	3.960	4.518	5.279	5.175	4.504
Hamburg		17.302	14.993	16.773	17.592	16.994	15.471
Hessen		33.532	28.323	32.903	36.828	35.871	31.557
Niedersachsen		27.085	30.616	36.231	42.648	38.870	33.136
Nordrhein-Westfalen		90.856	92.803	106.632	121.739	111.362	98.922
Rheinland-Pfalz		18.974	17.001	19.165	21.353	20.387	17.701
Saarland		5.500	5.674	5.970	7.217	7.141	6.021
Schleswig-Holstein		10.180	11.681	12.868	15.456	14.571	12.203
Bundesgebiet		322.325	307.815	350.748	400.487	378.152	333.241

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 214

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975		1980	1981	1982	1983	1984
		mit	ohne					
ERLEDIGUNGSART		Ehesachen						
Baden-Württemberg								
- streitiges Urteil	15.060	26.655	11.596	10.569	11.642	13.102	12.896	11.537
- Vergleich	5.535	9.390	9.375	9.437	9.951	10.847	10.353	9.496
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	3.884	6.909	6.905	7.172	8.869	10.988	10.225	8.714
- Beschluß	618	1.668	1.645	1.680	1.798	2.099	2.163	2.012
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	6.445	3.654	4.808	5.484	6.272	5.439	5.029
- sonstige	(a)	10.442	8.562	6.062	7.096	8.015	8.354	6.847
Bayern								
- streitiges Urteil	18.919	33.454	16.287	13.867	15.295	17.531	17.101	15.047
- Vergleich	7.982	10.161	10.157	9.914	10.700	11.857	11.385	10.404
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	4.617	9.417	9.414	8.283	9.947	12.624	11.306	9.467
- Beschluß	1.637	2.405	2.385	2.689	2.921	3.423	3.523	3.544
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	7.918	4.659	6.141	6.675	7.638	6.631	6.493
- sonstige	(a)	15.719	13.821	7.627	8.802	10.181	10.358	8.962
Berlin								
- streitiges Urteil	10.284	13.474	5.826	4.771	5.361	5.418	5.592	4.891
- Vergleich	1.450	1.911	1.909	1.682	1.672	1.778	1.757	1.787
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	1.222	2.950	2.950	2.739	3.493	4.192	3.938	3.405
- Beschluß	70	991	987	1.568	1.728	1.694	1.972	2.026
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	3.882	1.987	2.026	2.303	2.577	2.351	2.173
- sonstige	(a)	3.626	2.551	1.729	1.951	2.139	2.425	1.891
Bremen								
- streitiges Urteil	2.113	3.679	1.250	921	1.093	1.199	1.190	1.038
- Vergleich	340	633	627	801	817	939	962	873
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	509	807	806	840	980	1.215	1.080	982
- Beschluß	67	205	202	259	214	303	308	316
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	777	415	586	737	849	759	618
- sonstige	(a)	1.178	926	553	677	774	876	677
Hamburg								
- streitiges Urteil	7.587	11.017	4.808	4.151	4.546	4.803	4.736	4.490
- Vergleich	2.228	2.478	2.470	2.531	2.546	2.639	2.520	2.216
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	2.389	3.052	3.051	2.883	3.514	3.923	3.569	2.976
- Beschluß	143	1.557	1.552	1.579	1.801	1.742	1.814	1.784
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	2.595	1.497	1.888	2.191	2.287	1.951	1.949
- sonstige	(a)	4.389	3.807	1.961	2.175	2.198	2.404	2.056
Hessen								
- streitiges Urteil	12.113	22.432	11.091	8.904	10.134	10.873	10.718	10.149
- Vergleich	4.104	4.097	4.087	4.238	4.435	4.839	4.716	4.214
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	2.997	6.948	6.946	5.508	6.860	8.451	7.838	6.504
- Beschluß	397	1.488	1.465	1.696	1.918	1.906	1.814	1.862
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	4.959	2.939	3.182	3.729	4.311	3.875	3.616
- sonstige	(a)	8.527	7.004	4.795	5.827	6.448	6.910	5.212
Niedersachsen								
- streitiges Urteil	12.954	23.184	10.038	10.725	12.683	14.323	13.136	11.647
- Vergleich	2.582	3.464	3.451	3.910	4.314	4.894	4.539	3.889
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	2.664	4.776	4.774	5.967	7.804	9.833	8.114	6.647
- Beschluß	153	1.135	1.107	1.488	1.702	1.928	1.936	1.933
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	5.116	2.386	3.462	4.039	4.785	4.052	3.476
- sonstige	(a)	7.083	5.329	5.064	5.689	6.885	7.093	5.544

(a) = Nicht erhoben.

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 215

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975		1980	1981	1982	1983	1984
		mit	ohne					
ERLEDIGUNGSART		Ehesachen						
Nordrhein-Westfalen								
- streitiges Urteil	38.501	65.337	29.456	30.670	34.195	37.339	33.622	30.933
- Vergleich	10.811	12.930	12.900	13.973	15.426	16.588	15.225	13.363
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	9.005	16.464	16.459	16.670	20.446	26.350	22.461	19.330
- Beschluß	754	3.917	3.836	4.762	5.671	5.805	5.715	5.792
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	17.140	8.177	11.228	13.078	15.043	13.159	12.231
- sonstige	(a)	26.514	20.028	15.500	17.816	20.614	21.175	17.273
Rheinland-Pfalz								
- streitiges Urteil	8.506	13.056	6.690	5.306	5.745	6.212	6.092	5.517
- Vergleich	5.713	3.965	3.961	3.486	3.395	3.697	3.461	3.114
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	1.439	2.442	2.441	2.832	3.617	4.505	4.107	3.281
- Beschluß	442	548	531	715	918	888	869	835
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	3.090	1.496	1.874	2.164	2.438	2.260	1.974
- sonstige	(a)	4.806	3.855	2.788	3.326	3.613	3.598	2.980
Saarland								
- streitiges Urteil	2.800	4.257	2.213	2.079	2.013	2.485	2.513	2.141
- Vergleich	549	629	626	1.052	953	1.049	952	820
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	1.212	1.039	1.038	1.015	1.285	1.655	1.552	1.272
- Beschluß	150	224	222	294	262	311	347	327
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	1.164	623	622	741	816	808	709
- sonstige	(a)	1.041	778	612	716	901	969	752
Schleswig-Holstein								
- streitiges Urteil	4.530	9.473	3.374	3.559	3.829	4.462	4.344	3.749
- Vergleich	920	1.601	1.594	1.912	1.887	2.173	2.042	1.721
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	804	1.552	1.543	2.358	2.773	3.739	3.207	2.720
- Beschluß	81	555	548	611	656	707	741	639
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	2.280	1.021	1.296	1.535	1.716	1.525	1.385
- sonstige	(a)	2.739	2.093	1.945	2.188	2.659	2.712	1.989
Bundesgebiet								
- streitiges Urteil	133.367	226.018	102.629	95.522	106.536	117.747	111.940	101.139
- Vergleich	42.214	51.259	51.157	52.936	56.096	61.300	57.912	51.897
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	30.742	56.356	56.327	56.267	69.588	87.475	77.397	65.298
- Beschluß	4.512	14.693	14.480	17.341	19.589	20.805	21.202	21.070
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags	(a)	55.366	28.971	37.113	42.676	48.732	42.810	39.653
- sonstige	(a)	86.064	68.754	48.636	56.263	64.427	66.874	54.183

(a) Nicht erhoben

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 216

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Baden-Württemberg							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	205	183	237	334	396	439
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	983	1.030	811	1.158	1.497	1.424	1.245
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	1.310	2.151	2.074	2.017	2.296	2.434	2.277
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	164	187	223	483	590	704
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	749	25					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	930	344	53	40	27	26	30
- Baulandsachen	63	83	99	51	79	75	63
- Gewöhnliche Prozesse:	17.111	37.735	36.321	41.114	46.607	44.485	38.877
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	4.038	3.031	2.475
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	3.394	3.168	2.683
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	13.103	10.228	8.515
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	37.735	36.321	41.114	26.072	28.058	25.204
- Ehesachen (bis 1977)	10.253	19.772					
Bayern							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	529	493	463	595	550	607
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	1.347	1.914	1.334	1.523	2.087	1.836	1.505
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	1.979	2.891	3.126	3.188	3.492	4.200	4.211
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	594	519	634	886	981	863
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	993	10					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	2.461	942	535	391	316	287	199
- Baulandsachen	47	97	104	125	125	112	166
- Gewöhnliche Prozesse:	22.255	49.746	42.410	48.016	55.753	52.311	46.357
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	6.096	4.754	3.838
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	6.214	6.531	5.620
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	13.369	11.420	9.787
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	49.746	42.410	48.016	30.074	29.606	27.112
- Ehesachen (bis 1977)	12.349	22.351					
Berlin							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	55	72	67	86	72	126
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	315	339	247	242	377	349	319
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	820	960	1.978	2.193	2.288	2.539	2.819
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	73	45	29	141	108	133
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	473	3					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	3.680	1.340	287	238	202	225	125
- Baulandsachen	13	11	9	10	12	9	4
- Gewöhnliche Prozesse:	5.307	13.429	11.877	13.729	14.692	14.733	12.647
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.456	1.214	874
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	330	441	384
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2.844	1.920	1.406
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	13.429	11.877	13.729	10.062	11.158	9.983
- Ehesachen (bis 1977)	8.522	10.624					

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 217

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bremen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	50	61	57	66	73	95
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	95	101	89	106	148	163	138
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	164	211	330	298	405	432	362
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	15	7	9	66	41	37
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	118	5					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	52	10	3	2	3	0	2
- Baulandsachen	25	20	25	5	4	8	3
- Gewöhnliche Prozesse:	1.710	3.814	3.445	4.041	4.587	4.458	3.863
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	249	188	132
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	130	107	59
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	775	860	796
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	3.814	3.445	4.041	3.433	3.303	2.876
- Ehesachen (bis 1977)	1.771	3.053					
Hamburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	99	141	155	106	116	123
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	527	397	442	481	651	504	465
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	1.535	1.930	2.008	2.206	2.181	2.297	2.403
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	30	33	35	88	118	122
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	221	7					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	461	172	53	30	18	4	14
- Baulandsachen	20	27	19	74	18	12	12
- Gewöhnliche Prozesse:	7.919	14.640	12.297	13.792	14.530	13.943	12.332
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.231	1.076	901
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	334	260	249
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2.428	2.139	1.506
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	14.640	12.297	13.792	10.537	10.468	9.676
- Ehesachen (bis 1977)	5.671	7.786					
Hessen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	158	164	156	189	230	280
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	1.040	1.564	990	1.295	1.548	1.442	1.364
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	1.362	1.877	2.031	2.351	2.311	2.230	2.251
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	120	140	169	406	386	471
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	488	14					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	1.356	536	221	130	128	110	124
- Baulandsachen	76	115	31	48	36	42	51
- Gewöhnliche Prozesse:	11.846	29.148	24.746	28.754	32.210	31.431	27.016
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2.542	1.880	1.547
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.870	1.341	1.687
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	9.585	13.852	10.656
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	29.148	24.746	28.754	18.213	14.358	13.126
- Ehesachen (bis 1977)	8.056	14.919					

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 218

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Niedersachsen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	221	334	313	342	418	584
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	651	726	766	1.035	1.566	1.298	1.228
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	1.059	1.089	1.574	1.736	1.973	1.942	1.873
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	92	100	97	514	536	527
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	657	12					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	816	338	79	45	34	38	33
- Baulandsachen	30	90	162	103	128	85	102
- Gewöhnliche Prozesse:	11.714	24.517	27.601	32.902	38.091	34.553	28.789
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	3.054	2.436	1.805
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2.961	2.438	1.909
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	9.249	7.796	5.691
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	24.517	27.601	32.902	22.827	21.883	19.384
- Ehesachen (bis 1977)	8.623	17.673					
Nordrhein-Westfalen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	394	622	584	697	718	732
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	2.067	2.137	1.869	2.112	3.469	2.899	2.860
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	3.451	5.065	6.049	6.706	6.812	6.975	6.990
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	221	287	389	1.101	1.145	1.160
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	2.160	30					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	4.264	2.193	1.213	1.013	747	1.284	1.088
- Baulandsachen	81	60	111	137	135	123	111
- Gewöhnliche Prozesse:	38.216	80.756	82.652	95.691	108.778	98.194	85.981
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	10.431	7.506	5.685
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	11.332	9.430	7.381
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	33.454	26.920	19.231
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	80.756	82.652	95.691	53.561	54.338	53.684
- Ehesachen (bis 1977)	30.628	51.446					
Rheinland-Pfalz							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	66	133	162	137	133	150
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	474	631	545	783	854	773	680
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	792	757	943	1.080	1.045	1.077	1.103
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	65	84	104	215	229	304
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	368	2					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	8.626	4.283	1.183	917	806	522	500
- Baulandsachen	35	105	120	96	102	103	95
- Gewöhnliche Prozesse:	6.383	13.065	13.993	16.023	18.194	17.550	14.869
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2.052	1.787	1.478
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2.168	1.929	1.597
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	4.607	3.960	3.002
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	13.065	13.993	16.023	9.367	9.874	8.792
- Ehesachen (bis 1977)	4.554	8.933					

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 219

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Saarland							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	27	45	27	51	80	75
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	440	299	209	268	322	335	266
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	269	297	345	346	353	403	382
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	53	83	46	97	137	119
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	128	5					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	243	20	7	6	9	2	2
- Baulandsachen	3	3	3	6	7	18	10
- Gewöhnliche Prozesse:	3.224	4.796	4.982	5.271	6.378	6.166	5.167
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	628	716	506
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	258	305	286
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	886	900	507
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	4.796	4.982	5.271	4.606	4.245	3.868
- Ehesachen (bis 1977)	1.533	2.854					
Schleswig-Holstein							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	131	152	104	180	185	156
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	211	247	262	240	474	455	419
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	443	578	699	810	753	800	701
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	25	7	12	117	108	144
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	243	10					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	57	34	9	8	8	7	4
- Baulandsachen	8	5	43	14	6	7	10
- Gewöhnliche Prozesse:	3.608	9.150	10.509	11.680	13.918	13.009	10.769
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	880	701	516
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.076	1.120	740
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	3.829	3.102	2.275
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	9.150	10.509	11.680	8.133	8.086	7.238
- Ehesachen (bis 1977)	3.984	8.027					
Bundesgebiet							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	1.935	2.400	2.325	2.783	2.971	3.367
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	8.150	9.385	7.564	9.243	12.993	11.478	10.489
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	13.184	17.806	21.157	22.931	23.909	25.329	25.372
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	1.452	1.492	1.747	4.114	4.379	4.584
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)	6.598	123					
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	22.946	10.212	3.643	2.820	2.298	2.505	2.121
- Baulandsachen	401	616	726	669	652	594	627
- Gewöhnliche Prozesse:	129.293	280.796	270.833	311.013	353.738	330.833	286.667
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	32.657	25.289	19.757
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	30.067	27.070	22.595
- Kaufrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	94.129	83.097	63.372
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	280.796	270.833	311.013	196.885	195.377	180.943
- Ehesachen (bis 1977)	95.947	167.438					

(a) Nicht erhoben oder nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

Die Position "Prozeßkostenhilfverfahren" umfaßt nur solche Fälle, in den die Hauptsache nicht anhängig wurde.

In der Position "Klagen in Zwangsvollstreckungssachen", die 1965 nach dem nicht aufgeschlüsselten "gewöhnlichen Prozeß" zugeordnet war, enthält außer den Klagen nach dem Achten Buch der Zivilprozeßordnung die Antragsverfahren auf Vollstreckbarerklärung ausländischer Titel.

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 220

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ				1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT 1)										
Baden-Württemberg										
-	bis	3.000 DM			17.746	1.701	1.853	1.823	1.357	1.071
-	Über	3.000 bis 5.000 DM			15.740	10.926	11.865	13.612	7.648	1.922
-	Über	5.000 bis 10.000 DM			13.182	11.123	12.541	14.393	16.061	15.877
-	Über	10.000 bis 20.000 DM			6.416	7.362	8.295	9.714	10.884	10.721
-	Über	20.000 bis 50.000 DM			4.909	5.332	6.340	7.242	8.229	8.433
-	Über	50.000 bis 100.000 DM			1.735	1.818	2.159	2.520	2.895	3.091
-	Über	100.000 bis 500.000 DM			1.136	1.239	1.543	1.761	2.041	2.197
-	Über	500.000 bis 1 Mio DM			79	116	130	142	178	190
-	Über	1 Mio DM			42	54	68	88	111	101
Bayern										
-	bis	3.000 DM			23.765	1.562	1.665	1.928	1.570	1.308
-	Über	3.000 bis 5.000 DM			18.062	13.242	14.494	16.639	9.077	2.224
-	Über	5.000 bis 10.000 DM			16.082	13.426	15.052	17.409	18.851	18.929
-	Über	10.000 bis 20.000 DM			9.287	8.658	10.125	11.730	13.278	13.418
-	Über	20.000 bis 50.000 DM			6.276	6.636	7.525	9.100	10.202	10.631
-	Über	50.000 bis 100.000 DM			2.371	2.426	2.692	3.388	3.678	3.767
-	Über	100.000 bis 500.000 DM			1.543	1.730	2.035	2.400	2.747	2.963
-	Über	500.000 bis 1 Mio DM			169	197	236	227	245	312
-	Über	1 Mio DM			105	103	119	117	138	157
Berlin										
-	bis	3.000 DM			7.204	657	547	683	514	486
-	Über	3.000 bis 5.000 DM			5.206	3.648	4.039	4.371	3.175	695
-	Über	5.000 bis 10.000 DM			6.356	3.791	4.160	4.615	5.304	5.530
-	Über	10.000 bis 20.000 DM			3.811	2.795	3.254	3.416	3.946	4.142
-	Über	20.000 bis 50.000 DM			1.852	2.138	2.737	2.880	3.066	3.252
-	Über	50.000 bis 100.000 DM			593	705	897	954	1.107	1.146
-	Über	100.000 bis 500.000 DM			408	428	557	583	606	696
-	Über	500.000 bis 1 Mio DM			45	46	55	52	53	63
-	Über	1 Mio DM			18	19	23	41	39	38
Bremen										
-	bis	3.000 DM			1.900	242	183	238	198	189
-	Über	3.000 bis 5.000 DM			1.720	1.083	1.239	1.468	975	312
-	Über	5.000 bis 10.000 DM			2.148	1.111	1.323	1.478	1.634	1.634
-	Über	10.000 bis 20.000 DM			779	720	843	953	1.053	1.036
-	Über	20.000 bis 50.000 DM			413	466	546	696	773	817
-	Über	50.000 bis 100.000 DM			140	186	212	251	299	286
-	Über	100.000 bis 500.000 DM			114	117	144	161	210	203
-	Über	500.000 bis 1 Mio DM			9	19	12	19	17	16
-	Über	1 Mio DM			16	12	9	12	11	9

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 221

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ				1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT 1)										
Hamburg										
-	1	bis	3.000 DM		7.405	889	802	861	740	626
-	über 3.000	bis	5.000 DM		5.200	3.620	3.948	4.200	2.570	878
-	über 5.000	bis	10.000 DM		6.046	3.855	4.574	4.691	5.184	5.151
-	über 10.000	bis	20.000 DM		2.800	2.551	2.932	3.128	3.369	3.456
-	über 20.000	bis	50.000 DM		1.914	2.233	2.431	2.564	2.915	2.898
-	über 50.000	bis	100.000 DM		786	928	1.091	1.107	1.132	1.222
-	über 100.000	bis	500.000 DM		600	722	831	870	927	1.061
-	über 500.000	bis	1 Mio DM		76	74	84	95	85	104
-		über	1 Mio DM		46	60	48	70	60	61
Hessen										
-	1	bis	3.000 DM		16.623	1.261	1.161	1.189	1.072	774
-	über 3.000	bis	5.000 DM		10.698	7.845	8.907	10.044	6.905	1.856
-	über 5.000	bis	10.000 DM		9.419	8.082	9.421	10.482	11.406	11.528
-	über 10.000	bis	20.000 DM		5.009	5.030	6.246	6.901	7.419	7.629
-	über 20.000	bis	50.000 DM		3.675	3.679	4.395	5.008	5.410	5.788
-	über 50.000	bis	100.000 DM		1.258	1.226	1.518	1.715	1.926	2.127
-	über 100.000	bis	500.000 DM		771	853	975	1.207	1.403	1.452
-	über 500.000	bis	1 Mio DM		78	75	100	111	115	173
-		über	1 Mio DM		55	47	46	43	105	106
Niedersachsen										
-	1	bis	3.000 DM		10.775	1.489	1.437	1.461	1.185	912
-	über 3.000	bis	5.000 DM		7.861	8.693	10.400	11.863	6.661	1.630
-	über 5.000	bis	10.000 DM		6.661	9.000	10.422	12.437	12.925	12.527
-	über 10.000	bis	20.000 DM		3.673	5.685	6.791	8.039	8.493	8.290
-	über 20.000	bis	50.000 DM		2.579	3.687	4.617	5.718	6.026	6.211
-	über 50.000	bis	100.000 DM		750	1.172	1.460	1.837	2.112	2.030
-	über 100.000	bis	500.000 DM		419	717	944	1.128	1.278	1.365
-	über 500.000	bis	1 Mio DM		35	59	66	80	84	88
-		über	1 Mio DM		19	23	44	51	68	50
Nordrhein-Westfalen										
-	1	bis	3.000 DM		55.318	3.773	3.640	3.764	3.122	2.361
-	über 3.000	bis	5.000 DM		31.429	26.948	30.110	34.165	20.037	5.318
-	über 5.000	bis	10.000 DM		25.339	26.208	30.014	34.328	35.740	36.189
-	über 10.000	bis	20.000 DM		12.957	16.327	19.848	22.280	23.395	24.315
-	über 20.000	bis	50.000 DM		9.494	11.373	13.923	16.565	17.137	18.086
-	über 50.000	bis	100.000 DM		3.225	3.868	4.575	5.557	5.987	6.326
-	über 100.000	bis	500.000 DM		1.984	2.733	3.067	3.742	4.093	4.585
-	über 500.000	bis	1 Mio DM		177	210	266	382	346	425
-		über	1 Mio DM		115	132	167	209	191	229

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 222

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ			1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT 1)									
Rheinland-Pfalz									
-	1	bis 3.000 DM		9.601	842	832	845	774	682
-	über 3.000	bis 5.000 DM		5.481	4.529	5.080	5.790	3.929	1.029
-	über 5.000	bis 10.000 DM		4.074	4.529	5.247	5.994	6.354	6.412
-	über 10.000	bis 20.000 DM		2.101	2.870	3.405	3.906	4.292	4.297
-	über 20.000	bis 50.000 DM		1.504	2.000	2.362	2.603	2.932	2.994
-	über 50.000	bis 100.000 DM		503	620	772	812	945	991
-	über 100.000	bis 500.000 DM		264	379	482	521	562	692
-	über 500.000	bis 1 Mio DM		52	21	36	48	62	64
-		über 1 Mio DM		9	23	29	28	15	40
Saarland									
-	1	bis 3.000 DM		4.437	190	214	195	195	126
-	über 3.000	bis 5.000 DM		1.181	1.703	1.759	2.159	1.554	443
-	über 5.000	bis 10.000 DM		1.284	1.747	1.883	2.184	2.325	2.339
-	über 10.000	bis 20.000 DM		677	981	1.025	1.290	1.443	1.441
-	über 20.000	bis 50.000 DM		484	722	715	871	1.030	1.058
-	über 50.000	bis 100.000 DM		152	248	243	295	352	338
-	über 100.000	bis 500.000 DM		98	75	108	189	213	253
-	über 500.000	bis 1 Mio DM		10	1	14	13	20	12
-		über 1 Mio DM		11		3	12	7	9
Schleswig-Holstein									
-	1	bis 3.000 DM		9.102	668	648	714	555	430
-	über 3.000	bis 5.000 DM		3.498	3.369	3.522	4.252	2.883	738
-	über 5.000	bis 10.000 DM		2.617	3.446	3.766	4.460	4.789	4.699
-	über 10.000	bis 20.000 DM		1.440	2.045	2.391	2.929	2.984	2.994
-	über 20.000	bis 50.000 DM		1.009	1.378	1.622	2.023	2.158	2.097
-	über 50.000	bis 100.000 DM		299	456	511	609	696	755
-	über 100.000	bis 500.000 DM		188	280	353	412	456	431
-	über 500.000	bis 1 Mio DM		14	18	19	30	29	39
-		über 1 Mio DM		4	11	25	19	14	16
Bundesgebiet									
-	1	bis 3.000 DM		163.876	13.274	12.982	13.701	11.290	8.965
-	über 3.000	bis 5.000 DM		106.076	85.606	95.363	108.563	65.416	17.045
-	über 5.000	bis 10.000 DM		93.208	86.318	98.403	112.471	120.578	120.815
-	über 10.000	bis 20.000 DM		49.030	55.024	65.155	74.286	80.556	81.739
-	über 20.000	bis 50.000 DM		34.559	39.644	47.213	55.270	59.878	62.265
-	über 50.000	bis 100.000 DM		11.812	13.653	16.130	19.045	21.129	22.079
-	über 100.000	bis 500.000 DM		7.516	9.273	11.039	12.974	14.536	15.898
-	über 500.000	bis 1 Mio DM		744	836	1.018	1.199	1.234	1.486
-		über 1 Mio DM		440	484	581	690	759	816

1) ohne Entschädigungs- und Rückerstattungssachen

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 223

Frage: B. II. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Baden-Württemberg							
- bis zu 6 Monate	31.5	67.5	79.8	79.6	79.2	75.8	77.2
- über 6 bis 12 Monate	(a)	21.3	14.8	14.8	14.9	16.9	15.5
- über 12 bis 24 Monate	(a)	8.8	4.4	4.6	4.9	6.0	5.9
- mehr als 24 Monate	(a)	2.3	1.0	1.0	0.9	1.2	1.5
Bayern							
- bis zu 6 Monate	33.3	46.9	80.0	79.5	79.1	76.5	77.0
- über 6 bis 12 Monate	(a)	17.5	13.7	14.1	14.6	15.6	15.1
- über 12 bis 24 Monate	(a)	7.8	4.7	5.1	5.1	6.3	6.3
- mehr als 24 Monate	(a)	2.1	1.5	1.4	1.2	1.6	1.7
Berlin							
- bis zu 6 Monate	48.1	58.9	77.4	75.7	73.2	68.4	72.8
- über 6 bis 12 Monate	(a)	24.4	15.2	17.0	19.4	21.8	17.7
- über 12 bis 24 Monate	(a)	11.3	5.4	5.9	6.0	8.3	8.1
- mehr als 24 Monate	(a)	5.4	2.1	1.5	1.3	1.5	1.5
Bremen							
- bis zu 6 Monate	43.7	61.9	71.5	67.1	66.2	62.1	62.5
- über 6 bis 12 Monate	(a)	26.7	19.3	21.8	22.3	22.8	22.6
- über 12 bis 24 Monate	(a)	8.7	7.2	8.8	9.3	11.7	10.9
- mehr als 24 Monate	(a)	2.7	2.0	2.3	2.2	3.4	4.0
Hamburg							
- bis zu 6 Monate	38.1	63.8	72.0	73.4	73.5	69.6	70.3
- über 6 bis 12 Monate	(a)	22.0	17.9	17.2	17.6	20.2	18.2
- über 12 bis 24 Monate	(a)	10.6	7.3	7.3	7.3	8.1	8.7
- mehr als 24 Monate	(a)	3.6	2.8	2.0	1.7	2.1	2.9
Hessen							
- bis zu 6 Monate	39.8	58.2	72.4	71.3	68.2	62.7	62.4
- über 6 bis 12 Monate	(a)	24.9	18.2	18.8	21.9	24.2	22.6
- über 12 bis 24 Monate	(a)	12.9	6.9	7.6	7.8	10.3	11.2
- mehr als 24 Monate	(a)	4.0	2.4	2.4	2.1	2.7	3.9
Niedersachsen							
- bis zu 6 Monate	45.2	57.8	72.3	71.9	72.9	72.0	74.5
- über 6 bis 12 Monate	(a)	24.7	17.3	18.2	17.9	18.2	16.0
- über 12 bis 24 Monate	(a)	13.2	7.8	7.6	7.0	7.6	7.1
- mehr als 24 Monate	(a)	4.2	2.7	2.3	2.1	2.2	2.4
Nordrhein-Westfalen							
- bis zu 6 Monate	39.8	62.0	70.4	71.9	71.3	67.8	67.7
- über 6 bis 12 Monate	(a)	21.6	18.6	18.1	18.7	20.4	19.0
- über 12 bis 24 Monate	(a)	12.5	8.1	7.6	7.8	9.2	10.1
- mehr als 24 Monate	(a)	3.9	2.8	2.4	2.3	2.6	3.2
Rheinland-Pfalz							
- bis zu 6 Monate	28.9	49.6	66.9	67.6	64.6	60.4	61.4
- über 6 bis 12 Monate	(a)	23.1	19.2	19.7	21.9	24.5	22.3
- über 12 bis 24 Monate	(a)	16.8	8.7	8.3	9.4	11.5	11.6
- mehr als 24 Monate	(a)	10.6	5.2	4.4	4.0	3.6	4.6
Saarland							
- bis zu 6 Monate	18.5	41.3	49.8	57.3	57.4	52.9	55.0
- über 6 bis 12 Monate	(a)	13.2	24.0	22.8	24.4	26.1	22.7
- über 12 bis 24 Monate	(a)	21.9	15.0	12.7	12.5	14.7	15.5
- mehr als 24 Monate	(a)	13.7	11.1	7.2	5.6	6.2	6.8

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 224

Frage: B. II. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Schleswig-Holstein							
- bis zu 6 Monate	48.0	50.2	68.4	66.3	62.4	59.8	60.4
- über 6 bis 12 Monate	(a)	30.1	21.3	22.7	25.5	24.6	23.1
- über 12 bis 24 Monate	(a)	15.1	7.7	8.7	9.7	12.2	12.1
- mehr als 24 Monate	(a)	4.5	2.7	2.4	2.4	3.5	4.4
Bundesgebiet							
- bis zu 6 Monate	37.9	62.3	73.3	73.5	72.6	69.2	70.1
- über 6 bis 12 Monate	(a)	22.1	17.2	17.4	18.3	19.9	18.3
- über 12 bis 24 Monate	(a)	11.6	6.9	6.9	7.1	8.5	8.8
- mehr als 24 Monate	(a)	4.0	2.6	2.2	2.0	2.3	2.8

(a) Nicht erhoben

Die Angabe für 1965 betrifft die durch streitiges Urteil erledigten "gewöhnlichen Prozesse".

Mit Ausnahme der Zahlen für 1975, bei denen die Ehesachen nicht berücksichtigt wurden, betreffen die Angaben in den übrigen Spalten alle Prozesse unabhängig von der Art der Erledigung.

Zahl der bei den Landgerichten in erstinstanzlichen 1) Zivilsachen tätig gewesenen Richter

Seite 225

Frage: B. II. (B. I. 3. a)

RICHTER LANDGERICHT 1. INSTANZ ZIVILGERICHTSBARKEIT	2)	2)					
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			266	271	275	269	262
Bayern			320	324	335	324	310
Berlin			110	112	121	121	108
Bremen			22	24	24	23	21
Hamburg			102	96	97	98	94
Hessen			173	180	183	185	175
Niedersachsen			191	215	229	212	200
Nordrhein-Westfalen			592	615	633	577	531
Rheinland-Pfalz			123	123	125	116	109
Saarland			37	37	39	36	35
Schleswig-Holstein			74	81	83	78	74
Bundesgebiet			2.011	2.077	2.143	2.037	1.919

1) die in den Kammern für Handelssachen tätig gewesenen Richter sind hier insgesamt erfaßt, da die Statistik insoweit eine Trennung nach Instanzen nicht vorsieht

2) bis 1975 wurden die Angaben zur Personalverwendung beim Landgericht nicht nach Instanzen untergliedert

Zahl der beim Landgericht in Zivilsachen 1) tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Seite 226

Frage: B. II. u. III. (B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST LANDGERICHT 1. UND BERUFUNGSINSTANZ ZIVILGERICHTSBARKEIT	2)	2)					
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			51,3	52,7	52,4	51,4	50,4
Bayern			79,2	77,7	77,1	68,2	63,3
Berlin			18,9	16,8	18,4	20,0	19,8
Bremen			5,0	4,5	4,3	4,5	3,8
Hamburg			11,8	11,5	10,8	10,5	11,8
Hessen			16,3	15,2	15,2	15,6	16,7
Niedersachsen			34,2	32,8	33,8	32,2	31,2
Nordrhein-Westfalen			63,2	67,9	74,4	76,4	70,3
Rheinland-Pfalz			11,1	12,1	12,4	12,7	13,5
Saarland			4,8	5,4	5,7	4,7	5,4
Schleswig-Holstein			9,1	9,4	9,4	8,9	9,1
Bundesgebiet			304,7	305,9	313,8	305,1	295,3

1) die Personalverwendungsstatistik enthält für den gehobenen Dienst keine
nach Instanzen untergliederten Angaben

2) bis 1975 wurden entsprechende Angaben nicht statistisch erfaßt

Zahl der bei den Landgerichten in Zivilsachen 1) tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes

Seite 227

Frage: B. II. u. III. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENSTETE LANDGERICHT 1. UND BERUFUNGSINSTANZ ZIVILGERICHTSBARKEIT	2)	2)					
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			265	258	256	264	258
Bayern			372	384	397	406	396
Berlin			139	141	143	149	141
Bremen			32	29	28	29	30
Hamburg			137	134	144	151	150
Hessen			241	234	235	230	218
Niedersachsen			236	252	272	267	262
Nordrhein-Westfalen			627	677	721	723	704
Rheinland-Pfalz			143	138	145	130	120
Saarland			42	45	45	46	47
Schleswig-Holstein			93	98	106	105	106
Bundesgebiet			2.327	2.388	2.493	2.498	2.432

- 1) die Personalverwendungsstatistik enthält für diese Tätigkeitsgruppe keine nach Instanzen untergliederten Angaben
- 2) die Personalverwendung des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes wurde bis 1975 statistisch nicht erfaßt

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 228

Frage: B. II. (B. I. 4. a)

LANDGERICHT I. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / Richter			213,02	240,27	272,54	252,30	235,23
- erledigte Verfahren / Richter			149,35	165,46	186,63	183,75	166,55
Bayern							
- anhängige Verfahren / Richter			223,05	250,35	277,93	264,96	257,93
- erledigte Verfahren / Richter			151,63	167,72	188,82	185,38	173,93
Berlin							
- anhängige Verfahren / Richter			210,58	231,33	237,51	220,44	229,11
- erledigte Verfahren / Richter			131,95	147,39	147,09	149,58	149,75
Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			298,68	320,29	367,63	349,78	348,14
- erledigte Verfahren / Richter			180,00	188,25	219,96	225,00	214,48
Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			228,87	267,29	289,72	260,86	254,32
- erledigte Verfahren / Richter			147,02	174,72	181,36	173,42	164,65
Hessen							
- anhängige Verfahren / Richter			265,13	260,37	327,18	300,78	286,99
- erledigte Verfahren / Richter			163,72	182,79	201,25	193,90	180,33
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / Richter			253,34	262,98	275,88	254,64	236,85
- erledigte Verfahren / Richter			160,35	168,55	186,24	183,35	165,68
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / Richter			250,60	275,94	298,67	289,74	293,10
- erledigte Verfahren / Richter			156,88	173,39	192,32	192,67	186,46
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter			231,67	260,37	282,35	275,97	264,97
- erledigte Verfahren / Richter			138,22	155,81	170,82	175,75	162,45
Saarland							
- anhängige Verfahren / Richter			290,59	321,22	339,85	336,31	308,49
- erledigte Verfahren / Richter			153,35	161,35	185,05	198,14	172,03
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / Richter			263,65	281,95	312,52	294,01	280,57
- erledigte Verfahren / Richter			157,88	158,86	186,22	186,81	164,91
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / Richter			239,93	262,56	289,46	273,86	266,40
- erledigte Verfahren / Richter			153,11	168,88	186,88	185,45	173,65

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 229

Frage: B. II. (B. I. 4. a)

LANDGERICHT								
INSGESAMT (1. INSTANZ + BERUFUNGSINSTANZ)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST								
Baden-Württemberg								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.280,04	1.407,58	1.647,71	1.547,65	1.474,94	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			898,57	975,23	1.130,44	1.126,35	1.039,66	
Bayern								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.032,39	1.186,94	1.371,16	1.460,82	1.501,72	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			706,61	800,90	935,21	1.025,46	1.020,02	
Berlin								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.481,16	1.856,88	1.958,00	1.697,30	1.622,90	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			943,42	1.184,41	1.194,83	1.125,50	1.031,20	
Bremen								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.454,40	1.703,60	2.436,75	1.783,80	2.059,75	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			894,00	1.021,60	1.477,75	1.160,80	1.287,50	
Hamburg								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.224,67	2.427,17	2.949,35	2.674,55	2.391,10	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.431,17	1.585,08	1.850,83	1.776,00	1.540,25	
Hessen								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.361,25	3.624,07	4.620,87	4.083,38	3.585,00	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.121,88	2.596,33	2.884,93	2.652,13	2.274,41	
Niedersachsen								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.719,59	2.049,27	2.226,82	2.086,53	1.978,29	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.112,71	1.338,52	1.517,32	1.505,66	1.391,84	
Nordrhein-Westfalen								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.751,67	2.902,16	2.958,27	2.606,42	2.704,25	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.762,81	1.862,71	1.935,65	1.753,30	1.741,35	
Rheinland-Pfalz								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.025,73	3.106,33	3.436,25	2.918,00	2.532,79	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.861,36	1.901,17	2.123,92	1.884,62	1.569,64	
Saarland								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.516,20	2.770,20	2.536,83	2.848,20	2.646,60	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.338,60	1.446,40	1.391,83	1.635,60	1.404,60	
Schleswig-Holstein								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.535,89	2.975,89	3.376,11	3.041,89	2.881,00	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.559,56	1.730,33	2.055,56	1.945,33	1.722,56	
Bundesgebiet								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.846,69	2.071,06	2.290,89	2.164,90	2.115,54	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.197,58	1.352,35	1.493,44	1.472,38	1.385,48	

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 230

Frage: B. II. (B. I. 4. a)

LANDGERICHT INSGESAMT (1. INSTANZ + BERUFUNGSINSTANZ) VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			246,35	289,57	334,69	298,98	285,84
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			172,93	200,34	229,62	217,59	201,48
Bayern							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			219,24	241,10	265,94	244,67	240,05
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			150,06	162,68	181,39	171,75	163,05
Berlin							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			202,46	223,88	246,46	227,83	230,20
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			128,96	142,80	150,40	151,07	146,27
Bremen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			227,25	293,72	348,11	307,55	274,63
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			139,69	176,14	211,11	200,14	171,67
Hamburg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			194,86	217,36	221,20	194,83	188,10
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			125,36	141,95	138,81	129,38	121,17
Hessen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			223,15	232,31	294,95	284,06	279,56
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			140,87	166,43	184,14	184,50	177,36
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			247,74	268,36	278,35	250,07	234,07
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			160,31	175,28	189,67	180,45	164,68
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			276,48	291,50	303,62	273,98	270,04
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			177,12	187,10	198,67	184,30	173,89
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			232,75	270,12	284,38	291,80	295,49
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			143,18	165,32	175,77	188,46	183,13
Saarland							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			299,55	307,80	338,24	309,59	281,55
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			159,36	160,71	185,58	177,78	149,43
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			245,41	273,30	286,65	260,73	244,61
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			150,92	158,91	174,53	166,74	146,25
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			242,05	265,39	288,36	264,33	256,88
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			156,97	173,29	187,98	179,77	168,23

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Häufigkeit der Beweisordnung/-erhebung 1)

Seite 231

Frage: B. II. (B. I. 5. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Beweisordnung/-erhebung							
Baden-Württemberg		12.571	12.792	13.688	12.713	11.597	10.471
Bayern		15.932	13.318	14.549	15.071	14.103	12.023
Berlin		2.644	2.249	2.320	2.018	1.881	1.680
Bremen		1.136	883	999	1.084	1.158	909
Hamburg		3.921	3.324	3.106	2.554	2.647	2.412
Hessen		8.271	6.759	7.399	6.634	6.196	6.660
Niedersachsen		8.658	9.008	9.953	10.489	9.035	7.574
Nordrhein-Westfalen		24.267	24.528	26.606	28.986	26.005	22.114
Rheinland-Pfalz		4.545	4.393	4.788	4.705	4.643	3.932
Saarland		1.976	2.292	2.062	2.264	2.155	1.735
Schleswig-Holstein		2.823	3.582	4.030	4.883	4.767	4.131
Bundesgebiet		86.744	83.128	89.500	91.401	84.187	73.641

Die Zahlen für 1975, 1980 und 1981 geben beschränkt auf "gewöhnliche Prozesse" an, in wievielen von ihnen Beweis angeordnet oder erhoben wurde. Dagegen geben Zahlen ab 1982 für alle Verfahren an, in wievielen von ihnen ein Beweisaufnahmetermin stattgefunden hat.

Anzahl der Berufungen, die auf 100 streitige Urteile des Landgerichts 1. Instanz entfielen

Seite 232

Frage: B. I. 6. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANZAHL BERUFUNGEN AUF 100 STREITIGE URTEILE 1)							
Baden-Württemberg	53	50	48	48	47	49	53
Bayern	55	55	50	49	50	52	55
Berlin	65	54	54	55	54	53	59
Bremen	63	66	54	51	51	50	52
Hamburg	64	56	53	52	60	53	59
Hessen	50	47	48	47	48	52	53
Niedersachsen	52	51	48	47	48	52	53
Nordrhein-Westfalen	59	53	47	47	46	48	50
Rheinland-Pfalz	49	52	47	47	47	48	50
Saarland	57	56	50	51	47	50	49
Schleswig-Holstein	58	51	47	49	50	50	53
Bundesgebiet	56	52	49	48	48	50	53

1) 1965 und 1975 ohne Urteile in Ehe-, Kindschafts- und Entwündigungssachen

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Seite 233

Frage: B. II. (B. I. 1.)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- Bestand am Jahresanfang		509	232	307	371	344	340
- Neuzugänge		994	670	788	780	721	748
- anhängige Verfahren		1.503	902	1.095	1.151	1.065	1.088
LG Mosbach							
- Bestand am Jahresanfang		341	257	253	298	313	218
- Neuzugänge		743	579	717	734	664	621
- anhängige Verfahren		1.084	836	970	1.032	977	839
LG Karlsruhe							
- Bestand am Jahresanfang		3.474	1.786	2.021	2.483	3.028	2.358
- Neuzugänge		5.794	4.544	5.239	6.029	4.757	4.787
- anhängige Verfahren		9.268	6.330	7.260	8.512	7.785	7.145
LG Stuttgart							
- Bestand am Jahresanfang		6.860	3.050	3.544	4.224	4.836	3.773
- Neuzugänge		15.323	10.396	11.863	13.324	10.881	10.608
- anhängige Verfahren		22.183	13.446	15.407	17.548	15.717	14.381
Bayern							
LG Deggendorf							
- Bestand am Jahresanfang		304	124	214	302	352	240
- Neuzugänge		697	555	613	751	599	596
- anhängige Verfahren		1.001	679	827	1.053	951	836
LG Weiden i.d.Opf.							
- Bestand am Jahresanfang		291	99	118	158	173	123
- Neuzugänge		919	569	683	723	576	548
- anhängige Verfahren		1.210	668	801	881	749	671
LG Nürnberg-Fürth							
- Bestand am Jahresanfang		5.592	2.738	3.032	3.389	3.620	2.775
- Neuzugänge		9.356	6.452	7.376	8.193	6.492	6.405
- anhängige Verfahren		14.948	9.190	10.408	11.582	10.112	9.180
LG München I							
- Bestand am Jahresanfang		16.167	7.494	8.259	9.244	10.603	10.399
- Neuzugänge		22.163	15.836	17.443	19.851	18.285	17.149
- anhängige Verfahren		38.330	23.330	25.702	29.095	28.888	27.548
Berlin							
LG Berlin							
- Bestand am Jahresanfang		17.972	7.439	8.649	9.401	10.941	8.574
- Neuzugänge		23.938	15.725	17.260	19.338	15.732	16.170
- anhängige Verfahren		41.910	23.164	25.909	28.739	26.673	24.744

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Seite 234

Frage: B. II. (B. I. 1.)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Bremen							
LG Bremen							
- Bestand am Jahresanfang		4.040	2.088	2.611	3.169	3.549	2.870
- Neuzugänge		6.082	4.483	5.076	5.654	4.496	4.441
- anhängige Verfahren		10.122	6.571	7.687	8.823	8.045	7.311
Hamburg							
LG Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang		15.329	7.819	8.340	9.292	10.012	fehlt
- Neuzugänge		22.074	15.526	17.320	15.890	15.552	fehlt
- anhängige Verfahren		37.403	23.345	25.660	25.182	25.564	fehlt
Hessen							
LG Fulda							
- Bestand am Jahresanfang		1.450	650	633	736	958	776
- Neuzugänge		1.185	933	1.127	1.264	947	910
- anhängige Verfahren		2.635	1.583	1.760	2.000	1.905	1.686
LG Marburg							
- Bestand am Jahresanfang		913	331	359	444	546	404
- Neuzugänge		1.437	999	1.279	1.437	1.009	936
- anhängige Verfahren		2.350	1.330	1.638	1.881	1.555	1.340
LG Frankfurt am Main							
- Bestand am Jahresanfang		14.295	5.414	6.375	7.226	8.240	7.139
- Neuzugänge		14.784	10.092	11.072	12.520	10.787	9.980
- anhängige Verfahren		29.079	15.506	17.447	19.746	19.027	17.119
LG Darmstadt							
- Bestand am Jahresanfang		5.974	2.725	3.176	3.936	4.620	4.212
- Neuzugänge		9.324	6.296	3.858	8.525	7.148	6.498
- anhängige Verfahren		15.298	9.021	7.034	12.461	11.768	10.710

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Seite 235

Frage: B. II. (B. I. 1.)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Niedersachsen							
LG Bückeburg							
- Bestand am Jahresanfang		540	329	366	398	438	305
- Neuzugänge		758	714	791	905	693	675
- anhängige Verfahren		1.298	1.043	1.157	1.303	1.131	980
LG Aurich							
- Bestand am Jahresanfang		859	848	1.005	1.262	1.451	963
- Neuzugänge		2.161	1.573	1.846	2.197	1.608	1.686
- anhängige Verfahren		3.020	2.421	2.851	3.459	3.059	2.649
LG Braunschweig							
- Bestand am Jahresanfang		2.358	1.525	1.706	1.898	1.902	1.490
- Neuzugänge		5.528	3.337	4.015	4.525	3.762	3.499
- anhängige Verfahren		7.886	4.862	5.721	6.423	5.664	4.989
LG Hannover							
- Bestand am Jahresanfang		8.544	3.515	3.723	4.187	4.264	3.158
- Neuzugänge		9.614	7.323	8.735	9.466	7.032	6.781
- anhängige Verfahren		18.158	10.838	12.458	13.653	11.296	9.939
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- Bestand am Jahresanfang		1.712	779	746	865	845	739
- Neuzugänge		2.095	1.815	2.151	2.302	1.828	1.848
- anhängige Verfahren		3.807	2.594	2.897	3.167	2.673	2.587
LG Krefeld							
- Bestand am Jahresanfang		1.692	825	968	1.199	1.279	1.192
- Neuzugänge		3.341	2.305	2.599	2.858	2.434	2.194
- anhängige Verfahren		5.033	3.130	3.567	4.057	3.713	3.386
LG Essen							
- Bestand am Jahresanfang		5.220	2.381	2.723	3.388	3.733	2.943
- Neuzugänge		11.009	7.965	9.248	10.401	8.180	8.262
- anhängige Verfahren		16.229	10.346	11.971	13.789	11.913	11.205
LG Köln							
- Bestand am Jahresanfang		17.758	9.735	10.530	12.260	13.064	11.011
- Neuzugänge		18.422	14.228	17.139	19.316	15.294	14.971
- anhängige Verfahren		36.180	23.963	27.669	31.576	28.358	25.982

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Seite 236

Frage: B. II. (B. I. 1.)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang		839	450	512	718	845	566
- Neuzugänge		1.263	957	1.205	1.452	1.094	1.117
- anhängige Verfahren		2.102	1.407	1.717	2.170	1.939	1.683
LG Zweibrücken							
- Bestand am Jahresanfang		952	490	676	666	795	702
- Neuzugänge		1.467	1.202	1.281	1.445	1.220	975
- anhängige Verfahren		2.419	1.692	1.957	2.111	2.015	1.677
LG Frankenthal (Pfalz)							
- Bestand am Jahresanfang		5.103	2.608	2.362	2.185	1.823	1.557
- Neuzugänge		4.648	2.777	3.295	3.334	2.822	2.702
- anhängige Verfahren		9.751	5.385	5.657	5.519	4.645	4.259
LG Koblenz							
- Bestand am Jahresanfang		6.312	2.780	3.227	3.820	4.736	3.799
- Neuzugänge		6.674	5.650	6.325	7.223	5.693	5.389
- anhängige Verfahren		12.986	8.430	9.552	11.043	10.429	9.188
Saarland							
LG Saarbrücken							
- Bestand am Jahresanfang		9.804	5.283	5.077	5.916	6.037	4.974
- Neuzugänge		7.447	5.469	6.808	7.338	6.070	5.823
- anhängige Verfahren		17.251	10.752	11.885	13.254	12.107	10.797
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- Bestand am Jahresanfang		1.663	995	1.160	1.435	1.418	1.005
- Neuzugänge		2.662	2.235	2.544	2.782	2.104	2.065
- anhängige Verfahren		4.325	3.230	3.704	4.217	3.522	3.070
LG Itzehoe							
- Bestand am Jahresanfang		2.533	1.241	1.534	2.140	2.026	1.519
- Neuzugänge		2.984	2.189	2.926	2.873	2.201	2.249
- anhängige Verfahren		5.517	3.430	4.460	5.013	4.227	3.768
LG Lübeck							
- Bestand am Jahresanfang		4.084	2.562	2.922	3.654	4.173	3.539
- Neuzugänge		4.788	3.902	4.452	4.805	3.696	3.876
- anhängige Verfahren		8.872	6.464	7.374	8.459	7.869	7.415
LG Kiel							
- Bestand am Jahresanfang		3.950	2.058	2.211	2.741	2.866	2.302
- Neuzugänge		6.016	4.328	5.089	5.509	4.449	4.207
- anhängige Verfahren		9.966	6.386	7.300	8.250	7.315	6.509

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren 1)

Seite 237

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGEN							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen		1.088	595	724	807	725	720
LG Mosbach		795	583	672	719	759	643
LG Karlsruhe		6.416	4.309	4.778	5.484	5.427	4.832
LG Stuttgart		17.082	9.902	11.183	12.713	11.944	10.810
Bayern							
LG Deggendorf		714	465	525	701	711	626
LG Weiden i.d.Opf.		957	550	643	708	629	554
LG Nürnberg-Fürth		10.514	6.162	7.019	7.962	7.361	6.351
LG München I		26.428	15.071	16.457	18.496	18.575	17.030
Berlin							
LG Berlin		26.834	14.515	16.508	17.798	18.035	16.173
Bremen							
LG Bremen		7.279	3.960	4.518	5.279	5.175	4.505
Hamburg							
LG Hamburg		25.088	14.993	16.773	15.154	16.994	fehlt
Hessen							
LG Fulda		1.436	950	1.024	1.042	1.129	898
LG Marburg		1.742	971	1.194	1.335	1.151	946
LG Frankfurt am Main		17.679	9.134	10.220	11.506	11.888	10.356
LG Darmstadt		10.239	5.845	7.034	7.841	7.556	6.743
Niedersachsen							
LG Bückeburg		828	677	759	865	826	655
LG Aurich		1.802	1.416	1.589	2.011	2.096	1.701
LG Braunschweig		5.861	3.156	3.821	4.521	4.174	3.723
LG Hannover		11.099	7.115	8.271	9.389	8.138	6.890
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold		2.583	1.848	2.032	2.322	1.934	1.746
LG Krefeld		3.716	2.162	2.368	2.778	2.521	2.151
LG Essen		12.023	7.614	8.583	10.055	8.987	8.132
LG Köln		21.046	13.419	15.373	18.486	17.436	15.774
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz		1.348	895	999	1.310	1.374	1.142
LG Zweibrücken		1.620	1.016	1.291	1.316	1.313	1.137
LG Frankenthal (Pfalz)		5.383	3.023	3.472	3.696	3.091	2.800
LG Koblenz		8.185	5.203	5.732	6.308	6.630	5.300

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren 1)

Seite 238

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGEN							
Saarland							
LG Saarbrücken		8.354	5.674	5.970	7.217	7.141	6.021
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg		3.025	2.070	2.269	2.799	2.520	2.040
LG Itzehoe		3.214	1.896	2.320	2.987	2.708	2.356
LG Lüneburg		5.316	3.542	3.720	4.286	4.330	3.656
LG Kiel		6.652	4.173	4.559	5.384	5.013	4.151

1) Zahlen für 1975 einschließlich Ehesachen

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung 1)

Seite 239

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- streitiges Urteil		517	205	202	241	185	222
- Vergleich		152	126	129	169	138	153
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		122	100	122	172	154	140
- Beschluß		27	16	29	31	32	31
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		127	62	99	64	80	70
- sonstige		143	86	143	130	136	104
LG Mosbach							
- streitiges Urteil		391	216	229	230	259	194
- Vergleich		128	109	98	125	137	146
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		47	114	143	156	135	86
- Beschluß		20	15	23	29	34	30
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		86	47	67	68	52	64
- sonstige		123	82	112	111	142	123
LG Karlsruhe							
- streitiges Urteil		3.319	1.580	1.698	1.958	1.865	1.675
- Vergleich		663	731	778	825	762	794
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		675	714	871	1.057	1.145	936
- Beschluß		179	171	185	197	222	177
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		612	448	498	604	523	495
- sonstige		968	665	748	843	910	755
LG Stuttgart							
- streitiges Urteil		6.582	2.164	2.460	2.754	2.679	2.412
- Vergleich		3.137	2.760	2.870	3.068	2.855	2.708
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		2.085	1.725	2.257	2.860	2.424	2.169
- Beschluß		404	451	441	497	530	543
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.824	1.395	1.515	1.623	1.518	1.393
- sonstige		3.050	1.407	1.640	1.911	1.938	1.585

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung 1)

Seite 240

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Bayern							
LG Deggendorf							
- streitiges Urteil		269	91	113	195	263	221
- Vergleich		123	143	134	115	84	97
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		85	64	97	124	128	115
- Beschluß		19	25	25	43	38	31
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		89	47	56	75	50	59
- sonstige		129	95	100	149	148	103
LG Weiden i.d.Opf.							
- streitiges Urteil		408	158	166	203	206	159
- Vergleich		150	115	157	143	99	76
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		68	91	109	138	139	123
- Beschluß		18	15	14	17	17	21
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		157	108	118	115	91	91
- sonstige		156	63	79	92	77	84
LG Nürnberg-Fürth							
- streitiges Urteil		5.111	1.980	2.182	2.507	2.248	1.933
- Vergleich		1.069	1.278	1.398	1.484	1.387	1.274
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.064	955	1.200	1.542	1.416	1.065
- Beschluß		332	371	401	438	435	428
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.074	650	667	780	673	627
- sonstige		1.864	928	1.171	1.211	1.202	1.024
LG München I							
- streitiges Urteil		9.727	4.588	4.783	5.322	5.506	4.877
- Vergleich		3.372	2.837	3.028	3.289	3.237	3.033
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		3.834	2.476	2.925	3.601	3.395	2.795
- Beschluß		925	916	957	1.130	1.288	1.392
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		2.278	1.957	2.066	2.441	2.292	2.393
- sonstige		6.292	2.297	2.698	2.713	2.849	2.540

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung 1)

Seite 241

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Berlin							
LG Berlin							
- streitiges Urteil		13.474	4.771	5.361	5.418	5.192	4.891
- Vergleich		1.911	1.682	1.672	1.778	1.757	1.787
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		2.950	2.739	3.493	4.192	3.938	3.405
- Beschluß		991	1.568	1.728	1.694	1.972	2.026
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		3.882	2.026	2.303	2.577	2.351	2.173
- sonstige		3.626	1.729	1.951	2.139	2.425	1.891
Bremen							
LG Bremen							
- streitiges Urteil		3.679	921	1.093	1.199	1.190	1.038
- Vergleich		633	801	817	939	962	873
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		807	840	980	1.215	1.080	982
- Beschluß		205	259	214	303	308	316
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		777	586	737	849	759	618
- sonstige		1.178	553	677	774	876	677
Hamburg							
LG Hamburg							
- streitiges Urteil		11.017	4.151	4.546	4.135	4.736	fehlt
- Vergleich		2.478	2.531	2.546	2.272	2.520	fehlt
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		3.052	2.883	3.514	3.372	3.569	fehlt
- Beschluß		1.557	1.579	1.801	1.490	1.814	fehlt
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		2.595	1.888	2.191	1.975	1.951	fehlt
- sonstige		4.389	1.961	2.175	1.910	2.404	fehlt

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung 1)

Seite 242

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Hessen							
LG Fulda							
- streitiges Urteil		652	223	166	172	183	216
- Vergleich		171	228	253	244	266	222
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		155	156	215	241	252	162
- Beschluß		50	66	74	53	60	54
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		144	112	123	143	126	99
- sonstige		264	165	193	189	242	145
LG Marburg							
- streitiges Urteil		772	253	314	401	324	268
- Vergleich		203	189	226	217	172	191
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		170	172	236	282	250	173
- Beschluß		63	60	78	69	71	52
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		241	128	152	169	135	129
- sonstige		293	169	188	197	199	133
LG Frankfurt am Main							
- streitiges Urteil		7.385	2.902	3.239	3.388	3.469	3.385
- Vergleich		1.543	1.410	1.288	1.442	1.566	1.448
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		3.088	1.758	2.110	2.618	2.675	2.040
- Beschluß		662	729	785	789	753	707
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.685	976	1.197	1.400	1.317	1.242
- sonstige		3.316	1.359	1.601	1.869	2.108	1.534
LG Darmstadt							
- streitiges Urteil		5.007	1.781	2.062	2.266	2.105	2.081
- Vergleich		824	841	950	1.018	969	872
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.480	1.240	1.603	1.919	1.696	1.505
- Beschluß		235	247	305	274	301	325
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		950	631	752	863	848	751
- sonstige		1.743	1.105	1.362	1.501	1.637	1.209

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung 1)

Seite 243

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Niedersachsen							
LG Bückeburg							
- Streitiges Urteil		436	233	268	276	265	152
- Vergleich		64	64	86	102	86	93
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		71	145	175	223	200	153
- Beschluß		17	32	35	30	30	49
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		105	91	82	92	74	73
- sonstige		135	112	113	142	171	135
LG Aurich							
- Streitiges Urteil		812	419	548	650	724	557
- Vergleich		146	237	245	332	344	288
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		166	273	275	404	382	297
- Beschluß		37	75	68	77	94	99
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		236	184	212	260	246	190
- sonstige		405	228	241	288	306	270
LG Braunschweig							
- Streitiges Urteil		3.095	1.042	1.292	1.529	1.379	1.318
- Vergleich		421	447	486	497	434	399
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		532	560	744	910	800	747
- Beschluß		160	177	226	237	244	210
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		677	271	337	444	327	281
- sonstige		976	659	736	904	990	768
LG Hannover							
- Streitiges Urteil		5.575	2.476	2.955	3.102	2.789	2.396
- Vergleich		872	961	1.014	1.108	1.046	874
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.450	1.389	1.669	2.066	1.573	1.337
- Beschluß		203	286	337	395	321	325
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.306	854	992	1.179	981	819
- sonstige		1.693	1.149	1.304	1.539	1.428	1.139

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung 1)

Seite 244

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- streitiges Urteil		1.253	589	640	723	628	556
- Vergleich		209	275	270	322	222	245
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		260	340	407	552	369	327
- Beschluß		157	106	118	124	125	129
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		222	199	244	241	186	220
- sonstige		482	339	353	360	404	269
LG Krefeld							
- streitiges Urteil		1.943	849	943	896	855	793
- Vergleich		154	199	206	254	265	210
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		458	461	489	720	581	427
- Beschluß		74	87	101	122	146	101
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		355	228	240	316	244	207
- sonstige		732	338	389	470	430	413
LG Essen							
- streitiges Urteil		5.790	2.543	2.771	3.065	2.616	2.588
- Vergleich		775	1.067	1.081	1.302	1.057	871
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1.261	1.268	1.582	2.194	1.878	1.566
- Beschluß		281	515	560	605	614	617
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.809	1.019	1.102	1.217	1.051	981
- sonstige		2.107	1.202	1.487	1.672	1.771	1.509
LG Köln							
- streitiges Urteil		9.030	4.972	5.488	6.286	5.753	5.270
- Vergleich		2.393	1.914	2.007	2.345	2.157	2.006
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		2.641	2.202	2.776	3.848	3.611	3.013
- Beschluß		627	682	723	902	868	912
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		2.274	1.520	1.910	2.131	2.005	1.845
- sonstige		4.081	2.129	2.469	2.974	3.038	2.703

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung 1)

Seite 245

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- streitiges Urteil		582	239	243	341	405	318
- Vergleich		180	193	224	263	281	214
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		132	149	198	275	246	205
- Beschluß		20	34	30	43	39	48
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		159	77	98	148	134	106
- sonstige		275	203	206	240	269	251
LG Zweibrücken							
- streitiges Urteil		718	242	343	324	342	333
- Vergleich		182	188	186	214	186	215
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		186	208	256	315	292	224
- Beschluß		46	33	92	56	53	58
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		195	142	139	146	155	127
- sonstige		293	203	275	261	285	180
LG Frankenthal (Pfalz)							
- streitiges Urteil		2.242	920	1.001	1.064	857	741
- Vergleich		1.141	904	812	856	715	709
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		370	399	633	726	544	456
- Beschluß		85	84	128	102	84	108
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		486	268	315	326	323	297
- sonstige		1.059	448	583	622	568	489
LG Koblenz							
- streitiges Urteil		3.889	1.544	1.718	1.739	1.994	1.662
- Vergleich		968	956	916	981	967	773
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		827	963	1.149	1.384	1.518	1.169
- Beschluß		169	197	218	265	271	231
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		944	653	727	814	761	640
- sonstige		1.388	890	1.004	1.125	1.119	825

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung 1)

Seite 246

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Saarland							
LG Saarbrücken							
- streitiges Urteil		4.257	2.079	2.013	2.485	2.513	2.141
- Vergleich		629	1.052	953	1.049	952	820
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichts Urteil		1.039	1.015	1.285	1.655	1.552	1.272
- Beschluß		224	294	262	311	347	327
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		1.164	622	741	816	808	709
- sonstige		1.041	612	716	901	969	752
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- streitiges Urteil		1.590	730	831	1.043	1.010	791
- Vergleich		230	295	264	308	234	178
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichts Urteil		270	404	472	670	538	441
- Beschluß		76	122	103	120	131	110
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		346	201	241	264	196	190
- sonstige		512	318	358	394	411	330
LG Itzehoe							
- streitiges Urteil		1.815	598	623	723	732	684
- Vergleich		209	243	373	467	472	426
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichts Urteil		250	414	590	763	641	534
- Beschluß		72	91	86	104	115	125
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		431	239	290	359	299	301
- sonstige		437	311	358	571	449	286
LG Lüneburg							
- streitiges Urteil		2.454	1.011	943	1.024	1.103	958
- Vergleich		623	656	562	661	632	554
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichts Urteil		508	719	769	1.095	993	884
- Beschluß		183	196	222	234	202	188
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		732	376	487	481	539	427
- sonstige		810	584	737	791	861	645
LG Kiel							
- streitiges Urteil		3.614	1.220	1.432	1.672	1.499	1.316
- Vergleich		539	718	688	737	704	563
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichts Urteil		524	821	942	1.211	1.035	861
- Beschluß		224	202	245	249	293	216
- Zurücknahme der Klage oder des Antrags		771	480	517	612	491	467
- sonstige		980	732	735	903	991	728

1) Zahlen für 1975 einschließlich Ehesachen

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 247

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- Prozeßkostenhilfverfahren		2	5	5	11	8	8
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		25	12	33	34	54	36
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		42	21	29	30	36	39
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	8	14	14	29	19
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		633	549	643	718	598	618
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	77	61	58
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	58	28	100
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	352	302	194
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		633	549	643	231	207	266
- Ehesachen (bis 1977)		386	0	0	0	0	0
LG Mosbach							
- Prozeßkostenhilfverfahren		2	2	2	8	11	9
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		3	3	28	33	18	16
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		18	23	17	25	20	30
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		8	1	4	19	24	15
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		431	554	621	634	686	573
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	103	57	48
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	66	39	54
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	184	154	184
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		431	554	621	281	436	287
- Ehesachen (bis 1977)		333	0	0	0	0	0

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 248

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Baden-Württemberg							
LG Karlsruhe							
- Prozeßkostenhilfverfahren		24	7	18	23	24	51
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		174	129	175	217	182	137
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		232	226	230	247	262	210
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		25	31	22	36	63	73
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		6	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		7	0	1	0	0	0
- Baulandsachen		46	52	21	34	45	31
- Gewöhnliche Prozesse:		3.782	3.864	4.311	4.927	4.851	4.330
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	532	371	292
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	262	263	253
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	2.050	1.557	1.251
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		3.782	3.864	4.311	2.083	2.660	2.534
- Ehesachen (bis 1977)		2.120	0	0	0	0	0
LG Stuttgart							
- Prozeßkostenhilfverfahren		70	43	54	77	105	101
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		205	151	257	294	276	226
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		506	484	476	455	578	534
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		38	40	47	59	92	133
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		4	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		297	53	39	27	26	30
- Baulandsachen		37	47	30	45	30	32
- Gewöhnliche Prozesse:		11.056	9.084	10.280	11.756	10.837	9.754
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	756	591	541
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	620	725	697
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	2.519	1.959	1.958
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		11.056	9.084	10.280	7.861	7.562	6.558
- Ehesachen (bis 1977)		4.869	0	0	0	0	0

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erfaßt

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 249

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bayern							
LG Deggendorf							
- Prozeßkostenhilfverfahren		17	13	6	13	6	8
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		20	16	13	21	17	11
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		25	16	19	34	47	28
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		7	4	4	8	9	4
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		374	416	483	625	632	575
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	68	41	61
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	65	74	38
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	153	99	79
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		374	416	483	339	418	397
- Ehesachen (bis 1977)		271	0	0	0	0	0
LG Weiden i.d.Opf.							
- Prozeßkostenhilfverfahren		5	6	4	6	10	12
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		7	7	13	17	18	7
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		14	17	21	22	25	18
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		3	8	10	10	19	7
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		538	512	595	653	557	510
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	95	102	72
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	125	89	76
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	174	143	134
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		538	512	595	259	223	228
- Ehesachen (bis 1977)		390	0	0	0	0	0

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 250

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bayern							
LG Nürnberg-Fürth							
- Prozeßkostenhilfverfahren		61	48	49	62	56	71
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		220	133	191	259	218	182
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		353	419	424	490	494	477
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		17	29	31	74	84	74
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		58	2	6	2	4	2
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		6.199	5.531	6.318	7.075	6.503	5.545
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	904	686	549
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	1.314	1.210	964
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	1.464	1.418	1.090
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		6.199	5.531	6.318	3.393	3.189	2.942
- Ehesachen (bis 1977)		3.606	0	0	0	0	0
LG München I							
- Prozeßkostenhilfverfahren		127	107	83	110	110	101
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		836	540	563	710	568	478
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		1.253	1.266	1.267	1.354	1.941	2.000
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		196	87	86	100	114	121
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		2	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		884	533	385	314	276	197
- Baulandsachen		24	21	38	26	20	34
- Gewöhnliche Prozesse:		18.566	12.517	14.035	15.882	15.528	14.099
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	1.329	1.026	818
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	1.800	1.925	1.898
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	4.108	3.353	3.260
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		18.566	12.517	14.035	8.645	9.224	8.123
- Ehesachen (bis 1977)		4.540	0	0	0	0	0

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 251

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Berlin							
LG Berlin							
- Prozeßkostenhilfverfahren		55	72	67	86	72	126
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		339	247	242	377	349	319
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		960	1.978	2.193	2.288	2.539	2.819
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		73	45	29	141	108	133
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		3	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		1.340	287	238	202	225	125
- Baulandsachen		11	9	10	12	9	4
- Gewöhnliche Prozesse:		13.429	11.877	13.729	14.692	14.733	12.647
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	1.456	1.214	874
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	330	441	384
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	2.844	1.920	1.406
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		13.429	11.877	13.729	10.062	11.158	9.983
- Ehesachen (bis 1977)		10.624	0	0	0	0	0
Bremen							
LG Bremen							
- Prozeßkostenhilfverfahren		50	61	57	66	73	95
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		101	89	106	148	163	138
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		211	330	298	405	432	362
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		15	7	9	66	41	37
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		5	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		10	3	2	3	0	2
- Baulandsachen		20	25	5	4	8	3
- Gewöhnliche Prozesse:		3.814	3.445	4.041	4.587	4.458	3.863
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	249	188	132
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	130	107	59
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	775	860	796
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		3.814	3.445	4.041	3.433	3.303	2.876
- Ehesachen (bis 1977)		3.053	0	0	0	0	0
Hamburg							
LG Hamburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		99	141	155	95	116	fehlt
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		397	442	481	556	504	fehlt
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		1.930	2.008	2.206	1.877	2.297	fehlt
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		30	33	35	75	118	fehlt
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		7	0	0	0	0	fehlt
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		172	53	30	15	4	fehlt
- Baulandsachen		27	19	74	19	12	fehlt
- Gewöhnliche Prozesse:		14.640	12.297	13.792	12.517	13.943	fehlt
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	1.062	1.076	fehlt
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	295	260	fehlt
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	2.089	2.139	fehlt
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		14.640	12.297	13.792	9.071	10.468	fehlt
- Ehesachen (bis 1977)		7.786	0	0	0	0	fehlt

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 252

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Hessen							
LG Fulda							
- Prozeßkostenhilfverfahren		11	10	9	3	5	5
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		40	42	44	64	55	33
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		49	72	60	72	66	54
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	8	4	16	18	22
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		868	818	907	887	985	784
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	120	110	82
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	72	54	62
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	312	353	237
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		868	818	907	383	468	403
- Ehesachen (bis 1977)		468	0	0	0	0	0
LG Marburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		21	19	15	15	32	27
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		35	40	63	60	46	41
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		44	56	53	57	41	40
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		2	2	3	24	3	17
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		2	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		946	854	1.060	1.179	1.029	821
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	146	72	90
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	113	63	77
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	291	155	181
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		946	854	1.060	629	739	473
- Ehesachen (bis 1977)		692	0	0	0	0	0

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 253

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							

Hessen

LG Frankfurt am Main

- Prozeßkostenhilfverfahren		42	28	26	40	59	98
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		653	318	407	356	438	441
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		887	916	1.027	980	1.000	981
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		27	35	34	102	85	134
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		5	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		19	6	8	3	2	1
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		12.280	7.831	8.718	10.025	10.304	8.701
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	304	22	17
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	175	38	303
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	2.877	8.340	6.017
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		12.280	7.831	8.718	6.669	1.904	2.364
- Ehesachen (bis 1977)		3.766	0	0	0	0	0

LG Darmstadt

- Prozeßkostenhilfverfahren		40	42	47	46	28	41
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		320	195	297	347	283	271
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		312	317	370	400	410	367
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		17	22	28	62	79	72
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		3	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		11	1	0	0	0	0
- Baulandsachen		107	25	33	29	37	43
- Gewöhnliche Prozesse:		5.597	5.243	6.259	6.957	6.719	5.949
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	592	474	433
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	498	285	251
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	1.809	1.754	1.461
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		5.597	5.243	6.259	4.058	4.206	3.804
- Ehesachen (bis 1977)		3.832	0	0	0	0	0

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 254

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Niedersachsen							
LG Bückeburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		12	12	5	8	11	27
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		20	31	44	63	58	36
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		9	34	21	30	31	38
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		8	11	8	17	13	15
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		446	589	681	747	713	539
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	68	77	36
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	120	68	56
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	159	228	148
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		446	589	681	400	340	299
- Ehesachen (bis 1977)		333	0	0	0	0	0
LG Aurich							
- Prozeßkostenhilfverfahren		11	17	11	11	15	30
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		54	47	38	78	66	57
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		45	81	67	105	95	99
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		9	11	9	52	65	70
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		1	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		910	1.260	1.464	1.765	1.855	1.445
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	169	191	105
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	120	135	127
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	453	457	251
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		910	1.260	1.464	1.023	1.072	962
- Ehesachen (bis 1977)		772	0	0	0	0	0

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 255

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							

Niedersachsen

LG Braunschweig

- Prozeßkostenhilfverfahren		57	55	51	36	45	62
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		53	93	88	115	115	121
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		118	187	198	194	236	214
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		7	10	8	32	58	69
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		1	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		9	8	11	9	5	4
- Gewöhnliche Prozesse:		2.779	2.803	3.465	4.135	3.715	3.253
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	198	181	130
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	218	199	133
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	694	519	328
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.779	2.803	3.465	3.025	2.816	2.662
- Ehesachen (bis 1977)		2.837	0	0	0	0	0

LG Hannover

- Prozeßkostenhilfverfahren		23	59	58	49	64	101
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		138	220	247	339	244	218
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		228	348	416	470	402	364
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		36	23	14	76	76	60
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		3	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		322	79	44	34	38	33
- Baulandsachen		17	65	23	46	28	40
- Gewöhnliche Prozesse:		6.330	6.321	7.469	8.375	7.286	6.074
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	800	618	406
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	842	583	480
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	2.133	1.782	1.167
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		6.330	6.321	7.469	4.600	4.303	4.021
- Ehesachen (bis 1977)		4.002	0	0	0	0	0

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 256

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- Prozeßkostenhilfverfahren		11	31	24	38	29	41
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		59	39	27	33	32	29
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		96	73	87	78	106	100
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		5	3	4	9	6	7
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		4	14	23	19	21	20
- Gewöhnliche Prozesse:		1.656	1.688	1.867	2.145	1.740	1.549
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	147	108	113
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	153	111	115
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	870	583	491
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.656	1.688	1.867	975	938	830
- Ehesachen (bis 1977)		752	0	0	0	0	0
LG Krefeld							
- Prozeßkostenhilfverfahren		7	11	7	10	11	16
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		59	47	28	87	54	48
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		111	93	115	131	138	116
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		7	3	11	30	38	30
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		2.180	2.008	2.207	2.520	2.280	1.941
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	242	197	153
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	141	109	79
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	489	301	274
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.180	2.008	2.207	1.648	1.673	1.435
- Ehesachen (bis 1977)		1.352	0	0	0	0	0

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 257

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							

Nordrhein-Westfalen

LG Essen

- Prozeßkostenhilfverfahren		21	56	58	64	52	57
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		99	54	62	179	180	154
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		338	546	629	590	651	638
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		2	18	15	52	26	30
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		3	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	1	0
- Baulandsachen		8	4	11	10	11	10
- Gewöhnliche Prozesse:		6.529	6.936	7.808	9.160	8.066	7.240
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	660	381	271
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	1.624	1.278	1.055
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	1.956	1.208	614
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		6.529	6.936	7.808	4.920	5.199	5.300
- Ehesachen (bis 1977)		5.023	0	0	0	0	0

LG Köln

- Prozeßkostenhilfverfahren		8	40	33	78	71	70
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		317	262	356	496	390	372
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		914	1.053	1.093	1.234	1.345	1.305
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		17	17	24	59	69	83
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		3	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		1.301	707	557	304	227	209
- Baulandsachen		9	22	31	24	35	30
- Gewöhnliche Prozesse:		12.860	11.318	13.279	16.291	15.291	13.673
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	1.445	1.017	686
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	2.797	2.537	2.092
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	4.769	4.187	2.485
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		12.860	11.318	13.279	7.280	7.550	8.410
- Ehesachen (bis 1977)		5.617	0	0	0	0	0

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 258

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- Prozeßkostenhilfverfahren		4	2	1	3	4	4
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		33	24	49	76	48	58
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		24	47	34	48	36	72
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		17	16	13	21	24	21
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		711	806	902	1.162	1.262	987
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	163	122	117
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	153	186	134
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	213	250	187
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		711	806	902	633	704	549
- Ehesachen (bis 1977)		559	0	0	0	0	0
LG Zweibrücken							
- Prozeßkostenhilfverfahren		10	12	53	16	16	16
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		82	71	81	95	103	60
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		56	57	52	45	53	59
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		4	1	3	13	26	25
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		848	875	1.102	1.147	1.115	977
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	142	133	115
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	101	99	85
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	388	379	258
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		848	875	1.102	516	504	519
- Ehesachen (bis 1977)		620	0	0	0	0	0

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 259

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Rheinland-Pfalz							
LG Frankenthal (Pfalz)							
- Prozeßkostenhilfverfahren		7	16	28	21	13	27
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		73	76	143	107	94	81
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		106	113	132	110	129	185
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		14	10	14	22	41	28
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		0	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		1.658	482	371	304	155	158
- Baulandsachen		26	37	27	28	28	39
- Gewöhnliche Prozesse:		2.014	2.289	2.757	3.104	2.631	2.282
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	239	176	127
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	230	142	161
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	763	372	340
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.014	2.289	2.757	1.872	1.941	1.654
- Ehesachen (bis 1977)		1.485	0	0	0	0	0
LG Koblenz							
- Prozeßkostenhilfverfahren		16	31	25	23	38	42
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		207	167	217	226	279	202
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		237	296	314	326	368	289
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		6	11	14	64	47	90
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		2	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		609	24	9	5	6	4
- Baulandsachen		79	83	69	74	75	56
- Gewöhnliche Prozesse:		4.407	4.591	5.084	5.590	5.817	4.617
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	728	663	509
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	1.000	811	649
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	1.180	1.430	957
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		4.407	4.591	5.084	2.682	2.913	2.502
- Ehesachen (bis 1977)		2.622	0	0	0	0	0

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 260

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Saarland							
LG Saarbrücken							
- Prozeßkostenhilfverfahren		27	45	27	51	80	75
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		299	209	268	322	335	266
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		297	345	346	353	403	382
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		53	83	46	97	137	119
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		5	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		20	7	6	9	2	2
- Baulandsachen		3	3	6	7	18	10
- Gewöhnliche Prozesse:		4.796	4.982	5.271	6.378	6.166	5.167
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	628	716	506
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	258	305	286
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	886	900	507
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		4.796	4.982	5.271	4.606	4.245	3.868
- Ehesachen (bis 1977)		2.854	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		31	29	33	40	40	34
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		57	62	59	113	96	90
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		85	130	148	114	131	122
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		6	2	4	14	14	27
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		2	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		1.655	1.847	2.025	2.518	2.239	1.767
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	178	130	106
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	209	197	115
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	911	695	576
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.655	1.847	2.025	1.220	1.217	970
- Ehesachen (bis 1977)		1.189	0	0	0	0	0
LG Itzehoe							
- Prozeßkostenhilfverfahren		13	26	12	20	17	15
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		49	53	38	62	79	81
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		65	79	88	94	110	115
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		3	0	4	44	34	45
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		2	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		1.514	1.738	2.178	2.767	2.468	2.100
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	151	173	125
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	212	309	185
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	813	621	455
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.514	1.738	2.178	1.591	1.365	1.335
- Ehesachen (bis 1977)		1.568	0	0	0	0	0

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 261

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Schleswig-Holstein							
LG Lübeck							
- Prozeßkostenhilfverfahren		31	58	29	41	40	49
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		56	61	62	129	143	104
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		182	257	289	307	292	258
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		11	3	4	21	19	29
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		2	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		0	0	0	0	0	0
- Baulandsachen		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		2.641	3.163	3.336	3.788	3.836	3.216
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	183	163	101
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	254	290	224
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	554	470	332
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.641	3.163	3.336	2.797	2.913	2.559
- Ehesachen (bis 1977)		2.393	0	0	0	0	0
LG Kiel							
- Prozeßkostenhilfverfahren		56	39	30	79	88	58
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		85	86	81	170	137	144
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		246	233	285	238	267	206
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		5	2	0	38	41	43
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO)		4	0	0	0	0	0
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		34	9	8	8	7	4
- Baulandsachen		5	43	14	6	7	10
- Gewöhnliche Prozesse:		3.340	3.761	4.141	4.845	4.466	3.686
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	368	235	184
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	401	324	216
- Kaufrecht (ab 1982)		0	0	0	1.551	1.316	912
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		3.340	3.761	4.141	2.525	2.591	2.374
- Ehesachen (bis 1977)		2.877	0	0	0	0	0

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 262

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ			1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT									
Baden-Württemberg									
LG Waldshut-Tiengen									
-	bis	3.000 DM		389	45	47	29	28	9
-	über	3.000 bis 5.000 DM		275	158	181	218	94	39
-	über	5.000 bis 10.000 DM		199	164	215	226	239	261
-	über	10.000 bis 20.000 DM		82	104	139	153	173	205
-	über	20.000 bis 50.000 DM		98	86	86	110	108	120
-	über	50.000 bis 100.000 DM		26	24	31	44	49	58
-	über	100.000 bis 500.000 DM		18	14	21	27	32	26
-	über	500.000 bis 1 Mio DM		0	0	3	0	2	2
-	über	1 Mio DM		0	0	0	0	0	0
-	ohne Angabe			1	0	1	0	0	0
LG Mosbach									
-	bis	3.000 DM		278	33	29	30	29	17
-	über	3.000 bis 5.000 DM		230	183	188	202	128	40
-	über	5.000 bis 10.000 DM		153	177	203	201	275	255
-	über	10.000 bis 20.000 DM		65	86	117	133	161	144
-	über	20.000 bis 50.000 DM		45	68	88	94	113	111
-	über	50.000 bis 100.000 DM		16	26	30	34	33	47
-	über	100.000 bis 500.000 DM		8	10	15	24	19	28
-	über	500.000 bis 1 Mio DM		0	0	2	1	1	1
-	über	1 Mio DM		0	0	0	0	0	0
-	ohne Angabe			0	0	0	0	0	0
LG Karlsruhe									
-	bis	3.000 DM		1.751	263	297	392	237	186
-	über	3.000 bis 5.000 DM		1.688	1.246	1.351	1.503	938	288
-	über	5.000 bis 10.000 DM		1.495	1.154	1.339	1.451	1.737	1.773
-	über	10.000 bis 20.000 DM		709	739	823	974	1.112	1.146
-	über	20.000 bis 50.000 DM		463	525	593	695	873	883
-	über	50.000 bis 100.000 DM		168	207	205	293	304	312
-	über	100.000 bis 500.000 DM		109	154	148	157	193	217
-	über	500.000 bis 1 Mio DM		4	15	13	12	20	19
-	über	1 Mio DM		3	6	8	7	13	8
-	ohne Angabe			26	0	1	0	0	0
LG Stuttgart									
-	bis	3.000 DM		4.078	270	290	340	250	204
-	über	3.000 bis 5.000 DM		4.433	2.590	2.852	3.189	1.644	346
-	über	5.000 bis 10.000 DM		3.743	2.755	3.092	3.507	3.794	3.805
-	über	10.000 bis 20.000 DM		1.862	1.899	2.050	2.434	2.697	2.658
-	über	20.000 bis 50.000 DM		1.563	1.422	1.700	1.895	2.102	2.190
-	über	50.000 bis 100.000 DM		630	499	657	720	787	833
-	über	100.000 bis 500.000 DM		404	356	451	542	581	664
-	über	500.000 bis 1 Mio DM		30	38	35	59	48	64
-	über	1 Mio DM		22	20	16	27	41	45
-	ohne Angabe			317	53	40	0	0	1

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 263

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Bayern								
LG Deggendorf								
-	bis 3.000 DM		268	16	16	16	15	14
-	über 3.000 bis 5.000 DM		164	131	139	211	93	18
-	über 5.000 bis 10.000 DM		145	134	171	202	243	239
-	über 10.000 bis 20.000 DM		70	82	96	126	146	155
-	über 20.000 bis 50.000 DM		45	68	73	85	138	130
-	über 50.000 bis 100.000 DM		16	22	18	34	53	26
-	über 100.000 bis 500.000 DM		4	11	10	24	17	34
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		2	1	2	2	3	5
-	über 1 Mio DM		0	0	0	1	3	5
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Weiden i.d.Opf.								
-	bis 3.000 DM		322	22	29	34	19	15
-	über 3.000 bis 5.000 DM		271	174	180	192	68	19
-	über 5.000 bis 10.000 DM		178	183	194	221	258	249
-	über 10.000 bis 20.000 DM		80	96	121	127	116	129
-	über 20.000 bis 50.000 DM		65	56	80	86	110	87
-	über 50.000 bis 100.000 DM		29	14	21	30	30	25
-	über 100.000 bis 500.000 DM		8	3	15	18	21	23
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		2	2	2	0	4	5
-	über 1 Mio DM		0	0	1	0	0	2
-	ohne Angabe		2	0	0	0	3	0
LG Nürnberg-Fürth								
-	bis 3.000 DM		3.530	252	244	265	245	181
-	über 3.000 bis 5.000 DM		2.508	1.764	1.974	2.159	1.185	271
-	über 5.000 bis 10.000 DM		2.157	1.784	1.932	2.302	2.496	2.361
-	über 10.000 bis 20.000 DM		1.119	1.069	1.321	1.475	1.654	1.532
-	über 20.000 bis 50.000 DM		769	876	989	1.093	1.119	1.240
-	über 50.000 bis 100.000 DM		264	257	329	397	399	422
-	über 100.000 bis 500.000 DM		141	141	205	249	240	309
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		7	11	13	12	14	18
-	über 1 Mio DM		10	7	12	10	8	17
-	ohne Angabe		9	1	0	0	1	0
LG München I								
-	bis 3.000 DM		5.673	353	353	779	629	502
-	über 3.000 bis 5.000 DM		5.229	3.718	3.836	4.501	2.705	676
-	über 5.000 bis 10.000 DM		5.975	3.799	4.276	4.670	5.096	5.208
-	über 10.000 bis 20.000 DM		3.687	2.529	2.960	3.156	4.100	4.183
-	über 20.000 bis 50.000 DM		2.869	2.184	2.460	2.901	3.333	3.556
-	über 50.000 bis 100.000 DM		1.126	980	1.069	1.236	1.322	1.368
-	über 100.000 bis 500.000 DM		826	784	919	1.054	1.168	1.288
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		105	127	132	134	128	169
-	über 1 Mio DM		69	63	65	65	67	79
-	ohne Angabe		869	534	387	0	27	1

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 264

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Berlin								
LG Berlin								
-	bis 3.000 DM		7.204	658	547	859	709	611
-	über 3.000 bis 5.000 DM		5.206	3.648	4.039	4.381	3.175	695
-	über 5.000 bis 10.000 DM		6.356	3.791	4.160	4.621	5.316	5.530
-	über 10.000 bis 20.000 DM		3.811	2.795	3.254	3.418	3.946	4.142
-	über 20.000 bis 50.000 DM		1.852	2.138	2.737	2.884	3.066	3.252
-	über 50.000 bis 100.000 DM		593	705	897	958	1.121	1.146
-	über 100.000 bis 500.000 DM		408	428	557	583	606	696
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		45	46	74	52	57	63
-	über 1 Mio DM		18	19	23	41	39	38
-	ohne Angabe		1.341	287	220	1	0	0
Bremen								
LG Bremen								
-	bis 3.000 DM		1.901	244	184	238	198	189
-	über 3.000 bis 5.000 DM		1.720	1.083	1.239	1.468	975	312
-	über 5.000 bis 10.000 DM		2.150	1.112	1.323	1.478	1.639	1.636
-	über 10.000 bis 20.000 DM		779	720	844	955	1.053	1.036
-	über 20.000 bis 50.000 DM		418	466	546	697	773	817
-	über 50.000 bis 100.000 DM		141	186	212	251	299	286
-	über 100.000 bis 500.000 DM		114	117	144	161	210	203
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		9	19	12	19	17	16
-	über 1 Mio DM		16	12	9	12	11	9
-	ohne Angabe		31	1	5	0	0	1
Hamburg								
LG Hamburg								
-	bis 3.000 DM		7.405	889	803	748	752	fehlt
-	über 3.000 bis 5.000 DM		5.200	3.620	3.948	3.613	2.570	fehlt
-	über 5.000 bis 10.000 DM		6.047	3.855	4.582	4.055	5.184	fehlt
-	über 10.000 bis 20.000 DM		2.800	2.551	2.935	2.688	3.369	fehlt
-	über 20.000 bis 50.000 DM		1.914	2.233	2.431	2.214	2.915	fehlt
-	über 50.000 bis 100.000 DM		786	929	1.091	951	1.132	fehlt
-	über 100.000 bis 500.000 DM		600	722	831	745	927	fehlt
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		76	74	84	81	85	fehlt
-	über 1 Mio DM		46	60	48	59	60	fehlt
-	ohne Angabe		214	60	20	0	0	fehlt

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 265

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Hessen								
LG Fulda								
-	bis 3.000 DM		555	43	40	47	46	28
-	über 3.000 bis 5.000 DM		324	276	296	302	279	80
-	über 5.000 bis 10.000 DM		273	290	291	348	379	333
-	über 10.000 bis 20.000 DM		156	185	205	159	206	223
-	über 20.000 bis 50.000 DM		85	107	132	118	149	154
-	über 50.000 bis 100.000 DM		21	26	45	43	40	52
-	über 100.000 bis 500.000 DM		10	21	15	22	27	24
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		1	1	0	2	2	2
-	über 1 Mio DM		1	1	0	1	1	2
-	ohne Angabe		10	0	0	0	0	0
LG Marburg								
-	bis 3.000 DM		816	73	76	54	38	19
-	über 3.000 bis 5.000 DM		370	303	329	375	197	41
-	über 5.000 bis 10.000 DM		267	289	370	422	422	382
-	über 10.000 bis 20.000 DM		138	154	209	231	252	263
-	über 20.000 bis 50.000 DM		90	109	150	166	153	144
-	über 50.000 bis 100.000 DM		34	29	37	58	56	64
-	über 100.000 bis 500.000 DM		10	14	22	28	32	32
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		1	0	0	1	1	0
-	über 1 Mio DM		0	0	0	0	0	1
-	ohne Angabe		16	0	1	0	0	0
LG Frankfurt am Main								
-	bis 3.000 DM		5.177	448	366	397	402	313
-	über 3.000 bis 5.000 DM		3.723	2.259	2.466	2.883	2.239	692
-	über 5.000 bis 10.000 DM		3.672	2.448	2.747	3.023	3.428	3.301
-	über 10.000 bis 20.000 DM		2.122	1.647	1.895	2.086	2.286	2.373
-	über 20.000 bis 50.000 DM		1.782	1.346	1.561	1.801	2.001	2.044
-	über 50.000 bis 100.000 DM		626	520	640	678	780	850
-	über 100.000 bis 500.000 DM		439	406	452	558	623	651
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		54	32	63	59	57	76
-	über 1 Mio DM		42	26	28	21	72	56
-	ohne Angabe		42	2	2	0	0	0
LG Darmstadt								
-	bis 3.000 DM		3.967	199	241	229	170	115
-	über 3.000 bis 5.000 DM		2.416	1.713	1.944	2.233	1.462	341
-	über 5.000 bis 10.000 DM		1.891	1.708	2.065	2.254	2.492	2.620
-	über 10.000 bis 20.000 DM		912	1.043	1.351	1.553	1.666	1.697
-	über 20.000 bis 50.000 DM		658	751	901	986	1.083	1.206
-	über 50.000 bis 100.000 DM		235	236	307	336	386	447
-	über 100.000 bis 500.000 DM		124	165	205	222	257	273
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		10	21	12	20	23	28
-	über 1 Mio DM		6	8	7	8	17	16
-	ohne Angabe		20	1	1	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 266

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Niedersachsen								
LG Bückeburg								
-	bis 3.000 DM		408	34	31	23	31	29
-	über 3.000 bis 5.000 DM		147	166	190	234	128	41
-	über 5.000 bis 10.000 DM		115	214	253	242	271	258
-	über 10.000 bis 20.000 DM		70	129	132	159	193	143
-	über 20.000 bis 50.000 DM		60	97	104	137	133	128
-	über 50.000 bis 100.000 DM		19	21	32	42	43	22
-	über 100.000 bis 500.000 DM		6	14	17	24	26	32
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		1	0	0	3	0	1
-	über 1 Mio DM		1	0	0	1	1	1
-	ohne Angabe		1	2	0	0	0	0
LG Aurich								
-	bis 3.000 DM		949	74	55	86	85	64
-	über 3.000 bis 5.000 DM		315	456	474	558	433	108
-	über 5.000 bis 10.000 DM		237	401	453	595	693	612
-	über 10.000 bis 20.000 DM		157	230	294	397	417	417
-	über 20.000 bis 50.000 DM		99	174	211	248	279	323
-	über 50.000 bis 100.000 DM		27	46	69	79	118	94
-	über 100.000 bis 500.000 DM		14	32	29	46	63	75
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		2	3	2	1	8	6
-	über 1 Mio DM		0	0	2	1	0	2
-	ohne Angabe		2	0	0	0	0	0
LG Braunschweig								
-	bis 3.000 DM		607	109	102	131	196	90
-	über 3.000 bis 5.000 DM		779	942	1.100	1.250	701	171
-	über 5.000 bis 10.000 DM		736	892	1.046	1.283	1.339	1.436
-	über 10.000 bis 20.000 DM		439	603	787	916	934	991
-	über 20.000 bis 50.000 DM		306	395	499	637	655	652
-	über 50.000 bis 100.000 DM		103	136	166	194	212	223
-	über 100.000 bis 500.000 DM		48	74	100	99	123	147
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		5	2	13	7	7	10
-	über 1 Mio DM		0	3	8	4	7	3
-	ohne Angabe		2.838	0	0	0	0	0
LG Hannover								
-	bis 3.000 DM		3.184	336	319	326	206	164
-	über 3.000 bis 5.000 DM		2.327	2.004	2.389	2.655	1.431	368
-	über 5.000 bis 10.000 DM		1.608	2.051	2.270	2.646	2.754	2.611
-	über 10.000 bis 20.000 DM		876	1.275	1.548	1.690	1.725	1.675
-	über 20.000 bis 50.000 DM		617	820	1.082	1.271	1.232	1.284
-	über 50.000 bis 100.000 DM		193	319	344	453	439	420
-	über 100.000 bis 500.000 DM		119	190	247	302	294	309
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		16	25	17	22	23	31
-	über 1 Mio DM		9	10	12	24	34	28
-	ohne Angabe		2.150	85	43	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 267

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ			1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT									
Nordrhein-Westfalen									
LG Detmold									
-	bis	3.000 DM		972	77	110	105	71	50
-	über 3.000	bis 5.000 DM		492	544	575	609	284	92
-	über 5.000	bis 10.000 DM		476	478	544	638	652	632
-	über 10.000	bis 20.000 DM		284	361	380	479	425	436
-	über 20.000	bis 50.000 DM		220	227	269	326	319	317
-	über 50.000	bis 100.000 DM		81	103	93	99	98	119
-	über 100.000	bis 500.000 DM		52	52	55	62	78	91
-	über 500.000	bis 1 Mio DM		2	5	5	4	6	4
-		über 1 Mio DM		4	1	1	0	1	5
-		ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Krefeld									
-	bis	3.000 DM		1.272	71	81	79	59	39
-	über 3.000	bis 5.000 DM		991	673	755	790	455	104
-	über 5.000	bis 10.000 DM		664	615	693	819	843	842
-	über 10.000	bis 20.000 DM		384	382	388	553	560	524
-	über 20.000	bis 50.000 DM		240	281	283	359	390	389
-	über 50.000	bis 100.000 DM		100	75	101	94	134	132
-	über 100.000	bis 500.000 DM		61	58	62	72	73	111
-	über 500.000	bis 1 Mio DM		3	5	4	9	6	6
-		über 1 Mio DM		1	2	1	3	1	4
-		ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Essen									
-	bis	3.000 DM		5.475	246	289	250	202	206
-	über 3.000	bis 5.000 DM		2.541	2.413	2.609	3.046	1.379	315
-	über 5.000	bis 10.000 DM		1.882	2.162	2.482	2.886	3.286	3.297
-	über 10.000	bis 20.000 DM		1.024	1.406	1.633	1.873	2.102	2.140
-	über 20.000	bis 50.000 DM		689	874	1.022	1.304	1.284	1.379
-	über 50.000	bis 100.000 DM		220	309	312	389	429	435
-	über 100.000	bis 500.000 DM		140	180	204	254	270	327
-	über 500.000	bis 1 Mio DM		21	12	21	29	25	16
-		über 1 Mio DM		21	11	11	24	8	17
-		ohne Angabe		10	1	0	0	2	0
LG Köln									
-	bis	3.000 DM		7.682	582	506	903	712	535
-	über 3.000	bis 5.000 DM		4.436	3.647	4.205	5.043	3.547	1.005
-	über 5.000	bis 10.000 DM		3.410	3.612	4.146	5.013	5.315	5.613
-	über 10.000	bis 20.000 DM		1.957	2.261	2.727	3.361	3.347	3.782
-	über 20.000	bis 50.000 DM		1.363	1.504	1.946	2.544	2.673	2.796
-	über 50.000	bis 100.000 DM		511	563	688	888	1.005	1.065
-	über 100.000	bis 500.000 DM		320	478	516	633	725	803
-	über 500.000	bis 1 Mio DM		25	39	43	67	55	92
-		über 1 Mio DM		23	24	38	34	45	54
-		ohne Angabe		1.319	709	558	0	12	29

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 268

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ			1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT									
Rheinland-Pfalz									
LG Landau in der Pfalz									
-	bis	3.000 DM		543	38	25	44	40	55
-	Über	3.000 bis 5.000 DM		304	271	255	404	255	56
-	Über	5.000 bis 10.000 DM		264	254	301	378	464	413
-	Über	10.000 bis 20.000 DM		112	171	216	252	315	316
-	Über	20.000 bis 50.000 DM		72	112	139	153	209	191
-	Über	50.000 bis 100.000 DM		24	26	34	53	55	61
-	Über	100.000 bis 500.000 DM		24	21	26	24	31	45
-	Über	500.000 bis 1 Mio DM		3	0	2	1	5	4
-	Über	1 Mio DM		1	2	1	1	0	1
-	ohne	Angabe		1	0	0	0	0	0
LG Zweibrücken									
-	bis	3.000 DM		647	58	70	43	56	45
-	Über	3.000 bis 5.000 DM		350	298	353	414	262	72
-	Über	5.000 bis 10.000 DM		282	279	371	389	419	444
-	Über	10.000 bis 20.000 DM		146	175	239	232	247	265
-	Über	20.000 bis 50.000 DM		127	119	157	157	208	180
-	Über	50.000 bis 100.000 DM		46	57	61	41	73	76
-	Über	100.000 bis 500.000 DM		19	25	36	34	42	46
-	Über	500.000 bis 1 Mio DM		2	1	2	4	6	4
-	Über	1 Mio DM		0	3	2	2	0	5
-	ohne	Angabe		1	1	0	0	0	0
LG Frankenthal (Pfalz)									
-	bis	3.000 DM		1.242	114	110	422	255	237
-	Über	3.000 bis 5.000 DM		1.043	680	820	938	491	125
-	Über	5.000 bis 10.000 DM		715	732	872	987	969	964
-	Über	10.000 bis 20.000 DM		335	492	615	665	626	690
-	Über	20.000 bis 50.000 DM		251	336	439	441	501	488
-	Über	50.000 bis 100.000 DM		85	117	150	142	158	163
-	Über	100.000 bis 500.000 DM		46	64	80	88	81	123
-	Über	500.000 bis 1 Mio DM		4	2	9	11	7	8
-	Über	1 Mio DM		1	3	5	2	3	2
-	ohne	Angabe		1.661	483	372	0	0	0
LG Koblenz									
-	bis	3.000 DM		3.284	243	270	270	259	221
-	Über	3.000 bis 5.000 DM		1.661	1.519	1.687	1.787	1.404	345
-	Über	5.000 bis 10.000 DM		1.259	1.523	1.705	1.834	2.161	2.036
-	Über	10.000 bis 20.000 DM		677	949	1.018	1.188	1.391	1.297
-	Über	20.000 bis 50.000 DM		433	618	678	827	924	912
-	Über	50.000 bis 100.000 DM		137	183	216	225	302	302
-	Über	100.000 bis 500.000 DM		75	129	130	155	170	169
-	Über	500.000 bis 1 Mio DM		37	8	9	10	13	7
-	Über	1 Mio DM		3	5	9	12	6	11
-	ohne	Angabe		619	26	10	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 269

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Saarland								
LG Saarbrücken								
-	bis 3.000 DM		4.446	190	215	199	195	126
-	über 3.000 bis 5.000 DM		1.182	1.708	1.764	2.161	1.554	443
-	über 5.000 bis 10.000 DM		1.289	1.747	1.883	2.185	2.325	2.339
-	über 10.000 bis 20.000 DM		678	981	1.025	1.291	1.444	1.442
-	über 20.000 bis 50.000 DM		485	723	715	871	1.030	1.059
-	über 50.000 bis 100.000 DM		153	249	243	296	353	338
-	über 100.000 bis 500.000 DM		98	75	108	189	213	253
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		10	1	14	13	20	12
-	über 1 Mio DM		11	0	3	12	7	9
-	ohne Angabe		2	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein								
LG Flensburg								
-	bis 3.000 DM		1.257	128	145	144	89	86
-	über 3.000 bis 5.000 DM		726	599	628	731	443	107
-	über 5.000 bis 10.000 DM		485	596	625	790	826	769
-	über 10.000 bis 20.000 DM		274	364	423	555	519	487
-	über 20.000 bis 50.000 DM		188	253	298	362	434	368
-	über 50.000 bis 100.000 DM		54	79	91	120	138	144
-	über 100.000 bis 500.000 DM		35	41	51	87	64	70
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		4	6	3	8	3	4
-	über 1 Mio DM		2	4	3	2	4	5
-	ohne Angabe		0	0	2	0	0	0
LG Itzehoe								
-	bis 3.000 DM		1.777	79	71	82	71	51
-	über 3.000 bis 5.000 DM		556	540	654	838	534	127
-	über 5.000 bis 10.000 DM		399	595	675	890	938	934
-	über 10.000 bis 20.000 DM		258	340	451	592	551	598
-	über 20.000 bis 50.000 DM		148	228	317	398	403	403
-	über 50.000 bis 100.000 DM		47	73	101	120	123	148
-	über 100.000 bis 500.000 DM		25	40	49	62	83	88
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		3	1	1	4	4	6
-	über 1 Mio DM		0	0	1	1	1	1
-	ohne Angabe		1	0	0	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 270

Frage: B. II. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND								
Schleswig-Holstein								
LG Lübeck								
-	bis 3.000 DM		2.685	147	141	183	142	116
-	über 3.000 bis 5.000 DM		1.024	1.040	1.001	1.146	927	269
-	über 5.000 bis 10.000 DM		765	1.041	1.076	1.227	1.413	1.407
-	über 10.000 bis 20.000 DM		413	645	708	817	867	883
-	über 20.000 bis 50.000 DM		277	418	511	617	649	646
-	über 50.000 bis 100.000 DM		99	150	151	159	182	198
-	über 100.000 bis 500.000 DM		47	92	112	124	139	121
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		3	4	7	7	8	10
-	über 1 Mio DM		2	4	13	6	3	6
-	ohne Angabe		1	1	0	0	0	0
LG Kiel								
-	bis 3.000 DM		3.416	314	291	307	255	180
-	über 3.000 bis 5.000 DM		1.192	1.190	1.241	1.540	980	236
-	über 5.000 bis 10.000 DM		968	1.217	1.392	1.556	1.616	1.589
-	über 10.000 bis 20.000 DM		495	701	812	965	1.047	1.026
-	über 20.000 bis 50.000 DM		397	480	497	646	672	680
-	über 50.000 bis 100.000 DM		99	154	168	210	253	265
-	über 100.000 bis 500.000 DM		81	107	141	139	170	152
-	über 500.000 bis 1 Mio DM		4	7	8	11	14	19
-	über 1 Mio DM		0	3	8	10	6	4
-	ohne Angabe		0	0	1	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 271

Frage: B. II. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- bis zu 6 Monate		69,2	73,3	74,3	72,7	73,5	74,2
- über 6 bis 12 Monate		19,6	19,0	20,2	20,2	19,7	15,1
- über 12 bis 24 Monate		7,4	6,7	3,8	6,2	4,6	8,2
- mehr als 24 Monate		3,8	1,0	1,7	0,9	2,2	2,5
LG Mosbach							
- bis zu 6 Monate		80,4	75,8	80,1	76,2	79,7	85,1
- über 6 bis 12 Monate		14,0	17,7	15,2	16,1	14,6	10,9
- über 12 bis 24 Monate		4,8	5,6	4,0	6,7	4,8	3,7
- mehr als 24 Monate		0,9	0,9	0,7	1,0	0,9	0,3
LG Karlsruhe							
- bis zu 6 Monate		73,1	77,8	79,2	75,8	72,8	74,5
- über 6 bis 12 Monate		18,1	15,9	14,5	17,1	18,3	16,0
- über 12 bis 24 Monate		7,0	5,1	5,3	6,3	7,2	6,9
- mehr als 24 Monate		1,8	1,2	1,1	0,8	1,6	2,6
LG Stuttgart							
- bis zu 6 Monate		77,7	84,5	84,4	84,7	80,6	82,1
- über 6 bis 12 Monate		16,4	12,1	12,2	11,5	14,2	13,0
- über 12 bis 24 Monate		4,9	2,9	3,0	3,3	4,3	4,1
- mehr als 24 Monate		1,1	0,4	0,4	0,5	0,9	0,9
Bayern							
LG Deggendorf							
- bis zu 6 Monate		82,6	89,2	87,6	78,6	75,8	78,4
- über 6 bis 12 Monate		13,0	6,7	10,1	14,8	11,8	13,1
- über 12 bis 24 Monate		3,7	3,2	2,1	5,5	10,3	5,1
- mehr als 24 Monate		0,6	0,9	0,2	1,0	2,1	3,4
LG Weiden i.d.Opf.							
- bis zu 6 Monate		92,6	95,6	96,6	95,3	95,5	93,7
- über 6 bis 12 Monate		6,3	4,2	3,3	3,7	3,7	4,3
- über 12 bis 24 Monate		1,1	0,2	0,2	1,0	0,8	1,9
- mehr als 24 Monate		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
LG Nürnberg-Fürth							
- bis zu 6 Monate		73,5	75,9	76,5	78,0	75,2	74,9
- über 6 bis 12 Monate		17,4	16,5	16,2	15,4	17,0	17,2
- über 12 bis 24 Monate		7,5	5,9	5,8	5,3	6,5	5,9
- mehr als 24 Monate		1,5	1,7	1,6	1,2	1,3	1,9
LG München I							
- bis zu 6 Monate		74,9	76,6	76,3	76,1	73,4	72,0
- über 6 bis 12 Monate		15,3	15,2	15,4	16,0	17,4	17,8
- über 12 bis 24 Monate		7,5	5,8	6,1	6,1	7,0	7,7
- mehr als 24 Monate		2,4	2,3	2,2	1,8	2,2	2,5

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 272

Frage: B. II. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Berlin							
LG Berlin							
- bis zu 6 Monate		68,7	77,4	75,7	73,2	68,4	72,8
- über 6 bis 12 Monate		19,1	15,2	17,0	19,4	21,8	17,7
- über 12 bis 24 Monate		8,6	5,4	5,9	6,0	8,3	8,1
- mehr als 24 Monate		3,6	2,1	1,5	1,3	1,5	1,5
Bremen							
LG Bremen							
- bis zu 6 Monate		70,7	71,5	67,1	66,2	62,1	62,5
- über 6 bis 12 Monate		20,8	19,3	21,8	22,3	22,8	22,6
- über 12 bis 24 Monate		6,7	7,2	8,8	9,3	11,7	10,9
- mehr als 24 Monate		1,8	2,0	2,3	2,2	3,4	4,0
Hamburg							
LG Hamburg							
- bis zu 6 Monate		71,0	72,0	73,4	73,5	69,6	fehlt
- über 6 bis 12 Monate		18,0	17,9	17,2	17,6	20,2	fehlt
- über 12 bis 24 Monate		8,2	7,3	7,3	7,3	8,1	fehlt
- mehr als 24 Monate		2,7	2,8	2,0	1,7	2,1	fehlt
Hessen							
LG Fulda							
- bis zu 6 Monate		42,0	62,4	61,5	61,6	47,0	48,3
- über 6 bis 12 Monate		26,2	18,9	22,3	24,9	35,3	28,8
- über 12 bis 24 Monate		23,2	11,2	11,8	10,0	12,5	16,2
- mehr als 24 Monate		8,6	7,5	4,4	3,5	5,1	6,7
LG Marburg							
- bis zu 6 Monate		66,1	73,3	76,5	76,6	69,5	73,6
- über 6 bis 12 Monate		25,0	20,7	17,1	19,0	23,7	18,1
- über 12 bis 24 Monate		7,7	4,9	5,1	3,2	6,6	7,2
- mehr als 24 Monate		1,3	1,0	1,3	1,2	0,2	1,2
LG Frankfurt am Main							
- bis zu 6 Monate		60,4	69,9	67,9	61,9	56,3	54,9
- über 6 bis 12 Monate		23,7	19,9	20,7	25,6	27,0	25,6
- über 12 bis 24 Monate		12,2	7,6	8,5	9,6	12,7	13,6
- mehr als 24 Monate		3,8	2,7	3,0	3,0	4,0	6,0
LG Darmstadt							
- bis zu 6 Monate		71,0	76,5	76,8	74,8	68,9	64,7
- über 6 bis 12 Monate		18,2	17,0	16,0	18,4	21,6	22,2
- über 12 bis 24 Monate		8,2	4,7	5,7	5,2	8,0	10,7
- mehr als 24 Monate		2,6	1,8	1,5	1,6	1,5	2,4

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 273

Frage: B. II. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Niedersachsen							
LG Bückeburg							
- bis zu 6 Monate		62,4	75,5	75,9	74,5	70,2	74,4
- über 6 bis 12 Monate		23,4	17,4	15,0	16,4	22,0	18,9
- über 12 bis 24 Monate		11,1	6,1	7,2	7,4	6,3	5,5
- mehr als 24 Monate		3,0	1,0	1,8	1,7	1,5	1,2
LG Aurich							
- bis zu 6 Monate		62,5	65,0	63,7	63,1	57,1	66,5
- über 6 bis 12 Monate		22,6	21,3	22,9	23,1	26,4	19,2
- über 12 bis 24 Monate		12,1	10,2	10,1	11,0	12,8	10,0
- mehr als 24 Monate		2,7	3,5	3,2	2,8	3,7	4,4
LG Braunschweig							
- bis zu 6 Monate		82,5	77,1	76,9	77,3	77,2	80,2
- über 6 bis 12 Monate		13,6	15,2	14,8	14,9	15,8	12,7
- über 12 bis 24 Monate		3,4	6,0	5,9	4,5	5,7	5,1
- mehr als 24 Monate		0,4	1,7	2,4	3,3	1,3	2,1
LG Hannover							
- bis zu 6 Monate		57,7	71,0	72,7	73,3	72,0	74,2
- über 6 bis 12 Monate		22,6	17,8	17,0	17,9	18,3	16,0
- über 12 bis 24 Monate		13,9	8,1	7,3	6,6	7,6	7,4
- mehr als 24 Monate		5,8	3,1	2,9	2,2	2,2	2,5
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- bis zu 6 Monate		69,4	81,3	83,8	82,3	79,8	78,8
- über 6 bis 12 Monate		21,4	13,0	11,7	11,9	14,3	15,2
- über 12 bis 24 Monate		7,5	4,3	3,8	4,9	4,4	4,9
- mehr als 24 Monate		1,6	1,4	0,8	0,8	1,4	1,1
LG Krefeld							
- bis zu 6 Monate		80,7	79,7	78,3	76,4	70,6	68,0
- über 6 bis 12 Monate		14,1	15,5	15,8	17,5	19,6	19,6
- über 12 bis 24 Monate		4,4	4,4	5,2	5,3	8,3	10,7
- mehr als 24 Monate		0,8	0,3	0,7	0,8	1,5	1,7
LG Essen							
- bis zu 6 Monate		80,2	85,5	86,6	85,4	83,4	82,8
- über 6 bis 12 Monate		14,4	10,0	9,8	10,3	11,7	11,5
- über 12 bis 24 Monate		4,6	3,3	2,8	3,6	4,2	4,5
- mehr als 24 Monate		0,8	1,1	0,8	0,6	0,7	1,2
LG Köln							
- bis zu 6 Monate		56,2	56,6	58,5	57,9	54,1	52,5
- über 6 bis 12 Monate		23,5	25,3	25,1	25,5	28,2	26,6
- über 12 bis 24 Monate		15,1	12,6	12,2	12,5	13,6	16,0
- mehr als 24 Monate		5,2	5,5	4,2	4,2	4,1	4,9

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 274

Frage: B. II. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- bis zu 6 Monate		72,6	68,3	69,1	64,2	59,7	70,6
- über 6 bis 12 Monate		18,5	23,0	22,1	25,8	27,8	21,4
- über 12 bis 24 Monate		8,3	7,6	7,8	8,5	10,9	6,0
- mehr als 24 Monate		0,7	1,1	1,0	1,5	1,6	2,0
LG Zweibrücken							
- bis zu 6 Monate		71,5	71,6	71,9	71,1	69,0	63,8
- über 6 bis 12 Monate		18,2	18,8	17,7	19,1	20,6	22,8
- über 12 bis 24 Monate		8,4	8,3	8,9	7,8	8,6	10,5
- mehr als 24 Monate		1,9	1,4	1,6	1,9	1,8	3,0
LG Frankenthal (Pfalz)							
- bis zu 6 Monate		61,3	62,5	67,7	68,9	69,6	71,6
- über 6 bis 12 Monate		16,4	16,0	16,3	17,8	19,0	17,3
- über 12 bis 24 Monate		10,2	7,8	6,0	5,2	5,8	6,9
- mehr als 24 Monate		12,1	13,9	10,0	8,2	5,6	4,3
LG Koblenz							
- bis zu 6 Monate		51,9	70,3	68,6	62,6	54,0	53,6
- über 6 bis 12 Monate		25,6	19,4	21,0	24,9	29,5	27,6
- über 12 bis 24 Monate		14,3	7,7	8,0	9,9	13,3	14,2
- mehr als 24 Monate		8,3	2,6	2,3	2,6	3,1	4,6
Saarland							
LG Saarbrücken							
- bis zu 6 Monate		44,0	49,8	57,3	57,4	52,9	55,0
- über 6 bis 12 Monate		23,8	24,0	22,8	24,4	26,1	22,7
- über 12 bis 24 Monate		20,5	15,0	12,7	12,5	14,7	15,5
- mehr als 24 Monate		11,7	11,1	7,2	5,6	6,2	6,8
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- bis zu 6 Monate		68,6	72,3	68,9	66,8	66,6	69,2
- über 6 bis 12 Monate		20,3	19,2	21,2	21,8	21,7	19,8
- über 12 bis 24 Monate		9,4	6,6	7,9	8,8	9,2	8,0
- mehr als 24 Monate		1,6	2,0	2,0	2,6	2,6	2,9
LG Itzehoe							
- bis zu 6 Monate		62,8	67,1	67,3	59,9	58,1	59,3
- über 6 bis 12 Monate		19,1	20,9	20,6	26,7	24,6	23,1
- über 12 bis 24 Monate		13,5	8,1	9,1	10,7	12,6	12,0
- mehr als 24 Monate		4,5	3,8	3,0	2,6	4,8	5,6

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 275

Frage: B. II. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Schleswig-Holstein							
LG Lübeck							
- bis zu 6 Monate		63,8	66,3	57,4	52,5	47,4	49,6
- über 6 bis 12 Monate		22,3	22,2	29,1	31,9	30,8	26,3
- über 12 bis 24 Monate		10,7	8,7	10,6	12,8	17,8	17,5
- mehr als 24 Monate		3,1	2,8	3,0	2,8	4,0	6,6
LG Kiel							
- bis zu 6 Monate		60,4	68,7	71,6	69,3	68,1	66,3
- über 6 bis 12 Monate		26,9	21,6	19,2	21,5	20,7	21,8
- über 12 bis 24 Monate		10,0	7,2	7,3	7,4	8,6	9,3
- mehr als 24 Monate		2,6	2,4	1,8	1,8	2,7	2,6

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Landgerichten in erstinstanzlichen Zivilsachen tätig gewesenen Richter

Seite 276

Frage: B. II. (B. I. 3. a)

RICHTER LANDGERICHT 1. INSTANZ ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen			5,13	5,30	5,35	4,88	4,54
LG Mosbach			2,80	2,80	2,90	3,23	3,48
LG Karlsruhe			30,48	30,80	29,00	28,90	27,60
LG Stuttgart			69,64	70,05	70,42	67,45	65,33
Bayern							
LG Deggendorf			3,48	3,42	3,96	3,88	3,50
LG Weiden i.d.Opf.			4,37	3,79	4,10	4,62	3,97
LG Nürnberg-Fürth			45,33	45,38	43,83	40,73	35,29
LG München I			102,95	100,47	102,11	99,54	97,42
Berlin							
LG Berlin			110,00	112,00	121,00	121,00	108,00
Bremen							
LG Bremen			22,00	24,00	24,00	23,00	21,00
Hamburg							
LG Hamburg			102,00	96,00	97,00	98,00	94,00
Hessen							
LG Fulda			4,93	5,01	5,53	5,66	5,58
LG Marburg			6,05	6,30	6,52	6,42	6,15
LG Frankfurt am Main			57,38	57,49	59,36	63,47	58,91
LG Darmstadt			34,63	36,50	36,38	36,75	36,00
Niedersachsen							
LG Bückeburg			4,88	5,18	5,39	4,69	4,31
LG Aurich			9,82	11,22	12,60	11,10	9,70
LG Braunschweig			21,43	21,75	22,17	21,48	21,30
LG Hannover			46,45	53,38	53,31	48,25	46,68
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold			11,49	13,36	12,12	10,86	10,28
LG Krefeld			13,19	13,14	12,43	13,85	12,43
LG Essen			46,80	50,32	55,81	50,25	43,62
LG Köln			91,20	95,94	94,14	87,10	83,31
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz			5,80	6,35	6,03	6,50	5,85
LG Zweibrücken			7,51	7,23	7,26	6,51	6,53
LG Frankenthal (Pfalz)			21,55	22,90	22,65	19,77	19,40
LG Koblenz			35,43	35,89	38,27	34,78	30,19
Saarland							
LG Saarbrücken			37,00	37,00	39,00	36,00	35,00

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Landgerichten in erstinstanzlichen Zivilsachen tätig gewesenen Richter

Seite 277

Frage: B. II. (B. I. 3. a)

RICHTER								
LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
ZIVILGERICHTSBARKEIT								
Schleswig-Holstein								
LG Flensburg			13,25	14,68	15,00	12,80	12,94	
LG Itzehoe			11,98	15,20	15,30	14,05	13,05	
LG Lübeck			21,65	22,46	23,25	24,00	23,43	
LG Kiel			27,17	28,66	29,45	26,60	24,27	

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der beim Landgericht in Zivilsachen tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Seite 278

Frage: B. II. u. III. (B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST LANDGERICHT 1. INSTANZ UND BERUFUNGSINSTANZ ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen			1,00	1,00	0,75	1,00	1,00
LG Mosbach			0,75	0,70	0,60	0,60	0,70
LG Karlsruhe			4,75	4,88	5,00	4,00	4,50
LG Stuttgart			10,00	9,88	9,50	9,00	9,00
Bayern							
LG Deggendorf			1,20	1,19	1,10	1,05	0,81
LG Weiden i.d.Opf.			1,35	1,25	1,20	1,30	1,17
LG Nürnberg-Fürth			11,65	11,15	11,88	11,26	9,45
LG München I			19,60	19,90	19,48	14,60	13,20
Berlin							
LG Berlin			18,90	16,80	18,40	20,00	19,80
Bremen							
LG Bremen			5,00	4,50	4,30	4,50	3,80
Hamburg							
LG Hamburg			11,80	11,50	10,80	10,50	11,80
Hessen							
LG Fulda			0,90	0,90	0,60	0,60	0,60
LG Marburg			0,80	0,80	0,80	0,80	0,80
LG Frankfurt am Main			6,75	6,00	6,25	6,00	6,25
LG Darmstadt			2,50	2,25	2,50	2,37	2,90
Niedersachsen							
LG Bückeburg			0,85	0,88	1,00	0,87	0,87
LG Aurich			1,16	1,17	1,68	1,31	1,35
LG Braunschweig			3,36	3,14	3,60	3,60	3,35
LG Hannover			8,30	6,80	7,11	6,93	6,25
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold			1,25	1,25	1,25	1,30	1,20
LG Krefeld			1,30	1,30	1,42	1,00	1,00
LG Essen			4,10	4,50	4,85	4,70	4,61
LG Köln			10,00	10,28	11,28	13,28	11,61
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz			0,90	0,90	0,90	0,90	0,90
LG Zweibrücken			0,67	0,67	0,47	0,50	0,65
LG Frankenthal (Pfalz)			1,00	1,45	1,23	1,70	2,10
LG Koblenz			3,29	3,73	3,90	3,90	4,05
Saarland							
LG Saarbrücken			4,80	5,40	5,70	4,70	5,40
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg			1,35	1,74	1,80	1,38	1,41
LG Itzehoe			1,75	1,68	1,90	1,85	1,85
LG Lübeck			1,95	2,00	2,15	2,15	2,24
LG Kiel			4,00	4,00	3,50	3,50	3,63

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Landgerichten in Zivilsachen tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes
und des Schreibdienstes

Seite 279

Frage: B. II. u. III. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENSTETE LANDGERICHT 1. INSTANZ UND BERUFUGEN ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen			3,99	4,12	4,46	4,88	4,44
LG Mosbach			3,40	3,55	3,40	3,40	3,60
LG Karlsruhe			31,50	30,00	28,50	29,13	27,80
LG Stuttgart			78,56	70,00	70,24	71,55	69,50
Bayern							
LG Deggendorf			4,85	4,80	5,10	5,45	5,88
LG Weiden i.d.Opf.			4,64	4,45	4,40	5,47	4,72
LG Nürnberg-Fürth			54,35	56,07	58,20	56,20	52,77
LG München I			110,61	109,34	111,11	112,43	115,93
Berlin							
LG Berlin			139,00	141,00	143,00	149,00	141,00
Bremen							
LG Bremen			32,00	29,00	28,00	29,00	30,00
Hamburg							
LG Hamburg			137,00	134,00	144,00	151,00	150,00
Hessen							
LG Fulda			7,55	8,05	8,08	7,88	7,74
LG Marburg			8,35	8,60	9,45	9,75	8,80
LG Frankfurt am Main			94,00	82,50	83,75	82,00	76,63
LG Darmstadt			42,05	44,73	44,73	43,29	40,32
Niedersachsen							
LG Bückeburg			5,20	6,60	7,22	6,91	6,27
LG Aurich			10,14	12,05	12,83	12,26	11,85
LG Braunschweig			22,78	23,67	25,83	25,60	25,42
LG Hannover			61,30	63,85	64,05	60,29	59,78
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold			9,23	9,54	10,15	10,00	10,15
LG Krefeld			12,50	14,00	14,25	16,50	14,75
LG Essen			50,45	50,25	54,63	53,88	55,42
LG Köln			92,65	107,06	109,35	110,13	106,56
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz			8,80	8,30	8,05	7,80	7,95
LG Zweibrücken			9,71	9,45	9,48	9,20	9,03
LG Frankenthal (Pfalz)			24,74	25,80	27,48	18,20	14,60
LG Koblenz			39,45	36,69	38,33	37,85	36,96
Saarland							
LG Saarbrücken			42,00	45,00	45,00	46,00	47,00
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg			14,30	15,05	18,60	17,30	17,63
LG Itzehoe			14,00	15,20	17,18	18,54	17,90
LG Lübeck			34,33	34,75	34,75	33,63	34,25
LG Kiel			30,38	32,47	35,85	35,25	35,88

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 280

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT I. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- anhängige Verfahren / Richter			176	207	215	218	240
- erledigte Verfahren / Richter			116	137	151	149	159
LG Mosbach							
- anhängige Verfahren / Richter			299	346	356	302	241
- erledigte Verfahren / Richter			208	240	248	235	185
LG Karlsruhe							
- anhängige Verfahren / Richter			208	236	294	267	259
- erledigte Verfahren / Richter			141	155	189	188	175
LG Stuttgart							
- anhängige Verfahren / Richter			193	220	249	233	220
- erledigte Verfahren / Richter			142	160	181	177	165
Bayern							
LG Deggendorf							
- anhängige Verfahren / Richter			195	242	266	245	239
- erledigte Verfahren / Richter			134	154	177	183	179
LG Weiden i.d.Opf.							
- anhängige Verfahren / Richter			153	211	215	162	169
- erledigte Verfahren / Richter			126	170	173	136	140
LG Nürnberg-Fürth							
- anhängige Verfahren / Richter			203	229	264	248	260
- erledigte Verfahren / Richter			136	155	182	181	180
LG München I							
- anhängige Verfahren / Richter			227	256	285	290	283
- erledigte Verfahren / Richter			146	164	181	187	175
Berlin							
LG Berlin							
- anhängige Verfahren / Richter			211	231	238	220	229
- erledigte Verfahren / Richter			132	147	147	149	150
Bremen							
LG Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			299	320	368	350	348
- erledigte Verfahren / Richter			180	188	220	225	215

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 281

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT I. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Hamburg							
LG Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			229	267	260	261	fehlt
- erledigte Verfahren / Richter			147	175	156	173	fehlt
Hessen							
LG Fulda							
- anhängige Verfahren / Richter			321	351	362	337	302
- erledigte Verfahren / Richter			193	204	188	199	161
LG Marburg							
- anhängige Verfahren / Richter			220	260	288	242	218
- erledigte Verfahren / Richter			160	190	205	179	154
LG Frankfurt am Main							
- anhängige Verfahren / Richter			270	303	333	300	291
- erledigte Verfahren / Richter			159	178	194	187	176
LG Darmstadt							
- anhängige Verfahren / Richter			260	193	343	320	298
- erledigte Verfahren / Richter			169	193	216	206	187
Niedersachsen							
LG Bückeburg							
- anhängige Verfahren / Richter			214	223	242	241	227
- erledigte Verfahren / Richter			139	147	160	176	152
LG Aurich							
- anhängige Verfahren / Richter			247	254	275	276	273
- erledigte Verfahren / Richter			144	142	160	189	175
LG Braunschweig							
- anhängige Verfahren / Richter			227	263	290	264	234
- erledigte Verfahren / Richter			147	176	204	194	175
LG Hannover							
- anhängige Verfahren / Richter			233	233	256	234	213
- erledigte Verfahren / Richter			153	155	176	169	148

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 282

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT I. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / RICHTER							
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- anhängige Verfahren / Richter			226	217	261	246	252
- erledigte Verfahren / Richter			161	152	192	178	170
LG Krefeld							
- anhängige Verfahren / Richter			237	271	326	268	272
- erledigte Verfahren / Richter			164	180	223	182	173
LG Essen							
- anhängige Verfahren / Richter			221	238	247	237	257
- erledigte Verfahren / Richter			163	171	180	179	186
LG Köln							
- anhängige Verfahren / Richter			263	288	335	326	312
- erledigte Verfahren / Richter			147	160	196	200	189
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter			243	270	360	298	288
- erledigte Verfahren / Richter			154	157	217	211	195
LG Zweibrücken							
- anhängige Verfahren / Richter			225	271	291	310	257
- erledigte Verfahren / Richter			135	179	181	202	174
LG Frankenthal (Pfalz)							
- anhängige Verfahren / Richter			250	247	244	235	220
- erledigte Verfahren / Richter			140	152	163	156	144
LG Koblenz							
- anhängige Verfahren / Richter			238	266	289	300	304
- erledigte Verfahren / Richter			147	160	165	191	176

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 283

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT I. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Saarland							
LG Saarbrücken							
- anhängige Verfahren / Richter			291	321	340	336	308
- erledigte Verfahren / Richter			153	161	185	198	172
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- anhängige Verfahren / Richter			244	252	281	275	237
- erledigte Verfahren / Richter			156	155	187	197	158
LG Itzehoe							
- anhängige Verfahren / Richter			286	293	328	301	289
- erledigte Verfahren / Richter			158	153	195	193	181
LG Lübeck							
- anhängige Verfahren / Richter			299	328	364	328	316
- erledigte Verfahren / Richter			164	166	184	180	156
LG Kiel							
- anhängige Verfahren / Richter			275	255	280	275	268
- erledigte Verfahren / Richter			154	159	183	188	171

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 284

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT								
INSGESAMT (1. INSTANZ + BERUFUNGSINSTANZ)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST								
Baden-Württemberg								
LG Waldshut-Tiengen								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.040	1.258	1.757	1.228	1.284	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			703	855	1.263	854	854	
LG Mosbach								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.355	1.631	2.047	2.015	1.527	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			952	1.143	1.437	1.567	1.184	
LG Karlsruhe								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.574	1.732	1.966	2.330	1.967	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.060	1.151	1.266	1.618	1.315	
LG Stuttgart								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.526	1.757	2.080	1.994	1.858	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.119	1.274	1.500	1.502	1.381	
Bayern								
LG Deggendorf								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			708	833	1.111	1.087	1.275	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			500	551	758	827	773	
LG Weiden i.d.Opf.								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			593	758	842	687	736	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			485	614	676	567	474	
LG Nürnberg-Fürth								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			898	1.066	1.118	1.055	1.176	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			603	719	762	769	672	
LG München I								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.342	1.461	1.678	2.250	2.455	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			871	940	1.074	1.453	1.290	
Berlin								
LG Berlin								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.489	1.879	1.915	1.697	1.639	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			948	1.199	1.169	1.122	1.042	
Bremen								
LG Bremen								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.454	1.893	2.267	1.982	2.168	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			894	1.135	1.375	1.290	1.356	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 285

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT									
INSGESAMT (1. INSTANZ + BERUFUNGSINSTANZ)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984		
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST									

Hamburg

LG Hamburg

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.262	2.533	2.644	2.802	fehlt		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.455	1.654	1.588	1.860	fehlt		

Hessen

LG Fulda

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.026	2.213	3.808	3.652	3.327		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.239	1.278	2.013	2.148	1.812		

LG Marburg

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.039	2.449	2.764	2.324	2.063		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.489	1.831	1.983	1.735	1.498		

LG Frankfurt am Main

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.624	3.303	3.566	3.624	3.223		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.575	1.968	2.111	2.276	1.954		

LG Darmstadt

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			4.403	3.800	5.898	5.966	4.570		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.890	3.800	3.756	3.868	2.934		

Niedersachsen

LG Bückeburg

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.464	1.597	1.588	1.656	1.472		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			967	1.056	1.055	1.215	994		

LG Aurich

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.481	2.916	2.432	2.772	2.475		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.477	1.667	1.461	1.916	1.591		

LG Braunschweig

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.789	2.259	2.181	1.987	1.959		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.147	1.520	1.542	1.455	1.428		

LG Hannover

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.552	2.160	2.305	2.046	2.066		
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.045	1.467	1.603	1.495	1.448		

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 286

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT								
INSGESAMT (1. INSTANZ + BERUFUNGSINSTANZ)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERHÄLTNISS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST								
Nordrhein-Westfalen								
LG Detmold								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.503	2.770	2.998	2.481	2.662	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.758	1.970	2.223	1.802	1.848	
LG Krefeld								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.025	3.375	3.492	4.557	4.285	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.116	2.281	2.406	3.095	2.757	
LG Essen								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.978	3.128	3.292	3.021	2.977	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.221	2.285	2.447	2.312	2.194	
LG Köln								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.795	3.118	3.221	2.490	2.715	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.616	1.788	1.939	1.551	1.651	
Rheinland-Pfalz								
LG Landau in der Pfalz								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.916	2.243	2.817	2.550	2.308	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.267	1.396	1.753	1.852	1.580	
LG Zweibrücken								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.039	3.494	5.536	5.246	3.575	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.894	2.313	3.415	3.274	2.343	
LG Frankenthal (Pfalz)								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			6.161	4.484	5.218	3.254	2.485	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			3.612	2.826	3.534	2.199	1.648	
LG Koblenz								
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.032	3.022	3.307	3.147	2.791	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.903	1.861	1.945	2.023	1.643	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 287

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT								
INSGESAMT (1. INSTANZ + BERUFUNGSINSTANZ)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST								

Saarland

LG Saarbrücken

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.621	2.565	2.670	3.030	2.451	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.392	1.339	1.465	1.743	1.301	

Schleswig-Holstein

LG Flensburg

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.726	2.443	2.677	2.989	2.633	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.781	1.526	1.783	2.133	1.744	

LG Itzehoe

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.292	3.063	3.107	2.734	2.544	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.315	1.633	1.887	1.755	1.595	

LG Lübeck

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.875	4.364	4.615	4.325	4.082	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.228	2.355	2.493	2.482	2.168	

LG Kiel

- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.894	2.165	2.783	2.542	2.305	
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.246	1.367	1.813	1.709	1.443	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 288

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT								
INSGESAMT (1. INSTANZ + BERUFUNGSINSTANZ)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE								
Baden-Württemberg								
LG Waldshut-Tiengen								
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			261	305	296	252	289	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			176	208	212	175	192	
LG Mosbach								
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			299	322	361	356	297	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			210	225	254	276	230	
LG Karlsruhe								
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			237	282	345	320	318	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			160	187	222	222	213	
LG Stuttgart								
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			194	248	281	251	241	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			142	180	203	189	179	
Bayern								
LG Deggendorf								
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			175	206	240	209	176	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			124	137	164	159	106	
LG Weiden i.d.Opf.								
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			172	213	230	163	182	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			111	173	184	135	117	
LG Nürnberg-Fürth								
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			192	212	228	211	211	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			129	143	155	154	120	
LG München I								
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			238	266	294	292	280	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			154	171	188	189	147	
Berlin								
LG Berlin								
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			202	224	246	228	230	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			129	143	150	151	146	
Bremen								
LG Bremen								
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			227	294	348	308	275	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			140	176	211	200	172	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 289

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT								
INSGESAMT (1. INSTANZ + BERUFUNGSINSTANZ)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE								

Hamburg

LG Hamburg

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			195	217	198	195	fehlt	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			125	142	119	129	fehlt	

Hessen

LG Fulda

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			241	247	283	278	258	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			148	143	150	164	140	

LG Marburg

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			195	228	234	191	188	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			143	170	168	142	136	

LG Frankfurt am Main

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			188	240	266	265	263	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			113	143	158	167	159	

LG Darmstadt

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			262	191	330	327	329	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			172	191	210	212	211	

Niedersachsen

LG Bückeburg

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			239	213	220	209	204	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			158	141	146	153	138	

LG Aurich

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			284	283	318	296	282	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			169	162	191	205	181	

LG Braunschweig

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			264	300	304	279	258	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			169	202	215	205	188	

LG Hannover

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			210	230	256	235	216	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			141	156	178	172	151	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 290

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT INSGESAMT (1. INSTANZ + BERUFUNGSINSTANZ) VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			339	363	369	323	315
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			238	258	274	234	219
LG Krefeld							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			315	313	348	276	291
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			220	212	240	188	187
LG Essen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			242	280	292	264	248
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			181	205	217	202	182
LG Köln							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			302	299	332	300	296
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			174	172	200	187	180
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			196	243	315	294	261
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			130	151	196	214	179
LG Zweibrücken							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			210	248	274	285	257
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			131	164	169	178	169
LG Frankenthal (Pfalz)							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			249	252	234	304	357
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			146	159	158	205	237
LG Koblenz							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			253	307	336	324	306
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			159	189	198	208	180

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 291

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT								
INSGESAMT (1. INSTANZ + BERUFUNGSINSTANZ)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE								

Saarland

LG Saarbrücken

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			300	308	338	310	282	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			159	161	186	178	149	

Schleswig-Holstein

LG Flensburg

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			257	282	259	238	211	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			168	176	173	170	139	

LG Itzehoe

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			287	339	344	273	263	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			164	181	209	175	165	

LG Lübeck

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			220	251	286	276	267	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			127	136	154	159	142	

LG Kiel

- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			249	267	272	252	233	
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			164	168	177	170	146	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung 1)

Seite 292

Frage: B. II. (B. I. 5. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Beweisanordnung/-erhebung							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen		283	214	208	212	185	197
LG Mosbach		158	249	256	189	194	209
LG Karlsruhe		1.362	1.424	1.440	1.351	1.266	1.139
LG Stuttgart		2.855	3.238	3.504	3.232	2.627	2.347
Bayern							
LG Deggendorf		105	112	109	139	154	151
LG Weiden i.d.Opf.		240	219	230	228	192	136
LG Nürnberg-Fürth		2.069	1.931	2.102	1.995	1.716	1.407
LG München I		4.813	3.455	3.565	3.466	3.342	3.002
Berlin							
LG Berlin		2.644	2.249	2.320	2.018	1.881	1.680
Bremen							
LG Bremen		1.136	883	999	1.084	1.158	909
Hamburg							
LG Hamburg		3.921	3.324	3.106	2.554	2.647	fehlt
Hessen							
LG Fulda		450	263	222	203	160	197
LG Marburg		288	280	356	353	229	194
LG Frankfurt am Main		3.058	2.049	2.074	1.485	1.513	1.929
LG Darmstadt		1.501	1.027	1.303	1.367	1.189	1.250
Niedersachsen							
LG Bückeburg		161	162	199	129	154	89
LG Aurich		301	360	383	533	520	410
LG Braunschweig		831	904	998	1.124	1.018	914
LG Hannover		2.036	1.664	1.972	2.216	1.785	1.367
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold		343	582	558	608	537	462
LG Krefeld		546	640	750	683	665	572
LG Essen		1.873	1.999	2.004	2.162	1.729	1.752
LG Köln		4.329	3.173	3.464	4.582	4.061	3.554
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz		204	231	246	231	283	241
LG Zweibrücken		279	210	285	286	269	274
LG Frankenthal (Pfalz)		800	709	932	1.081	873	705
LG Koblenz		1.440	1.404	1.364	1.139	1.297	885
Saarland							
LG Saarbrücken		1.976	2.292	2.062	2.264	2.155	1.735

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung 1)

Seite 293

Frage: B. II. (B. I. 5. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Beweisanordnung/-erhebung							
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg		564	652	664	773	648	444
LG Itzehoe		623	530	729	817	810	790
LG Lüneburg		765	1.448	1.446	1.645	1.727	1.417
LG Kiel		871	952	1.191	1.648	1.582	1.480

1) Die Zahlen ab 1982 sind mit den Zahlen für 1975, 1980 und 1981 nicht vergleichbar (siehe Erläuterungen im Text)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 294

Frage: B. II. (B. I.10. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Baden-Württemberg							
- Erledigte Verfahren insgesamt					51.323	49.430	43.635
- klagende Parteien insgesamt					51.419	49.504	43.692
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.499	1.474	1.403
- Versicherung					431	434	379
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					19.955	19.988	17.269
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					5.156	4.585	3.728
- Privatperson					24.378	23.023	20.913
- beklagte Parteien insgesamt					54.309	51.750	45.598
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.445	1.373	1.371
- Versicherung					3.022	2.479	2.153
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					13.702	13.171	11.675
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					4.092	3.917	3.352
- Privatperson					32.048	30.810	27.047
Bayern							
- Erledigte Verfahren insgesamt					63.254	60.316	53.917
- klagende Parteien insgesamt					63.381	60.421	54.047
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.361	1.444	1.200
- Versicherung					466	499	408
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					22.563	22.390	20.272
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					8.387	8.971	7.792
- Privatperson					30.604	27.117	24.375
- beklagte Parteien insgesamt					67.912	64.329	57.455
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					2.077	2.043	1.883
- Versicherung					4.802	4.047	3.444
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					16.048	15.907	14.744
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					7.746	8.516	7.876
- Privatperson					37.239	33.816	29.508
Berlin							
- Erledigte Verfahren insgesamt					17.798	18.035	16.173
- klagende Parteien insgesamt					17.812	18.060	16.195
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					362	357	314
- Versicherung					166	181	158
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					7.272	7.399	6.997
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					1.093	925	829
- Privatperson					8.919	9.198	7.897
- beklagte Parteien insgesamt					18.733	18.969	16.912
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					495	512	455
- Versicherung					1.093	1.141	973
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					5.368	5.115	4.733
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					1.340	1.222	1.393
- Privatperson					10.437	10.979	9.358

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 295

Frage: B. II. (B. I.10. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Bremen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					5.279	5.175	4.505
- klagende Parteien insgesamt					5.286	5.179	4.508
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					81	89	92
- Versicherung					48	38	29
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					2.015	2.028	1.785
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					597	525	414
- Privatperson					2.545	2.499	2.188
- beklagte Parteien insgesamt					5.469	5.371	4.646
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					79	95	99
- Versicherung					187	217	160
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.474	1.454	1.314
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					521	532	475
- Privatperson					3.208	3.073	2.598
Hamburg							
- Erledigte Verfahren insgesamt					17.592	16.994	15.471
- klagende Parteien insgesamt					18.192	17.010	15.486
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					237	213	140
- Versicherung					127	132	95
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					7.986	7.769	7.293
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					2.110	1.804	1.361
- Privatperson					7.732	7.092	6.597
- beklagte Parteien insgesamt					18.529	17.395	15.783
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					259	207	243
- Versicherung					1.001	897	769
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					6.263	6.183	6.156
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					2.131	1.972	1.464
- Privatperson					8.875	8.136	7.151
Hessen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					36.828	35.871	31.557
- klagende Parteien insgesamt					36.872	35.999	31.685
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.090	866	874
- Versicherung					329	391	298
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					13.953	13.361	11.752
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					4.494	4.698	3.527
- Privatperson					17.006	16.683	15.234
- beklagte Parteien insgesamt					39.069	38.294	33.672
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.066	984	963
- Versicherung					2.312	2.066	1.739
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					9.606	9.065	8.451
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					3.630	3.975	2.870
- Privatperson					22.455	22.204	19.649

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 296

Frage: B. II. (B. I.10. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Niedersachsen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					42.648	38.870	33.136
- klagende Parteien insgesamt					42.686	38.909	33.165
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.168	1.074	917
- Versicherung					400	406	319
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					14.431	13.786	11.425
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					5.718	4.783	3.705
- Privatperson					20.969	18.860	16.799
- beklagte Parteien insgesamt					44.458	40.293	34.329
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.283	1.303	1.308
- Versicherung					2.286	1.986	1.611
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					8.242	7.632	6.312
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					4.865	4.187	3.535
- Privatperson					27.782	25.185	21.563
Nordrhein-Westfalen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					121.739	111.362	98.922
- klagende Parteien insgesamt					121.881	111.489	99.068
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					2.624	2.521	2.277
- Versicherung					969	1.006	763
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					44.796	42.011	37.871
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					12.300	9.980	7.973
- Privatperson					61.192	55.971	50.184
- beklagte Parteien insgesamt					128.887	117.294	103.825
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					3.184	3.860	3.490
- Versicherung					8.007	6.677	5.438
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					30.360	27.385	26.059
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					10.886	9.963	8.073
- Privatperson					76.450	69.409	60.765
Rheinland-Pfalz							
- Erledigte Verfahren insgesamt					21.353	20.387	17.701
- klagende Parteien insgesamt					21.374	20.412	17.725
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					581	519	463
- Versicherung					161	188	154
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					7.617	7.593	6.284
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					2.158	1.953	1.611
- Privatperson					10.857	10.159	9.213
- beklagte Parteien insgesamt					22.909	21.688	18.873
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					1.543	1.304	1.228
- Versicherung					1.544	1.252	1.143
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					4.444	4.579	3.805
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					1.827	1.588	1.588
- Privatperson					13.551	12.965	11.109

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 297

Frage: B. II. (B. I.10. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Saarland							
- Erledigte Verfahren insgesamt					7.217	7.141	6.021
- klagende Parteien insgesamt					7.233	7.159	6.036
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					173	134	82
- Versicherung					83	87	86
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					3.065	2.982	2.575
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					461	577	465
- Privatperson					3.451	3.378	2.828
- beklagte Parteien insgesamt					7.881	7.649	6.366
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					178	201	161
- Versicherung					660	759	593
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.904	1.821	1.576
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					491	634	600
- Privatperson					4.648	4.234	3.436
Schleswig-Holstein							
- Erledigte Verfahren insgesamt					15.456	14.571	12.203
- klagende Parteien insgesamt					15.467	14.584	12.220
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					358	354	304
- Versicherung					104	117	95
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					5.505	5.308	4.435
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					2.074	1.795	1.325
- Privatperson					7.426	7.010	6.061
- beklagte Parteien insgesamt					15.868	14.994	12.601
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					431	428	381
- Versicherung					457	455	423
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					3.294	2.822	2.432
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					1.684	1.676	1.369
- Privatperson					10.002	9.613	7.996
Bundesgebiet							
- Erledigte Verfahren insgesamt					400.487	378.152	333.241
- klagende Parteien insgesamt					401.603	378.726	333.827
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					9.534	9.045	8.066
- Versicherung					3.284	3.479	2.784
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					149.158	144.615	127.958
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					44.548	40.596	32.730
- Privatperson					195.079	180.990	162.289
- beklagte Parteien insgesamt					424.024	398.026	350.060
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					12.040	12.310	11.582
- Versicherung					25.371	21.976	18.446
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					100.705	95.134	87.257
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					39.213	38.182	32.595
- Privatperson					246.695	230.424	200.180

Anzahl der dem Einzelrichter übertragenen und der bei der Kammer verbliebenen Rechtsstreitigkeiten

Seite 298

Frage: B. II. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
EINZELRICHTER / KAMMER							
Baden-Württemberg							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			33.994	38.157	43.609	41.898	36.951
- vom Einzelrichter erledigt			41,7	43,2	47,5	48,3	48,7
- von der Kammer erledigt			58,3	56,8	52,5	51,7	51,3
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			57,9	56,7	52,3	51,6	51,3
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,3	0,1	0,2	0,1	0,1
Bayern							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			40.722	45.314	52.628	50.068	44.540
- vom Einzelrichter erledigt			30,8	33,6	35,4	34,7	32,1
- von der Kammer erledigt			69,2	66,4	64,6	65,3	67,9
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			69,2	66,4	64,6	65,2	67,9
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Berlin							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			11.973	13.823	14.954	15.046	13.312
- vom Einzelrichter erledigt			7,0	7,5	7,1	6,8	6,9
- von der Kammer erledigt			93,0	92,5	92,9	93,2	93,1
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			93,0	92,4	92,6	93,0	93,0
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,1	0,1	0,2	0,2	0,1
Bremen							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			3.254	3.758	4.292	4.192	3.607
- vom Einzelrichter erledigt			6,1	5,0	6,5	8,2	6,4
- von der Kammer erledigt			93,9	95,0	93,5	91,8	93,6
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			93,8	94,9	93,2	91,7	93,5
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Hamburg							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			11.086	12.489	11.393	12.926	11.783
- vom Einzelrichter erledigt			14,2	12,6	13,2	13,9	12,6
- von der Kammer erledigt			85,8	87,4	86,8	86,1	87,4
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			85,7	87,4	86,3	85,8	87,3
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,1	0,0	0,4	0,3	0,1
Hessen							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			23.264	27.039	30.275	29.620	25.888
- vom Einzelrichter erledigt			15,5	14,0	15,3	17,3	15,9
- von der Kammer erledigt			84,5	86,0	84,7	82,7	84,1
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			84,3	85,8	84,7	82,5	83,9
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,1	0,2	0,1	0,2	0,2
Niedersachsen							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			27.191	32.170	37.797	34.179	29.030
- vom Einzelrichter erledigt			19,8	17,4	16,3	15,3	14,5
- von der Kammer erledigt			80,2	82,6	83,7	84,7	85,5
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			79,8	82,3	83,5	84,6	85,5
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,4	0,3	0,2	0,0	0,1
Nordrhein-Westfalen							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			75.789	86.285	99.018	90.387	79.614
- vom Einzelrichter erledigt			13,4	14,4	14,3	14,2	13,3
- von der Kammer erledigt			86,6	85,6	85,7	85,8	86,7
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			86,4	85,4	85,4	85,6	86,5
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,3	0,2	0,2	0,2	0,2

Anzahl der dem Einzelrichter übertragenen und der bei der Kammer verbliebenen Rechtsstreitigkeiten

Seite 299

Frage: B. II. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
EINZELRICHTER / KAMMER							
Rheinland-Pfalz							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			13.670	15.595	17.651	16.875	fehlt
- vom Einzelrichter erledigt			17,7	17,8	18,1	19,8	fehlt
- von der Kammer erledigt			82,3	82,2	81,9	80,2	fehlt
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			82,2	82,1	81,8	80,1	fehlt
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,0	0,0	0,1	0,1	fehlt
Saarland							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			4.875	4.896	6.009	6.077	5.112
- vom Einzelrichter erledigt			58,1	60,9	63,2	60,0	61,8
- von der Kammer erledigt			41,9	39,1	36,8	40,0	38,2
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			41,8	39,0	36,7	40,0	38,2
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Schleswig-Holstein							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			10.104	11.120	13.379	12.680	10.599
- vom Einzelrichter erledigt			46,2	47,7	50,5	50,0	51,0
- von der Kammer erledigt			53,8	52,3	49,5	50,0	49,0
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			53,7	52,2	49,3	49,9	48,8
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,1	0,1	0,2	0,1	0,2
Bundesgebiet							
- Erledigte Verfahren vor der Zivilkammer			255.922	290.646	331.005	313.948	fehlt
- vom Einzelrichter erledigt			22,8	23,2	24,5	24,6	fehlt
- von der Kammer erledigt			77,2	76,8	75,5	75,4	fehlt
- ohne Übertragung auf den Einzelrichter			77,0	76,7	75,4	75,2	fehlt
- mit Zurückübertragung (§ 348 Abs 4 ZPO)			0,2	0,1	0,2	0,1	fehlt

Landgerichte mit den wenigsten und meisten Einzelrichterübertragungen

Seite 300

Frage B II 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ WENIGSTE / MEISTE EINZELRICHTERÜBERTRAGUNG	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- mit den wenigsten Übertragungen	Ellwangen 0.91	Ellwangen 1.51	Ellwangen 9.71	Mosbach 9.51	Mosbach 2.11
- mit den meisten Übertragungen	Hechingen 78.41	Offenburg 78.41	Offenburg 80.41	Offenburg 78.01	Offenburg 80.91
Bayern					
- mit den wenigsten Übertragungen	Ansbach 0.31	Ansbach 0.01	Hof 2.01	Hof 1.11	Weiden 0.21
- mit den meisten Übertragungen	Kempten 67.51	Kempten 73.81	Kempten 69.11	Kempten 68.21	Kempten 70.81
Berlin					
- mit den wenigsten / meisten Übertragungen	7.01	7.51	7.11	6.81	6.91
Hamburg					
- mit den wenigsten / meisten Übertragungen	14.21	12.61	13.21	13.91	fehlt 1
Bremen					
- mit den wenigsten / meisten Übertragungen	6.11	5.01	6.51	8.21	6.41
Hessen					
- mit den wenigsten Übertragungen	Kassel 1.81	Frankfurt 3.11	Frankfurt 4.21	Frankfurt 7.31	Frankfurt 4.21
- mit den meisten Übertragungen	Limburg 59.21	Limburg 41.11	Limburg 40.71	Limburg 37.51	Limburg 33.31
Niedersachsen					
- mit den wenigsten Übertragungen	Hildesheim 2.61	Hannover 1.51	Hannover 0.81	Hannover 0.51	Hannover 0.21
- mit den meisten Übertragungen	Osnabrück 65.21	Osnabrück 60.41	Osnabrück 54.01	Osnabrück 50.51	Osnabrück 50.11
Nordrhein-Westfalen					
- mit den wenigsten Übertragungen	Krefeld 0.61	Essen 1.01	Essen 1.31	Essen 1.11	Kleve 0.61
- mit den meisten Übertragungen	Hagen 29.71	Hagen 32.21	Siegen 29.61	Siegen 27.81	Siegen 25.51
Rheinland-Pfalz					
- mit den wenigsten Übertragungen	Bad Kreuzn. 0.21	Trier 0.51	Trier 1.51	Bad Kreuzn. 1.01	fehlt 1
- mit den meisten Übertragungen	Koblenz 27.91	Koblenz 31.11	Kaiserslt. 32.91	Koblenz 35.21	1
Saarland					
- mit den wenigsten / meisten Übertragungen	58.11	60.91	63.21	60.01	61.81
Schleswig-Holstein					
- mit den wenigsten Übertragungen	Lübeck 27.11	Lübeck 26.91	Lübeck 26.71	Lübeck 27.01	Lübeck 30.01
- mit den meisten Übertragungen	Kiel 63.91	Kiel 67.01	Kiel 71.41	Kiel 69.81	Kiel 70.81

Vom Einzelrichter erledigte gewöhnliche Prozesse nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 301

Frage B II 3. a)

LANDGERICHT 1, INSTANZ EINZELRICHTER VERFAHRENSDAUER	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Bundesgebiet							
- durch streitiges Urteil erledigte Prozesse			25.509	29.544	34.957	33.525	27.446
- bis zu 6 Monate			44,4 %	43,7 %	42,9 %	36,9 %	39,4 %
- über 6 bis 12 Monate			34,2 %	35,0 %	35,9 %	37,4 %	32,9 %
- über 12 bis 24 Monate			16,2 %	16,8 %	17,2 %	20,7 %	21,3 %
- mehr als 24 Monate			5,1 %	4,5 %	4,1 %	5,0 %	6,3 %
- durch Vergleich erledigte Prozesse			16.645	18.363	20.741	19.978	17.091
- bis zu 6 Monate			60,8 %	59,9 %	58,8 %	53,9 %	56,4 %
- über 6 bis 12 Monate			25,5 %	27,1 %	27,8 %	29,6 %	26,3 %
- über 12 bis 24 Monate			10,1 %	10,4 %	10,8 %	13,0 %	13,2 %
- mehr als 24 Monate			3,5 %	2,6 %	2,6 %	3,5 %	4,0 %
- durch Ruhen oder Nichtbetrieb erl. Prozesse			2.190	2.430	2.838	3.002	2.397
- bis zu 6 Monate			52,1 %	50,0 %	48,7 %	44,4 %	42,9 %
- über 6 bis 12 Monate			30,2 %	31,1 %	32,4 %	35,4 %	33,5 %
- über 12 bis 24 Monate			13,2 %	14,6 %	14,4 %	16,2 %	17,9 %
- mehr als 24 Monate			4,5 %	4,3 %	4,5 %	4,1 %	5,8 %
- auf andere Weise erledigte Prozesse			12.757	15.673	20.098	18.324	14.780
- bis zu 6 Monate			83,2 %	83,8 %	82,5 %	78,7 %	79,9 %
- über 6 bis 12 Monate			12,2 %	12,6 %	13,2 %	15,3 %	13,5 %
- über 12 bis 24 Monate			3,5 %	3,3 %	3,6 %	4,8 %	5,3 %
- mehr als 24 Monate			1,1 %	1,0 %	0,7 %	1,1 %	1,2 %
- erledigte Prozesse insgesamt			57.101	66.010	78.634	74.829	61.714
- bis zu 6 Monate			58,2 %	58,0 %	57,4 %	52,0 %	54,0 %
- über 6 bis 12 Monate			26,6 %	27,2 %	27,8 %	29,8 %	26,5 %
- über 12 bis 24 Monate			11,5 %	11,7 %	11,9 %	14,6 %	15,1 %
- mehr als 24 Monate			3,7 %	3,1 %	2,8 %	3,6 %	4,4 %

Von der Kammer erledigte gewöhnliche Prozesse nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 3

Frage B II 3. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ KAMMER (OHNE EINZELRICHTER) VERFAHRENSDAUER	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Bundesgebiet							
- durch streitiges Urteil erledigte Prozesse			50.288	55.539	58.635	55.617	49.514
- bis zu 6 Monate			55,7 %	54,4 %	51,1 %	46,6 %	47,8 %
- über 6 bis 12 Monate			26,9 %	27,9 %	30,2 %	31,6 %	29,2 %
- über 12 bis 24 Monate			13,0 %	13,8 %	14,5 %	17,2 %	17,1 %
- mehr als 24 Monate			4,4 %	4,0 %	4,2 %	4,7 %	5,8 %
- durch Vergleich erledigte Prozesse			26.936	28.315	29.981	27.890	24.278
- bis zu 6 Monate			67,0 %	66,2 %	62,8 %	57,6 %	58,9 %
- über 6 bis 12 Monate			21,4 %	22,4 %	25,1 %	26,5 %	25,0 %
- über 12 bis 24 Monate			8,5 %	8,8 %	9,6 %	12,3 %	11,9 %
- mehr als 24 Monate			3,0 %	2,6 %	2,5 %	3,5 %	4,1 %
- durch Ruhen oder Nichtbetrieb erl. Prozesse			14.246	15.794	17.755	18.189	14.624
- bis zu 6 Monate			67,5 %	68,0 %	65,1 %	64,0 %	63,2 %
- über 6 bis 12 Monate			24,4 %	24,1 %	26,1 %	26,7 %	25,9 %
- über 12 bis 24 Monate			6,1 %	6,2 %	6,8 %	7,5 %	8,2 %
- mehr als 24 Monate			2,0 %	1,7 %	2,0 %	1,9 %	2,6 %
- auf andere Weise erledigte Prozesse			84.031	100.090	115.840	107.198	87.482
- bis zu 6 Monate			90,3 %	89,9 %	88,9 %	86,4 %	86,9 %
- über 6 bis 12 Monate			7,5 %	7,9 %	8,8 %	10,6 %	9,7 %
- über 12 bis 24 Monate			1,7 %	1,7 %	1,9 %	2,4 %	2,7 %
- mehr als 24 Monate			0,6 %	0,5 %	0,4 %	0,5 %	0,7 %
- erledigte Prozesse insgesamt			175.501	199.738	222.211	208.894	175.898
- bis zu 6 Monate			74,9 %	74,9 %	73,5 %	70,0 %	70,1 %
- über 6 bis 12 Monate			16,5 %	16,8 %	18,0 %	19,7 %	18,7 %
- über 12 bis 24 Monate			6,4 %	6,4 %	6,7 %	8,1 %	8,5 %
- mehr als 24 Monate			2,2 %	1,9 %	1,8 %	2,2 %	2,8 %

Von Einzelrichter erledigte gewöhnlich Prozesse nach der Art der Erledigung

Seite 303

Frage: B. II. 3. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ EINZELRICHTER ERLEDIGUNGSART	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Bundesgebiet							
- insgesamt erledigte gewöhnliche Prozesse		26.957	57.101	66.010	78.834	74.829	61.714
- streitiges Urteil		36,0 %	44,7 %	44,8 %	44,3 %	44,8 %	44,5 %
- Vergleich		29,9 %	29,2 %	27,8 %	26,3 %	26,7 %	27,7 %
- Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb		9,1 %	3,8 %	3,7 %	3,6 %	4,0 %	3,9 %
- auf andere Weise		25,1 %	22,3 %	23,7 %	25,5 %	24,5 %	23,9 %

Von der Kammer erledigte gewöhnliche Prozesse nach der Art der Erledigung

Seite 304

Frage B II 3. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ KAMMER (OHNE EINZELRICHTER) ERLEDIGUNGSART	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Bundesgebiet							
- insgesamt erledigte gewöhnliche Prozesse		77.192	175.501	199.738	222.211	208.894	175.898
- streitiges Urteil		31,8 %	28,7 %	27,8 %	26,3 %	26,6 %	28,1 %
- Vergleich		13,3 %	15,3 %	14,2 %	13,5 %	13,4 %	13,8 %
- Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb		13,6 %	8,1 %	7,9 %	8,0 %	8,7 %	8,3 %
- auf andere Weise		41,3 %	47,9 %	50,1 %	52,1 %	51,3 %	49,7 %

Quote und Erfolg der Berufungen gegen Einzelrichter- bzw. Kammerentscheidungen in Zivilprozessen

Seite 305

Frage: B. II. 3. b)

LANDGERICHT / OBERLANDESGERICHT ZIVILPROZESSE	EINZELRICHTER				ZIVILKAMMER			
	1982	1983	1984	1982-1984	1982	1983	1984	1982-1984
I.								
Absolute Zahlen (Bundesgebiet ohne Bayern, 1984 auch ohne Hamburg):								
1. Streitige Endurteile in erster Instanz	27.201	26.386	26.833	80.420	57.180	53.895	49.486	160.561
2. Erledigte Berufungen (OLG)	7.323	8.268	7.687	23.278	30.740	32.134	29.733	92.607
3. Von den Berufungen (Zeile 2) führten								
a) zur Aufhebung des erstinstanzl. Urteils und Zurückverweisung des Verfahrens	233	126	108	467	866	649	582	2.097
b) zur Änderung des erstinstanzl. Urteils bzw. eigener Sachentscheid. d. Berufungsger. ...	1.619	2.021	1.791	5.431	7.177	7.813	6.910	21.900
c) zur vollen Zurückverweisung der Berufung als unbegründet	2.020	2.344	2.080	6.444	7.982	8.230	7.617	23.829
d) zu einem Vergleich vor dem Berufungsger. ...	1.163	1.218	1.303	3.684	4.611	4.862	4.513	13.986
e) Aufhebung / Änderung (a,b) zusammen	1.852	2.147	1.899	5.898	8.043	8.462	7.492	23.997
II.								
Anzahl in % des Wertes in Zeile 1 (Berufungs- quote; Aufhebungs- u. Änderungsquote der erstinstanzlichen Urteile):								
1. Streitige Endurteile in erster Instanz	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2. Erledigte Berufungen (OLG)	26,9	31,9	28,6	28,9	53,8	59,6	60,1	57,7
3. Von den Berufungen (Zeile 2) führten								
a) zur Aufhebung des erstinstanzl. Urteils und Zurückverweisung des Verfahrens	0,9	0,5	0,4	0,6	1,5	1,2	1,2	1,3
b) zur Änderung des erstinstanzl. Urteils bzw. eigener Sachentscheid. d. Berufungsger. ...	6,0	7,7	6,7	6,8	12,6	14,5	14,0	13,6
c) zur vollen Zurückverweisung der Berufung als unbegründet	7,4	8,9	7,8	8,0	14,0	15,3	15,4	14,8
d) zu einem Vergleich vor dem Berufungsger. ...	4,3	4,6	4,9	4,6	8,1	9,0	9,1	8,7
e) Aufhebung / Änderung (a,b) zusammen	6,8	8,1	7,1	7,3	14,1	15,7	15,1	14,9

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Quote und Erfolg der Berufungen gegen Einzelrichter- bzw. Kammerentscheidungen in Zivilprozessen

Seite 306

Frage: B. II. 3. b)

LANDGERICHT / OBERLANDESGERICHT ZIVILPROZESSE	EINZELRICHTER				ZIVILKAMMER			
	1982	1983	1984	1982-1984	1982	1983	1984	1982-1984

III.

Anzahl in % des Wertes Zeile 2 (Erfolg der Berufungen):

1. Streitige Endurteile in erster Instanz	-	-	-	-	-	-	-	-
2. Erledigte Berufungen (OLG)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
3. Von den Berufungen (Zeile 2) führten								
a) zur Aufhebung des erstinstanzl. Urteils und Zurückverweisung des Verfahrens	3,2	1,5	1,4	2,0	2,8	2,0	2,0	2,3
b) zur Änderung des erstinstanzl. Urteils bzw. eigener Sachentscheid. d. Berufungsger. ...	22,1	24,4	23,3	23,3	23,3	24,3	23,2	23,6
c) zur vollen Zurückverweisung der Berufung als unbegründet	27,6	28,4	27,1	27,7	26,0	25,6	25,6	25,7
d) zu einem Vergleich vor dem Berufungsger. ...	15,9	14,7	17,0	15,8	15,0	15,1	15,2	15,1
e) Aufhebung / Änderung (a,b) zusammen	25,3	26,0	24,7	25,3	26,2	26,3	25,2	25,9

Zeile 2: Ohne Berufungen gegen Entscheidungen des Amtsgerichts und der Kammer für Handelssachen;
ferner ohne die Berufungen in Entschädigungs-, Rückerstattungs- und Baulandsachen

Zeile 3b: Erfasst sind alle, also auch geringfügige Änderungen des erstinstanzlichen Urteils.

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Seite 307

Frage: B. III. (B. I. 1.)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	2.902	2.045	2.523	2.753	3.264	3.048
- Neuzugänge	3.576	5.702	6.573	7.073	7.979	7.798	9.070
- anhängige Verfahren	(a)	8.604	8.618	9.596	10.732	11.062	12.118
Bayern							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	2.721	2.602	2.882	3.338	3.715	3.803
- Neuzugänge	4.636	6.447	7.580	8.586	9.134	9.775	11.297
- anhängige Verfahren	(a)	9.168	10.182	11.468	12.472	13.490	15.100
Berlin							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	1.225	1.388	1.568	2.031	2.796	2.862
- Neuzugänge	2.399	2.939	3.590	4.090	4.474	4.477	4.852
- anhängige Verfahren	(a)	4.164	4.978	5.658	6.505	7.273	7.714
Bremen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	216	186	191	241	283	245
- Neuzugänge	519	596	515	640	683	591	683
- anhängige Verfahren	(a)	812	701	831	924	874	928
Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	1.219	1.102	1.174	1.188	1.370	1.315
- Neuzugänge	1.656	1.975	2.249	2.292	2.562	2.486	2.994
- anhängige Verfahren	(a)	3.194	3.351	3.466	3.750	3.856	4.309
Hessen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	2.505	2.269	2.285	2.546	2.993	3.127
- Neuzugänge	3.100	4.910	5.643	5.209	6.893	6.697	7.595
- anhängige Verfahren	(a)	7.415	7.912	7.494	9.439	9.690	10.722
Niedersachsen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	2.840	2.411	2.874	3.152	3.594	3.474
- Neuzugänge	4.149	6.001	7.667	8.211	9.383	9.191	10.483
- anhängige Verfahren	(a)	8.841	10.078	11.085	12.535	12.785	13.957
Nordrhein-Westfalen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	6.305	6.166	6.816	7.615	8.357	8.828
- Neuzugänge	11.753	15.586	18.833	20.829	22.242	22.550	25.643
- anhängige Verfahren	(a)	21.891	24.999	27.645	29.857	30.907	34.471
Rheinland-Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	1.715	1.255	1.314	1.602	1.807	1.809
- Neuzugänge	1.932	2.949	3.533	3.937	4.339	4.115	4.768
- anhängige Verfahren	(a)	4.664	4.788	5.251	5.941	5.922	6.577
Saarland							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	798	691	810	704	833	1.089
- Neuzugänge	516	783	1.138	1.156	1.263	1.301	1.347
- anhängige Verfahren	(a)	1.581	1.829	1.966	1.967	2.134	2.436
Schleswig-Holstein							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	1.170	834	960	1.242	1.403	1.508
- Neuzugänge	1.747	2.443	2.479	2.985	3.204	3.041	3.659
- anhängige Verfahren	(a)	3.613	3.313	3.945	4.446	4.444	5.167
Bundesgebiet							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	23.616	20.949	23.397	26.412	30.415	31.108
- Neuzugänge	35.983	50.331	59.800	65.008	72.156	72.022	82.391
- anhängige Verfahren	(a)	73.947	80.749	88.405	98.568	102.437	113.499

(a) = Nicht erhoben

Bei den Zivilgerichten eingegangene Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens

Seite 308

Frage: B. III. (B. I. 1.)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANTRÄGE AUßERHALB EINES BEI GERICHT ANHÄNGIGEN VERFAHRENS							
Baden-Württemberg	241	0	3	1	4	2	2
Bayern	289	0	0	1	2	4	5
Berlin	193	0	0	1	0	0	1
Bremen	17	0	0	0	0	0	0
Hamburg	134	0	0	0	0	16	0
Hessen	109	0	0	0	0	0	0
Niedersachsen	310	15	7	0	0	1	8
Nordrhein-Westfalen	447	1	3	13	3	4	9
Rheinland-Pfalz	98	0	0	0	0	0	0
Saarland	10	0	0	1	0	0	6
Schleswig-Holstein	188	0	0	0	0	0	0
Bundesgebiet	2.037	16	13	17	9	27	31

In den Zahlen ab 1975 sind die Armenrechtsgesuche ohne nachfolgende Berufung, die in den Zahlen für 1965 noch erfaßt sind, nicht mehr enthalten.

Bei den Zivilgerichten eingegangene Beschwerdeverfahren

Seite 309

Frage: B. III. (B. I. 1.)

LANDGERICHT BESCHWERDEN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
NEUZUGÄNGE							
Baden-Württemberg							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		5.054	4.844	5.077	5.875	5.845	6.052
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kosten- sachen und Beschwerden nach § 156 KostO					1.590	1.436	1.588
- Sonstige Beschwerden					4.285	4.409	4.464
Bayern							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		8.108	7.636	7.883	7.570	9.167	9.584
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kosten- sachen und Beschwerden nach § 156 KostO					2.649	2.904	3.459
- Sonstige Beschwerden					4.921	6.263	6.125
Berlin							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		2.930	3.568	3.346	3.747	3.763	4.212
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kosten- sachen und Beschwerden nach § 156 KostO					1.495	1.475	1.399
- Sonstige Beschwerden					2.252	2.288	2.813
Bremen							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		699	581	682	703	843	758
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kosten- sachen und Beschwerden nach § 156 KostO					329	315	342
- Sonstige Beschwerden					374	528	416
Hamburg							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		1.648	1.578	1.512	1.635	1.806	2.239
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kosten- sachen und Beschwerden nach § 156 KostO					714	496	495
- Sonstige Beschwerden					921	1.310	1.744
Hessen							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		5.889	5.626	5.739	6.369	6.937	6.935
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kosten- sachen und Beschwerden nach § 156 KostO					2.764	2.647	2.653
- Sonstige Beschwerden					3.605	4.290	4.282
Niedersachsen							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		6.507	6.737	6.986	8.298	8.914	9.311
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kosten- sachen und Beschwerden nach § 156 KostO					3.083	3.434	3.589
- Sonstige Beschwerden					5.215	5.480	5.722
Nordrhein-Westfalen							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		13.561	14.816	15.438	17.373	18.818	20.292
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kosten- sachen und Beschwerden nach § 156 KostO					6.060	6.256	6.902
- Sonstige Beschwerden					11.313	12.562	13.390

Bei den Zivilgerichten eingegangene Beschwerdeverfahren

Seite 310

Frage: B. III. (B. I. 1.)

LANDGERICHT BESCHWERDEN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
NEUZUGÄNGE							
Rheinland-Pfalz							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		2.878	2.620	2.751	3.479	3.676	3.582
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					1.198	1.021	920
- Sonstige Beschwerden					2.281	2.655	2.662
Saarland							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		621	592	591	860	940	1.008
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					498	459	440
- Sonstige Beschwerden					362	481	568
Schleswig-Holstein							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		2.785	2.913	2.924	1.982	2.351	2.377
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					733	695	636
- Sonstige Beschwerden					1.249	1.656	1.741
Bundesgebiet							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		50.680	51.511	52.929	57.891	63.060	66.385
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					21.113	21.138	22.431
- Sonstige Beschwerden					36.778	41.922	43.954

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren

Seite 311

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE BERUFUNGEN							
Baden-Württemberg		5.913	6.098	6.847	7.460	8.014	8.348
Bayern		6.376	7.301	8.130	8.757	9.689	10.650
Berlin		2.908	3.410	3.627	3.709	4.411	4.451
Bremen		631	510	590	632	629	646
Hamburg		2.128	2.174	2.248	2.397	2.540	2.698
Hessen		4.965	5.627	6.042	6.446	6.563	7.108
Niedersachsen		5.976	7.198	7.933	8.941	9.311	10.011
Nordrhein-Westfalen		15.364	18.152	20.030	21.499	22.106	23.407
Rheinland-Pfalz		3.287	3.474	3.649	4.134	4.113	4.268
Saarland		860	1.006	1.262	1.134	1.050	1.003
Schleswig-Holstein		2.486	2.352	2.705	3.044	2.937	3.300
Bundesgebiet		50.894	57.302	63.063	68.153	71.363	75.890

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 312

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Baden-Württemberg							
- streitiges Urteil	2.359	3.161	3.419	3.807	4.208	4.565	4.599
- Vergleich	570	909	1.019	1.119	1.184	1.320	1.520
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	63	73	50	75	66	87	81
- Beschluß	(a)	504	340	354	424	407	409
- Zurücknahme der Berufung	(a)	999	1.054	1.242	1.378	1.426	1.527
- sonstige	(a)	267	216	250	200	209	212
Bayern							
- streitiges Urteil	2.962	3.573	3.878	4.540	4.879	5.181	5.720
- Vergleich	845	984	1.197	1.159	1.363	1.676	1.645
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	56	54	55	60	72	77	81
- Beschluß	(a)	592	522	559	554	522	600
- Zurücknahme der Berufung	(a)	970	1.432	1.586	1.645	1.998	2.322
- sonstige	(a)	203	217	226	244	235	282
Berlin							
- streitiges Urteil	1.348	1.528	1.721	1.740	1.718	1.888	1.905
- Vergleich	470	370	483	518	543	748	752
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	49	66	63	86	91	138	153
- Beschluß	(a)	153	211	232	204	235	267
- Zurücknahme der Berufung	(a)	620	780	860	934	1.226	1.189
- sonstige	(a)	171	152	198	219	176	185
Bremen							
- streitiges Urteil	365	308	238	246	301	256	242
- Vergleich	40	90	72	104	112	96	100
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	10	16	11	10	10	12	15
- Beschluß	(a)	53	37	59	32	53	42
- Zurücknahme der Berufung	(a)	140	134	153	162	197	235
- sonstige	(a)	24	18	18	15	15	12
Hamburg							
- streitiges Urteil	810	1.115	1.045	1.057	1.079	1.057	1.162
- Vergleich	430	287	355	388	467	544	539
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	34	48	25	21	22	45	41
- Beschluß	(a)	184	204	210	173	150	179
- Zurücknahme der Berufung	(a)	366	473	501	556	635	682
- sonstige	(a)	128	72	71	100	109	95
Hessen							
- streitiges Urteil	1.813	3.003	3.175	3.406	3.667	3.562	3.715
- Vergleich	688	482	728	732	870	920	928
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	58	48	51	78	85	98	97
- Beschluß	(a)	457	386	335	334	378	383
- Zurücknahme der Berufung	(a)	777	1.118	1.313	1.310	1.430	1.797
- sonstige	(a)	198	169	178	180	175	188
Niedersachsen							
- streitiges Urteil	2.759	3.289	4.436	4.847	5.445	5.618	5.980
- Vergleich	690	876	653	697	836	893	1.003
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	89	75	57	80	117	109	118
- Beschluß	(a)	523	526	644	677	623	652
- Zurücknahme der Berufung	(a)	930	1.275	1.409	1.551	1.721	1.969
- sonstige	(a)	283	251	256	315	347	289

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 313

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Nordrhein-Westfalen							
- streitiges Urteil	7.190	8.374	10.784	11.705	12.620	12.416	13.159
- Vergleich	2.011	2.180	2.150	2.260	2.357	2.467	2.478
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	223	147	191	218	264	304	314
- Beschluß	(a)	1.169	896	1.112	1.102	1.258	1.345
- Zurücknahme der Berufung	(a)	2.801	3.618	4.157	4.542	4.928	5.456
- sonstige	(a)	693	513	578	614	733	655
Rheinland-Pfalz							
- streitiges Urteil	* 1.067 *	* 1.826 *	* 1.932 *	* 2.047 *	* 2.420 *	* 2.422 *	* 2.460 *
- Vergleich	* 531 *	* 559 *	* 500 *	* 510 *	* 524 *	* 518 *	* 533 *
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	* 46 *	* 49 *	* 30 *	* 43 *	* 48 *	* 37 *	* 34 *
- Beschluß	* (a) *	* 294 *	* 309 *	* 277 *	* 297 *	* 284 *	* 265 *
- Zurücknahme der Berufung	* (a) *	* 477 *	* 642 *	* 695 *	* 767 *	* 777 *	* 890 *
- sonstige	* (a) *	* 82 *	* 61 *	* 77 *	* 78 *	* 75 *	* 86 *
Saarland							
- streitiges Urteil	285	502	547	658	598	531	507
- Vergleich	63	115	185	223	191	154	153
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	0	16	14	20	11	10	9
- Beschluß	(a)	84	65	57	64	72	77
- Zurücknahme der Berufung	(a)	114	167	276	254	267	240
- sonstige	(a)	29	28	28	16	16	17
Schleswig-Holstein							
- streitiges Urteil	974	1.368	1.301	1.498	1.618	1.552	1.709
- Vergleich	338	306	362	370	473	463	494
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	32	56	33	43	40	38	40
- Beschluß	(a)	255	131	166	195	142	163
- Zurücknahme der Berufung	(a)	378	442	531	596	630	749
- sonstige	(a)	123	83	97	122	112	145
Bundesgebiet							
- streitiges Urteil	21.932	28.047	32.476	35.551	38.553	39.048	41.158
- Vergleich	6.676	7.158	7.704	8.080	8.920	9.799	10.145
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	660	648	580	734	826	955	983
- Beschluß	(a)	4.268	3.627	4.005	4.056	4.124	4.382
- Zurücknahme der Berufung	(a)	8.572	11.135	12.723	13.695	15.235	17.056
- sonstige	(a)	2.201	1.780	1.970	2.103	2.202	2.166

(a) Nicht erhoben.

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 314

Frage B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Baden-Württemberg							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	24	17	17	51	26	24
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	3	11	3	10	13	10	15
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	77	72	81	116	103	128
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	13	9	5	20	26	21
- Gewöhnliche Prozesse:	3.573	5.788	5.997	6.734	7.260	7.849	8.160
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	323	629	937	1.782	1.821	1.700
- Unterhaltsrecht	(a)	580	76	79	70	78	76
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.101	1.219	1.321
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	199	217	236
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	110	442	763	1.148	992	990
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	4.775	4.850	4.955	2.960	3.522	3.837
Bayern							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	49	18	32	37	46	49
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	16	31	18	15	11	24	25
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	157	120	145	152	146	138
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	31	22	22	40	45	44
- Gewöhnliche Prozesse:	4.620	6.108	7.123	7.916	8.517	9.488	10.394
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	260	598	816	1.799	1.967	1.519
- Unterhaltsrecht	(a)	775	29	38	73	81	73
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.409	1.579	1.800
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	276	286	283
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	88	132	199	1.388	989	1.232
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	4.985	6.364	6.863	3.572	4.586	5.487
Berlin							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	24	13	9	14	15	10
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	6	5	3	5	12	5	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	20	23	29	28	25	15
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	6	2	1	2	3	0
- Gewöhnliche Prozesse:	2.393	2.853	3.369	3.583	3.653	4.363	4.425
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	183	417	442	1.457	2.027	2.143
- Unterhaltsrecht	(a)	440	15	39	27	42	26
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	394	430	425
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2	4	6
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	4	13	15	116	93	54
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	2.226	2.924	3.087	1.657	1.767	1.771
Bremen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	9	10	7	4	5	6
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	0	1	1	3	0	2	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	8	5	12	7	17	10
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	2	0	0	1	1	5
- Gewöhnliche Prozesse:	519	611	494	567	620	604	624
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	39	43	52	102	82	73
- Unterhaltsrecht	(a)	86	5	2	5	5	5
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	60	69	73
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2	2	0
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	9	8	22	94	94	90
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	477	438	491	357	352	383

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 315

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Hamburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	9	13	8	14	13	19
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	3	1	0	0	2	1	4
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	10	15	13	12	6	5
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	2	3	2	7	1	1
- Gewöhnliche Prozesse:	1.653	2.106	2.143	2.225	2.358	2.519	2.669
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	105	177	195	844	995	880
- Unterhaltsrecht	(a)	104	4	8	17	13	17
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	268	298	330
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	14	3	0
- Kaufrecht(bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	89	25	96	86	63	40
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	1.808	1.937	1.926	1.129	1.147	1.402
Hessen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	18	16	13	9	14	14
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	21	9	18	14	13	19	21
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	47	77	218	87	90	92
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	9	6	10	17	20	33
- Gewöhnliche Prozesse:	3.079	4.882	5.510	5.787	6.320	6.420	6.948
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	353	720	766	2.220	2.119	2.118
- Unterhaltsrecht	(a)	286	47	40	44	57	29
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	759	702	825
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	155	110	132
- Kaufrecht(bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	451	1.081	726	877	1.104	1.374
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	3.792	3.662	4.255	2.265	2.328	2.470
Niedersachsen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	46	39	29	48	61	75
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	6	8	12	16	21	29	31
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	122	97	105	173	177	147
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	3	7	10	37	33	26
- Gewöhnliche Prozesse:	4.143	5.797	7.043	7.773	8.662	9.011	9.732
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	251	318	389	2.005	1.947	1.704
- Unterhaltsrecht	(a)	575	36	33	98	80	94
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.053	1.031	1.104
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	286	172	108
- Kaufrecht(bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	32	18	20	1.405	1.499	1.793
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	4.939	6.671	7.331	3.815	4.282	4.929
Nordrhein-Westfalen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	75	34	41	54	52	43
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	52	28	24	36	42	46	59
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	197	162	184	258	244	227
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	17	13	29	53	52	39
- Gewöhnliche Prozesse:	11.701	15.047	17.919	19.740	21.092	21.709	23.042
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	771	1.650	1.915	5.868	6.147	5.953
- Unterhaltsrecht	(a)	1.409	75	58	158	131	145
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2.995	2.798	3.171
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	414	357	295
- Kaufrecht(bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	726	1.045	1.481	3.396	2.990	3.016
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	12.141	15.149	16.286	8.261	9.286	10.462

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 316

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Rheinland-Pfalz							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	16	11	7	11	12	17
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	7	11	10	12	11	14	17
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	61	73	99	114	95	78
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	5	4	11	23	20	33
- Gewöhnliche Prozesse:	1.925	3.194	3.376	3.520	3.975	3.972	4.123
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	151	199	242	795	763	772
- Unterhaltsrecht	(a)	294	9	13	25	23	26
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	632	560	608
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	110	92	113
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	72	34	61	658	447	503
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	2.677	3.134	3.204	1.755	2.087	2.101
Saarland							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	2	1	0	1	1	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	4	0	2	0	1	3	2
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	43	32	33	45	56	45
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	1	4	1	0	0	1
- Gewöhnliche Prozesse:	512	814	967	1.228	1.087	990	955
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	27	51	80	146	108	157
- Unterhaltsrecht	(a)	81	5	35	6	6	11
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	179	169	156
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	37	18	14
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	2	18	70	163	131	109
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	704	893	1.043	556	558	508
Schleswig-Holstein							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	19	16	7	8	15	15
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	13	5	2	6	5	4	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	48	25	54	81	68	58
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	0	4	3	8	1	2
- Gewöhnliche Prozesse:	1.734	2.414	2.305	2.635	2.942	2.849	3.224
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	287	330	318	751	674	629
- Unterhaltsrecht	(a)	358	13	17	39	27	36
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	378	332	297
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	173	150	100
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	196	71	26	572	436	395
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	1.573	1.891	2.274	1.029	1.230	1.767
Bundesgebiet							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	291	188	170	251	260	272
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	131	110	93	117	131	157	177
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	790	701	973	1.073	1.027	940
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	89	74	94	208	202	205
- Gewöhnliche Prozesse:	35.852	49.614	56.246	61.708	66.486	69.774	74.296
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	(a)	2.750	5.132	6.152	17.769	18.650	17.648
- Unterhaltsrecht	(a)	4.988	314	362	662	543	538
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	9.228	9.187	10.110
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.668	1.411	1.287
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	(a)	1.779	2.887	3.479	9.903	8.838	9.596
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	40.097	47.913	51.715	27.356	31.145	35.117

(a) Nicht erhoben oder nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

Die Position "Prozeßkostenhilfverfahren" umfaßt nur solche Fälle, in den die Hauptsache nicht anhängig wurde.

In der Position "Klagen in Zwangsvollstreckungssachen", die 1965 nach dem nicht aufgeschlüsselten "gewöhnlichen Prozeß" zugeordnet war, enthält außer den Klagen nach dem Achten Buch der Zivilprozeßordnung die Antragsverfahren auf Vollstreckbarerklärung

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 317

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Baden-Württemberg							
- 1 bis 200 DM		70	32	29	38	28	31
- über 200 bis 500 DM		824	142	144	141	106	111
- über 500 bis 1.000 DM		1.757	1.605	1.819	1.794	1.651	1.230
- über 1.000 bis 1.500 DM		1.242	1.161	1.229	1.480	1.533	1.428
- über 1.500 bis 2.000 DM		448	959	1.041	1.129	1.269	1.174
- über 2.000 bis 3.000 DM		580	1.335	1.527	1.656	1.866	1.778
- über 3.000 bis 5.000 DM		456	465	524	575	813	1.822
- über 5.000 DM		536	399	533	646	748	774
Bayern							
- 1 bis 200 DM		77	52	51	45	48	49
- über 200 bis 500 DM		971	186	209	200	176	191
- über 500 bis 1.000 DM		2.096	1.963	2.119	2.176	2.059	1.874
- über 1.000 bis 1.500 DM		1.354	1.414	1.604	1.649	1.791	1.757
- über 1.500 bis 2.000 DM		418	1.095	1.208	1.367	1.596	1.454
- über 2.000 bis 3.000 DM		540	1.571	1.761	1.970	2.219	2.180
- über 3.000 bis 5.000 DM		396	455	510	538	943	2.223
- über 5.000 DM		524	565	667	812	857	922
Berlin							
- 1 bis 200 DM		49	25	33	23	23	40
- über 200 bis 500 DM		559	112	115	72	105	79
- über 500 bis 1.000 DM		944	1.018	1.010	1.005	1.103	706
- über 1.000 bis 1.500 DM		563	600	679	688	745	752
- über 1.500 bis 2.000 DM		171	465	455	494	575	661
- über 2.000 bis 3.000 DM		228	587	642	705	817	799
- über 3.000 bis 5.000 DM		149	225	278	273	436	763
- über 5.000 DM		242	377	415	449	607	651
Bremen							
- 1 bis 200 DM		6	5	7	4	7	7
- über 200 bis 500 DM		104	17	22	16	18	16
- über 500 bis 1.000 DM		184	169	170	157	151	91
- über 1.000 bis 1.500 DM		131	108	120	130	104	121
- über 1.500 bis 2.000 DM		43	69	83	101	97	83
- über 2.000 bis 3.000 DM		59	85	114	126	149	147
- über 3.000 bis 5.000 DM		48	27	34	50	48	141
- über 5.000 DM		55	30	40	48	55	40
Hamburg							
- 1 bis 200 DM		18	11	5	15	14	8
- über 200 bis 500 DM		329	65	58	55	49	33
- über 500 bis 1.000 DM		620	551	616	624	540	387
- über 1.000 bis 1.500 DM		448	380	395	433	447	492
- über 1.500 bis 2.000 DM		148	366	309	351	366	379
- über 2.000 bis 3.000 DM		193	476	501	526	618	559
- über 3.000 bis 5.000 DM		169	159	139	130	244	540
- über 5.000 DM		202	165	224	258	262	292

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 318

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Hessen							
- 1 bis 200 DM		55	35	38	26	33	40
- über 200 bis 500 DM		820	158	151	138	118	103
- über 500 bis 1.000 DM		1.514	1.634	1.673	1.806	1.470	1.140
- über 1.000 bis 1.500 DM		875	1.080	1.206	1.202	1.294	1.321
- über 1.500 bis 2.000 DM		365	773	822	876	983	966
- über 2.000 bis 3.000 DM		451	1.086	1.240	1.329	1.443	1.480
- über 3.000 bis 5.000 DM		382	381	387	451	554	1.343
- über 5.000 DM		501	479	524	618	668	715
Niedersachsen							
- 1 bis 200 DM		81	35	44	44	53	37
- über 200 bis 500 DM		945	164	176	206	150	121
- über 500 bis 1.000 DM		1.901	2.145	2.281	2.512	2.252	1.780
- über 1.000 bis 1.500 DM		1.147	1.405	1.550	1.671	1.842	1.798
- über 1.500 bis 2.000 DM		423	1.096	1.181	1.325	1.346	1.428
- über 2.000 bis 3.000 DM		556	1.458	1.636	1.908	2.054	2.013
- über 3.000 bis 5.000 DM		432	433	485	575	821	2.054
- über 5.000 DM		487	462	559	700	793	780
Nordrhein-Westfalen							
- 1 bis 200 DM		152	79	67	100	105	104
- über 200 bis 500 DM		2.146	395	392	420	420	265
- über 500 bis 1.000 DM		4.727	5.087	5.598	5.935	5.151	3.984
- über 1.000 bis 1.500 DM		3.128	3.522	3.828	4.169	4.240	4.162
- über 1.500 bis 2.000 DM		1.128	2.673	3.008	3.079	3.308	3.342
- über 2.000 bis 3.000 DM		1.519	3.963	4.316	4.564	4.723	4.748
- über 3.000 bis 5.000 DM		1.224	1.183	1.294	1.418	2.156	4.748
- über 5.000 DM		1.338	1.250	1.527	1.814	2.003	2.054
Rheinland-Pfalz							
- 1 bis 200 DM		44	17	20	19	25	29
- über 200 bis 500 DM		523	92	110	111	92	66
- über 500 bis 1.000 DM		982	945	1.074	1.140	1.006	774
- über 1.000 bis 1.500 DM		631	656	658	742	836	743
- über 1.500 bis 2.000 DM		218	497	476	604	607	582
- über 2.000 bis 3.000 DM		334	730	790	898	898	883
- über 3.000 bis 5.000 DM		235	259	244	290	310	815
- über 5.000 DM		320	278	277	329	338	376
Saarland							
- 1 bis 200 DM		12	3	6	14	7	9
- über 200 bis 500 DM		187	29	32	20	25	24
- über 500 bis 1.000 DM		216	267	415	353	297	204
- über 1.000 bis 1.500 DM		172	215	253	228	223	192
- über 1.500 bis 2.000 DM		47	180	184	165	162	152
- über 2.000 bis 3.000 DM		78	222	244	241	225	223
- über 3.000 bis 5.000 DM		79	53	62	55	52	129
- über 5.000 DM		69	37	66	58	59	70

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 319

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Schleswig-Holstein							
- 1 bis 200 DM		48	11	18	29	20	10
- über 200 bis 500 DM		394	61	72	85	53	93
- über 500 bis 1.000 DM		779	723	832	861	732	584
- über 1.000 bis 1.500 DM		457	419	499	516	525	583
- über 1.500 bis 2.000 DM		151	327	348	435	442	459
- über 2.000 bis 3.000 DM		236	469	560	654	622	640
- über 3.000 bis 5.000 DM		198	146	161	192	240	628
- über 5.000 DM		223	195	215	272	303	303
Bundesgebiet							
- 1 bis 200 DM		612	305	318	357	363	364
- über 200 bis 500 DM		7.802	1.421	1.501	1.464	1.312	1.101
- über 500 bis 1.000 DM		15.720	16.107	17.607	18.363	16.412	12.753
- über 1.000 bis 1.500 DM		10.148	10.960	12.021	12.908	13.580	13.349
- über 1.500 bis 2.000 DM		3.560	8.500	9.115	9.926	10.751	10.679
- über 2.000 bis 3.000 DM		4.774	11.982	13.331	14.577	15.634	15.449
- über 3.000 bis 5.000 DM		3.768	3.786	4.118	4.547	6.617	15.213
- über 5.000 DM		4.497	4.237	5.047	6.004	6.693	6.977

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 320

Frage: B. III. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Baden-Württemberg							
- bis zu 6 Monate	62.8	64.3	81.7	79.2	78.4	75.2	79.0
- über 6 bis 12 Monate	(a)	28.6	16.4	17.9	18.6	21.1	17.3
- über 12 bis 24 Monate	(a)	6.0	1.7	2.7	2.8	3.5	3.5
- mehr als 24 Monate	(a)	1.0	0.2	0.2	0.2	0.2	0.1
Bayern							
- bis zu 6 Monate	71.6	77.1	80.7	80.5	80.6	80.7	82.7
- über 6 bis 12 Monate	(a)	18.7	16.1	16.3	16.2	16.4	15.3
- über 12 bis 24 Monate	(a)	3.9	2.8	3.0	2.9	2.6	1.7
- mehr als 24 Monate	(a)	0.3	0.3	0.2	0.2	0.3	0.2
Berlin							
- bis zu 6 Monate	83.3	79.6	85.7	76.6	54.4	39.4	40.5
- über 6 bis 12 Monate	(a)	16.7	12.3	21.5	42.1	53.4	52.0
- über 12 bis 24 Monate	(a)	3.2	1.9	1.7	3.4	6.0	6.9
- mehr als 24 Monate	(a)	0.4	0.0	0.1	0.1	1.2	0.6
Bremen							
- bis zu 6 Monate	80.8	88.7	86.9	82.0	82.1	80.3	83.9
- über 6 bis 12 Monate	(a)	8.7	11.0	15.6	15.7	16.7	12.7
- über 12 bis 24 Monate	(a)	2.1	2.0	2.2	1.8	3.0	2.8
- mehr als 24 Monate	(a)	0.5	0.2	0.2	0.5	0.0	0.6
Hamburg							
- bis zu 6 Monate	50.6	64.9	71.4	68.7	71.5	66.9	68.5
- über 6 bis 12 Monate	(a)	24.2	22.8	24.2	22.8	26.1	24.3
- über 12 bis 24 Monate	(a)	9.3	5.2	6.1	5.7	6.5	6.6
- mehr als 24 Monate	(a)	1.6	0.5	1.0	0.8	0.6	0.6
Hessen							
- bis zu 6 Monate	73.6	68.6	76.6	75.9	74.2	72.2	71.1
- über 6 bis 12 Monate	(a)	23.6	19.4	21.4	22.6	24.0	25.2
- über 12 bis 24 Monate	(a)	6.6	2.9	2.4	2.7	3.7	3.4
- mehr als 24 Monate	(a)	1.2	1.0	0.2	0.5	0.2	0.4
Niedersachsen							
- bis zu 6 Monate	78.8	69.2	81.3	79.4	78.7	78.8	82.0
- über 6 bis 12 Monate	(a)	24.3	15.8	17.7	18.3	17.4	15.9
- über 12 bis 24 Monate	(a)	5.8	2.6	2.7	2.7	3.6	2.1
- mehr als 24 Monate	(a)	0.8	0.3	0.2	0.2	0.1	0.1
Nordrhein-Westfalen							
- bis zu 6 Monate	80.7	77.0	81.3	83.0	81.8	77.5	75.6
- über 6 bis 12 Monate	(a)	18.1	16.1	14.6	15.8	19.6	21.2
- über 12 bis 24 Monate	(a)	4.4	2.2	2.3	2.2	2.7	3.1
- mehr als 24 Monate	(a)	0.5	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2
Rheinland-Pfalz							
- bis zu 6 Monate	71.6	61.0	83.6	78.6	73.0	67.7	69.9
- über 6 bis 12 Monate	(a)	28.5	14.7	19.0	23.4	29.2	25.3
- über 12 bis 24 Monate	(a)	10.0	1.6	2.2	3.5	2.9	4.6
- mehr als 24 Monate	(a)	0.5	0.1	0.1	0.1	0.1	0.2
Saarland							
- bis zu 6 Monate	19.8	29.9	36.6	43.8	40.9	40.6	38.7
- über 6 bis 12 Monate	(a)	28.8	41.5	30.2	39.2	29.5	14.2
- über 12 bis 24 Monate	(a)	35.9	21.4	25.2	18.9	29.5	46.3
- mehr als 24 Monate	(a)	5.3	0.6	0.8	1.0	0.4	0.9

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 321

Frage: B. III. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Schleswig-Holstein							
- bis zu 6 Monate	72.9	76.0	88.7	87.1	75.6	63.8	66.7
- über 6 bis 12 Monate	(a)	17.5	9.4	11.3	21.7	32.9	29.5
- über 12 bis 24 Monate	(a)	5.7	1.5	1.4	2.6	3.0	3.5
- mehr als 24 Monate	(a)	0.8	0.3	0.1	0.1	0.3	0.3
Bundesgebiet							
- bis zu 6 Monate	74.2	71.7	80.4	79.4	76.8	73.0	74.0
- über 6 bis 12 Monate	(a)	21.5	16.5	17.4	19.9	23.0	22.0
- über 12 bis 24 Monate	(a)	5.9	2.8	3.0	3.1	3.8	3.9
- mehr als 24 Monate	(a)	0.8	0.4	0.2	0.3	0.3	0.3

(a) = Nicht erhoben

Die Angaben für 1965 betreffen die durch streitiges Urteil erledigten Berufungen in gewöhnlichen Prozessen, die Angaben ab 1975 alle Berufungen unabhängig von der Art ihre Erledigung.

Zahl der bei den Landgerichten in Zivilsachen der Berufungsinstanz tätig gewesenen Richter

Seite 322

Frage: B. III. (B. I. 3. a)

RICHTER LANDGERICHT BERUFUNGINSTANZ ZIVILGERICHTSBARKEIT	2)	2)					
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			42	44	45	47	48
Bayern			48	49	52	53	55
Berlin			24	24	24	24	21
Bremen			3	3	3	3	3
Hamburg 3)			10	10	10	10	10
Hessen			36	36	37	36	38
Niedersachsen			54	54	55	57	59
Nordrhein-Westfalen			115	116	118	123	126
Rheinland-Pfalz			23	24	26	25	26
Saarland			6	7	8	8	8
Schleswig-Holstein			18	18	19	19	19
Bundesgebiet			379	385	396	404	413

1) ohne die vor den Kammern für Handelssachen anhängigen Berufungssachen
(s. Anmerkung 1 der vorhergehenden Tabelle)

2) bis 1975 wurden die Angaben zur Personalverwendung beim Landgericht nicht
nach Instanzen untergliedert

3) Die Personalverwendungsstatistik für Hamburg ist nicht nach Berufungen und Beschwerden untergliedert.
Daher ist für die Zuordnung der Richter zu den Berufungen eine dem Verhältnis
von Berufs- und Beschwerderichtern in den anderen Ländern entsprechende Aufteilung
vorgenommen worden.

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 323

Frage: B. III. (B. I. 4. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / Richter			205,19	218,09	238,49	235,36	252,46
- erledigte Verfahren / Richter			145,21	155,61	165,78	170,51	173,92
Bayern							
- anhängige Verfahren / Richter			212,13	234,04	239,85	254,53	274,55
- erledigte Verfahren / Richter			152,10	165,92	168,40	182,43	193,64
Berlin							
- anhängige Verfahren / Richter			207,42	235,75	271,04	303,04	367,33
- erledigte Verfahren / Richter			142,08	151,13	154,54	183,79	211,95
Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			233,67	277,00	308,00	291,33	309,33
- erledigte Verfahren / Richter			170,00	196,67	210,67	209,67	215,33
Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			335,10	346,60	375,00	385,60	430,90
- erledigte Verfahren / Richter			217,80	224,80	239,70	254,10	269,80
Hessen							
- anhängige Verfahren / Richter			219,78	208,17	255,11	269,17	282,16
- erledigte Verfahren / Richter			156,31	167,83	174,22	182,31	187,05
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / Richter			186,63	205,28	227,91	224,30	236,56
- erledigte Verfahren / Richter			133,43	146,91	162,56	163,35	169,68
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / Richter			217,38	238,32	253,03	251,28	273,58
- erledigte Verfahren / Richter			158,10	172,68	182,19	179,50	185,77
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter			208,17	218,79	228,50	236,88	252,96
- erledigte Verfahren / Richter			151,04	152,04	159,00	164,52	164,15
Saarland							
- anhängige Verfahren / Richter			304,83	280,86	245,88	266,75	304,50
- erledigte Verfahren / Richter			169,83	180,29	141,75	130,63	125,25
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / Richter			184,06	219,17	234,00	233,89	271,95
- erledigte Verfahren / Richter			130,72	150,28	160,21	154,58	173,68
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / Richter			213,06	229,62	248,91	253,56	274,82
- erledigte Verfahren / Richter			151,34	163,80	172,10	176,51	183,75

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung 1)

Seite 324

Frage: B. III (B. I. 5. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BEWEISANORDNUNG/-ERHEBUNG							
Baden-Württemberg		1.409	1.402	1.657	1.180	1.342	1.554
Bayern		1.268	1.299	1.395	1.235	1.321	1.348
Berlin		252	310	305	335	360	342
Bremen		100	79	97	89	123	121
Hamburg		501	355	191	296	253	319
Hessen		801	732	651	561	563	961
Niedersachsen		1.368	1.318	1.378	1.934	1.766	1.883
Nordrhein-Westfalen		2.259	2.984	3.179	3.044	2.769	2.799
Rheinland-Pfalz		708	958	832	560	591	593
Saarland		257	135	200	167	79	85
Schleswig-Holstein		425	512	539	864	679	995
Bundesgebiet		9.348	10.084	10.424	10.265	9.846	11.000

Die Zahlen für 1975, 1980 und 1981 geben beschränkt auf "gewöhnliche Prozesse" an, in wievielen von ihnen Beweis angeordnet oder erhoben wurde. Dagegen geben Zahlen ab 1982 für alle Verfahren an, in wievielen von ihnen ein Beweisaufnahmetermin stattgefunden hat.

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Ergebnis der Berufung

Seite 325

Frage: B. III. (B. I. 6. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERGEBNIS DER BERUFUNG							
Baden-Württemberg							
- Entscheidungen insgesamt 1)		3.516	3.649	4.066	4.208	4.565	4.599
- Aufhebung und Zurückverweisung		2.7	2.9	3.8	3.8	3.8	2.6
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		38.2	36.1	36.2	37.1	39.4	39.6
- volle Zurückweisung als unbegründet		50.1	55.8	55.2	57.2	54.9	56.4
- Verwerfung als unzulässig		9.0	5.3	4.8	1.2	1.3	1.1
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	0.8	0.5	0.3
Bayern							
- Entscheidungen insgesamt 1)		4.112	4.344	5.003	4.879	5.237	5.720
- Aufhebung und Zurückverweisung		3.4	3.8	3.8	3.2	2.8	3.9
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		33.1	29.7	30.9	33.4	32.6	31.7
- volle Zurückweisung als unbegründet		50.6	56.4	56.7	60.9	61.2	62.3
- Verwerfung als unzulässig		12.9	10.1	8.6	1.1	1.2	1.2
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	1.4	1.7	0.9
Berlin							
- Entscheidungen insgesamt 1)		1.693	1.919	1.988	1.718	1.888	1.905
- Aufhebung und Zurückverweisung		6.8	1.4	3.1	2.8	1.7	1.9
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		41.6	36.8	36.5	40.8	37.2	41.7
- volle Zurückweisung als unbegründet		44.8	53.8	51.5	53.3	57.9	54.3
- Verwerfung als unzulässig		6.7	7.9	8.9	1.8	1.3	1.3
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	1.3	1.7	0.8
Bremen							
- Entscheidungen insgesamt 1)		351	266	296	301	256	242
- Aufhebung und Zurückverweisung		5.1	4.5	2.4	17.6	13.7	10.7
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		38.7	38.0	36.5	28.6	32.8	31.8
- volle Zurückweisung als unbegründet		47.3	50.4	49.7	48.8	46.1	54.1
- Verwerfung als unzulässig		8.8	7.1	11.5	3.7	4.3	2.5
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	1.3	3.1	0.8
Hamburg							
- Entscheidungen insgesamt 1)		1.319	1.228	1.245	1.079	1.057	1.162
- Aufhebung und Zurückverweisung		9.9	7.5	3.5	7.4	13.4	5.9
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		39.1	32.7	36.8	34.4	30.9	32.5
- volle Zurückweisung als unbegründet		41.8	52.2	49.7	56.1	52.8	58.6
- Verwerfung als unzulässig		9.2	7.6	10.0	1.0	2.0	2.4
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	1.1	0.9	0.6
Hessen							
- Entscheidungen insgesamt 1)		3.372	3.484	3.700	3.667	3.562	3.715
- Aufhebung und Zurückverweisung		3.7	2.3	1.8	5.1	5.2	4.4
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		40.2	38.6	36.2	36.3	35.9	40.6
- volle Zurückweisung als unbegründet		47.0	51.9	56.4	53.3	55.1	53.5
- Verwerfung als unzulässig		9.1	7.3	5.6	1.9	1.5	1.1
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	3.4	2.3	0.4
Niedersachsen							
- Entscheidungen insgesamt 1)		3.681	4.852	5.373	5.445	5.618	5.980
- Aufhebung und Zurückverweisung		1.6	2.3	3.4	4.1	3.8	3.6
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		38.7	37.2	36.2	38.9	40.1	39.0
- volle Zurückweisung als unbegründet		50.2	53.1	52.2	55.4	54.2	55.4
- Verwerfung als unzulässig		9.5	7.3	8.2	1.0	1.0	0.9
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	0.7	0.9	1.1

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Ergebnis der Berufung

Seite 326

Frage: B. III. (B. I. 6. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERGEBNIS DER BERUFUNG							
Nordrhein-Westfalen							
- Entscheidungen insgesamt 1)		9.414	11.603	12.651	12.620	12.416	13.159
- Aufhebung und Zurückverweisung		4.1	3.2	2.4	5.0	3.8	3.4
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		38.4	34.2	35.6	36.8	37.4	37.9
- volle Zurückweisung als unbegründet		47.5	56.4	55.7	56.2	56.8	56.7
- Verwerfung als unzulässig		10.0	6.1	6.3	1.6	1.6	1.2
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	0.4	0.3	0.7
Rheinland-Pfalz							
- Entscheidungen insgesamt 1)		2.121	2.188	2.295	2.420	2.422	2.460
- Aufhebung und Zurückverweisung		3.8	2.1	4.6	4.1	8.5	6.5
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		34.2	33.7	33.2	36.8	34.8	38.1
- volle Zurückweisung als unbegründet		48.8	53.7	51.9	54.8	51.4	52.6
- Verwerfung als unzulässig		13.2	10.5	10.3	1.8	1.1	2.0
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	2.5	4.3	0.8
Saarland							
- Entscheidungen insgesamt 1)		581	606	721	598	531	507
- Aufhebung und Zurückverweisung		21.3	2.6	2.8	7	2.8	4.5
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		41.1	26.2	26.6	26.9	29.0	31.2
- volle Zurückweisung als unbegründet		27.4	62.5	63.7	70.7	67.0	62.3
- Verwerfung als unzulässig		10.2	8.3	6.0	1.7	0.8	1.6
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	0.0	0.2	0.4
Schleswig-Holstein							
- Entscheidungen insgesamt 1)		1.595	1.409	1.643	1.618	1.552	1.709
- Aufhebung und Zurückverweisung		4.7	3.1	1.4	3.1	3.1	15.5
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		43.8	37.0	38.5	37.3	37.8	34.1
- volle Zurückweisung als unbegründet		44.0	55.9	55.3	57.5	57.7	48.2
- Verwerfung als unzulässig		7.5	3.5	4.0	1.6	1.1	1.6
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	0.6	0.4	0.7
Bundesgebiet							
- Entscheidungen insgesamt 1)		31.755	35.548	38.981	39.160	39.104	41.158
- Aufhebung und Zurückverweisung		4.2	3.0	3.0	4.4	4.3	4.3
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		38.2	34.8	35.1	36.6	36.8	37.4
- volle Zurückweisung als unbegründet		47.6	55.0	54.8	56.5	56.4	56.4
- Verwerfung als unzulässig		10.0	7.1	7.1	1.5	1.4	1.2
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	1.1	1.2	0.7

1) bis 1981 streitige Urteile und auch Beschlüsse nach § 519b ZPO sowie Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil
ab 1982 nur nach streitige Urteile

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

(Frage: B. I. 8.)

Seite 327

Frage: B. III. (B. I. 1.)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- Bestand am Jahresanfang		47	23	30	32	27	34
- Neuzugänge		145	115	133	135	136	162
- anhängige Verfahren		192	138	163	167	163	196
LG Mosbach							
- Bestand am Jahresanfang		49	63	49	44	53	51
- Neuzugänge		93	117	123	152	179	179
- anhängige Verfahren		142	180	172	196	232	230
LG Karlsruhe							
- Bestand am Jahresanfang		348	356	424	354	473	488
- Neuzugänge		746	792	768	965	1.060	1.220
- anhängige Verfahren		1.094	1.148	1.192	1.319	1.533	1.708
LG Stuttgart							
- Bestand am Jahresanfang		665	503	530	548	677	655
- Neuzugänge		1.359	1.314	1.425	1.664	1.556	1.682
- anhängige Verfahren		2.024	1.817	1.955	2.212	2.233	2.337
Bayern							
LG Deggendorf							
- Bestand am Jahresanfang		34	23	36	33	36	33
- Neuzugänge		72	148	128	136	154	164
- anhängige Verfahren		106	171	164	169	190	197
LG Weiden i.d.Opf.							
- Bestand am Jahresanfang		7	27	27	21	26	36
- Neuzugänge		80	105	119	108	118	154
- anhängige Verfahren		87	132	146	129	144	190
LG Nürnberg-Fürth							
- Bestand am Jahresanfang		456	325	402	474	610	478
- Neuzugänge		1.098	944	1.071	1.223	1.157	1.459
- anhängige Verfahren		1.554	1.269	1.473	1.697	1.767	1.937
LG München I							
- Bestand am Jahresanfang		787	861	982	1.121	1.171	1.345
- Neuzugänge		1.358	2.116	2.382	2.471	2.789	3.511
- anhängige Verfahren		2.145	2.977	3.364	3.592	3.960	4.856

(Frage: B. I. 8.)

Seite 328

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Frage: B. III. (B. I. 1.)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Berlin							
LG Berlin							
- Bestand am Jahresanfang		1.225	1.388	1.568	2.031	2.796	2.862
- Neuzugänge		2.939	3.590	4.090	4.474	4.477	4.852
- anhängige Verfahren		4.164	4.978	5.658	6.505	7.273	7.714
Bremen							
LG Bremen							
- Bestand am Jahresanfang		216	186	191	241	283	245
- Neuzugänge		596	515	640	683	591	683
- anhängige Verfahren		812	701	831	924	874	928
Hamburg							
LG Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang		1.219	1.102	1.174	1.188	1.370	fehlt
- Neuzugänge		1.975	2.249	2.292	2.185	2.486	fehlt
- anhängige Verfahren		3.194	3.351	3.466	3.373	3.856	fehlt
Hessen							
LG Fulda							
- Bestand am Jahresanfang		75	104	75	106	119	126
- Neuzugänge		106	136	157	179	167	184
- anhängige Verfahren		181	240	232	285	286	310
LG Marburg							
- Bestand am Jahresanfang		57	100	81	50	79	67
- Neuzugänge		187	201	240	280	225	243
- anhängige Verfahren		244	301	321	330	304	310
LG Frankfurt am Main							
- Bestand am Jahresanfang		962	609	706	782	851	950
- Neuzugänge		1.380	1.594	1.663	1.758	1.867	2.076
- anhängige Verfahren		2.342	2.203	2.369	2.540	2.718	3.026
LG Darmstadt							
- Bestand am Jahresanfang		488	625	607	721	734	761
- Neuzugänge		1.110	1.361	909	1.562	1.637	1.782
- anhängige Verfahren		1.598	1.986	1.516	2.283	2.371	2.543

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

(Frage: B. I. 8.)

Seite 329

Frage: B. III. (B. I. 1.)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Niedersachsen							
LG Bückeburg							
- Bestand am Jahresanfang		33	42	56	78	95	79
- Neuzugänge		108	159	192	207	215	222
- anhängige Verfahren		141	201	248	285	310	301
LG Aurich							
- Bestand am Jahresanfang		85	103	160	200	184	158
- Neuzugänge		209	354	401	427	388	534
- anhängige Verfahren		294	457	561	627	572	692
LG Braunschweig							
- Bestand am Jahresanfang		328	269	451	418	397	426
- Neuzugänge		775	881	920	1.010	1.092	1.147
- anhängige Verfahren		1.103	1.150	1.371	1.428	1.489	1.573
LG Hannover							
- Bestand am Jahresanfang		694	393	479	526	732	663
- Neuzugänge		1.217	1.649	1.751	2.212	2.153	2.313
- anhängige Verfahren		1.911	2.042	2.230	2.738	2.885	2.976
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- Bestand am Jahresanfang		246	139	186	134	124	143
- Neuzugänge		394	396	379	447	428	464
- anhängige Verfahren		640	535	565	581	552	607
LG Krefeld							
- Bestand am Jahresanfang		155	253	212	223	263	270
- Neuzugänge		495	549	608	678	581	629
- anhängige Verfahren		650	802	820	901	844	899
LG Essen							
- Bestand am Jahresanfang		355	292	368	406	363	410
- Neuzugänge		1.363	1.570	1.735	1.771	1.923	2.111
- anhängige Verfahren		1.718	1.862	2.103	2.177	2.286	2.521
LG Köln							
- Bestand am Jahresanfang		1.041	1.307	1.241	1.372	1.369	1.551
- Neuzugänge		1.939	2.677	3.143	3.384	3.334	3.984
- anhängige Verfahren		2.980	3.984	4.384	4.756	4.703	5.535

(Frage: B. I. 8.)

Seite 330

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Frage: B. III. (B. I. 1.)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang		38	48	72	45	97	63
- Neuzugänge		166	269	230	320	259	331
- anhängige Verfahren		204	317	302	365	356	394
LG Zweibrücken							
- Bestand am Jahresanfang		120	77	91	125	202	284
- Neuzugänge		201	267	293	366	406	363
- anhängige Verfahren		321	344	384	491	608	647
LG Frankenthal (Pfalz)							
- Bestand am Jahresanfang		183	200	187	220	248	239
- Neuzugänge		436	576	658	679	639	720
- anhängige Verfahren		619	776	845	899	887	959
LG Koblenz							
- Bestand am Jahresanfang		734	378	486	512	577	585
- Neuzugänge		987	1.166	1.235	1.343	1.266	1.532
- anhängige Verfahren		1.721	1.544	1.721	1.855	1.843	2.117
Saarland							
LG Saarbrücken							
- Bestand am Jahresanfang		798	691	810	704	833	1.089
- Neuzugänge		783	1.138	1.156	1.263	1.301	1.347
- anhängige Verfahren		1.581	1.829	1.966	1.967	2.134	2.436
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- Bestand am Jahresanfang		90	80	116	161	192	180
- Neuzugänge		401	370	431	440	411	463
- anhängige Verfahren		491	450	547	601	603	643
LG Itzehoe							
- Bestand am Jahresanfang		206	170	176	262	291	293
- Neuzugänge		388	411	510	628	540	646
- anhängige Verfahren		594	581	686	890	831	939
LG Lübeck							
- Bestand am Jahresanfang		332	239	289	368	390	424
- Neuzugänge		759	853	1.065	1.095	1.039	1.304
- anhängige Verfahren		1.091	1.092	1.354	1.463	1.429	1.728
LG Kiel							
- Bestand am Jahresanfang		542	345	379	451	530	611
- Neuzugänge		895	845	979	1.041	1.051	1.246
- anhängige Verfahren		1.437	1.190	1.358	1.492	1.581	1.857

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren

(Frage: B. I. 8.)

Seite 331

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGEN							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen		111	108	131	140	129	134
LG Mosbach		100	131	128	143	181	186
LG Karlsruhe		725	724	839	846	1.045	1.085
LG Stuttgart		1.453	1.290	1.408	1.535	1.578	1.615
Bayern							
LG Deggendorf		82	135	131	133	157	fehlt
LG Weiden i.d.Opf.		64	105	125	103	108	fehlt
LG Nürnberg-Fürth		1.022	868	999	1.087	1.296	fehlt
LG München I		1.390	1.995	2.243	2.421	2.640	fehlt
Berlin							
LG Berlin		2.909	3.411	3.628	3.709	4.411	4.451
Bremen							
LG Bremen		631	510	590	632	629	646
Hamburg							
LG Hamburg		2.128	2.175	2.248	2.001	2.540	fehlt
Hessen							
LG Fulda		129	165	126	166	160	189
LG Marburg		168	220	271	251	237	252
LG Frankfurt am Main		1.552	1.497	1.587	1.689	1.768	1.859
LG Darmstadt		1.040	1.379	1.516	1.549	1.610	1.766
Niedersachsen							
LG Bückeburg		104	145	170	190	231	210
LG Aurich		228	297	361	443	414	447
LG Braunschweig		801	699	953	1.031	1.063	1.060
LG Hannover		1.332	1.558	1.704	2.006	2.222	2.161
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold		389	349	431	457	409	472
LG Krefeld		463	589	597	638	574	606
LG Essen		1.380	1.494	1.698	1.813	1.878	1.981
LG Köln		1.914	2.740	3.011	3.387	3.160	3.389
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz		168	245	257	268	293	280
LG Zweibrücken		253	253	259	289	324	386
LG Frankenthal (Pfalz)		444	589	625	651	648	661
LG Koblenz		1.208	1.058	1.209	1.278	1.258	1.355
Saarland							
LG Saarbrücken		860	1.006	1.262	1.134	1.050	1.003
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg		357	334	386	410	423	419
LG Itzehoe		372	405	424	599	538	594
LG Lübeck		781	802	989	1.073	1.006	1.201
LG Kiel		978	811	907	962	970	1.086

(Frage: B. I. 8.)

Seite 332

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- streitiges Urteil		55	62	80	84	73	64
- Vergleich		18	11	17	28	18	29
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		0	0	1	2	2	0
- Beschluß		4	6	6	6	8	5
- Zurücknahme der Berufung		23	26	25	18	27	33
- sonstige		11	3	2	2	1	3
LG Mosbach							
- streitiges Urteil		57	103	93	113	130	107
- Vergleich		21	5	10	8	6	23
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1	1	1	0	1	4
- Beschluß		10	8	13	12	13	16
- Zurücknahme der Berufung		9	13	8	9	18	30
- sonstige		2	1	3	1	13	6
LG Karlsruhe							
- streitiges Urteil		529	499	589	606	731	758
- Vergleich		28	81	68	72	94	92
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		5	2	10	0	7	6
- Beschluß		52	33	38	41	34	43
- Zurücknahme der Berufung		87	73	106	100	157	164
- sonstige		24	36	28	27	22	22
LG Stuttgart							
- streitiges Urteil		583	631	658	705	762	779
- Vergleich		336	294	323	351	378	407
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		18	10	13	17	21	11
- Beschluß		122	64	61	97	81	81
- Zurücknahme der Berufung		311	262	319	319	288	296
- sonstige		83	29	34	46	48	41

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 333

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
ERLEDIGUNGSART								
Bayern								
LG Deggendorf								
- Streitiges Urteil		40	54	65	70	83	fehlt	
- Vergleich		18	39	15	19	29	fehlt	
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1	1	1	0	0	fehlt	
- Beschluß		11	10	20	24	11	fehlt	
- Zurücknahme der Berufung		12	28	27	18	33	fehlt	
- sonstige		0	3	3	2	1	fehlt	
LG Weiden i.d.Opf.								
- Streitiges Urteil		30	61	73	59	46	fehlt	
- Vergleich		7	10	17	18	36	fehlt	
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		0	0	0	0	1	fehlt	
- Beschluß		9	5	11	3	8	fehlt	
- Zurücknahme der Berufung		18	29	22	21	16	fehlt	
- sonstige		0	0	2	2	1	fehlt	
LG Nürnberg-Fürth								
- Streitiges Urteil		645	476	535	569	610	fehlt	
- Vergleich		88	165	195	224	308	fehlt	
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		8	7	8	12	13	fehlt	
- Beschluß		73	63	65	66	84	fehlt	
- Zurücknahme der Berufung		155	120	153	174	234	fehlt	
- sonstige		53	37	43	42	47	fehlt	
LG München I								
- Streitiges Urteil		761	1.014	1.247	1.342	1.405	fehlt	
- Vergleich		212	356	288	371	400	fehlt	
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		11	19	18	23	21	fehlt	
- Beschluß		147	142	154	138	139	fehlt	
- Zurücknahme der Berufung		216	401	467	484	610	fehlt	
- sonstige		43	63	69	63	65	fehlt	

(Frage: B. I. 8.)

Seite 334

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Berlin							
LG Berlin							
- streitiges Urteil		1.528	1.721	1.740	1.718	1.888	1.905
- Vergleich		370	483	518	543	748	752
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		66	63	86	91	138	153
- Beschluß		153	211	232	204	235	267
- Zurücknahme der Berufung		620	780	860	934	1.226	1.189
- sonstige		171	152	191	219	176	185
Bremen							
LG Bremen							
- streitiges Urteil		308	238	246	301	256	242
- Vergleich		90	72	104	112	96	100
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		16	11	10	10	12	15
- Beschluß		53	37	59	32	53	42
- Zurücknahme der Berufung		140	134	153	162	197	235
- sonstige		24	18	18	15	15	12
Hamburg							
LG Hamburg							
- streitiges Urteil		1.115	1.045	1.057	900	1.057	fehlt
- Vergleich		287	355	388	390	544	fehlt
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		48	25	21	18	45	fehlt
- Beschluß		184	204	210	146	150	fehlt
- Zurücknahme der Berufung		366	473	501	465	635	fehlt
- sonstige		128	72	71	82	109	fehlt

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

(Frage: B. I. 8.)

Seite 335

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Hessen							
LG Fulda							
- streitiges Urteil		71	82	50	70	75	95
- Vergleich		11	32	23	44	33	37
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		3	2	7	2	4	4
- Beschluß		11	8	8	5	7	16
- Zurücknahme der Berufung		23	40	34	41	33	28
- sonstige		10	1	4	4	8	9
LG Marburg							
- streitiges Urteil		85	134	177	166	172	172
- Vergleich		30	24	18	16	13	19
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		0	2	1	0	0	0
- Beschluß		5	16	21	15	16	16
- Zurücknahme der Berufung		37	42	51	53	32	43
- sonstige		11	2	3	1	4	2
LG Frankfurt am Main							
- streitiges Urteil		951	851	966	1.028	1.077	1.078
- Vergleich		143	181	168	190	197	199
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		14	14	18	20	19	12
- Beschluß		152	122	105	107	124	129
- Zurücknahme der Berufung		246	296	303	315	326	389
- sonstige		46	33	27	29	25	52
LG Darmstadt							
- streitiges Urteil		618	666	675	772	690	756
- Vergleich		108	264	266	278	280	311
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		15	13	32	33	43	32
- Beschluß		100	62	59	69	83	71
- Zurücknahme der Berufung		151	317	426	353	455	525
- sonstige		48	57	58	44	59	71

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

(Frage: B. I. 8.)

Seite 336

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Niedersachsen							
LG Bückeburg							
- streitiges Urteil		75	95	99	117	147	136
- Vergleich		2	12	14	23	12	11
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichts Urteil		1	2	3	2	3	4
- Beschluß		9	5	7	7	18	10
- Zurücknahme der Berufung		16	28	47	39	45	46
- sonstige		1	3	0	2	6	3
LG Aurich							
- streitiges Urteil		160	181	217	252	230	264
- Vergleich		13	22	38	84	75	57
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichts Urteil		2	1	3	3	4	4
- Beschluß		12	12	15	14	15	15
- Zurücknahme der Berufung		32	77	77	84	81	101
- sonstige		9	4	11	6	9	6
LG Braunschweig							
- streitiges Urteil		268	316	438	495	510	540
- Vergleich		250	131	175	149	176	163
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichts Urteil		15	3	13	13	13	9
- Beschluß		45	65	128	168	150	130
- Zurücknahme der Berufung		199	163	176	182	175	189
- sonstige		24	21	23	24	39	29
LG Hannover							
- streitiges Urteil		605	939	1.064	1.208	1.343	1.264
- Vergleich		329	162	149	192	233	277
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichts Urteil		16	12	12	27	27	18
- Beschluß		84	99	114	101	86	79
- Zurücknahme der Berufung		203	254	259	343	404	432
- sonstige		95	92	106	135	129	91

(Frage: B. I. 8.)

Seite 337

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- streitiges Urteil		241	177	223	243	222	249
- Vergleich		32	67	92	86	69	58
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		7	2	2	5	2	6
- Beschluß		32	23	23	37	29	32
- Zurücknahme der Berufung		63	71	90	80	81	119
- sonstige		14	9	1	6	6	8
LG Krefeld							
- streitiges Urteil		323	435	444	457	434	432
- Vergleich		17	32	28	34	26	24
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1	3	9	6	7	7
- Beschluß		38	23	24	22	28	30
- Zurücknahme der Berufung		58	81	80	107	75	93
- sonstige		26	15	12	12	4	20
LG Essen							
- streitiges Urteil		936	1.008	1.069	1.068	1.109	1.161
- Vergleich		73	58	102	119	116	132
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		13	16	19	33	27	27
- Beschluß		105	72	94	127	113	105
- Zurücknahme der Berufung		196	294	386	416	449	497
- sonstige		57	45	28	50	64	59
LG Köln							
- streitiges Urteil		980	1.534	1.594	1.884	1.619	1.699
- Vergleich		257	365	426	454	462	476
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		16	38	36	35	66	45
- Beschluß		142	140	184	157	153	194
- Zurücknahme der Berufung		385	577	665	753	746	856
- sonstige		134	85	105	104	114	119

(Frage: B. I. 8.)

Seite 338

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- streitiges Urteil		46	127	102	134	175	168
- Vergleich		63	57	66	52	40	24
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1	2	1	0	0	1
- Beschluß		17	15	26	24	19	22
- Zurücknahme der Berufung		32	44	61	55	56	63
- sonstige		9	0	1	3	3	2
LG Zweibrücken							
- streitiges Urteil		138	111	141	144	154	192
- Vergleich		47	25	22	26	25	53
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		1	1	2	4	3	3
- Beschluß		14	25	19	29	39	15
- Zurücknahme der Berufung		46	89	68	81	95	109
- sonstige		7	2	7	5	8	14
LG Frankenthal (Pfalz)							
- streitiges Urteil		161	253	304	363	362	341
- Vergleich		136	170	144	114	137	129
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		13	6	7	8	2	4
- Beschluß		67	46	34	42	42	55
- Zurücknahme der Berufung		60	111	128	107	93	120
- sonstige		7	3	8	17	12	12
LG Koblenz							
- streitiges Urteil		783	632	752	769	746	831
- Vergleich		93	92	122	118	154	128
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		18	13	12	13	14	8
- Beschluß		114	101	100	118	91	78
- Zurücknahme der Berufung		178	210	201	246	239	284
- sonstige		22	10	22	14	14	26

(Frage: B. I. 8.)

Seite 339

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Saarland							
LG Saarbrücken							
- streitiges Urteil		502	547	658	598	531	507
- Vergleich		115	185	223	191	154	153
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		16	14	20	11	10	9
- Beschluß		84	65	57	64	72	77
- Zurücknahme der Berufung		114	167	276	254	267	240
- sonstige		29	28	28	16	16	17
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- streitiges Urteil		202	212	256	247	267	239
- Vergleich		33	32	23	42	41	44
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		6	2	3	4	3	4
- Beschluß		30	18	19	25	22	32
- Zurücknahme der Berufung		56	58	74	75	74	79
- sonstige		30	12	11	17	16	21
LG Itzehoe							
- streitiges Urteil		245	223	224	331	313	329
- Vergleich		6	58	69	74	69	85
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		5	1	1	9	7	3
- Beschluß		30	21	27	34	28	25
- Zurücknahme der Berufung		59	84	75	128	108	135
- sonstige		27	18	28	23	13	17
LG Lübeck							
- streitiges Urteil		276	436	528	546	479	572
- Vergleich		212	146	145	185	168	192
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		34	13	22	21	19	21
- Beschluß		86	29	64	57	44	52
- Zurücknahme der Berufung		136	149	198	209	231	295
- sonstige		35	29	31	55	65	69
LG Kiel							
- streitiges Urteil		645	430	490	494	493	569
- Vergleich		55	126	133	172	185	173
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil		11	17	17	6	9	2
- Beschluß		109	63	56	79	48	54
- Zurücknahme der Berufung		127	151	184	184	217	240
- sonstige		31	24	27	27	18	38

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

(Frage: B. I. 8.)

Seite 340

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- Prozeßkostenhilfverfahren		0	1	0	0	2	1
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	0	0	0	0	0
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		2	1	2	4	6	4
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	2	1	0	1	2
- Gewöhnliche Prozesse:		107	104	128	136	120	127
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		7	7	5	30	25	24
- Unterhaltsrecht		13	0	4	1	2	2
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	28	16	22
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	1	7	18
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	7	13	39	34	15
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		87	90	106	37	36	46
LG Mosbach							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	1	1	1	2	2
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	0	1	0	0	0
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		1	1	2	4	4	7
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	1	0	0	1
- Gewöhnliche Prozesse:		98	129	123	138	175	176
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		2	3	9	27	35	30
- Unterhaltsrecht		15	0	1	2	0	2
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	36	35	34
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	6	4	10
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	0	0	26	33	38
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		81	126	113	41	68	62

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

(Frage: B. I. 8.)

Seite 341

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							

Baden-Württemberg

LG Karlsruhe

- Prozeßkostenhilfverfahren		0	0	1	1	0	2
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		1	1	7	2	0	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		4	3	6	16	14	18
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	3	2	1
- Gewöhnliche Prozesse:		720	720	825	824	1.029	1.063
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		1	34	108	245	251	215
- Unterhaltsrecht		17	5	9	10	10	8
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	155	214	210
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	26	12	22
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	25	193	186	79	54
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		702	656	515	202	463	554

LG Stuttgart

- Prozeßkostenhilfverfahren		3	4	2	33	7	9
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		3	1	1	0	3	2
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		13	15	19	12	15	20
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		3	2	0	6	6	6
- Gewöhnliche Prozesse:		1.431	1.268	1.386	1.484	1.547	1.578
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		72	134	164	396	438	407
- Unterhaltsrecht		226	21	35	32	23	24
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	207	257	248
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	47	33	52
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		11	74	6	244	283	311
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.122	1.039	1.181	558	513	536

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 342

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bayern							
LG Deggendorf							
- Prozeßkostenhilfverfahren		3	2	1	0	0	fehlt
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	0	0	1	1	fehlt
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		5	5	10	6	2	fehlt
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	2	0	0	1	fehlt
- Gewöhnliche Prozesse:		74	126	120	126	153	fehlt
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		1	7	10	18	15	fehlt
- Unterhaltsrecht		6	0	0	1	0	fehlt
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	26	4	fehlt
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	3	1	fehlt
- Kaufrecht(bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	3	0	12	4	fehlt
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		67	116	110	66	129	fehlt
LG Weiden i.d.Opf.							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	1	1	0	1	fehlt
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	2	0	0	0	fehlt
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		2	3	2	0	3	fehlt
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	2	1	2	fehlt
- Gewöhnliche Prozesse:		61	99	120	102	102	fehlt
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		2	1	4	9	14	fehlt
- Unterhaltsrecht		10	1	2	2	2	fehlt
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	23	22	fehlt
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	6	5	fehlt
- Kaufrecht(bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	1	0	16	21	fehlt
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		49	96	114	46	38	fehlt

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 343

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bayern							
LG Nürnberg-Fürth							
- Prozeßkostenhilfverfahren		4	1	7	4	8	fehlt
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		6	1	3	3	5	fehlt
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		14	7	8	19	12	fehlt
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		2	2	0	2	1	fehlt
- Gewöhnliche Prozesse:		996	857	981	1.059	1.268	fehlt
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		44	66	70	289	347	fehlt
- Unterhaltsrecht		128	1	4	9	9	fehlt
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	191	215	fehlt
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	108	97	fehlt
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		78	6	12	131	160	fehlt
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		746	784	895	331	440	fehlt
LG München I							
- Prozeßkostenhilfverfahren		6	2	8	14	6	fehlt
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		1	3	1	0	0	fehlt
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		25	6	8	16	10	fehlt
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		1	0	0	3	0	fehlt
- Gewöhnliche Prozesse:		1.357	1.984	2.226	2.388	2.624	fehlt
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		56	269	338	540	545	fehlt
- Unterhaltsrecht		190	0	2	5	8	fehlt
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	311	333	fehlt
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	3	0	fehlt
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		1	119	168	572	102	fehlt
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.110	1.596	1.718	957	1.636	fehlt

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Seite 344

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Berlin							
LG Berlin							
- Prozeßkostenhilfverfahren		24	13	9	14	15	10
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		5	3	5	12	5	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		20	23	29	28	25	15
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		6	2	1	2	3	0
- Gewöhnliche Prozesse:		2.853	3.369	3.583	3.653	4.363	4.425
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		183	417	442	1.457	2.027	2.143
- Unterhaltsrecht		440	15	39	27	42	26
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	394	430	425
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	2	4	6
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		4	13	15	116	93	54
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		2.226	2.924	3.087	1.657	1.767	1.771
Bremen							
LG Bremen							
- Prozeßkostenhilfverfahren		9	10	7	4	5	6
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		1	1	3	0	2	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		8	5	12	7	17	10
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		2	0	0	1	1	5
- Gewöhnliche Prozesse:		611	494	567	620	604	624
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		39	43	52	102	82	73
- Unterhaltsrecht		86	5	2	5	5	5
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	60	69	73
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	2	2	0
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		9	8	22	94	94	90
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		477	438	491	357	352	383
Hamburg							
LG Hamburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		9	13	8	12	13	fehlt
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		1	0	0	2	1	fehlt
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		10	15	13	10	6	fehlt
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		2	3	2	7	1	fehlt
- Gewöhnliche Prozesse:		2.106	2.143	2.225	1.970	2.519	fehlt
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		105	177	195	705	995	fehlt
- Unterhaltsrecht		104	4	8	14	13	fehlt
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	224	298	fehlt
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	12	3	fehlt
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		89	25	96	72	63	fehlt
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.808	1.937	1.926	943	1.147	fehlt

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 345

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
sen							
Fulda							
Prozeßkostenhilfverfahren		1	0	1	1	0	0
Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	0	0	0	1	0
Arreste oder einstweilige Verfügungen		0	0	4	13	9	5
Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	0	0	2
Gewöhnliche Prozesse:		128	165	121	152	150	182
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		0	4	1	38	36	31
- Unterhaltsrecht		0	4	1	0	1	1
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	21	25	28
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	16	9	6
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		5	2	1	39	41	39
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		123	155	118	38	38	77
Marburg							
Prozeßkostenhilfverfahren		0	1	1	1	3	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	0	0	1	0	3
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		1	4	3	5	1	4
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	1	1	0
- Gewöhnliche Prozesse:		167	215	267	243	232	245
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		10	15	12	44	38	47
- Unterhaltsrecht		20	1	0	4	0	0
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	39	41	43
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	2	5	3
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		1	0	0	46	34	54
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		136	199	255	108	114	98

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

(Frage: B. I. 8.)

Seite 346

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Hessen							
LG Frankfurt am Main							
- Prozeßkostenhilfverfahren		2	1	0	1	2	3
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	2	4	0	2	4
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		10	6	9	5	6	3
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	1	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		1.538	1.488	1.574	1.682	1.758	1.849
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		43	182	217	649	610	592
- Unterhaltsrecht		40	6	14	16	15	7
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	140	131	140
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	13	15	14
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		12	140	114	183	175	201
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.443	1.160	1.229	681	812	895
LG Darmstadt							
- Prozeßkostenhilfverfahren		3	0	0	2	1	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	9	4	3	7	3
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		5	36	163	26	30	36
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		1	1	2	8	3	11
- Gewöhnliche Prozesse:		1.029	1.333	1.347	1.510	1.569	1.716
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		224	354	394	612	607	542
- Unterhaltsrecht		97	12	20	7	11	8
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	169	142	183
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	48	23	12
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	906	586	227	443	493
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		708	61	347	447	343	478

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Seite 347

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Niedersachsen							
LG Bückeburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		2	2	0	1	6	2
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	0	0	0	2	0
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		5	8	9	4	5	2
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	1	0	0	1	1
- Gewöhnliche Prozesse:		97	134	161	185	217	205
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		2	21	15	46	39	28
- Unterhaltsrecht		6	1	0	0	4	2
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	35	37	26
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	4	1	3
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	2	0	22	16	44
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		89	110	146	78	120	102
LG Aurich							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	1	1	0	1	1
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	1	0	1	1	4
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		10	15	9	19	5	12
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	2	3	7	4	0
- Gewöhnliche Prozesse:		215	278	348	416	403	430
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		13	16	22	86	73	73
- Unterhaltsrecht		29	2	8	14	11	3
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	62	71	69
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	6	4	1
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		6	1	6	104	98	106
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		167	259	312	144	146	178

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 348

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Niedersachsen							
LG Braunschweig							
- Prozeßkostenhilfverfahren		11	0	0	3	8	6
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	1	0	0	0	0
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		6	2	1	13	25	15
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		2	0	0	2	1	1
- Gewöhnliche Prozesse:		780	696	952	1.013	1.029	1.038
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		37	34	36	159	174	113
- Unterhaltsrecht		133	7	5	4	8	13
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	56	72	44
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	6	2	0
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		5	0	0	97	90	26
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		605	655	911	691	683	842
LG Hannover							
- Prozeßkostenhilfverfahren		4	1	3	2	7	4
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	2	0	4	9	8
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		14	13	8	23	18	11
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	3	5	3
- Gewöhnliche Prozesse:		1.314	1.542	1.693	1.974	2.183	2.135
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		66	8	29	567	552	506
- Unterhaltsrecht		142	7	1	20	22	28
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	245	251	255
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	74	53	41
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		2	0	0	221	244	331
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.104	1.527	1.663	847	1.061	974

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

(Frage: B. I. 8.)

Seite 349

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- Prozeßkostenhilfverfahren		0	3	0	2	0	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		4	0	1	0	0	0
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		9	1	2	5	0	4
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		1	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		375	345	428	450	409	468
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		8	18	8	11	0	105
- Unterhaltsrecht		14	1	1	3	0	2
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	18	4	40
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	1	1	17
- Kaufrecht(bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		1	3	4	92	17	65
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		352	323	415	325	387	239
LG Krefeld							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	0	0	2	0	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	0	3	2	0	2
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		7	5	1	5	2	4
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		1	0	2	2	2	0
- Gewöhnliche Prozesse:		454	584	591	627	570	600
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		103	189	119	232	199	179
- Unterhaltsrecht		59	4	4	5	4	3
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	79	65	95
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	11	5	11
- Kaufrecht(bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	5	2	71	85	66
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		292	386	466	229	212	246

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 350

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Nordrhein-Westfalen							
LG Essen							
- Prozeßkostenhilfverfahren		2	2	3	9	10	5
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	1	3	0	1	3
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		25	5	2	17	8	11
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	1	2	5	2	3
- Gewöhnliche Prozesse:	1.351	1.484	1.688	1.782	1.857	1.959	
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	73	107	145	513	560	483	
- Unterhaltsrecht	199	9	7	15	13	5	
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	279	266	321	
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	44	24	62	
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	2	8	13	139	120	171	
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	1.077	1.360	1.523	792	874	917	
LG Köln							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	0	1	1	1	3
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		1	4	4	2	3	3
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		15	6	2	28	25	16
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	2	0	4	3	0
- Gewöhnliche Prozesse:	1.897	2.727	3.003	3.352	3.128	3.365	
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)	77	336	382	1.377	1.306	1.319	
- Unterhaltsrecht	145	2	1	27	14	23	
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	439	319	374	
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	32	27	18	
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)	223	367	170	307	260	306	
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	1.452	2.022	2.450	1.170	1.202	1.325	

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

(Frage: B. I. 8.)

Seite 351

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- Prozeßkostenhilfverfahren		2	1	0	3	0	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	0	1	3	0	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		8	9	6	5	5	3
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		3	0	2	0	0	1
- Gewöhnliche Prozesse:		155	235	248	257	288	275
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		16	16	16	59	59	52
- Unterhaltsrecht		18	1	2	2	4	3
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	39	39	44
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	5	5	7
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		44	1	0	37	42	40
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		77	217	230	115	139	129
LG Zweibrücken							
- Prozeßkostenhilfverfahren		2	2	2	2	3	1
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		1	0	2	0	1	2
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		7	7	8	16	14	12
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	3	3	4
- Gewöhnliche Prozesse:		243	244	247	268	303	367
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		3	18	18	55	84	68
- Unterhaltsrecht		30	1	1	4	1	3
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	46	40	71
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	10	7	22
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	0	1	63	46	60
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		210	225	227	90	125	143

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Seite 352

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							

Rheinland-Pfalz

LG Frankenthal (Pfalz)

- Prozeßkostenhilfverfahren		2	1	0	0	4	1
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	0	1	1	2	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		5	5	13	22	22	16
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	2	3	3	3
- Gewöhnliche Prozesse:		437	583	609	625	617	640
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		24	53	43	164	146	152
- Unterhaltsrecht		64	3	3	5	5	8
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	106	117	108
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	8	9	25
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		4	5	2	87	72	61
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		345	522	561	255	268	286

LG Koblenz

- Prozeßkostenhilfverfahren		2	4	2	2	2	4
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		8	2	4	3	6	9
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		21	24	22	32	14	21
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		1	0	2	8	5	5
- Gewöhnliche Prozesse:		1.176	1.028	1.179	1.233	1.231	1.316
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		72	39	62	233	170	146
- Unterhaltsrecht		75	1	2	7	3	3
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	183	106	157
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	42	25	9
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		16	25	55	252	120	90
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		1.013	963	1.060	516	807	911

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

(Frage: B. I. 8.)

Seite 353

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Saarland							
LG Saarbrücken							
- Prozeßkostenhilfverfahren		2	1	0	1	1	0
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	2	0	1	3	2
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		43	32	33	45	56	45
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		1	4	1	0	0	1
- Gewöhnliche Prozesse:		814	967	1.228	1.087	990	955
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		27	51	80	146	108	157
- Unterhaltsrecht		81	5	35	6	6	11
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	179	169	156
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	37	18	14
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		2	18	70	163	131	109
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		704	893	1.043	556	558	508
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren		6	5	0	3	5	6
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		3	0	3	1	1	0
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		9	4	8	10	15	8
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	0	0	0
- Gewöhnliche Prozesse:		339	325	375	396	402	405
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		8	20	28	69	41	56
- Unterhaltsrecht		54	3	3	6	2	4
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	44	36	43
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	2	0	2
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		1	0	0	47	20	26
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		276	302	344	228	303	274
LG Itzehoe							
- Prozeßkostenhilfverfahren		5	1	1	1	3	3
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	1	0	0	2	0
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		4	5	12	26	17	20
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	0	1	0	1
- Gewöhnliche Prozesse:		363	398	411	571	516	570
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		33	25	14	143	98	179
- Unterhaltsrecht		56	3	3	7	4	10
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	57	55	65
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	21	24	27
- Kaufrecht (bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		0	1	3	100	74	62
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		274	369	391	243	261	227

(a) nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 354

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Schleswig-Holstein							
LG Lübeck							
- Prozeßkostenhilfverfahren		1	4	4	1	1	1
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		2	0	2	4	1	0
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		25	12	29	42	31	29
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	4	2	7	0	1
- Gewöhnliche Prozesse:		751	782	951	1.019	973	1.170
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		43	72	59	274	238	100
- Unterhaltsrecht		80	5	2	11	7	3
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	150	130	84
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	97	94	46
- Kaufrecht(bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		181	30	4	223	187	97
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		447	675	886	264	317	840
LG Kiel							
- Prozeßkostenhilfverfahren		7	6	2	3	6	5
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse		0	1	1	0	0	1
- Arreste oder einstweilige Verfügungen		10	4	5	3	5	1
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO		0	0	1	0	1	0
- Gewöhnliche Prozesse:		961	800	898	956	958	1.079
- Wohnungsmietrecht (bis 1981 nur Räumung)		203	213	217	265	297	294
- Unterhaltsrecht		168	2	9	15	14	19
- Verkehrsunfallrecht		(a)	(a)	(a)	127	111	105
- Bau- / Architektenrecht		(a)	(a)	(a)	53	32	25
- Kaufrecht(bis Dez. 81 nur Abzahlungsgesch.)		14	40	19	202	155	210
- Sonstiger Verfahrensgegenstand		576	545	653	294	349	426

(a) Nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 355

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- bis 200 DM		1	0	1	0	1	0
- über 200 bis 500 DM		13	8	0	0	2	1
- über 500 bis 1.000 DM		34	27	35	42	23	22
- über 1.000 bis 1.500 DM		17	20	29	33	21	14
- über 1.500 bis 2.000 DM		8	19	20	16	15	21
- über 2.000 bis 3.000 DM		12	21	31	27	39	30
- über 3.000 bis 5.000 DM		11	5	8	4	22	40
- über 5.000 DM		15	8	7	18	6	6
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Mosbach							
- bis 200 DM		1	0	0	0	0	1
- über 200 bis 500 DM		18	3	2	3	2	6
- über 500 bis 1.000 DM		30	29	44	34	34	17
- über 1.000 bis 1.500 DM		17	31	24	37	37	30
- über 1.500 bis 2.000 DM		9	24	24	21	26	25
- über 2.000 bis 3.000 DM		13	34	23	32	42	51
- über 3.000 bis 5.000 DM		4	7	9	10	22	41
- über 5.000 DM		8	3	2	6	18	15
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Karlsruhe							
- bis 200 DM		13	4	5	6	1	3
- über 200 bis 500 DM		109	28	10	35	12	14
- über 500 bis 1.000 DM		201	183	206	212	229	175
- über 1.000 bis 1.500 DM		152	148	140	178	180	192
- über 1.500 bis 2.000 DM		64	125	127	114	170	163
- über 2.000 bis 3.000 DM		63	147	213	164	254	207
- über 3.000 bis 5.000 DM		54	41	70	65	113	236
- über 5.000 DM		69	48	68	72	86	95
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Stuttgart							
- bis 200 DM		18	6	4	8	7	9
- über 200 bis 500 DM		217	27	25	15	27	21
- über 500 bis 1.000 DM		423	355	376	417	365	250
- über 1.000 bis 1.500 DM		314	234	248	288	302	308
- über 1.500 bis 2.000 DM		111	178	204	217	250	209
- über 2.000 bis 3.000 DM		137	293	297	312	319	329
- über 3.000 bis 5.000 DM		109	110	118	138	143	347
- über 5.000 DM		124	87	136	140	165	142
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 356

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Bayern								
LG Deggendorf								
-	bis 200 DM		2	0	2	0	0	fehlt
-	über 200 bis 500 DM		7	1	10	12	6	fehlt
-	über 500 bis 1.000 DM		28	37	38	31	29	fehlt
-	über 1.000 bis 1.500 DM		23	30	29	28	20	fehlt
-	über 1.500 bis 2.000 DM		5	25	21	18	28	fehlt
-	über 2.000 bis 3.000 DM		8	34	25	33	43	fehlt
-	über 3.000 bis 5.000 DM		1	3	3	4	25	fehlt
-	über 5.000 DM		8	5	3	7	6	fehlt
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	fehlt
LG Weiden i.d.Opf.								
-	bis 200 DM		0	0	2	1	0	fehlt
-	über 200 bis 500 DM		4	1	6	2	0	fehlt
-	über 500 bis 1.000 DM		12	31	32	23	21	fehlt
-	über 1.000 bis 1.500 DM		18	22	27	23	17	fehlt
-	über 1.500 bis 2.000 DM		7	20	21	16	20	fehlt
-	über 2.000 bis 3.000 DM		7	27	20	23	24	fehlt
-	über 3.000 bis 5.000 DM		6	2	13	6	18	fehlt
-	über 5.000 DM		10	2	4	9	8	fehlt
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	fehlt
LG Nürnberg-Fürth								
-	bis 200 DM		12	5	7	1	4	fehlt
-	über 200 bis 500 DM		187	21	21	15	34	fehlt
-	über 500 bis 1.000 DM		374	265	302	313	278	fehlt
-	über 1.000 bis 1.500 DM		190	187	219	210	271	fehlt
-	über 1.500 bis 2.000 DM		63	131	168	185	232	fehlt
-	über 2.000 bis 3.000 DM		68	171	191	238	298	fehlt
-	über 3.000 bis 5.000 DM		49	41	51	59	121	fehlt
-	über 5.000 DM		79	47	40	66	58	fehlt
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	fehlt
LG München I								
-	bis 200 DM		19	15	11	16	10	fehlt
-	über 200 bis 500 DM		244	40	44	53	30	fehlt
-	über 500 bis 1.000 DM		475	421	485	508	509	fehlt
-	über 1.000 bis 1.500 DM		279	359	412	439	479	fehlt
-	über 1.500 bis 2.000 DM		86	270	318	356	387	fehlt
-	über 2.000 bis 3.000 DM		91	483	487	585	613	fehlt
-	über 3.000 bis 5.000 DM		87	169	183	152	265	fehlt
-	über 5.000 DM		109	238	303	312	347	fehlt
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	fehlt

(Frage: B. I. 8.)

Seite 357

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Berlin								
LG Berlin								
-	bis 200 DM		49	25	33	23	23	40
-	über 200 bis 500 DM		559	112	115	72	105	79
-	über 500 bis 1.000 DM		944	1.018	1.010	1.005	1.103	706
-	über 1.000 bis 1.500 DM		563	600	679	688	745	752
-	über 1.500 bis 2.000 DM		171	465	455	494	575	661
-	über 2.000 bis 3.000 DM		228	587	642	705	817	799
-	über 3.000 bis 5.000 DM		149	225	278	273	436	763
-	über 5.000 DM		242	377	415	449	607	651
-	ohne Angabe		3	1	0	0	0	0
Bremen								
LG Bremen								
-	bis 200 DM		6	5	7	4	7	7
-	über 200 bis 500 DM		104	17	22	16	18	16
-	über 500 bis 1.000 DM		184	169	170	157	151	91
-	über 1.000 bis 1.500 DM		131	108	120	130	104	121
-	über 1.500 bis 2.000 DM		43	69	83	101	97	83
-	über 2.000 bis 3.000 DM		59	85	114	126	149	147
-	über 3.000 bis 5.000 DM		48	27	34	50	48	141
-	über 5.000 DM		55	30	40	48	55	40
-	ohne Angabe		1	0	0	0	0	0
Hamburg								
LG Hamburg								
-	bis 200 DM		18	11	5	12	14	fehlt
-	über 200 bis 500 DM		329	65	58	46	49	fehlt
-	über 500 bis 1.000 DM		620	551	616	519	540	fehlt
-	über 1.000 bis 1.500 DM		448	380	395	364	447	fehlt
-	über 1.500 bis 2.000 DM		148	366	309	295	366	fehlt
-	über 2.000 bis 3.000 DM		193	476	501	438	618	fehlt
-	über 3.000 bis 5.000 DM		169	159	139	109	244	fehlt
-	über 5.000 DM		202	165	224	218	262	fehlt
-	ohne Angabe		1	1	1	0	0	fehlt

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

(Frage: B. I. 8.)

Seite 358

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Hessen							
LG Fulda							
- bis 200 DM		1	2	0	2	1	1
- über 200 bis 500 DM		27	3	5	6	4	3
- über 500 bis 1.000 DM		41	53	40	41	35	31
- über 1.000 bis 1.500 DM		19	30	23	23	32	38
- über 1.500 bis 2.000 DM		11	29	15	31	25	24
- über 2.000 bis 3.000 DM		11	29	33	43	34	51
- über 3.000 bis 5.000 DM		5	11	7	10	18	29
- über 5.000 DM		13	8	3	10	11	12
- ohne Angabe		1	0	0	0	0	0
LG Marburg							
- bis 200 DM		1	2	3	1	1	7
- über 200 bis 500 DM		24	6	9	7	3	1
- über 500 bis 1.000 DM		47	72	84	68	53	35
- über 1.000 bis 1.500 DM		35	47	46	60	44	54
- über 1.500 bis 2.000 DM		22	27	41	32	36	37
- über 2.000 bis 3.000 DM		17	45	57	53	55	62
- über 3.000 bis 5.000 DM		12	10	14	17	27	43
- über 5.000 DM		10	11	17	13	18	13
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Frankfurt am Main							
- bis 200 DM		18	13	15	8	6	11
- über 200 bis 500 DM		280	39	57	35	36	32
- über 500 bis 1.000 DM		490	439	442	493	397	297
- über 1.000 bis 1.500 DM		295	281	291	306	358	339
- über 1.500 bis 2.000 DM		80	200	200	221	267	270
- über 2.000 bis 3.000 DM		136	287	312	310	361	372
- über 3.000 bis 5.000 DM		106	94	91	118	132	338
- über 5.000 DM		147	144	179	198	211	200
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Darmstadt							
- bis 200 DM		11	7	6	7	10	2
- über 200 bis 500 DM		172	52	28	23	25	18
- über 500 bis 1.000 DM		300	368	348	363	281	258
- über 1.000 bis 1.500 DM		179	262	377	280	305	318
- über 1.500 bis 2.000 DM		85	192	208	227	233	238
- über 2.000 bis 3.000 DM		87	278	335	366	391	374
- über 3.000 bis 5.000 DM		89	89	98	117	163	371
- über 5.000 DM		116	131	115	166	202	187
- ohne Angabe		1	0	1	0	0	0

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

(Frage: B. I. 8.)

Seite 359

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Niedersachsen								
LG Rückeburg								
-	bis 200 DM		1	0	1	2	2	0
-	Über 200 bis 500 DM		8	4	7	4	1	2
-	Über 500 bis 1.000 DM		28	36	45	61	33	22
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		23	22	27	38	49	37
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		10	19	29	31	35	24
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		16	36	45	33	69	48
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		9	15	7	11	26	52
-	Über 5.000 DM		9	13	9	10	16	25
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Aurich								
-	bis 200 DM		5	2	1	2	1	2
-	Über 200 bis 500 DM		49	7	5	11	5	6
-	Über 500 bis 1.000 DM		68	79	112	134	112	95
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		46	76	68	68	80	73
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		17	46	53	66	78	70
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		11	45	81	105	84	95
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		17	20	12	29	32	84
-	Über 5.000 DM		15	22	29	28	22	22
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Braunschweig								
-	bis 200 DM		0	3	7	4	7	5
-	Über 200 bis 500 DM		125	18	24	25	19	10
-	Über 500 bis 1.000 DM		262	205	272	295	239	211
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		150	129	157	187	219	174
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		56	100	153	160	147	146
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		83	143	204	215	242	205
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		69	49	73	65	103	211
-	Über 5.000 DM		55	52	63	80	87	98
-	ohne Angabe		1	0	0	0	0	0
LG Hannover								
-	bis 200 DM		15	7	4	8	12	2
-	Über 200 bis 500 DM		197	23	31	34	24	21
-	Über 500 bis 1.000 DM		404	460	522	574	552	368
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		278	280	314	394	447	412
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		98	265	270	304	347	327
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		126	326	328	406	459	442
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		95	98	113	134	196	429
-	Über 5.000 DM		119	99	121	152	185	160
-	ohne Angabe		0	0	1	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Seite 360

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Nordrhein-Westfalen								
LG Detmold								
-	bis 200 DM		3	1	4	1	2	2
-	Über 200 bis 500 DM		61	7	14	4	7	10
-	Über 500 bis 1.000 DM		94	56	130	122	96	93
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		81	68	57	75	73	73
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		33	63	50	57	68	55
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		33	79	93	119	71	95
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		39	37	39	33	51	113
-	Über 5.000 DM		45	38	44	46	41	31
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Krefeld								
-	bis 200 DM		5	0	1	1	2	2
-	Über 200 bis 500 DM		54	8	12	11	7	4
-	Über 500 bis 1.000 DM		149	163	174	167	138	110
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		86	112	124	107	107	107
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		37	85	81	87	92	84
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		48	137	123	142	123	126
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		44	39	33	63	48	123
-	Über 5.000 DM		40	45	49	60	57	50
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Essen								
-	bis 200 DM		12	10	5	4	4	9
-	Über 200 bis 500 DM		156	40	38	39	35	23
-	Über 500 bis 1.000 DM		425	423	521	507	406	344
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		285	322	349	381	369	399
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		119	211	238	244	296	243
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		153	331	355	383	401	395
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		126	92	101	117	218	428
-	Über 5.000 DM		104	64	91	138	149	139
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	1
LG Köln								
-	bis 200 DM		21	11	7	14	17	19
-	Über 200 bis 500 DM		285	56	52	45	52	34
-	Über 500 bis 1.000 DM		673	745	883	914	782	593
-	Über 1.000 bis 1.500 DM		418	552	553	680	568	572
-	Über 1.500 bis 2.000 DM		104	432	442	488	473	500
-	Über 2.000 bis 3.000 DM		163	557	620	681	637	662
-	Über 3.000 bis 5.000 DM		130	175	204	249	284	642
-	Über 5.000 DM		120	211	249	316	347	367
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

(Frage: B. I. 8.)

Seite 361

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- bis 200 DM		2	3	2	1	1	2
- über 200 bis 500 DM		36	9	8	11	9	1
- über 500 bis 1.000 DM		45	81	61	80	74	55
- über 1.000 bis 1.500 DM		27	36	41	46	57	57
- über 1.500 bis 2.000 DM		11	27	40	37	35	42
- über 2.000 bis 3.000 DM		21	56	60	53	64	54
- über 3.000 bis 5.000 DM		17	19	19	19	26	49
- über 5.000 DM		9	14	26	21	27	20
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Zweibrücken							
- bis 200 DM		5	0	4	2	2	5
- über 200 bis 500 DM		39	9	13	8	12	8
- über 500 bis 1.000 DM		71	74	83	77	93	80
- über 1.000 bis 1.500 DM		48	47	50	53	55	74
- über 1.500 bis 2.000 DM		22	33	25	54	52	53
- über 2.000 bis 3.000 DM		26	55	52	55	58	82
- über 3.000 bis 5.000 DM		14	20	14	15	27	58
- über 5.000 DM		28	15	18	25	25	26
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Frankenthal (Pfalz)							
- bis 200 DM		6	5	1	2	4	2
- über 200 bis 500 DM		57	6	8	16	10	8
- über 500 bis 1.000 DM		134	139	202	183	165	125
- über 1.000 bis 1.500 DM		86	133	109	109	139	100
- über 1.500 bis 2.000 DM		37	96	74	100	99	73
- über 2.000 bis 3.000 DM		44	123	136	138	138	130
- über 3.000 bis 5.000 DM		38	46	55	41	48	151
- über 5.000 DM		42	41	40	62	45	72
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Koblenz							
- bis 200 DM		15	3	8	8	7	9
- über 200 bis 500 DM		212	35	46	49	32	29
- über 500 bis 1.000 DM		387	295	355	370	304	247
- über 1.000 bis 1.500 DM		212	219	223	223	256	250
- über 1.500 bis 2.000 DM		79	127	145	163	188	197
- über 2.000 bis 3.000 DM		110	203	255	290	276	268
- über 3.000 bis 5.000 DM		83	78	79	86	94	251
- über 5.000 DM		110	98	98	89	101	104
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 362

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Saarland							
LG Saarbrücken							
- bis 200 DM		12	3	6	14	7	9
- Über 200 bis 500 DM		187	29	32	20	25	24
- Über 500 bis 1.000 DM		216	267	415	353	297	204
- Über 1.000 bis 1.500 DM		172	215	253	228	223	192
- Über 1.500 bis 2.000 DM		47	180	184	165	162	152
- Über 2.000 bis 3.000 DM		78	222	244	241	225	223
- Über 3.000 bis 5.000 DM		79	53	62	55	52	129
- Über 5.000 DM		69	37	66	58	59	70
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- bis 200 DM		8	4	3	8	3	2
- Über 200 bis 500 DM		55	9	10	7	5	14
- Über 500 bis 1.000 DM		129	110	120	132	115	72
- Über 1.000 bis 1.500 DM		62	65	68	63	73	64
- Über 1.500 bis 2.000 DM		18	46	54	61	71	74
- Über 2.000 bis 3.000 DM		43	57	72	83	87	75
- Über 3.000 bis 5.000 DM		25	17	22	25	31	86
- Über 5.000 DM		17	26	37	31	38	32
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Itzehoe							
- bis 200 DM		5	4	0	5	3	1
- Über 200 bis 500 DM		59	11	20	11	7	22
- Über 500 bis 1.000 DM		108	127	120	179	135	98
- Über 1.000 bis 1.500 DM		66	69	87	105	100	97
- Über 1.500 bis 2.000 DM		21	64	55	77	77	73
- Über 2.000 bis 3.000 DM		34	67	81	129	110	116
- Über 3.000 bis 5.000 DM		34	21	28	38	50	136
- Über 5.000 DM		45	42	33	55	56	51
- ohne Angabe		0	0	0	0	0	0

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

(Frage: B. I. 8.)

Seite 363

Frage: B. III. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT								
Schleswig-Holstein								
LG Lübeck								
-	bis 200 DM		14	2	9	12	10	2
-	über 200 bis 500 DM		122	18	26	37	20	40
-	über 500 bis 1.000 DM		259	254	340	338	276	213
-	über 1.000 bis 1.500 DM		140	141	177	196	192	211
-	über 1.500 bis 2.000 DM		49	116	114	136	140	170
-	über 2.000 bis 3.000 DM		67	167	195	202	204	230
-	über 3.000 bis 5.000 DM		59	55	55	65	79	232
-	über 5.000 DM		69	49	72	87	85	103
-	ohne Angabe		0	0	0	0	0	0
LG Kiel								
-	bis 200 DM		21	1	6	4	4	5
-	über 200 bis 500 DM		158	23	16	30	21	17
-	über 500 bis 1.000 DM		283	232	252	212	206	201
-	über 1.000 bis 1.500 DM		189	144	167	152	160	211
-	über 1.500 bis 2.000 DM		63	101	125	161	154	142
-	über 2.000 bis 3.000 DM		92	178	212	240	221	219
-	über 3.000 bis 5.000 DM		80	53	56	64	80	174
-	über 5.000 DM		92	78	73	99	124	117
-	ohne Angabe		0	1	0	0	0	0

(Frage: B. I. 8.)

Seite 364

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Frage: B. III. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- bis zu 6 Monate		79,3	98,1	95,4	95,0	93,8	89,6
- über 6 bis 12 Monate		17,1	0,9	3,1	3,6	6,2	9,7
- über 12 bis 24 Monate		0,9	0,9	1,5	1,4	0,0	0,7
- mehr als 24 Monate		2,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
LG Mosbach							
- bis zu 6 Monate		70,0	80,2	83,6	86,0	90,1	94,1
- über 6 bis 12 Monate		29,0	16,0	12,5	11,9	8,8	4,8
- über 12 bis 24 Monate		1,0	3,9	3,2	1,4	1,1	0,5
- mehr als 24 Monate		0,0	0,0	0,8	0,7	0,0	0,5
LG Karlsruhe							
- bis zu 6 Monate		61,7	65,1	54,8	65,1	65,5	68,3
- über 6 bis 12 Monate		33,2	31,5	37,1	29,8	28,8	27,0
- über 12 bis 24 Monate		5,1	3,4	7,4	4,7	5,6	4,6
- mehr als 24 Monate		0,0	0,0	0,7	0,4	0,2	0,1
LG Stuttgart							
- bis zu 6 Monate		56,4	73,3	74,5	72,1	68,1	71,8
- über 6 bis 12 Monate		39,3	25,4	23,6	26,3	29,5	25,8
- über 12 bis 24 Monate		3,7	1,1	1,8	1,5	2,3	2,3
- mehr als 24 Monate		0,6	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

(Frage: B. I. 8.)

Seite 365

Frage: B. III. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
VERFAHRENSDAUER								
Bayern								
LG Deggendorf								
- bis zu 6 Monate		87,8	96,3	90,1	94,7	94,3	fehlt	
- über 6 bis 12 Monate		9,8	3,7	9,2	5,3	4,5	fehlt	
- über 12 bis 24 Monate		2,4	0,0	0,8	0,0	1,3	fehlt	
- mehr als 24 Monate		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	fehlt	
LG Weiden i.d.Opf.								
- bis zu 6 Monate		93,7	98,1	100,0	100,0	99,1	fehlt	
- über 6 bis 12 Monate		6,3	1,9	0,0	0,0	0,9	fehlt	
- über 12 bis 24 Monate		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	fehlt	
- mehr als 24 Monate		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	fehlt	
LG Nürnberg-Fürth								
- bis zu 6 Monate		65,7	73,5	71,2	71,3	66,4	fehlt	
- über 6 bis 12 Monate		27,6	23,2	22,0	20,8	29,9	fehlt	
- über 12 bis 24 Monate		6,8	3,2	6,6	7,6	3,6	fehlt	
- mehr als 24 Monate		0,0	0,1	0,2	0,3	0,1	fehlt	
LG München I								
- bis zu 6 Monate		66,6	76,1	77,4	77,6	76,4	fehlt	
- über 6 bis 12 Monate		25,3	18,0	17,5	18,5	18,4	fehlt	
- über 12 bis 24 Monate		7,3	4,9	4,7	3,7	4,7	fehlt	
- mehr als 24 Monate		0,8	1,0	0,4	0,2	0,5	fehlt	
Berlin								
LG Berlin								
- bis zu 6 Monate		79,6	85,7	76,6	54,4	39,4	40,5	
- über 6 bis 12 Monate		16,7	12,3	21,5	42,1	53,4	52,0	
- über 12 bis 24 Monate		3,2	1,9	1,7	3,4	6,0	6,9	
- mehr als 24 Monate		0,4	0,0	0,1	0,1	1,2	0,6	

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

(Frage: B. I. 8.)

Seite 366

Frage: B. III. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Bremen							
LG Bremen							
- bis zu 6 Monate		88,7	86,9	82,0	82,1	80,3	83,9
- über 6 bis 12 Monate		8,7	11,0	15,6	15,7	16,7	12,7
- über 12 bis 24 Monate		2,1	2,0	2,2	1,8	3,0	2,8
- mehr als 24 Monate		0,5	0,2	0,2	0,5	0,0	0,6
Hamburg							
LG Hamburg							
- bis zu 6 Monate		64,9	71,4	68,7	71,3	66,9	fehlt
- über 6 bis 12 Monate		24,2	22,8	24,2	22,1	26,1	fehlt
- über 12 bis 24 Monate		9,3	5,2	6,1	5,8	6,5	fehlt
- mehr als 24 Monate		1,6	0,5	1,0	0,8	0,6	fehlt
Hessen							
LG Fulda							
- bis zu 6 Monate		65,9	53,9	56,3	44,6	37,5	54,0
- über 6 bis 12 Monate		15,5	26,7	38,1	45,2	50,0	32,8
- über 12 bis 24 Monate		13,9	9,1	5,6	6,0	9,4	11,1
- mehr als 24 Monate		4,7	10,3	0,0	4,2	3,1	2,1
LG Marburg							
- bis zu 6 Monate		81,0	66,4	95,6	97,2	96,2	96,8
- über 6 bis 12 Monate		13,1	31,8	4,1	2,8	2,5	2,0
- über 12 bis 24 Monate		6,0	1,8	0,4	0,0	1,3	1,2
- mehr als 24 Monate		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
LG Frankfurt am Main							
- bis zu 6 Monate		56,5	79,1	69,3	64,9	66,2	60,5
- über 6 bis 12 Monate		30,3	15,3	27,5	29,8	29,1	33,4
- über 12 bis 24 Monate		10,8	4,4	3,1	4,6	4,3	5,4
- mehr als 24 Monate		2,3	1,3	0,1	0,6	0,5	0,6
LG Darmstadt							
- bis zu 6 Monate		72,3	62,6	66,4	59,5	61,5	70,3
- über 6 bis 12 Monate		24,6	32,8	29,9	36,9	33,7	26,4
- über 12 bis 24 Monate		2,8	3,6	3,3	3,4	4,7	2,9
- mehr als 24 Monate		0,3	1,0	0,3	0,2	0,1	0,4

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

(Frage: B. I. 8.)

Seite 367

Frage: B. III. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Niedersachsen							
LG Bückeburg							
- bis zu 6 Monate		81,7	89,0	94,7	87,9	86,1	85,7
- über 6 bis 12 Monate		13,5	9,7	4,1	11,1	9,1	13,3
- über 12 bis 24 Monate		2,9	1,4	1,2	1,0	4,8	1,0
- mehr als 24 Monate		1,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
LG Aurich							
- bis zu 6 Monate		86,0	84,5	77,0	74,7	76,8	80,5
- über 6 bis 12 Monate		12,7	12,1	19,1	19,0	15,5	16,1
- über 12 bis 24 Monate		0,9	3,3	3,8	5,5	7,3	2,9
- mehr als 24 Monate		0,4	0,0	0,0	0,9	0,5	0,4
LG Braunschweig							
- bis zu 6 Monate		76,2	72,4	61,6	74,8	79,3	69,8
- über 6 bis 12 Monate		19,0	23,5	34,3	21,7	18,7	28,7
- über 12 bis 24 Monate		3,9	3,9	3,7	3,1	2,0	1,5
- mehr als 24 Monate		0,9	0,3	0,3	0,4	0,0	0,0
LG Hannover							
- bis zu 6 Monate		63,7	93,6	90,8	89,9	88,9	90,6
- über 6 bis 12 Monate		29,7	5,3	7,3	8,8	8,7	8,1
- über 12 bis 24 Monate		5,9	1,0	1,8	1,3	2,3	1,0
- mehr als 24 Monate		0,8	0,2	0,2	0,0	0,1	0,2

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

(Frage: B. I. 8.)

Seite 368

Frage: B. III. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- bis zu 6 Monate		59,9	81,7	81,7	89,5	88,3	90,3
- über 6 bis 12 Monate		31,1	16,3	15,5	8,1	9,5	7,6
- über 12 bis 24 Monate		8,0	1,8	2,6	2,2	2,0	2,1
- mehr als 24 Monate		1,0	0,3	0,2	0,2	0,2	0,0
LG Krefeld							
- bis zu 6 Monate		85,5	79,3	84,3	80,9	74,6	72,8
- über 6 bis 12 Monate		13,4	17,0	13,1	15,0	24,2	23,6
- über 12 bis 24 Monate		1,1	3,5	2,7	3,7	1,1	3,6
- mehr als 24 Monate		0,0	0,2	0,0	0,3	0,2	0,0
LG Essen							
- bis zu 6 Monate		94,9	97,1	94,6	97,6	97,7	95,2
- über 6 bis 12 Monate		3,9	2,6	4,4	2,0	2,2	4,5
- über 12 bis 24 Monate		1,2	0,3	0,9	0,4	0,1	0,3
- mehr als 24 Monate		0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
LG Köln							
- bis zu 6 Monate		64,6	59,7	71,5	78,0	73,5	63,9
- über 6 bis 12 Monate		25,6	33,6	24,0	18,5	22,8	32,2
- über 12 bis 24 Monate		9,1	5,7	4,1	3,2	3,4	3,7
- mehr als 24 Monate		0,8	1,0	0,4	0,4	0,3	0,3

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

(Frage: B. I. 8.)

Seite 369

Frage: B. III. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- bis zu 6 Monate		96,4	97,6	96,5	98,1	94,5	97,1
- über 6 bis 12 Monate		3,6	2,0	2,7	1,5	5,1	2,9
- über 12 bis 24 Monate		0,0	0,4	0,8	0,4	0,3	0,0
- mehr als 24 Monate		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
LG Zweibrücken							
- bis zu 6 Monate		77,5	93,3	71,0	53,3	41,4	31,3
- über 6 bis 12 Monate		17,8	5,9	28,2	42,9	49,7	40,9
- über 12 bis 24 Monate		4,7	0,8	0,8	3,8	8,9	27,8
- mehr als 24 Monate		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
LG Frankenthal (Pfalz)							
- bis zu 6 Monate		73,9	86,4	85,4	86,6	83,6	81,4
- über 6 bis 12 Monate		22,3	11,7	11,7	12,4	14,0	17,2
- über 12 bis 24 Monate		3,9	1,5	2,6	0,8	2,1	1,4
- mehr als 24 Monate		0,0	0,3	0,3	0,2	0,3	0,0
LG Koblenz							
- bis zu 6 Monate		42,5	81,4	76,8	67,1	53,3	65,3
- über 6 bis 12 Monate		38,5	16,8	20,7	29,5	44,1	31,7
- über 12 bis 24 Monate		18,1	1,7	2,3	3,5	2,4	2,8
- mehr als 24 Monate		0,9	0,1	0,2	0,0	0,2	0,1
Saarland							
LG Saarbrücken							
- bis zu 6 Monate		29,9	36,6	43,8	40,9	40,6	38,7
- über 6 bis 12 Monate		28,8	41,5	30,2	39,2	29,5	14,2
- über 12 bis 24 Monate		35,9	21,4	25,2	18,9	29,5	46,3
- mehr als 24 Monate		5,3	0,6	0,8	1,0	0,4	0,9

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 370

Frage: B. III. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- bis zu 6 Monate		88,8	94,3	91,2	71,0	58,2	63,7
- über 6 bis 12 Monate		8,4	4,8	7,8	28,0	40,9	34,8
- über 12 bis 24 Monate		2,3	0,6	1,0	0,7	1,0	1,4
- mehr als 24 Monate		0,6	0,3	0,0	0,2	0,0	0,0
LG Itzehoe							
- bis zu 6 Monate		65,3	81,0	82,1	79,0	78,3	80,8
- über 6 bis 12 Monate		22,0	15,6	15,3	17,0	17,7	15,0
- über 12 bis 24 Monate		11,0	3,0	2,6	4,0	3,6	3,7
- mehr als 24 Monate		1,6	0,5	0,0	0,0	0,6	0,5
LG Lübeck							
- bis zu 6 Monate		73,4	93,3	92,6	82,5	74,1	78,2
- über 6 bis 12 Monate		21,4	6,0	6,4	15,2	23,0	17,8
- über 12 bis 24 Monate		4,7	0,7	0,8	2,2	2,8	3,7
- mehr als 24 Monate		0,5	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2
LG Kiel							
- bis zu 6 Monate		77,4	85,8	81,6	67,8	47,5	47,4
- über 6 bis 12 Monate		16,1	11,7	16,4	29,2	48,1	48,2
- über 12 bis 24 Monate		5,7	1,9	1,7	2,9	3,9	4,0
- mehr als 24 Monate		0,8	0,5	0,3	0,1	0,4	0,5

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Landgerichten in Zivilsachen der Berufungsinstanz tätig gewesenen Richter

Seite 371

Frage: B. III. (B. I. 3. a)

RICHTER LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen			0,80	0,80	0,80	0,98	0,95
LG Mosbach			0,65	0,70	1,00	1,04	1,05
LG Karlsruhe			5,90	5,90	5,90	7,30	7,30
LG Stuttgart			11,04	11,04	11,29	11,51	11,42
Bayern							
LG Deggendorf			0,83	0,83	0,76	0,84	0,94
LG Weiden i.d.Opf.			0,57	0,72	0,65	0,61	0,61
LG Nürnberg-Fürth			6,83	7,08	7,06	7,54	7,35
LG München I			12,16	12,17	12,60	12,88	13,07
Berlin							
LG Berlin			24,00	24,00	24,00	24,00	21,00
Bremen							
LG Bremen			3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
Hamburg							
LG Hamburg			10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Hessen							
LG Fulda			1,15	1,10	1,18	0,67	0,83
LG Marburg			1,50	1,50	1,32	1,40	1,40
LG Frankfurt am Main			10,96	10,17	10,53	10,75	11,79
LG Darmstadt			8,82	9,55	9,75	8,75	9,33
Niedersachsen							
LG Bückeburg			1,07	1,37	1,19	1,63	1,46
LG Aurich			2,45	2,34	2,49	2,53	2,85
LG Braunschweig			7,31	7,40	7,69	6,66	6,55
LG Hannover			10,60	11,10	11,57	12,30	12,88
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold			1,56	1,56	2,52	2,72	2,90
LG Krefeld			3,06	3,32	3,77	3,63	4,14
LG Essen			8,13	8,65	8,25	8,50	9,20
LG Köln			15,32	16,39	16,05	15,96	16,38
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz			1,50	1,50	1,90	1,90	2,10
LG Zweibrücken			1,74	1,49	1,78	1,80	2,42
LG Frankenthal (Pfalz)			3,95	4,10	3,85	4,10	4,10
LG Koblenz			6,75	7,58	7,99	6,85	7,50

(Frage: B. I. 8.)

Zahl der bei den Landgerichten in Zivilsachen der Berufungsinstanz tätig gewesenen Richter

Seite 372

Frage: B. III. (B. I. 3. a)

RICHTER LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Saarland							
LG Saarbrücken			6,00	7,00	8,00	8,00	8,00
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg			2,00	2,58	2,30	2,16	2,38
LG Itzehoe			2,45	2,00	3,56	3,25	2,95
LG Lübeck			6,50	7,00	6,00	5,50	6,00
LG Kiel			7,29	6,75	6,88	7,78	7,27

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

(Frage: B. I. 8.)

Seite 373

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen							
- anhängige Verfahren / Richter			173	204	209	166	206
- erledigte Verfahren / Richter			135	164	175	132	141
LG Mosbach							
- anhängige Verfahren / Richter			277	246	196	223	219
- erledigte Verfahren / Richter			202	183	143	174	177
LG Karlsruhe							
- anhängige Verfahren / Richter			195	202	224	210	234
- erledigte Verfahren / Richter			123	142	143	143	149
LG Stuttgart							
- anhängige Verfahren / Richter			165	177	196	194	205
- erledigte Verfahren / Richter			117	128	136	137	141
Bayern							
LG Deggendorf							
- anhängige Verfahren / Richter			206	198	222	226	210
- erledigte Verfahren / Richter			163	158	175	187	
LG Weiden i.d.Opf.							
- anhängige Verfahren / Richter			232	203	198	236	311
- erledigte Verfahren / Richter			184	174	158	177	
LG Nürnberg-Fürth							
- anhängige Verfahren / Richter			186	208	240	234	264
- erledigte Verfahren / Richter			127	141	154	172	
LG München I							
- anhängige Verfahren / Richter			245	276	285	307	372
- erledigte Verfahren / Richter			164	184	192	205	

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 374

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Berlin							
LG Berlin							
- anhängige Verfahren / Richter			207	236	271	303	367
- erledigte Verfahren / Richter			142	151	155	184	212
Bremen							
LG Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			234	277	308	291	309
- erledigte Verfahren / Richter			170	197	211	210	215
Hamburg							
LG Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			335	347	375	386	425
- erledigte Verfahren / Richter			218	225	240	254	271
Hessen							
LG Fulda							
- anhängige Verfahren / Richter			209	211	242	427	373
- erledigte Verfahren / Richter			143	115	141	239	228
LG Marburg							
- anhängige Verfahren / Richter			201	214	250	217	221
- erledigte Verfahren / Richter			147	181	190	169	180
LG Frankfurt am Main							
- anhängige Verfahren / Richter			201	233	241	253	257
- erledigte Verfahren / Richter			137	156	160	164	158
LG Darmstadt							
- anhängige Verfahren / Richter			225	159	234	271	273
- erledigte Verfahren / Richter			156	159	159	184	189

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

(Frage: B. I. 8.)

Seite 375

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / RICHTER							
Niedersachsen							
LG Bückeburg							
- anhängige Verfahren / Richter			188	181	239	190	206
- erledigte Verfahren / Richter			136	124	160	142	144
LG Aurich							
- anhängige Verfahren / Richter			187	240	252	226	243
- erledigte Verfahren / Richter			121	154	178	164	157
LG Braunschweig							
- anhängige Verfahren / Richter			157	185	186	224	240
- erledigte Verfahren / Richter			96	129	134	160	162
LG Hannover							
- anhängige Verfahren / Richter			193	201	237	235	231
- erledigte Verfahren / Richter			147	154	173	181	168
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold							
- anhängige Verfahren / Richter			343	362	231	203	209
- erledigte Verfahren / Richter			224	276	181	150	163
LG Krefeld							
- anhängige Verfahren / Richter			262	247	239	233	217
- erledigte Verfahren / Richter			192	180	169	158	146
LG Essen							
- anhängige Verfahren / Richter			229	243	264	269	274
- erledigte Verfahren / Richter			184	196	220	221	215
LG Köln							
- anhängige Verfahren / Richter			260	267	296	295	338
- erledigte Verfahren / Richter			179	184	211	198	207

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 376

Frage: B. I. 4. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter			211	201	192	187	188
- erledigte Verfahren / Richter			163	171	141	154	133
LG Zweibrücken							
- anhängige Verfahren / Richter			198	258	276	338	267
- erledigte Verfahren / Richter			145	174	162	180	160
LG Frankenthal (Pfalz)							
- anhängige Verfahren / Richter			196	206	234	216	234
- erledigte Verfahren / Richter			149	152	169	158	161
LG Koblenz							
- anhängige Verfahren / Richter			229	227	232	269	282
- erledigte Verfahren / Richter			157	159	160	184	181
Saarland							
LG Saarbrücken							
- anhängige Verfahren / Richter			305	281	246	267	305
- erledigte Verfahren / Richter			168	180	142	131	125
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg							
- anhängige Verfahren / Richter			225	212	261	279	270
- erledigte Verfahren / Richter			167	150	178	196	176
LG Itzehoe							
- anhängige Verfahren / Richter			237	343	250	256	318
- erledigte Verfahren / Richter			165	212	168	166	201
LG Lübeck							
- anhängige Verfahren / Richter			168	193	244	260	288
- erledigte Verfahren / Richter			123	141	179	183	200
LG Kiel							
- anhängige Verfahren / Richter			163	201	217	203	255
- erledigte Verfahren / Richter			111	134	140	125	149

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Häufigkeit der Beweisordnung/-erhebung 1) (Frage: B. I. 8.) Seite 377
Frage: B. III. (B. I. 5. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Beweisordnung/-erhebung							
Baden-Württemberg							
LG Waldshut-Tiengen		13	17	20	22	15	4
LG Mosbach		42	38	31	40	50	60
LG Karlsruhe		87	143	204	126	134	168
LG Stuttgart		214	247	250	196	274	276
Bayern							
LG Deggendorf		27	35	25	21	11	fehlt
LG Weiden i.d.Opf.		27	24	42	25	35	fehlt
LG Nürnberg-Fürth		217	169	184	173	155	fehlt
LG München I		151	301	351	276	274	fehlt
Berlin							
LG Berlin		252	310	305	335	360	342
Bremen							
LG Bremen		100	79	97	89	123	121
Hamburg							
LG Hamburg		501	355	191	296	253	fehlt
Hessen							
LG Fulda		58	26	23	25	5	19
LG Marburg		53	79	47	7	19	10
LG Frankfurt am Main		293	288	213	224	160	247
LG Darmstadt		147	124	119	109	114	108
Niedersachsen							
LG Bückeburg		32	36	37	26	19	32
LG Aurich		23	54	77	77	103	92
LG Braunschweig		194	147	223	285	276	324
LG Hannover		200	195	185	285	283	210
Nordrhein-Westfalen							
LG Detmold		57	143	130	26	27	21
LG Krefeld		105	138	148	106	55	66
LG Essen		140	91	182	264	179	248
LG Köln		406	269	272	264	239	226
Rheinland-Pfalz							
LG Landau in der Pfalz		14	170	90	18	45	47
LG Zweibrücken		64	43	46	26	44	50
LG Frankenthal (Pfalz)		124	149	145	104	128	90
LG Koblenz		169	295	273	106	80	99

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

(Frage: B. I. 8.)

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung 1)

Seite 378

Frage: B. III. (B. I. 5. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Beweisanordnung/-erhebung							
Saarland							
LG Saarbrücken		257	135	200	167	79	85
Schleswig-Holstein							
LG Flensburg		53	56	61	48	42	53
LG Itzehoe		111	110	87	137	111	128
LG Lübeck		129	154	177	476	282	460
LG Kiel		132	192	214	203	244	354

Die Zahlen für 1975, 1980 und 1981 geben beschränkt auf "gewöhnliche Prozesse" an, in wievielen von ihnen Beweis angeordnet oder erhoben wurde. Dagegen geben Zahlen ab 1982 für alle Verfahren an, in wievielen von ihnen ein Beweisaufnahmetermin stattgefunden hat.

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 379

Frage: B. III. (B. I.10. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Baden-Württemberg							
- Erledigte Verfahren insgesamt					7.460	8.014	8.348
- klagende Parteien insgesamt					7.618	8.235	8.581
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					84	75	78
- Versicherung					195	263	295
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					917	1.035	1.161
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					401	369	369
- Privatperson					6.021	6.493	6.678
- beklagte Parteien insgesamt					8.143	8.803	9.229
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					115	123	110
- Versicherung					744	898	975
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					963	1.074	1.180
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					399	355	381
- Privatperson					5.922	6.353	6.583
Bayern							
- Erledigte Verfahren insgesamt					8.757	9.755	10.650
- klagende Parteien insgesamt					8.959	9.984	10.922
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					77	71	79
- Versicherung					246	275	351
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.122	1.333	1.619
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					594	707	856
- Privatperson					6.920	7.598	8.017
- beklagte Parteien insgesamt					9.678	10.790	11.949
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					117	118	136
- Versicherung					924	1.153	1.419
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.255	1.326	1.822
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					574	781	922
- Privatperson					6.808	7.412	7.650
Berlin							
- Erledigte Verfahren insgesamt					3.709	4.411	4.451
- klagende Parteien insgesamt					3.780	4.476	4.535
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					34	33	54
- Versicherung					83	87	121
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					478	667	744
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					159	161	85
- Privatperson					3.026	3.528	3.531
- beklagte Parteien insgesamt					3.933	4.666	4.701
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					43	70	89
- Versicherung					246	277	296
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					428	523	554
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					184	141	113
- Privatperson					3.032	3.655	3.649

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 380

Frage: B. III. (B. I.10. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Bremen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					632	629	646
- klagende Parteien insgesamt					632	629	646
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					12	11	14
- Versicherung					4	4	4
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					118	110	105
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					47	40	46
- Privatperson					451	464	477
- beklagte Parteien insgesamt					689	690	715
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					5	4	4
- Versicherung					60	59	68
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					87	73	81
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					28	26	33
- Privatperson					509	528	529
Hamburg							
- Erledigte Verfahren insgesamt					2.397	2.540	2.698
- klagende Parteien insgesamt					2.406	2.563	2.740
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					17	29	27
- Versicherung					12	43	48
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					409	512	551
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					137	104	117
- Privatperson					1.831	1.875	1.997
- beklagte Parteien insgesamt					2.546	2.689	2.860
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					18	22	17
- Versicherung					209	206	232
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					300	402	387
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					140	95	100
- Privatperson					1.879	1.964	2.124
Hessen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					6.446	6.563	7.108
- klagende Parteien insgesamt					6.558	6.653	7.215
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					83	78	67
- Versicherung					142	110	151
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					787	837	1.029
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					357	324	297
- Privatperson					5.189	5.304	5.671
- beklagte Parteien insgesamt					6.792	6.921	7.466
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					97	97	111
- Versicherung					400	398	466
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					890	971	1.176
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					364	349	340
- Privatperson					5.041	5.106	5.373

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 381

Frage: B. III. (B. I.10. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Niedersachsen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					8.941	9.311	10.011
- klagende Parteien insgesamt					9.065	9.436	10.156
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					65	50	77
- Versicherung					153	190	192
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					766	833	901
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					596	537	558
- Privatperson					7.485	7.826	8.428
- beklagte Parteien insgesamt					9.409	9.791	10.576
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					128	145	147
- Versicherung					568	567	727
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.054	1.116	1.273
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					721	658	662
- Privatperson					6.938	7.305	7.767
Nordrhein-Westfalen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					21.499	22.106	23.407
- klagende Parteien insgesamt					21.895	22.484	23.850
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					191	146	160
- Versicherung					518	488	545
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					2.393	2.660	2.942
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					1.165	926	903
- Privatperson					17.628	18.264	19.300
- beklagte Parteien insgesamt					23.212	23.741	25.172
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					258	339	284
- Versicherung					1.922	1.788	2.043
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					2.729	3.124	3.440
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					1.112	973	1.061
- Privatperson					17.191	17.517	18.344
Rheinland-Pfalz							
- Erledigte Verfahren insgesamt					4.134	4.113	4.268
- klagende Parteien insgesamt					4.235	4.207	4.385
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					38	56	38
- Versicherung					114	108	145
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					443	420	426
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					220	240	231
- Privatperson					3.420	3.383	3.545
- beklagte Parteien insgesamt					4.454	4.398	4.557
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					90	85	103
- Versicherung					338	353	359
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					574	494	562
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					250	260	249
- Privatperson					3.202	3.206	3.284

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 382

Frage: B. III. (B. I.10. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Saarland							
- Erledigte Verfahren insgesamt					1.134	1.050	1.003
- klagende Parteien insgesamt					1.166	1.079	1.021
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					2	8	15
- Versicherung					40	34	18
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					152	172	122
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					38	25	16
- Privatperson					934	840	850
- beklagte Parteien insgesamt					1.263	1.172	1.116
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					14	13	19
- Versicherung					146	142	142
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					212	194	164
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					33	38	16
- Privatperson					858	785	775
Schleswig-Holstein							
- Erledigte Verfahren insgesamt					3.044	2.937	3.300
- klagende Parteien insgesamt					3.067	2.972	3.329
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					15	22	24
- Versicherung					24	35	43
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					307	297	398
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					165	146	163
- Privatperson					2.556	2.472	2.701
- beklagte Parteien insgesamt					3.153	3.050	3.404
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					35	24	45
- Versicherung					94	77	126
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					364	359	472
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					202	177	181
- Privatperson					2.458	2.413	2.580
Bundesgebiet							
- Erledigte Verfahren insgesamt					68.153	71.429	75.890
- klagende Parteien insgesamt					69.381	72.718	77.380
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					618	579	633
- Versicherung					1.531	1.637	1.913
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					7.892	8.876	9.998
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					3.879	3.579	3.641
- Privatperson					55.461	58.047	61.195
- beklagte Parteien insgesamt					73.272	76.711	81.745
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					920	1.040	1.065
- Versicherung					5.651	5.918	6.853
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					8.856	9.656	11.111
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					4.007	3.853	4.058
- Privatperson					53.838	56.244	58.658

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Seite 383

Frage: B. IV. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	3.496	3.157	3.235	3.736	4.119	4.400
- Neuzugänge	3.716	5.771	5.033	5.583	6.162	6.359	6.065
- anhängige Verfahren	(a)	9.267	8.190	8.818	9.898	10.478	10.465
Bayern							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	5.473	2.998	3.470	3.784	4.482	4.678
- Neuzugänge	5.169	8.896	6.896	7.497	8.734	8.825	8.094
- anhängige Verfahren	(a)	14.369	9.894	10.967	12.518	13.307	12.772
Berlin							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	1.867	1.360	1.483	1.874	2.021	2.190
- Neuzugänge	2.485	3.175	2.557	2.927	2.908	2.957	2.887
- anhängige Verfahren	(a)	5.042	3.917	4.410	4.782	4.978	5.077
Bremen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	396	126	208	218	252	241
- Neuzugänge	493	821	498	561	610	594	544
- anhängige Verfahren	(a)	1.217	624	769	828	846	785
Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	1.600	1.265	1.509	1.591	1.519	1.497
- Neuzugänge	2.128	2.682	2.210	2.356	2.479	2.531	2.449
- anhängige Verfahren	(a)	4.282	3.475	3.865	4.070	4.050	3.946
Hessen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	3.773	3.375	3.320	3.692	4.302	4.837
- Neuzugänge	3.132	5.167	4.309	4.780	5.226	5.561	5.420
- anhängige Verfahren	(a)	8.940	7.684	8.100	8.918	9.863	10.257
Niedersachsen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	3.072	2.688	2.956	3.549	4.186	4.233
- Neuzugänge	3.331	5.120	5.173	6.002	6.817	6.794	6.222
- anhängige Verfahren	(a)	8.192	7.861	8.958	10.366	10.980	10.455
Nordrhein-Westfalen							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	10.142	7.798	9.014	9.523	10.703	10.394
- Neuzugänge	10.295	15.720	14.483	15.948	17.316	16.285	15.441
- anhängige Verfahren	(a)	25.862	22.281	24.962	26.839	26.988	25.835
Rheinland-Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	3.945	2.070	2.056	2.034	2.339	2.471
- Neuzugänge	2.570	3.497	2.509	2.700	2.934	2.943	2.749
- anhängige Verfahren	(a)	7.442	4.579	4.756	4.968	5.282	5.220
Saarland							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	1.004	767	884	953	1.141	1.413
- Neuzugänge	1.013	1.245	1.041	1.036	1.157	1.245	1.056
- anhängige Verfahren	(a)	2.249	1.808	1.920	2.110	2.386	2.469
Schleswig-Holstein							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	1.402	1.884	2.038	2.209	2.594	2.724
- Neuzugänge	975	1.727	1.661	1.877	2.220	2.178	2.001
- anhängige Verfahren	(a)	3.129	3.545	3.915	4.429	4.772	4.725
Bundesgebiet							
- Bestand am Jahresanfang	(a)	36.170	27.488	30.173	33.163	37.658	39.078
- Neuzugänge	35.307	53.821	46.370	51.267	56.563	56.272	52.928
- anhängige Verfahren	(a)	89.991	73.858	81.440	89.726	93.930	92.006

(a) = Nicht erhoben

Die Zahlen für 1965 und 1975 enthalten noch die Berufungen in Ehesachen.

Bei den Zivilgerichten eingegangene Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens

Seite 384

Frage: B. IV. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANTRÄGE AUßERHALB EINES BEI GERICHT ANHÄNGIGEN VERFAHRENS							
Baden-Württemberg	116	9	3	4	4	6	0
Bayern	281	2	19	301	7	0	1
Berlin	77	0	2	0	2	0	0
Bremen	31	0	1	0	3	0	0
Hamburg	102	13	0	0	0	0	0
Hessen	88	0	0	0	6	4	7
Niedersachsen	316	0	220	7	3	14	16
Nordrhein-Westfalen	412	9	8	1	1	12	1
Rheinland-Pfalz	62	1	0	1	0	0	0
Saarland	10	5	0	0	1	0	0
Schleswig-Holstein	91	2	0	0	0	0	0
Bundesgebiet	1.586	41	253	314	27	36	25

In den Zahlen ab 1975 sind die Armenrechtsgesuche ohne nachfolgende Berufung, die in den Zahlen für 1965 noch erfaßt sind, nicht mehr enthalten.

Bei den Zivilgerichten eingegangene Beschwerdeverfahren

Seite 385

Frage: B. IV. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT BESCHWERDEN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
NEUZUGÄNGE							
Baden-Württemberg							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		2.424	2.229	2.299	2.574	2.704	2.821
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					53	47	65
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					6	3	4
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					201	271	331
- Sonstige Beschwerden					2.314	2.383	2.421
Bayern							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		3.383	3.382	3.342	3.865	4.293	4.404
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					16	14	17
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					2	14	10
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					3	0	1
- Sonstige Beschwerden					3.844	4.265	4.376
Berlin							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		1.857	1.278	1.221	1.444	1.486	1.795
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					4	0	0
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					4	3	6
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					147	130	146
- Sonstige Beschwerden					1.289	1.353	1.643
Bremen							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		379	253	269	327	356	383
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					7	0	0
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					0	0	1
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					32	30	31
- Sonstige Beschwerden					288	326	351
Hamburg							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		1.304	1.074	1.119	1.214	1.348	1.354
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					4	6	0
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					2	15	2
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					42	68	46
- Sonstige Beschwerden					1.166	1.259	1.306
Hessen							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		2.437	2.117	2.391	2.590	2.540	2.265
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					24	18	11
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					4	14	11
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					305	320	286
- Sonstige Beschwerden					2.257	2.188	1.957

Bei den Zivilgerichten eingegangene Beschwerdeverfahren

Seite 386

Frage: B. IV. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT BESCHWERDEN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
NEUZUGÄNGE							
Niedersachsen							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		2.879	2.527	2.617	3.374	3.478	3.573
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					141	144	134
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					6	3	11
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					358	328	326
- Sonstige Beschwerden					2.869	3.003	3.102
Nordrhein-Westfalen							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		6.567	5.363	5.976	6.081	6.222	8.226
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					121	101	110
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					20	3	12
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					816	734	765
- Sonstige Beschwerden					5.124	5.384	7.339
Rheinland-Pfalz							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		1.299	1.063	1.067	1.283	1.178	1.366
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					18	31	28
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					4	2	2
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					160	119	118
- Sonstige Beschwerden					1.101	1.026	1.218
Saarland							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		558	299	341	399	398	381
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					5	1	0
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					0	1	0
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					28	29	20
- Sonstige Beschwerden					366	367	361
Schleswig-Holstein							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		1.100	872	918	1.148	1.250	1.310
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					46	36	53
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					0	0	0
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					118	168	115
- Sonstige Beschwerden					984	1.046	1.142
Bundesgebiet							
- Neuzugänge Beschwerdeverfahren		24.187	20.457	21.560	24.299	25.253	28.672
- Beschwerden in Landwirtschaftssachen					439	398	418
- Beschwerden nach § 23 EGGVG					48	58	59
- Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschl Kostensachen und Beschwerden nach § 156 KostO					2.210	2.197	2.185
- Sonstige Beschwerden					21.602	22.600	26.010

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren

Seite 387

Frage: B. IV. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE BERUFUNGEN							
Baden-Württemberg		5.214	4.955	5.082	5.779	6.046	6.056
Bayern		8.643	6.424	7.183	8.036	8.630	8.242
Berlin		2.894	2.434	2.537	2.761	2.789	2.968
Bremen		867	416	549	572	605	559
Hamburg		2.515	1.966	2.290	2.556	2.576	2.463
Hessen		4.574	4.364	4.404	4.616	5.026	5.144
Niedersachsen		4.598	4.901	5.410	6.180	6.737	6.437
Nordrhein-Westfalen		14.761	13.258	15.525	16.333	16.808	15.903
Rheinland-Pfalz		3.220	2.523	2.722	2.629	2.811	2.754
Saarland		1.037	923	968	969	974	987
Schleswig-Holstein		1.394	1.507	1.706	1.824	2.048	1.974
Bundesgebiet		49.717	43.671	48.380	52.255	55.050	53.487

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 388

Frage: B. IV. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Baden-Württemberg							
- streitiges Urteil	1.835	2.491	2.485	2.626	2.832	2.987	2.835
- Vergleich	674	1.118	1.117	1.168	1.325	1.342	1.514
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	33	41	39	43	37	79	46
- Beschluß	(a)	249	153	151	200	183	199
- Zurücknahme der Berufung	(a)	1.059	979	944	1.165	1.271	1.258
- sonstige	(a)	256	182	150	220	184	204
Bayern							
- streitiges Urteil	2.862	4.547	3.154	3.387	3.649	4.033	3.740
- Vergleich	1.284	1.648	1.347	1.413	1.628	1.678	1.599
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	63	93	46	64	58	101	90
- Beschluß	(a)	390	241	274	326	362	302
- Zurücknahme der Berufung	(a)	1.568	1.403	1.647	2.054	2.181	2.167
- sonstige	(a)	397	233	398	321	275	344
Berlin							
- streitiges Urteil	1.125	1.357	1.030	1.050	1.181	1.175	1.242
- Vergleich	632	494	511	503	493	489	495
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	22	44	46	44	72	86	86
- Beschluß	(a)	142	87	112	101	98	85
- Zurücknahme der Berufung	(a)	699	609	667	731	769	855
- sonstige	(a)	158	151	161	183	172	205
Bremen							
- streitiges Urteil	177	242	185	194	195	190	193
- Vergleich	148	230	56	110	99	138	116
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	17	17	4	4	11	9	9
- Beschluß	(a)	38	17	16	18	17	21
- Zurücknahme der Berufung	(a)	309	145	212	225	236	210
- sonstige	(a)	31	9	13	24	15	10
Hamburg							
- streitiges Urteil	1.059	1.180	960	1.166	1.232	1.256	1.165
- Vergleich	475	518	430	484	490	514	488
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	23	22	12	13	25	33	39
- Beschluß	(a)	162	78	108	115	119	118
- Zurücknahme der Berufung	(a)	469	415	434	571	563	557
- sonstige	(a)	164	71	85	123	91	96
Hessen							
- streitiges Urteil	1.445	2.271	2.215	2.144	2.382	2.416	2.339
- Vergleich	1.120	849	819	877	732	871	956
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	55	90	62	65	79	89	88
- Beschluß	(a)	249	177	155	162	168	181
- Zurücknahme der Berufung	(a)	861	929	1.010	1.095	1.264	1.341
- sonstige	(a)	254	162	157	166	218	239
Niedersachsen							
- streitiges Urteil	2.055	2.673	2.759	3.095	3.458	3.836	3.575
- Vergleich	438	503	596	634	636	653	677
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	73	81	97	117	186	191	191
- Beschluß	(a)	199	184	175	203	238	246
- Zurücknahme der Berufung	(a)	966	1.129	1.238	1.525	1.622	1.524
- sonstige	(a)	176	136	151	172	197	224

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 389

Frage: B. IV. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGSART							
Nordrhein-Westfalen							
- streitiges Urteil	6.212	8.386	7.552	8.640	9.013	9.376	8.572
- Vergleich	2.317	2.174	1.873	2.107	2.163	2.210	2.066
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	235	257	238	265	448	446	449
- Beschluß	(a)	599	402	499	575	593	547
- Zurücknahme der Berufung	(a)	2.691	2.747	3.514	3.624	3.599	3.576
- sonstige	(a)	654	446	500	510	584	693
Rheinland-Pfalz							
- streitiges Urteil	988	2.015	1.573	1.566	1.494	1.562	1.580
- Vergleich	679	437	368	408	382	394	382
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	24	36	40	37	45	49	63
- Beschluß	(a)	119	82	98	91	113	91
- Zurücknahme der Berufung	(a)	478	376	498	526	581	546
- sonstige	(a)	135	84	115	91	112	92
Saarland							
- streitiges Urteil	416	631	545	579	567	547	582
- Vergleich	144	102	105	78	99	107	85
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	14	18	12	13	21	14	16
- Beschluß	(a)	54	34	32	32	39	39
- Zurücknahme der Berufung	(a)	206	205	243	227	240	238
- sonstige	(a)	26	22	23	23	27	27
Schleswig-Holstein							
- streitiges Urteil	383	619	648	851	820	934	847
- Vergleich	293	254	315	257	277	285	375
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	15	40	46	46	64	81	81
- Beschluß	(a)	85	64	62	89	109	107
- Zurücknahme der Berufung	(a)	261	353	391	472	550	468
- sonstige	(a)	135	81	99	102	87	96
Bundesgebiet							
- streitiges Urteil	18.552	26.412	23.106	25.298	26.823	28.312	26.668
- Vergleich	8.204	8.327	7.537	8.039	8.324	8.681	8.753
- Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichtsurteil	574	739	642	711	1.046	1.178	1.158
- Beschluß	(a)	2.286	1.519	1.682	1.912	2.039	1.936
- Zurücknahme der Berufung	(a)	9.567	9.290	10.798	12.215	12.876	12.740
- sonstige	(a)	2.386	1.577	1.852	1.935	1.964	2.232

(a) Nicht erhoben.

Die Zahlen für 1965 und 1975 enthalten noch die Berufungen in Ehesachen.

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 390

Frage: B. IV. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Baden-Württemberg							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	22	13	14	29	21	31
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	24	18	8	14	26	20	17
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	104	65	67	136	132	128
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	6	2	2	26	23	33
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	553	560	88	81	65	63	56
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	610	132	25	18	65	27	22
- Baulandsachen	11	19	16	11	28	28	12
- Gewöhnliche Prozesse:	2.518	4.353	4.738	4.874	5.404	5.732	5.757
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	638	695	581
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	934	885	850
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	1.007	646	692
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	4.353	4.738	4.874	2.825	3.506	3.634
Bayern							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	53	33	27	34	44	48
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	61	50	46	68	75	116	92
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	162	217	177	232	269	350
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	79	43	53	83	102	94
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	801	841	55	39	35	57	51
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	948	459	176	244	251	157	66
- Baulandsachen	8	20	14	30	18	19	25
- Gewöhnliche Prozesse:	3.351	6.979	5.840	6.545	7.308	7.866	7.516
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	760	993	797
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	701	843	816
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	1.057	894	798
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	6.979	5.840	6.545	4.790	5.136	5.105
Berlin							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	20	17	15	22	12	17
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	17	20	5	2	14	23	24
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	53	104	126	118	120	170
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	10	5	1	20	21	11
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	315	199	40	18	26	35	26
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	831	255	101	92	84	51	41
- Baulandsachen	8	2	3	2	7	5	3
- Gewöhnliche Prozesse:	1.314	2.335	2.159	2.281	2.470	2.522	2.676
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	182	171	197
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	281	307	398
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	487	459	375
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	2.335	2.159	2.281	1.520	1.585	1.706

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 391

Frage: B. IV. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Bremen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	3	6	2	5	5	3
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	4	0	0	0	2	0	2
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	15	17	13	34	21	37
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	0	0	0	1	0	0
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	127	132	11	8	9	4	3
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	13	3	0	0	1	0	0
- Baulandsachen	14	9	6	2	3	1	3
- Gewöhnliche Prozesse:	335	705	376	524	517	574	511
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	47	34	26
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	35	13	14
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	81	87	72
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	705	376	524	354	440	399
Hamburg							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	25	7	6	14	21	27
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	18	31	12	26	14	9	33
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	96	75	68	11	12	36
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	2	1	1	2	1	1
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	249	197	5	2	2	10	14
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	219	23	19	17	25	13	5
- Baulandsachen	5	14	9	8	6	10	3
- Gewöhnliche Prozesse:	1.637	2.127	1.837	2.162	2.482	2.500	2.344
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	11	57	74
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	25	21	22
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	140	58	51
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	2.127	1.837	2.162	2.306	2.364	2.197
Hessen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	22	9	11	20	12	17
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	49	110	42	35	68	65	78
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	66	113	147	164	200	193
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	10	4	9	31	27	47
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	375	335	35	46	30	26	24
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	439	263	76	62	51	59	52
- Baulandsachen	9	7	4	6	10	16	14
- Gewöhnliche Prozesse:	2.260	3.761	4.079	4.092	4.242	4.621	4.721
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	476	431	410
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	578	563	576
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	1.231	1.102	1.017
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	3.761	4.079	4.092	1.957	2.525	2.718

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 392

Frage: B. IV. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Niedersachsen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	49	43	32	49	58	56
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	26	23	31	58	34	39	38
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	67	50	57	82	54	62
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	4	0	3	11	2	10
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	579	509	83	61	65	79	72
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	301	93	36	22	33	46	13
- Baulandsachen	5	8	36	34	29	16	22
- Gewöhnliche Prozesse:	2.420	3.844	4.622	5.142	5.877	6.443	6.164
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	694	662	555
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.233	1.327	1.126
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	1.214	1.268	911
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	3.844	4.622	5.142	2.736	3.186	3.572
Nordrhein-Westfalen							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	46	28	26	56	53	53
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	37	105	74	94	222	400	454
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	124	204	269	357	318	307
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	0	2	3	62	66	35
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	2.019	1.681	163	140	144	155	148
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	1.402	817	383	406	465	141	99
- Baulandsachen	19	16	27	22	116	36	25
- Gewöhnliche Prozesse:	6.818	11.972	12.372	14.562	14.911	15.639	14.782
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	1.524	1.492	924
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	2.944	2.858	2.433
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	3.881	3.424	2.944
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	11.972	12.372	14.562	6.562	7.865	8.481
Rheinland-Pfalz							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	11	12	8	10	18	12
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	8	24	16	24	24	28	21
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	53	56	79	72	87	95
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	15	22	15	38	33	31
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	233	272	36	29	23	25	21
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	1.356	1.277	516	438	241	192	171
- Baulandsachen	9	13	22	30	27	17	34
- Gewöhnliche Prozesse:	964	1.555	1.843	2.099	2.194	2.411	2.369
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	288	350	331
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	237	253	274
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	378	356	388
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	1.555	1.843	2.099	1.291	1.452	1.376

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 393

Frage: B. IV. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSGEGENSTAND							
Saarland							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	2	3	2	2	4	6
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	14	8	9	20	21	29	19
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	38	42	59	49	58	51
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	11	0	0	3	1	0
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	164	151	9	12	14	12	8
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	74	3	1	0	2	2	1
- Baulandsachen	0	1	1	0	2	1	2
- Gewöhnliche Prozesse:	761	823	858	875	876	867	900
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	116	132	129
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	67	66	64
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	132	125	122
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	823	858	875	561	544	585
Schleswig-Holstein							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	20	7	6	17	20	13
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	20	2	4	9	20	17	12
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	19	20	32	59	45	76
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	2	1	0	5	4	6
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	198	210	25	18	23	28	21
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	27	4	4	2	9	19	33
- Baulandsachen	0	0	2	0	9	4	7
- Gewöhnliche Prozesse:	730	1.137	1.444	1.639	1.682	1.911	1.806
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	156	182	155
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	186	153	92
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	271	278	196
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	1.137	1.444	1.639	1.069	1.298	1.363
Bundesgebiet							
- Prozeßkostenhilfverfahren	(a)	273	178	149	258	268	283
- Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	278	391	247	350	520	746	790
- Arreste oder einstweilige Verfügungen	(a)	797	963	1.094	1.314	1.316	1.505
- Klagen in Zwangsvollstreckungss. 8. Buch ZPO	(a)	139	80	87	282	280	268
- Kindschaftssachen (§ 640 ZPO, 1965 und 1975 auch Ehesachen)	5.613	5.087	550	454	436	494	444
- Entschädigungs- und Rückerstattungssachen	6.220	3.329	1.337	1.301	1.227	707	503
- Baulandsachen	88	109	140	145	255	153	150
- Gewöhnliche Prozesse:	23.108	39.591	40.168	44.795	47.963	51.086	49.544
- Verkehrsunfallrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	4.892	5.199	4.179
- Bau- / Architektenrecht	(a)	(a)	(a)	(a)	7.221	7.289	6.665
- Kaufrecht	(a)	(a)	(A)	(a)	9.879	8.697	7.566
- Sonstiger Verfahrensgegenstand	(a)	39.591	40.168	44.795	25.971	29.901	31.134

(a) Nicht erhoben oder nicht in dieser Aufschlüsselung erhoben

Die Position "Prozeßkostenhilfverfahren" umfaßt nur solche Fälle, in den die Hauptsache nicht anhängig wurde.

In der Position "Klagen in Zwangsvollstreckungssachen", die 1965 noch dem nicht aufgeschlüsselten "gewöhnlichen Prozeß" zugeordnet war, enthält außer den Klagen nach dem Achten Buch der Zivilprozeßordnung die Antragsverfahren auf Vollstreckbarerklärung ausländischer Titel.

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 394

Frage: B. IV. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ			1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT 1)									
Baden-Württemberg									
-	1	bis 3.000 DM		1.535	438	445	422	456	309
-	über 3.000	bis 4.000 DM		464	603	580	612	591	346
-	über 4.000	bis 8.000 DM		1.073	1.182	1.262	1.529	1.554	1.437
-	über 8.000	bis 15.000 DM		694	911	943	1.068	1.154	1.365
-	über 15.000	bis 30.000 DM		569	740	740	913	953	1.097
-	über 30.000	bis 100.000 DM		534	735	749	775	894	1.001
-	über 100.000	bis 250.000 DM		134	201	222	247	272	293
-		über 250.000 DM		76	118	121	148	145	186
Bayern									
-	1	bis 3.000 DM		2.560	550	543	576	592	451
-	über 3.000	bis 4.000 DM		679	683	791	845	802	383
-	über 4.000	bis 8.000 DM		1.564	1.432	1.593	1.801	1.947	1.689
-	über 8.000	bis 15.000 DM		1.181	1.089	1.269	1.476	1.580	1.723
-	über 15.000	bis 30.000 DM		915	990	1.056	1.205	1.416	1.597
-	über 30.000	bis 100.000 DM		881	965	1.059	1.243	1.390	1.553
-	über 100.000	bis 250.000 DM		254	314	352	384	433	488
-		über 250.000 DM		149	225	276	255	313	292
Berlin									
-	1	bis 3.000 DM		800	226	222	213	174	180
-	über 3.000	bis 4.000 DM		232	263	233	269	257	206
-	über 4.000	bis 8.000 DM		535	499	555	575	649	656
-	über 8.000	bis 15.000 DM		368	460	453	510	504	547
-	über 15.000	bis 30.000 DM		290	374	391	484	466	562
-	über 30.000	bis 100.000 DM		257	333	414	407	476	548
-	über 100.000	bis 250.000 DM		96	98	104	131	135	156
-		über 250.000 DM		52	80	73	88	77	72
Bremen									
-	1	bis 3.000 DM		292	51	59	43	57	26
-	über 3.000	bis 4.000 DM		87	39	49	59	60	28
-	über 4.000	bis 8.000 DM		207	95	152	136	153	130
-	über 8.000	bis 15.000 DM		109	88	97	115	116	105
-	über 15.000	bis 30.000 DM		75	57	75	85	82	95
-	über 30.000	bis 100.000 DM		64	57	81	73	95	121
-	über 100.000	bis 250.000 DM		19	20	16	35	20	32
-		über 250.000 DM		11	9	20	25	22	22
Hamburg									
-	1	bis 3.000 DM		688	171	153	121	112	107
-	über 3.000	bis 4.000 DM		202	231	203	252	247	114
-	über 4.000	bis 8.000 DM		454	418	500	573	582	461
-	über 8.000	bis 15.000 DM		334	329	440	462	460	538
-	über 15.000	bis 30.000 DM		323	277	367	426	412	417
-	über 30.000	bis 100.000 DM		293	343	405	464	496	502
-	über 100.000	bis 250.000 DM		119	105	124	146	151	192
-		über 250.000 DM		71	72	81	112	103	127

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 395

Frage: B. IV. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT 1)								
Hessen								
- 1 bis 3.000 DM			1.216	346	342	306	353	290
- über 3.000 bis 4.000 DM			344	482	478	470	464	337
- über 4.000 bis 8.000 DM			851	791	1.052	1.112	1.210	1.161
- über 8.000 bis 15.000 DM			646	856	825	929	922	1.062
- über 15.000 bis 30.000 DM			538	661	680	724	804	936
- über 30.000 bis 100.000 DM			467	640	650	705	833	849
- über 100.000 bis 250.000 DM			149	207	194	211	252	292
- über 250.000 DM			96	101	123	108	129	164
Niedersachsen								
- 1 bis 3.000 DM			1.664	594	600	553	648	460
- über 3.000 bis 4.000 DM			378	602	632	745	762	384
- über 4.000 bis 8.000 DM			843	1.258	1.417	1.602	1.653	1.469
- über 8.000 bis 15.000 DM			645	920	1.012	1.200	1.319	1.423
- über 15.000 bis 30.000 DM			467	672	787	934	1.101	1.261
- über 30.000 bis 100.000 DM			369	579	672	841	875	1.025
- über 100.000 bis 250.000 DM			72	173	182	197	230	277
- über 250.000 DM			29	61	83	75	103	125
Nordrhein-Westfalen								
- 1 bis 3.000 DM			4.802	1.222	1.291	1.331	1.362	926
- über 3.000 bis 4.000 DM			1.214	1.569	1.821	1.801	1.803	1.034
- über 4.000 bis 8.000 DM			2.700	3.296	3.962	4.028	4.138	3.546
- über 8.000 bis 15.000 DM			1.869	2.350	2.907	3.023	3.129	3.467
- über 15.000 bis 30.000 DM			1.493	1.850	2.113	2.357	2.586	2.818
- über 30.000 bis 100.000 DM			1.325	1.771	2.078	2.305	2.509	2.727
- über 100.000 bis 250.000 DM			366	500	617	633	714	811
- über 250.000 DM			172	311	325	390	426	475
Rheinland-Pfalz								
- 1 bis 3.000 DM			698	249	219	231	259	215
- über 3.000 bis 4.000 DM			158	248	309	260	278	222
- über 4.000 bis 8.000 DM			377	520	542	555	658	602
- über 8.000 bis 15.000 DM			247	357	430	498	524	560
- über 15.000 bis 30.000 DM			200	275	348	358	370	446
- über 30.000 bis 100.000 DM			193	249	311	366	373	365
- über 100.000 bis 250.000 DM			50	69	90	69	113	108
- über 250.000 DM			18	40	35	51	44	65
Saarland								
- 1 bis 3.000 DM			441	62	70	95	74	77
- über 3.000 bis 4.000 DM			73	148	137	128	132	111
- über 4.000 bis 8.000 DM			169	251	263	270	269	255
- über 8.000 bis 15.000 DM			145	190	168	169	190	210
- über 15.000 bis 30.000 DM			94	119	154	138	142	150
- über 30.000 bis 100.000 DM			81	124	127	128	116	129
- über 100.000 bis 250.000 DM			20	22	31	24	31	36
- über 250.000 DM			11	6	18	15	18	18

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 396

Frage: B. IV. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT 1)								
Schleswig-Holstein								
- 1 bis 3.000 DM			686	263	270	324	349	253
- über 3.000 bis 4.000 DM			110	185	199	197	221	154
- über 4.000 bis 8.000 DM			212	360	424	407	469	485
- über 8.000 bis 15.000 DM			147	272	299	342	354	373
- über 15.000 bis 30.000 DM			116	189	228	245	303	299
- über 30.000 bis 100.000 DM			90	176	209	207	240	259
- über 100.000 bis 250.000 DM			21	38	51	59	60	64
- über 250.000 DM			7	20	24	34	33	54
Bundesgebiet								
- 1 bis 3.000 DM			15.382	4.172	4.214	4.215	4.436	3.294
- über 3.000 bis 4.000 DM			3.941	5.053	5.432	5.638	5.617	3.319
- über 4.000 bis 8.000 DM			8.985	10.302	11.722	12.588	13.282	11.891
- über 8.000 bis 15.000 DM			6.385	7.822	8.843	9.792	10.252	11.373
- über 15.000 bis 30.000 DM			5.080	6.204	6.939	7.869	8.635	9.678
- über 30.000 bis 100.000 DM			4.554	5.972	6.755	7.514	8.297	9.079
- über 100.000 bis 250.000 DM			1.300	1.747	1.983	2.136	2.411	2.749
- über 250.000 DM			692	1.043	1.179	1.301	1.413	1.600

1) ohne Entschädigungs- und Rückerstattungssachen

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 397

Frage: B. IV. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Baden-Württemberg							
- bis zu 6 Monate	67.0	55.3	57.1	56.6	56.4	52.6	43.9
- über 6 bis 12 Monate	(a)	25.7	21.3	24.3	25.1	26.9	33.8
- über 12 bis 24 Monate	(a)	14.5	18.0	16.5	15.9	17.9	18.8
- mehr als 24 Monate	(a)	4.5	3.5	2.6	2.6	2.7	3.5
Bayern							
- bis zu 6 Monate	65.2	55.4	71.3	69.1	66.5	61.3	55.7
- über 6 bis 12 Monate	(a)	29.3	21.7	23.4	26.7	32.2	35.6
- über 12 bis 24 Monate	(a)	10.6	4.8	5.5	4.9	5.2	7.4
- mehr als 24 Monate	(a)	4.7	2.2	1.9	1.9	1.3	1.3
Berlin							
- bis zu 6 Monate	57.6	49.7	59.2	49.9	38.6	34.0	32.3
- über 6 bis 12 Monate	(a)	37.7	30.4	40.6	49.0	48.4	42.6
- über 12 bis 24 Monate	(a)	9.2	7.7	6.7	10.3	15.5	22.5
- mehr als 24 Monate	(a)	3.5	2.7	2.9	2.1	2.2	2.6
Bremen							
- bis zu 6 Monate	76.3	82.0	92.3	89.6	87.4	82.5	83.4
- über 6 bis 12 Monate	(a)	14.1	6.0	7.7	7.9	15.2	12.7
- über 12 bis 24 Monate	(a)	3.4	7	2.5	3.9	2.2	3.4
- mehr als 24 Monate	(a)	6	1.0	2	9	2	5
Hamburg							
- bis zu 6 Monate	81.0	53.1	55.8	51.7	52.5	57.5	56.3
- über 6 bis 12 Monate	(a)	32.0	30.2	32.4	31.7	29.0	28.3
- über 12 bis 24 Monate	(a)	11.0	10.5	12.9	12.2	11.5	12.4
- mehr als 24 Monate	(a)	3.5	3.5	3.0	3.6	2.1	3.3
Hessen							
- bis zu 6 Monate	48.1	35.9	36.2	35.1	32.2	30.9	29.9
- über 6 bis 12 Monate	(a)	39.8	37.7	43.6	45.7	42.9	37.0
- über 12 bis 24 Monate	(a)	19.7	21.8	18.0	18.7	22.1	29.3
- mehr als 24 Monate	(a)	4.6	4.3	3.3	3.3	4.2	3.8
Niedersachsen							
- bis zu 6 Monate	59.5	53.0	57.1	51.9	50.5	42.3	39.8
- über 6 bis 12 Monate	(a)	36.3	32.8	40.1	40.0	46.1	45.1
- über 12 bis 24 Monate	(a)	8.4	8.6	6.6	8.0	10.1	12.9
- mehr als 24 Monate	(a)	2.2	1.5	1.5	1.6	1.5	2.2
Nordrhein-Westfalen							
- bis zu 6 Monate	62.4	42.4	51.0	48.6	46.7	42.5	40.7
- über 6 bis 12 Monate	(a)	42.3	38.7	39.7	42.7	45.8	45.0
- über 12 bis 24 Monate	(a)	11.8	7.9	8.9	8.5	10.1	12.0
- mehr als 24 Monate	(a)	3.5	2.3	2.7	2.1	1.7	2.3
Rheinland-Pfalz							
- bis zu 6 Monate	41.0	27.7	36.1	35.2	35.9	30.0	25.6
- über 6 bis 12 Monate	(a)	27.4	33.1	42.8	45.3	49.1	46.3
- über 12 bis 24 Monate	(a)	30.0	23.0	16.3	14.6	16.6	23.5
- mehr als 24 Monate	(a)	14.9	7.7	5.7	4.3	4.3	4.7
Saarland							
- bis zu 6 Monate	15.4	23.1	31.9	30.8	27.0	32.2	25.1
- über 6 bis 12 Monate	(a)	38.3	38.4	30.5	22.0	14.8	8.6
- über 12 bis 24 Monate	(a)	31.6	23.6	35.5	48.1	48.8	58.3
- mehr als 24 Monate	(a)	6.9	6.2	3.2	2.9	4.1	8.0

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 398

Frage: B. IV. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERFAHRENSDAUER							
Schleswig-Holstein							
- bis zu 6 Monate	66.2	37.9	24.2	23.4	25.2	28.7	23.7
- über 6 bis 12 Monate	(a)	34.2	24.4	27.6	29.5	30.1	23.0
- über 12 bis 24 Monate	(a)	24.4	41.5	39.2	37.4	31.3	43.9
- mehr als 24 Monate	(a)	3.4	10.0	9.8	7.9	9.9	9.3
Bundesgebiet							
- bis zu 6 Monate	61.2	46.6	52.8	50.3	46.3	42.4	41.2
- über 6 bis 12 Monate	(a)	35.0	31.5	35.0	39.2	41.2	38.9
- über 12 bis 24 Monate	(a)	13.9	12.5	11.8	12.1	14.1	17.0
- mehr als 24 Monate	(a)	4.6	3.3	2.9	2.5	2.3	2.9

(a) Nicht erhoben

Die Angaben für 1965 betreffen die durch streitiges Urteil erledigten Berufungen in gewöhnlichen Prozessen,
 die Angaben ab 1975 alle Berufungen unabhängig von der Art ihrer Erledigung

Zahl der bei den Oberlandesgerichten in Berufungssachen vor den Zivilsenaten tätig gewesenen Richter

Seite 399

Frage: B. IV. (B. I. 3. a)

RICHTER OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			81	84	81	78	77
Bayern			106	107	109	110	111
Berlin			62	56	55	56	59
Bremen			10	9	8	9	8
Hamburg			41	40	41	41	40
Hessen			66	63	65	65	71
Niedersachsen			72	78	81	78	74
Nordrhein-Westfalen			224	235	243	246	233
Rheinland-Pfalz			48	48	45	46	44
Saarland			18	18	18	17	17
Schleswig-Holstein			27	27	27	28	29
Bundesgebiet			753	764	773	774	763

Zahl der bei den Oberlandesgerichten und beim Bayerischen Obersten Landesgericht
in Beschwerdesachen vor den Zivilsenaten tätig gewesenen Richter

Seite 400

Frage: B. IV. (B. I. 3. a)

RICHTER OBERLANDESGERICHT BESCHWERDEINSTANZ ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			15,7	13,5	13,4	14,4	14,6
Bayern			27,0	27,3	28,2	29,2	28,0
Berlin			6,0	6,8	7,0	7,8	8,0
Bremen			1,9	1,7	1,6	1,6	1,5
Hamburg			7,1	6,4	6,6	6,8	6,7
Hessen			15,8	16,0	15,3	15,2	11,5
Niedersachsen			12,8	11,2	11,8	11,6	12,1
Nordrhein-Westfalen			26,7	24,7	26,4	26,1	28,9
Rheinland-Pfalz			7,3	7,2	6,8	4,8	6,7
Saarland			1,7	2,1	2,2	1,8	2,1
Schleswig-Holstein			5,2	5,2	4,8	5,6	5,9
Bundesgebiet			127,2	121,8	124,0	124,7	126,0

Zahl der bei den Oberlandesgerichten in Zivilsachen 1)
tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Seite 401

Frage: B. IV. (B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST OBERLANDESGERICHT	2)	2)						
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
ZIVILGERICHTSBARKEIT								
Baden-Württemberg			4,7	4,6	5,6	5,2	4,0	
Bayern			9,0	8,7	8,1	8,1	7,3	
Berlin			3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	
Bremen			0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Hamburg			0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	
Hessen			0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	
Niedersachsen			2,6	2,6	2,5	2,5	2,4	
Nordrhein-Westfalen			6,4	6,4	6,5	6,4	6,7	
Rheinland-Pfalz			0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	
Saarland			0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Schleswig-Holstein			0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	
Bundesgebiet			28,6	28,2	28,7	28,1	26,4	

1) ohne Familiensachen

2) bis 1975 wurden entsprechende Angaben nicht statistisch erfaßt

Zahl der bei den Oberlandesgerichten in Zivilsachen 1)
tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes

Seite 402

Frage: B. IV. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENSTETE OBERLANDESGERICHT	2)	2)					
ZIVILGERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			65	64	44	44	44
Bayern			104	106	72	73	82
Berlin			49	51	45	45	43
Bremen			9	8	5	5	5
Hamburg			39	35	29	28	26
Hessen			70	80	58	57	51
Niedersachsen			74	80	54	55	55
Nordrhein-Westfalen			218	229	161	168	165
Rheinland-Pfalz			39	36	24	27	23
Saarland			15	15	11	11	11
Schleswig-Holstein			27	28	21	21	23
Bundesgebiet			709	733	522	532	528

1) bis 1981 mit Familiensachen, ab 1982 ohne Familiensachen

2) die Personalverwendung des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes
wurde bis 1975 statistisch nicht erfaßt

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 403

Frage: B. IV. (B. I. 4. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / Richter			101,11	104,98	122,20	134,33	135,91
- erledigte Verfahren / Richter			61,17	60,50	71,35	77,92	78,65
Bayern							
- anhängige Verfahren / Richter			93,34	102,50	114,84	120,97	115,06
- erledigte Verfahren / Richter			60,60	67,13	73,72	78,45	74,25
Berlin							
- anhängige Verfahren / Richter			63,18	78,75	86,95	88,89	86,05
- erledigte Verfahren / Richter			39,26	45,30	50,20	49,80	50,31
Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			62,40	85,44	103,50	94,00	98,13
- erledigte Verfahren / Richter			41,60	61,00	72,00	67,22	69,88
Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			84,76	96,63	99,27	98,78	98,65
- erledigte Verfahren / Richter			47,95	57,25	62,34	62,32	61,58
Hessen							
- anhängige Verfahren / Richter			116,42	128,57	137,20	151,74	144,46
- erledigte Verfahren / Richter			66,12	69,97	71,02	77,32	72,45
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / Richter			109,18	114,85	127,98	140,77	141,28
- erledigte Verfahren / Richter			68,07	69,35	76,30	86,37	86,99
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / Richter			99,47	106,22	110,45	109,71	110,88
- erledigte Verfahren / Richter			59,20	66,06	67,21	68,33	68,25
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter			95,40	99,08	110,40	114,83	118,64
- erledigte Verfahren / Richter			52,56	56,71	58,42	61,11	62,59
Saarland							
- anhängige Verfahren / Richter			100,44	106,67	117,22	140,35	145,24
- erledigte Verfahren / Richter			51,28	53,78	53,83	57,24	58,06
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / Richter			131,30	145,00	164,04	170,43	162,93
- erledigte Verfahren / Richter			55,81	63,19	67,96	73,14	68,07
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / Richter			98,08	106,60	116,08	121,36	120,58
- erledigte Verfahren / Richter			58,00	63,32	67,62	71,14	70,10

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 404

Frage: B. IV. (B. I. 4. b)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.638,00	1.763,60	1.649,67	2.095,60	2.616,25
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			991,00	1.016,40	963,17	1.215,60	1.514,00
Bayern							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.099,33	1.218,56	1.564,75	1.663,38	1.749,59
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			713,78	798,11	1.004,50	1.078,75	1.129,04
Berlin							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			979,25	1.102,50	1.195,50	1.244,50	1.269,25
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			608,50	634,25	690,25	697,25	742,00
Bremen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			-	-	-	-	-
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			-	-	-	-	-
Hamburg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.475,00	3.865,00	4.070,00	4.050,00	4.932,50
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.966,00	2.290,00	2.556,00	2.555,00	2.463,00
Hessen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			-	-	-	-	-
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			-	-	-	-	-
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.620,33	2.986,00	3.455,33	3.660,00	5.227,50
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.633,67	1.803,00	2.060,00	2.245,67	3.218,50
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.713,50	4.160,33	3.834,14	4.498,00	3.850,97
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.210,17	2.587,50	2.333,29	2.801,33	2.373,58
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			4.579,00	4.756,00	4.968,00	5.282,00	5.220,00
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.523,00	2.722,00	2.629,00	2.811,00	2.754,00
Saarland							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			-	-	-	-	-
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.545,00	3.915,00	4.429,00	4.772,00	4.725,00
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.507,00	1.706,00	1.835,00	2.048,00	1.974,00
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.546,83	2.908,57	3.094,00	3.354,64	3.485,08
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.506,00	1.727,82	1.802,41	1.966,43	2.026,02

Bei den Zivilgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 405

Frage: B. IV. (B. I. 4. c)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			126,00	137,78	224,95	238,14	237,84
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			76,23	79,41	131,34	138,14	137,64
Bayern							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			95,13	103,46	173,86	182,29	155,76
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			61,77	67,76	111,61	118,22	100,51
Berlin							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			79,94	86,47	106,27	110,62	118,07
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			49,67	49,75	61,36	61,98	69,02
Bremen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			69,33	96,13	165,60	169,20	157,00
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			46,22	68,63	115,20	121,00	111,80
Hamburg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			89,10	110,43	140,34	144,64	151,77
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			50,41	65,43	88,14	91,25	94,73
Hessen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			109,77	101,25	153,76	173,04	201,12
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			62,34	55,10	79,59	88,18	100,86
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			106,23	111,98	191,96	199,64	190,09
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			66,23	67,61	114,44	122,49	117,04
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			102,21	109,00	166,70	160,64	156,58
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			60,83	67,79	101,45	100,05	96,38
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			117,41	132,11	207,00	195,63	226,96
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			64,69	75,61	109,54	104,11	119,74
Saarland							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			120,53	128,00	191,82	216,91	224,45
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			61,53	64,53	88,09	88,45	89,73
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			131,30	139,82	210,90	227,24	205,43
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			55,81	60,93	87,38	97,52	85,83
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			104,17	111,11	171,89	176,56	174,25
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			61,60	66,00	100,13	103,50	101,30

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Häufigkeit der Beweisanordnung/-erhebung 1)

Seite 406

Frage: B. IV. (B. I. 5. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Beweisanordnung/-erhebung							
Baden-Württemberg		1.076	1.091	995	1.044	1.042	1.224
Bayern		1.586	1.248	1.279	1.035	1.040	1.061
Berlin		404	264	241	255	237	351
Bremen		113	72	55	68	58	52
Hamburg		538	279	190	375	426	257
Hessen		987	1.500	1.378	1.380	1.307	914
Niedersachsen		844	669	795	1.134	1.254	1.137
Nordrhein-Westfalen		3.530	3.414	4.050	4.483	4.831	4.633
Rheinland-Pfalz		421	424	505	472	518	546
Saarland		143	168	134	112	104	102
Schleswig-Holstein		377	477	589	565	572	635
Bundesgebiet		10.019	9.606	10.211	10.923	11.389	10.912

Die Zahlen für 1975, 1980 und 1981 geben beschränkt auf "gewöhnliche Prozesse" an, in wievielen von ihnen Beweis angeordnet oder erhoben wurde. Dagegen geben Zahlen ab 1982 für alle Verfahren an, in wievielen von ihnen ein Beweisaufnahmetermin stattgefunden hat.

Anzahl der Revisionen, die auf 100 streitige Urteile des Oberlandesgerichts Berufungsinstantz entfielen

Seite 407

Frage: B. IV. (B. I. 6. a)

OBERLANDESGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANZAHL REVISIONEN AUF 100 STREITIGE URTEILE							
Bundesgebiet	10	8	10	10	9	10	10

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Ergebnis der Berufung

Seite 408
Frage: B. IV. (B. I. 6a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERGEBNIS DER BERUFUNG							
Baden-Württemberg							
- Entscheidungen insgesamt 1)		2.703	2.612	2.760	2.832	2.987	2.835
- Aufhebung und Zurückverweisung		3.9	4.5	4.2	4.1	3.4	2.3
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		39.2	35.3	36.3	37.6	38.7	38.4
- volle Zurückweisung als unbegründet		49.2	55.1	53.9	56.2	56.9	58.5
- Verwerfung als unzulässig		6.3	3.8	3.4	1.1	0.7	0.4
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	9	0.3	0.5
Bayern							
- Entscheidungen insgesamt 1)		4.934	3.341	3.620			fehlt
- Aufhebung und Zurückverweisung		3.8	3.9	3.9			fehlt
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		35.6	34.9	35.8			fehlt
- volle Zurückweisung als unbegründet		54.2	56.4	55.0			fehlt
- Verwerfung als unzulässig		5.9	4.4	4.9			fehlt
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)			fehlt
Berlin							
- Entscheidungen insgesamt 1)		1.498	1.125	1.163	1.181	1.175	1.242
- Aufhebung und Zurückverweisung		2.9	2.9	2.1	2.7	2.0	3.8
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		40.4	37.4	38.3	44.9	43.9	41.6
- volle Zurückweisung als unbegründet		48.7	52.3	50.0	50.9	52.7	53.9
- Verwerfung als unzulässig		6.7	4.3	6.1	0.3	0.7	0.3
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	1.2	0.7	0.3
Bremen							
- Entscheidungen insgesamt 1)		288	197	207	195	190	193
- Aufhebung und Zurückverweisung		1.4	0.0	1.0	2.6	2.6	3.1
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		45.5	34.0	29.5	40.5	33.2	34.7
- volle Zurückweisung als unbegründet		41.3	59.9	63.8	56.4	63.2	62.2
- Verwerfung als unzulässig		8.0	3.0	2.9	0.5	1.1	0.0
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	0.0	0.0	0.0
Hamburg							
- Entscheidungen insgesamt 1)		1.307	1.026	1.244	1.232	1.256	1.165
- Aufhebung und Zurückverweisung		9.5	2.8	3.5	19.6	2.2	2.7
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		36.3	32.6	37.8	33.4	42.0	39.3
- volle Zurückweisung als unbegründet		45.5	58.9	53.1	44.4	54.7	56.1
- Verwerfung als unzulässig		8.2	5.3	3.9	0.3	0.4	0.3
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	2.3	0.7	1.6
Hessen							
- Entscheidungen insgesamt 1)		2.549	2.374	2.302	2.382	2.416	2.339
- Aufhebung und Zurückverweisung		4.5	4.3	6.5	4.5	5.8	5.0
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		38.8	40.6	39.4	40.8	42.1	40.1
- volle Zurückweisung als unbegründet		47.5	49.3	48.2	52.9	50.6	53.1
- Verwerfung als unzulässig		5.5	3.0	3.4	1.1	1.2	1.3
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	0.6	0.4	0.5
Niedersachsen							
- Entscheidungen insgesamt 1)		2.866	2.941	3.316	3.458	3.836	3.575
- Aufhebung und Zurückverweisung		6.8	3.4	4.2	4.3	3.6	3.6
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		43.6	50.0	45.6	47.4	47.2	48.2
- volle Zurückweisung als unbegründet		43.2	41.9	45.5	47.6	48.7	47.3
- Verwerfung als unzulässig		4.1	2.6	2.7	0.2	0.2	0.4
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	0.5	0.3	0.4

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Ergebnis der Berufung

Seite 409

Frage: B. IV. (B. I. 6a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERGEBNIS DER BERUFUNG							
Nordrhein-Westfalen							
- Entscheidungen insgesamt 1)		9.076	8.042	9.250	9.013	9.376	8.593
- Aufhebung und Zurückverweisung		3.3	5.9	5.3	5.2	3.9	3.8
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		43.4	42.4	41.4	45.8	49.4	48.4
- volle Zurückweisung als unbegründet		47.9	47.0	47.6	48.3	45.8	47.2
- Verwerfung als unzulässig		3.9	2.6	2.8	0.5	0.5	0.4
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	0.3	0.4	0.2
Rheinland-Pfalz							
- Entscheidungen insgesamt 1)		2.125	1.666	1.671	1.494	1.562	1.580
- Aufhebung und Zurückverweisung		4.9	2.4	2.1	4.7	3.5	3.3
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		26.6	32.7	32.3	38.3	41.0	37.8
- volle Zurückweisung als unbegründet		62.7	60.9	60.5	54.1	54.5	57.6
- Verwerfung als unzulässig		5.3	3.8	4.8	1.5	0.6	0.9
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	1.4	0.3	0.4
Saarland							
- Entscheidungen insgesamt 1)		693	577	615	567	547	582
- Aufhebung und Zurückverweisung		9	2.8	4.2	4.2	2.2	2.2
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		40.5	36.6	29.3	33.2	34.2	37.5
- volle Zurückweisung als unbegründet		51.7	56.0	62.1	61.4	61.2	58.9
- Verwerfung als unzulässig		6.5	3.6	4.1	0.7	2.0	1.0
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	0.5	0.4	0.3
Schleswig-Holstein							
- Entscheidungen insgesamt 1)		709	742	940	820	934	847
- Aufhebung und Zurückverweisung		1.4	3.6	2.3	7.2	6.9	2.2
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		38.4	39.1	39.0	39.4	48.2	50.5
- volle Zurückweisung als unbegründet		46.8	45.3	49.0	51.5	43.3	42.6
- Verwerfung als unzulässig		0.6	2.2	1.1	0.6	0.3	0.1
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)	1.3	1.4	4.5
Bundesgebiet							
- Entscheidungen insgesamt 1)		28.748	24.643	27.088			fehlt
- Aufhebung und Zurückverweisung		4.1	4.3	4.4			fehlt
- Änderung und/oder eigene Sachentscheidung		39.4	39.7	39.2			fehlt
- volle Zurückweisung als unbegründet		49.6	50.7	50.7			fehlt
- Verwerfung als unzulässig		5.1	3.3	3.5			fehlt
- anderweitige Entscheidung		(a)	(a)	(a)			fehlt

1) bis 1981 streitige Urteile und auch Beschlüsse nach § 519b ZPO sowie Versäumnis-, Anerkenntnis-, Verzichts Urteil
ab 1982 nur nach streitige Urteile

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 410

Frage: B. IV. (B. I.10. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Baden-Württemberg							
- Erledigte Verfahren insgesamt					5.779	6.046	6.056
- klagende Parteien insgesamt					5.901	6.156	6.144
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					128	148	147
- Versicherung					140	133	95
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.309	1.417	1.397
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					540	559	617
- Privatperson					3.784	3.899	3.888
- beklagte Parteien insgesamt					6.099	6.336	6.319
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					295	319	324
- Versicherung					392	400	371
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.393	1.434	1.505
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					548	543	610
- Privatperson					3.471	3.640	3.509
Bayern							
- Erledigte Verfahren insgesamt					8.036	8.630	8.242
- klagende Parteien insgesamt					8.305	8.902	8.473
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					257	237	181
- Versicherung					265	258	243
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.798	2.189	2.213
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					619	742	791
- Privatperson					5.366	5.467	5.045
- beklagte Parteien insgesamt					8.556	9.201	8.698
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					567	554	468
- Versicherung					512	578	492
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.960	2.388	2.437
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					655	712	802
- Privatperson					4.862	4.969	4.499
Berlin							
- Erledigte Verfahren insgesamt					2.761	2.789	2.968
- klagende Parteien insgesamt					2.822	2.825	3.012
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					64	58	67
- Versicherung					63	37	60
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					784	724	840
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					274	223	158
- Privatperson					1.637	1.783	1.887
- beklagte Parteien insgesamt					2.851	2.879	3.063
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					133	143	123
- Versicherung					111	127	154
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					741	783	790
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					284	190	137
- Privatperson					1.582	1.636	1.859

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 411

Frage: B. IV. (B. I.10. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Bremen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					572	605	559
- klagende Parteien insgesamt					604	619	584
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					14	11	9
- Versicherung					13	22	12
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					185	181	180
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					21	13	6
- Privatperson					371	392	377
- beklagte Parteien insgesamt					612	642	586
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					18	20	24
- Versicherung					23	39	22
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					190	229	213
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					27	16	10
- Privatperson					354	338	317
Hamburg							
- Erledigte Verfahren insgesamt					2.556	2.576	2.463
- klagende Parteien insgesamt					2.556	2.579	2.468
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					25	26	15
- Versicherung					22	43	48
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					844	930	887
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					194	136	120
- Privatperson					1.471	1.444	1.398
- beklagte Parteien insgesamt					2.560	2.596	2.483
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					70	53	32
- Versicherung					61	125	128
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					883	983	934
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					202	135	155
- Privatperson					1.344	1.300	1.234
Hessen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					4.616	5.026	5.146
- klagende Parteien insgesamt					4.726	5.109	5.230
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					112	137	131
- Versicherung					118	121	110
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.338	1.434	1.453
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					434	507	504
- Privatperson					2.724	2.910	3.032
- beklagte Parteien insgesamt					4.762	5.186	5.270
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					274	276	235
- Versicherung					203	272	264
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.391	1.562	1.658
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					417	500	491
- Privatperson					2.477	2.576	2.622

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 412

Frage: B. IV. (B. I.10. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Niedersachsen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					6.180	6.737	6.437
- klagende Parteien insgesamt					6.308	6.848	6.560
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					147	159	154
- Versicherung					154	174	176
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.225	1.370	1.364
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					547	444	467
- Privatperson					4.235	4.701	4.399
- beklagte Parteien insgesamt					6.423	6.983	6.697
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					334	346	345
- Versicherung					388	366	414
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					1.377	1.675	1.620
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					616	544	431
- Privatperson					3.708	4.052	3.887
Nordrhein-Westfalen							
- Erledigte Verfahren insgesamt					16.333	16.808	15.903
- klagende Parteien insgesamt					16.605	17.145	16.155
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					321	314	321
- Versicherung					366	390	369
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					3.822	3.987	4.058
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					1.501	1.635	1.313
- Privatperson					10.595	10.819	10.094
- beklagte Parteien insgesamt					16.893	17.495	16.396
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					815	773	721
- Versicherung					972	1.129	888
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					3.978	4.292	4.395
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					1.651	1.705	1.433
- Privatperson					9.477	9.596	8.959
Rheinland-Pfalz							
- Erledigte Verfahren insgesamt					2.629	2.811	2.754
- klagende Parteien insgesamt					2.665	2.856	2.807
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					87	95	88
- Versicherung					49	74	71
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					549	507	532
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					137	229	305
- Privatperson					1.843	1.951	1.811
- beklagte Parteien insgesamt					2.722	2.959	2.865
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					386	327	339
- Versicherung					131	178	180
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					588	687	619
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					181	242	307
- Privatperson					1.436	1.525	1.420

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 413

Frage: B. IV. (B. I.10. a)

OBERLANDESGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
Saarland							
- Erledigte Verfahren insgesamt					969	974	987
- klagende Parteien insgesamt					1.009	1.009	1.020
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					23	14	23
- Versicherung					40	44	47
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					228	285	253
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					72	66	61
- Privatperson					646	599	636
- beklagte Parteien insgesamt					1.030	1.040	1.061
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					42	40	56
- Versicherung					68	88	85
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					281	288	267
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					67	65	65
- Privatperson					572	559	588
Schleswig-Holstein							
- Erledigte Verfahren insgesamt					1.824	2.048	1.974
- klagende Parteien insgesamt					1.825	2.048	1.975
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					51	44	45
- Versicherung					28	24	27
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					328	322	340
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					215	250	253
- Privatperson					1.203	1.408	1.310
- beklagte Parteien insgesamt					1.827	2.049	1.975
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					99	85	103
- Versicherung					51	49	46
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					361	420	387
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					196	247	233
- Privatperson					1.120	1.248	1.206
Bundesgebiet							
- Erledigte Verfahren insgesamt					42.395	44.372	53.487
- klagende Parteien insgesamt					43.196	45.146	54.426
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					921	962	1.181
- Versicherung					965	1.038	1.258
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					10.284	10.835	13.516
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					3.720	3.812	4.595
- Privatperson					27.306	28.498	33.876
- beklagte Parteien insgesamt					43.952	46.116	55.411
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					2.367	2.297	2.769
- Versicherung					2.349	2.724	3.044
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					10.822	11.933	14.824
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					3.993	3.940	4.674
- Privatperson					24.421	25.222	30.100

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Seite 414

Frage: B. V. (B. I. 1.)

BUNDESGERICHTSHOF	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
REVISIONEN							
- Bestand an Jahresanfang	2.871	2.820	2.134	2.175	2.248	2.240	2.360
- Neuzugänge	1.769	2.180	2.249	2.421	2.408	2.564	2.528
- anhängige Verfahren	4.640	5.000	4.383	4.596	4.656	4.804	4.888

Bei den Zivilgerichten anhängige Verfahren

Seite 415

Frage: B. V. (B. I. 1.)

BUNDESGERICHTSHOF	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGER GESCHÄFTSANFALL							
Berufungen in Patentsachen	56	28	42	35	49	25	32
Weitere Beschwerden (§ 28 FGG § 79 GBO, § 18 VHG, § 621 e Abs. 2 ZPO)	11	7	243	379	151	97	89
Rechtsbeschwerden in Patent- und Landwirtschaftssachen	97	52	60	50	55	63	86
Rechtsbeschwerden in Kartellverwaltungssachen	3	5	9	9	8	13	7
Nichtzulassungsbeschwerden § 220 BEG, § 74 GWB	633	628	294	269	206	130	80
Verwaltungsstreitverfahren:							
- erstinstanzliche Anträge	-	1	1	-	-	1	-
- Beschwerden	25	51	49	50	64	55	66
Sonstige Beschwerden	235	237	267	324	278	299	309
Gerichtsstandsbestimmungen	52	238	374	307	374	382	499
Armenrechts/Prozeßkostenhil- feverfahren außerhalb eines anhängigen Rechtsmittelverf.	165	49	61	97	71	93	100

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 416

Frage: B. V. (B. I. 2. a)

BUNDESGERICHTSHOF	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE REVISIONEN							
ART DER ERLEDIGUNG							
Erledigte Revisionen insges.	1.716	1.979	2.208	2.343	2.417	2.439	2.677
davon wurden erledigt durch:							
- streitiges Urteil	1.240	772	863	883	812	784	797
- Beschl. gem. § 554 a ZPO		85	85	75	103	111	121
- Beschl. gem. § 554 b oder 566 a Abs. 3 ZPO		-	781	897	953	991	1.110
- Zurücknahme des Rechts- mittels	476	550	404	416	486	474	558
- auf sonstige Weise		1) 572	75	72	63	79	91

1) davon 452 Beschlüsse gem. Art.1 Nr.2 Ent16

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 417

Frage: B. V. (B. I. 2. a)

BUNDESGERICHTSHOF							
ERLEDIGTE REVISIONEN OHNE ENTSCHEIDUNGS- u. RICHTERDIENSTSACHEN	1965 1)	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEBÜHRENSTREITWERT							
Von den erledigten Revisionen hatten einen Gebührenstreitwert							
- bis einschl. 40.000 DM		812	443	489	488	485	486
- ü. 40.000 bis einschl. 100.000 DM		578	851	941	961	1.038	1.148
- ü. 100.000 bis einschl. 250.000 DM		269	403	433	530	498	610
- ü. 250.000		160	324	341	352	379	406

1) für 1965 liegen keine Angaben vor

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens

Seite 418

Frage: B. V. (B. I. 2. b)

BUNDESGERICHTSHOF	1965 1)	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE REVISIONEN							
DAUER DER VERFAHREN							
Bei den erledigten Revisi-							
onen betrug die Dauer des							
Verfahrens ab Eingang des							
Rechtsmittels beim BGH (%)							
- bis 6 Monate		18,1	18,8	20,7	19,7	19,3	20,6
- mehr als 6 - 12 Monate		22,3	39,9	38,2	39,2	40,7	45,6
- mehr als 12 - 24 Monate		38,4	28,9	32,6	35,1	35,6	28,6
- über 24 Monate		21,2	12,4	8,5	6,0	4,4	5,2

1) Angaben für 1965 liegen nicht vor

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens

Seite 419

Frage: B. V. (B. I. 2. b)

BUNDESGERICHTSHOF	1965 1)	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE REVISIONEN							
DAUER DER VERFAHREN							
AB EINGANG 1. INSTANZ							
Von den erledigten Revisionen							
(ohne Entschädigungs- und							
Richterdienstsachen)							
hatten ab Eingang der Klage							
in erster Instanz bis zur							
Erledigung beim BGH eine Ge-							
samtverfahrensdauer (in %)							
- bis 2 Jahre		10,8	16,9	16,3	16,9	14,8	16,0
- mehr als 2 bis 3 Jahre		22,9	29,7	32,3	35,8	35,7	38,8
- mehr als 3 bis 4 Jahre		25,0	22,1	20,6	20,3	23,8	22,9
- über 4 Jahre		41,3	31,3	30,8	27,0	25,7	22,3

1) für 1965 liegen Angaben über die Gesamtverfahrensdauer nicht vor

Zahl der beim Bundesgerichtshof in Zivilsachen insgesamt tätig gewesenen Richter

Seite 420

Frage: B. V. (B. I. 3. a)

RICHTER								
BUNDESGERICHTSHOF								
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
ZIVILGERICHTSBARKEIT								
	68	71	64	72	71	71	71	

Zahl der beim Bundesgerichtshof in Zivilsachen
tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Seite 421

Frage: B. U. (B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST								
BUNDESGERICHTSHOF								
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
ZIVILGERICHTSBARKEIT								
	7	8	8	8	8	8	8	

Zahl der beim Bundesgerichtshof in Zivilsachen
tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes

Seite 422

Frage: B. U. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENTETE								
BUNDESGERICHTSHOF								
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
ZIVILGERICHTSBARKEIT								
	39	45	43	44	45	47	46	

Zahl der anhängigen (a) und der erledigten (b) Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 423

Frage: B. V. (B. I. 4. a)

BUNDESGERICHTSHOF VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
a		68,23	70,42	68,23	63,41	65,57	67,56	68,84
b		25,23	27,87	34,50	32,54	34,04	34,35	37,70

Zahl der anhängigen (a) und der erledigten (b) Verfahren, die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 424

Frage: B. V. (B. I. 4. b)

BUNDESGERICHTSHOF VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
a	662,85	625,00	547,87	570,75	582,00	600,50	611,00
b	245,15	247,37	276,00	292,87	302,12	304,87	334,62

Zahl der anhängigen (a) und der erledigten (b) Verfahren, die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 425

Frage: B. V. (B. I. 4. c)

BUNDESGERICHTSHOF								
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENSTETE	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
ZIVILSACHEN EINSCHL. FAMILIENSACHEN								
a	118,97	111,11	101,93	103,77	103,46	102,21	106,26	
b	44,00	43,97	51,34	53,25	53,71	51,89	58,19	

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach der Rechtsmittelhäufigkeit
 - Zahl der streitigen Urteile der Oberlandesgerichte und Zahl der beim
 Bundesgerichtshof eingegangenen Revisionen -

Seite 426
 Frage: B. U. (B. I. 6. a)

BUNDESGERICHTSHOF VERHÄLTNIS BERUFUNGURTEILE / REVISIONEN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- Berufungsurteile	1.835	2.491	2.807	3.012	2.832	2.987	2.835
- Revisionen	191	202	219	221	249	270	241
Bayern							
- Berufungsurteile	2.862	4.547	3.608	3.835	3.649	4.033	3.740
- Revisionen	246	338	372	349	412	412	395
Berlin							
- Berufungsurteile	1.125	1.360	1.225	1.282	1.181	1.175	1.242
- Revisionen	148	151	140	134	118	122	115
Bremen							
- Berufungsurteile	177	242	211	224	195	190	193
- Revisionen	15	23	19	37	31	22	37
Hamburg							
- Berufungsurteile	1.059	1.180	1.051	1.250	1.232	1.256	1.165
- Revisionen	100	129	111	140	128	151	140
Hessen							
- Berufungsurteile	1.445	2.271	2.403	2.332	2.382	2.416	2.337
- Revisionen	139	218	212	255	204	229	230
Niedersachsen							
- Berufungsurteile	2.055	2.674	3.199	3.566	3.458	3.836	3.575
- Revisionen	149	188	213	255	262	270	311
Nordrhein - Westf.							
- Berufungsurteile	6.212	8.386	8.817	10.122	9.013	9.376	8.572
- Revisionen	617	696	705	783	753	833	816
Rheinland - Pfalz							
- Berufungsurteile	988	2.015	1.813	1.832	1.494	1.562	1.580
- Revisionen	80	153	147	144	131	142	128
Saarland							
- Berufungsurteile	416	631	639	689	566	547	582
- Revisionen	30	42	45	30	44	33	30
Schleswig - Holst.							
- Berufungsurteile	383	619	815	1.008	821	934	847
- Revisionen	53	40	66	73	76	80	84
Bundesgebiet							
- Berufungsurteile	18.552	26.416	26.588	29.152	26.823	28.312	26.668
- Revisionen	1.769	2.180	2.249	2.421	2.408	2.564	2.528

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Erfolg des Rechtsmittels
 - Erledigte Revisionen in Zivilsachen (ab 1980 einschl. Familiensachen)
 nach dem Bundesland ihrer Herkunft und dem Erfolg.1)

Seite 427

Frage: B. U. (B. I. 6. a)

UNDESGERICHTSHOF	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERGNIS DER							
VISIONEN							
den-Württemberg							
- Erl. Revisionen	173	150	143	242	209	268	266
- Erfolgreiche	44	25	23	65	46	49	55
%	25,4	16,7	16,1	26,9	22,0	18,3	20,7
bern							
- Erl. Revisionen	245	265	276	351	385	426	403
- Erfolgreiche	66	68	47	82	80	77	88
%	26,9	25,7	17,0	23,4	20,8	18,1	21,8
erlin							
- Erl. Revisionen	129	109	88	146	119	110	135
- Erfolgreiche	44	30	16	35	34	27	35
%	34,1	27,5	18,2	24,0	28,6	24,5	25,9
Bremen							
- Erl. Revisionen	31	13	16	29	28	30	19
- Erfolgreiche	8	3	2	5	3	2	6
%	25,8	23,1	12,5	17,2	10,7	6,7	31,6
Hamburg							
- Erl. Revisionen	119	113	123	121	142	123	148
- Erfolgreiche	39	26	21	28	28	26	29
%	32,8	23,0	17,1	23,1	19,1	21,1	19,6
Hessen							
- Erl. Revisionen	141	160	180	230	222	211	241
- Erfolgreiche	47	31	30	72	41	48	54
%	33,3	19,4	16,7	31,3	18,5	22,7	22,4
Niedersachsen							
- Erl. Revisionen	149	146	149	231	250	256	312
- Erfolgreiche	47	29	31	51	46	50	81
%	31,5	19,9	20,8	22,1	18,4	19,5	26,0
Nordrhein - Westf.							
- Erl. Revisionen	586	494	478	718	763	781	907
- Erfolgreiche	150	86	93	171	175	172	158
%	25,6	17,4	19,5	23,8	22,9	22,0	17,4
Rheinland - Pfalz							
- Erl. Revisionen	78	67	79	173	171	120	136
- Erfolgreiche	26	15	10	74	64	35	34
%	33,3	22,4	12,7	42,8	37,4	29,2	25,0
Saarland							
- Erl. Revisionen	17	23	30	37	39	38	35
- Erfolgreiche	6	5	6	8	8	9	13
%	35,3	21,7	20,0	21,6	20,5	23,7	37,1

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Erfolg des Rechtsmittels

- Erledigte Revisionen in Zivilsachen (ab 1980 einschl. Familiensachen)

nach dem Bundesland ihrer Herkunft und dem Erfolg.1)

Seite 428

Frage: B. V. (B. I. 6. a)

BUNDESGERICHTSHOF	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERGEBNIS DER REVISIONEN							
Schleswig - Holst.							
- Erl. Revisionen	48	36	52	55	89	76	75
- Erfolgreiche	14	4	5	13	14	20	10
%	29,2	11,1	9,6	23,6	15,7	26,3	13,3
Bundesgebiet							
- Erl. Revisionen	1.716	1.576	1.614	2.333	2.417	2.439	2.677
- Erfolgreiche	491	322	284	604	539	515	563
%	28,6	20,4	17,6	25,9	22,3	21,1	21,0

1) Als erfolgreich sind diejenigen Revisionen gezählt, die zur Aufhebung oder Änderung des angefochtenen Urteils geführt haben

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 429

Frage: B. V. (B. I. 9)

BUNDESGERICHTSHOF	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE REVISIONEN							
VERFAHRENSGEGENSTÄNDE							
Revisionen betreffend							
- Unfälle (Luftfahrzeug, Kraftfahrzeug, Eisenbahn, Straßenbahn)	102	109	84	103	112	107	102
- Werkverträge, soweit sie im Zusammenhang mit der Errichtung von Bauwerken stehen		231	265	235	229	299	304
- Miete, Pacht	77	94	81	103	93	100	106

Bei den Zivilgerichten erledigte Verfahren nach den beteiligten Parteien

Seite 430

Frage: B. V. (B. I. 10. a)

BUNDESGERICHTSHOF	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
BETEILIGTE PARTEIEN							
- Erledigte Verfahren insgesamt					3.742	3.828	3.973
- klagende Parteien insgesamt					3.802	3.877	4.022
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					226	209	194
- Versicherung					82	86	88
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					954	995	1.121
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					126	99	95
- Privatperson					2.414	2.488	2.524
- beklagte Parteien insgesamt					3.802	3.877	4.022
- Juristische Person des öffentlichen Rechts					614	590	420
- Versicherung					117	129	134
- AG, GmbH, KG, oHG u.ä.					957	1.748	1.232
- sonstige Firma / Geschäftsbetrieb					90	89	106
- Privatperson					2.032	2.091	2.152

Bei den Familiengerichten anhängige Verfahren

Seite 431

Frage: C. (B. I. 1.)

FAMILIENGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN					
Baden-Württemberg					
- Bestand am Jahresanfang	23.477	25.464	27.184	30.696	29.140
- Neuzugänge	33.252	35.492	40.468	39.980	39.860
- anhängige Verfahren	56.729	60.956	67.652	70.676	69.000
Bayern					
- Bestand am Jahresanfang	24.062	26.815	29.015	34.145	30.886
- Neuzugänge	39.201	42.358	49.859	48.270	47.559
- anhängige Verfahren	63.263	69.173	78.874	82.415	78.445
Berlin					
- Bestand am Jahresanfang	14.694	16.131	15.345	16.135	16.108
- Neuzugänge	15.728	15.664	17.350	16.738	15.881
- anhängige Verfahren	30.422	31.795	32.695	32.873	31.981
Bremen					
- Bestand am Jahresanfang	4.027	5.094	5.183	5.712	4.749
- Neuzugänge	5.666	5.456	6.656	6.480	5.939
- anhängige Verfahren	9.693	10.550	11.839	12.192	10.688
Hamburg					
- Bestand am Jahresanfang	10.538	11.201	11.225	11.791	11.530
- Neuzugänge	11.861	12.497	14.085	13.300	12.911
- anhängige Verfahren	22.399	23.698	25.310	25.091	24.441
Hessen					
- Bestand am Jahresanfang	19.913	22.186	24.336	29.011	28.450
- Neuzugänge	27.306	28.924	34.037	32.683	32.195
- anhängige Verfahren	47.219	51.110	58.373	61.694	60.645
Niedersachsen					
- Bestand am Jahresanfang	23.454	26.251	28.884	32.612	29.742
- Neuzugänge	35.518	38.316	44.341	44.464	42.906
- anhängige Verfahren	58.972	64.567	73.225	77.076	72.708
Nordrhein-Westfalen					
- Bestand am Jahresanfang	68.354	73.147	78.990	91.317	86.748
- Neuzugänge	98.820	105.810	123.349	122.647	117.209
- anhängige Verfahren	167.174	178.957	202.339	213.964	203.957
Rheinland-Pfalz					
- Bestand am Jahresanfang	12.450	13.532	14.913	17.303	15.394
- Neuzugänge	18.825	20.565	23.380	22.939	22.420
- anhängige Verfahren	31.275	34.097	38.293	40.242	37.814
Saarland					
- Bestand am Jahresanfang	6.510	6.911	7.053	7.980	7.423
- Neuzugänge	6.894	7.125	8.352	8.081	7.650
- anhängige Verfahren	13.404	14.036	15.405	16.061	15.073
Schleswig-Holstein					
- Bestand am Jahresanfang	11.888	13.292	13.664	15.884	15.249
- Neuzugänge	15.385	15.725	18.370	18.008	17.433
- anhängige Verfahren	27.273	29.017	32.034	33.892	32.682
Bundesgebiet					
- Bestand am Jahresanfang	219.367	240.024	255.792	292.586	275.419
- Neuzugänge	308.456	327.932	380.247	373.590	362.023
- anhängige Verfahren	527.823	567.956	636.039	666.176	637.442

Bei den Familiengerichten erledigte Verfahren

Seite 432

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE VERFAHREN					
Baden-Württemberg	31.281	33.920	36.745	41.512	40.838
Bayern	36.473	40.175	44.692	51.592	48.323
Berlin	14.268	16.369	16.452	16.743	16.609
Bremen	4.599	5.436	6.117	7.443	5.968
Hamburg	11.184	12.499	13.504	13.587	13.448
Hessen	25.064	26.771	29.390	33.234	34.268
Niedersachsen	32.676	35.782	40.677	47.346	44.632
Nordrhein-Westfalen	93.954	100.450	110.822	127.258	121.694
Rheinland-Pfalz	17.671	19.179	20.982	24.844	22.725
Saarland	6.486	6.981	7.480	8.632	8.475
Schleswig-Holstein	13.992	15.357	16.546	18.676	18.160
Bundesgebiet	287.648	312.919	343.407	390.867	375.140

Bei den Familiengerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 433

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE VERFAHREN NACH DEM GEGENSTAND DES VERFAHRENS	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- Eheverfahren	17.071	18.321	19.130	20.115	20.432
- Scheidungsverfahren	16.934	18.186	19.017	19.963	20.256
- andere Eheverfahren	137	135	113	152	176
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	1.183	1.406	1.453	3.734	2.126
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	12.731	13.866	15.570	17.226	17.733
- Prozeßkostenhilfverfahren	296	327	392	437	547
Bayern					
- Eheverfahren	17.734	20.012	21.253	22.817	23.013
- Scheidungsverfahren	17.598	19.863	21.068	22.641	22.844
- andere Eheverfahren	136	149	185	176	169
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	926	907	1.434	5.417	1.746
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	16.974	18.450	20.762	22.013	21.879
- Prozeßkostenhilfverfahren	839	806	1.243	1.345	1.685
Berlin					
- Eheverfahren	7.933	8.992	9.190	8.121	8.527
- Scheidungsverfahren	7.905	8.980	9.158	8.103	8.512
- andere Eheverfahren	28	12	32	18	15
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	660	950	902	2.101	1.181
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	5.636	6.372	6.338	6.501	6.875
- Prozeßkostenhilfverfahren	39	55	22	20	26
Bremen					
- Eheverfahren	1.931	2.322	2.533	2.626	2.511
- Scheidungsverfahren	1.904	2.275	2.459	2.532	2.436
- andere Eheverfahren	27	47	74	94	75
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	28	105	442	1.103	247
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	2.603	2.926	3.065	3.633	3.150
- Prozeßkostenhilfverfahren	37	83	77	81	65
Hamburg					
- Eheverfahren	6.378	7.090	6.920	6.894	7.063
- Scheidungsverfahren	6.342	7.077	6.899	6.878	7.040
- andere Eheverfahren	36	13	21	16	23
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	391	555	929	1.283	1.027
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	4.354	4.826	5.160	5.353	5.306
- Prozeßkostenhilfverfahren	61	28	495	47	52
Hessen					
- Eheverfahren	11.185	12.078	13.439	13.026	14.726
- Scheidungsverfahren	11.020	11.902	13.247	12.818	14.493
- andere Eheverfahren	165	176	192	208	233
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	1.082	1.081	1.076	4.701	2.945
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	12.584	13.447	14.682	15.347	16.306
- Prozeßkostenhilfverfahren	213	165	193	160	291
Niedersachsen					
- Eheverfahren	12.938	14.730	16.453	16.640	17.231
- Scheidungsverfahren	12.859	14.627	16.243	16.556	17.169
- andere Eheverfahren	79	103	210	84	62
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	3.267	2.699	2.478	6.675	3.173
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	16.054	17.899	21.092	22.998	22.929
- Prozeßkostenhilfverfahren	417	454	654	1.033	1.299

Bei den Familiengerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 434

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE VERFAHREN NACH DEM GEGENSTAND DES VERFAHRENS	1980	1981	1982	1983	1984
Nordrhein-Westfalen					
- Eheverfahren	41.289	46.385	49.176	49.272	51.167
- Scheidungsverfahren	40.977	46.062	48.880	48.947	50.882
- andere Eheverfahren	312	323	296	325	285
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	6.582	4.996	5.657	14.974	6.372
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	44.957	48.089	54.763	61.323	62.051
- Prozeßkostenhilfverfahren	1.126	980	1.226	1.689	2.104
Rheinland-Pfalz					
- Eheverfahren	7.742	8.594	9.217	9.157	9.462
- Scheidungsverfahren	7.634	8.452	9.104	9.040	9.368
- andere Eheverfahren	108	142	113	117	94
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	2.105	1.946	1.708	5.074	2.449
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	7.690	8.526	9.930	10.491	10.667
- Prozeßkostenhilfverfahren	134	113	127	122	147
Saarland					
- Eheverfahren	2.334	2.751	3.225	3.062	3.366
- Scheidungsverfahren	2.327	2.743	3.202	3.054	3.346
- andere Eheverfahren	7	8	23	8	20
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	1.111	1.030	817	1.911	1.310
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	3.019	3.190	3.432	3.657	3.770
- Prozeßkostenhilfverfahren	22	10	6	2	29
Schleswig-Holstein					
- Eheverfahren	6.291	6.750	7.357	7.171	7.702
- Scheidungsverfahren	6.242	6.712	7.310	7.110	7.631
- andere Eheverfahren	49	38	47	61	71
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	972	1.015	1.034	2.717	1.608
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	6.445	7.320	7.743	8.418	8.379
- Prozeßkostenhilfverfahren	284	272	412	370	471
Bundesgebiet					
- Eheverfahren	132.826	148.025	157.893	158.901	165.198
- Scheidungsverfahren	131.742	146.879	156.587	157.642	163.975
- andere Eheverfahren	1.084	1.146	1.306	1.259	1.223
- Verfahren über abgetr. Scheidungsfolgesachen	18.307	16.690	18.130	49.690	24.182
- Verf. über allein anh. andere Familiensachen	133.047	144.911	162.537	176.960	179.044
- Prozeßkostenhilfverfahren	3.468	3.293	4.847	5.316	6.716

Bei den Familiengerichten mit den Scheidungsverfahren anhängige Folgesachen

Seite 435

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT MIT DEN SCHEIDUNGSVERFAHREN ANHÄNGIGE FOLGESACHEN NACH DEM GEGENSTAND	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- insgesamt	37.509	38.403	39.279	41.181	40.893
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	8.875	9.517	10.018	10.715	10.773
- Regelung des Umgangs	588	512	426	481	488
- Herausgabe eines Kindes	34	46	43	31	40
- Unterhalt für ein Kind	3.052	2.829	2.842	2.843	2.589
- Unterhalt für den Ehegatten	3.691	3.453	3.388	3.603	3.473
- Versorgungsausgleich	16.934	18.186	19.017	19.963	20.256
- Wohnung / Hausrat	2.636	2.362	2.223	2.212	2.049
- eheliches Güterrecht	1.699	1.498	1.322	1.333	1.225
Bayern					
- insgesamt	43.801	46.780	50.175	53.526	53.693
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	9.065	10.334	11.204	12.147	12.191
- Regelung des Umgangs	1.030	929	1.011	1.154	1.258
- Herausgabe eines Kindes	32	17	27	26	15
- Unterhalt für ein Kind	3.637	3.529	3.822	3.929	3.847
- Unterhalt für den Ehegatten	5.353	5.302	5.706	6.058	6.051
- Versorgungsausgleich	17.598	19.863	21.068	22.641	22.844
- Wohnung / Hausrat	4.125	4.009	4.308	4.500	4.414
- eheliches Güterrecht	2.961	2.797	3.029	3.071	3.073
Berlin					
- insgesamt	16.425	19.095	18.916	16.217	17.326
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	2.887	3.422	3.436	2.975	3.380
- Regelung des Umgangs	149	170	139	99	103
- Herausgabe eines Kindes	10	7	4	3	7
- Unterhalt für ein Kind	1.077	1.300	1.248	998	1.041
- Unterhalt für den Ehegatten	1.757	2.159	2.088	1.716	1.792
- Versorgungsausgleich	7.905	8.980	9.158	8.103	8.512
- Wohnung / Hausrat	1.714	1.955	1.853	1.459	1.553
- eheliches Güterrecht	926	1.102	990	864	938
Bremen					
- insgesamt	3.222	3.757	4.711	4.790	4.571
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	897	1.142	1.354	1.418	1.293
- Regelung des Umgangs	58	40	96	76	68
- Herausgabe eines Kindes	0	0	1	3	0
- Unterhalt für ein Kind	90	64	162	151	122
- Unterhalt für den Ehegatten	133	113	308	298	315
- Versorgungsausgleich	1.904	2.275	2.459	2.532	2.436
- Wohnung / Hausrat	74	63	176	173	184
- eheliches Güterrecht	66	60	155	139	153
Hamburg					
- insgesamt	14.211	15.047	14.182	14.223	14.055
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	3.106	3.440	3.337	3.357	3.383
- Regelung des Umgangs	72	49	45	23	22
- Herausgabe eines Kindes	21	17	16	9	14
- Unterhalt für ein Kind	1.134	1.115	1.015	964	904
- Unterhalt für den Ehegatten	1.359	1.250	1.132	1.228	1.067
- Versorgungsausgleich	6.342	7.077	6.899	6.878	7.040
- Wohnung / Hausrat	1.449	1.386	1.186	1.213	1.164
- eheliches Güterrecht	728	713	552	551	461

Bei den Familiengerichten mit den Scheidungsverfahren anhängige Folgesachen

Seite 436

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT MIT DEN SCHEIDUNGSVERFAHREN ANHÄNGIGE FOLGESACHEN NACH DEM GEGENSTAND	1980	1981	1982	1983	1984
Hessen					
- insgesamt	28.630	31.411	35.594	35.925	39.759
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	4.625	5.197	6.018	5.943	6.835
- Regelung des Umgangs	483	526	568	596	530
- Herausgabe eines Kindes	23	25	13	21	15
- Unterhalt für ein Kind	2.352	2.443	2.950	3.263	3.312
- Unterhalt für den Ehegatten	4.101	4.505	5.212	5.722	6.094
- Versorgungsausgleich	11.020	11.902	13.247	12.818	14.493
- Wohnung / Hausrat	3.537	3.976	4.392	4.488	4.844
- eheliches Güterrecht	2.489	2.837	3.194	3.074	3.636
Niedersachsen					
- insgesamt	33.259	37.171	40.745	39.007	39.879
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	6.893	8.057	9.007	9.259	9.680
- Regelung des Umgangs	839	721	899	829	817
- Herausgabe eines Kindes	30	33	30	33	27
- Unterhalt für ein Kind	3.056	3.291	3.413	2.864	2.787
- Unterhalt für den Ehegatten	3.920	4.290	4.634	3.963	3.991
- Versorgungsausgleich	12.859	14.627	16.243	16.556	17.169
- Wohnung / Hausrat	3.335	3.637	3.898	3.295	3.242
- eheliches Güterrecht	2.327	2.515	2.621	2.208	2.166
Nordrhein-Westfalen					
- insgesamt	88.722	94.854	97.734	95.957	97.797
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	18.987	21.932	24.100	23.762	24.707
- Regelung des Umgangs	1.442	1.234	1.177	988	978
- Herausgabe eines Kindes	89	88	70	50	83
- Unterhalt für ein Kind	5.857	5.500	5.179	4.772	4.451
- Unterhalt für den Ehegatten	9.084	8.643	8.042	7.707	7.626
- Versorgungsausgleich	40.977	46.062	48.880	48.947	50.882
- Wohnung / Hausrat	7.484	7.046	6.375	6.050	5.628
- eheliches Güterrecht	4.802	4.349	3.911	3.681	3.442
Rheinland-Pfalz					
- insgesamt	19.433	21.448	23.563	23.503	24.405
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	4.004	4.454	5.000	4.836	4.953
- Regelung des Umgangs	359	326	360	341	325
- Herausgabe eines Kindes	13	22	33	27	22
- Unterhalt für ein Kind	1.707	1.894	2.101	2.138	2.143
- Unterhalt für den Ehegatten	2.548	2.821	3.179	3.397	3.439
- Versorgungsausgleich	7.634	8.452	9.104	9.040	9.368
- Wohnung / Hausrat	1.774	2.000	2.168	2.172	2.422
- eheliches Güterrecht	1.394	1.479	1.617	1.552	1.733
Saarland					
- insgesamt	5.369	5.078	7.077	6.873	7.636
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	1.113	1.302	1.756	1.657	1.849
- Regelung des Umgangs	88	49	64	70	46
- Herausgabe eines Kindes	12	3	4	6	7
- Unterhalt für ein Kind	332	152	387	400	433
- Unterhalt für den Ehegatten	612	342	697	724	860
- Versorgungsausgleich	2.327	2.743	3.202	3.054	3.346
- Wohnung / Hausrat	493	293	566	574	636
- eheliches Güterrecht	392	194	401	388	459

Bei den Familiengerichten mit den Scheidungsverfahren anhängige Folgesachen

Seite 437

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT MIT DEN SCHEIDUNGSVERFAHREN ANHÄNGIGE FOLGESACHEN NACH DEM GEGENSTAND	1980	1981	1982	1983	1984
Schleswig-Holstein					
- insgesamt	15.303	15.114	15.769	15.486	16.163
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	3.129	3.384	3.792	3.775	4.071
- Regelung des Umgangs	108	87	95	115	122
- Herausgabe eines Kindes	1	10	9	7	6
- Unterhalt für ein Kind	1.360	1.143	1.083	1.077	1.027
- Unterhalt für den Ehegatten	1.830	1.604	1.492	1.479	1.418
- Versorgungsausgleich	6.242	6.712	7.310	7.110	7.631
- Wohnung / Hausrat	1.575	1.289	1.181	1.131	1.099
- eheliches Güterrecht	1.058	885	807	772	789
Bundesgebiet					
- insgesamt	305.884	328.158	347.744	346.688	356.173
davon betrafen					
- Regelung der elterlichen Sorge	63.581	72.181	79.022	79.844	83.113
- Regelung des Umgangs	5.216	4.643	4.880	4.772	4.757
- Herausgabe eines Kindes	265	268	250	216	236
- Unterhalt für ein Kind	23.654	23.260	24.202	23.399	22.656
- Unterhalt für den Ehegatten	34.388	34.482	35.878	35.895	36.126
- Versorgungsausgleich	131.742	146.879	156.587	157.642	163.975
- Wohnung / Hausrat	28.196	28.016	28.326	27.267	27.235
- eheliches Güterrecht	18.842	18.429	18.599	17.653	18.075

Bei den Familiengerichten erledigte Eheverfahren nach der Art der Erledigung

Seite 438

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE EHEVERFAHREN NACH DER ART DER ERLEDIGUNG	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- Urteil	13.096	14.254	14.920	15.851	16.443
- Beschluß 1)	84	75	73	86	75
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	1.548	1.555	1.561	1.637	1.506
- auf andere Weise	2.343	2.437	2.576	2.541	2.408
Bayern					
- Urteil	13.708	15.791	16.803	18.529	19.055
- Beschluß 1)	40	43	48	50	34
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	1.588	1.486	1.496	1.569	1.467
- auf andere Weise	2.398	2.692	2.906	2.669	2.457
Berlin					
- Urteil	5.584	6.594	6.796	6.001	6.551
- Beschluß 1)	3	1	0	1	1
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	996	934	821	777	799
- auf andere Weise	1.350	1.463	1.573	1.342	1.176
Bremen					
- Urteil	1.479	1.860	1.971	2.098	2.022
- Beschluß 1)	26	36	29	35	26
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	139	142	163	167	140
- auf andere Weise	287	284	370	326	323
Hamburg					
- Urteil	4.572	5.106	4.831	5.041	5.295
- Beschluß 1)	5	9	14	13	26
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	795	803	812	733	726
- auf andere Weise	1.006	1.172	1.263	1.107	1.016
Hessen					
- Urteil	8.577	9.425	10.597	10.272	12.184
- Beschluß 1)	111	76	66	68	55
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	805	756	847	868	811
- auf andere Weise	1.692	1.821	1.929	1.818	1.676
Niedersachsen					
- Urteil	9.966	11.598	13.076	13.399	14.373
- Beschluß 1)	56	58	130	71	39
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	1.355	1.305	1.393	1.361	1.235
- auf andere Weise	1.561	1.769	1.854	1.809	1.584
Nordrhein-Westfalen					
- Urteil	28.875	33.441	35.718	36.652	39.705
- Beschluß 1)	242	236	277	286	229
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	4.566	4.519	4.500	4.311	4.169
- auf andere Weise	7.606	8.189	8.681	8.023	7.064
Rheinland-Pfalz					
- Urteil	5.674	6.334	7.067	6.863	7.383
- Beschluß 1)	21	36	42	62	42
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	855	858	851	933	809
- auf andere Weise	1.192	1.366	1.257	1.299	1.228
Saarland					
- Urteil	1.600	2.039	2.498	2.331	2.655
- Beschluß 1)	5	19	12	3	11
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	283	278	310	309	321
- auf andere Weise	446	415	405	419	379

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Familiengerichten erledigte Eheverfahren nach der Art der Erledigung

Seite 439

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE EHEVERFAHREN NACH DER ART DER ERLEDIGUNG	1980	1981	1982	1983	1984
Schleswig-Holstein					
- Urteil	4.717	5.150	5.735	5.655	6.287
- Beschluß 1)	77	77	86	102	91
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	673	625	668	634	663
- auf andere Weise	824	898	868	780	661
Bundesgebiet					
- Urteil	97.848	111.592	120.012	122.692	131.951
- Beschluß 1)	670	666	777	777	629
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	13.603	13.261	13.422	13.299	12.646
- auf andere Weise	20.705	22.506	23.682	22.133	19.972

1) ohne Beschluß wegen: Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb, Abgabe an ein anderes Gericht,
Verbindung mit einer anderen Sache

Bei den Familiengerichten erledigte Verfahren über abgetrennte Folgesachen und allein anhängige andere Familien- Seite 440
 Familiensachen sowie Prozeßkostenhilfverfahren nach der Art der Erledigung

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE ANDERE VERFAHREN NACH DER ART DER ERLEDIGUNG	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- Urteil	3.427	3.745	4.409	4.826	5.097
- Beschluß 1)	4.092	4.530	4.819	7.570	5.645
- Vergleich	2.644	2.839	3.255	3.613	3.956
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	1.405	1.518	1.786	1.915	2.011
- auf andere Weise	2.642	2.967	3.346	3.473	3.697
Bayern					
- Urteil	3.933	4.168	4.923	5.404	5.326
- Beschluß 1)	5.486	5.970	6.488	11.126	7.167
- Vergleich	3.640	3.721	4.408	4.921	5.369
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	2.284	2.466	2.751	2.784	2.960
- auf andere Weise	3.396	3.838	4.869	4.540	4.488
Berlin					
- Urteil	1.690	1.910	1.899	1.784	2.006
- Beschluß 1)	1.874	2.344	2.170	3.497	2.529
- Vergleich	598	666	640	777	785
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	802	907	951	931	1.054
- auf andere Weise	1.371	1.550	1.602	1.633	1.708
Bremen					
- Urteil	516	659	596	775	674
- Beschluß 1)	797	899	891	2.189	1.186
- Vergleich	477	532	599	621	592
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	358	415	395	466	419
- auf andere Weise	520	609	1.103	766	591
Hamburg					
- Urteil	976	1.014	1.116	1.172	1.209
- Beschluß 1)	1.321	1.440	1.758	2.153	1.878
- Vergleich	1.069	1.125	1.549	1.413	1.376
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	531	549	654	557	626
- auf andere Weise	909	1.281	1.507	1.398	1.296
Hessen					
- Urteil	2.525	2.876	3.226	3.468	3.685
- Beschluß 1)	4.956	4.913	5.088	8.658	7.174
- Vergleich	2.270	2.425	2.653	2.847	3.115
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	1.408	1.502	1.689	1.756	1.822
- auf andere Weise	2.720	2.977	3.295	3.479	3.746
Niedersachsen					
- Urteil	4.104	4.623	5.366	6.275	6.509
- Beschluß 1)	7.878	7.783	8.666	13.499	9.953
- Vergleich	2.726	2.967	3.589	3.818	4.027
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	1.931	2.167	2.550	2.741	2.912
- auf andere Weise	3.099	3.512	4.053	4.373	4.000
Nordrhein-Westfalen					
- Urteil	10.871	12.143	14.313	15.853	17.242
- Beschluß 1)	18.175	16.783	17.357	30.048	21.082
- Vergleich	7.980	8.127	9.322	10.152	11.074
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	5.266	5.546	6.360	7.140	7.334
- auf andere Weise	10.373	11.466	14.294	14.793	13.795

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Familiengerichten erledigte Verfahren über abgetrennte Folgesachen und allein anhängige andere Familien- Seite 441
 Familiensachen sowie Prozeßkostenhilfverfahren nach der Art der Erledigung

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE ANDERE VERFAHREN NACH DER ART DER ERLEDIGUNG	1980	1981	1982	1983	1984
Rheinland-Pfalz					
- Urteil	1.695	1.791	2.215	2.210	2.267
- Beschluß 1)	3.857	3.940	3.983	7.535	4.969
- Vergleich	1.500	1.706	1.948	2.152	2.215
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	1.006	1.132	1.347	1.442	1.493
- auf andere Weise	1.871	2.016	2.272	2.348	2.319
Saarland					
- Urteil	604	684	768	853	948
- Beschluß 1)	1.881	1.783	1.484	2.724	2.057
- Vergleich	716	695	745	785	812
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	337	364	450	435	484
- auf andere Weise	614	704	808	773	808
Schleswig-Holstein					
- Urteil	1.850	1.988	2.265	2.431	2.487
- Beschluß 1)	2.917	3.280	3.099	5.214	4.319
- Vergleich	891	1.030	1.113	1.145	1.177
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	696	738	865	923	951
- auf andere Weise	1.347	1.571	1.847	1.792	1.524
Bundesgebiet					
- Urteil	32.191	35.601	41.096	45.051	47.452
- Beschluß 1)	53.234	56.665	55.803	94.213	67.959
- Vergleich	24.511	25.833	29.821	32.244	34.498
- Zurücknahme des Antrags oder der Klage	16.024	17.304	19.798	21.090	22.066
- auf andere Weise	28.862	32.491	38.996	39.368	37.970

1) ohne Beschluß wegen: Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb, Abgabe an das Gericht der Ehesache
 oder an ein anderes Gericht, Verbindung mit einer anderen Sache

Bei den Familiengerichten erledigte Eheverfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 442

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE EHEVERFAHREN NACH DEM GEBÜHRENSTREITWERT (in Prozent)	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	12.7	10.7	10.4	9.4	8.1
- bis einschließlich 6.000 DM	26.3	22.3	21.7	20.2	18.4
- bis einschließlich 10.000 DM	61.2	56.9	54.5	51.9	49.5
- bis einschließlich 50.000 DM	98.2	98.2	98.4	98.1	98.3
- bis einschließlich 100.000 DM	99.3	99.2	99.4	99.2	99.3
- mehr als 100.000 DM	0.7	0.8	0.6	0.8	0.7
Bayern					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	8.1	6.3	6.6	4.8	3.9
- bis einschließlich 6.000 DM	18.5	15.5	16.4	14.0	13.0
- bis einschließlich 10.000 DM	55.0	49.8	49.2	45.4	44.5
- bis einschließlich 50.000 DM	97.1	96.6	96.8	96.6	96.1
- bis einschließlich 100.000 DM	98.9	98.7	98.8	98.7	98.5
- mehr als 100.000 DM	1.1	1.3	1.2	1.3	1.5
Berlin					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	11.0	11.3	11.4	10.7	9.7
- bis einschließlich 6.000 DM	24.9	23.6	23.5	24.0	22.8
- bis einschließlich 10.000 DM	64.8	58.8	57.6	55.0	53.1
- bis einschließlich 50.000 DM	99.3	99.4	99.4	99.3	99.1
- bis einschließlich 100.000 DM	99.8	99.8	99.7	99.8	99.7
- mehr als 100.000 DM	0.2	0.2	0.3	0.2	0.3
Bremen					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	16.9	13.7	12.8	11.3	9.1
- bis einschließlich 6.000 DM	29.1	23.6	22.8	22.4	22.8
- bis einschließlich 10.000 DM	68.0	63.3	61.7	59.7	58.7
- bis einschließlich 50.000 DM	99.0	99.0	98.7	98.5	98.4
- bis einschließlich 100.000 DM	99.7	99.7	99.6	99.5	99.2
- mehr als 100.000 DM	0.3	0.3	0.4	0.5	0.8
Hamburg					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	6.2	7.0	7.3	5.9	6.2
- bis einschließlich 6.000 DM	20.9	20.1	21.9	21.5	21.2
- bis einschließlich 10.000 DM	49.4	47.5	49.6	47.1	47.7
- bis einschließlich 50.000 DM	97.3	97.8	98.0	97.5	97.7
- bis einschließlich 100.000 DM	99.1	99.2	99.2	99.2	99.2
- mehr als 100.000 DM	0.9	0.8	0.8	0.8	0.8
Hessen					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	16.1	13.8	12.8	12.1	9.9
- bis einschließlich 6.000 DM	27.2	23.3	23.6	22.1	19.8
- bis einschließlich 10.000 DM	57.9	53.4	52.8	49.7	46.5
- bis einschließlich 50.000 DM	98.1	97.4	97.7	97.5	97.8
- bis einschließlich 100.000 DM	99.4	99.0	99.2	99.2	99.1
- mehr als 100.000 DM	0.6	1.0	0.8	0.8	0.9
Niedersachsen					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	14.0	11.2	10.2	8.2	5.7
- bis einschließlich 6.000 DM	28.5	24.7	24.2	22.0	18.9
- bis einschließlich 10.000 DM	63.2	59.3	57.5	56.2	53.2
- bis einschließlich 50.000 DM	98.2	98.5	98.2	98.2	98.1
- bis einschließlich 100.000 DM	99.5	99.5	99.5	99.4	99.2
- mehr als 100.000 DM	0.5	0.5	0.5	0.6	0.8

Bei den Familiengerichten erledigte Eheverfahren nach dem Gebührenstreitwert

Seite 443

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE EHEVERFAHREN NACH DEM GEBÜHRENSTREITWERT (in Prozent)	1980	1981	1982	1983	1984
Nordrhein-Westfalen					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	14.8	12.6	11.6	10.8	9.6
- bis einschließlich 6.000 DM	30.1	27.2	27.6	26.5	24.2
- bis einschließlich 10.000 DM	65.6	62.9	63.7	62.3	60.7
- bis einschließlich 50.000 DM	98.6	98.7	98.9	98.8	98.7
- bis einschließlich 100.000 DM	99.5	99.5	99.6	99.6	99.5
- mehr als 100.000 DM	0.5	0.5	0.4	0.4	0.5
Rheinland-Pfalz					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	12.3	12.6	12.0	12.1	8.4
- bis einschließlich 6.000 DM	30.0	29.0	31.0	30.2	25.6
- bis einschließlich 10.000 DM	64.5	63.4	62.2	63.5	59.7
- bis einschließlich 50.000 DM	98.1	98.2	98.0	98.1	98.0
- bis einschließlich 100.000 DM	99.4	99.3	99.3	99.3	99.1
- mehr als 100.000 DM	0.6	0.7	0.7	0.7	0.9
Saarland					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	19.2	20.3	19.0	18.9	17.5
- bis einschließlich 6.000 DM	36.3	35.5	38.6	37.5	34.3
- bis einschließlich 10.000 DM	76.6	75.8	78.9	79.5	75.7
- bis einschließlich 50.000 DM	98.7	99.5	99.3	99.2	99.3
- bis einschließlich 100.000 DM	99.8	99.9	99.9	99.7	99.7
- mehr als 100.000 DM	0.2	0.1	0.1	0.3	0.3
Schleswig-Holstein					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	19.4	11.1	9.9	8.5	8.1
- bis einschließlich 6.000 DM	31.9	22.7	22.7	21.1	20.5
- bis einschließlich 10.000 DM	64.2	59.1	59.5	57.6	57.2
- bis einschließlich 50.000 DM	98.4	98.5	99.0	98.7	98.8
- bis einschließlich 100.000 DM	99.4	99.5	99.5	99.5	99.6
- mehr als 100.000 DM	0.6	0.5	0.5	0.5	0.4
Bundesgebiet					
- 4.000 DM (Mindestgebührenstreitwert)	13.2	11.2	10.7	9.5	8.1
- bis einschließlich 6.000 DM	27.1	23.9	24.3	22.8	20.9
- bis einschließlich 10.000 DM	62.0	58.4	58.0	56.0	54.1
- bis einschließlich 50.000 DM	98.2	98.2	98.3	98.2	98.1
- bis einschließlich 100.000 DM	99.4	99.3	99.4	99.3	99.2
- mehr als 100.000 DM	0.6	0.7	0.6	0.7	0.8

Bei den Familiengerichten erledigte Verfahren über abgetrennte Folgesachen
und allein anhängige andere Familiensachen nach dem Gebührenstreitwert

Seite 444

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE ANDERE VERFAHREN NACH DEM GEBÜHRENSTREITWERT (in Prozent)		1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg						
- bis einschließlich 3.000 DM		48.8	48.1	46.6	48.0	41.3
- bis einschließlich 5.000 DM		76.2	73.5	72.6	72.6	69.0
- bis einschließlich 10.000 DM		90.5	89.4	88.6	88.6	87.0
- bis einschließlich 50.000 DM		99.2	99.2	99.1	98.9	98.7
- bis einschließlich 100.000 DM		99.7	99.6	99.6	99.5	99.5
- mehr als 100.000 DM		0.3	0.4	0.4	0.5	0.5
Bayern						
- bis einschließlich 3.000 DM		42.6	41.9	42.3	48.3	39.8
- bis einschließlich 5.000 DM		75.6	73.3	72.4	74.2	68.7
- bis einschließlich 10.000 DM		91.3	89.5	88.0	88.9	85.3
- bis einschließlich 50.000 DM		99.4	99.2	98.9	99.0	98.6
- bis einschließlich 100.000 DM		99.7	99.7	99.5	99.6	99.3
- mehr als 100.000 DM		0.3	0.3	0.5	0.4	0.7
Berlin						
- bis einschließlich 3.000 DM		39.7	37.9	36.7	44.3	38.4
- bis einschließlich 5.000 DM		80.5	79.2	78.7	80.3	77.1
- bis einschließlich 10.000 DM		93.5	91.8	91.3	92.2	90.3
- bis einschließlich 50.000 DM		99.6	99.6	99.5	99.7	99.3
- bis einschließlich 100.000 DM		99.9	99.8	99.8	99.9	99.7
- mehr als 100.000 DM		0.1	0.2	0.2	0.1	0.3
Bremen						
- bis einschließlich 3.000 DM		41.7	42.3	49.0	50.9	39.2
- bis einschließlich 5.000 DM		80.0	76.9	79.6	80.6	74.7
- bis einschließlich 10.000 DM		92.8	91.0	92.1	92.7	89.7
- bis einschließlich 50.000 DM		99.8	99.5	99.7	99.7	99.4
- bis einschließlich 100.000 DM		100.0	99.8	99.9	99.9	99.8
- mehr als 100.000 DM		0.0	0.2	0.1	0.1	0.2
Hamburg						
- bis einschließlich 3.000 DM		46.3	50.6	51.3	52.9	51.4
- bis einschließlich 5.000 DM		80.1	79.3	78.8	78.4	77.4
- bis einschließlich 10.000 DM		93.1	93.5	91.9	92.1	91.2
- bis einschließlich 50.000 DM		99.6	99.3	99.3	99.3	99.1
- bis einschließlich 100.000 DM		99.9	99.8	99.8	99.8	99.7
- mehr als 100.000 DM		0.1	0.2	0.2	0.2	0.3
Hessen						
- bis einschließlich 3.000 DM		47.2	45.4	44.1	52.8	46.7
- bis einschließlich 5.000 DM		79.5	78.5	76.5	79.9	76.2
- bis einschließlich 10.000 DM		92.5	91.8	91.0	92.0	90.4
- bis einschließlich 50.000 DM		99.6	99.4	99.4	99.5	99.4
- bis einschließlich 100.000 DM		99.9	99.8	99.8	99.8	99.8
- mehr als 100.000 DM		0.1	0.2	0.2	0.2	0.2
Niedersachsen						
- bis einschließlich 3.000 DM		49.9	46.9	46.7	49.9	44.4
- bis einschließlich 5.000 DM		80.8	78.6	77.5	78.1	74.7
- bis einschließlich 10.000 DM		93.9	92.9	92.4	92.6	91.1
- bis einschließlich 50.000 DM		99.7	99.5	99.5	99.5	99.3
- bis einschließlich 100.000 DM		99.9	99.9	99.9	99.9	99.7
- mehr als 100.000 DM		0.1	0.1	0.1	0.1	0.3

Bei den Familiengerichten erledigte Verfahren über abgetrennte Folgesachen
und allein anhängige andere Familiensachen nach dem Gebührenstreitwert

Seite 445

Frage: C. (B. I. 2. a)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE ANDERE VERFAHREN NACH DEM GEBÜHRENSTREITWERT (in Prozent)		1980	1981	1982	1983	1984
Nordrhein-Westfalen						
- bis einschließlich	3.000 DM	48.0	46.0	50.7	45.5	42.5
- bis einschließlich	5.000 DM	78.3	76.0	79.9	75.0	71.6
- bis einschließlich	10.000 DM	92.5	91.2	92.0	90.6	89.0
- bis einschließlich	50.000 DM	99.5	99.5	99.5	99.4	99.3
- bis einschließlich	100.000 DM	99.8	99.8	99.8	99.8	99.8
- mehr als	100.000 DM	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Rheinland-Pfalz						
- bis einschließlich	3.000 DM	53.6	50.8	56.2	47.4	47.1
- bis einschließlich	5.000 DM	82.0	79.4	82.2	77.5	77.2
- bis einschließlich	10.000 DM	93.6	92.1	93.2	92.2	91.8
- bis einschließlich	50.000 DM	99.5	99.4	99.4	99.5	99.3
- bis einschließlich	100.000 DM	99.9	99.8	99.7	99.8	99.8
- mehr als	100.000 DM	0.1	0.2	0.3	0.2	0.2
Saarland						
- bis einschließlich	3.000 DM	51.3	51.7	55.7	48.7	51.9
- bis einschließlich	5.000 DM	79.3	78.5	80.2	76.2	77.8
- bis einschließlich	10.000 DM	92.5	92.2	92.3	91.5	91.0
- bis einschließlich	50.000 DM	99.5	99.7	99.6	99.3	99.4
- bis einschließlich	100.000 DM	100.0	99.9	99.8	99.8	99.8
- mehr als	100.000 DM	0.0	0.1	0.2	0.2	0.2
Schleswig-Holstein						
- bis einschließlich	3.000 DM	53.8	53.7	55.0	58.8	54.1
- bis einschließlich	5.000 DM	79.9	79.6	80.3	81.9	78.9
- bis einschließlich	10.000 DM	92.8	92.3	92.6	93.0	91.9
- bis einschließlich	50.000 DM	99.6	99.4	99.5	99.5	99.2
- bis einschließlich	100.000 DM	99.8	99.8	99.8	99.8	99.7
- mehr als	100.000 DM	0.2	0.2	0.2	0.2	0.3
Bundesgebiet						
- bis einschließlich	3.000 DM	47.8	46.3	45.8	51.0	43.9
- bis einschließlich	5.000 DM	78.7	76.7	75.7	77.5	73.2
- bis einschließlich	10.000 DM	92.5	91.3	90.7	91.4	89.3
- bis einschließlich	50.000 DM	99.5	99.4	99.3	99.4	99.2
- bis einschließlich	100.000 DM	99.8	99.8	99.8	99.8	99.7
- mehr als	100.000 DM	0.2	0.2	0.2	0.2	0.3

Bei den Familiengerichten erledigte Eheverfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 446

Frage: C. (B. I. 2. b)

FAMILIENGERICHT		1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE EHEVERFAHREN NACH DER						
DAUER DES VERFAHRENS (in Prozent)						
Baden-Württemberg						
- bis einschließlich 6 Monate		34.1	33.3	34.8	34.3	34.7
- bis einschließlich 12 Monate		69.3	68.6	70.4	71.1	72.9
- bis einschließlich 24 Monate		96.2	95.6	96.0	96.0	96.1
- mehr als 24 Monate		3.8	4.4	4.0	4.0	3.9
Bayern						
- bis einschließlich 6 Monate		36.2	35.0	36.0	36.4	38.8
- bis einschließlich 12 Monate		71.3	71.0	72.7	73.5	77.4
- bis einschließlich 24 Monate		96.3	96.1	95.9	96.4	97.0
- mehr als 24 Monate		3.7	3.9	4.1	3.6	3.0
Berlin						
- bis einschließlich 6 Monate		31.8	30.8	31.2	32.2	29.5
- bis einschließlich 12 Monate		57.5	58.2	61.1	63.6	62.8
- bis einschließlich 24 Monate		92.7	90.6	92.3	93.7	94.0
- mehr als 24 Monate		7.3	9.4	7.7	6.3	6.0
Bremen						
- bis einschließlich 6 Monate		23.4	31.1	21.9	21.4	23.9
- bis einschließlich 12 Monate		55.8	62.8	54.4	54.6	60.9
- bis einschließlich 24 Monate		94.0	93.0	93.2	89.8	92.3
- mehr als 24 Monate		6.0	7.0	6.8	10.2	7.7
Hamburg						
- bis einschließlich 6 Monate		34.9	33.9	38.4	34.9	33.3
- bis einschließlich 12 Monate		62.3	62.8	69.8	65.6	65.1
- bis einschließlich 24 Monate		94.4	96.3	97.0	97.0	94.8
- mehr als 24 Monate		5.6	3.7	3.0	3.0	5.2
Hessen						
- bis einschließlich 6 Monate		37.9	35.1	34.3	32.9	30.2
- bis einschließlich 12 Monate		67.5	65.7	65.2	64.5	65.3
- bis einschließlich 24 Monate		94.1	92.8	92.9	92.3	92.7
- mehr als 24 Monate		5.9	7.2	7.1	7.7	7.3
Niedersachsen						
- bis einschließlich 6 Monate		41.8	38.0	37.4	35.7	35.4
- bis einschließlich 12 Monate		72.8	69.5	68.2	69.2	70.8
- bis einschließlich 24 Monate		95.0	95.0	94.1	93.6	94.4
- mehr als 24 Monate		5.0	5.0	5.9	6.4	5.6
Nordrhein-Westfalen						
- bis einschließlich 6 Monate		40.4	36.3	36.4	36.0	33.8
- bis einschließlich 12 Monate		70.3	68.6	69.6	70.3	69.7
- bis einschließlich 24 Monate		94.6	94.7	94.8	94.9	94.6
- mehr als 24 Monate		5.4	5.3	5.2	5.1	5.4
Rheinland-Pfalz						
- bis einschließlich 6 Monate		47.5	43.3	46.0	44.7	42.3
- bis einschließlich 12 Monate		74.5	73.8	75.4	75.3	75.7
- bis einschließlich 24 Monate		95.1	95.3	96.3	96.0	96.0
- mehr als 24 Monate		4.9	4.7	3.7	4.0	4.0
Saarland						
- bis einschließlich 6 Monate		41.5	32.4	32.7	32.6	29.5
- bis einschließlich 12 Monate		69.3	62.1	60.9	63.8	61.8
- bis einschließlich 24 Monate		91.3	92.3	90.6	91.5	91.9
- mehr als 24 Monate		8.7	7.7	9.4	8.5	8.1

Bei den Familiengerichten erledigte Eheverfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 447

Frage: C. (B. I. 2. b)

FAMILIENGERICHT						
ERLEDIGTE EHEVERFAHREN NACH DER		1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS (in Prozent)						
Schleswig-Holstein						
- bis einschließlich 6 Monate		28.8	25.6	26.2	26.3	24.8
- bis einschließlich 12 Monate		55.9	54.9	56.0	58.1	58.6
- bis einschließlich 24 Monate		89.8	90.1	90.4	91.9	91.1
- mehr als 24 Monate		10.2	9.9	9.6	8.1	8.9
Bundesgebiet						
- bis einschließlich 6 Monate		37.8	34.1	34.1	33.4	34.0
- bis einschließlich 12 Monate		68.5	65.3	65.8	66.3	69.9
- bis einschließlich 24 Monate		94.6	93.8	93.9	93.9	94.7
- mehr als 24 Monate		5.4	6.2	6.1	6.1	5.3

Bei den Familiengerichten erledigte Verfahren über abgetrennte Folgesachen
und allein anhängige andere Familiensachen nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 448

Frage: C. (B. I. 2. b)

FAMILIENGERICHT		1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE ANDERE VERFAHREN NACH DER DAUER DES VERFAHRENS (in Prozent)						
Baden-Württemberg						
- bis einschließlich 6 Monate		74.4	73.6	74.9	66.5	71.8
- bis einschließlich 12 Monate		91.5	91.1	91.6	85.7	89.3
- bis einschließlich 24 Monate		98.6	98.3	98.4	97.0	97.4
- mehr als 24 Monate		1.4	1.7	1.6	3.0	2.6
Bayern						
- bis einschließlich 6 Monate		79.5	78.5	79.8	70.2	78.2
- bis einschließlich 12 Monate		93.6	93.1	93.8	87.4	92.8
- bis einschließlich 24 Monate		98.8	98.5	98.6	98.3	98.5
- mehr als 24 Monate		1.2	1.5	1.4	1.7	1.5
Berlin						
- bis einschließlich 6 Monate		70.7	65.4	69.7	60.8	65.6
- bis einschließlich 12 Monate		89.4	86.0	88.4	82.2	85.1
- bis einschließlich 24 Monate		98.4	96.7	97.3	96.4	96.0
- mehr als 24 Monate		1.6	3.3	2.7	3.6	4.0
Bremen						
- bis einschließlich 6 Monate		70.3	70.8	63.4	61.3	63.5
- bis einschließlich 12 Monate		91.0	91.1	86.6	84.2	86.5
- bis einschließlich 24 Monate		98.9	98.8	97.3	95.6	95.5
- mehr als 24 Monate		1.1	1.2	2.7	4.4	4.5
Hamburg						
- bis einschließlich 6 Monate		70.4	71.4	73.0	66.8	68.4
- bis einschließlich 12 Monate		88.8	89.9	90.6	86.0	86.7
- bis einschließlich 24 Monate		98.2	98.3	98.6	97.9	96.1
- mehr als 24 Monate		1.8	1.7	1.4	2.1	3.9
Hessen						
- bis einschließlich 6 Monate		70.9	71.4	72.5	59.7	64.6
- bis einschließlich 12 Monate		88.8	88.5	89.6	79.7	82.5
- bis einschließlich 24 Monate		97.6	97.1	97.4	94.4	94.0
- mehr als 24 Monate		2.4	2.9	2.6	5.6	6.0
Niedersachsen						
- bis einschließlich 6 Monate		71.0	72.3	74.2	65.5	72.0
- bis einschließlich 12 Monate		87.5	88.2	90.5	83.0	88.5
- bis einschließlich 24 Monate		97.5	96.8	97.3	94.7	96.4
- mehr als 24 Monate		2.5	3.2	2.7	5.3	3.6
Nordrhein-Westfalen						
- bis einschließlich 6 Monate		71.4	71.6	74.9	66.8	70.1
- bis einschließlich 12 Monate		87.8	88.5	91.2	85.5	87.9
- bis einschließlich 24 Monate		97.6	96.9	97.7	96.3	96.2
- mehr als 24 Monate		2.4	3.1	2.3	3.7	3.8
Rheinland-Pfalz						
- bis einschließlich 6 Monate		67.7	68.9	73.9	60.8	69.9
- bis einschließlich 12 Monate		86.6	87.0	89.9	79.2	86.5
- bis einschließlich 24 Monate		98.2	97.1	96.9	93.7	95.1
- mehr als 24 Monate		1.8	2.9	3.1	6.3	4.9
Saarland						
- bis einschließlich 6 Monate		55.7	56.0	64.9	55.9	57.3
- bis einschließlich 12 Monate		76.3	74.1	84.0	76.1	77.9
- bis einschließlich 24 Monate		95.4	90.3	92.8	90.3	89.3
- mehr als 24 Monate		4.6	9.7	7.2	9.7	10.7

Bei den Familiengerichten erledigte Verfahren über abgetrennte Folgesachen
und allein anhängige andere Familiensachen nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 449

Frage: C. (B. I. 2. b)

FAMILIENGERICHT ERLEDIGTE ANDERE VERFAHREN NACH DER DAUER DES VERFAHRENS (in Prozent)	1980	1981	1982	1983	1984
Schleswig-Holstein					
- bis einschließlich 6 Monate	69.0	65.7	67.6	60.0	61.3
- bis einschließlich 12 Monate	86.8	86.0	87.5	82.3	82.8
- bis einschließlich 24 Monate	97.6	96.2	96.6	95.5	94.3
- mehr als 24 Monate	2.4	3.8	3.4	4.5	5.7
Bundesgebiet					
- bis einschließlich 6 Monate	71.7	71.5	74.0	65.0	69.8
- bis einschließlich 12 Monate	88.6	88.7	90.7	84.0	87.4
- bis einschließlich 24 Monate	97.9	97.1	97.6	95.9	96.1
- mehr als 24 Monate	2.1	2.9	2.4	4.1	3.9

Zahl der bei den Familiengerichten tätig gewesenen Richter

Seite 450

Frage: C. (B. I. 3. a)

RICHTER AMTSGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
FAMILIENSACHEN					
Baden-Württemberg	111	115	117	117	120
Bayern	134	136	139	142	144
Berlin	49	53	52	49	52
Bremen	14	19	18	19	19
Hamburg	36	41	42	41	41
Hessen	86	93	93	95	95
Niedersachsen	100	105	112	115	119
Nordrhein-Westfalen	301	322	332	342	345
Rheinland-Pfalz	63	65	64	64	63
Saarland	18	19	20	20	20
Schleswig-Holstein	44	47	47	49	50
Bundesgebiet	954	1.015	1.036	1.055	1.068

Zahl der bei den Familiengerichten tätig gewesenen Kräfte des gehobenen Dienstes

Seite 451

Frage: C. (B. I. 3. b)

GEHOBERER DIENST AMTSGERICHT					
	1980	1981	1982	1983	1984
FAMILIENSACHEN					
Baden-Württemberg	53	58	58	58	57
Bayern	65	68	66	65	64
Berlin	10	12	14	14	15
Bremen	4	6	5	5	5
Hamburg	8	8	8	8	8
Hessen	23	28	27	39	25
Niedersachsen	41	43	43	43	44
Nordrhein-Westfalen	72	83	88	92	94
Rheinland-Pfalz	19	19	19	19	19
Saarland	5	5	5	6	6
Schleswig-Holstein	12	14	15	15	15
Bundesgebiet	312	344	348	363	352

Zahl der bei den Familiengerichten tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes
und des Schreibdienstes

Seite 452

Frage: C. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENSTETE AMTSGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
FAMILIENSACHEN					
Baden-Württemberg	187	196	198	202	203
Bayern	232	242	245	259	263
Berlin	86	90	93	86	83
Bremen	28	38	39	40	36
Hamburg	80	85	87	88	85
Hessen	156	166	168	163	181
Niedersachsen	187	203	219	228	231
Nordrhein-Westfalen	499	539	563	589	589
Rheinland-Pfalz	99	107	115	121	115
Saarland	34	36	36	41	40
Schleswig-Holstein	78	84	85	88	95
Bundesgebiet	1.667	1.785	1.849	1.904	1.921

Bei den Familiengerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 453

Frage: C. (B. I. 4. a)

FAMILIENGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / RICHTER					
Baden-Württemberg					
- anhängige Verfahren / Richter	511,07	530,05	578,22	604,07	575,00
- erledigte Verfahren / Richter	281,81	294,96	314,06	354,80	340,32
Bayern					
- anhängige Verfahren / Richter	472,11	508,63	567,44	580,39	544,76
- erledigte Verfahren / Richter	272,19	295,40	321,53	363,32	335,58
Berlin					
- anhängige Verfahren / Richter	620,86	599,91	628,75	670,88	615,17
- erledigte Verfahren / Richter	291,18	308,85	316,39	341,70	319,40
Bremen					
- anhängige Verfahren / Richter	692,36	555,85	657,72	641,68	562,53
- erledigte Verfahren / Richter	328,50	286,11	339,83	391,74	315,05
Hamburg					
- anhängige Verfahren / Richter	622,19	578,00	602,62	611,98	596,02
- erledigte Verfahren / Richter	310,67	304,85	321,52	331,39	328,00
Hessen					
- anhängige Verfahren / Richter	549,06	549,57	627,67	649,41	638,37
- erledigte Verfahren / Richter	291,44	287,86	316,02	349,83	360,72
Niedersachsen					
- anhängige Verfahren / Richter	589,72	614,92	653,80	670,23	610,99
- erledigte Verfahren / Richter	326,76	340,78	363,19	411,70	375,06
Nordrhein-Westfalen					
- anhängige Verfahren / Richter	555,40	555,77	609,46	625,63	591,18
- erledigte Verfahren / Richter	312,14	311,96	333,80	372,10	352,74
Rheinland-Pfalz					
- anhängige Verfahren / Richter	496,43	524,57	598,33	628,78	600,22
- erledigte Verfahren / Richter	280,49	295,06	327,84	388,19	360,71
Saarland					
- anhängige Verfahren / Richter	744,67	738,74	770,25	803,05	753,65
- erledigte Verfahren / Richter	360,33	367,42	374,00	431,60	423,75
Schleswig-Holstein					
- anhängige Verfahren / Richter	619,84	617,38	681,57	691,67	653,64
- erledigte Verfahren / Richter	318,00	326,75	352,04	381,14	363,20
Bundesgebiet					
- anhängige Verfahren / Richter	553,27	559,56	613,94	631,45	596,86
- erledigte Verfahren / Richter	301,52	308,30	331,47	370,49	351,25

Bei den Familiengerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfallen Seite 454
Frage: C. (B. I. 4. b)

FAMILIENGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST					
Baden-Württemberg					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	1.070,36	1.050,97	1.166,41	1.218,55	1.210,53
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	590,21	584,83	633,53	715,72	716,46
Bayern					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	973,28	1.017,25	1.195,06	1.267,92	1.225,70
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	561,12	590,81	677,15	793,72	755,05
Berlin					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	3.042,20	2.649,58	2.335,36	2.348,07	2.132,60
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	1.426,80	1.364,08	1.175,14	1.195,93	1.107,27
Bremen					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	2.423,25	1.758,33	2.367,80	2.438,40	2.137,60
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	1.149,75	906,00	1.223,40	1.488,60	1.197,20
Hamburg					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	2.799,88	2.962,25	3.163,75	3.136,38	3.055,13
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	1.398,00	1.562,38	1.688,00	1.698,38	1.681,00
Hessen					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	2.053,00	1.825,36	2.161,96	1.581,90	2.425,80
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	1.089,74	956,11	1.088,52	852,15	1.370,72
Niedersachsen					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	1.438,34	1.501,56	1.702,91	1.792,47	1.652,45
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	796,98	832,14	945,98	1.101,07	1.014,36
Nordrhein-Westfalen					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	2.321,86	2.156,11	2.431,41	2.325,70	2.169,76
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	1.304,92	1.210,24	1.259,34	1.383,24	1.294,62
Rheinland-Pfalz					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	1.646,05	1.794,58	2.015,42	2.118,00	1.990,21
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	930,05	1.009,42	1.104,32	1.307,58	1.196,05
Saarland					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	2.680,80	2.807,20	3.081,00	2.676,83	2.512,17
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	1.297,20	1.396,20	1.496,00	1.438,67	1.412,50
Schleswig-Holstein					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	2.272,75	2.072,64	2.135,60	2.259,49	2.178,80
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	1.166,00	1.096,93	1.103,07	1.245,07	1.210,67
Bundesgebiet					
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst	1.691,74	1.651,04	1.827,70	1.835,20	1.810,91
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst	921,95	909,65	986,80	1.076,77	1.065,74

Bei den Familiengerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und Seite 455
des Schreibdienstes entfielen Frage: C. (B. I. 4. c)

FAMILIENGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / SONSTIGER DIENST					
Baden-Württemberg					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	303,36	311,00	341,68	349,88	339,90
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	167,28	173,06	185,58	205,51	201,17
Bayern					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	272,69	285,84	321,94	318,21	298,27
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	157,21	166,01	182,42	199,20	183,74
Berlin					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	353,74	353,28	341,88	382,24	385,41
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	165,91	181,88	176,90	194,69	200,11
Bremen					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	346,18	277,63	303,56	304,80	296,89
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	164,25	143,05	156,85	186,08	166,28
Hamburg					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	279,99	278,80	290,92	285,13	287,54
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	139,80	147,05	155,22	154,40	158,21
Hessen					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	302,69	307,89	347,46	378,49	335,06
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	160,67	161,27	174,94	203,89	189,33
Niedersachsen					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	315,36	318,06	334,36	338,05	314,75
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	174,74	176,27	185,74	207,66	193,21
Nordrhein-Westfalen					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	335,02	332,02	359,39	363,27	346,28
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	188,29	186,36	196,84	216,06	206,61
Rheinland-Pfalz					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	315,91	318,66	332,98	332,58	328,82
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	178,50	179,24	182,45	205,32	197,61
Saarland					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	394,24	389,89	427,92	391,73	376,83
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	190,77	193,92	207,78	210,54	211,88
Schleswig-Holstein					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	349,65	345,44	376,87	385,14	344,02
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	179,39	182,82	194,66	212,23	191,16
Bundesgebiet					
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst	316,63	318,18	343,99	349,88	331,83
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst	172,55	175,31	185,73	205,29	195,28

Bei den Oberlandesgerichten anhängige Familiensachen

Seite 456

Frage: C. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT ANHÄNGIGE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- Bestand am Jahresanfang	1.000	1.130	1.121	1.238	1.394
- Neuzugänge	1.896	1.955	2.177	2.412	2.590
- anhängige Verfahren	2.896	3.085	3.298	3.650	3.984
Bayern					
- Bestand am Jahresanfang	838	817	931	1.082	969
- Neuzugänge	2.383	2.466	2.775	2.980	2.997
- anhängige Verfahren	3.221	3.283	3.706	4.062	3.966
Berlin					
- Bestand am Jahresanfang	534	478	581	604	498
- Neuzugänge	900	1.066	1.030	1.078	1.116
- anhängige Verfahren	1.434	1.544	1.611	1.682	1.614
Bremen					
- Bestand am Jahresanfang	73	89	86	57	131
- Neuzugänge	199	237	211	306	308
- anhängige Verfahren	272	326	297	363	439
Hamburg					
- Bestand am Jahresanfang	256	269	290	278	335
- Neuzugänge	562	552	557	680	643
- anhängige Verfahren	818	821	847	958	978
Hessen					
- Bestand am Jahresanfang	828	878	903	1.026	998
- Neuzugänge	1.387	1.326	1.470	1.624	1.773
- anhängige Verfahren	2.215	2.204	2.373	2.650	2.771
Niedersachsen					
- Bestand am Jahresanfang	977	941	1.240	1.547	1.523
- Neuzugänge	2.123	2.392	2.581	3.181	3.296
- anhängige Verfahren	3.100	3.333	3.821	4.728	4.819
Nordrhein-Westfalen					
- Bestand am Jahresanfang	2.610	2.551	2.662	3.033	3.694
- Neuzugänge	5.393	5.586	5.975	7.437	7.925
- anhängige Verfahren	8.003	8.137	8.637	10.470	11.619
Rheinland-Pfalz					
- Bestand am Jahresanfang	390	338	380	466	524
- Neuzugänge	822	920	982	1.247	1.180
- anhängige Verfahren	1.212	1.258	1.362	1.713	1.704
Saarland					
- Bestand am Jahresanfang	373	288	337	383	495
- Neuzugänge	313	376	383	499	499
- anhängige Verfahren	686	664	720	882	994
Schleswig-Holstein					
- Bestand am Jahresanfang	805	1.115	1.464	1.550	1.707
- Neuzugänge	918	982	1.012	1.168	1.241
- anhängige Verfahren	1.723	2.097	2.476	2.718	2.948
Bundesgebiet					
- Bestand am Jahresanfang	8.684	8.894	9.995	11.264	12.268
- Neuzugänge	16.896	17.898	19.153	22.612	23.568
- anhängige Verfahren	25.580	26.792	29.148	33.876	35.836

Bei den Oberlandesgerichten anhängige sonstige Beschwerden in Familiensachen

Seite 457

Frage: C. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT ANHÄNGIGE SONSTIGE BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- Bestand am Jahresanfang	182	188	207	242	274
- Neuzugänge	1.101	1.251	1.464	1.637	1.759
- anhängige Verfahren	1.283	1.439	1.671	1.879	2.033
Bayern					
- Bestand am Jahresanfang	192	158	170	201	191
- Neuzugänge	1.883	2.035	2.271	2.393	2.559
- anhängige Verfahren	2.075	2.193	2.441	2.594	2.750
Berlin					
- Bestand am Jahresanfang	87	96	123	163	174
- Neuzugänge	732	903	1.098	1.181	1.261
- anhängige Verfahren	819	999	1.221	1.344	1.435
Bremen					
- Bestand am Jahresanfang	17	18	28	23	36
- Neuzugänge	184	248	280	384	367
- anhängige Verfahren	201	266	308	407	403
Hamburg					
- Bestand am Jahresanfang	53	66	117	78	91
- Neuzugänge	487	753	638	718	727
- anhängige Verfahren	540	819	755	796	818
Hessen					
- Bestand am Jahresanfang	225	173	234	206	283
- Neuzugänge	1.008	1.121	1.282	1.344	1.419
- anhängige Verfahren	1.233	1.294	1.516	1.550	1.702
Niedersachsen					
- Bestand am Jahresanfang	162	141	240	268	260
- Neuzugänge	1.555	2.017	2.593	3.061	3.197
- anhängige Verfahren	1.717	2.158	2.833	3.329	3.457
Nordrhein-Westfalen					
- Bestand am Jahresanfang	425	500	622	645	758
- Neuzugänge	4.088	5.032	5.791	6.814	7.469
- anhängige Verfahren	4.513	5.532	6.413	7.459	8.227
Rheinland-Pfalz					
- Bestand am Jahresanfang	71	82	110	100	126
- Neuzugänge	679	799	936	1.048	1.182
- anhängige Verfahren	750	881	1.046	1.148	1.308
Saarland					
- Bestand am Jahresanfang	26	15	20	19	28
- Neuzugänge	216	231	283	331	373
- anhängige Verfahren	242	246	303	350	401
Schleswig-Holstein					
- Bestand am Jahresanfang	169	239	361	290	478
- Neuzugänge	806	1.027	1.101	1.273	1.351
- anhängige Verfahren	975	1.266	1.462	1.563	1.829
Bundesgebiet					
- Bestand am Jahresanfang	1.609	1.676	2.232	2.235	2.699
- Neuzugänge	12.739	15.417	17.737	20.184	21.664
- anhängige Verfahren	14.348	17.093	19.969	22.419	24.363

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen

Seite 458

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	1.766	1.964	2.059	2.256	2.482
Bayern	2.404	2.352	2.614	3.093	2.907
Berlin	974	961	1.007	1.184	1.105
Bremen	183	233	239	232	310
Hamburg	549	531	569	623	642
Hessen	1.341	1.301	1.344	1.652	1.734
Niedersachsen	2.159	2.094	2.275	3.206	3.392
Nordrhein-Westfalen	5.447	5.522	5.604	6.777	7.674
Rheinland-Pfalz	874	878	896	1.189	1.131
Saarland	398	327	337	387	478
Schleswig-Holstein	627	633	926	1.015	1.184
Bundesgebiet	16.722	16.796	17.870	21.614	23.039

Bei den Oberlandesgerichten erledigte sonstige Beschwerden in Familiensachen

Seite 459

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE SONSTIGE BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	1.095	1.232	1.422	1.605	1.732
Bayern	1.917	2.023	2.240	2.403	2.543
Berlin	725	876	1.058	1.170	1.261
Bremen	183	239	285	371	363
Hamburg	474	703	679	704	737
Hessen	1.064	1.060	1.310	1.267	1.505
Niedersachsen	1.576	1.918	2.565	3.070	3.241
Nordrhein-Westfalen	4.009	4.919	5.773	6.703	7.441
Rheinland-Pfalz	668	771	946	1.022	1.185
Saarland	227	226	284	322	377
Schleswig-Holstein	735	895	1.182	1.093	1.425
Bundesgebiet	12.673	14.862	17.744	19.730	21.810

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 460

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN GEGENSTAND DES VERFAHRENS					
Baden-Württemberg					
- Scheidungsverfahren	199	155	150	159	180
- andere Eheverfahren	19	54	16	12	41
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	1.530	1.740	1.867	2.053	2.222
- Prozeßkostenhilfverfahren	18	15	26	32	39
Bayern					
- Scheidungsverfahren	185	166	185	205	200
- andere Eheverfahren	16	3	7	5	10
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	2.165	2.141	2.343	2.812	2.627
- Prozeßkostenhilfverfahren	38	42	79	71	70
Berlin					
- Scheidungsverfahren	56	54	68	79	72
- andere Eheverfahren	7	26	9	13	7
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	869	854	918	1.076	1.002
- Prozeßkostenhilfverfahren	22	27	12	16	24
Bremen					
- Scheidungsverfahren	17	23	10	8	14
- andere Eheverfahren	4	0	1	4	2
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	156	203	225	213	290
- Prozeßkostenhilfverfahren	6	7	3	7	4
Hamburg					
- Scheidungsverfahren	41	25	43	45	39
- andere Eheverfahren	4	2	7	0	1
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	495	492	510	576	600
- Prozeßkostenhilfverfahren	9	12	9	2	2
Hessen					
- Scheidungsverfahren	76	72	77	80	84
- andere Eheverfahren	7	5	11	19	14
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	1.231	1.215	1.237	1.540	1.617
- Prozeßkostenhilfverfahren	27	9	19	13	19
Niedersachsen					
- Scheidungsverfahren	73	60	70	79	109
- andere Eheverfahren	10	3	9	5	11
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	2.030	1.982	2.125	3.047	3.168
- Prozeßkostenhilfverfahren	46	49	71	75	104
Nordrhein-Westfalen					
- Scheidungsverfahren	310	301	208	235	292
- andere Eheverfahren	27	22	10	24	25
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	5.049	5.133	5.303	6.443	7.235
- Prozeßkostenhilfverfahren	61	66	83	75	122

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 461

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN GEGENSTAND DES VERFAHRENS					
Rheinland-Pfalz					
- Scheidungsverfahren	44	49	56	45	58
- andere Eheverfahren	3	3	6	5	5
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	816	818	824	1.122	1.059
- Prozeßkostenhilfverfahren	11	8	10	17	9
Saarland					
- Scheidungsverfahren	20	24	32	21	35
- andere Eheverfahren	2	2	1	0	0
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	376	301	304	366	443
Schleswig-Holstein					
- Scheidungsverfahren	35	26	56	51	39
- andere Eheverfahren	6	4	14	11	8
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	577	590	837	941	1.116
- Prozeßkostenhilfverfahren	9	13	19	12	21
Bundesgebiet					
- Scheidungsverfahren	1.056	955	955	1.007	1.122
- andere Eheverfahren	105	124	91	98	124
- Verfahren über Scheidungsfolgesachen und allein anhängige andere Familiensachen	15.314	15.469	16.493	20.189	21.379
- Prozeßkostenhilfverfahren	247	248	331	320	414

Bei den Oberlandesgerichten erledigte sonstige Beschwerden in Familiensachen
nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 462

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE SONSTIGE BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN GEGENSTAND DES VERFAHRENS	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- Prozeßkostenhilfverfahren	409	385	498	751	893
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	257	225	207	147	159
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	4	6	2	1	5
- Wert des Verfahrensgegenstandes	121	148	116	126	132
- Kostenangelegenheit	125	253	264	219	250
- sonstige Angelegenheit	193	220	340	366	297
Bayern					
- Prozeßkostenhilfverfahren	819	786	1.025	1.179	1.288
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	170	167	209	136	149
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	12	6	3	4	3
- Wert des Verfahrensgegenstandes	217	231	214	237	235
- Kostenangelegenheit	376	455	415	388	389
- sonstige Angelegenheit	333	379	386	462	485
Berlin					
- Prozeßkostenhilfverfahren	268	338	519	613	711
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	106	96	107	113	88
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	3	2	3	1	0
- Wert des Verfahrensgegenstandes	47	57	66	52	54
- Kostenangelegenheit	123	197	127	168	170
- sonstige Angelegenheit	178	187	236	225	240
Bremen					
- Prozeßkostenhilfverfahren	100	118	168	246	250
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	19	14	18	18	14
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	0	0	0	0	0
- Wert des Verfahrensgegenstandes	22	8	0	9	9
- Kostenangelegenheit	13	49	43	38	34
- sonstige Angelegenheit	29	50	56	60	56
Hamburg					
- Prozeßkostenhilfverfahren	321	247	257	385	407
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	60	92	80	58	50
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	0	2	11	19	0
- Wert des Verfahrensgegenstandes	16	19	14	22	18
- Kostenangelegenheit	45	260	215	78	32
- sonstige Angelegenheit	33	88	105	146	233
Hessen					
- Prozeßkostenhilfverfahren	419	416	575	636	771
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	81	76	73	101	100
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	0	0	2	5	4
- Wert des Verfahrensgegenstandes	100	93	110	116	126
- Kostenangelegenheit	217	256	271	204	241
- sonstige Angelegenheit	248	222	282	213	268
Niedersachsen					
- Prozeßkostenhilfverfahren	709	941	1.412	1.894	2.060
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	105	97	111	70	83
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	2	4	6	0	1
- Wert des Verfahrensgegenstandes	148	162	158	208	214
- Kostenangelegenheit	354	440	514	501	492
- sonstige Angelegenheit	260	275	365	398	396

Bei den Oberlandesgerichten erledigte sonstige Beschwerden in Familiensachen
nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 463

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE SONSTIGE BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN GEGENSTAND DES VERFAHRENS	1980	1981	1982	1983	1984
Nordrhein-Westfalen					
- Prozeßkostenhilfverfahren	1.963	2.387	3.277	4.175	4.830
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	271	290	268	251	237
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	13	6	11	12	3
- Wert des Verfahrensgegenstandes	338	426	496	584	646
- Kostenangelegenheit	596	887	727	627	628
- sonstige Angelegenheit	841	928	1.003	1.069	1.129
Rheinland-Pfalz					
- Prozeßkostenhilfverfahren	297	352	512	626	681
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	62	62	72	65	62
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	1	2	1	0	0
- Wert des Verfahrensgegenstandes	65	67	58	66	113
- Kostenangelegenheit	128	167	150	115	170
- sonstige Angelegenheit	118	123	155	152	163
Saarland					
- Prozeßkostenhilfverfahren	92	89	126	167	193
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	26	17	20	15	19
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	0	1	0	0	0
- Wert des Verfahrensgegenstandes	50	51	57	62	71
- Kostenangelegenheit	26	28	36	28	46
- sonstige Angelegenheit	34	40	45	50	48
Schleswig-Holstein					
- Prozeßkostenhilfverfahren	361	444	723	656	950
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	83	85	89	78	60
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	1	1	0	1	1
- Wert des Verfahrensgegenstandes	56	70	59	64	77
- Kostenangelegenheit	106	151	169	156	176
- sonstige Angelegenheit	130	145	142	143	165
Bundesgebiet					
- Prozeßkostenhilfverfahren	5.758	6.503	9.092	11.328	13.034
- einstweilige Anordnung nach § 620c ZPO	1.240	1.221	1.254	1.052	1.021
- Aussetzung des Scheidungsverfahrens	36	30	39	43	17
- Wert des Verfahrensgegenstandes	1.180	1.332	1.348	1.546	1.695
- Kostenangelegenheit	2.109	3.143	2.931	2.522	2.628
- sonstige Angelegenheit	2.397	2.657	3.115	3.284	3.480

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach der Art des Rechtsmittels

Seite 464

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN ART DES RECHTSMITTELS	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen ein die Scheidung aussprechendes Urteil	248	209	173	214	232
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige Endentscheidung	1.500	1.740	1.860	2.010	2.211
Bayern					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen ein die Scheidung aussprechendes Urteil	800	760	806	936	844
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige Endentscheidung	1.566	1.550	1.729	2.086	1.993
Berlin					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen ein die Scheidung aussprechendes Urteil	99	67	72	183	147
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige Endentscheidung	853	867	923	985	934
Bremen					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen ein die Scheidung aussprechendes Urteil	19	40	59	41	78
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige Endentscheidung	158	186	177	184	228
Hamburg					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen ein die Scheidung aussprechendes Urteil	42	28	66	98	37
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige Endentscheidung	498	491	494	523	603
Hessen					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen ein die Scheidung aussprechendes Urteil	215	250	260	405	400
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige Endentscheidung	1.099	1.042	1.065	1.234	1.315
Niedersachsen					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen ein die Scheidung aussprechendes Urteil	387	508	530	820	769
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige Endentscheidung	1.726	1.537	1.674	2.311	2.519
Nordrhein-Westfalen					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen ein die Scheidung aussprechendes Urteil	928	947	810	1.064	939
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige Endentscheidung	4.458	4.509	4.711	5.638	6.613
Rheinland-Pfalz					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen ein die Scheidung aussprechendes Urteil	302	189	204	236	271
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige Endentscheidung	561	681	682	936	851
Saarland					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen ein die Scheidung aussprechendes Urteil	143	65	63	41	77
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige Endentscheidung	255	262	274	346	401

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach der Art des Rechtsmittels

Seite 465

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN					
GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN					
ART DES RECHTSMITTELS					
Schleswig-Holstein					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen					
ein die Scheidung aussprechendes Urteil	92	133	150	151	204
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige					
Endentscheidung	526	487	757	852	959
Bundesgebiet					
- Berufung/Beschwerde (§ 629a Abs 2 ZPO) gegen					
ein die Scheidung aussprechendes Urteil	3.275	3.196	3.193	4.189	3.998
- Berufung/Beschwerde gegen eine sonstige					
Endentscheidung	13.200	13.352	14.346	17.105	18.627

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach der Art der Erledigung

Seite 466

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN ART DER ERLEDIGUNG	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- Urteil	328	401	405	472	476
- Beschluß 1)	466	506	473	584	616
- Vergleich	370	464	561	532	603
- Zurücknahme	537	505	528	592	703
- auf andere Weise	65	88	92	76	84
Bayern					
- Urteil	466	473	563	686	648
- Beschluß 1)	781	736	679	984	790
- Vergleich	379	401	486	502	565
- Zurücknahme	704	662	759	855	815
- auf andere Weise	74	80	127	66	89
Berlin					
- Urteil	205	245	297	328	309
- Beschluß 1)	336	331	299	419	357
- Vergleich	71	86	116	123	112
- Zurücknahme	334	283	273	272	288
- auf andere Weise	28	16	22	42	39
Bremen					
- Urteil	30	33	36	28	30
- Beschluß 1)	57	49	46	58	78
- Vergleich	29	58	65	55	80
- Zurücknahme	65	79	85	84	117
- auf andere Weise	2	14	7	7	5
Hamburg					
- Urteil	92	90	106	110	126
- Beschluß 1)	133	136	132	136	162
- Vergleich	120	116	130	146	141
- Zurücknahme	168	162	172	201	183
- auf andere Weise	36	27	29	30	30
Hessen					
- Urteil	197	207	233	287	243
- Beschluß 1)	381	359	372	494	605
- Vergleich	260	300	307	352	340
- Zurücknahme	454	373	393	464	503
- auf andere Weise	49	62	39	55	43
Niedersachsen					
- Urteil	463	508	664	787	870
- Beschluß 1)	688	668	585	1.162	1.027
- Vergleich	319	260	275	322	436
- Zurücknahme	590	565	640	855	996
- auf andere Weise	99	93	111	80	63
Nordrhein-Westfalen					
- Urteil	1.329	1.563	1.553	1.744	2.087
- Beschluß 1)	1.327	1.398	1.218	1.935	1.978
- Vergleich	665	785	839	882	1.093
- Zurücknahme	1.761	1.516	1.734	2.007	2.305
- auf andere Weise	365	260	260	209	211

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach der Art der Erledigung

Seite 467

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT						
ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN	1980	1981	1982	1983	1984	
GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN						
ART DER ERLEDIGUNG						
Rheinland-Pfalz						
- Urteil	249	275	302	353	340	
- Beschluß 1)	291	304	242	444	380	
- Vergleich	84	82	89	98	85	
- Zurücknahme	230	200	229	260	299	
- auf andere Weise	20	17	34	34	27	
Saarland						
- Urteil	94	112	111	139	139	
- Beschluß 1)	70	85	84	105	145	
- Vergleich	27	36	24	41	44	
- Zurücknahme	199	87	108	98	141	
- auf andere Weise	8	7	10	4	9	
Schleswig-Holstein						
- Urteil	179	162	199	277	286	
- Beschluß 1)	184	169	255	299	385	
- Vergleich	75	99	172	150	186	
- Zurücknahme	159	173	247	249	286	
- auf andere Weise	30	30	53	40	41	
Bundesgebiet						
- Urteil	3.632	4.069	4.469	5.211	5.554	
- Beschluß 1)	4.714	4.741	4.385	6.620	6.523	
- Vergleich	2.399	2.687	3.064	3.203	3.685	
- Zurücknahme	5.201	4.605	5.168	5.937	6.636	
- auf andere Weise	776	694	784	643	641	

1) ohne Beschluß wegen: Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb, Abgabe an ein anderes Gericht,
Verbindung mit einer anderen Sache

Bei den Oberlandesgerichten erledigte sonstige Beschwerden in Familiensachen nach der Art der Erledigung

Seite 468

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT					
ERLEDIGTE SONSTIGE BESCHWERDEN	1980	1981	1982	1983	1984
IN FAMILIENSACHEN					
ART DER ERLEDIGUNG					
Baden-Württemberg					
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	2	4	5	9	7
- sonstiger Beschluß	966	1.061	1.242	1.437	1.543
- Vergleich	3	8	10	10	7
- Zurücknahme	94	106	113	102	120
- auf andere Weise	30	53	52	47	55
Bayern					
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	2	1	1	2	4
- sonstiger Beschluß	1.657	1.745	1.996	2.110	2.286
- Vergleich	10	5	6	7	8
- Zurücknahme	169	171	145	200	151
- auf andere Weise	79	101	92	84	94
Berlin					
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	0	0	0	2	0
- sonstiger Beschluß	601	728	890	997	1.088
- Vergleich	0	1	0	1	2
- Zurücknahme	91	96	122	129	122
- auf andere Weise	33	51	46	41	49
Bremen					
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	0	0	0	0	0
- sonstiger Beschluß	168	223	260	337	333
- Vergleich	1	0	3	2	0
- Zurücknahme	9	11	17	26	27
- auf andere Weise	5	5	5	6	3
Hamburg					
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	0	0	0	0	0
- sonstiger Beschluß	382	578	516	588	616
- Vergleich	11	3	5	2	5
- Zurücknahme	61	77	119	87	78
- auf andere Weise	20	45	39	27	38
Hessen					
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	2	5	6	6	19
- sonstiger Beschluß	824	805	1.044	1.000	1.166
- Vergleich	11	2	6	9	11
- Zurücknahme	144	154	161	168	195
- auf andere Weise	83	94	93	84	114
Niedersachsen					
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	1	0	5	1	1
- sonstiger Beschluß	1.398	1.723	2.316	2.777	2.947
- Vergleich	1	2	0	0	0
- Zurücknahme	89	114	126	153	182
- auf andere Weise	87	79	118	139	111
Nordrhein-Westfalen					
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	3	5	1	1	1
- sonstiger Beschluß	3.581	4.360	5.271	6.083	6.863
- Vergleich	5	13	4	2	4
- Zurücknahme	268	339	344	396	396
- auf andere Weise	152	202	153	221	177

Bei den Oberlandesgerichten erledigte sonstige Beschwerden in Familiensachen nach der Art der Erledigung

Seite 469

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT						
ERLEDIGTE SONSTIGE BESCHWERDEN	1980	1981	1982	1983	1984	
IN FAMILIENSACHEN						
ART DER ERLEDIGUNG						
Rheinland-Pfalz						
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	1	2	0	0	6	
- sonstiger Beschluß	607	706	862	941	1.099	
- Vergleich	0	0	0	0	1	
- Zurücknahme	48	50	62	55	63	
- auf andere Weise	12	13	22	26	16	
Saarland						
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	0	0	0	0	1	
- sonstiger Beschluß	220	213	259	304	368	
- Vergleich	0	0	0	0	0	
- Zurücknahme	4	12	18	14	6	
- auf andere Weise	3	1	7	4	2	
Schleswig-Holstein						
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	0	2	1	0	3	
- sonstiger Beschluß	685	813	1.094	981	1.300	
- Vergleich	0	2	0	1	0	
- Zurücknahme	22	42	46	61	67	
- auf andere Weise	28	36	41	50	55	
Bundesgebiet						
- Beschluß gemäß § 91a ZPO	11	19	19	21	42	
- sonstiger Beschluß	11.089	12.955	15.750	17.555	19.609	
- Vergleich	42	36	34	34	38	
- Zurücknahme	999	1.172	1.273	1.391	1.407	
- auf andere Weise	532	680	668	729	717	

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach dem Gebührenstreitwert (in Prozent)

Seite 470

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN GEBÜHRENSTREITWERT		1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg						
- bis einschließlich	3.000 DM	36.8	41.9	38.2	40.5	38.4
- bis einschließlich	5.000 DM	59.6	63.3	60.1	61.4	56.9
- bis einschließlich	10.000 DM	85.4	82.6	81.7	82.7	79.9
- bis einschließlich	50.000 DM	98.6	98.0	98.1	98.2	97.5
- bis einschließlich	100.000 DM	99.4	99.0	99.3	99.3	98.9
- mehr als	100.000 DM	0.6	1.0	0.7	0.7	1.1
Bayern						
- bis einschließlich	3.000 DM	35.7	37.0	40.1	40.9	37.5
- bis einschließlich	5.000 DM	64.6	61.0	59.4	61.1	57.3
- bis einschließlich	10.000 DM	84.6	82.4	81.2	80.4	78.6
- bis einschließlich	50.000 DM	98.5	97.9	97.0	97.5	97.3
- bis einschließlich	100.000 DM	99.4	99.1	98.6	98.9	99.0
- mehr als	100.000 DM	0.6	0.9	1.4	1.1	1.0
Berlin						
- bis einschließlich	3.000 DM	43.5	42.6	41.0	40.8	40.8
- bis einschließlich	5.000 DM	66.1	65.3	63.2	63.7	62.9
- bis einschließlich	10.000 DM	87.3	84.5	81.4	83.2	81.3
- bis einschließlich	50.000 DM	98.8	98.9	98.8	98.7	97.8
- bis einschließlich	100.000 DM	99.7	99.5	99.5	99.3	99.3
- mehr als	100.000 DM	0.3	0.5	0.5	0.7	0.7
Bremen						
- bis einschließlich	3.000 DM	44.6	38.9	39.0	43.1	42.5
- bis einschließlich	5.000 DM	70.1	64.2	60.6	60.4	65.0
- bis einschließlich	10.000 DM	87.0	87.2	84.3	80.4	85.3
- bis einschließlich	50.000 DM	98.9	99.1	100.0	98.2	98.7
- bis einschließlich	100.000 DM	99.4	99.6	100.0	99.1	99.3
- mehr als	100.000 DM	0.6	0.4	0.0	0.9	0.7
Hamburg						
- bis einschließlich	3.000 DM	45.4	51.3	42.9	45.6	48.0
- bis einschließlich	5.000 DM	76.7	72.1	71.1	67.3	71.7
- bis einschließlich	10.000 DM	91.1	88.1	90.0	85.8	87.3
- bis einschließlich	50.000 DM	99.3	97.9	98.2	98.9	98.1
- bis einschließlich	100.000 DM	99.6	99.2	99.1	99.4	99.2
- mehr als	100.000 DM	0.4	0.8	0.9	0.6	0.8
Hessen						
- bis einschließlich	3.000 DM	47.0	42.2	37.9	42.3	43.4
- bis einschließlich	5.000 DM	69.1	61.5	57.8	62.2	62.2
- bis einschließlich	10.000 DM	86.6	81.7	80.8	81.7	81.7
- bis einschließlich	50.000 DM	98.5	97.2	97.7	98.0	98.5
- bis einschließlich	100.000 DM	99.2	99.1	99.2	99.0	99.5
- mehr als	100.000 DM	0.8	0.9	0.8	1.0	0.5
Niedersachsen						
- bis einschließlich	3.000 DM	46.0	48.3	41.3	48.8	41.8
- bis einschließlich	5.000 DM	70.5	69.9	63.3	67.6	62.5
- bis einschließlich	10.000 DM	88.4	88.9	85.6	87.4	83.6
- bis einschließlich	50.000 DM	99.1	98.9	98.9	99.0	98.5
- bis einschließlich	100.000 DM	99.7	99.5	99.5	99.7	99.5
- mehr als	100.000 DM	0.3	0.5	0.5	0.3	0.5

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach dem Gebührenstreitwert (in Prozent)

Seite 471

Frage: C. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT		1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN						
GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN						
GEBÜHRENSTREITWERT						
Nordrhein-Westfalen						
- bis einschließlich 3.000 DM		38.2	34.0	34.3	37.9	36.7
- bis einschließlich 5.000 DM		64.4	60.6	58.5	61.7	59.5
- bis einschließlich 10.000 DM		89.0	86.0	85.4	86.7	84.9
- bis einschließlich 50.000 DM		97.4	98.7	99.2	98.8	98.8
- bis einschließlich 100.000 DM		99.8	99.4	99.7	99.3	99.5
- mehr als 100.000 DM		0.2	0.6	0.3	0.7	0.5
Rheinland-Pfalz						
- bis einschließlich 3.000 DM		46.1	49.9	38.8	47.2	46.0
- bis einschließlich 5.000 DM		71.5	70.3	63.5	68.3	65.0
- bis einschließlich 10.000 DM		89.0	87.8	83.9	86.3	84.6
- bis einschließlich 50.000 DM		98.8	99.0	98.3	98.6	98.9
- bis einschließlich 100.000 DM		99.7	99.9	99.5	99.5	99.6
- mehr als 100.000 DM		0.3	0.1	0.5	0.5	0.4
Saarland						
- bis einschließlich 3.000 DM		52.3	44.0	42.7	38.8	46.4
- bis einschließlich 5.000 DM		74.1	64.2	62.6	62.5	64.9
- bis einschließlich 10.000 DM		95.0	88.1	86.4	85.8	86.4
- bis einschließlich 50.000 DM		99.7	99.1	98.8	99.2	98.7
- bis einschließlich 100.000 DM		100.0	99.7	99.4	100.0	99.6
- mehr als 100.000 DM		0.0	0.3	0.6	0.0	0.4
Schleswig-Holstein						
- bis einschließlich 3.000 DM		54.2	54.2	54.0	51.2	55.0
- bis einschließlich 5.000 DM		78.5	75.3	73.4	70.6	72.2
- bis einschließlich 10.000 DM		91.3	90.8	92.3	88.5	89.2
- bis einschließlich 50.000 DM		99.4	99.5	99.6	99.2	99.1
- bis einschließlich 100.000 DM		99.8	100.0	99.9	99.8	99.6
- mehr als 100.000 DM		0.2	0.0	0.1	0.2	0.4
Bundesgebiet						
- bis einschließlich 3.000 DM		41.4	40.6	38.9	42.1	40.4
- bis einschließlich 5.000 DM		66.8	64.0	61.2	63.5	61.2
- bis einschließlich 10.000 DM		87.9	85.4	84.2	84.9	83.3
- bis einschließlich 50.000 DM		99.0	98.5	98.5	98.5	98.4
- bis einschließlich 100.000 DM		99.6	99.4	99.4	99.3	99.4
- mehr als 100.000 DM		0.4	0.6	0.6	0.7	0.6

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 472

Frage: C. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT		1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN						
GEGEN ENTSCHEIDUNGEN						
DAUER DES VERFAHRENS						
Baden-Württemberg						
- ab Eingang beim OLG						
bis einschließlich 6 Monate		65.2	65.9	65.9	64.3	58.0
bis einschließlich 12 Monate		87.5	85.8	87.3	86.4	87.3
bis einschließlich 24 Monate		99.2	97.8	97.7	95.6	96.7
mehr als 24 Monate		0.8	2.2	2.3	4.4	3.3
- ab Eingang in der 1. Instanz						
bis einschließlich 1 Jahr		31.3	32.4	34.9	34.0	32.4
bis einschließlich 2 Jahre		71.8	70.5	70.4	70.1	74.4
bis einschließlich 3 Jahre		92.4	89.0	88.1	85.7	88.4
mehr als 3 Jahre		7.6	11.0	11.9	14.3	11.6
Bayern						
- ab Eingang beim OLG						
bis einschließlich 6 Monate		81.4	83.8	83.3	81.1	83.4
bis einschließlich 12 Monate		96.6	95.8	95.9	95.3	96.3
bis einschließlich 24 Monate		99.5	99.3	99.3	99.4	99.4
mehr als 24 Monate		0.5	0.7	0.7	0.6	0.6
- ab Eingang in der 1. Instanz						
bis einschließlich 1 Jahr		40.6	43.5	46.0	43.4	45.8
bis einschließlich 2 Jahre		78.6	80.6	80.6	78.7	83.2
bis einschließlich 3 Jahre		93.4	93.2	92.3	91.2	93.3
mehr als 3 Jahre		6.6	6.8	7.7	8.8	6.7
Berlin						
- ab Eingang beim OLG						
bis einschließlich 6 Monate		66.7	81.4	72.3	63.9	68.0
bis einschließlich 12 Monate		92.1	94.8	92.9	86.0	92.7
bis einschließlich 24 Monate		99.5	99.1	97.2	92.2	97.0
mehr als 24 Monate		0.5	0.9	2.8	7.8	3.0
- ab Eingang in der 1. Instanz						
bis einschließlich 1 Jahr		27.3	35.5	32.1	29.6	29.0
bis einschließlich 2 Jahre		66.0	72.4	70.8	64.7	69.4
bis einschließlich 3 Jahre		90.6	88.1	85.7	80.9	83.5
mehr als 3 Jahre		9.4	11.9	14.3	19.1	16.5
Bremen						
- ab Eingang beim OLG						
bis einschließlich 6 Monate		88.0	84.1	93.7	84.9	78.1
bis einschließlich 12 Monate		95.6	95.7	98.7	97.8	99.4
bis einschließlich 24 Monate		100.0	98.7	100.0	100.0	99.7
mehr als 24 Monate		0.0	1.3	0.0	0.0	0.3
- ab Eingang in der 1. Instanz						
bis einschließlich 1 Jahr		45.4	38.2	43.5	34.5	37.1
bis einschließlich 2 Jahre		79.8	75.1	79.5	73.7	77.7
bis einschließlich 3 Jahre		96.2	92.3	94.1	88.8	87.7
mehr als 3 Jahre		3.8	7.7	5.9	11.2	12.3

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 473

Frage: C. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN DAUER DES VERFAHRENS		1980	1981	1982	1983	1984
Hamburg						
- ab Eingang beim OLG						
bis einschließlich 6 Monate		66.7	65.7	69.4	69.7	69.0
bis einschließlich 12 Monate		89.8	89.1	90.9	89.1	88.9
bis einschließlich 24 Monate		98.7	98.7	99.3	97.3	97.8
mehr als 24 Monate		1.3	1.3	0.7	2.7	2.2
- ab Eingang in der 1. Instanz						
bis einschließlich 1 Jahr		25.5	31.6	32.2	31.9	36.6
bis einschließlich 2 Jahre		67.4	71.9	69.8	73.2	78.7
bis einschließlich 3 Jahre		91.3	87.8	88.2	88.4	91.3
mehr als 3 Jahre		8.7	12.2	11.8	11.6	8.7
Hessen						
- ab Eingang beim OLG						
bis einschließlich 6 Monate		61.6	58.6	64.9	56.3	57.6
bis einschließlich 12 Monate		88.7	88.9	89.3	83.7	86.3
bis einschließlich 24 Monate		99.4	97.5	96.9	91.9	92.9
mehr als 24 Monate		0.6	2.5	3.1	8.1	7.1
- ab Eingang in der 1. Instanz						
bis einschließlich 1 Jahr		31.6	33.1	38.5	32.0	29.0
bis einschließlich 2 Jahre		71.5	69.6	75.5	68.6	67.8
bis einschließlich 3 Jahre		89.0	85.9	88.8	83.1	84.0
mehr als 3 Jahre		11.0	14.1	11.2	16.9	16.0
Niedersachsen						
- ab Eingang beim OLG						
bis einschließlich 6 Monate		76.8	77.0	73.9	63.9	64.3
bis einschließlich 12 Monate		93.3	94.8	94.3	88.7	92.5
bis einschließlich 24 Monate		99.4	98.9	99.1	95.6	97.4
mehr als 24 Monate		0.6	1.1	0.9	4.4	2.6
- ab Eingang in der 1. Instanz						
bis einschließlich 1 Jahr		39.5	42.4	43.1	35.1	38.1
bis einschließlich 2 Jahre		76.6	79.1	81.0	71.8	77.3
bis einschließlich 3 Jahre		94.1	92.1	92.9	85.7	89.5
mehr als 3 Jahre		5.9	7.9	7.1	14.3	10.5
Nordrhein-Westfalen						
- ab Eingang beim OLG						
bis einschließlich 6 Monate		69.4	69.6	68.0	64.5	60.2
bis einschließlich 12 Monate		91.8	92.7	93.1	90.4	92.1
bis einschließlich 24 Monate		99.2	98.9	98.9	96.0	98.0
mehr als 24 Monate		0.8	1.1	1.1	4.0	2.0
- ab Eingang in der 1. Instanz						
bis einschließlich 1 Jahr		32.8	37.3	39.1	35.5	34.6
bis einschließlich 2 Jahre		70.6	75.0	78.5	74.0	76.2
bis einschließlich 3 Jahre		90.5	88.7	90.9	87.4	88.9
mehr als 3 Jahre		9.5	11.3	9.1	12.6	11.1

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 474

Frage: C. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN GEGEN ENDENTSCHEIDUNGEN DAUER DES VERFAHRENS	1980	1981	1982	1983	1984
Rheinland-Pfalz					
- ab Eingang beim OLG					
bis einschließlich 6 Monate	69.2	80.3	79.8	72.6	69.4
bis einschließlich 12 Monate	91.4	93.3	96.7	93.4	95.6
bis einschließlich 24 Monate	99.3	97.9	99.3	98.3	99.5
mehr als 24 Monate	0.7	2.1	0.7	1.7	0.5
- ab Eingang in der 1. Instanz					
bis einschließlich 1 Jahr	34.0	38.2	41.6	35.9	36.1
bis einschließlich 2 Jahre	69.5	73.3	77.3	71.3	74.3
bis einschließlich 3 Jahre	89.1	87.5	89.7	84.7	85.9
mehr als 3 Jahre	10.9	12.5	10.3	15.3	14.1
Saarland					
- ab Eingang beim OLG					
bis einschließlich 6 Monate	34.4	40.4	43.9	37.7	40.4
bis einschließlich 12 Monate	65.1	63.9	61.7	46.3	49.8
bis einschließlich 24 Monate	98.2	98.8	97.9	93.8	93.3
mehr als 24 Monate	1.8	1.2	2.1	6.2	6.7
- ab Eingang in der 1. Instanz					
bis einschließlich 1 Jahr	16.6	21.1	22.3	18.9	16.1
bis einschließlich 2 Jahre	45.0	59.0	47.2	49.1	45.2
bis einschließlich 3 Jahre	87.2	80.7	75.7	75.7	72.6
mehr als 3 Jahre	12.8	19.3	24.3	24.3	27.4
Schleswig-Holstein					
- ab Eingang beim OLG					
bis einschließlich 6 Monate	49.6	39.3	40.3	34.0	30.1
bis einschließlich 12 Monate	71.0	56.7	64.7	50.2	48.1
bis einschließlich 24 Monate	96.0	91.8	88.2	79.2	74.2
mehr als 24 Monate	4.0	8.2	11.8	20.8	25.8
- ab Eingang in der 1. Instanz					
bis einschließlich 1 Jahr	23.4	22.0	20.3	21.2	16.6
bis einschließlich 2 Jahre	55.8	49.8	47.1	43.2	42.3
bis einschließlich 3 Jahre	87.2	78.0	73.5	66.0	68.7
mehr als 3 Jahre	12.8	22.0	26.5	34.0	31.3
Bundesgebiet					
- ab Eingang beim OLG					
bis einschließlich 6 Monate	69.5	70.8	69.9	65.0	62.6
bis einschließlich 12 Monate	90.5	90.5	90.8	87.2	88.8
bis einschließlich 24 Monate	99.2	98.4	98.1	95.2	96.3
mehr als 24 Monate	0.8	1.6	1.9	4.8	3.7
- ab Eingang in der 1. Instanz					
bis einschließlich 1 Jahr	33.4	36.8	38.4	34.7	34.5
bis einschließlich 2 Jahre	71.2	73.8	75.0	70.9	73.7
bis einschließlich 3 Jahre	91.3	88.9	89.3	85.5	87.4
mehr als 3 Jahre	8.7	11.1	10.7	14.5	12.6

Bei den Oberlandesgerichten erledigte sonstige Beschwerden in Familiensachen
nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 475

Frage: C. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT		1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE SONST. BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN						
DAUER DES VERFAHRENS						
Baden-Württemberg						
- bis einschließlich	1 Monat	51.0	53.4	51.0	56.5	57.3
- bis einschließlich	3 Monate	83.0	83.1	83.7	84.9	86.1
- bis einschließlich	9 Monate	97.5	97.4	98.0	98.3	98.4
- mehr als	9 Monate	2.5	2.6	2.0	1.7	1.6
Bayern						
- bis einschließlich	1 Monat	68.5	69.6	69.3	68.0	71.7
- bis einschließlich	3 Monate	94.9	94.1	95.7	95.5	96.0
- bis einschließlich	9 Monate	98.7	98.6	99.6	99.8	99.7
- mehr als	9 Monate	1.3	1.4	0.4	0.2	0.3
Berlin						
- bis einschließlich	1 Monat	66.2	67.2	66.7	65.1	62.6
- bis einschließlich	3 Monate	92.3	92.6	89.9	88.5	87.5
- bis einschließlich	9 Monate	99.2	98.7	98.9	97.7	97.8
- mehr als	9 Monate	0.8	1.3	1.1	2.3	2.2
Bremen						
- bis einschließlich	1 Monat	81.4	77.8	81.8	80.9	79.1
- bis einschließlich	3 Monate	97.3	97.5	100.0	96.0	97.0
- bis einschließlich	9 Monate	99.5	99.2	100.0	99.5	99.7
- mehr als	9 Monate	0.5	0.8	0.0	0.5	0.3
Hamburg						
- bis einschließlich	1 Monat	62.0	67.1	63.6	67.5	63.9
- bis einschließlich	3 Monate	86.5	91.3	89.2	91.9	89.0
- bis einschließlich	9 Monate	98.5	99.4	98.5	98.9	98.0
- mehr als	9 Monate	1.5	0.6	1.5	1.1	2.0
Hessen						
- bis einschließlich	1 Monat	43.9	50.3	50.3	50.0	48.0
- bis einschließlich	3 Monate	75.8	78.8	81.4	81.1	76.8
- bis einschließlich	9 Monate	97.2	98.3	97.8	97.6	97.4
- mehr als	9 Monate	2.8	1.7	2.2	2.4	2.6
Niedersachsen						
- bis einschließlich	1 Monat	76.3	75.6	73.7	77.9	82.9
- bis einschließlich	3 Monate	95.2	95.2	94.8	94.5	96.1
- bis einschließlich	9 Monate	99.5	99.4	99.3	99.3	99.7
- mehr als	9 Monate	0.5	0.6	0.7	0.7	0.3
Nordrhein-Westfalen						
- bis einschließlich	1 Monat	61.4	63.3	65.5	67.0	67.3
- bis einschließlich	3 Monate	89.4	89.9	91.7	92.5	91.6
- bis einschließlich	9 Monate	99.1	99.2	99.1	99.3	99.2
- mehr als	9 Monate	0.9	0.8	0.9	0.7	0.8
Rheinland-Pfalz						
- bis einschließlich	1 Monat	73.5	72.0	72.3	74.6	73.1
- bis einschließlich	3 Monate	95.7	94.7	94.4	94.7	92.2
- bis einschließlich	9 Monate	99.9	99.7	99.5	99.1	97.7
- mehr als	9 Monate	0.1	0.3	0.5	0.9	2.3
Saarland						
- bis einschließlich	1 Monat	71.4	78.8	75.4	78.6	80.9
- bis einschließlich	3 Monate	92.5	96.9	95.1	96.6	96.3
- bis einschließlich	9 Monate	100.0	100.0	99.3	99.1	98.9
- mehr als	9 Monate	0.0	0.0	0.7	0.9	1.1

Bei den Oberlandesgerichten erledigte sonstige Beschwerden in Familiensachen
nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 476

Frage: C. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT							
ERLEDIGTE SONST. BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN		1980	1981	1982	1983	1984	
DAUER DES VERFAHRENS							
Schleswig-Holstein							
- bis einschließlich	1 Monat	51.0	45.9	46.4	50.4	44.8	
- bis einschließlich	3 Monate	72.9	70.1	70.1	75.3	69.2	
- bis einschließlich	9 Monate	95.6	93.9	93.7	93.7	90.4	
- mehr als	9 Monate	4.4	6.1	6.3	6.3	9.6	
Bundesgebiet							
- bis einschließlich	1 Monat	62.8	64.3	64.4	66.7	66.9	
- bis einschließlich	3 Monate	88.9	89.3	89.9	90.9	89.7	
- bis einschließlich	9 Monate	98.7	98.6	98.7	98.7	98.4	
- mehr als	9 Monate	1.3	1.4	1.3	1.3	1.6	

Zahl der bei den Oberlandesgerichten in Familiensachen tätig gewesenen Richter

Seite 477

Frage: C. (B. I. 3. a)

RICHTER OBERLANDESGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
FAMILIENSACHEN					
Baden-Württemberg	28	31	31	31	33
Bayern	40	39	37	35	36
Berlin	19	24	27	29	30
Bremen	4	5	5	5	5
Hamburg	9	9	10	10	11
Hessen	20	21	21	19	20
Niedersachsen	32	35	37	43	47
Nordrhein-Westfalen	75	81	81	81	98
Rheinland-Pfalz	16	16	16	17	18
Saarland	6	7	7	7	7
Schleswig-Holstein	11	12	15	15	16
Bundesgebiet	259	280	287	293	321

Bei den Familiengerichten anhängige und erledigte Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 478

Frage: C. (B. I. 4. a)

OBERLANDESGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / RICHTER					
Baden-Württemberg					
- anhängige Verfahren / Richter	103,43	99,52	106,39	117,74	120,73
- erledigte Verfahren / Richter	63,07	63,36	66,42	72,77	75,21
Bayern					
- anhängige Verfahren / Richter	80,53	84,18	100,16	116,06	110,17
- erledigte Verfahren / Richter	60,10	60,31	70,65	88,37	80,75
Berlin					
- anhängige Verfahren / Richter	75,47	64,33	59,67	58,00	53,80
- erledigte Verfahren / Richter	51,26	40,04	37,30	40,83	36,83
Bremen					
- anhängige Verfahren / Richter	68,00	65,20	59,40	72,60	87,80
- erledigte Verfahren / Richter	45,75	46,20	47,80	46,40	62,00
Hamburg					
- anhängige Verfahren / Richter	90,89	91,22	84,70	95,80	88,91
- erledigte Verfahren / Richter	61,00	59,00	56,90	62,30	58,36
Hessen					
- anhängige Verfahren / Richter	100,75	104,95	113,00	139,47	138,55
- erledigte Verfahren / Richter	67,05	61,95	64,00	86,95	86,70
Niedersachsen					
- anhängige Verfahren / Richter	96,88	95,23	103,27	109,95	102,53
- erledigte Verfahren / Richter	67,47	59,83	61,49	74,56	72,17
Nordrhein-Westfalen					
- anhängige Verfahren / Richter	106,71	100,46	106,63	129,26	118,56
- erledigte Verfahren / Richter	72,63	68,17	69,19	83,67	78,31
Rheinland-Pfalz					
- anhängige Verfahren / Richter	75,75	70,62	85,12	100,76	94,66
- erledigte Verfahren / Richter	54,62	54,87	56,00	69,94	62,83
Saarland					
- anhängige Verfahren / Richter	114,33	94,85	102,85	126,00	142,00
- erledigte Verfahren / Richter	66,33	46,71	48,14	55,28	68,28
Schleswig-Holstein					
- anhängige Verfahren / Richter	156,63	174,75	165,06	181,20	184,25
- erledigte Verfahren / Richter	57,00	52,75	61,73	67,66	74,00
Bundesgebiet					
- anhängige Verfahren / Richter	98,76	95,68	101,56	115,61	111,63
- erledigte Verfahren / Richter	64,56	59,98	62,26	73,76	71,77

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach der Art der Entscheidung

Seite 479

Frage: C. (B. I. 6. a)

OBERLANDESGERICHT					
ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN	1980	1981	1982	1983	1984
GEGEN ENDENTScheidungen					
ART DER ENTSCHEIDUNG					
Baden-Württemberg					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte					
Verfahren insgesamt	734	847	789	961	985
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	54	44	51	68	61
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	354	465	383	577	564
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	305	326	338	306	338
- wurde als unzulässig verworfen	21	12	17	10	22
Bayern					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte					
Verfahren insgesamt	1.108	1.068	1.076	1.493	1.278
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	115	71	80	73	80
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	570	552	586	961	739
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	394	413	381	424	421
- wurde als unzulässig verworfen	29	32	29	35	38
Berlin					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte					
Verfahren insgesamt	484	521	552	710	637
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	36	51	46	52	37
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	219	250	291	410	372
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	219	209	196	223	196
- wurde als unzulässig verworfen	10	11	19	25	32
Bremen					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte					
Verfahren insgesamt	72	70	73	79	102
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	4	8	1	2	5
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	38	24	45	42	51
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	30	34	26	30	35
- wurde als unzulässig verworfen	0	4	1	5	11
Hamburg					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte					
Verfahren insgesamt	210	204	216	229	268
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	8	6	14	15	12
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	125	126	112	120	157
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	72	69	84	89	94
- wurde als unzulässig verworfen	5	3	6	5	5
Hessen					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte					
Verfahren insgesamt	508	528	543	730	774
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	64	50	53	43	32
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	223	254	304	447	522
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	179	190	156	223	203
- wurde als unzulässig verworfen	42	34	30	17	17

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Oberlandesgerichten erledigte Familiensachen nach der Art der Entscheidung

Seite 480

Frage: C. (B. I. 6. a)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE BERUFUNGSVERFAHREN UND BESCHWERDEN GEGEN ENDENTScheidUNGEN ART DER ENTSCHEIDUNG	1980	1981	1982	1983	1984
Niedersachsen					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte Verfahren insgesamt	1.070	1.096	1.136	1.811	1.746
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	77	62	67	79	101
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	558	658	689	1.264	1.139
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	400	352	361	429	457
- wurde als unzulässig verworfen	35	24	19	39	49
Nordrhein-Westfalen					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte Verfahren insgesamt	2.542	2.823	2.613	3.461	3.774
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	218	191	182	250	187
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	1.382	1.688	1.543	2.231	2.420
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	805	829	781	872	1.055
- wurde als unzulässig verworfen	137	115	107	108	112
Rheinland-Pfalz					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte Verfahren insgesamt	518	560	515	758	686
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	46	54	54	40	32
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	281	310	271	524	446
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	173	179	170	179	188
- wurde als unzulässig verworfen	18	17	20	15	20
Saarland					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte Verfahren insgesamt	148	184	187	239	279
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	10	8	10	7	6
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	65	82	97	140	176
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	68	92	77	86	91
- wurde als unzulässig verworfen	5	2	3	6	6
Schleswig-Holstein					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte Verfahren insgesamt	348	317	430	542	630
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	18	28	43	39	44
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	191	188	246	368	467
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	124	87	128	124	114
- wurde als unzulässig verworfen	15	14	13	11	5
Bundesgebiet					
- Durch Urteil oder Beschluß 1) erledigte Verfahren insgesamt	7.742	8.218	8.130	11.013	11.159
Die Berufung/Beschwerde in diesen Verfahren					
- führte zur Aufhebung und Zurückverweisung	650	573	601	668	597
- führte zur Änderung u. eigenen Sachentsch.	4.006	4.597	4.567	7.084	7.053
- wurde als unbegründet zurückgewiesen	2.769	2.780	2.698	2.985	3.192
- wurde als unzulässig verworfen	317	268	264	276	317

1) ohne Beschluß wegen: Ruhen des Verfahrens oder Nichtbetrieb, Abgabe an ein anderes Gericht, Verbindung mit einer anderen Sache

Bei den Oberlandesgerichten erledigte sonstige Beschwerden in Familiensachen
nach der Art der Entscheidung

Seite 481

Frage: C. (B. I. 6. a)

OBERLANDESGERICHT ERLEDIGTE SONST. BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN ART DER ENTSCHEIDUNG	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	966	1.061	1.242	1.437	1.543
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	42	53	64	67	50
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	320	345	402	441	476
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	514	569	669	798	891
- wurden als unzulässig verworfen	90	94	107	131	126
Bayern					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	1.657	1.745	1.996	2.110	2.286
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	97	114	130	105	96
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	516	474	568	579	665
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	908	1.004	1.123	1.266	1.373
- wurden als unzulässig verworfen	136	153	175	160	152
Berlin					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	601	728	890	997	1.088
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	34	62	67	66	80
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	167	172	268	260	302
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	330	430	472	572	639
- wurden als unzulässig verworfen	70	64	83	99	67
Bremen					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	168	223	260	337	333
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	13	15	18	17	10
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	24	50	52	101	91
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	126	144	163	187	210
- wurden als unzulässig verworfen	5	14	27	32	22
Hamburg					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	382	578	516	588	616
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	24	51	60	54	63
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	186	306	220	251	249
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	156	198	218	256	271
- wurden als unzulässig verworfen	16	23	18	27	33
Hessen					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	824	805	1.044	1.000	1.166
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	107	97	107	79	89
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	233	240	286	287	326
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	415	405	568	566	686
- wurden als unzulässig verworfen	69	63	83	68	65
Niedersachsen					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	1.398	1.723	2.316	2.777	2.947
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	95	159	165	195	241
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	440	482	622	685	781
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	750	953	1.398	1.738	1.764
- wurden als unzulässig verworfen	113	129	131	159	161

Bei den Oberlandesgerichten erledigte sonstige Beschwerden in Familiensachen
nach der Art der Entscheidung

Seite 482
Frage: C. (B. I. 6. a)

OBERLANDESGERICHT	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE SONST. BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN					
ART DER ENTSCHEIDUNG					
Nordrhein-Westfalen					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	3.581	4.360	5.271	6.083	6.863
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	434	476	528	689	754
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	953	1.091	1.292	1.432	1.633
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	1.864	2.443	3.074	3.551	4.059
- wurden als unzulässig verworfen	330	350	377	411	417
Rheinland-Pfalz					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	607	706	862	941	1.099
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	74	101	110	110	111
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	148	165	190	206	256
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	322	364	487	525	644
- wurden als unzulässig verworfen	63	76	75	100	88
Saarland					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	220	213	259	304	368
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	27	35	25	34	39
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	62	48	66	73	112
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	109	105	142	177	196
- wurden als unzulässig verworfen	22	25	26	20	21
Schleswig-Holstein					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	685	813	1.094	981	1.300
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	72	114	116	136	197
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	194	214	306	272	306
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	359	417	594	515	698
- wurden als unzulässig verworfen	60	68	78	58	99
Bundesgebiet					
- Von den durch Beschluß erledigten sonstigen Beschwerden	11.089	12.955	15.750	17.555	19.609
- führten zur Aufhebung und Zurückverweisung	1.019	1.277	1.390	1.552	1.730
- führten zur Änderung, eigenen Sachentsch.	3.243	3.587	4.272	4.587	5.197
- wurden als unbegründet zurückgewiesen	5.853	7.032	8.908	10.151	11.431
- wurden als unzulässig verworfen	974	1.059	1.180	1.265	1.251

Beim Bundesgerichtshof erledigte Familiensachen nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 483

Frage: C. (B. I. 2. a)

BUNDESGERICHTSHOF ERLEDIGTE REVISIONEN IN FAMILIENSACHEN GEGENSTAND DES VERFAHRENS	1982	1983	1984
Erledigte Revisionen	114	118	96
davon			
- Revisionen nach Ausspruch der Schei- dung in erster oder zweiter Instanz	8	9	4
- Revisionen in einer abgetrennten Folgesache	1	1	1
- sonstige Revisionen	105	108	91
Gegenstand der erledigten Revisionen:			
- Scheidungssache	8	8	4
- Sonstige Ehesache	1	2	1
- Elterliche Sorge	2	3	1
- Persönlicher Umgang mit dem Kind	-	1	1
- Unterhalt für ein Kind	24	22	26
- Unterhalt für den Ehegatten	73	71	57
- Versorgungsausgleich	4	4	7
- Eheliches Güterrecht	14	21	9

Beim Bundesgerichtshof erledigte Familiensachen nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 484
Frage: C. (B. I. 2. a)

BUNDESGERICHTSHOF ERLEDIGTE WEITERE BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN GEGENSTAND DES VERFAHRENS	1982	1983	1984
Erledigte weitere Beschwerden	227	208	105
davon			
- in nicht abgetrennten Folgesachen	-	1	-
- in abgetrennten Folgesachen	46	57	36
- in sonstigen Familiensachen	181	150	69
Gegenstand der erledigten weiteren Beschwerden			
- Scheidungssache	-	1	-
- Elterliche Sorge	6	9	4
- Persönlicher Umgang mit dem Kind	4	1	1
- Herausgabe des Kindes	-	2	-
- Unterhalt für den Ehegatten	1	-	-
- Versorgungsausgleich	218	196	100

Beim Bundesgerichtshof erledigte Familiensachen nach der Art der Erledigung

Seite 485

Frage: C. (B. I. 2. a)

BUNDESGERICHTSHOF			
ERLEDIGTE REVISIONEN UND WEITERE BESCHWERDEN	1982	1983	1984
IN FAMILIENSACHEN			
ART DER ERLEDIGUNG			
Erledigte Revisionen	114	118	96
- durch streitiges Urteil	89	89	71
- durch Beschluß	6	4	6
- auf andere Weise	19	25	19
Erledigte weitere Beschwerden	227	208	105
- durch Beschluß	141	166	78
- auf andere Weise	86	42	27

Beim Bundesgerichtshof erledigte Familiensachen nach dem Gebührenstreitwert

Seite 486

Frage: C. (B. I. 2. a)

BUNDESGERICHTSHOF ERLEDIGTE REVISIONEN UND WEITERE BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN GEBÜHRENSTREITWERT			1982	1983	1984
Erledigte Revisionen			114	118	96
bis 4.000	DM		40	40	35
über 4.000 bis 6.000	DM		24	24	11
über 6.000 bis 10.000	DM		20	15	23
über 10.000 bis 20.000	DM		11	18	9
über 20.000 bis 50.000	DM		6	8	13
über 50.000 bis 100.000	DM		3	4	1
mehr als 100.000	DM		10	9	4
Erledigte weitere Beschwerden			227	208	105
bis 1.000	DM		105	89	63
über 1.000 bis 3.000	DM		68	73	17
über 3.000 bis 6.000	DM		28	31	19
über 6.000 bis 10.000	DM		10	11	4
über 10.000 bis 20.000	DM		11	4	1
über 20.000 bis 50.000	DM		5	-	-
mehr als 50.000	DM		-	-	1

Beim Bundesgerichtshof erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens

Seite 487

Frage: C. (B. I. 2. b)

BUNDESGERICHTSHOF			
ERLEDIGTE REVISIONEN UND WEITERE BESCHWERDEN	1982	1983	1984
IN FAMILIENSACHEN			
DAUER DES VERFAHRENS			
Erledigte Revisionen			
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten			
a) vor dem Bundesgerichtshof			
- unabhängig von der Erledigungsart	17,9	16,0	15,1
- bei Erledigung durch			
- streitiges Urteil	20,4	18,4	17,8
- Beschluß	6,5	3,9	6,4
b) ab Eingang in der ersten Instanz	43,0	43,3	44,1
Erledigte weitere Beschwerden			
Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten			
a) vor dem Bundesgerichtshof			
- unabhängig von der Erledigungsart	17,6	20,7	25,6
- bei Erledigung durch Beschluß	20,7	22,6	29,8
b) ab Eingang in der ersten Instanz	46,8	52,8	59,4

Beim Bundesgerichtshof erledigte Familiensachen nach dem Erfolg des Rechtsmittels

Seite 488

Frage: C. (B. I. 6. a)

BUNDESGERICHTSHOF ERLEDIGTE REVISIONEN UND WEITERE BESCHWERDEN IN FAMILIENSACHEN ERFOLG DES RECHTSMITTELS	1982	1983	1984
Erfolg der Revisionen			
Durch Urteil erledigt	90	91	71
Ergebnis:			
- Aufhebung und Zurückverweisung	45	49	31
- Änderung und eigene Sachentscheidung	4	10	12
- Zurückweisung als unbegründet	40	30	28
- Verwerfung als unzulässig	1	2	-
Erfolg der weiteren Beschwerden			
Durch Beschluß erledigt	141	166	78
Ergebnis:			
- Aufhebung und Zurückverweisung	95	50	13
- Änderung und eigene Sachentscheidung	11	85	38
- Zurückweisung als unbegründet	28	17	24
- Verwerfung als unzulässig	5	10	3

Zahl der beim Bundesgerichtshof in Familiensachen tätig gewesenen Richter

Seite 489

Frage: C. (B. I. 3. a)

BUNDESGERICHTSHOF						
RICHTER						
		1980	1981	1982	1983	1984
FAMILIENSACHEN						
		6	8	8	8	7

Bei dem Bundesgerichtshof in Familiensachen erledigte Revisionen, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 490

Frage: C. (B. I. 4. a)

BUNDESGERICHTSHOF						
VERHÄLTNIS ERLEDIGTE						
VERFAHREN / RICHTER		1980	1981	1982	1983	1984
			14,25	14,75	13,71	

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 491

Frage: D. I. (B. I. 1.)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN 1)							
Baden-Württemberg							
- Bestand am Jahresanfang		40.428	46.592	49.275	48.120	52.479	46.645
- Neuzugänge		135.858	190.826	195.483	213.242	214.317	194.057
- anhängige Verfahren		176.286	237.418	244.758	261.362	266.796	240.702
Bayern							
- Bestand am Jahresanfang		40.546	38.975	41.477	43.841	43.816	43.587
- Neuzugänge		148.192	190.504	205.728	209.833	215.798	213.640
- anhängige Verfahren		188.738	229.479	247.205	253.674	259.614	257.227
Berlin							
- Bestand am Jahresanfang		16.310	20.391	21.576	20.293	22.574	23.804
- Neuzugänge		48.353	72.468	72.678	77.777	88.300	81.527
- anhängige Verfahren		64.663	92.859	94.254	98.070	110.874	105.331
Bremen							
- Bestand am Jahresanfang		6.120	6.627	6.537	6.123	6.931	6.436
- Neuzugänge		18.305	25.014	23.182	25.155	25.191	26.192
- anhängige Verfahren		24.425	31.641	29.719	31.278	32.122	32.628
Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang		15.325	14.554	14.390	14.585	15.158	14.593
- Neuzugänge		46.793	46.010	43.673	46.657	50.213	49.520
- anhängige Verfahren		62.118	60.564	58.063	61.242	65.371	64.113
Hessen							
- Bestand am Jahresanfang		40.839	49.217	47.134	41.917	43.351	45.414
- Neuzugänge		97.520	138.951	132.235	135.986	145.399	149.649
- anhängige Verfahren		138.359	188.168	179.369	177.903	188.750	195.063
Niedersachsen							
- Bestand am Jahresanfang		38.431	42.871	43.172	45.500	43.867	43.637
- Neuzugänge		123.326	145.966	156.359	164.009	169.360	169.339
- anhängige Verfahren		161.757	188.837	199.531	209.509	213.227	212.976
Nordrhein-Westfalen							
- Bestand am Jahresanfang		119.753	123.167	113.106	105.871	106.623	102.978
- Neuzugänge		394.614	502.294	485.991	473.121	470.797	454.643
- anhängige Verfahren		514.367	625.461	599.097	578.992	577.420	557.621
Rheinland-Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang		17.187	20.026	20.953	20.820	21.068	21.810
- Neuzugänge		53.411	70.868	72.228	74.836	78.109	77.917
- anhängige Verfahren		70.598	90.894	93.181	95.656	99.177	99.727
Saarland							
- Bestand am Jahresanfang		8.462	7.669	7.866	7.535	8.215	8.170
- Neuzugänge		15.037	23.505	23.934	24.844	26.034	26.281
- anhängige Verfahren		23.499	31.174	31.800	32.379	34.249	34.451
Schleswig-Holstein							
- Bestand am Jahresanfang		15.101	17.044	19.404	20.120	21.047	20.994
- Neuzugänge		42.556	55.996	59.944	61.316	64.311	65.725
- anhängige Verfahren		57.657	73.040	79.348	81.436	85.358	86.719
Bundesgebiet							
- Bestand am Jahresanfang		358.502	387.133	384.890	374.725	385.129	378.068
- Neuzugänge		1.123.965	1.462.402	1.471.435	1.506.776	1.547.829	1.508.490
- anhängige Verfahren		1.482.467	1.849.535	1.856.325	1.881.501	1.932.958	1.886.489

1) Hierzu gehören: Anklagen, beschleunigte Verfahren, vereinfachte Jugendverfahren, Hauptverhandlungen nach § 408 Abs 2 StPO, Einsprüche gegen Strafbefehle, Privatklagen, objektive Verfahren, Nachverfahren nach § 439 StPO, Eröffnungen durch ein Gericht höherer Ordnung, Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens, Bußgeldverfahren, Erzwingungshafenanträge

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 492

Frage: D. I. (B. I. 1.)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGER GESCHÄFTSANFALL (NEUEINGÄNGE)							
Baden-Württemberg							
- Strafbefehlsanträge 1)		49.763	47.609	47.484	47.259	48.585	47.583
- einzelne richterliche Anordnungen		61.025	85.853	86.118	91.227	93.641	92.349
- Vollstreckungsverfahren		5.031	7.479	7.855	9.196	10.679	8.749
- Rechtshilfeersuchen		28.956	28.330	26.133	18.361	17.721	17.178
Bayern							
- Strafbefehlsanträge 1)		56.141	52.437	53.507	53.547	53.912	52.241
- einzelne richterliche Anordnungen		82.556	109.556	112.447	114.919	117.737	115.373
- Vollstreckungsverfahren		8.026	23.954	27.382	30.177	30.968	29.415
- Rechtshilfeersuchen		20.716	17.443	16.344	15.454	14.427	13.879
Berlin							
- Strafbefehlsanträge 1)		8.611	11.238	11.588	13.042	13.437	11.993
- einzelne richterliche Anordnungen		19.871	30.363	30.083	29.629	28.671	27.254
- Vollstreckungsverfahren		2.351	2.748	3.219	3.416	3.207	2.973
- Rechtshilfeersuchen		3.797	3.755	3.525	3.754	3.472	3.186
Bremen							
- Strafbefehlsanträge 1)		6.238	6.024	5.170	5.958	5.487	5.378
- einzelne richterliche Anordnungen		9.343	10.818	10.466	12.390	10.952	10.945
- Vollstreckungsverfahren		469	7.373	1.190	1.559	1.544	1.577
- Rechtshilfeersuchen		1.716	2.164	2.156	2.156	4.184	5.912
Hamburg							
- Strafbefehlsanträge 1)		8.234	5.494	5.559	7.228	5.832	6.961
- einzelne richterliche Anordnungen		24.046	25.491	25.923	25.657	26.672	26.507
- Vollstreckungsverfahren		6.985	11.251	13.383	19.743	20.322	21.021
- Rechtshilfeersuchen		26.801	6.849	6.636	5.371	3.769	3.684
Hessen							
- Strafbefehlsanträge 1)		25.429	25.108	24.356	27.039	25.868	25.002
- einzelne richterliche Anordnungen		62.648	69.590	70.895	72.899	71.882	70.221
- Vollstreckungsverfahren		3.319	3.981	4.617	10.990	5.025	4.785
- Rechtshilfeersuchen		12.503	12.774	11.413	11.125	10.395	9.130
Niedersachsen							
- Strafbefehlsanträge 1)		34.777	28.279	27.931	30.919	30.242	28.389
- einzelne richterliche Anordnungen		61.381	66.886	67.372	69.693	71.358	72.558
- Vollstreckungsverfahren		7.306	15.970	21.964	19.378	20.741	20.680
- Rechtshilfeersuchen		19.814	16.481	11.715	12.383	12.130	9.386
Nordrhein-Westfalen							
- Strafbefehlsanträge 1)		85.124	77.075	81.374	86.386	89.326	84.642
- einzelne richterliche Anordnungen		132.146	154.723	168.389	178.052	184.533	173.532
- Vollstreckungsverfahren		17.138	51.601	53.030	53.055	54.830	51.009
- Rechtshilfeersuchen		32.232	32.524	30.345	29.573	27.517	25.252
Rheinland-Pfalz							
- Strafbefehlsanträge 1)		18.879	17.788	18.721	19.016	19.558	19.706
- einzelne richterliche Anordnungen		28.772	39.551	40.215	42.743	47.595	39.126
- Vollstreckungsverfahren		2.972	7.200	7.399	8.539	11.751	7.556
- Rechtshilfeersuchen		6.388	6.084	5.753	5.720	4.951	4.852

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 493

Frage: D. I. (B. I. 1.)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGER GESCHÄFTSANFALL (NEUEINGÄNGE)							
Saarland							
- Strafbefehlsanträge 1)		4.173	4.490	4.313	4.737	4.695	4.693
- einzelne richterliche Anordnungen		7.505	10.235	10.526	11.446	11.859	10.535
- Vollstreckungsverfahren		2.419	3.510	4.113	4.256	4.321	3.917
- Rechtshilfeersuchen		1.703	1.870	1.327	1.074	1.066	1.146
Schleswig-Holstein							
- Strafbefehlsanträge 1)		13.261	13.471	14.406	15.092	15.351	13.616
- einzelne richterliche Anordnungen		22.148	27.041	29.121	29.122	31.140	31.376
- Vollstreckungsverfahren		3.346	4.211	4.935	5.085	5.664	5.591
- Rechtshilfeersuchen		7.333	4.158	4.406	4.766	5.099	3.606
Bundesgebiet							
- Strafbefehlsanträge 1)		310.630	289.013	294.409	310.223	312.293	300.204
- einzelne richterliche Anordnungen		511.441	630.107	651.555	677.779	696.040	669.776
- Vollstreckungsverfahren		59.362	139.278	149.087	165.394	169.052	157.273
- Rechtshilfeersuchen		161.959	132.432	119.753	109.737	104.731	97.207

1) ohne die Verfahren, in denen Einspruch eingelegt oder Hauptverhandlung nach § 408 Abs 2 StPO durchgeführt wurde

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren

Seite 494

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE VERFAHREN 1)							
Baden-Württemberg		124.308	185.316	193.862	205.035	216.732	193.819
Bayern		139.067	189.876	198.890	204.018	210.184	212.082
Berlin		44.764	69.453	71.779	73.551	84.788	81.730
Bremen		16.473	24.271	23.170	24.048	25.386	25.315
Hamburg		45.072	44.849	42.106	44.845	49.349	47.285
Hessen		90.364	136.689	132.057	131.785	140.405	146.300
Niedersachsen		113.343	141.818	150.534	161.545	165.465	167.862
Nordrhein-Westfalen		378.721	495.868	479.618	457.562	464.553	448.905
Rheinland-Pfalz		48.750	68.427	70.786	72.801	75.121	75.386
Saarland		14.788	23.026	23.612	23.613	25.372	25.456
Schleswig-Holstein		39.601	52.042	57.160	57.745	62.214	63.506
Bundesgebiet		1.055.251	1.431.635	1.443.574	1.456.548	1.519.569	1.487.646

- 1) Hierzu gehören: Anklagen, beschleunigte Verfahren, vereinfachte Jugendverfahren, Hauptverhandlungen nach § 408 Abs 2 StPO, Einsprüche gegen Strafbefehle, Privatklagen, objektive Verfahren, Nachverfahren nach § 439 StPO, Eröffnungen durch ein Gericht höherer Ordnung, Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens, Bußgeldverfahren, Erzwingungshaftanträge

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 495

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN 1)							
Baden-Württemberg							
- Urteil (Straftat/OWi)		59.659	68.189	68.179	71.212	71.077	65.014
- Einstellung 2)		16.754	24.824	25.522	27.327	29.977	27.557
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		2.460	7.287	7.594	7.779	7.761	8.204
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		840	966	1.037	994	976	834
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		723	747	826	938	968	877
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		12.901	22.716	22.290	23.894	25.536	24.877
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklagesache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungs- haft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		29.356	55.502	62.510	67.483	74.732	60.832
Bayern							
- Urteil (Straftat/OWi)		71.122	84.634	87.616	88.778	86.888	84.734
- Einstellung 2)		19.015	26.184	28.687	28.833	30.031	29.998
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		2.468	7.785	8.328	9.410	10.297	11.057
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		761	843	817	796	880	928
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		1.353	1.678	1.542	1.635	1.632	1.624
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		21.024	33.093	35.494	36.400	38.900	39.449
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklagesache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungs- haft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		22.112	34.663	35.405	37.155	40.477	43.312

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 496
Frage: D. I. (B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN 1)							
Berlin							
- Urteil (Straftat/DWi)		18.798	23.995	24.405	23.776	24.381	23.300
- Einstellung 2)		8.395	13.147	13.731	15.521	15.226	14.413
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		1.681	5.141	5.502	5.998	5.919	5.636
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		400	571	705	774	856	853
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		252	228	247	189	228	267
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		6.391	10.071	10.475	10.542	11.853	11.979
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklagesache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungshaft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		8.679	14.775	15.392	15.410	23.677	22.590
Bremen							
- Urteil (Straftat/DWi)		5.872	6.422	6.519	6.676	6.571	6.265
- Einstellung 2)		4.755	7.093	6.593	6.626	7.100	7.465
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		481	923	922	976	995	1.126
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		49	75	97	128	139	149
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		43	47	58	39	51	45
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		2.247	2.274	2.305	2.446	2.714	2.536
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklagesache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungshaft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		2.917	6.919	6.271	6.724	7.494	7.290

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 497

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN 1)							
Hamburg							
- Urteil (Straftat/OWi)		19.582	19.747	17.919	18.590	19.234	17.465
- Einstellung 2)		8.113	9.517	9.138	9.821	10.868	10.261
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		804	1.264	1.380	1.431	1.911	1.781
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		316	350	408	382	402	394
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		338	621	605	719	786	610
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		5.469	5.044	4.731	5.066	5.566	5.518
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklagesache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungshaft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		10.020	8.044	7.694	8.600	10.307	10.922
Hessen							
- Urteil (Straftat/OWi)		39.786	46.551	44.641	43.301	42.926	41.269
- Einstellung 2)		13.541	20.604	19.152	20.015	21.765	22.446
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		1.928	5.011	5.380	5.195	4.822	4.651
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		442	704	813	904	883	878
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		534	659	758	674	781	789
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		6.782	12.304	11.543	12.713	14.958	16.070
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklagesache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungshaft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		26.091	48.358	47.680	47.116	52.211	56.733

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 498

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN 1)							
Niedersachsen							
- Urteil (Straftat/DWi)		65.268	68.834	71.340	73.759	70.814	67.712
- Einstellung 2)		16.005	22.274	23.578	25.368	26.377	26.862
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		1.948	6.287	6.533	7.584	7.640	8.276
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		627	977	937	1.112	1.111	1.027
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		714	638	706	785	759	714
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		8.717	15.368	16.176	17.544	18.967	19.088
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklaresache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungshaft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		18.182	23.568	27.499	30.673	33.758	37.353
Nordrhein-Westfalen							
- Urteil (Straftat/DWi)		170.072	192.181	182.162	168.524	162.609	150.874
- Einstellung 2)		62.851	84.957	85.272	80.076	81.409	77.920
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		8.429	21.357	22.594	22.544	22.933	21.606
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		2.485	3.087	3.224	3.349	3.118	2.830
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		1.632	2.055	1.934	1.872	1.939	1.925
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		34.875	51.182	49.218	44.563	47.199	47.844
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklaresache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungshaft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		87.711	130.716	124.769	125.682	132.216	132.361

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 499

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN 1)							
Rheinland-Pfalz							
- Urteil (Straftat/DWi)		23.514	28.774	29.782	30.091	29.755	29.158
- Einstellung 2)		7.358	10.773	11.167	11.494	12.100	11.455
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		955	3.205	3.248	3.167	3.653	3.923
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		226	403	389	452	460	423
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		295	367	321	330	307	257
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		7.025	10.879	11.564	11.648	12.103	11.815
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklaresache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungs- haft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		8.646	12.627	12.717	13.786	14.592	15.577
Saarland							
- Urteil (Straftat/DWi)		7.423	9.772	9.994	10.256	10.134	10.194
- Einstellung 2)		2.528	5.098	4.655	4.744	4.119	3.854
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		217	346	444	367	515	439
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		25	49	108	87	102	101
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		45	84	93	51	75	73
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		1.471	3.442	3.671	3.407	4.026	4.614
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklaresache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungs- haft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		2.688	3.875	4.231	4.135	5.624	5.898

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 500
Frage: D. I. (B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN 1)							
Schleswig-Holstein							
- Urteil (Straftat/OWi)		18.902	20.330	21.007	20.452	20.865	20.073
- Einstellung 2)		6.144	7.726	8.915	8.178	8.886	8.628
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		876	1.721	1.843	1.983	1.869	2.003
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		112	164	257	245	251	268
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		194	188	191	145	225	223
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		3.342	6.007	6.007	5.929	6.499	5.983
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklagesache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungshaft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		9.537	14.069	16.071	18.082	21.029	23.429
Bundesgebiet							
- Urteil (Straftat/OWi)		499.998	569.429	563.564	555.415	545.254	516.058
- Einstellung 2)		165.459	232.197	236.410	238.003	247.858	240.859
- vorläufige Einstellung gem. §§ 153a II, 154 II, 154c IV StPO		22.247	60.327	63.768	66.434	68.315	68.702
- vorläufige Einstellung gem. § 205 StPO		6.283	8.189	8.792	9.223	9.178	8.685
- Ablehnung/Zurückweisung der Eröffnung des Hauptverfahrens, Aburteilung im beschleunigten Verfahren, Entscheidung im vereinf. Jugendverfahren, Privatklage		6.123	7.312	7.281	7.377	7.751	7.407
- Zurücknahme/Fallenlassen der/des Anklage, Klage nach § 411 I StPO, Einspruchs gegen Strafbefehl/Bußgeldbescheid Privatklage		110.244	172.380	173.474	174.152	188.321	189.773
- Beschluß nach §§ 70, 72 OWiG oder nach § 441 II StPO, Vorlage/Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung, Eröffnung bei Verweisung an ein Gericht niedrigerer Ordnung, Vergleich in Privatklagesache, Anordnung/Ablehnung Erzwingungshaft, Verbindung gem. § 4 StPO, sonstiges		225.939	353.116	360.239	374.846	416.117	416.297

1) Hierzu gehören: Anklagen, beschleunigte Verfahren, vereinfachte Jugendverfahren, Hauptverhandlungen nach § 408 Abs 2 StPO, Einsprüche gegen Strafbefehle, Privatklagen, objektive Verfahren, Nachverfahren nach § 439 StPO, Eröffnungen durch ein Gericht höherer Ordnung, Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens, Bußgeldverfahren, Erzwingungshaftanträge

2) nach §§ 153 Abs 2, 153b Abs 2, 383 Abs 2 StPO, § 47 Abs 2 OWiG, § 206a StPO, § 47 JMG

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 501

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Baden-Württemberg							
- Anklage		42.087	52.007	53.318	56.234	55.216	51.113
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		6.506	9.706	10.414	11.273	11.992	10.426
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		21.736	25.095	25.598	25.849	27.534	28.261
- Privatklage		2.021	1.494	1.440	1.384	1.203	1.156
- abj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erzwungungshaftantrag		51.958	97.014	103.092	110.295	120.787	102.863
Bayern							
- Anklage		41.685	58.326	61.601	65.271	66.090	62.455
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		10.322	11.310	12.607	13.117	12.809	14.797
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		29.860	34.276	34.395	34.149	35.719	35.779
- Privatklage		3.565	3.210	2.975	2.640	2.448	2.320
- abj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erzwungungshaftantrag		53.635	82.754	87.312	88.841	93.118	96.731
Berlin							
- Anklage		17.429	25.316	27.085	27.789	27.808	26.902
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		1.642	3.117	2.907	2.870	2.737	2.523
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		6.132	6.945	6.615	7.045	7.844	7.581
- Privatklage		256	116	120	89	94	87
- abj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erzwungungshaftantrag		19.305	33.959	35.052	35.758	46.305	44.637
Bremen							
- Anklage		5.623	6.422	6.610	7.244	7.303	6.409
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		1.083	1.652	1.687	1.492	1.711	2.508
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		2.141	2.680	2.543	2.417	2.357	2.339
- Privatklage		46	52	52	38	33	43
- abj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erzwungungshaftantrag		7.580	13.465	12.278	12.857	13.982	14.016

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 502

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Hamburg							
- Anklage		9.457	11.410	12.176	13.079	14.998	14.037
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		13.032	17.110	15.645	17.406	17.370	14.997
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		1.439	1.593	1.598	1.538	1.445	1.714
- Privatklage		212	135	121	108	92	69
- obj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erziehungshafentantrag		20.932	14.601	12.566	12.714	15.444	16.468
Hessen							
- Anklage		31.029	41.650	42.238	42.818	43.734	42.434
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		6.557	7.652	8.579	7.848	8.687	8.132
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		8.347	10.528	10.426	10.029	10.082	10.710
- Privatklage		831	771	756	738	735	685
- obj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erziehungshafentantrag		43.600	76.088	70.058	70.352	77.167	84.339
Niedersachsen							
- Anklage		53.027	59.813	64.409	69.903	67.268	66.136
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		12.989	14.710	14.929	14.680	15.025	14.066
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		6.330	9.809	9.644	10.058	10.647	10.631
- Privatklage		698	502	429	433	341	327
- obj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erziehungshafentantrag		40.299	56.984	61.123	66.471	72.184	76.702
Nordrhein-Westfalen							
- Anklage		143.255	189.599	188.047	181.953	181.389	166.922
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		14.905	22.066	22.308	20.851	18.426	14.317
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		27.427	30.922	33.252	35.765	37.500	38.045
- Privatklage		3.869	3.134	2.955	2.610	2.414	2.206
- obj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erziehungshafentantrag		189.265	250.147	233.056	216.383	224.824	227.415
Rheinland-Pfalz							
- Anklage		18.250	24.095	25.287	26.419	28.220	27.278
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		1.913	3.803	3.838	3.966	3.685	3.206
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		8.113	9.745	9.613	9.084	9.511	9.546
- Privatklage		970	635	572	530	514	423
- obj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erziehungshafentantrag		19.504	30.149	31.476	32.802	33.191	34.933

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 503

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Saarland							
- Anklage		5.996	7.422	8.015	7.996	8.458	8.474
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		273	283	271	290	283	218
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		1.528	2.419	2.555	2.437	2.554	2.711
- Privatklage		370	315	233	172	239	246
- obj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erzwangungshaftantrag		6.621	12.587	12.538	12.661	13.838	13.807
Schleswig-Holstein							
- Anklage		17.140	18.555	20.718	20.841	22.356	21.528
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		1.439	1.506	1.411	1.504	1.566	1.738
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		3.593	5.635	5.752	5.531	5.487	5.352
- Privatklage		261	164	129	87	144	106
- obj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erzwangungshaftantrag		17.168	26.182	29.150	29.782	32.661	34.782
Bundesgebiet							
- Anklage		384.978	494.615	509.504	519.547	522.840	493.688
- Beschleunigtes Verfahren u. vereinfachtes Jugendverfahren		70.661	92.915	94.596	95.297	94.291	86.928
- Einspruch gegen Strafbefehl und Hauptverhandlung nach § 408 II StPO		116.646	139.647	141.991	143.902	150.680	152.669
- Privatklage		13.099	10.528	9.782	8.829	8.257	7.668
- obj. Verfahren, Nachverfahren, Eröffnung durch Gericht höherer Ordnung, Antrag auf Sicherungsverfahren, Bußgeldverfahren, Erzwangungshaftantrag		469.867	693.930	687.701	688.916	743.501	746.693

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 504

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS 1)							
Baden-Württemberg							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		86.5	91.6	91.6	92.1	91.8	91.9
- über 6 bis 12 Monate		9.7	6.1	6.1	5.7	6.4	5.9
- über 12 bis 24 Monate		3.0	1.8	1.9	1.7	1.5	1.8
- mehr als 24 Monate		0.8	0.5	0.4	0.5	0.3	0.4
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		75.1	82.5	82.6	83.3	83.5	83.3
- über 6 bis 12 Monate		17.6	12.6	12.6	12.1	12.2	11.8
- über 12 bis 24 Monate		5.7	3.8	3.9	3.7	3.5	4.0
- mehr als 24 Monate		1.6	1.1	0.9	1.0	0.8	0.9
Bayern							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		89.6	94.1	94.1	94.1	94.5	94.8
- über 6 bis 12 Monate		7.5	4.7	4.7	4.6	4.2	4.0
- über 12 bis 24 Monate		2.3	1.0	1.0	1.2	1.1	1.0
- mehr als 24 Monate		0.6	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		79.1	85.7	85.7	85.5	86.1	86.7
- über 6 bis 12 Monate		14.9	10.9	10.9	10.9	10.4	10.0
- über 12 bis 24 Monate		4.6	2.7	2.8	2.9	2.8	2.6
- mehr als 24 Monate		1.4	0.7	0.6	0.7	0.7	0.7
Berlin							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		87.6	91.6	91.4	91.8	92.5	93.1
- über 6 bis 12 Monate		8.5	6.1	6.2	5.8	5.3	5.1
- über 12 bis 24 Monate		3.1	1.9	2.1	2.1	1.9	1.6
- mehr als 24 Monate		0.8	0.4	0.3	0.3	0.3	0.2
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		76.1	81.9	81.6	82.0	83.9	84.5
- über 6 bis 12 Monate		15.6	12.7	12.8	12.1	10.9	10.6
- über 12 bis 24 Monate		6.5	4.2	4.5	4.7	4.1	3.9
- mehr als 24 Monate		1.8	1.2	1.1	1.2	1.1	1.0
Bremen							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		82.8	87.4	86.3	88.4	87.5	88.4
- über 6 bis 12 Monate		11.4	8.7	9.1	7.9	8.8	7.8
- über 12 bis 24 Monate		4.0	3.1	3.5	2.8	3.1	2.8
- mehr als 24 Monate		1.8	0.8	1.1	0.9	0.6	1.0
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		72.4	80.3	79.0	80.5	79.9	81.0
- über 6 bis 12 Monate		17.3	12.8	13.2	12.6	12.9	12.0
- über 12 bis 24 Monate		7.2	5.2	5.7	5.2	5.6	5.0
- mehr als 24 Monate		3.1	1.7	2.1	1.7	1.6	2.0

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 505

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS 1)							
Hamburg							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		87.4	87.4	86.5	87.7	88.9	89.0
- über 6 bis 12 Monate		8.9	8.7	9.5	8.9	8.0	7.9
- über 12 bis 24 Monate		3.0	3.2	3.3	2.9	2.6	2.6
- mehr als 24 Monate		0.7	0.7	0.7	0.5	0.5	0.4
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		80.5	74.5	71.6	72.0	73.7	75.9
- über 6 bis 12 Monate		13.0	17.6	19.6	19.2	17.9	16.4
- über 12 bis 24 Monate		5.0	6.3	7.1	7.4	6.7	6.2
- mehr als 24 Monate		1.5	1.6	1.7	1.4	1.7	1.5
Hessen							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		85.2	88.2	88.1	88.4	89.4	89.6
- über 6 bis 12 Monate		11.0	8.5	8.5	8.2	7.5	7.5
- über 12 bis 24 Monate		3.0	2.6	2.6	2.7	2.3	2.3
- mehr als 24 Monate		0.8	0.7	0.8	0.7	0.8	0.6
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		73.7	77.5	77.6	77.7	79.3	80.2
- über 6 bis 12 Monate		18.6	15.9	15.5	15.3	14.3	13.5
- über 12 bis 24 Monate		6.0	5.2	5.5	5.5	4.9	4.8
- mehr als 24 Monate		1.7	1.4	1.4	1.5	1.5	1.5
Niedersachsen							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		86.9	89.7	89.5	89.6	90.6	91.3
- über 6 bis 12 Monate		9.5	7.9	7.9	7.7	7.0	6.5
- über 12 bis 24 Monate		2.8	2.1	2.2	3.0	2.0	1.9
- mehr als 24 Monate		0.8	0.3	0.4	0.7	0.4	0.3
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		77.3	80.1	79.6	80.4	82.1	83.0
- über 6 bis 12 Monate		16.0	14.7	15.2	14.1	12.9	12.3
- über 12 bis 24 Monate		5.1	4.3	4.3	4.6	4.1	3.9
- mehr als 24 Monate		1.6	0.9	0.9	0.9	0.9	0.8
Nordrhein-Westfalen							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		87.8	91.2	91.3	91.7	91.7	91.6
- über 6 bis 12 Monate		8.8	6.3	6.4	6.1	6.2	6.3
- über 12 bis 24 Monate		2.7	2.0	1.9	1.8	1.8	1.8
- mehr als 24 Monate		0.7	0.5	0.4	0.4	0.3	0.3
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		78.0	81.9	81.3	81.3	81.8	82.0
- über 6 bis 12 Monate		15.2	12.8	13.3	13.1	12.9	12.7
- über 12 bis 24 Monate		5.1	4.1	4.3	4.4	4.2	4.2
- mehr als 24 Monate		1.7	1.2	1.1	1.2	1.1	1.1

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 506

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS 1)							
Rheinland-Pfalz							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		84.6	87.9	87.9	88.7	88.6	88.5
- über 6 bis 12 Monate		10.6	8.3	8.5	7.9	8.2	8.2
- über 12 bis 24 Monate		3.7	8.0	2.9	2.8	2.6	2.7
- mehr als 24 Monate		1.1	0.8	0.7	0.6	0.6	0.6
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		70.0	75.1	75.3	76.6	76.0	76.7
- über 6 bis 12 Monate		19.0	16.9	16.8	15.8	16.2	15.8
- über 12 bis 24 Monate		8.3	5.9	6.1	5.8	6.0	5.7
- mehr als 24 Monate		2.7	2.1	1.8	1.8	1.8	1.8
Saarland							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		77.9	87.9	89.6	89.7	88.6	88.9
- über 6 bis 12 Monate		12.7	8.6	6.9	6.3	8.0	7.3
- über 12 bis 24 Monate		6.7	2.8	2.5	2.7	2.2	2.6
- mehr als 24 Monate		2.7	0.7	1.0	1.3	1.2	1.2
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		62.9	74.4	75.8	73.7	73.4	87.3
- über 6 bis 12 Monate		21.7	18.6	16.8	17.8	18.4	8.5
- über 12 bis 24 Monate		10.9	5.4	5.3	6.3	6.1	3.1
- mehr als 24 Monate		4.5	1.6	2.1	2.2	2.1	1.1
Schleswig-Holstein							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		87.2	89.7	89.1	89.1	88.9	88.6
- über 6 bis 12 Monate		9.0	7.5	8.3	8.4	8.2	8.6
- über 12 bis 24 Monate		2.8	2.3	2.2	2.1	2.4	2.4
- mehr als 24 Monate		1.0	0.5	0.4	0.4	0.5	0.4
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		75.5	77.8	76.2	75.3	75.4	76.7
- über 6 bis 12 Monate		17.1	16.5	18.0	18.8	18.4	17.2
- über 12 bis 24 Monate		5.5	4.6	4.8	5.0	5.0	5.1
- mehr als 24 Monate		1.9	1.1	1.0	0.9	1.2	1.0
Bundesgebiet							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		87.1	90.8	90.8	91.1	91.2	91.5
- über 6 bis 12 Monate		9.2	6.7	6.8	6.5	6.4	6.3
- über 12 bis 24 Monate		2.9	2.0	2.0	2.0	2.0	1.9
- mehr als 24 Monate		0.8	0.5	0.4	0.4	0.4	0.4
- ab Eingang bei der StA (ohne Privatklagen)							
- bis zu 6 Monaten		76.6	81.0	80.7	80.9	81.6	82.3
- über 6 bis 12 Monate		16.1	13.6	13.8	13.5	13.1	12.5
- über 12 bis 24 Monate		5.5	4.2	4.4	4.5	4.2	4.1
- mehr als 24 Monate		1.8	1.2	1.1	1.1	1.1	1.1

1) Hierzu gehören: Anklagen, beschleunigte Verfahren, vereinfachte Jugendverfahren, Hauptverhandlungen nach § 408 Abs 2 StPO, Einsprüche gegen Strafbefehle, Privatklagen, objektive Verfahren, Nachverfahren nach § 439 StPO, Eröffnungen durch ein Gericht höherer Ordnung, Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens, Bußgeldverfahren, Erzwangungshaftanträge

Zahl der bei den Amtsgerichten in Strafsachen 1) tätig gewesenen Richter

Seite 507

Frage: D. I. (B. I. 3. a)

RICHTER AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
STRAFGERICHTSBARKEIT							
Baden-Württemberg	2)	292	309	307	307	304	306
Bayern	315	379	391	392	391	388	387
Berlin	96	104	131	134	137	143	146
Bremen	32	38	39	39	39	38	37
Hamburg	67	86	85	84	83	82	82
Hessen	176	217	230	239	235	227	225
Niedersachsen	218	266	276	283	280	278	277
Nordrhein-Westfalen	520	655	752	759	721	691	661
Rheinland-Pfalz	129	125	138	141	144	144	143
Saarland	32	39	43	43	45	44	45
Schleswig-Holstein	87	104	102	101	99	100	97
Bundesgebiet		2.305	2.496	2.521	2.481	2.439	2.406

1) ab 1975 einschl. Bußgeldverfahren

2) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das Jahr 1965 nicht vor

Zahl der bei den Amtsgerichten in Strafsachen 1) tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes) Seite 508
Frage: D. I. (B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
STRAFGERICHTSBARKEIT							
Baden-Württemberg	2)	143	79	79	77	77	73
Bayern	176	98	99	94	89	86	84
Berlin	34	28	19	20	24	24	23
Bremen	18	10	9	8	7	7	6
Hamburg	58	41	20	20	20	19	20
Hessen	63	59	34	34	31	30	31
Niedersachsen	85	77	48	47	48	48	49
Nordrhein-Westfalen	184	176	131	129	130	131	126
Rheinland-Pfalz	50	36	20	21	20	19	20
Saarland	10	4	4	4	5	5	6
Schleswig-Holstein	31	36	21	19	18	17	17
Bundesgebiet		708	485	475	469	465	455

1) ab 1975 einschl. der Bußgeldverfahren

2) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das Jahr 1965 nicht vor

Zahl der bei den Amtsgerichten in Strafsachen und Bußgeldverfahren
tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes

Seite 509

Frage: D. I. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENSTETE AMTSGERICHT	1)	1)					
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
STRAFGERICHTSBARKEIT							
Baden-Württemberg			635	650	635	629	626
Bayern			810	826	821	809	810
Berlin			247	243	249	253	244
Bremen			92	89	89	83	76
Hamburg			194	196	191	187	185
Hessen			465	468	440	433	428
Niedersachsen			569	564	561	575	564
Nordrhein-Westfalen			1.421	1.426	1.407	1.354	1.302
Rheinland-Pfalz			273	274	274	266	265
Saarland			78	76	77	78	79
Schleswig-Holstein			222	218	199	201	198
Summe			5.004	5.029	4.943	4.865	4.777

1) bis 1975 wurde die Personalverwendung im mittleren Dienst und
Schreibdienst nicht statistisch erfaßt

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 510

Frage: D. I. (B. I. 4. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNISS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / Richter		603,72	768,34	797,26	851,34	877,62	786,61
- erledigte Verfahren / Richter		425,71	599,73	631,47	667,87	712,93	633,40
Bayern							
- anhängige Verfahren / Richter		497,99	586,90	630,63	648,78	669,11	664,67
- erledigte Verfahren / Richter		366,93	485,62	507,37	521,79	541,71	548,02
Berlin							
- anhängige Verfahren / Richter		621,76	708,85	703,39	715,84	775,34	721,45
- erledigte Verfahren / Richter		430,42	530,18	535,66	536,87	592,92	559,79
Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter		642,76	811,31	762,03	802,00	845,32	881,84
- erledigte Verfahren / Richter		433,50	622,33	594,10	616,62	668,05	684,19
Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter		722,30	712,52	691,23	737,86	797,21	781,87
- erledigte Verfahren / Richter		524,09	527,64	501,26	540,30	601,82	576,65
Hessen							
- anhängige Verfahren / Richter		637,60	818,12	750,50	757,03	831,50	866,95
- erledigte Verfahren / Richter		416,42	594,30	552,54	560,79	618,52	650,22
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / Richter		608,11	684,19	705,06	748,25	767,00	768,87
- erledigte Verfahren / Richter		426,10	513,83	531,92	576,95	595,20	606,00
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / Richter		785,29	831,73	789,32	803,04	835,63	843,60
- erledigte Verfahren / Richter		578,20	659,40	631,91	634,62	672,29	679,13
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter		564,78	658,65	660,86	664,28	688,73	697,39
- erledigte Verfahren / Richter		390,00	495,85	502,03	505,56	521,67	527,17
Saarland							
- anhängige Verfahren / Richter		602,54	724,98	739,53	719,53	778,39	765,58
- erledigte Verfahren / Richter		379,18	535,49	549,12	524,73	576,64	565,69
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / Richter		554,39	716,08	785,62	822,59	853,58	894,01
- erledigte Verfahren / Richter		380,78	510,22	565,94	583,28	622,14	654,70
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / Richter		643,15	741,00	736,34	758,36	792,52	784,08
- erledigte Verfahren / Richter		457,81	573,57	572,62	587,08	623,03	618,30

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren
die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 511

Frage: D. I. (B. I. 4. a)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		1.232,77	3.005,29	3.098,20	3.394,31	3.464,88	3.297,29
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		1.268,45	2.345,77	2.453,95	2.662,79	2.814,70	2.655,05
Bayern							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		1.925,90	2.317,97	2.629,84	2.850,27	3.018,77	3.062,23
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		1.419,05	1.917,94	2.115,85	2.292,34	2.444,00	2.524,79
Berlin							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		2.309,39	4.887,32	4.712,70	4.086,25	4.619,75	4.579,61
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		1.598,71	3.655,42	3.588,95	3.064,63	3.532,83	3.553,48
Bremen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		2.442,50	3.515,67	3.714,88	4.468,29	4.588,86	5.438,00
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		1.647,30	2.696,78	2.896,25	3.435,43	3.626,57	4.219,17
Hamburg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		1.515,07	3.028,20	2.903,15	3.062,10	3.440,58	3.205,65
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		1.099,32	2.242,45	2.105,30	2.242,25	2.597,32	2.364,25
Hessen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		2.345,07	5.534,35	5.275,56	5.738,81	6.291,67	6.292,35
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		1.531,49	4.020,26	3.884,03	4.251,13	4.680,17	4.719,35
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		2.100,74	3.934,10	4.245,34	4.364,77	4.442,23	4.346,45
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		1.471,99	2.954,54	3.202,85	3.365,52	3.447,19	3.425,76
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		2.922,54	4.774,51	4.644,16	4.453,78	4.407,79	4.425,56
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		2.151,82	3.785,25	3.717,97	3.519,71	3.546,21	3.562,74
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		1.961,06	4.544,70	4.437,19	4.782,80	5.219,84	4.986,35
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		1.354,17	3.421,35	3.370,76	3.640,05	3.953,74	3.769,30
Saarland							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		5.874,75	7.793,50	7.950,00	6.475,80	6.849,80	5.741,83
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		3.697,00	5.756,50	5.903,00	4.722,60	5.074,40	4.242,67
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		1.601,58	3.478,10	4.176,21	4.524,22	5.021,06	5.101,12
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		1.100,03	2.478,19	3.008,42	3.208,06	3.659,65	3.735,65
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		2.093,88	3.813,47	3.908,05	4.011,73	4.156,90	4.301,69
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		1.490,47	2.951,82	3.039,10	3.105,65	3.267,89	3.293,84

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 512

Frage: D. I. (B. I. 4. c)

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTETE							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			373,89	376,55	411,59	424,16	384,51
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			291,83	298,25	322,89	344,57	309,62
Bayern							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			283,31	299,28	308,98	320,91	317,56
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			234,41	240,79	248,49	259,81	261,83
Berlin							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			375,95	387,88	393,86	438,24	431,68
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			281,11	295,39	295,39	335,13	334,96
Bremen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			343,92	333,92	351,44	387,01	429,32
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			263,82	260,34	270,20	305,86	333,09
Hamburg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			312,19	296,24	320,64	349,58	346,56
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			231,18	214,83	234,79	263,89	255,59
Hessen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			404,66	383,27	404,33	435,91	455,76
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			294,59	282,17	299,51	324,26	341,82
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			331,88	353,78	373,46	370,83	377,62
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			249,24	266,90	287,96	287,77	297,63
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			440,16	420,12	411,51	426,46	428,28
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			348,96	336,34	325,20	343,09	344,78
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			332,95	340,08	349,11	372,85	376,33
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			250,65	258,34	265,69	282,41	284,48
Saarland							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			399,67	418,42	420,51	439,09	436,09
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			295,21	310,68	306,66	325,28	322,23
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			329,01	363,98	409,23	424,67	437,98
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			234,42	262,20	290,18	309,52	320,74
insgesamt							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			369,61	369,12	380,64	397,32	394,91
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			286,04	287,05	294,67	312,35	311,41

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Rechtsmittelhäufigkeit (in Prozent)

Seite 513

Frage: D. I. (B. I. 6. a)

AMTSGERICHT		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSMITTEL GEGEN URTEILE	1)							
Baden-Württemberg			11.6	10.4	10.0	9.7	9.4	10.0
Bayern			14.7	13.6	13.4	12.9	13.0	13.2
Berlin			17.6	15.2	15.4	15.1	15.1	16.0
Bremen			7.7	8.5	7.8	8.9	7.6	7.8
Hamburg			8.4	7.0	8.3	8.7	9.3	10.1
Hessen			10.1	9.6	10.2	9.6	9.5	9.9
Niedersachsen			11.0	11.7	11.9	11.6	11.1	11.9
Nordrhein-Westfalen			8.1	7.6	7.3	7.4	7.6	7.4
Rheinland-Pfalz			12.5	11.6	11.3	11.2	11.7	11.7
Saarland			8.6	9.8	10.5	10.6	11.4	11.2
Schleswig-Holstein			12.3	12.5	12.3	11.8	11.2	11.2
Bundesgebiet			10.7	10.2	10.2	10.1	10.1	10.3

1) für die Zuordnung zu einem bestimmten Jahr ist der Zeitpunkt der Verkündung des Urteils maßgebend

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 514

Frage: D. I. (B. I. 1.)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Bestand am Jahresanfang		482	455	614	696	733	748
- Neuzugänge		1.066	1.322	1.554	1.502	1.614	1.593
- anhängige Verfahren		1.548	1.777	2.168	2.198	2.347	2.341
Bayern							
- Bestand am Jahresanfang		676	751	711	714	815	801
- Neuzugänge		1.591	1.807	1.685	1.906	1.847	1.720
- anhängige Verfahren		2.267	2.558	2.396	2.620	2.662	2.521
Berlin							
- Bestand am Jahresanfang		136	304	327	319	333	329
- Neuzugänge		709	747	747	832	781	688
- anhängige Verfahren		845	1.051	1.074	1.151	1.114	1.017
Bremen							
- Bestand am Jahresanfang		50	65	83	73	91	73
- Neuzugänge		166	234	196	218	195	179
- anhängige Verfahren		216	299	279	291	286	252
Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang		211	226	187	248	284	293
- Neuzugänge		585	573	679	732	687	642
- anhängige Verfahren		796	799	866	980	971	935
Hessen							
- Bestand am Jahresanfang		915	905	1.027	938	897	966
- Neuzugänge		1.476	1.878	1.636	1.587	1.714	1.679
- anhängige Verfahren		2.391	2.783	2.663	2.525	2.611	2.645
Niedersachsen							
- Bestand am Jahresanfang		521	523	574	581	647	613
- Neuzugänge		1.184	1.264	1.227	1.423	1.467	1.573
- anhängige Verfahren		1.705	1.787	1.801	2.004	2.114	2.186
Nordrhein-Westfalen							
- Bestand am Jahresanfang		1.687	1.508	1.027	1.497	1.787	1.849
- Neuzugänge		4.245	4.103	3.996	4.225	4.418	4.181
- anhängige Verfahren		5.932	5.611	5.023	5.722	6.205	6.030
Rheinland-Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang		291	392	380	377	382	366
- Neuzugänge		690	778	748	859	839	891
- anhängige Verfahren		981	1.170	1.128	1.236	1.221	1.257
Saarland							
- Bestand am Jahresanfang		170	82	75	109	128	157
- Neuzugänge		198	130	194	160	175	155
- anhängige Verfahren		368	212	269	269	303	312
Schleswig-Holstein							
- Bestand am Jahresanfang		266	237	186	201	178	232
- Neuzugänge		365	331	310	326	381	419
- anhängige Verfahren		631	568	496	527	559	651
Bundesgebiet							
- Bestand am Jahresanfang		5.405	5.448	5.191	5.753	6.275	6.427
- Neuzugänge		12.275	13.167	12.972	13.770	14.118	13.720
- anhängige Verfahren		17.680	18.615	18.163	19.523	20.393	20.147

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren

Seite 515

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE VERFAHREN							
Baden-Württemberg		1.009	1.112	1.358	1.409	1.529	1.538
Bayern		1.403	1.698	1.609	1.747	1.789	1.747
Berlin		557	669	709	779	752	702
Bremen		149	177	188	199	199	174
Hamburg		429	471	582	619	600	633
Hessen		1.129	1.455	1.608	1.493	1.544	1.588
Niedersachsen		1.080	1.052	1.165	1.290	1.429	1.471
Nordrhein-Westfalen		3.638	3.616	3.651	3.716	4.126	4.014
Rheinland-Pfalz		589	730	739	757	821	797
Saarland		177	133	152	134	145	157
Schleswig-Holstein		393	336	283	334	310	397
Bundesgebiet		10.553	11.449	12.044	12.477	13.244	13.218

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 516

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Urteil		840	882	1.018	1.106	1.170	1.163
- Einstellung		65	41	78	58	72	81
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		19	22	34	26	24	34
- sonstiges		126	167	228	219	263	260
Bayern							
- Urteil		1.190	1.319	1.244	1.330	1.374	1.427
- Einstellung		35	78	84	105	99	101
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		31	66	50	60	47	34
- sonstiges		147	235	231	252	269	185
Berlin							
- Urteil		450	498	545	595	586	550
- Einstellung		20	49	60	55	52	44
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		10	12	13	15	10	20
- sonstiges		77	110	91	114	104	88
Bremen							
- Urteil		122	118	122	118	140	120
- Einstellung		11	9	25	14	13	20
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		1	4	2	6	6	5
- sonstiges		15	46	39	61	40	29
Hamburg							
- Urteil		341	333	325	339	351	345
- Einstellung		16	17	20	17	20	20
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		12	7	3	11	9	14
- sonstiges		60	114	234	252	220	254
Hessen							
- Urteil		872	1.063	1.164	1.069	1.122	1.172
- Einstellung		66	99	122	126	121	150
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		37	36	42	42	44	38
- sonstiges		154	257	280	256	257	228
Niedersachsen							
- Urteil		906	847	908	1.014	1.113	1.119
- Einstellung		31	59	60	55	69	91
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		19	23	31	26	40	21
- sonstiges		124	123	166	195	207	240
Nordrhein-Westfalen							
- Urteil		2.716	2.670	2.597	2.739	3.063	2.935
- Einstellung		256	293	279	277	300	314
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		120	107	160	123	133	108
- sonstiges		546	546	615	577	630	657

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 517

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN							
Rheinland-Pfalz							
- Urteil		491	538	556	591	610	618
- Einstellung		31	57	58	52	69	66
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		18	18	22	20	24	13
- sonstiges		49	117	103	94	118	100
Saarland							
- Urteil		134	104	109	105	113	131
- Einstellung		15	11	3	2	7	7
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		2	0	4	1	1	4
- sonstiges		26	18	36	26	24	15
Schleswig-Holstein							
- Urteil		322	248	205	247	224	296
- Einstellung		9	26	19	28	20	25
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		8	11	9	8	7	9
- sonstiges		54	51	50	51	59	67
Bundesgebiet							
- Urteil		8.384	8.620	8.793	9.253	9.866	9.876
- Einstellung		555	739	808	789	842	919
- Ablehnung der Eröffnung, Rücknahme der Anklage, des Antrags		277	306	370	338	345	300
- sonstiges		1.378	1.784	2.073	2.097	2.191	2.123

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 518

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Baden-Württemberg							
- Anklage		956	1.046	1.265	1.314	1.444	1.462
- sonstiges		53	66	93	95	85	76
Bayern							
- Anklage		1.328	1.581	1.484	1.624	1.623	1.617
- sonstiges		75	117	125	123	166	130
Berlin							
- Anklage		520	621	654	720	697	659
- sonstiges		37	48	55	59	55	43
Bremen							
- Anklage		142	156	168	170	186	165
- sonstiges		7	21	20	29	13	9
Hamburg							
- Anklage		396	346	406	423	411	402
- sonstiges		33	125	176	196	189	231
Hessen							
- Anklage		1.072	1.357	1.526	1.384	1.429	1.482
- sonstiges		37	98	82	109	115	106
Niedersachsen							
- Anklage		1.055	968	1.089	1.222	1.325	1.366
- sonstiges		25	84	76	68	104	105
Nordrhein-Westfalen							
- Anklage		3.462	3.462	3.444	3.509	3.923	3.753
- sonstiges		176	154	207	207	203	261
Rheinland-Pfalz							
- Anklage		560	702	694	715	762	746
- sonstiges		29	28	45	42	59	51
Saarland							
- Anklage		166	129	150	125	140	149
- sonstiges		11	4	2	9	5	8
Schleswig-Holstein							
- Anklage		371	300	246	304	290	371
- sonstiges		22	36	37	29	20	26
Bundesgebiet							
- Anklage		10.048	10.668	11.126	11.510	12.230	12.172
- sonstiges		505	781	918	966	1.014	1.046

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 519

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS							
Baden-Württemberg							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		77.50	79.23	77.76	75.59	79.40	79.12
- über 6 bis 12 Monate		14.37	13.13	13.55	15.68	12.75	12.29
- über 12 bis 24 Monate		5.65	5.03	5.89	6.53	5.23	5.53
- mehr als 24 Monate		2.48	2.61	2.80	1.49	2.62	3.06
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		26.86	35.88	36.82	33.22	35.12	37.58
- über 6 bis 12 Monate		37.86	34.80	30.71	32.93	33.36	30.95
- über 12 bis 24 Monate		22.69	17.45	17.97	21.08	19.49	16.65
- mehr als 24 Monate		12.59	11.87	14.50	12.78	12.03	14.82
Bayern							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		79.62	80.38	82.91	80.65	80.77	80.71
- über 6 bis 12 Monate		12.83	12.90	10.69	13.11	13.42	10.99
- über 12 bis 24 Monate		5.42	5.01	4.10	4.18	3.91	5.67
- mehr als 24 Monate		2.13	1.71	2.30	2.06	1.90	2.63
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		30.65	33.98	33.19	32.69	33.32	28.85
- über 6 bis 12 Monate		33.99	34.63	35.86	34.52	36.45	36.75
- über 12 bis 24 Monate		22.74	18.32	17.78	18.60	18.78	19.63
- mehr als 24 Monate		12.62	13.07	13.18	14.19	11.45	14.77
Berlin							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		78.10	81.17	83.36	84.34	83.78	83.62
- über 6 bis 12 Monate		14.18	11.51	12.27	10.78	11.30	12.11
- über 12 bis 24 Monate		6.10	5.68	3.53	3.60	3.86	3.85
- mehr als 24 Monate		1.62	1.64	0.84	1.28	1.06	0.39
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		40.94	43.80	43.16	48.14	44.95	44.73
- über 6 bis 12 Monate		30.70	26.46	27.08	28.37	30.98	30.91
- über 12 bis 24 Monate		18.67	19.43	16.93	14.12	16.62	16.64
- mehr als 24 Monate		9.69	10.31	12.83	9.37	7.45	7.69
Bremen							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		84.56	85.88	74.47	83.42	74.87	71.26
- über 6 bis 12 Monate		8.73	8.48	13.83	8.04	13.07	16.09
- über 12 bis 24 Monate		4.02	2.82	9.04	6.03	6.53	10.35
- mehr als 24 Monate		2.69	2.82	2.66	2.51	5.53	2.30
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		33.56	29.38	17.55	36.68	25.63	23.56
- über 6 bis 12 Monate		27.52	33.90	32.98	26.13	30.65	29.89
- über 12 bis 24 Monate		19.46	23.16	31.38	24.12	26.13	24.14
- mehr als 24 Monate		19.46	13.56	18.09	13.07	17.59	22.41

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 520

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS							
Hamburg							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		76.69	80.89	85.74	79.81	83.17	84.20
- über 6 bis 12 Monate		15.62	9.98	9.11	15.51	10.50	9.64
- über 12 bis 24 Monate		5.13	7.01	4.29	4.20	5.50	4.11
- mehr als 24 Monate		2.56	2.12	0.86	0.48	0.83	2.05
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		23.54	36.09	40.72	36.19	34.33	44.87
- über 6 bis 12 Monate		41.96	31.85	39.18	37.64	39.67	31.75
- über 12 bis 24 Monate		21.45	18.68	14.09	19.87	18.17	15.64
- mehr als 24 Monate		13.05	13.38	6.01	6.30	7.83	7.74
Hessen							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		62.36	70.93	67.29	69.46	69.69	69.46
- über 6 bis 12 Monate		21.26	17.05	20.65	18.22	18.72	18.77
- über 12 bis 24 Monate		11.16	8.18	8.46	8.98	8.09	8.44
- mehr als 24 Monate		5.22	3.84	3.60	3.34	3.50	3.33
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		20.55	27.42	25.19	20.43	21.63	23.74
- über 6 bis 12 Monate		27.55	32.99	31.90	31.75	32.84	31.05
- über 12 bis 24 Monate		30.12	21.86	26.18	28.40	25.00	25.38
- mehr als 24 Monate		21.78	17.73	16.73	19.42	20.53	19.83
Niedersachsen							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		77.22	77.38	78.37	81.39	80.34	79.67
- über 6 bis 12 Monate		14.35	15.02	13.91	12.33	12.74	11.83
- über 12 bis 24 Monate		5.65	6.27	5.84	4.50	4.55	6.19
- mehr als 24 Monate		2.78	1.33	1.88	1.78	2.37	2.31
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		29.26	31.46	36.48	36.59	34.64	37.19
- über 6 bis 12 Monate		36.67	32.99	33.22	33.49	36.39	31.48
- über 12 bis 24 Monate		22.96	23.38	19.23	19.30	18.68	19.92
- mehr als 24 Monate		11.11	12.17	11.07	10.62	10.29	11.41
Nordrhein-Westfalen							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		77.49	77.85	78.55	78.15	76.61	74.42
- über 6 bis 12 Monate		14.16	13.94	14.19	14.48	16.41	17.12
- über 12 bis 24 Monate		6.24	5.50	5.56	5.30	5.26	6.40
- mehr als 24 Monate		2.11	2.71	1.70	2.07	1.72	2.06
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		30.04	32.55	31.96	32.43	29.98	30.27
- über 6 bis 12 Monate		32.08	30.20	32.16	31.97	35.17	32.46
- über 12 bis 24 Monate		22.95	21.05	21.72	20.72	21.45	23.32
- mehr als 24 Monate		14.93	16.20	14.16	14.88	13.40	13.95

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 521

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS							
Rheinland-Pfalz							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		72.33	73.43	74.15	74.64	75.03	77.04
- über 6 bis 12 Monate		14.94	13.42	14.48	15.72	14.62	14.43
- über 12 bis 24 Monate		7.13	8.22	6.77	5.02	6.82	6.65
- mehr als 24 Monate		5.60	4.93	4.60	4.62	3.53	1.88
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		23.94	24.93	26.79	29.99	29.84	29.86
- über 6 bis 12 Monate		29.03	31.92	31.53	29.72	29.84	31.24
- über 12 bis 24 Monate		23.26	19.73	21.38	20.21	19.73	23.09
- mehr als 24 Monate		23.77	23.42	20.30	20.08	20.59	15.81
Saarland							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		63.84	67.67	77.63	64.93	60.00	53.50
- über 6 bis 12 Monate		19.77	12.03	14.47	22.39	24.14	27.39
- über 12 bis 24 Monate		6.22	12.03	3.95	10.45	10.35	14.65
- mehr als 24 Monate		10.17	8.27	3.95	2.24	5.51	4.46
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		18.65	17.29	30.26	25.37	17.24	18.47
- über 6 bis 12 Monate		24.29	33.08	32.24	38.81	37.93	31.85
- über 12 bis 24 Monate		31.64	25.57	23.03	25.37	24.14	28.03
- mehr als 24 Monate		25.42	24.06	14.47	10.45	20.69	21.65
Schleswig-Holstein							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		65.39	76.19	70.32	70.36	77.42	71.29
- über 6 bis 12 Monate		21.63	11.91	14.84	16.47	13.23	18.39
- über 12 bis 24 Monate		8.91	10.71	9.54	8.38	6.13	8.31
- mehr als 24 Monate		4.07	1.19	5.30	4.79	3.22	2.01
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		14.76	28.57	21.56	26.95	26.13	23.93
- über 6 bis 12 Monate		33.59	33.33	39.57	33.83	40.00	37.78
- über 12 bis 24 Monate		36.39	22.32	23.68	23.05	20.97	24.94
- mehr als 24 Monate		15.26	15.78	15.19	16.17	12.90	13.35
Bundesgebiet							
- ab Eingang bei Gericht							
- bis zu 6 Monaten		75.26	77.43	77.62	77.49	77.51	76.46
- über 6 bis 12 Monate		15.18	13.70	14.16	14.58	14.75	14.70
- über 12 bis 24 Monate		6.60	6.23	5.83	5.61	5.45	6.40
- mehr als 24 Monate		2.96	2.64	2.39	2.32	2.29	2.37
- ab Eingang bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		27.98	32.31	32.48	32.41	31.30	31.92
- über 6 bis 12 Monate		32.89	32.06	32.75	32.52	34.70	32.48
- über 12 bis 24 Monate		24.00	20.45	20.66	20.92	20.54	21.29
- mehr als 24 Monate		15.13	15.18	14.11	14.15	13.46	14.24

Zahl der bei den Landgerichten in erstinstanzlichen 1) Strafsachen tätig gewesenen Richter

Seite 522

Frage: D. I. (B. I. 3. a)

RICHTER	2)	2)					
LANDGERICHT							
1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
STRAFGERICHTSBARKEIT							
Baden-Württemberg			115	133	133	140	139
Bayern			144	147	149	151	150
Berlin 3)			56	63	61	62	59
Bremen			14	15	15	13	14
Hamburg			58	66	61	63	65
Hessen			97	106	102	96	100
Niedersachsen			93	119	97	106	110
Nordrhein-Westfalen			254	256	247	255	267
Rheinland-Pfalz			51	55	56	61	61
Saarland			14	17	15	14	15
Schleswig-Holstein			34	30	31	33	30
Bundesgebiet			929	1.007	968	993	1.010

1) hinsichtlich der Wirtschaftsstrafsachen sind hier auch die in Berufungs- und Beschwerdesachen tätigen Richter miteinfaßt, da die Statistik insoweit nicht untergliedert

2) bis 1975 gab es keine nach Instanzen untergliederte Personalverwendungsstatistik

3) Die Personalverwendungsstatistik für Berlin ist nicht nach Instanzen untergliedert. Daher ist für die Zuordnung der Richter zu den jeweiligen Instanzen eine dem Verhältnis von erst- und zweitinstanzlichen Richtern in den anderen Ländern entsprechende Aufteilung vorgenommen worden.

Zahl der bei den Landgerichten in Strafsachen 1) tätig gewesenen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) Seite 523
Frage: D. I. (B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST LANDGERICHT	2)	2)						
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
STRAFGERICHTSBARKEIT								
Baden-Württemberg			6,4	7,2	7,0	6,8	6,7	
Bayern			8,8	8,6	8,6	8,5	8,0	
Berlin			1,7	1,5	2,1	1,9	2,0	
Bremen			1,0	0,8	0,2	0,2	0,2	
Hamburg			2,8	2,3	3,0	3,0	3,0	
Hessen			3,4	3,5	3,4	3,2	3,1	
Niedersachsen			4,7	4,8	5,0	5,4	5,1	
Nordrhein-Westfalen			15,2	14,9	14,4	14,2	13,8	
Rheinland-Pfalz			2,6	2,6	2,0	2,4	2,3	
Saarland			0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	
Schleswig-Holstein			1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	
Bundesgebiet			48,7	48,1	47,8	47,5	46,3	

1) die Personalverwendungsstatistik enthält für den gehobenen Dienst keine nach Instanzen untergliederten Angaben

2) bis 1975 wurden entsprechende Angaben statistisch nicht erfaßt

Zahl der bei den Landgerichten in Strafsachen 1) tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes
und des Schreibdienstes

Seite 524

Frage: D. I. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENSTETE LANDGERICHT	2)	2)						
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
STRAFGERICHTSBARKEIT								
Baden-Württemberg			146	154	150	146	145	
Bayern			196	201	193	182	182	
Berlin			59	63	61	62	61	
Bremen			14	14	13	13	12	
Hamburg			69	66	62	65	68	
Hessen			132	135	134	135	137	
Niedersachsen			117	119	122	120	120	
Nordrhein-Westfalen			509	519	514	519	497	
Rheinland-Pfalz			71	70	72	75	69	
Saarland			13	13	15	15	13	
Schleswig-Holstein			40	41	36	38	38	
Bundesgebiet			1.366	1.395	1.373	1.369	1.342	

- 1) die Personalverwendungsstatistik enthält insoweit keine nach
Instanzen untergliederte Angaben
2) bis 1975 wurden entsprechende Angaben nicht statistisch erfaßt

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 525

Frage: D. I. (B. I. 4. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / Richter			15,45	16,30	16,53	16,76	16,84
- erledigte Verfahren / Richter			9,67	10,21	10,59	10,92	11,06
Bayern							
- anhängige Verfahren / Richter			17,76	16,30	17,58	17,63	16,81
- erledigte Verfahren / Richter			11,79	10,95	11,72	11,85	11,65
Berlin 1)							
- anhängige Verfahren / Richter			18,77	17,05	18,87	17,97	17,24
- erledigte Verfahren / Richter			11,95	11,25	12,77	12,13	11,90
Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			21,36	18,60	19,40	22,00	18,00
- erledigte Verfahren / Richter			12,64	12,53	13,27	15,31	12,43
Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			13,78	13,12	16,07	15,41	14,38
- erledigte Verfahren / Richter			8,12	8,82	10,15	9,52	9,74
Hessen							
- anhängige Verfahren / Richter			28,69	25,12	24,75	27,20	26,45
- erledigte Verfahren / Richter			15,00	15,17	14,64	16,08	15,88
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / Richter			19,22	15,13	20,66	19,94	19,87
- erledigte Verfahren / Richter			11,31	9,79	13,30	13,48	13,37
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / Richter			22,09	19,62	23,17	24,33	22,58
- erledigte Verfahren / Richter			14,24	14,26	15,04	16,18	15,03
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter			22,94	20,51	22,07	20,02	20,61
- erledigte Verfahren / Richter			14,31	13,44	13,52	13,46	13,07
Saarland							
- anhängige Verfahren / Richter			15,14	15,82	17,93	21,64	20,80
- erledigte Verfahren / Richter			9,50	8,94	8,93	10,36	10,47
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / Richter			16,71	16,53	17,00	16,94	21,70
- erledigte Verfahren / Richter			9,88	9,43	10,77	9,39	13,23
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / Richter			20,04	18,04	20,17	20,54	19,95
- erledigte Verfahren / Richter			12,32	11,96	12,89	13,34	13,09

1) Die Personalverwendungsstatistik für Berlin ist nicht nach Instanzen untergliedert.

Daher ist für die Zuordnung der Richter zu den jeweiligen Instanzen eine dem Verhältnis von erst- und zweitinstanzlichen Richtern in den anderen Ländern entsprechende Aufteilung vorgenommen worden.

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 526

Frage: D. I. (B. I. 4. a)

LANDGERICHT INSGESAMT (1. U. BERUFUNGSINSTANZ)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.946,72	1.831,81	1.852,57	1.990,29	1.948,66
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.457,03	1.335,14	1.347,43	1.457,65	1.452,69
Bayern							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.067,95	1.991,63	1.970,12	1.962,59	2.048,63
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.595,45	1.533,37	1.547,67	1.516,24	1.618,25
Berlin							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.152,35	3.528,00	2.467,14	2.795,79	2.608,50
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.145,88	2.514,67	1.750,95	1.946,32	1.875,00
Bremen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.079,00	1.270,00	5.215,00	5.265,00	4.940,00
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			793,00	975,00	3.860,00	4.000,00	3.815,00
Hamburg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.673,93	1.919,13	1.522,67	1.491,67	1.460,33
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.142,86	1.307,39	1.076,00	1.071,33	1.049,33
Hessen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.843,24	2.696,57	2.700,59	2.834,38	2.829,35
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.900,29	1.895,43	1.891,18	1.953,75	2.029,68
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.574,04	2.478,75	2.545,60	2.198,33	2.319,22
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.934,04	1.855,42	1.940,00	1.712,04	1.787,45
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.022,89	1.986,85	2.104,86	2.131,20	2.110,58
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.548,22	1.527,72	1.599,79	1.605,99	1.608,62
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.390,77	2.318,46	3.125,50	2.714,17	2.750,87
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.722,69	1.683,85	2.171,50	1.967,50	1.950,87
Saarland							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.993,33	3.138,33	3.448,33	3.468,33	3.238,33
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.041,67	1.981,67	2.180,00	2.523,33	2.323,33
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.538,75	2.620,00	2.686,67	2.683,33	2.650,00
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.866,88	1.842,00	1.968,00	1.864,67	1.900,67
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.184,17	2.158,42	2.202,36	2.208,00	2.203,05
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.617,68	1.600,67	1.635,75	1.638,88	1.656,13

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 527

Frage: D. I. (B. I. 4. c)

LANDGERICHT INSGESAMT (1. u. BERUFUNGSINSTANZ)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTESTE							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			170,67	85,64	86,45	92,69	90,04
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			63,87	62,42	62,88	67,89	67,12
Bayern							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			92,85	85,21	87,79	91,66	90,05
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			71,63	65,61	68,96	70,81	71,13
Berlin							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			90,83	84,00	84,93	85,68	85,53
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			61,83	59,87	60,28	59,65	61,48
Bremen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			77,07	72,57	80,23	81,00	82,33
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			56,64	55,71	59,39	61,54	63,58
Hamburg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			67,93	66,88	73,68	68,85	64,43
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			46,38	45,56	52,07	49,45	46,29
Hessen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			73,24	69,91	68,52	67,19	64,02
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			48,95	49,14	47,99	46,31	45,93
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			103,40	99,98	104,33	98,93	98,57
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			77,69	74,84	79,51	77,04	75,97
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			60,41	57,04	58,97	58,31	58,60
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			46,23	43,86	44,82	43,94	44,67
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			87,55	86,11	86,82	82,05	91,69
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			63,09	62,54	60,32	62,96	65,03
Saarland							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			138,15	144,85	137,93	138,73	149,46
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			94,23	91,46	87,20	100,93	107,23
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			101,55	95,85	111,94	105,92	104,61
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			74,68	67,39	82,00	73,61	75,03
insgesamt							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			77,68	74,42	76,67	76,61	76,01
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			57,67	55,19	56,95	56,86	57,14

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Rechtsmittelhäufigkeit (in Prozent)

Seite 528

Frage: D. I. (B. I. 6. a)

LANDGERICHT 1. INSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSMITTEL GEGEN URTEILE	1)							
Baden-Württemberg			53.0	50.5	47.7	53.2	49.4	46.1
Bayern			55.1	57.2	53.1	51.1	47.3	46.9
Berlin			48.9	43.6	48.6	43.5	49.7	49.3
Bremen			36.1	26.3	27.0	31.4	27.1	26.7
Hamburg			41.3	31.8	40.3	41.6	40.2	42.0
Hessen			42.0	44.6	43.2	39.4	41.5	44.7
Niedersachsen			37.9	44.7	45.5	44.1	44.1	38.3
Nordrhein-Westfalen			32.4	36.4	34.1	38.4	38.7	35.6
Rheinland-Pfalz			43.6	40.7	43.7	34.0	36.9	34.5
Saarland			11.9	10.6	18.3	18.1	35.4	31.3
Schleswig-Holstein			46.9	51.6	49.3	53.4	55.8	46.3
Bundesgebiet			41.5	43.3	42.6	43.2	42.9	40.9

1) für die Zuordnung zu einem bestimmten Jahr ist der Zeitpunkt der Verkündung des Urteils maßgebend

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 529

Frage: D. I. (B. I. 1.)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Bestand am Jahresanfang		2.714	2.014	2.326	2.347	2.513	2.446
- Neuzugänge		8.821	8.668	8.695	8.423	8.674	8.269
- anhängige Verfahren		11.535	10.682	11.021	10.770	11.187	10.715
Bayern							
- Bestand am Jahresanfang		3.311	3.393	2.947	2.876	2.560	2.805
- Neuzugänge		10.972	12.247	11.785	11.447	11.460	11.063
- anhängige Verfahren		14.283	15.640	14.732	14.323	14.020	13.868
Berlin							
- Bestand am Jahresanfang		1.099	1.330	1.201	1.081	1.075	1.133
- Neuzugänge		2.979	2.978	3.017	2.949	3.123	3.067
- anhängige Verfahren		4.078	4.308	4.218	4.030	4.198	4.200
Bremen							
- Bestand am Jahresanfang		152	202	150	145	177	161
- Neuzugänge		607	578	587	607	590	575
- anhängige Verfahren		759	780	737	752	767	736
Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang		970	1.157	935	971	846	768
- Neuzugänge		2.605	2.731	2.613	2.617	2.658	2.678
- anhängige Verfahren		3.575	3.888	3.548	3.588	3.504	3.446
Hessen							
- Bestand am Jahresanfang		2.213	1.736	1.686	1.629	1.575	1.625
- Neuzugänge		5.276	5.148	5.089	5.028	4.884	4.501
- anhängige Verfahren		7.489	6.884	6.775	6.657	6.459	6.126
Niedersachsen							
- Bestand am Jahresanfang		2.123	2.178	2.024	2.221	2.058	1.795
- Neuzugänge		7.896	8.133	8.073	8.503	7.699	7.847
- anhängige Verfahren		10.019	10.311	10.097	10.724	9.757	9.642
Nordrhein-Westfalen							
- Bestand am Jahresanfang		5.554	5.239	4.581	4.979	4.818	4.929
- Neuzugänge		17.210	19.898	20.000	19.609	19.240	18.167
- anhängige Verfahren		22.764	25.137	24.581	24.588	24.058	23.096
Rheinland-Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang		944	1.222	1.205	1.203	1.341	1.309
- Neuzugänge		3.530	3.824	3.695	3.812	3.952	3.761
- anhängige Verfahren		4.474	5.046	4.900	5.015	5.293	5.070
Saarland							
- Bestand am Jahresanfang		430	450	474	560	562	390
- Neuzugänge		716	1.134	1.140	1.240	1.216	1.233
- anhängige Verfahren		1.146	1.584	1.614	1.800	1.778	1.631
Schleswig-Holstein							
- Bestand am Jahresanfang		1.115	895	758	882	865	893
- Neuzugänge		2.667	2.597	2.676	2.621	2.601	2.431
- anhängige Verfahren		3.782	3.494	3.434	3.503	3.466	3.324
Bundesgebiet							
- Bestand am Jahresanfang		20.625	19.816	18.287	18.894	18.390	18.262
- Neuzugänge		63.279	67.938	67.370	66.856	66.097	63.592
- anhängige Verfahren		83.904	87.754	85.657	85.750	84.487	81.854

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 530

Frage: D. I. (B. I. 1.)

LANDGERICHT BESCHWERDEINSTANZ ZAHL DER EINGEGANGENEN BESCHWERDEN (OHNE KOSTENBESCHWERDEN)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg		10.837	11.446	11.518	11.049	11.769	10.712
Bayern		12.008	13.139	12.712	12.544	11.900	11.598
Berlin		3.540	4.483	4.512	4.677	5.760	4.408
Bremen		1.011	1.065	1.069	1.104	792	1.003
Hamburg		3.849	3.157	3.211	3.140	3.144	3.003
Hessen		7.590	10.092	9.020	8.442	8.710	7.882
Niedersachsen		8.857	8.450	8.679	8.641	8.969	8.430
Nordrhein-Westfalen		21.389	23.701	22.990	21.821	21.594	20.685
Rheinland-Pfalz		4.463	4.760	4.390	4.717	5.418	4.112
Saarland		1.248	1.416	1.371	1.427	1.474	1.505
Schleswig-Holstein		3.637	3.753	3.790	3.790	3.763	3.385
Bundesgebiet		78.429	85.462	83.262	81.352	83.293	76.723

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren

Seite 531

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE VERFAHREN							
Baden-Württemberg		8.549	8.213	8.255	8.023	8.383	8.195
Bayern		10.045	12.342	11.578	11.563	11.099	11.199
Berlin		2.909	2.979	3.063	2.898	2.946	3.048
Bremen		605	616	592	573	601	589
Hamburg		2.108	2.729	2.425	2.609	2.614	2.515
Hessen		4.751	5.006	5.026	4.937	4.708	4.704
Niedersachsen		6.931	8.038	7.741	8.410	7.816	7.645
Nordrhein-Westfalen		16.987	19.917	19.112	19.321	18.679	18.185
Rheinland-Pfalz		3.174	3.749	3.639	3.586	3.901	3.690
Saarland		726	1.092	1.037	1.174	1.369	1.237
Schleswig-Holstein		2.655	2.651	2.480	2.618	2.487	2.454
Bundesgebiet		59.440	67.332	64.948	65.712	64.603	63.461

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 532

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Urteil/Verwerfungsurteil		5.661	4.931	4.748	4.513	4.686	4.594
- Verwerfungsbeschluß		38	42	45	45	31	28
- Einstellung		970	879	888	786	822	844
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		1.648	2.176	2.362	2.466	2.595	2.473
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		232	185	212	213	249	256
Bayern							
- Urteil/Verwerfungsurteil		6.603	7.596	7.117	6.903	6.638	6.624
- Verwerfungsbeschluß		46	68	60	77	83	96
- Einstellung		810	1.003	1.005	925	876	911
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		2.223	3.309	3.130	3.400	3.259	3.333
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		363	366	266	249	242	235
Berlin							
- Urteil/Verwerfungsurteil		1.957	1.783	1.847	1.716	1.694	1.732
- Verwerfungsbeschluß		9	25	20	18	8	5
- Einstellung		188	310	327	336	332	312
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		697	790	807	754	846	905
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		58	71	62	74	66	94
Bremen							
- Urteil/Verwerfungsurteil		355	358	331	338	334	318
- Verwerfungsbeschluß		2	2	4	2	4	2
- Einstellung		62	53	44	58	51	59
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		158	190	189	165	185	185
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		28	13	24	10	27	25
Hamburg							
- Urteil/Verwerfungsurteil		1.304	1.682	1.463	1.588	1.576	1.523
- Verwerfungsbeschluß		9	16	15	12	14	18
- Einstellung		196	262	234	261	266	264
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		540	697	641	675	687	658
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		59	72	66	73	71	52
Hessen							
- Urteil/Verwerfungsurteil		3.262	2.935	2.962	2.932	2.825	2.820
- Verwerfungsbeschluß		31	50	42	48	45	29
- Einstellung		610	760	684	608	604	606
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		750	1.081	1.153	1.206	1.084	1.125
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		98	180	185	143	149	124
Niedersachsen							
- Urteil/Verwerfungsurteil		4.590	5.127	4.997	5.310	4.840	4.740
- Verwerfungsbeschluß		14	17	35	41	28	27
- Einstellung		704	897	701	804	781	764
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		1.475	763	1.812	2.053	1.964	1.960
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		148	234	174	202	203	154
Nordrhein-Westfalen							
- Urteil/Verwerfungsurteil		10.708	11.710	10.909	10.932	10.258	9.726
- Verwerfungsbeschluß		111	159	186	194	190	139
- Einstellung		2.205	2.533	2.536	2.436	2.525	2.588
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		3.432	4.894	4.875	5.189	5.091	5.104
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		531	621	606	579	615	628

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 533

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN							
Rheinland-Pfalz							
- Urteil/Verwerfungsurteil		2.038	2.291	2.233	2.118	2.279	2.134
- Verwerfungsbeschluß		18	36	36	25	39	31
- Einstellung		323	469	395	353	410	424
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		737	875	910	1.019	1.103	1.019
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		58	81	65	71	70	82
Saarland							
- Urteil/Verwerfungsurteil		454	740	684	760	863	734
- Verwerfungsbeschluß		5	2	5	11	5	7
- Einstellung		105	142	100	88	135	121
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		145	171	226	284	337	358
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		17	37	22	31	29	17
Schleswig-Holstein							
- Urteil/Verwerfungsurteil		1.923	1.744	1.629	1.770	1.627	1.656
- Verwerfungsbeschluß		20	18	15	11	23	14
- Einstellung		276	329	263	266	267	222
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		380	490	494	474	494	487
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		56	70	79	97	76	73
Bundesgebiet							
- Urteil/Verwerfungsurteil		38.855	40.897	38.920	38.880	37.620	36.601
- Verwerfungsbeschluß		303	435	463	484	470	396
- Einstellung		6.449	7.637	7.177	6.921	7.069	7.115
- Zurücknahme der Berufung/Privatklage		12.185	15.436	16.599	17.685	17.645	17.609
- Vergleich in Privatklagen und sonstiges		1.648	1.930	1.761	1.742	1.797	1.740

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 534

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Baden-Württemberg							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		6.156	5.617	5.628	5.466	5.765	5.762
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		1.304	1.438	1.411	1.348	1.398	1.372
- Jugendrichters		639	651	737	728	744	656
- Jugendschöffengerichts		450	507	479	481	476	405
Bayern							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		7.193	8.906	8.107	8.001	7.740	7.868
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		1.595	1.763	1.720	1.787	1.801	1.844
- Jugendrichters		685	989	1.022	1.038	884	823
- Jugendschöffengerichts		572	684	729	737	674	664
Berlin							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		1.673	1.830	1.734	1.725	1.720	1.794
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		932	869	1.018	888	934	918
- Jugendrichters		88	109	104	86	102	127
- Jugendschöffengerichts		216	171	207	199	190	209
Bremen							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		449	430	400	396	391	397
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		113	125	137	116	136	132
- Jugendrichters		23	41	36	27	36	28
- Jugendschöffengerichts		20	20	19	34	38	32
Hamburg							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		1.554	2.135	2.934	2.085	2.085	1.984
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		424	458	388	380	397	378
- Jugendrichters		56	71	62	80	71	89
- Jugendschöffengerichts		74	65	41	64	61	64
Hessen							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		2.892	2.956	2.862	2.765	2.612	2.556
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		1.310	1.395	1.392	1.424	1.375	1.468
- Jugendrichters		244	311	352	342	362	331
- Jugendschöffengerichts		305	344	420	406	359	349
Niedersachsen							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		3.909	4.891	4.630	5.103	4.533	4.535
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		2.027	1.977	1.954	2.023	2.022	2.075
- Jugendrichters		457	592	590	633	632	504
- Jugendschöffengerichts		538	578	567	651	629	531
Nordrhein-Westfalen							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		10.841	12.329	11.711	11.463	11.041	10.690
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		3.824	4.564	4.381	4.606	4.542	4.562
- Jugendrichters		1.141	1.482	1.482	1.547	1.331	1.260
- Jugendschöffengerichts		1.181	1.542	1.538	1.705	1.765	1.673

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 535

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Rheinland-Pfalz							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		1.882	2.184	2.132	2.066	2.287	2.159
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		802	975	903	913	969	969
- Jugendrichters		249	315	304	292	326	303
- Jugendschöffengerichts		241	275	300	315	319	259
Saarland							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		343	663	610	682	822	725
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		275	236	246	258	268	274
- Jugendrichters		0	112	60	77	96	57
- Jugendschöffengerichts		108	81	121	157	183	181
Schleswig-Holstein							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		1.703	1.657	1.523	1.521	1.492	1.514
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		592	576	564	677	569	558
- Jugendrichters		180	213	208	188	200	185
- Jugendschöffengerichts		180	205	185	232	226	197
Bundesgebiet							
Berufung gegen ein Urteil des							
- Strafrichters		38.595	43.598	42.271	41.273	40.488	39.984
- Schöffengerichts (auch erweitertes)		13.198	14.376	14.114	14.420	14.411	14.550
- Jugendrichters		3.762	4.886	4.957	5.038	4.784	4.363
- Jugendschöffengerichts		3.885	4.472	4.606	4.981	4.920	4.564

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 536

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS							
Baden-Württemberg							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		84.31	88.84	87.91	87.81	85.11	86.75
- über 6 bis 12 Monate		11.01	7.96	8.99	9.32	11.10	9.68
- über 12 bis 24 Monate		3.87	2.86	2.53	2.42	3.22	2.98
- mehr als 24 Monate		0.81	0.34	0.57	0.45	0.57	0.59
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		65.18	74.27	72.25	73.63	71.37	73.09
- über 6 bis 12 Monate		24.56	18.97	20.96	19.57	20.85	19.60
- über 12 bis 24 Monate		8.10	5.81	5.55	5.71	6.41	6.14
- mehr als 24 Monate		2.16	0.95	1.24	1.09	1.47	1.17
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		11.93	15.90	13.93	14.54	15.38	14.62
- über 6 bis 12 Monate		43.78	48.42	48.82	49.00	47.39	46.79
- über 12 bis 24 Monate		32.74	27.53	28.68	28.35	28.28	30.57
- mehr als 24 Monate		11.55	8.15	8.57	8.11	8.35	8.02
Bayern							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		83.28	88.92	90.78	92.08	92.65	92.36
- über 6 bis 12 Monate		12.44	8.78	7.04	6.37	5.91	6.18
- über 12 bis 24 Monate		3.62	1.99	1.93	1.25	1.29	1.27
- mehr als 24 Monate		0.66	0.31	0.25	0.30	0.15	0.19
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		64.63	75.44	78.09	79.88	82.79	81.10
- über 6 bis 12 Monate		24.71	17.85	15.24	14.59	12.90	14.27
- über 12 bis 24 Monate		8.68	5.24	5.36	4.29	3.44	3.80
- mehr als 24 Monate		1.98	1.47	1.31	1.24	0.87	0.83
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		13.19	17.83	18.05	18.88	20.29	21.91
- über 6 bis 12 Monate		43.24	50.91	50.49	52.27	51.34	49.59
- über 12 bis 24 Monate		33.20	24.58	25.13	22.79	22.49	23.23
- mehr als 24 Monate		10.37	6.68	6.33	6.06	5.48	5.27
Berlin							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		83.29	79.09	79.95	82.47	82.52	83.83
- über 6 bis 12 Monate		11.10	14.43	13.94	11.46	12.59	12.11
- über 12 bis 24 Monate		4.33	5.88	5.39	4.97	4.07	3.28
- mehr als 24 Monate		1.28	0.60	0.72	1.10	0.82	0.78
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		62.12	61.33	65.66	68.43	67.41	68.47
- über 6 bis 12 Monate		26.23	27.69	23.74	21.12	24.00	23.66
- über 12 bis 24 Monate		9.21	9.23	8.49	8.32	7.13	6.29
- mehr als 24 Monate		2.44	1.75	2.11	2.13	1.46	1.58
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		6.96	9.06	9.89	11.42	9.84	10.24
- über 6 bis 12 Monate		42.66	45.62	47.34	48.21	49.80	47.84
- über 12 bis 24 Monate		36.45	35.72	32.41	29.99	30.69	33.36
- mehr als 24 Monate		13.93	9.60	10.36	10.38	9.67	8.56

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 537

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS							
Bremen							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		91.41	90.75	91.05	90.40	88.19	84.55
- über 6 bis 12 Monate		7.44	5.52	6.25	6.98	5.82	6.79
- über 12 bis 24 Monate		0.99	3.25	0.68	1.57	4.49	5.43
- mehr als 24 Monate		0.16	0.48	2.02	1.05	1.50	3.23
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		80.66	80.84	82.60	79.76	80.37	77.76
- über 6 bis 12 Monate		15.04	13.15	11.49	13.79	12.31	11.04
- über 12 bis 24 Monate		3.80	4.55	3.21	4.36	4.83	6.96
- mehr als 24 Monate		0.50	1.46	2.70	2.09	2.49	4.24
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		18.33	17.33	18.31	17.89	16.92	16.18
- über 6 bis 12 Monate		46.00	44.06	45.93	43.51	44.89	39.52
- über 12 bis 24 Monate		27.50	26.40	24.75	28.07	26.80	28.28
- mehr als 24 Monate		8.17	12.21	11.01	10.53	11.39	16.02
Hamburg							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		74.72	77.65	80.33	81.10	85.35	87.52
- über 6 bis 12 Monate		18.12	11.84	11.84	12.61	8.79	8.39
- über 12 bis 24 Monate		6.26	8.17	6.06	5.33	4.86	3.34
- mehr als 24 Monate		0.90	2.34	1.77	0.96	1.80	0.75
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		57.16	65.55	68.17	66.27	71.69	74.12
- über 6 bis 12 Monate		28.99	18.25	18.72	22.23	17.64	17.34
- über 12 bis 24 Monate		11.72	12.28	10.23	9.31	7.73	6.48
- mehr als 24 Monate		2.13	3.92	2.88	2.19	2.94	2.06
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		12.28	10.80	12.29	10.68	14.35	13.17
- über 6 bis 12 Monate		42.04	45.27	46.05	44.70	43.61	46.36
- über 12 bis 24 Monate		32.58	29.62	30.73	33.40	29.91	29.57
- mehr als 24 Monate		13.10	14.31	10.93	11.22	11.63	10.90
Hessen							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		80.15	85.74	86.05	84.85	84.73	86.50
- über 6 bis 12 Monate		13.64	9.79	9.59	11.40	11.30	9.84
- über 12 bis 24 Monate		4.86	3.56	3.60	3.32	3.59	2.98
- mehr als 24 Monate		1.35	0.91	0.76	0.43	0.38	0.68
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		59.00	67.16	69.32	68.38	68.82	69.86
- über 6 bis 12 Monate		28.58	23.05	21.77	22.20	22.37	22.22
- über 12 bis 24 Monate		9.49	7.79	7.28	7.56	7.31	6.42
- mehr als 24 Monate		2.93	2.00	1.63	1.86	1.50	1.50
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		10.28	8.84	8.39	7.04	7.22	7.50
- über 6 bis 12 Monate		38.79	44.33	44.59	44.90	45.46	45.20
- über 12 bis 24 Monate		36.31	34.98	36.11	35.86	35.39	36.42
- mehr als 24 Monate		14.62	11.85	10.91	12.20	11.93	10.88

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 538

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS							
Niedersachsen							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		87.97	89.48	90.52	91.78	90.10	91.79
- über 6 bis 12 Monate		8.77	8.27	7.54	6.80	7.69	6.51
- über 12 bis 24 Monate		2.51	2.00	1.49	1.30	1.98	1.48
- mehr als 24 Monate		0.75	0.25	0.45	0.12	0.23	0.22
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		74.49	77.09	80.17	80.27	79.49	82.07
- über 6 bis 12 Monate		18.77	17.97	14.69	15.46	15.69	13.58
- über 12 bis 24 Monate		5.21	4.07	4.19	3.81	4.12	3.59
- mehr als 24 Monate		1.53	0.87	0.95	0.46	0.70	0.76
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		13.18	14.03	13.79	14.86	17.42	16.89
- über 6 bis 12 Monate		49.35	51.14	52.66	51.63	50.32	51.09
- über 12 bis 24 Monate		29.41	28.20	27.25	28.23	26.25	25.91
- mehr als 24 Monate		8.06	6.63	6.30	5.28	6.01	6.11
Nordrhein-Westfalen							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		84.51	89.72	91.18	90.55	90.13	89.35
- über 6 bis 12 Monate		10.69	7.83	7.05	7.35	7.91	8.10
- über 12 bis 24 Monate		3.74	2.07	1.52	1.84	1.80	2.15
- mehr als 24 Monate		1.06	0.38	0.25	0.26	1.16	0.40
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		68.63	77.27	78.84	77.89	77.93	76.38
- über 6 bis 12 Monate		21.99	16.39	16.15	16.69	16.66	17.70
- über 12 bis 24 Monate		7.29	5.15	4.06	4.46	4.54	4.81
- mehr als 24 Monate		2.09	1.19	0.95	0.49	0.87	1.10
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		11.12	13.82	13.75	13.97	13.33	13.26
- über 6 bis 12 Monate		44.19	50.25	50.82	50.28	50.77	49.48
- über 12 bis 24 Monate		32.81	27.61	28.35	28.16	28.37	29.24
- mehr als 24 Monate		11.88	8.32	7.08	7.59	7.53	8.02
Rheinland-Pfalz							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		85.00	83.89	82.44	81.82	81.42	82.82
- über 6 bis 12 Monate		11.25	11.44	12.28	12.63	12.51	12.41
- über 12 bis 24 Monate		3.06	3.89	4.56	5.08	5.59	4.34
- mehr als 24 Monate		0.69	0.78	0.72	0.47	0.48	0.43
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		66.82	69.41	62.66	66.59	66.60	68.81
- über 6 bis 12 Monate		24.89	21.05	27.62	23.79	22.87	21.87
- über 12 bis 24 Monate		6.36	7.46	7.86	8.37	9.25	7.91
- mehr als 24 Monate		1.93	2.08	1.86	1.25	1.28	1.41
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		7.09	6.63	6.38	6.96	7.84	7.29
- über 6 bis 12 Monate		42.52	43.80	41.12	42.21	43.23	42.69
- über 12 bis 24 Monate		36.41	36.39	39.12	37.90	36.31	37.66
- mehr als 24 Monate		13.98	13.18	13.38	12.93	12.62	12.36

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 539

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS							
Saarland							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		71.90	71.52	73.29	71.21	78.74	84.40
- über 6 bis 12 Monate		15.84	20.15	21.12	19.93	12.42	11.72
- über 12 bis 24 Monate		7.97	6.59	4.24	7.16	5.19	2.34
- mehr als 24 Monate		4.27	1.74	1.35	1.70	3.65	1.54
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		50.41	54.30	55.83	55.37	60.85	71.30
- über 6 bis 12 Monate		30.72	32.14	34.91	30.15	25.79	21.42
- über 12 bis 24 Monate		11.16	10.26	7.52	12.18	8.25	4.93
- mehr als 24 Monate		7.71	3.30	1.74	2.30	5.11	2.35
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		1.71	5.11	4.42	3.55	4.89	8.51
- über 6 bis 12 Monate		26.98	42.80	46.76	44.15	43.74	47.46
- über 12 bis 24 Monate		41.48	35.75	36.25	39.05	35.95	33.88
- mehr als 24 Monate		29.83	16.34	12.57	13.25	15.42	10.15
Schleswig-Holstein							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		81.96	88.34	89.68	87.17	86.49	87.00
- über 6 bis 12 Monate		13.75	9.43	8.27	9.36	10.94	9.86
- über 12 bis 24 Monate		3.62	2.08	1.77	2.94	2.33	2.90
- mehr als 24 Monate		0.67	0.15	0.28	0.53	0.24	0.24
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		62.98	73.26	78.31	70.67	66.43	71.03
- über 6 bis 12 Monate		26.97	20.52	16.05	22.19	27.02	21.52
- über 12 bis 24 Monate		8.55	5.55	4.71	5.88	5.99	6.52
- mehr als 24 Monate		1.50	0.67	0.93	1.26	0.56	0.93
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		8.19	8.33	6.82	4.93	4.14	5.33
- über 6 bis 12 Monate		44.42	51.60	52.57	50.00	48.46	49.55
- über 12 bis 24 Monate		37.67	33.08	33.05	36.63	40.26	36.75
- mehr als 24 Monate		9.72	6.99	7.56	8.44	7.14	8.37
Bundesgebiet							
- ab Eingang beim Berufungsgericht							
- bis zu 6 Monaten		83.75	87.52	88.45	88.52	88.05	88.69
- über 6 bis 12 Monate		11.52	9.12	8.61	8.63	8.92	8.48
- über 12 bis 24 Monate		3.79	2.86	2.45	2.44	2.59	2.37
- mehr als 24 Monate		0.94	0.51	0.49	0.41	0.44	0.46
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		66.20	73.68	75.01	75.14	75.24	75.79
- über 6 bis 12 Monate		23.84	18.88	18.21	18.17	18.16	17.85
- über 12 bis 24 Monate		7.85	6.01	5.47	5.50	5.41	5.18
- mehr als 24 Monate		2.11	1.43	1.31	1.19	1.19	1.18
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		11.22	13.41	13.12	13.37	13.93	14.11
- über 6 bis 12 Monate		43.78	48.93	49.31	49.31	48.99	48.30
- über 12 bis 24 Monate		33.34	28.92	29.44	29.17	28.89	29.55
- mehr als 24 Monate		11.66	8.74	8.13	8.15	8.19	8.04

Zahl der bei den Landgerichten in Strafsachen in der Berufungs- und Beschwerdeinstanz 1) tätig gewesenen Richter Seite 540
Frage: D. I. (B. I. 3. a)

RICHTER LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ STRAFGERICHTSBARKEIT	2)	2)					
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			121	103	101	93	97
Bayern			143	137	129	125	121
Berlin 3)			46	35	41	38	31
Bremen			8	6	5	6	5
Hamburg			45	37	40	35	38
Hessen			71	64	64	63	64
Niedersachsen			83	72	82	75	73
Nordrhein-Westfalen			195	184	182	172	164
Rheinland-Pfalz			50	44	44	43	45
Saarland			10	10	8	9	8
Schleswig-Holstein			27	21	22	23	25
Bundesgebiet			799	711	718	681	671

1) Berufungs- und Beschwerdeinstanz sind in der Personalverwendungsstatistik zusammengefaßt

2) bis 1975 gab es keine nach Instanzen untergliederte Personalverwendungsstatistik

3) Die Personalverwendungsstatistik für Berlin ist nicht nach Instanzen untergliedert. Daher ist für die Zuordnung der Richter zu den jeweiligen Instanzen eine dem Verhältnis von erst- und zweitinstanzlichen Richtern in den anderen Ländern entsprechende Aufteilung vorgenommen worden.

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 541

Frage: D. I. (B. I. 4. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / Richter			88,28	107,00	106,63	120,29	110,46
- erledigte Verfahren / Richter			67,88	80,15	79,44	90,14	84,48
Bayern							
- anhängige Verfahren / Richter			109,37	107,53	111,03	112,16	114,61
- erledigte Verfahren / Richter			86,31	84,51	89,64	88,79	92,55
Berlin 1)							
- anhängige Verfahren / Richter			93,65	120,51	98,29	110,47	135,48
- erledigte Verfahren / Richter			64,76	87,51	70,68	77,53	98,32
Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			97,50	122,83	150,40	127,83	147,20
- erledigte Verfahren / Richter			77,00	98,67	114,60	100,17	117,80
Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			86,40	95,89	89,70	100,11	90,68
- erledigte Verfahren / Richter			60,64	65,54	65,23	74,69	66,18
Hessen							
- anhängige Verfahren / Richter			96,96	105,86	104,02	102,52	95,72
- erledigte Verfahren / Richter			70,51	78,53	77,14	74,73	73,50
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / Richter			124,23	140,24	130,78	130,09	132,08
- erledigte Verfahren / Richter			96,84	107,51	102,56	104,21	104,73
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / Richter			128,91	133,59	135,10	139,87	140,83
- erledigte Verfahren / Richter			102,14	103,87	106,16	108,60	110,88
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter			100,92	111,36	113,98	123,09	112,67
- erledigte Verfahren / Richter			74,98	82,70	81,50	90,72	82,00
Saarland							
- anhängige Verfahren / Richter			158,40	161,40	225,00	197,56	203,88
- erledigte Verfahren / Richter			109,20	103,70	146,75	152,11	154,63
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / Richter			129,41	163,52	159,23	150,70	132,96
- erledigte Verfahren / Richter			98,19	118,10	119,00	108,13	98,16
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / Richter			109,83	120,47	119,43	124,06	121,99
- erledigte Verfahren / Richter			84,27	91,35	91,52	94,86	94,58

1) Die Personalverwendungsstatistik für Berlin ist nicht nach Instanzen untergliedert.

Daher ist für die Zuordnung der Richter zu den jeweiligen Instanzen eine dem Verhältnis von erst- und zweitinstanzlichen Richtern in den anderen Ländern entsprechende Aufteilung vorgenommen worden.

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Rechtsmittelhäufigkeit (in Prozent)

Seite 542

Frage: D. I. (B. I. 6. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
REVISIONEN GEGEN URTEILE 1)							
Baden-Württemberg		20.6	21.7	23.1	21.0	19.5	21.7
Bayern		28.5	30.5	29.2	28.3	27.5	29.2
Berlin		26.9	21.9	21.5	21.0	19.3	18.8
Bremen		8.2	14.2	13.9	11.2	10.5	11.3
Hamburg		20.8	22.0	21.3	19.8	14.5	17.5
Hessen		19.2	19.5	21.2	19.3	19.9	18.4
Niedersachsen		18.6	22.3	23.4	21.0	21.3	20.5
Nordrhein-Westfalen		11.8	15.7	14.4	15.1	15.3	13.4
Rheinland-Pfalz		21.8	21.4	21.4	21.6	24.5	22.1
Saarland		7.7	1.1	2.0	2.5	4.3	4.9
Schleswig-Holstein		22.3	22.3	24.1	22.1	19.5	19.5
Bundesgebiet		19.4	20.8	21.0	20.1	19.7	19.6

1) für die Zuordnung zu einem bestimmten Jahr ist der Zeitpunkt der Verkündung des Urteils maßgebend

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Ergebnis der Berufung

Seite 542 a
Frage: D. I. (B. I. 6. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERGEBNIS DER BERUFUNG							
Baden-Württemberg							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		5.699	4.973	4.793	4.558	4.717	4.622
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		39,9	38,2	37,9	38,2	42,7	41,3
- Verwerfung als unzulässig		49,7	51,0	51,6	51,2	46,6	47,5
Bayern							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		6.649	7.664	7.177	6.989	6.721	6.720
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		38,2	41,4	42,8	46,6	53,4	55,2
- Verwerfung als unzulässig		54,3	51,8	49,5	46,1	38,0	37,3
Berlin							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		1.966	1.808	1.867	1.734	1.702	1.737
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		30,3	38,8	37,5	37,4	38,7	41,1
- Verwerfung als unzulässig		51,7	40,7	42,3	44,2	43,8	39,7
Bremen							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		357	360	335	340	338	320
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		29,7	19,4	20,3	32,4	31,1	36,6
- Verwerfung als unzulässig		46,2	64,4	58,5	49,4	50,9	42,2
Hamburg							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		1.313	1.698	1.478	1.600	1.590	1.541
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		48,4	39,3	46,0	39,1	33,8	43,8
- Verwerfung als unzulässig		36,1	42,7	36,0	34,6	33,0	33,2
Hessen							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		3.293	2.985	3.004	2.980	2.870	2.849
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		51,4	42,0	42,9	45,5	42,2	46,5
- Verwerfung als unzulässig		34,5	44,8	44,0	39,6	45,4	38,9
Niedersachsen							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		4.604	5.144	5.032	5.351	4.868	4.767
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		41,6	37,0	36,9	37,1	38,6	36,0
- Verwerfung als unzulässig		48,1	53,0	52,0	51,6	49,6	52,3
Nordrhein-Westfalen							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		10.819	11.869	11.095	11.126	10.448	9.865
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		41,3	43,8	44,9	44,6	42,2	42,4
- Verwerfung als unzulässig		43,6	42,5	40,7	39,7	41,6	40,4
Rheinland-Pfalz							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		2.056	2.327	2.269	2.146	2.318	2.165
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		43,9	38,5	39,4	37,8	35,1	39,8
- Verwerfung als unzulässig		42,8	47,2	47,3	48,0	48,8	44,9

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Ergebnis der Berufung

Seite 542 b
Frage: D. I. (B. I. 6. a)

LANDGERICHT BERUFUNGSINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERGEBNIS DER BERUFUNG							
Saarland							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		459	742	689	771	868	741
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		33,3	10,9	10,3	14,9	19,5	30,6
- Verwerfung als unzulässig		53,0	76,9	76,7	70,3	70,5	57,9
Schleswig-Holstein							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		1.943	1.762	1.644	1.781	1.650	1.670
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		54,3	44,3	42,1	48,7	53,8	53,1
- Verwerfung als unzulässig		34,1	43,0	45,4	37,0	33,6	34,4
Bundesgebiet							
- Urteile / Verwerfungsbeschlüsse insgesamt		39.158	41.332	39.383	39.373	38.090	36.997
- Aufhebung und eigene Sachentscheidung oder unbegründet		41,7	40,2	40,9	41,9	42,7	42,4
- Verwerfung als unzulässig		45,9	47,8	46,6	44,8	43,2	42,6

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 543

Frage: D. I. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Bestand am Jahresanfang		1	10	4	11	14	7
- Neuzugänge		5	15	18	12	10	6
- anhängige Verfahren		6	25	22	23	24	13
Bayern							
- Bestand am Jahresanfang		3	6	4	4	4	4
- Neuzugänge		8	4	7	5	8	10
- anhängige Verfahren		11	10	11	9	12	14
Berlin							
- Bestand am Jahresanfang		1	3	5	2	0	2
- Neuzugänge		3	14	8	8	6	8
- anhängige Verfahren		4	17	13	10	6	10
Bremen							
- Bestand am Jahresanfang		0	0	0	0	0	0
- Neuzugänge		0	0	0	0	0	0
- anhängige Verfahren		0	0	0	0	0	0
Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang		2	1	2	3	3	5
- Neuzugänge		0	13	7	11	13	7
- anhängige Verfahren		2	14	9	14	16	12
Hessen							
- Bestand am Jahresanfang		1	5	7	12	12	5
- Neuzugänge		2	8	17	8	4	10
- anhängige Verfahren		3	13	24	20	16	15
Niedersachsen							
- Bestand am Jahresanfang		3	4	2	2	0	1
- Neuzugänge		3	7	3	0	4	3
- anhängige Verfahren		6	11	5	2	4	4
Nordrhein-Westfalen							
- Bestand am Jahresanfang		3	16	14	9	13	6
- Neuzugänge		12	9	11	14	9	6
- anhängige Verfahren		15	25	25	23	22	12
Rheinland-Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang		2	1	0	1	1	1
- Neuzugänge		4	1	7	3	6	4
- anhängige Verfahren		6	2	7	4	7	5
Saarland							
- Bestand am Jahresanfang		0	0	0	0	0	0
- Neuzugänge		0	0	0	0	0	0
- anhängige Verfahren		0	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein							
- Bestand am Jahresanfang		2	3	4	2	1	3
- Neuzugänge		5	5	6	4	5	5
- anhängige Verfahren		7	8	10	6	6	8
Bundesgebiet							
- Bestand am Jahresanfang		18	49	42	46	48	34
- Neuzugänge		42	76	84	65	65	57
- anhängige Verfahren		60	125	126	111	113	93

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 544

Frage: D. I. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGER GESCHÄFTSANFALL (NEUEINGÄNGE)							
Baden-Württemberg							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		1.846	2.115	2.043	2.040	2.142	2.121
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		482	439	565	574	614	537
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		223	241	212	250	283	300
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		375	106	227	275	220	187
- Anträge nach § 99 BRAGebO		254	559	597	574	687	598
Bayern							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		0	3.298	3.353	3.321	3.485	3.041
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		0	602	654	758	874	803
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		0	405	400	405	418	389
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		0	110	124	134	108	135
- Anträge nach § 99 BRAGebO		0	721	746	680	715	578
Berlin							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		973	995	1.022	951	938	966
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		159	223	137	190	152	207
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		87	105	98	104	107	98
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		108	50	25	40	36	56
- Anträge nach § 99 BRAGebO		64	108	117	81	70	62
Bremen							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		296	270	180	225	231	216
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		28	40	29	27	56	32
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		17	23	30	28	22	21
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		33	8	10	3	6	6
- Anträge nach § 99 BRAGebO		41	61	68	64	63	74
Hamburg							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		982	686	708	723	809	827
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		279	130	154	148	150	272
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		37	36	48	39	54	44
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		85	24	39	63	32	80
- Anträge nach § 99 BRAGebO		151	180	159	148	158	173

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 545

Frage: D. I. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGER GESCHAFTSANFALL (NEUEINGÄNGE)							
Hessen							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		1.337	1.592	1.548	1.663	1.616	1.675
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		546	908	839	836	840	705
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		116	161	177	243	234	158
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		129	118	212	207	175	152
- Anträge nach § 99 BRAGebD		211	254	268	323	240	246
Niedersachsen							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		1.894	1.932	2.020	2.051	2.100	2.215
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		389	191	314	335	290	268
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		160	137	152	156	176	177
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		89	45	63	44	37	66
- Anträge nach § 99 BRAGebD		188	479	512	496	528	574
Nordrhein-Westfalen							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		4.574	5.170	5.239	5.492	5.753	5.739
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		1.051	967	1.024	1.333	1.318	1.239
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		286	388	407	397	409	469
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		359	400	417	356	362	213
- Anträge nach § 99 BRAGebD		472	997	961	698	705	829
Rheinland-Pfalz							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		983	1.364	1.365	1.410	1.516	1.532
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		340	232	214	205	219	233
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		95	101	111	108	132	145
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		94	77	49	92	267	91
- Anträge nach § 99 BRAGebD		137	139	171	159	185	171
Saarland							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		285	349	395	348	448	389
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		153	105	214	218	259	219
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		26	73	36	30	26	43
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		28	30	19	20	27	17
- Anträge nach § 99 BRAGebD		26	26	36	46	25	30

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 546

Frage: D. I. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGER GESCHÄFTSANFALL (NEUEINGÄNGE)							
Schleswig-Holstein							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		943	719	767	892	971	1.016
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		241	89	126	138	160	110
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		99	61	45	36	42	62
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		45	24	29	23	40	16
- Anträge nach § 99 BRAGebO		137	168	202	247	211	249
Bundesgebiet							
- Beschwerden in Strafsachen (einschl. Kostenbeschwerden)		14.113	18.490	18.640	19.116	20.009	19.737
- Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121ff StPO)		3.668	3.926	4.270	4.762	4.932	4.625
- Anträge auf gerichtliche Entscheidung in Klageerzwingungsverfahren (§ 172 StPO) einschl. Prozeßkostenhilfeanträge		1.146	1.731	1.716	1.796	1.903	1.906
- Auslieferungsverfahren/Verf. nach §23 EGGVG		1.345	992	1.214	1.257	1.310	1.019
- Anträge nach § 99 BRAGebO		1.681	3.692	3.837	3.516	3.587	3.584

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren

Seite 547

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE VERFAHREN							
Baden-Württemberg		4	14	8	7	12	8
Bayern		7	6	7	5	8	10
Berlin		3	11	11	10	4	9
Bremen		0	0	0	0	0	0
Hamburg		2	5	3	10	6	5
Hessen		3	6	8	8	12	6
Niedersachsen		4	10	2	2	3	3
Nordrhein-Westfalen		5	10	16	9	16	7
Rheinland-Pfalz		4	2	6	3	6	4
Saarland		0	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein		3	4	8	5	2	8
Bundesgebiet		35	68	69	59	69	60

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 548

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Urteil	1	4	9	5	7	7	3
- sonstiges	1	0	5	3	0	5	5
Bayern							
- Urteil	1	7	6	6	4	4	3
- sonstiges	1	0	0	1	1	4	7
Berlin							
- Urteil	1	1	9	7	10	4	8
- sonstiges	1	2	1	4	0	0	1
Bremen							
- Urteil	1	0	0	0	0	0	0
- sonstiges	1	0	0	0	0	0	0
Hamburg							
- Urteil	1	2	1	3	5	4	5
- sonstiges	1	0	4	0	5	2	0
Hessen							
- Urteil	1	3	2	6	6	11	1
- sonstiges	1	0	4	4	2	1	5
Niedersachsen							
- Urteil	1	3	8	1	2	2	2
- sonstiges	1	1	2	1	0	1	1
Nordrhein-Westfalen							
- Urteil	1	5	8	10	6	11	5
- sonstiges	1	0	2	6	3	5	2
Rheinland-Pfalz							
- Urteil	1	3	0	6	2	5	4
- sonstiges	1	1	2	0	1	1	0
Saarland							
- Urteil	1	0	0	0	0	0	0
- sonstiges	1	0	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein							
- Urteil	1	2	1	2	3	0	3
- sonstiges	1	1	3	6	2	2	5
Bundesgebiet							
- Urteil	1	30	44	46	45	48	34
- sonstiges	1	5	23	25	14	21	26

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 549

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Baden-Württemberg							
- Anklage		4	13	8	7	11	8
- sonstiges		0	1	0	0	1	0
Bayern							
- Anklage		7	6	7	5	8	10
- sonstiges		0	0	0	0	0	0
Berlin							
- Anklage		3	11	11	10	4	9
- sonstiges		0	0	0	0	0	0
Bremen							
- Anklage		0	0	0	0	0	0
- sonstiges		0	0	0	0	0	0
Hamburg							
- Anklage		2	3	3	10	6	5
- sonstiges		0	2	0	0	0	0
Hessen							
- Anklage		3	4	8	8	8	5
- sonstiges		0	2	0	0	4	1
Niedersachsen							
- Anklage		3	10	2	2	3	3
- sonstiges		1	0	0	0	0	0
Nordrhein-Westfalen							
- Anklage		5	10	16	9	16	7
- sonstiges		0	0	0	0	0	0
Rheinland-Pfalz							
- Anklage		4	2	6	3	6	4
- sonstiges		0	0	0	0	0	0
Saarland							
- Anklage		0	0	0	0	0	0
- sonstiges		0	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein							
- Anklage		3	4	8	5	2	8
- sonstiges		0	0	0	0	0	0
Bundesgebiet							
- Anklage		34	63	69	59	64	59
- sonstiges		1	5	0	0	5	1

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 550

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DES VERFAHRENS							
Baden-Württemberg							
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		0.0	14.3	12.5	14.3	8.3	0.0
- über 6 bis 12 Monate		25.0	35.7	37.5	14.3	16.7	0.0
- über 12 bis 24 Monate		50.0	35.7	37.5	42.9	41.7	37.5
- mehr als 24 Monate		25.0	14.3	12.5	28.5	33.3	62.5
Bayern							
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		42.9	16.7	28.6	0.0	0.0	20.0
- über 6 bis 12 Monate		57.1	50.0	14.2	60.0	50.0	60.0
- über 12 bis 24 Monate		0.0	33.3	28.6	20.0	25.0	0.0
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	28.6	20.0	25.0	20.0
Berlin							
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		0.0	27.3	18.2	40.0	25.0	55.6
- über 6 bis 12 Monate		0.0	9.1	54.5	40.0	25.0	33.3
- über 12 bis 24 Monate		0.0	45.5	9.1	10.0	25.0	0.0
- mehr als 24 Monate		100.0	18.1	18.2	10.0	25.0	11.1
Bremen							
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- über 6 bis 12 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- über 12 bis 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Hamburg							
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		50.0	80.0	33.3	10.0	16.7	20.0
- über 6 bis 12 Monate		50.0	20.0	33.3	60.0	50.0	40.0
- über 12 bis 24 Monate		0.0	0.0	33.4	30.0	16.7	20.0
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	16.6	20.0
Hessen							
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		33.3	16.7	0.0	0.0	8.3	50.0
- über 6 bis 12 Monate		66.7	0.0	75.0	0.0	0.0	16.6
- über 12 bis 24 Monate		0.0	50.0	12.5	62.5	33.3	16.7
- mehr als 24 Monate		0.0	33.3	12.5	37.5	58.4	16.7
Niedersachsen							
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		0.0	10.0	0.0	0.0	33.3	33.3
- über 6 bis 12 Monate		75.0	50.0	0.0	0.0	66.7	0.0
- über 12 bis 24 Monate		25.0	30.0	0.0	50.0	0.0	66.7
- mehr als 24 Monate		0.0	10.0	100.0	50.0	0.0	0.0
Nordrhein-Westfalen							
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		0.0	0.0	0.0	0.0	6.3	14.3
- über 6 bis 12 Monate		20.0	30.0	18.8	0.0	12.4	42.8
- über 12 bis 24 Monate		80.0	50.0	37.5	33.3	31.3	0.0
- mehr als 24 Monate		0.0	20.0	43.7	66.7	50.0	42.9

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 551

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

BERLANDESGERICHT 1. INSTANZ								
DAUER DES VERFAHRENS	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
Saarland-Pfalz								
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA								
- bis zu 6 Monaten		25.0	0.0	16.7	0.0	0.0	0.0	
- über 6 bis 12 Monate		0.0	50.0	50.0	0.0	50.0	75.0	
- über 12 bis 24 Monate		50.0	50.0	33.3	0.0	33.3	0.0	
- mehr als 24 Monate		25.0	0.0	0.0	100.0	16.7	25.0	
Saarland								
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA								
- bis zu 6 Monaten		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
- über 6 bis 12 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
- über 12 bis 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Schleswig-Holstein								
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA								
- bis zu 6 Monaten		33.3	25.0	25.0	0.0	50.0	37.5	
- über 6 bis 12 Monate		33.3	25.0	12.5	60.0	0.0	25.0	
- über 12 bis 24 Monate		33.4	0.0	50.0	40.0	50.0	25.0	
- mehr als 24 Monate		0.0	50.0	12.5	0.0	0.0	12.5	
Bundesgebiet								
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA								
- bis zu 6 Monaten		20.0	19.1	13.0	10.2	10.2	26.7	
- über 6 bis 12 Monate		37.1	29.4	34.8	28.8	24.6	33.3	
- über 12 bis 24 Monate		28.6	35.3	29.0	32.2	30.4	15.0	
- mehr als 24 Monate		14.3	16.2	23.2	28.8	34.8	25.0	

Zahl der bei den Oberlandesgerichten und beim Bayerischen Obersten Landesgericht
in erstinstanzlichen Strafsachen tätig gewesenen Richter

Seite 552

Frage: D. I. (B. I. 3. a)

RICHTER OBERLANDESGERICHT 1. INSTANZ STRAFGERICHTSBARKEIT	1) 1965	1) 1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			12,1	8,0	10,5	10,8	11,4
Bayern			6,4	4,9	5,2	8,6	6,9
Berlin			17,0	12,5	9,8	4,8	3,6
Bremen			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hamburg			3,1	2,7	2,8	1,9	1,9
Hessen			5,3	6,5	10,0	7,3	4,1
Niedersachsen			3,0	2,6	1,3	1,3	1,2
Nordrhein-Westfalen			15,6	15,8	10,4	9,3	10,0
Rheinland-Pfalz			0,1	1,1	1,2	1,2	1,2
Saarland			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schleswig-Holstein			0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Bundesgebiet			62,6	54,2	51,2	45,1	40,4

1) bis 1975 gab es keine nach Instanzen untergliederte Personalverwendungs-
statistik

Zahl der bei den Oberlandesgerichten und beim Bayerischen Obersten Landesgericht in Straf- und Bußgeldverfahren 1) Seite 553
tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Frage: D. I. (B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST OBERLANDESGERICHT	2)	2)						
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
STRAFGERICHTSBARKEIT								
Baden-Württemberg			0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	
Bayern			1,8	1,8	1,9	1,7	1,4	
Berlin			0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	
Bremen			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Hamburg			0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	
Hessen			0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	
Niedersachsen			0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Nordrhein-Westfalen			0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	
Rheinland-Pfalz			0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	
Saarland			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Schleswig-Holstein			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Bundesgebiet			3,2	3,1	3,2	3,0	2,9	

1) die Personalverwendungsstatistik enthält für den gehobenen Dienst keine
nach Instanzen untergliederte Angaben

2) bis 1975 wurden entsprechende Angaben nicht statistisch erfaßt

Zahl der bei den Oberlandesgerichten und beim Bayerischen Obersten Landesgericht in Straf- und Bußgeldverfahren 1) Seite 554
tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes

Frage: D. I. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENTETE OBERLANDESGERICHT	2)	2)					
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
STRAFGERICHTSBARKEIT							
Baden-Württemberg			23,5	20,2	19,5	19,1	17,7
Bayern			19,9	21,5	22,6	20,2	20,3
Berlin			12,0	12,8	13,3	12,7	12,8
Bremen			2,0	2,0	2,0	1,3	1,3
Hamburg			3,8	4,4	4,5	4,8	3,9
Hessen			14,5	14,5	9,9	7,7	8,6
Niedersachsen			15,8	10,3	9,1	8,9	8,3
Nordrhein-Westfalen			27,8	27,4	27,3	26,1	24,3
Rheinland-Pfalz			4,7	5,7	5,2	5,3	5,5
Saarland			1,6	1,7	1,5	1,6	1,8
Schleswig-Holstein			6,3	6,3	4,6	4,6	4,6
Bundesgebiet			131,8	126,8	119,4	112,2	109,1

1) die Personalverwendungsstatistik enthält für diese Tätigkeitsgruppe keine
nach Instanzen untergliederten Angaben

2) bis 1975 wurden entsprechende Angaben nicht statistisch erfaßt

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 555

Frage: D. I. (B. I. 4. a)

OBERLANDESGERICHT 1. INSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / Richter			2,08	2,75	2,09	2,18	1,18
- erledigte Verfahren / Richter			1,17	1,00	,64	1,09	,73
Bayern							
- anhängige Verfahren / Richter			1,67	2,20	1,80	1,33	2,00
- erledigte Verfahren / Richter			1,00	1,40	1,00	,89	1,43
Berlin							
- anhängige Verfahren / Richter			1,00	1,00	1,00	1,20	2,50
- erledigte Verfahren / Richter			,65	,85	1,00	,80	2,25
Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			-	-	-	-	-
- erledigte Verfahren / Richter			-	-	-	-	-
Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			4,67	3,00	4,67	8,00	6,00
- erledigte Verfahren / Richter			1,67	1,00	3,33	3,00	2,50
Hessen							
- anhängige Verfahren / Richter			2,60	3,43	2,00	2,29	3,75
- erledigte Verfahren / Richter			1,20	1,14	,80	1,71	1,50
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / Richter			3,67	1,67	2,00	4,00	4,00
- erledigte Verfahren / Richter			3,33	,67	2,00	3,00	3,00
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / Richter			1,56	1,56	2,30	2,44	1,20
- erledigte Verfahren / Richter			,63	1,00	,90	1,78	,70
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter			-	7,00	4,00	7,00	5,00
- erledigte Verfahren / Richter			-	6,00	3,00	6,00	4,00
Saarland							
- anhängige Verfahren / Richter			-	-	-	-	-
- erledigte Verfahren / Richter			-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / Richter			-	-	-	-	-
- erledigte Verfahren / Richter			-	-	-	-	-
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / Richter			1,98	2,33	2,18	2,51	2,33
- erledigte Verfahren / Richter			1,08	1,28	1,16	1,53	1,50

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen

Seite 556

Frage: D. I. (B. I. 4. a)

OBERLANDESGERICHT (1. U. RECHTSMITTELINSTANZ) VERHÄLTNISS VERFAHREN / GEHOBENER DIENST	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			11.995,0	11.210,0	10.260,0	10.545,0	9.320,0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			10.895,0	10.310,0	9.060,0	9.350,0	8.100,0
Bayern							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			2.061,7	1.920,0	1.660,5	1.705,3	2.070,0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.855,5	1.773,9	1.534,7	1.560,0	1.910,7
Berlin							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1.722,5	1.590,0	1.505,0	1.480,0	1.532,5
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			1.542,5	1.465,0	1.402,5	1.335,0	1.395,0
Bremen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1)	-	-	-	-
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			-	-	-	-	-
Hamburg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			3.385,0	2.915,0	2.395,0	2.655,0	2.890,0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			2.760,0	2.430,0	1.905,0	1.905,0	2.255,0
Hessen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			8.890,0	8.345,0	8.140,0	6.775,0	7.105,0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			8.020,0	7.195,0	7.430,0	6.010,0	6.415,0
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			24.380,0	23.460,0	23.950,0	23.680,0	22.700,0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			23.090,0	22.220,0	22.460,0	21.950,0	21.460,0
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			31.300,0	27.390,0	22.910,0	42.680,0	19.545,0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			28.940,0	25.690,0	20.995,0	39.530,0	17.525,0
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			5.590,0	5.400,0	5.085,0	4.650,0	4.325,0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			5.205,0	4.965,0	4.935,0	4.400,0	3.915,0
Saarland							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1)	-	-	-	-
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			1)	-	-	-	-
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			-	-	-	-	-
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst							
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst							

1) bei OLG Bremen, Saarbrücken und Schleswig kein Beamter des gehobenen Dienstes tätig

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren,
die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 557

Frage: D. I. (B. I. 4. c)

OBERLANDESGERICHT (1. U. RECHTSMITTELINSTANZ) VERHÄLTNISS VERFAHREN / SONSTIGE BEDIENTESTE	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			102,09	110,99	105,23	110,42	105,31
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			92,72	102,08	92,92	97,91	91,53
Bayern							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			186,48	160,74	139,60	143,52	242,76
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			170,55	148,51	129,03	131,29	131,77
Berlin							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			57,42	49,69	45,26	46,61	47,89
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			51,42	45,78	42,18	42,05	43,59
Bremen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			96,00	79,50	76,00	97,69	89,23
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			92,50	74,50	72,50	93,08	84,62
Hamburg							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			178,16	132,50	106,44	110,63	148,21
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			145,26	110,46	84,67	79,38	115,64
Hessen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			122,62	115,10	164,44	175,97	165,23
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			110,62	99,24	150,10	156,10	149,19
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			154,30	227,77	263,19	266,07	273,49
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			146,14	215,73	246,81	246,63	258,55
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			225,18	199,93	167,84	163,53	160,86
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			208,20	187,52	153,81	151,46	144,24
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			237,87	189,47	195,58	175,47	157,27
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			221,49	174,21	189,81	166,04	142,36
Saarland							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			155,63	154,71	170,00	188,75	180,56
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			148,13	148,82	142,00	155,00	155,44
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			122,86	105,24	147,83	134,35	133,48
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			115,24	93,02	135,00	117,83	120,87
insgesamt							
- anhängige Verfahren / sonstige Bedienstete			153,91	146,49	142,35	143,49	141,05
- erledigte Verfahren / sonstige Bedienstete			141,37	134,91	130,38	129,93	128,00

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Rechtsmittelhäufigkeit (in Prozent)

Seite 558

Frage: D. I. (B. I. 6. a)

OBERLANDESGERICHT 1. INSTANZ		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSMITTEL GEGEN URTEILE	1)							
Baden-Württemberg			50.0	55.6	20.0	57.1	28.6	0.0
Bayern			71.4	50.0	33.3	50.0	25.0	33.3
Berlin			0.0	66.7	28.6	60.0	50.0	75.0
Bremen			0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Hamburg			50.0	100.0	33.3	40.0	50.0	40.0
Hessen			100.0	50.0	100.0	50.0	81.8	0.0
Niedersachsen			66.7	75.0	0.0	100.0	50.0	50.0
Nordrhein-Westfalen			60.0	0.0	40.0	50.0	54.5	40.0
Rheinland-Pfalz			100.0	0.0	50.0	0.0	40.0	75.0
Saarland			0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Schleswig-Holstein			100.0	0.0	50.0	0.0	0.0	33.3
Bundesgebiet			70.0	50.0	43.5	48.9	52.1	47.1

1) für die Zuordnung zu einem bestimmten Jahr ist der Zeitpunkt der Verkündung des Urteils maßgebend

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 559

Frage: D. I. (B. I. 1.)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Bestand am Jahresanfang		129	239	206	164	215	226
- Neuzugänge		1.813	2.135	2.014	1.865	1.870	1.625
- anhängige Verfahren		1.942	2.374	2.220	2.029	2.085	1.851
Bayern							
- Bestand am Jahresanfang		187	382	305	242	211	234
- Neuzugänge		2.884	3.319	3.140	2.904	2.676	2.650
- anhängige Verfahren		3.071	3.701	3.445	3.146	2.887	2.884
Berlin							
- Bestand am Jahresanfang		45	53	66	42	41	50
- Neuzugänge		593	619	557	550	545	553
- anhängige Verfahren		638	672	623	592	586	603
Bremen							
- Bestand am Jahresanfang		8	13	7	9	7	6
- Neuzugänge		122	179	152	143	120	110
- anhängige Verfahren		130	192	159	152	127	116
Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang		92	116	110	81	87	132
- Neuzugänge		633	547	464	384	428	434
- anhängige Verfahren		725	663	574	465	515	566
Hessen							
- Bestand am Jahresanfang		104	120	154	189	118	125
- Neuzugänge		1.206	1.645	1.491	1.419	1.221	1.281
- anhängige Verfahren		1.310	1.765	1.645	1.608	1.339	1.406
Niedersachsen							
- Bestand am Jahresanfang		122	162	124	119	150	169
- Neuzugänge		1.791	2.265	2.217	2.274	2.214	2.097
- anhängige Verfahren		1.913	2.427	2.341	2.393	2.364	2.266
Nordrhein-Westfalen							
- Bestand am Jahresanfang		255	469	438	317	355	258
- Neuzugänge		4.381	5.766	5.015	4.242	3.891	3.639
- anhängige Verfahren		4.636	6.235	5.453	4.559	4.246	3.897
Rheinland-Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang		77	65	76	87	39	49
- Neuzugänge		815	1.051	997	926	884	811
- anhängige Verfahren		892	1.116	1.073	1.013	923	860
Saarland							
- Bestand am Jahresanfang		19	15	12	10	41	50
- Neuzugänge		160	234	231	245	261	275
- anhängige Verfahren		179	249	263	255	302	325
Schleswig-Holstein							
- Bestand am Jahresanfang		64	55	44	75	58	71
- Neuzugänge		637	711	609	599	554	535
- anhängige Verfahren		701	766	653	674	612	606
Bundesgebiet							
- Bestand am Jahresanfang		1.102	1.689	1.542	1.335	1.322	1.370
- Neuzugänge		15.035	18.471	16.707	15.551	14.664	14.010
- anhängige Verfahren		16.137	20.160	18.449	16.886	15.986	15.380

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren

Seite 560

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGTE REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHREN							
Baden-Württemberg		1.701	2.165	2.054	1.805	1.858	1.612
Bayern		2.684	3.388	3.186	2.911	2.644	2.665
Berlin		571	606	575	551	530	549
Bremen		118	185	149	145	121	110
Hamburg		607	547	483	371	375	446
Hessen		1.218	1.598	1.431	1.478	1.190	1.277
Niedersachsen		1.638	2.299	2.220	2.244	2.192	2.143
Nordrhein-Westfalen		4.278	5.778	5.122	4.190	3.937	3.498
Rheinland-Pfalz		813	1.039	987	984	874	779
Saarland		170	237	253	213	248	278
Schleswig-Holstein		629	722	578	616	540	548
Bundesgebiet		14.427	18.564	17.038	15.508	14.509	13.905

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 561

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ ART DER ERLEDIGUNG BEI DEN REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- Urteil		75	65	70	51	45	53
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		1.166	1.347	1.304	1.127	1.171	1.107
- Einstellung		31	59	34	32	51	40
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		380	625	576	499	482	327
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		49	69	70	96	109	85
Bayern							
- Urteil		111	127	130	103	86	92
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		1.684	2.087	1.999	1.790	1.729	1.794
- Einstellung		48	56	52	44	32	32
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		600	917	825	758	621	574
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		241	201	180	216	176	173
Berlin							
- Urteil		90	29	33	32	26	33
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		339	364	340	341	357	327
- Einstellung		4	1	2	1	0	1
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		124	168	162	137	107	141
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		14	44	38	40	40	47
Bremen							
- Urteil		9	3	2	2	1	0
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		60	109	92	76	61	71
- Einstellung		4	10	13	12	9	6
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		33	48	36	53	39	28
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		13	15	6	2	11	5
Hamburg							
- Urteil		65	44	40	41	43	33
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		290	344	294	246	255	320
- Einstellung		14	10	18	6	4	7
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		208	126	98	60	51	60
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		30	23	33	18	22	22

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 562

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ ART DER ERLEDIGUNG BEI DEN REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Hessen							
- Urteil		41	52	34	33	32	18
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		834	1.400	1.300	1.242	748	752
- Einstellung		49	37	29	24	18	20
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		196	64	5	126	329	425
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		98	45	63	53	63	62
Niedersachsen							
- Urteil		199	131	117	102	95	92
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		865	1.254	1.287	1.288	1.292	1.337
- Einstellung		13	33	41	51	46	45
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		509	727	733	765	689	595
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		52	54	42	38	70	74
Nordrhein-Westfalen							
- Urteil		491	269	162	173	141	107
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		1.858	2.763	2.675	2.356	2.359	2.188
- Einstellung		93	108	102	76	87	74
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		1.651	2.419	2.027	1.505	1.240	1.030
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		185	219	156	80	110	99
Rheinland-Pfalz							
- Urteil		92	60	30	50	31	25
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		416	546	533	565	565	494
- Einstellung		25	28	24	25	16	26
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		242	302	309	283	212	187
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		38	103	91	16	50	47
Saarland							
- Urteil		27	8	4	8	4	5
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		55	98	114	87	109	150
- Einstellung		9	22	18	21	23	17
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		74	101	103	92	104	97
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		5	8	14	5	8	9

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 563

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ ART DER ERLEDIGUNG BEI DEN REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Schleswig-Holstein							
- Urteil		154	34	19	11	19	19
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		287	420	347	403	367	356
- Einstellung		9	15	9	9	10	12
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		156	238	181	175	131	141
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		23	15	22	18	13	20
Bundesgebiet							
- Urteil		1.354	822	641	606	523	477
- Beschluß nach §§ 349 StPO, 79 Abs 5 S 1 OWiG		7.854	10.732	10.285	9.521	9.013	8.896
- Einstellung		299	379	342	301	296	280
- Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde		4.173	5.735	5.055	4.453	4.005	3.069
- sonstiges (Zurücknahme der Revision, der Rechtsbeschwerde, des Zulassungs- antrags, der Privatklage und auf andere Weise)		748	796	715	582	672	643

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 564

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ GEGENSTAND DER REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		722	1.136	1.035	950	985	749
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		13	10	19	17	16	13
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		14	15	18	18	14	8
- kleinen Strafkammer		603	629	593	540	581	630
- großen Strafkammer		301	350	353	253	232	191
- Jugendkammer		48	25	36	27	30	21
Bayern							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		1.138	1.571	1.472	1.300	1.168	1.137
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		18	22	22	12	14	13
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		51	82	75	84	62	49
- kleinen Strafkammer		1.019	1.268	1.162	1.102	1.031	1.056
- großen Strafkammer		383	350	374	342	317	347
- Jugendkammer		75	95	81	71	51	63
Berlin							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		204	308	295	278	266	272
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		2	3	4	4	7	7
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		4	9	5	11	18	13
- kleinen Strafkammer		212	155	131	123	102	121
- großen Strafkammer		149	127	136	131	132	126
- Jugendkammer		0	4	4	4	5	10
Bremen							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		59	96	76	90	71	64
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		0	1	0	0	2	3
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		0	3	0	3	2	3
- kleinen Strafkammer		47	60	51	31	34	27
- großen Strafkammer		11	22	21	20	12	12
- Jugendkammer		1	3	1	1	0	1
Hamburg							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		337	221	191	121	113	145
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		2	2	2	0	0	8
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		0	1	1	1	0	2
- kleinen Strafkammer		185	252	223	204	204	233
- großen Strafkammer		83	71	66	45	58	58
- Jugendkammer		0	0	0	0	0	0
Hessen							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		639	1.009	897	867	696	788
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		14	10	20	14	11	39
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		9	8	8	20	9	16
- kleinen Strafkammer		280	307	284	304	220	212
- großen Strafkammer		261	255	214	266	243	219
- Jugendkammer		15	9	8	7	11	3

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 565

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ GEGENSTAND DER REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Niedersachsen							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		923	1.332	1.313	1.370	1.280	1.283
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		20	21	31	23	27	23
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		12	11	11	17	15	17
- kleinen Strafkammer		375	520	459	452	460	438
- großen Strafkammer		289	373	383	351	377	343
- Jugendkammer		19	42	23	31	33	39
Nordrhein-Westfalen							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		2.645	3.668	3.227	2.425	2.175	1.887
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		45	45	23	37	40	40
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		17	32	40	31	27	28
- kleinen Strafkammer		938	1.134	1.000	847	855	817
- großen Strafkammer		580	829	762	765	778	686
- Jugendkammer		53	70	70	85	62	40
Rheinland-Pfalz							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		432	518	529	490	397	363
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		6	23	11	8	17	17
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		5	3	11	14	15	10
- kleinen Strafkammer		215	245	207	240	231	198
- großen Strafkammer		139	216	194	194	192	176
- Jugendkammer		16	34	35	38	22	15
Saarland							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		98	158	166	138	156	155
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		0	1	2	4	3	5
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		0	4	4	2	3	1
- kleinen Strafkammer		38	19	22	23	57	63
- großen Strafkammer		31	41	53	36	22	43
- Jugendkammer		3	14	6	10	7	11
Schleswig-Holstein							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		331	431	317	329	293	299
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		8	6	2	7	3	2
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		5	2	3	2	2	5
- kleinen Strafkammer		158	167	137	140	126	140
- großen Strafkammer		115	107	111	135	108	94
- Jugendkammer		12	9	8	3	8	8
Bundesgebiet							
Rechtsmittel gegen ein Urteil des/der							
- Strafrichters		7.528	10.448	9.518	8.358	7.600	7.142
- Schöffengerichts / erweit. Schöffengerichts		128	144	136	126	140	170
- Jugendrichters / Jugendschöffengerichts		117	170	176	203	167	152
- kleinen Strafkammer		4.070	4.756	4.269	4.006	3.901	3.935
- großen Strafkammer		2.342	2.741	2.667	2.538	2.471	2.295
- Jugendkammer		242	305	272	277	229	211

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 566

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DER REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHRENI							
Baden-Württemberg							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		99.0	98.4	98.8	98.0	98.6	98.1
- über 6 bis 12 Monate		0.0	1.4	1.2	1.6	1.1	1.6
- über 12 bis 24 Monate		0.2	0.2	0.0	0.4	0.3	0.3
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		70.9	80.5	80.7	80.7	82.9	80.3
- über 6 bis 12 Monate		25.8	17.9	17.9	17.6	15.8	17.9
- über 12 bis 24 Monate		3.1	1.4	1.4	1.6	1.2	1.6
- mehr als 24 Monate		0.2	0.2	0.1	0.1	0.1	0.2
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		10.4	14.7	14.8	14.3	14.8	13.5
- über 6 bis 12 Monate		33.0	39.0	39.6	40.9	40.8	37.2
- über 12 bis 24 Monate		36.3	35.2	35.5	33.1	33.3	37.5
- mehr als 24 Monate		20.3	11.1	10.1	11.7	11.1	11.8
Bayern							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		99.7	97.8	98.2	98.5	98.8	99.3
- über 6 bis 12 Monate		0.3	1.5	1.4	1.0	0.9	0.5
- über 12 bis 24 Monate		0.0	0.7	0.3	0.5	0.3	0.2
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		71.9	76.0	75.6	79.0	80.0	77.3
- über 6 bis 12 Monate		25.6	21.3	22.1	18.9	18.2	21.4
- über 12 bis 24 Monate		2.4	2.4	1.9	1.9	1.7	1.1
- mehr als 24 Monate		0.1	0.3	0.4	0.2	0.1	0.2
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		10.8	13.6	12.7	13.5	13.7	12.5
- über 6 bis 12 Monate		36.1	38.8	41.2	40.7	41.3	40.9
- über 12 bis 24 Monate		36.5	36.0	34.7	34.9	34.5	37.0
- mehr als 24 Monate		16.6	11.6	11.4	10.9	10.5	9.6
Berlin							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		99.1	96.0	95.3	97.3	98.7	97.8
- über 6 bis 12 Monate		0.7	3.3	3.8	2.4	1.3	2.0
- über 12 bis 24 Monate		0.2	0.7	0.9	0.3	0.0	0.2
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		72.9	82.5	80.5	84.0	86.2	86.9
- über 6 bis 12 Monate		24.1	14.9	15.8	14.4	12.6	11.7
- über 12 bis 24 Monate		2.8	2.5	3.3	1.6	1.0	1.4
- mehr als 24 Monate		0.2	0.1	0.4	0.0	0.2	0.0
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		12.4	23.3	26.4	26.1	24.2	24.0
- über 6 bis 12 Monate		27.0	28.7	24.5	30.3	32.5	31.7
- über 12 bis 24 Monate		38.7	34.3	35.5	31.4	31.7	31.9
- mehr als 24 Monate		21.9	13.7	13.6	12.1	11.6	12.4

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 567

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DER REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHRENI							
Bremen							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		99.2	98.4	99.3	100.0	100.0	100.0
- über 6 bis 12 Monate		0.8	1.1	0.7	0.0	0.0	0.0
- über 12 bis 24 Monate		0.0	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		88.1	87.6	83.2	86.2	87.6	80.9
- über 6 bis 12 Monate		11.0	11.9	15.5	12.4	11.6	18.2
- über 12 bis 24 Monate		0.9	0.5	1.3	1.4	0.8	0.9
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		17.0	22.7	21.5	34.5	26.4	18.2
- über 6 bis 12 Monate		46.6	35.7	40.9	34.5	40.5	40.9
- über 12 bis 24 Monate		28.0	24.3	22.8	20.7	20.7	25.5
- mehr als 24 Monate		8.4	17.3	14.8	10.3	12.4	15.4
Hamburg							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		98.2	98.5	99.2	98.4	100.0	98.9
- über 6 bis 12 Monate		1.3	0.6	0.6	0.8	0.0	1.1
- über 12 bis 24 Monate		0.5	0.7	0.2	0.8	0.0	0.0
- mehr als 24 Monate		0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		68.0	65.1	61.9	58.0	49.9	52.0
- über 6 bis 12 Monate		27.4	31.4	34.2	36.9	43.7	40.4
- über 12 bis 24 Monate		4.1	2.9	3.7	4.6	6.1	7.2
- mehr als 24 Monate		0.5	0.6	0.2	0.5	0.3	0.4
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		17.0	15.9	14.5	11.3	9.3	10.7
- über 6 bis 12 Monate		34.4	25.2	27.3	23.7	23.7	26.5
- über 12 bis 24 Monate		30.6	36.6	42.0	40.2	41.6	42.2
- mehr als 24 Monate		18.0	22.3	16.2	24.8	25.4	20.6
Hessen							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		99.7	99.2	93.6	97.4	98.2	99.1
- über 6 bis 12 Monate		0.2	0.7	5.7	1.8	1.3	0.8
- über 12 bis 24 Monate		0.1	0.1	0.7	0.7	0.4	0.1
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		75.2	79.5	70.5	73.6	79.8	80.7
- über 6 bis 12 Monate		21.6	19.2	25.6	21.3	17.8	18.2
- über 12 bis 24 Monate		3.2	1.3	3.7	4.8	2.0	1.1
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.2	0.3	0.4	0.0
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		10.9	14.0	15.4	11.8	13.4	11.9
- über 6 bis 12 Monate		37.8	42.4	35.9	39.6	41.0	41.7
- über 12 bis 24 Monate		33.3	30.9	37.3	35.3	32.7	36.3
- mehr als 24 Monate		18.0	12.7	11.4	13.3	12.9	10.1

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 568

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DER REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHREN							
Niedersachsen							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		99.7	99.2	99.4	98.8	98.8	98.9
- über 6 bis 12 Monate		0.2	0.5	0.3	1.1	0.4	0.5
- über 12 bis 24 Monate		0.1	0.3	0.2	0.1	0.7	0.5
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		87.2	89.3	88.9	87.8	88.1	90.8
- über 6 bis 12 Monate		12.6	9.7	10.1	10.7	10.0	7.9
- über 12 bis 24 Monate		0.2	0.9	0.8	1.4	1.8	1.2
- mehr als 24 Monate		0.0	0.1	0.2	0.1	0.1	0.1
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		23.1	22.8	23.9	26.2	25.1	27.1
- über 6 bis 12 Monate		36.2	37.9	38.3	36.6	36.5	37.2
- über 12 bis 24 Monate		31.4	30.0	29.8	29.5	28.9	28.2
- mehr als 24 Monate		9.3	9.3	8.0	7.7	9.5	7.5
Nordrhein-Westfalen							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		99.2	98.9	98.5	98.7	97.2	98.8
- über 6 bis 12 Monate		0.7	0.9	1.3	0.9	1.9	1.1
- über 12 bis 24 Monate		0.1	0.1	0.1	0.3	0.8	0.1
- mehr als 24 Monate		0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		76.6	78.5	80.7	78.5	78.0	80.9
- über 6 bis 12 Monate		21.3	19.6	17.5	19.4	18.7	16.8
- über 12 bis 24 Monate		2.0	1.8	1.6	1.9	3.0	2.1
- mehr als 24 Monate		0.1	0.1	0.2	0.2	0.3	0.1
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		19.2	25.4	23.6	23.5	21.1	19.7
- über 6 bis 12 Monate		38.6	37.5	37.9	35.3	35.2	36.4
- über 12 bis 24 Monate		29.3	27.5	29.6	30.9	32.6	33.9
- mehr als 24 Monate		12.9	9.6	8.9	10.3	11.1	10.0
Rheinland-Pfalz							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		98.2	98.2	97.7	96.5	98.5	98.7
- über 6 bis 12 Monate		1.7	1.8	1.5	1.2	1.5	1.0
- über 12 bis 24 Monate		0.1	0.0	0.8	2.0	0.0	0.3
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.3	0.0	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		80.7	89.7	86.6	88.3	89.7	89.5
- über 6 bis 12 Monate		16.5	8.5	11.3	7.7	9.4	9.5
- über 12 bis 24 Monate		2.7	1.8	2.0	2.8	0.8	1.0
- mehr als 24 Monate		0.1	0.0	0.1	1.2	0.1	0.0
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		21.0	25.0	24.3	23.9	21.6	22.5
- über 6 bis 12 Monate		27.8	29.4	28.8	28.5	28.6	27.1
- über 12 bis 24 Monate		34.2	32.1	32.4	29.4	34.0	34.8
- mehr als 24 Monate		17.0	14.5	14.5	18.2	15.8	15.7

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens (in Prozent)

Seite 569

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DER REVISIONS-/RECHTSBESCHWERDEVERFAHREN							
Saarland							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		99.4	97.9	97.6	97.7	96.4	95.6
- über 6 bis 12 Monate		0.6	0.9	0.8	1.3	2.8	2.2
- über 12 bis 24 Monate		0.0	1.2	1.6	0.5	0.8	2.2
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.5	0.0	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		70.0	75.1	74.3	68.1	64.1	54.6
- über 6 bis 12 Monate		25.9	21.1	22.5	27.7	30.2	36.7
- über 12 bis 24 Monate		4.1	3.8	2.8	3.3	5.2	5.4
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.4	0.9	0.5	3.3
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		8.8	8.9	6.7	8.5	13.0	5.8
- über 6 bis 12 Monate		46.4	47.7	44.3	51.2	42.7	36.3
- über 12 bis 24 Monate		21.8	22.8	34.0	27.7	29.8	36.7
- mehr als 24 Monate		23.0	20.6	15.0	12.6	14.5	21.2
Schleswig-Holstein							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		98.7	99.4	99.0	97.1	98.7	98.5
- über 6 bis 12 Monate		0.8	0.6	1.0	2.6	1.3	1.1
- über 12 bis 24 Monate		0.5	0.0	0.0	0.3	0.0	0.4
- mehr als 24 Monate		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		72.0	76.9	78.7	72.6	71.7	76.8
- über 6 bis 12 Monate		24.8	20.4	19.6	24.4	25.9	20.4
- über 12 bis 24 Monate		2.7	2.7	1.7	3.0	2.0	2.6
- mehr als 24 Monate		0.5	0.0	0.0	0.0	0.4	0.2
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		4.1	0.6	0.0	1.0	0.2	0.0
- über 6 bis 12 Monate		10.5	9.3	8.1	7.6	8.7	9.1
- über 12 bis 24 Monate		29.4	25.6	33.2	30.5	30.0	32.5
- mehr als 24 Monate		56.0	64.5	58.7	60.9	61.1	58.4
Bundesgebiet							
- ab Eingang beim OLG							
- bis zu 6 Monaten		99.3	98.6	98.1	98.2	98.2	98.7
- über 6 bis 12 Monate		0.6	1.1	1.6	1.3	1.2	1.0
- über 12 bis 24 Monate		0.1	0.2	0.2	0.4	0.5	0.3
- mehr als 24 Monate		0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.0
- ab Verkündung des angefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monaten		75.7	80.8	79.6	79.7	80.6	80.8
- über 6 bis 12 Monate		21.9	18.0	18.3	17.8	17.1	17.3
- über 12 bis 24 Monate		2.3	1.8	1.9	2.2	2.1	1.8
- mehr als 24 Monate		0.1	0.2	0.2	0.3	0.2	0.2
- ab Einleitung des Verfahrens bei der StA							
- bis zu 6 Monaten		15.3	19.1	18.7	18.6	17.9	17.0
- über 6 bis 12 Monate		34.8	36.3	36.4	35.8	36.1	35.9
- über 12 bis 24 Monate		32.6	31.1	32.8	32.1	32.5	34.4
- mehr als 24 Monate		17.3	13.5	12.1	13.5	13.5	12.7

Zahl der bei den Oberlandesgerichten und beim Bayerischen Obersten Landgericht
in strafgerichtlichen Revisions- und Rechtsbeschwerdesachen (OWiG) tätig gewesenen Richter

Seite 570

Frage: D. I. (B. I. 3. a)

RICHTER OBERLANDESGERICHT RECHTSMITTELINSTANZ STRAFGERICHTSBARKEIT	1) 1965	1) 1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg			14,2	14,0	12,2	12,3	11,5
Bayern			20,2	20,2	20,4	17,9	19,3
Berlin			6,0	5,8	5,9	6,6	6,1
Bremen			2,2	2,1	1,9	1,5	1,4
Hamburg			6,0	6,1	6,0	6,2	6,0
Hessen			9,9	10,3	6,9	9,5	9,3
Niedersachsen			13,5	13,4	14,3	13,3	12,3
Nordrhein-Westfalen			34,3	33,6	30,9	29,2	25,6
Rheinland-Pfalz			8,3	8,5	8,3	7,4	6,4
Saarland			1,7	1,8	1,8	1,7	1,8
Schleswig-Holstein			5,2	4,7	4,1	4,2	3,7
Bundesgebiet			121,3	120,3	112,6	109,6	103,4

1) bis 1975 gab es keine nach Instanzen untergliederte Personalverwendungs-
statistik

Bei den Strafgerichten anhängige und erledigte Verfahren die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 571

Frage: D. I. (B. I. 4. a)

O L G RECHTSMITTELINSTANZ	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
VERHÄLTNIS VERFAHREN / RICHTER							
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / Richter			167,18	158,57	166,31	169,51	160,96
- erledigte Verfahren / Richter			152,46	146,71	147,95	151,06	140,17
Bayern							
- anhängige Verfahren / Richter			183,22	170,54	154,22	161,28	149,43
- erledigte Verfahren / Richter			167,72	157,72	142,70	147,71	138,08
Berlin							
- anhängige Verfahren / Richter			112,00	107,41	100,34	88,79	98,85
- erledigte Verfahren / Richter			101,00	99,14	93,39	80,30	90,00
Bremen							
- anhängige Verfahren / Richter			87,27	75,71	80,00	84,67	82,86
- erledigte Verfahren / Richter			84,09	70,95	76,32	80,67	78,57
Hamburg							
- anhängige Verfahren / Richter			110,50	94,10	77,50	83,06	94,33
- erledigte Verfahren / Richter			91,17	79,18	61,83	60,48	74,33
Hessen							
- anhängige Verfahren / Richter			178,28	159,71	233,04	140,95	151,18
- erledigte Verfahren / Richter			161,41	138,93	214,20	125,26	137,31
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / Richter			179,78	174,70	167,34	177,74	184,23
- erledigte Verfahren / Richter			170,30	165,67	156,92	164,81	174,23
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / Richter			181,78	162,29	147,54	145,41	152,23
- erledigte Verfahren / Richter			168,45	152,44	135,60	134,83	136,64
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / Richter			134,46	126,24	122,05	124,73	134,38
- erledigte Verfahren / Richter			125,18	116,12	118,55	118,11	121,72
Saarland							
- anhängige Verfahren / Richter			146,47	146,11	141,67	177,65	180,56
- erledigte Verfahren / Richter			139,41	140,56	118,33	145,88	154,44
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / Richter			147,31	138,94	164,39	145,71	163,78
- erledigte Verfahren / Richter			138,85	122,98	150,24	128,57	148,11
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / Richter			166,20	153,36	149,96	145,86	148,74
- erledigte Verfahren / Richter			153,04	141,63	137,73	132,38	134,48

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 572

Frage: D. I. (B. I. 1.)

BUNDESGERICHTSHOF ANHÄNGIGE VERFAHREN 1)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Bestand am Jahresanfang	216	301	417	419	376	386	381
Neuzugänge	2.815	4.052	4.086	4.151	4.229	4.582	4.389
- anhängige Verfahren	3.031	4.353	4.503	4.570	4.605	4.968	4.770

1) Revisionen, Vorlegungssachen, Gerichtsstandsbestimmungen, Haftprüfungen
nach § 121 Abs. 4 StPO, Beschwerden, Ordnungswidrigkeiten nach dem GwB,
Ehrengerichtliche Verfahren und Disziplinarverfahren

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren

Seite 573

Frage: D. I. (B. I. 1.)

BUNDESGERICHTSHOF SONSTIGER GESCHÄFTSANFALL	1965 1)	1975	1980	1981	1982	1983	1984
- Entscheidungen über Anträge auf Erlaß eines Haftbefehls		46	57	87	28	43	38
- Haftprüfungen							
mit mündlicher Verhandlung		22	11	25	9	14	11
ohne mündliche Verhandlung		10	6	15	18	7	9
- Beschuldigtenvernehmungen		43	51	71	24	34	27
- Zeugenvernehmungen		7	15	17	15	38	6
- sonst. richterliche Handlungen		821	636	1.521	757	841	969
insgesamt		949	776	1.736	851	977	1.060

1) für 1965 liegen vergleichbare Angaben nicht vor

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren

Seite 574

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

BUNDESGERICHTSHOF									
ERLEDIGTE VERFAHREN	1)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
		2.784	3.970	4.084	4.194	4.219	4.587	4.426	

1) Revisionen, Vorlegungssachen, Gerichtsstandsbestimmungen, Haftprüfungen nach § 121 Abs. 4 StPO, Beschwerden, Ordnungswidrigkeiten nach dem GwB, Ehrengerichtliche Verfahren und Disziplinarverfahren

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach dem Gegenstand des Verfahrens

Seite 575

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

BUNDESGERICHTSHOF GEGENSTAND DES VERFAHRENS	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Revisionsverfahren	2.374	3.452	3.566	3.653	3.738	4.084	3.957
Vorlegungssachen	9	10	12	22	13	24	15
Gerichtsstandsbestimmungen	293	244	149	132	145	157	155
Haftprüfungen nach § 121 Abs.4 StPO	-	32	40	62	54	45	25
Beschwerden	77	213	295	288	241	256	241
Ordnungswidrigkeiten nach dem GWB	2	2	5	6	3	4	5
Ehrengerichtliche und Disziplinar- verfahren	13	17	17	31	25	17	28
Erledigungen insgesamt 1)	2.784	3.970	4.084	4.194	4.219	4.587	4.426

1) 1965 einschl. 16 sonstiger Verfahren, die noch in die Zuständigkeit des BGH fielen

Bei den Strafgerichten anhängige Verfahren nach der Art der Erledigung

Seite 576

Frage: D. I. (B. I. 2. a)

BUNDESGERICHTSHOF ART DER ERLEDIGUNG REVISIONSVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Erledigte Revisionen insgesamt	2.374	3.452	3.566	3.653	3.738	4.084	3.957
davon erledigt durch							
- Urteil	670	348	318	297	316	349	329
- Beschluß	1.689	3.056	3.190	3.304	3.367	3.679	3.588
- Rücknahme der Revision	15	48	58	52	55	56	40

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Dauer des Verfahrens

Seite 577

Frage: D. I. (B. I. 2. b)

BUNDESGERICHTSHOF 1)	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DER REVISIONSVERFAHREN (in Prozent)							
Dauer der Verfahren							
a) ab Eingang beim BGH							
- bis zu 6 Monate			99,34	99,58	99,75	99,75	99,72
- über 6 - 12 Monate			0,63	0,42	0,22	0,23	0,26
- über 12 - 24 Monate			0,03	-	0,03	0,02	0,02
- über 24 Monate			-	-	-	-	-
b) seit Verkündung des an- gefochtenen Urteils							
- bis zu 6 Monate			58,45	59,42	62,00	65,57	68,60
- über 6 - 12 Monate			38,07	37,46	34,14	31,40	28,98
- über 12 - 24 Monate			3,48	3,12	3,86	3,03	2,42
- über 24 Monate			-	-	-	-	-

1) für 1965 und 1975 liegen entsprechende Angaben nicht vor

Bei den Strafgerichten erledigte Verfahren nach der Art der Entscheidung

Seite 578

Frage: D. I. (B. I. 6. a)

BUNDESGERICHTSHOF	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERFOLG DER REVISIONEN							
Revisionsverfahren insgesamt	2.374	3.452	3.566	3.653	3.738	4.084	3.957
davon erfolgreich 1)	439	652	655	615	607	694	679
in Prozent	18,5	18,9	18,4	16,8	16,2	17,0	17,2

1) Als erfolgreich wurden die Revisionen gezählt, in denen durch Urteil auf Abänderung oder auf Aufhebung und Zurückverweisung erkannt worden ist. Hierzu wurden weiterhin die Verfahren gezählt, in denen durch Beschluß nach § 349 Abs. 4 StPO ganz oder teilweise auf Aufhebung und Zurückverweisung oder auf Abänderung erkannt worden ist.

Zahl der beim Bundesgerichtshof in Strafsachen tätig gewesenen Richter

Seite 579

Frage: D. I. (B. I. 3. a)

RICHTER								
BUNDESGERICHTSHOF								
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
STRAFGERICHTSBARKEIT								
	32	35	37	36	36	36	36	

Zahl der beim Bundesgerichtshof in Strafsachen tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Seite 580

Frage: D. I. (B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST								
BUNDESGERICHTSHOF								
		1965		1975		1980		1981
								1982
STRAFGERICHTSBARKEIT								1983
								1984
		4		4		5		5
								5

Zahl der beim Bundesgerichtshof in Strafsachen tätig gewesenen Kräfte des
mittleren Dienstes und des Schreibdienstes

Seite 581

Frage: D. I. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENSTETE							
BUNDESGERICHTSHOF							
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
STRAFGERICHTSBARKEIT							
	15	16	20	19	18	17	18

Zahl der anhängigen und der erledigten Verfahren, die jeweils auf einen Richter entfielen

Seite 582

Frage: D. I. (B. I. 4. a)

BUNDESGERICHTSHOF		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Verhältnis Verfahren/Richter								
STRAFSACHEN	a) anhängige Verfahren	95	124	122	127	128	138	133
	b) erledigte Verfahren	87	113	110	117	117	127	123

Zahl der anhängigen und der erledigten Verfahren, die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes
(Rechtspfleger) entfielen

Seite 583

Frage: D. I. (B. I. 4. b)

BUNDESGERICHTSHOF		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Verhältnis Verfahren/gehobenen Dienst								
STRAFSACHEN	a) anhängige Verfahren	757,75	1.088,25	900,60	915,00	921,00	933,60	954,00
	b) erledigte Verfahren	696,00	992,50	816,80	838,80	843,80	917,40	885,20

Zahl der anhängigen und der erledigten Verfahren, die jeweils auf eine Kraft des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 584

Frage: D. I. (B. I. 4. c)

BUNDESGERICHTSHOF		1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Verhältnis Verfahren/sonstiger Dienst								
STRAFSACHEN	a) anhängige Verfahren	202	272	225	241	256	292	265
	b) erledigte Verfahren	186	248	204	221	222	270	246

Vor den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften anhängige Anzeigesachen / Ermittlungsverfahren 1)

Seite 585

Frage: D. II. (B. I. 1.)

STAATS-/AMTSANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Bestand am Jahresanfang	36.997	51.048	48.673	50.784	51.957	55.404	56.166
- Neuzugänge	406.518	525.615	341.125	344.194	355.330	366.194	356.316
- anhängige Verfahren	443.515	576.663	389.798	394.978	407.287	421.598	412.482
Bayern							
- Bestand am Jahresanfang			40.353	40.359	41.727	43.589	43.215
- Neuzugänge	483.522	517.353	417.393	435.056	442.858	452.706	445.728
- anhängige Verfahren			457.746	475.415	484.585	496.295	488.943
Berlin							
- Bestand am Jahresanfang							
- Neuzugänge	181.060	245.067	178.746	174.781	170.311	167.938	164.480
- anhängige Verfahren							
Bremen							
- Bestand am Jahresanfang			5.691	5.749	6.073	6.135	6.103
- Neuzugänge	61.297	88.527	44.548	43.084	44.363	43.222	46.223
- anhängige Verfahren			50.239	48.833	50.436	49.357	52.326
Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang			12.405	9.836	11.720	9.666	12.306
- Neuzugänge	158.180	202.982	114.388	123.964	124.427	124.077	123.208
- anhängige Verfahren			126.793	133.800	136.147	133.743	135.514
Hessen							
- Bestand am Jahresanfang							37.816
- Neuzugänge	359.565	383.885	255.501	243.927	246.342	258.613	248.076
- anhängige Verfahren							285.892
Niedersachsen							
- Bestand am Jahresanfang			29.507	31.832	34.021	37.192	37.558
- Neuzugänge	356.219	497.486	315.544	333.057	341.512	343.728	327.859
- anhängige Verfahren			345.051	364.889	375.533	380.920	365.417
Nordrhein-Westfalen							
- Bestand am Jahresanfang			85.549	95.642	99.466	105.727	106.589
- Neuzugänge	1.020.763	1.285.068	843.584	845.286	875.052	872.141	843.869
- anhängige Verfahren			929.133	940.928	974.518	977.868	941.458
Rheinland-Pfalz							
- Bestand am Jahresanfang			22.918	24.189	23.850	25.901	24.602
- Neuzugänge	219.558	204.413	147.877	156.059	162.598	161.490	156.767
- anhängige Verfahren			170.795	180.248	186.448	187.391	181.369
Saarland	2)						
- Bestand am Jahresanfang	4.343	9.952	7.751	8.013	11.412	11.612	12.735
- Neuzugänge	42.020	60.102	42.736	46.524	44.073	46.925	44.876
- anhängige Verfahren	46.363	70.054	50.487	54.537	55.485	58.537	57.611
Schleswig-Holstein							
- Bestand am Jahresanfang							
- Neuzugänge	154.092	212.160	131.837	141.254	143.438	144.025	143.853
- anhängige Verfahren							
Bundesgebiet							
- Bestand am Jahresanfang							
- Neuzugänge	3.442.794	4.222.658	2.833.279	2.832.146	2.950.304	2.981.059	2.901.255
- anhängige Verfahren							

1) Ab 1980 sind in den Zahlen die UJs-Sachen (Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt) nicht mehr enthalten

2) Stand vom 10. 4. 1965

Vor den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften angefallenen Geschäfte

Seite 586

Frage: D. II. (B. I. 1.)

STAATS-/AMTSANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGER GESCHÄFTSANFALL	1)	2)					
Baden-Württemberg							
- Beschwerden	6.209		908	984	909	1.156	1.170
- Anzeigen gegen unbekannte Täter			279.122	288.133	296.678	303.176	281.546
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			57.346	55.032	61.873	62.489	58.520
- Gnadensachen	17.479	12.196	10.696	9.355	9.297	8.885	8.866
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			749	360	316	401	254
- Zivilsachen	366	2.742	1.018	1.054	2.171	920	1.030
- Rechtshilfesachen	8.777	15.364	12.552	9.123	9.275	10.691	12.668
- Strafvollstreckungen	14.821	22.613	147.115	145.722	143.674	147.651	137.171
Bayern							
- Beschwerden	9.964		2.624	2.985	3.489	3.589	3.632
- Anzeigen gegen unbekannte Täter			270.205	286.376	288.553	285.640	267.590
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			71.169	77.209	77.957	80.938	82.632
- Gnadensachen	7.823	5.614	5.125	4.072	3.535	3.153	3.047
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			337	324	274	369	266
- Zivilsachen	2.855	2.246	1.329	1.436	1.302	1.044	1.035
- Rechtshilfesachen	5.598	7.304	6.116	4.827	6.556	5.905	6.647
- Strafvollstreckungen	14.697	185.119	143.345	144.031	143.265	143.064	141.441
Berlin							
- Beschwerden	2.276						
- Anzeigen gegen unbekannte Täter		119.644	137.391	151.439	152.878	142.608	146.366
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			26.585	27.520	32.148	32.143	30.599
- Gnadensachen	5.991						
- Entschädigungssachen nach dem StrEG							
- Zivilsachen	2.064		1.550	1.309	1.305	1.310	996
- Rechtshilfesachen	2.888	635	858	812	736	706	592
- Strafvollstreckungen	2.239	27.748	35.208	34.343	34.828	39.699	43.769
Bremen							
- Beschwerden	809		14	29	5	9	19
- Anzeigen gegen unbekannte Täter			54.921	59.848	61.718	59.898	58.082
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			8.949	8.883	9.202	9.867	10.249
- Gnadensachen	1.580		527	570	503	200	376
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			20	41	22	29	51
- Zivilsachen	1.228		70	65	67	50	28
- Rechtshilfesachen	430	352	824	1.111	1.028	1.125	1.421
- Strafvollstreckungen	903	22.665	15.840	14.448	16.006	15.144	14.171
Hamburg							
- Beschwerden	2.481		79	60	64	54	42
- Anzeigen gegen unbekannte Täter			127.491	150.287	148.078	160.394	160.084
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			11.304	9.284	10.413	11.767	12.172
- Gnadensachen			1.528	1.538	1.454	1.546	1.404
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			135	165	88	79	27
- Zivilsachen	1.155	927	547	628	662	541	489
- Rechtshilfesachen	1.586	2.052	1.582	1.697	1.779	1.918	1.637
- Strafvollstreckungen	1.376	4.497	24.117	24.666	28.281	30.272	30.662

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Vor den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften angefallenen Geschäfte

Seite 587

Frage: D. II. (B. I. 1.)

STAATS-/AMTSANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGER GESCHAFTSANFALL	1)	2)					
Hessen							
- Beschwerden	3.611						
- Anzeigen gegen unbekannte Täter		106.573	239.060	253.615	266.099	273.834	260.706
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			52.432	45.254	48.280	50.868	49.541
- Gnadensachen	2.477	1.816	1.976	1.866	1.832	1.713	1.757
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			250	206	222	221	237
- Zivilsachen	1.624	273	314	508	574	525	451
- Rechtshilfesachen	3.530	4.196	5.504	4.785	5.149	5.284	5.844
- Strafvollstreckungen	1.573	5.137	11.968	11.196	10.939	14.230	19.921
Niedersachsen							
- Beschwerden	5.178		327	445	1.762	608	665
- Anzeigen gegen unbekannte Täter			272.113	292.646	314.416	318.633	308.255
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			45.286	46.394	49.369	51.320	51.304
- Gnadensachen	5.359	3.231	2.674	2.637	2.675	3.517	4.863
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			341	301	260	248	218
- Zivilsachen	2.403	1.725	1.396	1.249	1.256	1.006	990
- Rechtshilfesachen	2.300		5.644	6.227	6.882	6.575	11.433
- Strafvollstreckungen 3)	3.478	3.649	93.955	96.224	105.399	105.131	103.987
Nordrhein-Westfalen							
- Beschwerden	13.685		849	977	499	910	1.084
- Anzeigen gegen unbekannte Täter			734.637	753.215	816.747	831.050	765.064
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			164.698	145.136	132.958	132.580	133.370
- Gnadensachen	37.159	20.165	8.372	7.384	7.405	21.449	28.477
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			699	746	689	697	289
- Zivilsachen	23.031	9.045	4.979	4.528	4.548	4.367	3.512
- Rechtshilfesachen	16.656	31.154	40.957	41.859	45.591	56.622	70.104
- Strafvollstreckungen	10.210	124.885	283.725	273.740	273.571	275.338	264.727
Rheinland-Pfalz							
- Beschwerden	3.479		559	673	600	830	774
- Anzeigen gegen unbekannte Täter			123.425	123.894	126.601	129.094	119.175
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			23.008	23.491	23.969	24.232	24.342
- Gnadensachen	4.282	3.093	2.900	2.745	2.480	2.997	3.340
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			77	93	67	57	46
- Zivilsachen	884	657	399	352	305	272	234
- Rechtshilfesachen	2.596	1.940	2.313	2.783	2.806	3.216	3.717
- Strafvollstreckungen	1.516	4.080	50.754	52.534	53.477	54.831	54.505
Saarland							
- Beschwerden	646			13	2	1	0
- Anzeigen gegen unbekannte Täter			35.124	36.392	38.516	38.620	35.959
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			9.460	9.988	9.992	9.086	9.582
- Gnadensachen	1.103	458	409	378	422	436	403
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			28	33	21	33	29
- Zivilsachen	3.087	3.609	411	318	254	277	260
- Rechtshilfesachen	1.564	1.679	1.624	1.361	1.395	1.224	1.382
- Strafvollstreckungen	85	8.260	13.500	13.626	13.684	14.204	15.249

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Vor den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften angefallenen Geschäfte

Seite 588

Frage: D. II. (B. I. 1.)

STAATS-/AMTSANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGER GESCHÄFTSANFALL	1)	2)					
Schleswig-Holstein							
- Beschwerden	2.240						
- Anzeigen gegen unbekannte Täter			121.710	140.307	142.853	147.157	135.495
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			19.044	18.008	16.112	17.358	15.121
- Gnadensachen	2.599	1.490	954	932	723	876	1.019
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			126	117	119	117	115
- Zivilsachen	1.225	1.061	775	704	549	434	432
- Rechtshilfesachen	1.568	2.089	2.175	1.683	1.747	1.758	1.462
- Strafvollstreckungen	1.434	4.184	35.434	36.550	37.239	38.497	37.092
Bundesgebiet							
- Beschwerden	50.578						
- Anzeigen gegen unbekannte Täter		226.217	2.395.199	2.536.152	2.653.217	2.690.302	
- Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeiten-							
gesetz / Bußgeldsachen			489.281	466.199	472.273	482.648	477.932
- Gnadensachen							
- Entschädigungssachen nach dem StrEG							
- Zivilsachen	39.922		12.788	12.151	12.993	10.746	9.457
- Rechtshilfesachen	47.493		80.149	76.268	82.944	95.024	116.907
- Strafvollstreckungen	52.332	412.837	854.961	847.080	860.363	878.061	899.787

1) Beschwerden in Strafsachen (ohne die Beschwerden über den Ansatz von Gerichtskosten, Zeugen- und Sachverständigengebühren)

2) ab 1980 werden nur noch die der Erledigung vorangegangenen Beschwerden nach § 172 StPO aufgeführt

3) 1975 ohne Strafvollstreckungen im OLG-Bezirk Celle

Von den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften erledigte Ermittlungsverfahren

Seite 589

Frage: D. II. (B. I. 1.)

STAATS-/AMTSANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGEN							
Baden-Württemberg	395.410	524.323	307.790	312.332	325.608	334.132	331.291
Bayern	509.078	585.093	386.972	397.530	407.392	419.464	410.568
Berlin	174.112	244.880	316.655	326.068	322.923	310.348	310.006
Bremen	60.855	84.036	40.590	39.293	41.087	39.816	41.915
Hamburg	158.292	203.517	105.199	110.793	113.905	112.418	114.598
Hessen	356.964	415.804	499.981	497.606	513.991	528.122	505.849
Niedersachsen	353.828	463.433	296.252	314.687	318.793	325.564	311.505
Nordrhein-Westfalen	1.019.346	1.227.388	764.533	773.923	792.371	802.447	779.375
Rheinland-Pfalz	89.973	209.964	137.185	144.835	146.096	151.977	146.628
Saarland	42.418	58.707	39.415	40.049	40.322	40.493	42.958
Schleswig-Holstein	154.020	203.489	270.737	299.923	298.690	308.320	291.846
Bundesgebiet	3.314.296	4.220.634	3.165.309	3.257.039	3.321.178	3.373.101	3.286.539

Von den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften erledigte Ermittlungsverfahren nach der Art der Erledigung Seite 590
Frage: D. II. (B. I. 2. a)

STAATS-/AMTSANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER ERMITTLUNGSVERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- Anklage	42.730	52.373	52.252	51.814	55.181	52.422	49.929
- Strafbefehl	80.491	76.554	68.498	69.167	69.590	73.913	73.316
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	17.805	20.829	53.367	54.864	59.881	66.618	69.277
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	183.796	281.931	70.613	72.195	72.471	73.509	72.537
- Sonstige Erledigung 1)	70.588	92.636	63.060	64.292	68.485	67.670	66.232
Bayern							
- Anklage	38.129	82.004	56.659	60.576	63.081	62.824	58.141
- Strafbefehl	169.850	104.398	82.417	84.277	84.357	86.556	83.821
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	39.837	25.384	50.026	53.575	56.235	62.221	66.030
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	224.915	337.992	100.946	98.559	100.487	105.532	101.516
- Sonstige Erledigung 1)	37.307	35.315	96.924	100.543	103.232	102.331	101.060
Berlin							
- Anklage	15.874	21.346	13.614	18.271	31.951	31.121	30.356
- Strafbefehl	23.202	15.219	18.702	18.634	20.606	21.192	20.535
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	8.497	10.566	29.836	30.861	18.450	18.840	19.240
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	99.109	175.712	222.010	232.782	226.153	213.359	215.716
- Sonstige Erledigung 1)	27.430	22.037	30.478	25.771	25.763	25.836	24.159
Bremen							
- Anklage	5.071	7.456	6.439	6.579	7.120	6.176	5.596
- Strafbefehl	9.407	8.636	8.501	7.432	8.180	7.493	7.282
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	4.496	4.285	5.774	6.033	6.641	7.235	9.088
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	33.446	52.311	8.722	8.462	8.553	8.136	8.020
- Sonstige Erledigung 1)	8.435	11.348	11.154	10.787	10.593	10.776	11.929
Hamburg							
- Anklage	16.876	21.733	15.195	16.019	17.469	16.966	15.339
- Strafbefehl	12.522	8.191	5.881	6.354	7.032	6.640	7.063
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	11.620	10.066	14.622	16.571	17.590	17.625	20.690
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	86.880	132.654	31.516	33.130	31.892	31.867	32.518
- Sonstige Erledigung 1)	30.394	30.873	37.985	38.719	39.922	39.320	38.988
Hessen							
- Anklage	37.915	56.922	48.490	47.418	47.765	45.028	40.658
- Strafbefehl	89.970	32.627	34.777	33.988	34.135	31.706	34.248
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	14.389	15.079	32.755	36.475	37.704	38.608	40.394
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	162.160	255.666	337.414	342.063	352.521	360.355	345.958
- Sonstige Erledigung 1)	52.530	55.510	46.545	37.662	41.866	52.425	44.591
Niedersachsen							
- Anklage	46.060	68.248	61.358	66.658	68.421	64.776	63.820
- Strafbefehl	60.487	35.540	34.959	35.609	38.310	39.095	37.756
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	20.141	14.191	39.594	44.309	45.100	48.309	54.477
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	197.805	310.018	96.936	100.754	102.313	106.055	91.347
- Sonstige Erledigung 1)	29.335	35.436	63.405	67.357	64.649	67.329	64.105

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Von den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften erledigte Ermittlungsverfahren nach der Art der Erledigung Seite 591
Frage: D. II. (B. I. 2. a)

STAATS-/AMTSANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER ERMITTLUNGSVERFAHREN							
Nordrhein-Westfalen							
- Anklage	111.953	157.967	180.273	169.180	168.990	164.019	149.392
- Strafbefehl	160.263	109.858	101.965	108.393	115.640	118.415	115.913
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	48.407	39.139	67.369	79.906	94.770	106.272	116.455
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	578.681	781.460	270.224	266.369	265.917	270.410	265.833
- Sonstige Erledigung 1)	120.042	138.964	144.702	150.075	147.054	143.331	177.061
Rheinland-Pfalz 2)							
- Anklage	15.598	20.702	23.408	24.565	25.836	27.597	25.884
- Strafbefehl	7.850	26.408	26.670	26.766	26.339	27.771	27.672
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	4.333	7.675	17.294	21.110	21.063	22.782	22.335
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	42.154	126.977	35.706	37.402	38.675	39.109	37.401
- Sonstige Erledigung 1)	20.038	28.202	34.107	34.992	34.183	34.718	33.336
Saarland							
- Anklage	5.712	6.164	7.452	7.584	8.137	7.815	8.198
- Strafbefehl	7.116	5.604	6.284	6.195	6.680	6.598	6.915
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	5.061	3.939	6.038	6.675	6.894	7.300	7.710
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	20.804	39.561	10.413	10.153	9.466	9.908	11.131
- Sonstige Erledigung 1)	3.725	3.439	9.228	9.442	9.145	8.872	9.004
Schleswig-Holstein							
- Anklage	18.092	18.887	20.536	21.566	21.752	21.988	21.106
- Strafbefehl	20.699	18.168	19.127	20.113	18.917	19.714	18.614
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	9.676	7.659	11.143	12.198	11.688	15.132	17.494
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	92.776	143.068	187.883	212.452	214.784	216.865	202.597
- Sonstige Erledigung 1)	12.777	15.707	32.048	33.594	31.549	34.621	32.035
Bundesgebiet							
- Anklage	354.050	513.802	501.913	502.569	515.703	500.732	468.419
- Strafbefehl	640.857	441.203	407.781	416.928	429.786	439.093	433.135
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO	184.262	158.812	295.151	349.987	376.016	410.942	443.190
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO	1.722.526	2.637.350	1.372.383	1.414.321	1.423.232	1.435.105	1.384.574
- Sonstige Erledigung 1)	412.601	469.467	586.081	573.234	576.441	587.259	602.500

1) durch Tod, Schuldunfähigkeit u.a.

2) 1965 ohne Amtsanwaltschaftssachen

Von den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften erledigte Ermittlungsverfahren nach der Dauer (in Prozent) Seite 592
Frage: D. II. (B. I. 2. a)

STAATS-/AMTSANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DER ERMITTLUNGSVERFAHREN							
Baden-Württemberg							
- bis zu 6 Monate			95.3	95.3	95.8	95.4	95.6
- über 6 bis 12 Monate			3.9	3.9	3.6	4.1	3.9
- über 12 bis 24 Monate			0.7	0.7	0.5	0.4	0.4
- mehr als 24 Monate			0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Bayern							
- bis zu 6 Monate			98.3	98.3	98.0	98.1	98.1
- über 6 bis 12 Monate			1.4	1.4	1.6	1.5	1.5
- über 12 bis 24 Monate			0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
- mehr als 24 Monate			0.0	0.0	0.1	0.1	0.1
Berlin							
- bis zu 6 Monate							
- über 6 bis 12 Monate							
- über 12 bis 24 Monate							
- mehr als 24 Monate							
Bremen							
- bis zu 6 Monate			94.6	94.8	95.0	94.9	95.2
- über 6 bis 12 Monate			4.2	4.1	4.0	3.9	3.8
- über 12 bis 24 Monate			0.9	0.8	0.8	1.0	0.8
- mehr als 24 Monate			0.3	0.3	0.2	0.2	0.2
Hamburg							
- bis zu 6 Monate			96.1	96.0	96.0	96.8	96.4
- über 6 bis 12 Monate			2.9	3.1	3.1	2.5	2.7
- über 12 bis 24 Monate			0.7	0.7	0.8	0.6	0.7
- mehr als 24 Monate			0.3	0.2	0.1	0.1	0.2
Hessen							
- bis zu 6 Monate							
- über 6 bis 12 Monate							
- über 12 bis 24 Monate							
- mehr als 24 Monate							
Niedersachsen							
- bis zu 6 Monate			97.4	97.4	97.2	97.1	96.9
- über 6 bis 12 Monate			2.2	2.2	2.4	2.5	2.6
- über 12 bis 24 Monate			0.3	0.3	0.3	0.3	0.4
- mehr als 24 Monate			0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Nordrhein-Westfalen							
- bis zu 6 Monate			95.9	95.6	95.9	96.0	96.0
- über 6 bis 12 Monate			3.0	3.2	3.1	2.9	2.9
- über 12 bis 24 Monate			0.8	0.9	0.7	0.7	0.6
- mehr als 24 Monate			0.3	0.3	0.3	0.4	0.5
Rheinland-Pfalz							
- bis zu 6 Monate			95.2	94.2	94.5	95.1	95.3
- über 6 bis 12 Monate			3.6	4.0	3.5	3.4	3.5
- über 12 bis 24 Monate			1.0	1.5	1.5	1.0	0.9
- mehr als 24 Monate			0.2	0.3	0.5	0.5	0.3
Saarland							
- bis zu 6 Monate			92.9	92.1	89.7	89.8	88.0
- über 6 bis 12 Monate			5.5	6.0	7.9	7.8	8.0
- über 12 bis 24 Monate			1.5	1.7	2.2	2.2	2.8
- mehr als 24 Monate			0.1	0.2	0.2	0.2	1.2

Von den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften erledigte Ermittlungsverfahren nach der Dauer (in Prozent) Seite 593
Frage: D. II. (B. I. 2. a)

STAATS-/AMTSANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
DAUER DER ERMITTLUNGSVERFAHREN							
Schleswig-Holstein							
- bis zu 6 Monate							
- über 6 bis 12 Monate							
- über 12 bis 24 Monate							
- mehr als 24 Monate							
Bundesgebiet							
- bis zu 6 Monate							
- über 6 bis 12 Monate							
- über 12 bis 24 Monate							
- mehr als 24 Monate							

Zahl der bei den Staats- und Anwaltschaften bei den Landgerichten in Rechtssachen 1)
tätig gewesenen Staatsanwälte

Seite 594

Frage: D. II. (B. I. 3. b)

STAATSANWÄLTE LANDGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSSACHEN							
Baden-Württemberg	2)	341	359	362	363	360	362
Bayern	334	415	441	447	452	446	449
Berlin	103	136	148	158	158	160	160
Bremen	24	44	47	47	46	48	48
Hamburg	109	133	144	148	139	137	144
Hessen	177	255	269	276	284	284	284
Niedersachsen	239	288	316	328	337	326	327
Nordrhein-Westfalen	586	693	778	800	793	794	782
Rheinland-Pfalz	118	133	147	152	158	160	159
Saarland	38	43	43	45	46	43	46
Schleswig-Holstein	100	155	129	131	131	134	134
Bundesgebiet		2.596	2.821	2.894	2.907	2.892	2.895

1) also ohne die Tätigkeit in Verwaltungs-, Ausbildungs- und Personalvertretungsangelegenheiten, aber einschl. der Strafvollstreckungssachen

2) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das Jahr 1965 nicht vor

Zahl der bei den Staats- und Amtsanwaltschaften bei den Landgerichten in Rechtssachen 1)
tätig gewesenen Amtsanwälte

Seite 595

Frage: D. II. (B. I. 3. a)

AMTSANWÄLTE LANDGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSSACHEN							
Baden-Württemberg	2)	61	62	62	62	62	66
Bayern	5	34	30	30	31	28	28
Berlin	52	57	70	72	72	71	69
Bremen	12	16	16	16	16	15	15
Hamburg	14	20	22	22	20	20	22
Hessen	88	95	96	92	97	96	94
Niedersachsen	38	79	92	99	106	106	103
Nordrhein-Westfalen	228	302	323	336	340	338	334
Rheinland-Pfalz	42	50	49	49	51	55	52
Saarland	5	4	4	6	7	6	6
Schleswig-Holstein	15	35	45	49	49	49	42
Bundesgebiet		753	809	833	851	846	831

1) also ohne die Tätigkeit in Verwaltungs-, Ausbildungs- und Personalvertretungsangelegenheiten

2) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das Jahr 1965 nicht vor

Zahl der bei den Staats- und Anwaltschaften bei den Landgerichten in
Rechtssachen 1) tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Seite 596

Frage: D. II. (B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST LANDGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSSACHEN							
Baden-Württemberg	2)	87	153	158	153	150	149
Bayern	81	170	157	156	152	149	147
Berlin	26	58	42	46	49	50	48
Bremen	9	16	19	20	20	18	18
Hamburg	29	22	38	38	32	30	31
Hessen	27	41	68	69	71	68	69
Niedersachsen	66	89	129	130	129	127	121
Nordrhein-Westfalen	168	265	358	375	388	406	414
Rheinland-Pfalz	30	24	43	44	44	42	46
Saarland	8	14	13	14	15	15	14
Schleswig-Holstein	23	30	42	36	33	31	34
Bundesgebiet		816	1.062	1.086	1.086	1.086	1.091

1) also ohne die Tätigkeit in Verwaltungs-, Ausbildungs- und Personalver-
tretungsangelegenheiten, aber einschl. der Strafvollstreckungssachen

2) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das
Jahr 1965 nicht vor

Zahl der bei den Staats- und Anwaltschaften bei den Landgerichten in
Rechtssachen 1) tätig gewesenen Kräfte des mittleren und des Schreibdienstes

Seite 597

Frage: D. II. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENSTETE LANDGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSSACHEN	2)	2)					
Baden-Württemberg			567	557	548	548	546
Bayern			729	749	758	769	766
Berlin			295	312	328	322	314
Bremen			119	117	114	114	107
Hamburg			249	256	213	227	230
Hessen			555	568	573	592	560
Niedersachsen			654	670	670	681	665
Nordrhein-Westfalen			1.793	1.842	1.866	1.871	1.845
Rheinland-Pfalz			298	301	301	304	303
Saarland			76	75	76	80	83
Schleswig-Holstein			248	249	248	252	256
Bundesgebiet			5.583	5.696	5.695	5.760	5.675

1) also ohne die Tätigkeit in Verwaltungs-, Ausbildungs- und Personalver-
tretungsangelegenheiten, aber einschl. der Strafvollstreckungssachen

2) die Personalverwendung des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes
wurde bis 1975 nicht statistisch erfaßt

Zahl der erledigten Verfahren, die jeweils auf einen Staatsanwalt oder Amtsanwalt entfielen

Seite 598

Frage: D. II. (B. I. 4. a)

Verhältnis Verfahren / Staats- und Amtsanwälte	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- erledigte Verfahren	1)	1.304,3	731,1	736,6	766,1	791,8	774,0
Bayern							
- erledigte Verfahren	1.501,7	1.303,1	821,6	833,4	843,4	884,9	860,7
Berlin							
- erledigte Verfahren	1.123,3	1.268,8	1.452,5	1.417,7	1.404,0	1.344,9	1.353,7
Bremen							
- erledigte Verfahren	1.690,4	1.400,6	644,3	623,7	662,7	632,0	665,3
Hamburg							
- erledigte Verfahren	1.286,9	1.330,2	633,7	651,7	716,4	716,0	690,3
Hessen							
- erledigte Verfahren	1.868,9	1.188,0	1.369,8	1.352,2	1.549,1	1.389,8	1.338,2
Niedersachsen							
- erledigte Verfahren	1.277,4	1.262,8	726,1	737,0	719,6	753,6	724,4
Nordrhein-Westfalen							
- erledigte Verfahren	1.252,3	1.233,6	694,4	681,3	699,3	708,9	698,3
Rheinland-Pfalz							
- erledigte Verfahren	562,3	1.147,3	699,9	720,6	699,0	706,8	694,9
Saarland							
- erledigte Verfahren	986,5	1.249,1	804,4	785,3	760,8	826,4	826,1
Schleswig-Holstein							
- erledigte Verfahren	1.339,3	1.071,0	1.555,9	1.666,2	1.649,4	1.684,8	1.658,2
Bundesgebiet							
- erledigte Verfahren	1)	1.260,3	872,0	873,9	883,8	902,5	882,1

1) Angaben zur Personalverwendung für Baden-Württemberg liegen nicht vor

Zahl der erledigten Verfahren, die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes (Rechtspfleger) entfielen Seite 599
Frage: D. II. (B. I. 4. b)

Verhältnis Verfahren / gehobener Dienst	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- erledigte Verfahren	1)	6.026,7	2.011,7	1.976,8	2.128,2	2.227,5	2.223,4
Bayern							
- erledigte Verfahren	6.284,9	3.441,7	2.464,8	2.548,3	2.680,2	2.815,2	2.793,0
Berlin							
- erledigte Verfahren	6.696,6	4.222,1	7.539,4	7.088,4	6.590,2	6.213,4	6.458,5
Bremen							
- erledigte Verfahren	6.761,7	5.252,2	2.136,3	1.964,6	2.054,3	2.212,0	2.328,6
Hamburg							
- erledigte Verfahren	5.458,3	9.250,7	2.768,4	2.915,6	3.559,5	3.626,4	3.696,7
Hessen							
- erledigte Verfahren	13.220,9	10.141,5	7.352,7	7.211,7	7.239,3	7.766,5	7.331,1
Niedersachsen							
- erledigte Verfahren	5.361,0	5.207,1	2.296,5	2.420,7	2.471,3	2.563,5	2.574,4
Nordrhein-Westfalen							
- erledigte Verfahren	6.067,5	4.631,6	2.135,6	2.063,8	2.042,2	1.976,5	1.882,5
Rheinland-Pfalz							
- erledigte Verfahren	2.999,1	8.748,5	3.190,3	3.291,7	3.320,4	3.618,5	3.187,6
Saarland							
- erledigte Verfahren	5.302,2	4.193,3	3.031,9	2.860,6	2.688,1	2.699,5	3.068,4
Schleswig-Holstein							
- erledigte Verfahren	6.696,5	6.782,9	6.446,1	8.331,2	9.051,2	9.945,8	8.583,7
Bundesgebiet							
- erledigte Verfahren	1)	5.153,4	2.980,5	2.999,1	3.058,2	3.106,3	3.012,5

1) Angaben zur Personalverwendung für Baden-Württemberg liegen nicht vor

Zahl der erledigten Verfahren, die jeweils auf einen Beamten des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 600
Frage: D. II. (B. I. 4. c)

Verhältnis Verfahren / sonstiger Dienst	1965 1)	1975 1)	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- erledigte Verfahren			542,8	560,7	594,2	609,7	606,7
Bayern							
- erledigte Verfahren			530,8	530,7	537,5	545,5	536,0
Berlin							
- erledigte Verfahren			1.073,4	1.045,1	984,5	964,8	987,3
Bremen							
- erledigte Verfahren			341,1	335,8	360,4	349,3	391,7
Hamburg							
- erledigte Verfahren			422,5	432,8	534,7	495,2	498,2
Hessen							
- erledigte Verfahren			900,9	876,1	879,0	892,1	903,3
Niedersachsen							
- erledigte Verfahren			453,0	469,7	742,7	478,1	468,4
Nordrhein-Westfalen							
- erledigte Verfahren			426,4	420,1	424,6	428,9	422,4
Rheinland-Pfalz							
- erledigte Verfahren			460,3	481,2	485,4	499,9	483,9
Saarland							
- erledigte Verfahren			518,6	527,0	530,5	506,1	517,6
Schleswig-Holstein							
- erledigte Verfahren			1.091,7	1.204,5	1.204,4	1.223,5	1.140,0
Bundesgebiet							
- erledigte Verfahren			566,9	571,8	583,2	585,7	579,1

1) Die Personalverwendung des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes wurde bis 1975 nicht statistisch erfaßt.

Vor den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten anhängige Ermittlungsverfahren

Seite 601

Frage: D. II. (B. I. 1.)

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT ANHÄNGIGE ERMITTLUNGSVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- Bestand am Jahresanfang	26	6		37	32	16	17
- Neuzugänge	34	33		220	80	77	70
- anhängige Verfahren	60	39		257	112	93	87
Bayern							
- Bestand am Jahresanfang				27	33	23	28
- Neuzugänge				87	54	72	92
- anhängige Verfahren				114	87	95	120
Berlin							
- Bestand am Jahresanfang							
- Neuzugänge	260	110	222	181	213	182	126
- anhängige Verfahren							
Bremen							
- Bestand am Jahresanfang				10	25	22	26
- Neuzugänge				64	69	86	54
- anhängige Verfahren				74	94	108	80
Hamburg							
- Bestand am Jahresanfang				15	16	14	3
- Neuzugänge				31	27	14	11
- anhängige Verfahren				46	43	28	14
Hessen							
- Bestand am Jahresanfang							
- Neuzugänge							
- anhängige Verfahren							
Niedersachsen							
- Bestand am Jahresanfang				17	16	11	10
- Neuzugänge				42	34	37	23
- anhängige Verfahren				59	50	48	33
Nordrhein-Westfalen							
- Bestand am Jahresanfang			90	87	95	73	48
- Neuzugänge			163	220	178	123	126
- anhängige Verfahren			253	307	273	196	174
Rheinland-Pfalz	1)	1)					
- Bestand am Jahresanfang				31	48	24	11
- Neuzugänge	24	19		89	101	60	44
- anhängige Verfahren				120	149	84	55
Saarland	2)						
- Bestand am Jahresanfang	6	35		19	11	6	14
- Neuzugänge		71		166	88	139	159
- anhängige Verfahren		106		185	99	145	173
Schleswig-Holstein							
- Bestand am Jahresanfang							
- Neuzugänge							
- anhängige Verfahren							
Bundesgebiet							
- Bestand am Jahresanfang							
- Neuzugänge							
- anhängige Verfahren							

1) vom GBA übernommene Verfahren

2) Stand vom 10. 4. 1965

Vor den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten angefallene Geschäfte

Seite 602

Frage: D. II. (B. I. 1.)

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT SONSTIGER GESCHÄFTSANFALL	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- Revisionen	1.353		1.201	1.168	1.016	1.003	969
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	3.546	2.958	5.012	4.874	4.925	5.123	4.952
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			32	25	46	24	27
- sonstige Verfahren 1)	3.037	3.833	1.624	1.903	2.098	2.130	2.320
Bayern							
- Revisionen	1.828		2.014	1.890	1.803	1.646	1.724
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	6.991	6.699	8.707	8.835	9.026	9.027	8.930
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			239	236	258	350	269
- sonstige Verfahren 1)	8.192	6.914	4.921	5.186	4.922	4.756	4.708
Berlin							
- Revisionen	380	426					
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	1.745	1.099	1.936	2.115	2.148	2.081	1.921
- Entschädigungssachen nach dem StrEG							
- sonstige Verfahren 1)	4.881	5.228	4.547	5.118	4.912	4.747	4.948
Bremen							
- Revisionen	104	68	98	80	60	58	62
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	651	596	810	725	764	699	717
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			17	38	18	33	45
- sonstige Verfahren 1)	1.093	1.473	127	146	134	149	121
Hamburg							
- Revisionen	351	764	476	431	413	475	442
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	1.744	1.673	1.578	1.746	1.450	1.694	1.642
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			236	331	256	239	252
- sonstige Verfahren 1)	990	1.501	1.144	1.119	1.034	1.015	1.454
Hessen							
- Revisionen	1.155	1.338					
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	4.227	3.791	3.660	3.653	3.771	3.830	3.762
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			253	218	222	227	239
- sonstige Verfahren 1)	2.027	903	1.825	1.816	2.024	2.004	2.164
Niedersachsen							
- Revisionen	1.552		1.087	1.079	1.039	1.102	1.013
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	5.167	3.643	5.625	5.684	5.947	6.007	6.179
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			221	230	226	211	226
- sonstige Verfahren 1)	2.717	2.634	1.603	1.870	1.830	1.706	1.932
Nordrhein-Westfalen							
- Revisionen	3.097		2.366	2.127	2.086	2.021	1.889
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	11.330	9.691	15.949	13.631	13.275	13.545	13.303
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			878	687	671	655	650
- sonstige Verfahren 1)	11.058	9.692	4.439	4.926	5.486	5.719	5.882
Rheinland-Pfalz							
- Revisionen	788		560	505	492	513	464
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	2.146	1.408	3.120	3.049	3.078	3.268	3.256
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			102	75	71	64	52
- sonstige Verfahren 1)	1.944	1.680	1.620	1.518	1.393	1.593	1.472
Saarland							
- Revisionen	99	66	94	96	99	110	139
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	712	693	775	764	704	723	757
- Entschädigungssachen nach dem StrEG							
- sonstige Verfahren 1)	481	333	188	277	311	332	323

Vor den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten angefallene Geschäfte

Seite 603

Frage: D. II. (B. I. 1.)

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT SONSTIGER GESCHÄFTSANFALL	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Schleswig-Holstein							
- Revisionen	570						
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	1.377		1.573	1.378	1.536	1.625	
- Entschädigungssachen nach dem StrEG			120	100	94	100	
- sonstige Verfahren 1)	1.046		534	623	606	501	
Bundesgebiet							
- Revisionen	11.277						
- Beschwerden, Rechtsbeschwerden	39.636		48.745	46.454	46.624	47.622	
- Entschädigungssachen nach dem StrEG							
- sonstige Verfahren 1)	37.466		22.572	24.502	24.750	24.652	

1) Haftprüfungsverfahren, Aus- und Durchlieferungsverfahren, Verfahren nach der BRAD u.a.

Von den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten erledigte Ermittlungsverfahren

Seite 604

Frage: D. II. (B. I. 1.)

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT ERLEDIGUNGEN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	35	26	110	189	95	73	81
Bayern			67	78	63	61	89
Berlin							
Bremen			25	44	68	55	46
Hamburg			39	30	29	25	8
Hessen							
Niedersachsen			47	41	38	38	26
Nordrhein-Westfalen			166	210	191	146	89
Rheinland-Pfalz			75	70	91	56	42
Saarland			56	165	85	111	120
Schleswig-Holstein							
Bundesgebiet							

Von den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten erledigte Ermittlungsverfahren
nach der Art der Erledigung

Seite 605
Frage: D. II. (B. I. 2. a)

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT ART DER ERLEDIGUNG DER ERMITTLUNGSVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- Anklage			11	13	8	2	5
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO			6	7	4	3	1
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO			66	91	53	33	55
- Sonstige Erledigung			27	78	30	35	20
Bayern							
- Anklage			2	5	4	4	9
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO			2	2	2	5	4
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO			59	65	44	47	69
- Sonstige Erledigung			4	6	13	5	7
Berlin							
- Anklage							
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO							
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO							
- Sonstige Erledigung							
Bremen							
- Anklage			0	4	10	2	1
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO			3	4	2	6	1
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO			19	31	49	44	40
- Sonstige Erledigung			3	5	7	3	4
Hamburg							
- Anklage			3	3	3	3	0
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO			3	1	1	1	1
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO			30	22	20	17	7
- Sonstige Erledigung			3	4	5	4	0
Hessen							
- Anklage							
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO							
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO							
- Sonstige Erledigung							
Niedersachsen							
- Anklage			5	2	0	3	2
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO			1	6	3	1	2
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO			35	29	30	32	21
- Sonstige Erledigung			6	4	5	2	1
Nordrhein-Westfalen							
- Anklage			5	10	11	6	4
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO			1	4	6	2	3
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO			148	163	165	133	78
- Sonstige Erledigung			12	33	9	5	4

Von den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten erledigte Ermittlungsverfahren
nach der Art der Erledigung

Seite 606
Frage: D. II. (B. I. 2. a)

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT ART DER ERLEDIGUNG DER ERMITTLUNGSVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Rheinland-Pfalz							
- Anklage			1	4	3	5	1
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO			2	4	0	0	0
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO			67	52	68	40	32
- Sonstige Erledigung			5	10	20	11	9
Saarland							
- Anklage			0	0	0	0	2
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO			0	0	0	1	1
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO			54	163	83	108	116
- Sonstige Erledigung			2	2	2	2	1
Schleswig-Holstein							
- Anklage							
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO							
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO							
- Sonstige Erledigung							
Bundesgebiet							
- Anklage							
- Einstellung gem. §§ 153 ff. StPO							
- Zurückverweisung oder Einstellung gem. § 170 Abs 2 StPO							
- Sonstige Erledigung							

Von den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten erledigte Ermittlungsverfahren nach der Dauer (in Prozent) Seite 607
Frage: D. II. (B. I. 2. a)

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT DAUER DER ERMITTLUNGSVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- bis zu 6 Monate			67.1	85.4	74.4	87.9	79.7
- über 6 bis 12 Monate			23.9	12.3	20.7	9.1	15.3
- über 12 bis 24 Monate			7.9	2.3	2.5	1.5	3.4
- mehr als 24 Monate			1.1	0.0	2.4	1.5	1.6
Bayern							
- bis zu 6 Monate			85.1	73.1	60.3	72.1	74.2
- über 6 bis 12 Monate			13.4	23.1	30.2	18.0	19.1
- über 12 bis 24 Monate			1.5	3.8	7.9	9.9	6.7
- mehr als 24 Monate			0.0	0.0	1.6	0.0	0.0
Berlin							
- bis zu 6 Monate							
- über 6 bis 12 Monate							
- über 12 bis 24 Monate							
- mehr als 24 Monate							
Bremen							
- bis zu 6 Monate							
- über 6 bis 12 Monate							
- über 12 bis 24 Monate							
- mehr als 24 Monate							
Hamburg							
- bis zu 6 Monate			74.4	80.0	79.3	44.0	50.0
- über 6 bis 12 Monate			10.3	10.0	13.8	32.0	37.5
- über 12 bis 24 Monate			10.2	6.7	6.9	16.0	12.5
- mehr als 24 Monate			5.1	3.3	0.0	8.0	0.0
Hessen							
- bis zu 6 Monate							
- über 6 bis 12 Monate							
- über 12 bis 24 Monate							
- mehr als 24 Monate							
Niedersachsen							
- bis zu 6 Monate			88.1	80.0	71.1	86.5	65.4
- über 6 bis 12 Monate			7.1	15.0	18.4	5.4	19.2
- über 12 bis 24 Monate			4.8	2.5	5.2	8.1	15.4
- mehr als 24 Monate			0.0	2.5	5.3	0.0	0.0
Nordrhein-Westfalen							
- bis zu 6 Monate			66.7	63.8	54.7	56.8	44.3
- über 6 bis 12 Monate			19.0	18.9	29.8	23.7	42.6
- über 12 bis 24 Monate			11.6	11.7	11.3	17.0	8.2
- mehr als 24 Monate			2.7	5.6	4.2	2.5	4.9
Rheinland-Pfalz							
- bis zu 6 Monate			46.0	60.0	69.4	53.7	69.6
- über 6 bis 12 Monate			32.4	20.0	22.5	26.8	17.4
- über 12 bis 24 Monate			18.9	8.0	8.1	14.6	8.7
- mehr als 24 Monate			2.7	12.0	0.0	4.9	4.3
Saarland							
- bis zu 6 Monate							
- über 6 bis 12 Monate							
- über 12 bis 24 Monate							
- mehr als 24 Monate							

Von den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten erledigte Ermittlungsverfahren nach der Dauer (in Prozent) Seite 608
Frage: D. II. (B. I. 2. a)

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT DAUER DER ERMITTLUNGSVERFAHREN	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Schleswig-Holstein							
- bis zu 6 Monate							
- über 6 bis 12 Monate							
- über 12 bis 24 Monate							
- mehr als 24 Monate							
Bundesgebiet							
- bis zu 6 Monate							
- über 6 bis 12 Monate							
- über 12 bis 24 Monate							
- mehr als 24 Monate							

Zahl der bei den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten und bei dem Bayer. Obersten Landesgericht in Rechtssachen 1) tätig gewesenen Staatsanwälte

Seite 609

Frage: D. II. (B. I. 3. a)

STAATSANWÄLTE OBERLANDESGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
RECHTSSACHEN							
Baden-Württemberg	2)	15,5	11,0	11,0	15,7	15,2	15,2
Bayern	19,7	18,8	22,6	22,5	29,8	29,8	30,1
Berlin	24,0	13,0	17,4	16,8	19,7	21,5	21,4
Bremen	3,0	3,0	2,2	2,7	3,0	3,0	3,0
Hamburg	8,5	8,5	5,2	5,3	7,8	7,3	7,1
Hessen	18,8	24	12,9	12,5	16,8	16,9	16,6
Niedersachsen	17,2	18,3	21,1	21,1	19,9	19,9	21,0
Nordrhein-Westfalen	43	52,6	49,3	51,4	57,4	54,5	53,5
Rheinland-Pfalz	8,3	9,0	8,9	9,9	10,8	11,8	12,2
Saarland	3,3	4,0	3,3	4,0	3,8	4,0	4,0
Schleswig-Holstein	7	6,5	5,2	4,8	7,8	7,6	7,4
Bundesgebiet		173,2	159,1	162	192,5	191,5	191,5

1) also ohne die Tätigkeit in Verwaltungs-, Ausbildungs- und Personalvertretungsangelegenheiten

2) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das Jahr 1965 nicht vor

Zahl der bei den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten in Rechts-
sachen 1) tätig gewesenen Rechtspfleger (Beamte des gehobenen Dienstes)

Seite 610

Frage: D. II. (B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	2)	0,8	0	0	0,3	0,3	0,3
Bayern	1,4	3)	1,3	1,3	1,6	1,6	1,6
Berlin	2	1,5	1,8	1,8	1,6	1,8	1,8
Bremen	1	1	1	1	1	1	1
Hamburg	8	1	0	0,2	0,2	0,2	0,2
Hessen	5,5	0,5	0	0	0	0	0
Niedersachsen	1,8	1,3	1,3	1,3	1,3	1,1	1,0
Nordrhein-Westfalen	10	4	2,3	2,3	2	2,1	2,1
Rheinland-Pfalz	14	0,1	0	0	0	0	0
Saarland	3,3	1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Schleswig-Holstein	3,9	0,8	1	0,8	0,8	0,8	0,8
Bundesgebiet			9	9	9,1	9,2	9,1

- 1) also ohne die Tätigkeit in Verwaltungs-, Ausbildungs- und Personalvertretungsangelegenheiten
- 2) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das Jahr 1965 nicht vor
- 3) in der Geschäftsübersicht fehlen insoweit Angaben

Zahl der bei den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten in Rechtssachen 1)
tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes

Seite 611

Frage: D. II. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENSTETE STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg	2)	2)	8,5	8,9	10,4	9,5	8,6
Bayern			28,5	29,2	29,7	29,4	28,4
Berlin			12,9	13,1	21	20,6	17,7
Bremen			3,3	3,3	3,3	2,7	3,1
Hamburg			5,5	5,4	5,4	5,5	5,5
Hessen			9,4	9,2	12,1	12,5	11,5
Niedersachsen			16	16,8	15,8	16,4	16,1
Nordrhein-Westfalen			40,8	41,7	41,4	36,5	35,9
Rheinland-Pfalz			7,7	7,7	8	8,4	8,5
Saarland			2,8	2,5	3	2,8	3,0
Schleswig-Holstein			6,8	6,2	6	6,3	6,5
Bundesgebiet			142,2	144	156,1	150,6	144,8

1) also ohne die Tätigkeit in Verwaltungs-, Ausbildungs- und Personalvertretungsangelegenheiten

2) die Personalverwendung des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes wurde bis 1975 nicht statistisch erfaßt

Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren die jeweils auf einen Staatsanwalt entfielen

Seite 612

Frage: D. II. (B. I. 4. a)

Staatsanwaltschaften bei dem Oberlandesgericht/ Verhältnis Verfahren/Staatsanwälte	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren		2.5		23.4	7.1	6.1	5.7
- erledigte Verfahren		1.7	10.0	17.2	6.0	4.8	5.3
Bayern							
- anhängige Verfahren				5.1	2.9	3.2	2.9
- erledigte Verfahren			3.0	3.5	2.1	2.0	3.0
Berlin							
- anhängige Verfahren							
- erledigte Verfahren							
Bremen							
- anhängige Verfahren				27.4	31.3	36.0	26.7
- erledigte Verfahren			11.4	16.3	22.7	18.3	15.3
Hamburg							
- anhängige Verfahren				8.7	5.5	3.8	2.0
- erledigte Verfahren			7.5	5.7	3.7	3.4	1.1
Hessen							
- anhängige Verfahren							
- erledigte Verfahren							
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren				2.8	2.5	2.4	1.6
- erledigte Verfahren			2.2	1.9	1.9	1.9	1.2
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren			5.1	6.0	4.8	3.6	3.2
- erledigte Verfahren			3.4	4.1	3.3	2.7	1.7
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren				12.1	13.8	7.1	4.5
- erledigte Verfahren			9.0	7.8	8.4	4.7	3.4
Saarland							
- anhängige Verfahren		26.5		46.3	26.0	36.2	43.2
- erledigte Verfahren			17.0	41.2	22.4	27.7	30.0
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren							
- erledigte Verfahren							
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren							
- erledigte Verfahren							

Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren die jeweils auf einen Beamten des gehobenen Dienstes
(Rechtspfleger) entfielen

Seite 613

Frage: D. II. (B. I. 4. b)

Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Verhältnis Verfahren/gehobener Dienst	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		48.7			373.3	310.0	290.0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst		93.7			316.7	243.3	270.0
Bayern							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst				87.7	54.4	59.4	75.0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			51.5	60.0	39.4	38.1	55.6
Berlin							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst							
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst							
Bremen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst				74.0	94.0	108.0	80.0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			25.0	44.0	68.0	55.0	46.0
Hamburg							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst				230.0	215.0	140.0	70.0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst				195.0	150.0	145.0	40.0
Hessen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst							
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst							
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst				45.4	38.5	43.6	33.0
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			36.1	31.5	29.2	34.5	26.0
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst			110.0	133.5	136.5	93.3	82.9
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			72.2	91.3	95.5	69.5	42.4
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst							
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst							
Saarland							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst		106.0		616.7	330.0	483.3	576.7
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst			186.7	550.0	283.3	370.0	400.0
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst							
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst							
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / gehobener Dienst							
- erledigte Verfahren / gehobener Dienst							

Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren die jeweils auf einen Beamten des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes entfielen

Seite 614

Frage: D. II. (B. I. 4. c)

Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Verhältnis Verfahren/sonstige Bedienstete	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
Baden-Württemberg							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst				28.9	10.8	9.8	10.1
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst				12.9	21.2	9.1	9.4
Bayern							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst				3.9	2.9	3.3	4.2
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst				2.4	2.1	2.1	3.1
Berlin							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst							
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst							
Bremen							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst				22.4	28.5	34.8	25.8
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst				13.3	20.6	20.4	14.8
Hamburg							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst				8.5	8.0	5.1	2.5
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst				5.5	5.4	4.5	1.5
Hessen							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst							
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst							
Niedersachsen							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst				3.5	3.2	2.9	2.0
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst				2.4	2.4	2.3	1.6
Nordrhein-Westfalen							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst			6.2	7.3	6.6	5.4	4.8
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst			4.1	5.0	4.6	4.0	2.5
Rheinland-Pfalz							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst				15.6	18.6	10.0	6.5
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst				9.1	11.4	6.7	4.9
Saarland							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst				48.0	33.0	51.8	57.7
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst				66.0	28.3	39.6	40.0
Schleswig-Holstein							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst							
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst							
Bundesgebiet							
- anhängige Verfahren / sonstiger Dienst							
- erledigte Verfahren / sonstiger Dienst							

Vor der Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof anhängige Verfahren

Seite 615

Frage: D. II. (B. I. 1.)

BUNDEANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ANHÄNGIGE VERFAHREN							
- Ermittlungsverfahren							
- Bestand am Jahresanfang	646	436	425	350	352	346	332
- Neuzugänge	1.857	801	1.084	1.349	1.184	947	773
- anhängige Verfahren	2.503	1.237	1.509	1.699	1.536	1.293	1.105
- Revisionsverfahren							
- Bestand am Jahresanfang	108	148	174	196	179	215	232
- Neuzugänge	2.451	3.685	3.648	3.691	3.858	4.174	3.930
- anhängige Verfahren	2.559	3.833	3.822	3.887	4.037	4.389	4.162

Vor der Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof angefallene Geschäfte

Seite 616

Frage: D. II. (B. I. 1.)

BUNDESANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
SONSTIGE VERFAHREN							
- Berufsgerichtliche, ehrengerichtliche und Disziplinarverfahren, Kartellsachen, Auslieferungssachen, Gerichtsstands- bestimmungen, Beschwerdeverfahren u.a.		496	966	1.029	921	894	888

Von der Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof erledigte Ermittlungsverfahren

Seite 617

Frage: D. II. (B. I. 1.)

BUNDESANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGEN	1.778	870	1.159	1.347	1.190	961	815

Von der Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof erledigte Ermittlungsverfahren nach der Art der Erledigung Seite 618
 Frage: D. II. (B. I. 2. a)

BUNDESANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ART DER ERLEDIGUNG DER ERMITTLUNGSVERFAHREN							
- Abgaben (§ 142a Abs 2 GVG)	828	400	801	982	713	647	455
- Einstellung	940	425	286	295	420	273	283
- Anklagen	10	6	5	8	10	12	11
- andere Erledigung	0	39	67	62	47	29	66

Von der Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof erledigte Revisionsverfahren

Seite 619

Frage: D. II. (B. I. 2. a)

BUNDESANWALTSCHAFT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
ERLEDIGUNGEN REVISIONSVERFAHREN							
insgesamt	2.490	3.645	3.701	3.760	3.890	4.223	4.066
- Antragstellung bei Gericht	2.449	3.591	3.626	3.708	3.822	4.157	3.997
- andere Erledigung	41	54	75	52	68	66	69

Zahl der bei der Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof in Rechtssachen 1)
tätig gewesenen Kräfte des staatsanwaltschaftlichen Dienstes

Seite 620
Frage: D. II. (B. I. 3. a)

BUNDESANWALTSCHAFT STAATSANWALTSCHAFTLICHER DIENST	1965	1970	1980	1981	1982	1983	1984
	34,25	67,75	69,75	68,5	67,5	66,5	62,5

1) also ohne die Tätigkeit in Verwaltungs-, Ausbildungs und Personalvertretungsangelegenheiten

Zahl der anhängigen und erledigten Verfahren 1), die jeweils auf eine Kraft des staatsanwaltschaftlichen Dienstes entfielen

Seite 621

Frage: D. II. (B. I. 4. a)

BUNDESANWALTSCHAFT	1965	1970	1980	1981	1982	1983	1984
a) anhängige Verfahren	147,80	74,83	76,43	81,55	82,56	85,44	84,27
b) erledigte Verfahren	124,61	66,64	69,68	74,55	75,26	77,95	78,10

1) nur Ermittlungs- und Revisionsverfahren

Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit nach ihrem Gegenstand

Seite 622

Frage: E.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Baden-Württemberg							
- Grundbuchsachen	26.248	5.756					
- Nachlaß- und Teilungssachen	846	96					
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	82.741	62.236	51.527	51.711	52.841	54.018	53.943
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgerichts	28.976	26.439	16.549	15.971	15.069	14.884	13.921
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	17.381	27.266	34.399	35.920	37.280	38.677	40.175
- im Handelsregister A	42.762	51.006	49.313	48.860	48.299	48.179	48.076
- im Handelsregister B	9.133	23.619	45.322	49.151	51.720	54.176	56.849
- im Genossenschaftsregister	5.997	3.750	2.930	2.718	2.611	2.548	2.502
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	962	736	704	743	788	798	748
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	2.222	2.442	2.516	2.385	2.668	2.403	3.194
- im Güterrechtsregister	764	1.129	329	399	320	448	287
- Kirchenaustritte	40						
- Unterbringungssachen	4.129	1.960	1.939	2.079	1.960	2.020	2.236
- weitere FGG-Sachen 1)	30.133	14.038	4.558	18.933	25.255	26.879	30.487
Bayern							
- Grundbuchsachen	1.932.193	2.776.623	2.558.781	2.666.839	2.713.744	3.180.456	3.311.119
- Nachlaß- und Teilungssachen	79.263	87.455	87.800	88.915	89.172	89.259	87.417
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	239.327	138.511	148.693	151.854	154.960	157.824	161.146
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgerichts	39.829	38.912	37.182	31.129	29.239	29.234	27.711
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	14.832	24.014	31.102	32.486	33.816	35.110	36.640
- im Handelsregister A	49.057	57.438	58.760	58.788	58.760	58.545	58.377
- im Handelsregister B	8.337	22.905	48.510	53.656	56.966	59.981	63.555
- im Genossenschaftsregister	5.869	3.466	2.958	2.854	2.786	2.745	2.712
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	920	851	797	788	779	762	650
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	1.550	2.184	9.426	2.819	2.838	3.419	2.936
- im Güterrechtsregister	567	433	170	210	194	192	180
- Kirchenaustritte	1						
- Unterbringungssachen	8.176	12.406	7.748	7.659	6.622	4.651	4.804
- weitere FGG-Sachen 1)	110.135	98.721	94.779	142.360	148.090	169.227	187.622
Berlin							
- Grundbuchsachen	113.196	154.833	183.610	207.376	197.757	280.635	293.515
- Nachlaß- und Teilungssachen	32.507	32.387	27.125	27.148	28.751	28.360	27.526
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	61.531	53.725	54.072	55.501	54.085	54.412	55.920
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgerichts	18.030	12.877	9.932	8.632	8.795	8.485	7.511
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	2.808	3.996	4.992	5.299	5.630	6.012	6.320
- im Handelsregister A	15.403	14.028	12.846	12.637	12.581	12.460	12.228
- im Handelsregister B	4.951	8.423	13.130	14.212	14.681	15.203	15.737
- im Genossenschaftsregister	222	222	219	217	216	219	219
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	645	822	897	936	960	994	989
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	206	229	240	270	250	289	185
- im Güterrechtsregister	722	988	1.197	1.250	1.219	1.220	1.169
- Kirchenaustritte	6.860	22.932	12.090	13.755	13.750	13.632	14.737
- Unterbringungssachen	2.983	3.520	4.690	4.121	3.992	4.226	3.855
- weitere FGG-Sachen 1)	33.173	25.063	23.723	24.124	23.154	26.406	29.042

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit nach ihrem Gegenstand

Seite 623

Frage: E.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Bremen							
- Grundbuchsachen	112.137	126.357	115.857	121.277	131.020	159.207	130.163
- Nachlaß- und Teilungssachen	4.587	4.606	4.655	5.060	4.882	4.693	4.547
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	18.208	13.955	14.324	14.921	16.054	16.616	17.335
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgericht	4.080	4.371	3.818	2.800	3.380	3.295	2.985
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	1.179	1.610	2.023	2.144	2.231	2.328	2.437
- im Handelsregister A	8.203	7.300	6.845	6.743	6.643	6.429	6.266
- im Handelsregister B	1.370	2.846	4.671	5.036	5.209	5.398	5.578
- im Genossenschaftsregister	77	46	36	35	35	37	37
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	1.550	1.618	1.372	1.350	1.204	1.201	1.194
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	46	25	39	43	35	44	40
- im Güterrechtsregister	208	240	216	192	217	194	203
- Kirchenaustritte	297						
- Unterbringungssachen	157	492	378	1.065	1.192	1.159	625
- weitere FGG-Sachen 1)	6.519	5.438	5.770	5.738	5.869	5.606	5.629
Hamburg							
- Grundbuchsachen	359.496	257.907	211.623	243.212	205.209	281.552	342.595
- Nachlaß- und Teilungssachen	12.582	11.680	10.786	11.471	11.615	11.563	11.565
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	40.700	31.077	30.586	30.145	30.154	29.745	29.882
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgericht	10.253	8.733	7.162	6.210	5.182	4.296	3.274
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	4.302	4.965	5.657	5.707	5.913	6.092	6.268
- im Handelsregister A	21.609	20.567	19.073	18.790	18.328	18.219	18.061
- im Handelsregister B	4.838	8.417	14.572	15.998	16.738	17.264	17.950
- im Genossenschaftsregister	162	113	101	100	99	101	102
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	8.454	6.625	6.578	6.676	6.819	6.785	6.623
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	239	329	332	365	379	373	510
- im Güterrechtsregister	762	686	686	690	649	603	592
- Kirchenaustritte							
- Unterbringungssachen	1.930	2.101	2.121	2.029	1.814	1.847	1.822
- weitere FGG-Sachen 1)	18.908	18.641	17.415	18.378	18.498	18.377	17.665
Hessen							
- Grundbuchsachen	1.062.674	1.603.336	1.199.455	1.300.308	1.078.475	1.184.811	1.198.514
- Nachlaß- und Teilungssachen	33.600	30.351	32.567	32.149	33.977	33.379	32.110
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	107.457	84.501	82.989	86.647	89.528	89.004	89.085
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgericht	27.423	26.938	20.000	16.465	17.207	18.222	16.585
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	9.428	14.391	18.572	19.487	20.364	21.306	22.194
- im Handelsregister A	29.980	35.661	34.408	34.385	33.849	33.635	33.439
- im Handelsregister B	7.367	16.907	29.790	32.225	33.659	35.330	37.052
- im Genossenschaftsregister	2.440	1.330	1.154	1.076	1.215	1.026	993
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	271	248	271	312	341	368	404
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	1.332	1.050	1.085	1.192	1.050	1.340	1.563
- im Güterrechtsregister	1.231	660	1.457	1.479	1.564	1.721	1.367
- Kirchenaustritte	6.754	24.234	18.091	16.809	16.298	16.906	18.965
- Unterbringungssachen	5.620	8.197	9.189	7.694	8.068	8.708	8.307
- weitere FGG-Sachen 1)	60.610	48.040	54.277	65.815	70.749	71.033	81.056

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit nach ihrem Gegenstand

Seite 624

Frage: E.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Niedersachsen							
- Grundbuchsachen	1.186.375	1.667.801	1.638.217	1.462.627	1.480.955	1.588.749	1.500.114
- Nachlaß- und Teilungssachen	34.524	32.661	32.995	34.298	35.660	36.436	36.577
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	155.407	107.586	118.513	121.220	125.675	123.115	124.468
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgerichts	31.717	36.354	38.692	31.098	29.012	29.413	28.695
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	12.220	17.839	21.588	22.484	23.394	24.337	25.351
- im Handelsregister A	36.063	42.017	42.669	42.616	42.401	41.888	41.784
- im Handelsregister B	5.200	12.594	24.206	26.574	28.152	29.803	31.776
- im Genossenschaftsregister	3.093	2.186	1.949	1.910	1.879	1.841	1.822
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	2.600	1.686	1.752	1.785	1.815	1.836	3.308
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	444	514	632	536	657	812	675
- im Güterrechtsregister	2.057	2.647	2.453	2.518	2.999	4.599	2.768
- Kirchenaustritte	8.473						
- Unterbringungssachen	4.016	4.236	4.971	5.108	5.274	5.120	4.984
- weitere FGG-Sachen 1)	72.403	48.541	51.357	73.964	73.742	81.147	91.245
Nordrhein-Westfalen							
- Grundbuchsachen	2.336.357	3.355.951	2.940.604	2.958.636	3.109.698	3.399.652	3.394.975
- Nachlaß- und Teilungssachen	68.839	67.100	70.848	72.486	76.475	73.625	71.670
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	358.543	279.721	246.178	245.246	250.209	257.532	262.652
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgerichts	96.811	91.042	109.174	105.115	102.275	94.912	87.727
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	25.778	37.108	46.276	48.403	50.570	52.709	55.046
- im Handelsregister A	82.697	96.240	95.680	94.464	93.743	94.267	93.227
- im Handelsregister B	20.229	44.611	77.305	83.265	87.837	92.526	97.580
- im Genossenschaftsregister	3.085	2.028	1.832	1.812	1.790	1.780	1.759
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	3.474	2.613	2.426	2.503	2.517	2.422	2.532
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	2.829	3.867	3.515	3.738	3.677	3.853	4.066
- im Güterrechtsregister	3.133	7.914	3.822	3.403	3.506	3.574	3.385
- Kirchenaustritte	18.912	60.434	53.342	44.037	43.481	43.324	49.037
- Unterbringungssachen	9.716	14.665	13.660	13.599	13.641	12.765	11.986
- weitere FGG-Sachen 1)	174.380	111.940	122.928	153.965	166.427	183.070	199.608
Rheinland-Pfalz							
- Grundbuchsachen	839.452	1.003.365	893.481	882.861	839.869	895.216	922.381
- Nachlaß- und Teilungssachen	26.984	26.416	25.590	25.704	25.915	26.273	25.687
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	76.456	59.907	54.591	56.267	57.971	60.026	61.534
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgerichts	16.208	15.568	18.210	13.355	10.629	9.382	8.834
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	6.488	9.692	13.000	13.778	14.439	15.019	15.787
- im Handelsregister A	16.959	17.504	16.809	16.752	16.607	16.574	16.749
- im Handelsregister B	3.024	7.547	14.063	15.441	16.390	17.090	17.956
- im Genossenschaftsregister	2.684	1.330	1.003	710	875	851	821
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	787	633	607	641	685	690	741
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	406	426	420	459	374	568	626
- im Güterrechtsregister	278	666	216	242	247	237	229
- Kirchenaustritte	1.280	3.786	3.467	3.056	3.251	3.336	3.834
- Unterbringungssachen	2.955	3.334	2.742	2.735	2.913	2.625	2.331
- weitere FGG-Sachen 1)	26.333	24.483	25.638	30.036	30.716	32.813	35.387

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit nach ihrem Gegenstand

Seite 625

Frage: E.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Saarland							
- Grundbuchsachen	197.784	227.373	225.030	228.228	238.914	245.204	271.307
- Nachlaß- und Teilungssachen	6.274	5.892	5.736	6.268	6.471	6.129	5.852
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	22.191	14.910	17.544	18.467	18.917	19.401	20.013
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgerichts	6.237	5.878	7.910	6.897	5.389	4.341	4.559
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	2.085	3.126	4.127	4.323	4.385	4.603	4.803
- im Handelsregister A	3.346	3.442	3.341	3.405	3.360	3.286	3.192
- im Handelsregister B	1.948	3.448	6.025	6.451	6.723	6.955	7.194
- im Genossenschaftsregister	457	201	135	130	118	115	116
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	226	157	124	125	125	124	122
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	10	39	49	59	28	49	101
- im Güterrechtsregister	137	161	113	101	111	118	120
- Kirchnaustritte	668	1.275	1.302	1.201	1.160	1.175	1.391
- Unterbringungssachen	179	152	195	230	393	423	439
- weitere FGG-Sachen 1)	7.773	6.913	7.658	9.601	11.449	15.580	17.965
Schleswig-Holstein							
- Grundbuchsachen	476.493	687.569	605.256	598.881	604.105	644.996	736.565
- Nachlaß- und Teilungssachen	13.608	13.792	13.306	14.753	13.576	13.054	13.549
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	66.564	48.795	47.379	48.784	50.232	47.666	48.400
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgerichts	12.821	13.170	10.458	10.386	10.874	10.313	10.026
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	4.245	5.830	7.185	7.524	7.784	8.016	8.295
- im Handelsregister A	11.712	14.790	15.412	15.391	15.424	15.447	15.384
- im Handelsregister B	1.727	4.596	9.193	10.228	10.869	11.482	12.181
- im Genossenschaftsregister	1.474	848	704	685	661	636	610
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	1.542	1.434	1.588	1.636	1.706	1.782	1.906
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	92	119	161	174	252	203	168
- im Güterrechtsregister	951	1.209	1.165	1.119	1.773	1.231	1.149
- Kirchnaustritte	2.815	14.785					
- Unterbringungssachen	1.795	2.035	1.826	1.808	1.828	1.879	1.793
- weitere FGG-Sachen 1)	40.248	18.899	20.443	24.401	25.935	29.079	31.255

Fußnote siehe am Schluß der Tabelle

Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit nach ihrem Gegenstand

Seite 626

Frage: E.

AMTSGERICHT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
GEGENSTAND DES VERFAHRENS							
Bundesgebiet							
- Grundbuchsachen	8.642.405	11.866.871	10.571.914	10.670.245	10.599.746	11.860.478	12.101.248
- Nachlaß- und Teilungssachen	313.614	312.436	311.408	318.252	326.494	322.771	316.500
- Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften, und Beistandschaften	1.229.125	894.924	866.396	880.765	900.626	909.359	924.378
- Sonst. Angelegenh. des Vormundschaftsgericht	292.385	280.282	279.087	248.058	237.051	226.777	211.828
- Bestehende Eintragungen							
- im Vereinsregister	100.746	149.837	188.921	197.555	205.806	214.209	223.316
- im Handelsregister A	317.791	359.993	355.236	352.831	350.075	348.929	346.783
- im Handelsregister B	68.124	155.913	286.787	312.237	328.944	345.208	363.408
- im Genossenschaftsregister	25.560	15.520	13.021	12.455	12.285	11.899	11.693
- im Schiffsregister u. Schiffsbauregister	21.431	17.423	17.116	17.495	17.739	17.770	19.217
- Neueintragungen und Löschungen							
- im Musterregister	9.376	11.224	18.415	12.040	12.228	13.353	14.064
- im Güterrechtsregister	10.810	16.733	11.824	11.603	12.799	14.137	11.449
- Kirchenaustritte	46.100	127.496	88.292	78.858	77.940	78.373	87.964
- Unterbringungssachen	41.656	53.098	49.459	48.127	47.697	45.423	43.182
- weitere FGG-Sachen 1)	580.615	420.717	428.546	567.315	599.884	659.217	726.961

- 1) Zu diesen FGG-Sachen gehören gemäß Ziff. A der Geschäftsübersichten der Amtsgerichte:
 Beurkundungen, Standesamtssachen, in Verwahrung gegebene Verfügungen von Todes wegen,
 Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit, Anträge auf Gewährung richterlicher
 Vertragshilfe und sonstige Handlungen und Entscheidungen außerhalb eines anhängigen Verfahrens

Zahl der bei den Amtsgerichten in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit tätig gewesenen Richter

Seite 627

Frage: E

(B. I. 3. a)

RICHTER AMTSGERICHT								
FREIW. GERICHTSBARKEIT	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984	
Baden-Württemberg	1)	47	29	29	29	29	29	
Bayern	127	91	75	79	79	79	81	
Berlin	52	41	32	36	34	33	30	
Bremen	8	7	6	8	7	8	7	
Hamburg	32	24	19	20	19	18	18	
Hessen	84	60	44	40	41	41	41	
Niedersachsen	111	69	59	59	59	58	60	
Nordrhein-Westfalen	256	167	140	143	136	132	131	
Rheinland-Pfalz	57	33	25	26	25	24	24	
Saarland	15	9	7	7	8	8	8	
Schleswig-Holstein	46	32	25	25	24	24	24	
Bundesgebiet		580	461	472	461	452	453	

1) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das Jahr 1965 nicht vor

Zahl der bei den Amtsgerichten in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
tätig gewesenen Kräfte des gehobenen Dienstes

Seite 628

Frage: E

(B. I. 3. b)

GEHOBENER DIENST AMTSGERICHT							
	1965	1975	1980	1981	1982	1983	1984
FREIW. GERICHTSBARKEIT							
Baden-Württemberg	1)	141	123	120	121	123	119
Bayern	724	895	927	925	903	894	887
Berlin	123	159	113	110	112	117	115
Bremen	43	48	43	45	46	42	42
Hamburg	106	98	87	88	90	89	88
Hessen	392	430	417	404	379	364	368
Niedersachsen	429	523	536	517	499	491	493
Nordrhein-Westfalen	805	984	963	960	963	952	954
Rheinland-Pfalz	247	272	242	243	244	239	246
Saarland	63	73	77	77	74	70	71
Schleswig-Holstein	166	225	212	201	187	182	181
Bundesgebiet		3.848	3.738	3.690	3.617	3.564	3.564

1) für Baden-Württemberg liegen Angaben zur Personalverwendung für das Jahr 1965 nicht vor

Zahl der bei den Amtsgerichten in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
tätig gewesenen Kräfte des mittleren Dienstes und des Schreibdienstes

Seite 629

Frage: E. (B. I. 3. c)

SONSTIGE BEDIENSTETE AMTSGERICHT	1) 1965	1) 1975	1980	1981	1982	1983	1984
FREIW. GERICHTSBARKEIT							
Baden-Württemberg			156	150	140	141	140
Bayern			1.109	1.126	1.135	1.146	1.157
Berlin			251	244	260	257	249
Bremen			94	107	102	95	89
Hamburg			239	246	246	246	248
Hessen			831	797	750	745	730
Niedersachsen			1.108	1.078	1.044	1.016	1.000
Nordrhein-Westfalen			1.894	1.832	1.771	1.722	1.706
Rheinland-Pfalz			552	536	511	490	469
Saarland			176	177	172	167	159
Schleswig-Holstein			430	406	378	368	364
Bundesgebiet			6.839	6.697	6.507	6.391	6.311

1) bis 1975 wurde die Personalverwendung im mittleren Dienst und Schreibdienst nicht statistisch erfaßt

